Protokoll der Verhandlungen des Parteitages

Sozialdemokratis...
Partei
Deutschlands



Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu München
vom 14. bis 20. September 1902.

Mit einem Anhang:

Bericht über die 2. Frauenkonferenz am 13. und 14. September in München.

Berlin 1902.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustande der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

beschlossen auf dem Parteitag zu Mainz 1900.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von Denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Abs. 2 dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.]

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:
1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftsthätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:
1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 7 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie 2 Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassirers erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen.

Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein Anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegirten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollirung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzutheilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 18. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt“.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 14. September, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituirung des Parteitags. Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 15. September, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Rosenow.
4. Die bevorstehende Reichstagswahl. Berichterstatter: A. Bebel.
5. Arbeiterversicherung. Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
6. Kommunalpolitik. Berichterstatter: Dr. Lindemann.
7. Der internationale Arbeiterkongreß 1903. Berichterstatter: P. Singer.
8. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
10. Sonstige Anträge.
11. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.

Sitzungszeit des Parteitages:

Vormittags 8½ bis 12 Uhr, Nachmittags 2½ bis 7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer-Berlin. — Vollmar-München.

Schriftführer:

Burkhardt-Zittau.
Ernst-Berlin.
Frau Greifenberg-Augsburg.
Keil-Stuttgart.
Meist-Köln.
Rau-Mühlheim.
Stubbe-Hamburg.
Thomas-Altona.
Witti-München.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission:

Böhle-Straßburg.
Ebert-Bremen.
Hengsbach-Köln.
Säckler-Schweinfurt.
Schöpflin-Leipzig.
Stücklen-Altenburg.
Frau Thiel-Tempelhof.
Vetters-Gießen.
Wolberski-Berlin.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Partei-Vorstandes.

Wenige Tage nach Schluß des vorjährigen Parteitags in Lübeck kam aus Leipzig die erschütternde Nachricht, daß unser unvergeßlicher Genosse und Mitkämpfer Dr. Bruno Schoenlank für immer die Augen geschlossen hat.

Die Folgen übermäßiger geistiger Anstrengung und wohl auch vorhandene körperliche Disposition hatten den unermüdlichen Genossen schon Monate lang vorher gezwungen, seine Dienste im Interesse der Partei einzustellen und eine Heilanstalt aufzusuchen. Am 30. Oktober vorigen Jahres kam von dort die Nachricht, daß der Erlöser Tod sich eingestellt, das wackere Herz unseres Genossen und Vorkämpfers für immer zu schlagen aufgehört hat. Ein von den Leipziger Genossen veranstaltetes großartiges Begräbniß, an dem sich Zehntausende von Theilnehmern betheiligten, und wozu Delegationen und Kranzspenden aus allen Gauen Deutschlands gesandt waren, zeigten, welcher Liebe und Verehrung sich der Verstorbene in den sozialdemokratischen Kreisen erfreute.

Leider hat auch sonst im letzten Jahre der Tod manchen braven und in weiteren Kreisen bekannten Genossen aus unserer Mitte fortgerissen. Um nur einige zu nennen, sei hier daran erinnert, daß der Bergarbeiter-Verband seinen langjährigen Vorsitzenden und Mitbegründer, Heinrich Möller, verloren hat. Eine in der schweren Berufsarbeit zugezogene schleichende Krankheit hat der unermüdlichen Thätigkeit des Verstorbenen ein vorzeitiges Ziel gesetzt. In tragischer Weise endeten die Genossen Karl Schoch in Magdeburg und Wilhelm Swienty, der Schwiegersohn Liebknechts. Schoch, der besonders in der Gewerkschaftsbewegung thätig war, verunglückte bei seiner Thätigkeit für die Arbeiterbewegung, indem er auf dem Wege war, seine Berufskollegen (Maurer) zu einer Sitzung zusammen zu holen. Er wurde von einem Motorwagen der Straßenbahn überfahren und erlitt dabei einen Genickbruch, der seinen sofortigen Tod im Gefolge hatte.

Wilhelm Swienty, früher rednerisch und schriftlich für die Organisation seiner Berufsgenossen (Handlungsgehilfen) thätig, war in die Redaktion des Halleschen Parteiorgans eingetreten. Wegen Preßvergehens wiederholt mit längerer Gefängnißhaft bestraft, war unser Genosse erkrankt. Er mußte sich schwerer Operationen unterziehen. In einem Fieberanfall stürzte der Unglückliche in einem unbewachten Augenblicke aus dem Fenster der dritten Etage in den Hof und verletzte sich dabei so schwer, daß er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhause verschied. Nach langem Leiden hat auch der Genosse Manfred Wittich für immer die Augen geschlossen. Wittich war schon in der Zeit vor dem Sozialistengesetz in den Reihen der sächsischen Genossen und speziell in Leipzig schriftlich und rednerisch für die Partei thätig.

Diese Thätigkeit setzte er unter dem Sozialistengesetz fort, und er blieb derselben treu, bis der Tod den beredten Mund schloß und dem Genossen die Feder aus der Hand nahm. Die Arbeiter in Magdeburg, Halle und Leipzig erschienen zu Tausenden, um den Verstorbenen am offenen Grabe den Tribut der Achtung und Liebe zu zollen.

Neben den Genannten, denen noch die Namen vieler anderer ebenso braver, nur vielleicht in weiteren Parteikreisen weniger bekannter verstorbener Parteigenossen anzufügen wären, haben im letzten Jahre auch unsere weiblichen Parteimitglieder eine ihrer eifrigsten Agitatorinnen durch den Tod verloren. Genossin Eichhorn ist in Dresden nach längerem Siechthum an den Folgen der Proletarierkrankheit verstorben. Die Verstorbene war ihrem Manne, als dieser unter dem Sozialistengesetz auf Grund des kleinen Belagerungszustandes aus Leipzig ausgewiesen war, gefolgt. Die Entrüstung über das erlittene Unrecht und über die Brutalität, mit der die herrschende Gewalt die Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse zu unterdrücken versucht, trieb die Genossin, die vor der Ausweisung ihres Mannes nie öffentlich aufgetreten war, auf die Rednertribüne zum lauten Protest gegen alles Unrecht. Aus der bis dahin stillen Hausfrau war durch die Ausweisung eine beredte und begeisterte Vorkämpferin im Befreiungskampf des Proletariats geworden.

Auch eine Wirkung des Schandgesetzes, an die dessen Schöpfer bei Erlaß desselben wohl nicht gedacht haben.

Soeben, wo wir im Begriffe sind, diesen Bericht in den Druck zu geben, erfahren wir, daß Max Kegel, der Dichter des Proletariats, in München aus dem Leben geschieden ist. Seit seiner frühesten Jugend zählte der Verstorbene zu den begeistertsten Anhängern unserer Partei, für deren Presse er in Prosa und Dichtung thätig war. Kegel war Mitbegründer und Mitarbeiter fast aller Partei-Witzblätter, er zählte zu den ältesten Mitarbeitern vom „Wahren Jakob". Sohn eines sächsischen Proletariers, ist er der Partei des Proletariats ein treuer Anhänger geblieben, bis der Tod unverhofft und allzu früh ihm die Augen schloß.

* * *

Mit dem bevorstehenden Abschlusse neuer Zoll- und Handelsverträge seitens des Deutschen Reiches mit den anderen Nationen haben sich mehr oder minder eingehend bereits unsere letzten Parteitage in Stuttgart, Mainz und Lübeck beschäftigt.

Nachdem feststand, daß der neue Zolltarif und die auf Grund desselben abzuschließenden Handelsverträge wesentliche Erhöhungen der Zollpositionen und vor Allem eine ganz unerhörte Steigerung der Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel, besonders auf Brod und Fleisch, bringen werden, beschloß der vorjährige Parteitag in Lübeck die Agitation gegen diesen geplanten Raubzug am Volke in umfassendster Weise in Angriff zu nehmen. In tausenden von Versammlungen in allen Theilen des Reiches wurde Protest gegen die Hungerzölle erhoben und in den schärfsten Resolutionen Stellung gegen den Versuch genommen, unter der Maske des „Schutzes der nationalen Arbeit" die Konsumenten, und vor Allem die arbeitende Bevölkerung, zu Nutz und Frommen weniger Tausend Großgrundbesitzer und Schlotjunker in schamlosester Weise durch künstliche Vertheuerung der unentbehrlichsten Lebens- und Genußmittel auszubeuten.

Neben dieser mündlichen Agitation wurde eine ebenso umfassende schriftliche Agitation, besonders durch Flugblätter, inszenirt. Ein vom Vorstand herausgegebenes illustrirtes Flugblatt wurde in Millionen Exemplaren bis in die letzten Dörfer des Reiches verbreitet. Ebenso wurden der Leitung der Frauenbewegung die Mittel zur Herstellung und Verbreitung eines vor Allem für die

Frauen bestimmten Flugblattes gegen den Zollwucher zur Verfügung gestellt. Dieses Flugblatt ist in einer Auflage von 400 000 Exemplaren hergestellt worden und von den Genossinnen zur Verbreitung gelangt. Neben dieser von der Zentralstelle ausgehenden Agitation gegen den Zollwucher lief eine ebenso umfassende Thätigkeit unserer einzelnen Landes- und Provinzialorganisationen her. Flugblätter, die in ganz Deutschland Verbreitung und Anklang finden sollen, können sich fast immer nur in allgemeinen Ausführungen bewegen, sind aber nicht im Stande, den lokalen und provinziellen Verhältnissen genügend Rechnung zu tragen. So hat z. B. das Flugblatt: „Was uns die Junker kosten?", das in Ostelbien vorzüglich wirkte, in Süd- und Westdeutschland weniger angesprochen, weil man eben dort die Schandwirthschaft der Junker und Großgrundbesitzer glücklicher Weise aus eigener Anschauung weniger kennt. Die Landes-, Provinzial- und Kreisorganisationen haben deshalb ihren Verhältnissen angepaßte Flugschriften gegen den geplanten Brodwucher selbstständig herausgegeben und dazu, wo es nothwendig war, Beihilfen aus der Zentralkasse erhalten. Der Erfolg dieser Agitation zeigte sich einmal in den Ausbrüchen maßloser Wuth in den Organen der Zollwucherparteien über die „gewissenlose Hetzerei der Sozialdemokraten", dann aber in der großartigen Betheiligung aller Volksschichten an der von unserer Partei in Szene gesetzten Massenpetition gegen die beabsichtigten Zollerhöhungen und besonders gegen die Wucherzölle auf die nothwendigsten Lebensmittel.

Am 23. November vorigen Jahres war der neue Zolltarif-Entwurf dem Reichstage zugegangen und schon in der Nr. 282 des „Vorwärts" vom 3. Dezember 1901 fand sich folgende Bekanntmachung:

> Der **Millionenprotest** gegen den Wucher- und Hungertarif wird heute dem Reichstag zugehen. Die etwa 15 Zentner wiegenden Petitionsballen werden mit folgendem Anschreiben dem Reichstagsbüreau überliefert werden:
>
> Der unterzeichnete Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags beehrt sich, anbei eine laut beiliegendem Verzeichniß mit
>
> **3 431 784 Unterschriften**
>
> versehene gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle gerichtete Petition ergebenst zu überreichen.
>
> **Berlin, 3. Dezember 1901.**
>
> Auer. Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer.
>
> An den Reichstag
>
> **Berlin.**

Noch nie, seit Bestehen des Reichstags, ist demselben eine Massenpetition mit so zahlreichen Unterschriften zugegangen. Neben dieser gewaltigen Thätigkeit im Kampfe gegen die Wucherpolitik wurde aber die propagandistische Arbeit auf anderen Gebieten keineswegs zurückgestellt. Besonders energisch betheiligten sich unsere Genossen im verflossenen Winter an der von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgenommenen Arbeitslosenzählung und bekundeten so an einem praktischen Beispiel die Solidarität der politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiter. Der mit der Arbeitslosenzählung verfolgte Zweck, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Uebelstand zu lenken und Staat und Kommune zu veranlassen durch Bereitstellung von Mitteln die Beschäftigung der Arbeitslosen zu ermöglichen und so großem Elend und Hilflosigkeit zu steuern, fand auch nachdrücklichste Unterstützung seitens unserer Parteivertreter im Reichstag und in den einzelnen Landtagen und in den Kommunalvertretungen.

Diese Schärfung des bürgerlichen Gewissens dem zahlenmäßig aufgedeckten Nothstand gegenüber, wurde von einem Theile der bürgerlichen Presse zwar mit dem üblichen Gejammer über „demagogische Hetzerei" beantwortet, vielfach wurde

aber doch zu mehr oder minder praktischen Auskunftsmitteln gegriffen und damit der Nothstand, wie wir ihn gelegentlich früherer allgemeiner Arbeitslosigkeit kennen gelernt haben, in etwas gemildert.

Die sozialdemokratische Mehrheit in der Offenbacher Stadtverordneten-Versammlung bewilligte unter tumultuösem Widerspruch der bürgerlichen Minorität in zwei Raten Mk. 80 000 zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Daß auch sonst die Agitations- und Aufklärungsarbeit in unermüdlichster Weise betrieben wurde, beweist ein Blick in den Annoncentheil unserer Parteipresse auf die dort angezeigten Versammlungen. Wenn trotzdem immer wieder Klagen darüber laut werden, daß der oder jener gewünschte Redner nicht nach diesem oder jenem Orte gekommen ist, so werden diese Beschwerden wohl auch niemals verstummen, obwohl ihnen eine sachliche Berechtigung nicht zuerkannt werden kann. Die Zahl der Orte, in denen der oder jener bekannte Parteiredner noch nicht gesprochen hat, ist zu groß, als daß all' den in dieser Beziehung laut werdenden Wünschen auch nur annähernd nachgekommen werden könnte.

* * *

Daß auch im abgelaufenen Parteijahre unserer agitatorischen Thätigkeit von den öffentlichen wie privaten Gewalten alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt wurden, bedarf wohl kaum des besonderen Hervorhebens. Versammlungsverbote aus den nichtigsten Gründen und Versammlungsauflösungen unter vollständiger Nichtachtung der bezüglichen gesetzlichen Vorschriften sind alltägliche Erscheinungen. Beschwerden gegen diese Willkür, wenn die Genossen es der Mühe werth hielten, solche zu erheben, haben zwar in einzelnen Fällen Erfolg gehabt, aber in der Regel erfolgten die Entscheidungen der oberen Instanzen so spät, daß der mit dem Verbot oder der Auflösung angerichtete Schaden dadurch nicht mehr verhindert ward. Wie wenig ernst gemeint in vielen Fällen aber die unteren Behörden die Entscheidungen der oberen Instanzen nehmen, beweist der Umstand, daß dieselben Organe der Staatsgewalt bei nächster Gelegenheit sich nicht scheuen, gegen unsere Versammlungen und Redner in derselben unzulässigen Weise wieder vorzugehen, wegen der sie erst gerügt worden sind. Die Ansicht ist eben weit verbreitet, daß beim schneidigen Vorgehen gegen die Umstürzler man sich um die Zwirnsfäden der gesetzlichen Vorschriften nicht viel zu bekümmern brauche.

Neben den direkten Verboten hat man unsere Agitation besonders durch das Mittel der Saalabtreiberei und der Einschüchterung der Lokalbesitzer zu beeinträchtigen versucht. Ein sehr beliebtes Mittel, unseren Genossen die Lokale für ihre Versammlungen abzutreiben, ist auch die Verhängung des Militärboykotts. Dabei wäre es ein Irrthum, anzunehmen, daß dieser Boykott etwa nur Gültigkeit für das aktiv im Dienste stehende Militär hat. Derselbe erstreckt sich auch auf die Mitglieder der Kriegervereine, so daß er sich wirksam zeigt selbst an Orten, wo gar kein Militär vorhanden ist. Die Vernichtung jedes männlichen Unabhängigkeitsgefühls, wie sie das nothwendige Ergebniß des militärischen Drills sein muß, wirkt im bürgerlichen Leben noch so sehr nach, daß die in Kriegervereinen verbundenen ehemaligen Soldaten sich vorschreiben lassen, welche öffentliche Lokale sie besuchen dürfen und welche nicht. Besonders wird diese Praxis im Königreich Sachsen geübt, wie denn die dort herrschende Reaktion überhaupt nur ihre Erklärung in der unglaublichen politischen Feigheit weitester bürgerlicher Kreise findet.

Es ist natürlich unmöglich, alle die kleinlichen Chikanen und Nadelstiche, die im Laufe des Jahres gegen unsere Genossen zur Anwendung kommen, in dem Berichte zu erwähnen, wohl aber mag hier ein Verzeichniß einiger der Gründe wieder gegeben sein, auf die hin in Sachsen Versammlungen aufgelöst und verboten worden sind. Unser jüngstes sächsisches Parteiblatt plaudert darüber in folgender launiger Weise:

„Aufgelöst kann in Sachsen eine Versammlung werden, wenn der Redner in „schreiendem" Tone Mißstände bespricht (Reichenbach i. V.),

wenn es dem überwachenden Beamten an den Beinen friert (Plauenscher Grund),

wenn vom Teufel gesprochen wird (Plauenscher Grund),

wenn die Zuhörer dem Redner Beifall spenden bei einer Wortentziehung (Mittweida),

wenn dem Beamten die Versammlung zu lange dauert (Naußlitz),

wegen Auflehnens gegen die Behörde (Hartha) u. s. w.

Gleich von vornherein kann eine Versammlung verboten werden, wenn der Redner vorbestraft ist (Mittweida, Waldheim, Limbach, Falkenstein, Oelsnitz i. V.),

weil die Tagesordnung eine Beleidigung eines Landtagsabgeordneten enthält (Pegau),

weil die Volksleidenschaften aufgestachelt werden können (Grimma),

weil aus der Tagesordnung der Zweck der Versammlung nicht ersichtlich ist (Reichenbach),

weil die Behörde über die Verhandlungen des Gewerkschafts-Kongresses nicht informirt ist, Verbot des betr. Tagesordnungspunktes (Brandis),

weil die Behörde keine Zeit hat, sich nach dem Einberufer zu erkundigen (Meißen),

weil die Amtshauptmannschaft in ihrem eigenen Bezirk nicht genau Bescheid wußte (Rochlitz-Taura),

weil die Polizei des Ortes zur Ueberwachung nicht ausreicht (Ottendorf-Okrilla),

weil über das Thema nicht gesprochen werden darf (Plauenscher Grund),

weil Landestrauer angeordnet ist (Löbau),

weil der Nachweis nicht erbracht ist, daß der Besitzer des Versammlungsplatzes seine Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung ertheilt hat (Oberkunnersdorf).

Daß mit allen diesen kleinlichen Maßnahmen die Ausbreitung unserer Bewegung auch in Sachsen nicht gehemmt wird, dafür spricht in drastischer Weise der Ausfall der Nachwahl zum Reichstag im 10. sächs. Wahlkreise; das immer stärkere Eindringen unserer Vertreter in die sächsischen Gemeindevertretungen und wird am deutlichsten sprechen der Ausfall der im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen.

Ein Beispiel für die Wirkungslosigkeit der Nadelstichpolitik mag hier noch angeführt sein. Seit Jahren feiern die Leipziger Genossen ihr Gewerkschaftsfest in einem großen Gartenlokal in Stötteritz. In früheren Jahren wurde dieses Fest durch behördliche Eingriffe wenig gestört, heuer beliebte es nun der Amtshauptmannschaft, eine Verfügung zu erlassen, nach der die Erhebung von Eintrittsgeld und die Aufführung von Theaterstücken untersagt wurde. Der Zweck dieser Verfügung ist eben so klar, wie an deren gesetzliche Zulässigkeit Zweifel erlaubt sein werden. Unsere Leipziger Genossen ließen sich aber den Humor nicht verderben. Sie machten mit der Veröffentlichung des Verbotes der Erhebung von Eintrittsgeld zugleich bekannt, daß natürlich auch in diesem Jahre, wie in allen früheren, ein „Gedenkblatt" herausgegeben werde und forderten die Arbeiter auf, dasselbe schon vorher zu kaufen, damit in dem Vertrieb auf dem Festplatz die Behörde keine „Umgehung des amtshauptmännlichen Verbotes" erblicken könne. Dieser zarte Wink fand volles Verständniß bei den Arbeitern. Das Gedenblatt wurde in einer Auflage verkauft, wie noch nie vorher, der Festplatz war ungeheuer besucht und das Fest selbst, auf dem Genosse Singer die Festrede hielt, verlief in glänzendster Weise. Der amtshauptmannschaftliche Erlaß scheint auch von der Kreishauptmannschaft als ein Schlag ins

Wasser erkannt worden zu sein, denn in letzter Stunde hob diese Oberbehörde den Erlaß auf, so daß auf dem Festplatz Entree wie sonst erhoben werden konnte. Die Reaktion kann das satte Bürgerthum einschüchtern, am klassenbewußten Proletariat scheitern aber alle staatsretterischen Pfiffe.

Aehnlich wie in Sachsen verfährt die Reaktion in einigen mitteldeutschen Kleinstaaten. Das Nichtvorhandensein gesetzlicher Vorschriften über das Vereins- und Versammlungswesen, das früher nach dem Grundsatze: „Was nicht verboten, ist erlaubt", zu vollständiger Vereins- und Versammlungsfreiheit in diesen kleinen Staatswesen geführt hatte, wird jetzt von Ministerien und unteren Behörden dazu benützt, um auf dem Wege der Verordnungen das Versammlungsrecht in willkürlichster Weise zu beschränken. Die Bezichtigung ein „aufreizender" Redner zu sein, genügt in Weimar und Schwarzburg-Rudolstadt, um dem Betreffenden das Auftreten in öffentlichen Versammlungen unmöglich zu machen. Hoffentlich geben bei den nächsten Reichstagswahlen unsere Thüringer Genossen darauf die gebührende Antwort.

* * *

Hatten wir im vorigen Jahre die traurige Aufgabe, von dem Hinscheiden unseres unvergeßlichen Genossen W. Liebknecht Akt nehmen zu müssen, so können wir dieses Mal auf einen Akt der Pietät verweisen, der aufs Neue beweist, wie tief die Liebe und Verehrung für den Alten in den Herzen der arbeitenden Bevölkerung Platz gefaßt hat. Bald nach dem Begräbniß Liebknechts erließen die Vertrauenspersonen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises einen Aufruf zur Sammlung eines Denkmals-Fonds. Am 1. Osterfeiertag dieses Jahres wurde dieser Denkstein auf der Ruhestätte des Verstorbenen enthüllt. Trotz bitterer Kälte und ungestümen Wetters fanden sich Tausende am Grabe ein, um an der würdigen Feier Theil zu nehmen.

* * *

Ueber die parlamentarische Thätigkeit unserer Vertreter im Reichstag finden die Genossen eine zusammenhängende Schilderung in dem Jahresbericht der Reichstagsfraktion. Aehnliche, mehr oder weniger umfängliche Berichte, haben auch die Fraktionen der einzelnen Landesvertretungen veröffentlicht. Als eine charakteristische Erscheinung darf es wohl bezeichnet werden, daß in den Landtagen der drei Mittelstaaten Bayern, Baden und Hessen, angeregt durch unsere Genossen, die Reform und Erweiterung des Landtagswahlrechts auf die Tagesordnung gestellt worden und in eingehendster Weise darüber verhandelt worden ist. Positive Erfolge sind zwar in keinem der drei Landtage erzielt worden, da die Regierungen und die herrschenden Parteien mit allen versteckten Mitteln sich gegen eine Erweiterung des Wahlrechtes zu Gunsten der Arbeiter spreizen. Aber die Frage steht einmal auf der Tagesordnung der betreffenden Landtage und im Volke sind für dieselbe so tiefgehende Sympathien vorhanden, daß offen als Gegner dieser Reform sich zu bekennen keine bürgerliche Partei mehr den Muth findet. Die Wahlreform kann zwar verzögert, aber sie kann nicht mehr verhindert werden. Dafür bürgt uns die Stimmung der breiten Massen in Süddeutschland und das Geschick und die Energie, mit der unsere Genossen in und außerhalb der Parlamente die Interessen derselben wahrzunehmen wissen. Die Erfolge aber, die unsere Genossen in Süddeutschland erringen, sie bleiben nicht ohne Rückwirkung im übrigen Deutschland. Die sächsischen Reaktionäre werden ihres Sieges beim Wahlrechtsraub so wie so nicht froh. Ist es auch gelungen, den letzten Vertreter der Sozialdemokratie, der stärksten Partei Sachsens, aus dem Landtag hinaus zu drängeln, unsere Partei nimmt dafür Revanche bei den Reichstagswahlen. Die Konservativen besetzen die frei gewordenen Plätze der Sozialdemokraten im Landtag, die Liberalen aber, die so redlich bei der Wahlentrechtung der Arbeiter mitgeholfen haben, sie sehen sich um den erhofften Lohn für ihre reaktionäre Handreichung schmählich hinter-

gangen. Im Reichstag von den Sozialdemokraten, im Landtag von ihren konservativen Freunden verdrängt, bleibt den sächsischen Liberalen nichts wie Spott und Hohn von allen Seiten, und sie stehen da und jammern wie die Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind.

Die im nächsten Jahre in Preußen stattfindenden Landtagswahlen werden zeigen, ob die preußischen Liberalen an dem Schicksal ihrer sächsischen Freunde etwas gelernt haben oder nicht. Entsprechend den Beschlüssen der Parteitage in Hamburg, Hannover und Mainz werden sich unsere Genossen in Preußen mit aller Energie an den nächsten Landtagswahlen betheiligen. Ist auch bei dem elenden Dreiklassenwahlsystem nur geringe Aussicht, daß unsere Genossen die Majorität der Wahlmänner in einigen Kreisen durchbringen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß unsere Partei stark genug ist, so viel Wahlmänner in einer Reihe von Kreisen durchzubringen, daß bei diesen die Entscheidung liegt. Bleibt der Liberalismus auch in dieser Situation dennoch bei seiner alten Parole: „Lieber Lucius als Kapell“! stehen und hilft er so mit verhindern, daß auch Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter in das Dreiklassen-Parlament einziehen, dann werden unsere Genossen in den Kreisen, wo von unseren Wahlmännern die Entscheidung abhängt, die nothwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen wissen. Gelingt es aber bei der nächsten Wahl, einige unserer Parteivertreter auch in den preußischen Landtag zu bringen, dann werden diese dafür Sorge tragen, daß auch in diesem Parlamente die Frage der Wahlreform im Sinne der Einführung des allgemeinn, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Tagesordnung gestellt wird und bis zu seiner Verwirklichung von dieser nicht mehr verschwindet.

* * *

Als auf einen hochbedeutsamen Vorgang in den Reihen der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft verdient an dieser Stelle auch auf den vierten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten in Stuttgart, hingewiesen zu werden. Der Kongreß war zahlreicher besucht wie alle seine Vorgänger, und welche Bedeutung die gewerkschaftliche Bewegung trotz aller Verfolgungen durch Behörden und Unternehmer in Deutschland erlangt hat, dafür zeugt wohl in glänzendster Weise die Beachtung, die die Verhandlungen des Kongresses in der gesammten deutschen Presse gefunden haben. In wie hohem Ansehen die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern des Auslandes steht, das zeigen die Delegationen, die aus fast allen europäischen Ländern zu den Verhandlungen erschienen waren.

Als ein Zeichen der Zeit darf es wohl auch registrirt werden, daß — zum ersten Male in Deutschland — das Reichsamt des Innern und das Königl. Ministerium des Innern von Württemberg sich auf diesem Kongresse klassenbewußter Arbeiter durch höhere Beamte vertreten ließen.

Die Verhandlungen des Kongresses waren in allen Stadien von Sachkenntniß und tiefem Ernst getragen, zugleich aber brachten sie aufs Neue den vollen Beweis, daß unter den klassenbewußten deutschen Arbeitern vollständige Einigkeit herrscht. Die Hoffnungen auf eine Spaltung zwischen den gewerkschaftlich und politisch organisirten Arbeitern sind elend zu Schanden geworden, darüber haben die Verhandlungen in Stuttgart auch keine Spur von Zweifel mehr übrig gelassen.

Dieser geschlossenen Einigkeit gegenüber ist es von doppeltem Interesse, die Kämpfe in den sogenannten christlichen Gewerkschaften zu beobachten, die wohl als ein sicheres Anzeichen dafür gelten können, daß weite Kreise dieser Arbeiterschichten es satt haben, sich fernerhin als willenloses Stimmvieh für kirchliche und Unternehmer-Interessen mißbrauchen zu lassen.

* * *

Internationales. Zum 30. Dezember 1901 war vom internationalen sozialistischen Bureau eine Sitzung der Bureau-Mitglieder nach Brüssel ein-

berufen. Von unserer Seite nahmen die Genossen P. Singer und K. Kautsky an den Verhandlungen Theil. Neben anderen wichtigen Beschlüssen fand auch ein von Singer und Kautsky beantragter Protest gegen die Germanisirungsversuche Preußisch-Polens und gegen die barbarischen Thaten Englands in Transvaal einstimmig Annahme. Außer Deutschland waren auf der Konferenz vertreten die sozialdemokratischen Arbeiter von England, Frankreich, Holland, Polen, Belgien, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Republik Argentinien. Ihre Zustimmung sandten die Arbeiterparteien von Dänemark, Oesterreich, Italien und Spanien.

Zum österreichischen Parteitag in Wien delegirte der Vorstand die Genossen A. Bebel und Franz Erhard, die dort freundlichste Aufnahme fanden. Der von der Arbeiterpartei Belgiens im Laufe dieses Frühjahrs inszenirte Generalstreik zur Erringung des gleichen Stimmrechts begegnete in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie der größten Sympathien. Nach dem Grundsatze: wer schnell giebt, giebt doppelt, sandte der Parteivorstand sofort, nachdem die Proklamirung des Generalstreiks erfolgt war, 10,000 Mk. an die belgische Parteileitung und eröffnete eine Sammlung zur weiteren Unterstützung unserer belgischen Genossen. Da diese mittlerweile den Kampf aufgeben mußten, wurde die Sammlung eingestellt, von den Erträgnissen derselben aber noch 5000 Mk. abgesandt. Der Londoner kommunistische Arbeiter-Bildungs-Verein erließ an den Vorstand der Partei eine Einladung zur Feier der Einweihung seines neuen Heims in 107 Charlotte Street, Fitzroy Square, W. London.

Der Vorstand ersuchte den altbewährten Genossen Fr. Leßner, die deutsche sozialdemokratische Partei bei der Feier zu vertreten.

* * *

Wahlen. Seit dem letzten Parteitag war die Partei in 13 Reichstagswahlkreisen an nothwendig gewordenen Nachwahlen betheiligt. Schon während der Parteitag noch in Lübeck tagte war die Wahlagitation im Kreise Wiesbaden im vollen Gange und das Resultat der Hauptwahl am 26. November entsprach durchaus den Anstrengungen, die unsere Genossen gemacht hatten. Trotzdem alle im Kreise vertretenen Parteien Kandidaten zur Hauptwahl aufgestellt hatten, gelang es unseren Genossen 1500 Stimmen mehr aufzubringen wie bei den allgemeinen Wahlen 1898. Mit 9500 Stimmen kam Genosse Dr. M. Quarck mit dem freisinnigen Gegner, auf den 6400 Stimmen gefallen, in die Stichwahl, bei der dann der Freisinn mit 14 902 gegen 11 346 Stimmen den Sieg davon trug. Zentrum, Nationalliberale und Bund der Landwirthe hatten sich mit den Freisinnigen vereinigt und so den Wahlkreis noch einmal für die „Ordnungsparteien" gerettet. Die Entscheidung bei den Stichwahlen lag in den Wahlkreisen Schweinitz-Wittenberg und Schaumburg-Lippe in den Händen unserer Genossen. In beiden Kreisen standen Freisinnige gegen konservativ-antisemitisch-agrarische Kandidaten in Stichwahl. Unsere Genossen, die im ersten Wahlgange in beiden Kreisen einen bedeutenden Stimmenzuwachs erzielt hatten, entschieden sich bei der Stichwahl für die freisinnigen Kandidaten als das „kleinere Uebel" zu stimmen und besiegelten damit die konservativen Niederlagen. — Einen glänzenden Erfolg errangen unsere Genossen bei der Nachwahl in Döbeln (X. sächsischer Wahlkreis). Der Wahlkreis Döbeln-Roßwein war früher im Besitze der Forschrittspartei, ging dann zu den Nationalliberalen über, die ihn dann an die konservativen Agrarier verloren, bei der letzten Wahl ihn aber wieder erobert hatten. Unsere Genossen haben seit der Wahl 1890 jedes Mal in der Stichwahl um den Sieg gerungen, unterlagen aber auch 1898 noch, wenn auch mit geringer Minderheit, der vereinigten Reaktion. Dieses Mal ist es nun gelungen, sämmtliche Brodwucher-Parteien gleich im ersten Wahlgang zu schlagen. Auf unseren Kandidaten fielen 11 781 Stimmen, während die Gegner es nur auf 11 459 Stimmen brachten.

Mit dem Sieg in Döbeln-Roßwein hat unsere Partei in Sachsen mehr als die Hälfte der dortigen Reichstagswahlkreise erobert. Der Wahlkreis Döbeln ist ein stark agrarischer Kreis fast ohne Großindustrie; die Wahl unseres Kandidaten ist deshalb um so vernichtender für die Zollbrodwucherer, kann aber auch als Beweis dafür gelten, wie die sächsischen Arbeiter bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen für die Entrechtung bei den Landtagswahlen quittiren werden.

Unsere ost- und westpreußischen Genossen waren bei den Nachwahlen in Rastenburg-Gerdauen und in Elbing-Marienburg betheiligt. In beiden Wahlkämpfen behaupteten unsere Genossen glänzend die Stellung der Partei, in Elbing sogar mit einem nennenswerthen Stimmenzuwachs, und bewiesen damit, daß es sich bei dem Aufschwung, den unsere Partei bei den letzten allgemeinen Wahlen in den Ostprovinzen zeigte, keineswegs um ein Strohfeuer handelte, wie die verblüfften Gegner gerne glauben machen wollten. —

Die Nachwahl in Hadersleben (Nordschleswig) brachte für unseren Kandidaten einen Zuwachs von 145 Stimmen und damit den Beweis, daß unsere wenigen Genossen, die wir in diesem für unsere Bewegung wenig zugänglichen und von nationalen Kämpfen erfüllten Kreise haben, mit unermüdlichem Fleiße und nicht ohne Erfolg thätig sind.

Weniger erfreulich war das Ergebniß der Nachwahl in dem Kreise Saarbrücken. In diesem hochindustriellen Wahlkreise mit Tausenden von Berg-, Hütten- und Fabrikarbeitern brachte es unser Kandidat nur auf einige hundert Stimmen, so daß der nationalliberale Vertreter, dessen erste Wahl wegen grober Wahlmogeleien vom Reichstag kassirt worden war, das Mandat wieder behauptete.

Im hannoverschen Wahlkreis Celle-Gifhorn brachten unsere Genossen beinahe 1000 Stimmen mehr auf als bei der Hauptwahl 1898. Für den stark ländlichen Wahlkreis ein sehr erfreuliches Resultat. Am 20. März d. J. fand in Breslau die Ersatzwahl für den verstorbenen Schoenlank statt. Volle fünf Monate haben die zuständigen Behörden es verstanden, diese Wahl hinaus zu schieben. An dem voraus zu sehenden Resultat der Wahl wurde durch diese Verzögerung aber nichts geändert. Mit 14 689 Stimmen wurde Genosse E. Bernstein an Stelle Schoenlanks im ersten Wahlgange gewählt.

Ein sehr erfreuliches Wachsthum unserer Partei zeigte auch die Ersatzwahl im oberfränkischen Wahlkreis Bayreuth. Unser Kandidat Hugel kam dort mit relativer Mehrheit von 5498 Stimmen mit dem nationalliberalen Kandidaten in die Stichwahl bei der letzterer, durch Unterstützung der Agrarier und Freisinnigen mit knapper Mehrheit Sieger blieb. — Bei der durch den Tod des Führers des Zentrums, Dr. Lieber, nothwendig gewordenen Nachwahl im 3. nassauischen Wahlkreise St. Goarshausen-Nassau behauptete unsere Partei ihre Position, die in diesem Kreise allerdings noch eine sehr schwache ist.

Das Facit aller dieser Nach- und Ersatzwahlen kann also dahin gezogen werden, daß unsere Partei fast überall im Fortschreiten begriffen, ihren Besitzstand behauptet und neues Terrain gewonnen hat. Alle unsere Erfolge haben wir aus eigener Kraft und ohne fremde Hilfe errungen, während unsere Genossen aus freiem Entschlusse überall zu Gunsten der liberalen Richtung eingriffen, wo diese im Kampfe mit der konservativen und agrarischen Reaktion sich befand.

Die Landtagswahlen, die im Laufe des letzten Jahres stattfanden, haben nennenswerthe Veränderungen im Besitzstande unserer Partei nicht gebracht. In Reuß j. L. hat sich die Zahl unserer Vertreter von 3 auf 5 vermehrt, während unsere badischen Genossen von den innegehabten 7 Mandaten eins einbüßten. In Nürnberg, wo in Folge der Mandatsniederlegung des Genossen Scherm eine Ersatzwahl stattfinden mußte, wurde an Scherms Stelle Genosse Merkel glatt gewählt.

Bei den Offenbacher Kreistagswahlen wurden drei Partei-

genossen gewählt. Es sind dies die ersten Sozialdemokraten, die in einen hessischen Kreistag einziehen.

Die erfolgreiche Thätigkeit unserer Genossen in den Gemeindeverwaltungen findet ihre Anerkennung in der wachsenden Zahl von Gemeinden, die Sozialdemokraten in die Gemeinderäthe wählen, sowie in der Zunahme von Mandaten in den Gemeinden, wo bisher schon Sozialdemokraten in den Gemeinderäthen saßen. Durch eine Musterkarte von urreaktionären Bestimmungen ist zwar in fast allen deutschen Staaten dafür gesorgt, daß der besitzenden Klasse in den Kommunalverwaltungen die Mehrheit, in der Regel die Zweidrittel-Mehrheit, unter allen Umständen gesichert bleibt, so weit aber den breiten Volksschichten ein Wahlrecht zusteht, wenden sie ihr Vertrauen immer mehr den sozialdemokratischen Kandidaten zu. So ist die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in den Vororten von Berlin in den letzten zwei Jahren von 23 auf 48 und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in derselben Zeit von 4450 auf 8199 gestiegen. Ein sehr glänzendes Resultat ergaben auch die Ergänzungswahlen der 3. Wählerklasse zu den Stadtverordneten in Berlin selbst. Unsere Genossen siegten in 13 Bezirken von denen 6 neu erobert wurden. Die Gesammtzahl unserer Vertreter im Berliner Stadtverordneten-Kollegium beträgt 28, fast drei Viertel der Sadtverordneten der dritten Klasse überhaupt. Selbst in Mecklenburg ist es unseren Genossen gelungen in den vier Städten Schwerin, Rostock, Güstrow und Wismar Vertreter in die Gemeinderäthe zu wählen.

Großartige Erfolge haben unsere Genossen besonders auch bei den letzten Gemeinderathswahlen in den Reichslanden erzielt. In Straßburg haben unsere Genossen 13 von den 36 Gemeinderaths-Mandaten erobert, obwohl die bürgerlichen Parteien — Klerikale und Demokraten mit eingeschlossen — ihnen geschlossen gegenüber standen. In Mühlhausen i. E. wurden von der zwischen unseren Genossen und den Demokraten vereinbarten Liste 12 Vertreter gewählt. Mit gleichem Erfolge wurde in einer Reihe kleineren Städte und Ortschaften gekämpft.

Daß diese gewaltigen Erfolge unserer Partei sehr verschnupfen ist erklärlich. Vielfach versucht man unseren Genossen ihren Erfolg dadurch wieder zu entreißen, daß man die Wahlen wegen angeblich dabei vorgefallener Unregelmäßigkeiten kassirt. Vorgänge bei den Wahlen und Maximen, die seit Jahren unbehelligt bestanden, so lange nur Ordnungsparteien gewählt wurden, müssen jetzt den Vorwand für Wahlkassationen hergeben, um die † † † Sozialdemokraten wieder los zu werden. Helfen thut diese rigorose Anwendung der Wahlbestimmungen freilich in der Regel nichts, denn unsere Genossen kehren meist mit größerer Mehrheit als vorher gewählt wieder.

Im Herzogthum Gotha, wo von 19 Landtagsabgeordneten 9 unserer Partei angehören, Genosse Bock Vizepräsident des Landtags und als solcher Mitglied des Oberverwaltungsgerichts ist, wurde der Landtagsabgeordnete Genosse Wolf in seinem Heimathsort Dietharz zum Schultheiß gewählt. Diese Wahl erschien der Gothaischen Regierung etwas so schreckliches, daß sie die Bestätigung versagte. Es macht sich eben überall derselbe kleinliche Geist bemerkbar.

Neben den vielen Erfolgen auf dem Gebiete der Gemeindewahlen haben wir im letzten Jahre leider auch eine schmerzliche Niederlage zu verzeichnen. Unsere Genossen in Offenbach a. M. wurden bei den Erneuerungswahlen von den vereinigten Gegnern wider alles Erwarten geschlagen und verloren zwei Mandate. Die auf Offenbach sehr schwer lastende wirthschaftliche Krise, in Folge deren über 1000 Gemeindewähler wegen rückständiger Steuern von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen konnten, mag das ungünstige Wahlergebniß mit verschuldet haben.

Bei den Gewerbegerichtswahlen haben auch im letzten Jahre

die von den freien Gewerkschaften resp. den Gewerkschafts-Kartellen aufgestellten Kandidatenlisten meistens den Sieg davon getragen. An vielen Orten werden gegnerische Kandidaten gar nicht mehr aufgestellt.

* * *

Organisation. Die Parteiorganisation wurde auch im abgelaufenen Jahre durch Neugründung von Vereinen und festerer Gliederung der Provinzial- und Landes-Organisationen weiter ausgebaut. Die Württembergische Landesorganisation hat das Parteisekretariat in einen fest besoldeten Posten umgewandelt.

Das organisatorische Verhältniß zu einem Theil der polnischen Genossen in Oberschlesien hat sich noch immer nicht befriedigend gestaltet. Die polnischen Genossen handeln nach wie vor auf eigene Faust, ohne auf die Gesammtpartei die gebührende Rücksicht zu nehmen. So hat eine Konferenz oberschlesischer polnischer Genossen, die am 13. Juli in dem galizischen Grenzorte Oswiecim tagte, bereits auf eigene Faust und ohne jede Verständigung mit den deutschen Genossen für acht von den zwölf oberschlesischen Reichstagswahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Daß ein solch' einseitiges Vorgehen nur zur Zersplitterung der Parteikräfte führen muß, bedarf keiner langen Erörterung. Es ist dieses Verhalten unserer polnischen Genossen um so bedauerlicher, als der Agitation und Organisation für die sozialdemokratische Parteisache in Oberschlesien von den Behörden wie dem Unternehmerthum mit allen Mitteln entgegen gewirkt wird.

Verlangen die polnischen Genossen, daß in den Wahlkreisen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung Kandidaten aufgestellt werden, die der polnischen Sprache mächtig sind, so wird dieses Verlangen nur als billig bezeichnet werden können. Ebenso entspricht es aber der Billigkeit, daß bei der Aufstellung dieser Kandidaten unsere deutschen Genossen zugezogen werden. Die in polnischen Parteikreisen vielfach vertretene Auffassung, daß in Oberschlesien und Posen die polnische Partei-Organisation maßgebend sei und die deutschen Genossen dort etwa eine Stellung einzunehmen haben, wie die reichsdeutschen Genossen in der Schweiz, kann von uns unter keinen Umständen als zutreffend erachtet werden. Die polnische sozialdemokratische Parteiorganisation war ursprünglich gedacht als ein zwar selbständiger Theil der Gesammtpartei, wie wir sie in den verschiedenen Landes- und Provinzorganisationen mehrfach haben; diese Organisationen bilden aber — unbeschadet aller Selbständigkeit — nur Theile der Gesammtpartei, mit der im Einverständniß und als deren Glieder sie handeln. Diese ursprüngliche Auffassung ist von unseren polnischen Genossen aufgegeben. Daraus resultiren alle Differenzen.

Möge es recht bald wieder zu einer Verständigung kommen, denn andernfalls würden bei den bevorstehenden Wahlen nur unsere gemeinsamen Gegner den Vortheil davon haben.

Das im Organisations-Statut § 2 Abs. II vorgesehene Schiedsgericht ist durch Vermittelung des Parteivorstandes in drei Fällen in Aktion getreten. Die Schiedssprüche, die sich auf Fälle in Elmshorn, Bremerhaven-Lehe und einige Berliner Genossen bezogen, wurden von den betheiligten Genossen in allen Fällen acceptirt. Unliebsame Vorkommnisse haben in Nürnberg zum Ausschluß von vier Genossen aus der dortigen Lokal-Organisation geführt. Dieser Ausschluß ist von dem nordbayerischen Gautag in Bayreuth bestätigt worden, ohne damit einen Antrag auf Ausschluß aus der Gesammtpartei zu verbinden, wie schon der Umstand beweist, daß die betr. Genossen zu den Verhandlungen des Gautags ohne Widerrede zugelassen wurden. Da später die in Nürnberg ausgeschlossenen Genossen in benachbarten Orten wieder in Partei-Vereine eintraten, einer sogar demonstrativ als Reichstagskandidat proklamirt wurde, wurde die Frage aufgeworfen, ob der Ausschluß aus einem Parteilokalverein nicht eo ipso den Ausschluß aus der Gesammtpartei in sich einschließe?

Sinn und Wortlaut unseres Organisationsstatut lassen keinen Zweifel, daß diese Frage zu **verneinen** ist. Zweifellos muß, wenn der Ausschluß aus der Partei erfolgen soll, ein bezüglicher Antrag vorliegen und den Betroffenen Gelegenheit gegeben werden, auf den im § 2 des Organisations-Statuts vorgesehenen Wege seine Vertheidigung zu suchen. Das Recht der Lokalvereine, zu entscheiden, wen sie als Mitglied aufnehmen oder behalten wollen, bleibt unbestritten, über die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet aber endgiltig ein vom Parteivorstand zu berufendes Schiedsgericht, gegen dessen Entscheid die Berufung an die Kontrolleure und den Parteitag zulässig ist.

Ueber das Verhältniß der Parteigenossen, die aus der lokalen Partei-Organisation ausgeschlossen, oder aus derselben ausgetreten sind, zur Gesammtpartei, äußerte sich der Parteivorstand in einer Zuschrift an Hamburger Parteigenossen, die sich in der vorstehend geschilderten Lage befanden, wie folgt:

„Unser Organisationsstatut enthält keine Bestimmung über die Art, wie sich die in den einzelnen Kreisen wohnenden Parteigenossen zu organisiren haben. Es ist dies ihrem eigenen Befinden überlassen. Den Traditionen in der Partei und einer Reihe von Parteitagsbeschlüssen entspricht es aber, daß, wenn die Mehrheit der Genossen eines Ortes oder Kreises sich für eine bestimmte Form der lokalen Organisation entschieden hat, die einzelnen Genossen diesen Entscheid respektiren. Die Gründung von Sonderorganisationen seitens einer Minorität ist in der Partei von jeher verurtheilt worden. Der Parteivorstand kann nur mit den von der Mehrheit der Parteigenossen mit der Wahrnehmung der Partei-Interessen (§ 3 des Organisationsstatuts) betrauten Vertrauenspersonen zur Erledigung der Parteigeschäfte in Verkehr treten.

In welcher Form Ihr, als keiner lokalen Parteiorganisation angehörende Genossen, der Partei gegenüber Eure Pflichten erfüllen wollt, muß Eurem Ermessen überlassen bleiben; aber als besondere Partei-Organisation können wir eine etwa von Euch ins Leben gerufene Organisation — neben den dort bestehenden Wahlvereinen — nicht anerkennen. Dasselbe gilt für die Ausübung der Parteirechte, soweit dieselben den örtlich organisirten Genossen zustehen. Nach bereits bei früheren Anläßen gefaßten Beschlüssen müßte der Parteitag eine von Euch als lokale Sonderorganisation gesandte besondere Delegation zurückweisen. Dagegen hat jeder von Euch das Recht, auf dem Parteitag als Delegirter zu erscheinen, wenn er als solcher von irgend einem Orte oder Kreise entsprechend den Bestimmungen des § 9 Ziffer 1 des Organisationsstatuts gewählt wird."

* * *

Vereins- und Versammlungsrecht. Das preußische Vereins- und Versammlungsgesetz bestimmt im § 8a, daß „Frauenspersonen" nicht Mitglieder von Vereinen sein dürfen, die „bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern", und daß sie ebensowenig „den Versammlungen und Sitzungen solcher politischer Vereine beiwohnen" dürfen. Nach diesen Vorschriften wurden bisher in Preußen die Frauen aus den Versammlungen politischer Vereine — gleichgiltig, ob es sich um geschlossene oder öffentliche Sitzungen handelte — ausgeschlossen und gegen sozialdemokratische Vereine ging man vielfach so weit, daß zu deren Stiftungsfesten oder Bällen die Zulassung von Frauen untersagt wurde. Gegenüber dieser sonst geübten strengen Praxis mußte es nun auffallen, daß bei der letzten Heerschau des Bundes der Landwirthe, im Zirkus Busch in Berlin, die Frauen in großer Zahl anwesend waren, ohne daß sie, wie sonst üblich, von der Polizei ausgewiesen wurden. Im preußischen Landtage wurde auf dieses Messen mit zweierlei Maß hingewiesen und in seiner Antwort gab der Herr Minister des Innern, von Hammerstein, eine ganz neue Auffassung über die Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes zum

Vesten. Der Herr Minister billigte es, daß die Zirkusversammlung nicht aufgelöst wurde, denn die Frauen seien nur als Zuhörerinnen anwesend gewesen, ohne sich an den Verhandlungen zu betheiligen.

„Allerdings wäre es dann richtig gewesen," so sagte der Minister, „daß den Frauen ein besonderes Segment des Zirkus angewiesen würde. Der Polizeipräsident werde für die Zukunft darauf hinweisen, daß die Vermischung von Männern und Frauen in dem Theil des Saales, der für die eigentlichen Verhandlungen bestimmt ist, nicht zulässig sei."

So sprach der Minister von Hammerstein am 24. Februar. Am 4. März kam er auf die Angelegenheit zurück. Er schränkte seine Erklärung ein; nur in dazu geeigneten Fällen solle die polizeiliche Aufsicht entweder unterbleiben oder über die Formalien des Gesetzes nicht ausgedehnt werden; in einzelnen Fällen werde man den Antragstellern so weit wie möglich entgegenkommen.

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich die Polizeiorgane in diese neue Auffassung nicht gleich hinein finden können und so wurde eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den IV. Berliner Wahlkreis aufgelöst, obwohl die anwesenden Frauen im „besonderen Segment", nämlich auf der Tribüne des Saales, untergebracht waren. Auf die dagegen erhobene Beschwerde an das Polizei-Präsidium erfolgte nun folgender Bescheid:

„Die von Eurer Hochwohlgeboren Namens Ihres Mandanten, Maurers Paul Hoffmann, eingelegte Beschwerde vom 27. v. Mts. in Vereinsangelegenheiten sehe ich als erledigt an, nachdem inzwischen die überwachenden Polizeibeamten angewiesen worden sind, in polizeilich überwachten Vereinsversammlungen von der Befugniß, die Entfernung der Frauen zu verlangen, dann keinen Gebrauch zu machen, wenn diese nur als Zuschauerinnen und nicht als Theilnehmerinnen erschienen sind, und diese ihre Eigenschaft auch durch ihr Verweilen in von dem eigentlichen Versammlungsraum räumlich getrennten Plätzen äußerlich hervortritt. In Vertretung: Friedheim."

Damit wäre also für Berlin, wenigstens für die Zeit, so lange Herr von Hammerstein im Ministerium des Innern regiert, ein kleiner Erfolg errungen. Draußen in der Provinz geht die alte Wirthschaft weiter, indem die Polizei alle Hinterthürchen benützt, die die ministerielle Aeußerung offen läßt. Wie das gemacht wird, dafür zwei Beispiele.

In Hannover war eine Versammlung der Maurer-Verbandsstelle aufgelöst worden, weil Frauen anwesend waren. Auf die erhobene Beschwerde erfolgte folgende Antwort:

„Die Zahlstelle ist ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850. Zu Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine dürfen aber Frauenspersonen nur dann zugelassen werden, wenn sie nicht als eigentliche Theilnehmerinnen, sondern lediglich als Zuschauerinnen zugegen sind und die Annahme ihrer aktiven Betheiligung an denselben von vornherein ausgeschlossen erscheint. Letzteres ist nur dann der Fall, wenn ihr Platz von dem Versammlungslokal räumlich getrennt ist, derart, daß sie sich in durch ausreichende Schranken abgesonderten Nebenräumen oder Logen befinden. Dies traf in der fraglichen Versammlung nicht zu. Die erschienenen Frauen befanden sich mit den anwesenden männlichen Personen zusammen und unabgesondert in ein und demselben Saal. Auch, als sie auf die Aufforderung des überwachenden Polizeibeamten in den Nebensaal geführt worden, war die obige Voraussetzung nicht erfüllt. Denn, nachdem die Jalousien, welche die beiden Säle trennten, emporgezogen und dadurch zwischen denselben Oeffnungen in Gesammtbreite von 8,32 Meter hergestellt worden, war zwischen den beiden Räumen ein ungehinderter Verkehr ermöglicht, der keine Garantie dafür bot, daß die aktive Betheiligung der in dem Nebensaal untergebrachten Frauen in der Versammlung von vornherein ausgeschlossen

war. Der überwachende Polizeibeamte war daher berechtigt, wie verpflichtet, die gänzliche Entfernung der Frauen anzuordnen."

Noch interessanter ist die Entscheidung der Weißenfelser Polizei auf eine Beschwerde aus gleichem Anlaß. Da heißt es:

„Auf die Eingabe vom 17. d. Mts. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß der Polizeibeamte befugt war, am 5. d. Mts. die Frauen aus dem Versammlungszimmer des Sozialdemokratischen Vereins hinauszuweisen, weil jene nach der Lage der Gesammtumstände nicht als unbetheiligte bloße Zuschauerinnen, sondern als Theilnehmer an der Versammlung anzusehen waren. Dagegen erschien es nicht nothwendig, daß die Thür zur Garderobe, in welcher sich später die Frauen befanden, geschlossen wurde, weil von dort aus eine Betheiligung nicht mehr zu erwarten war.

Allerdings würde eine „Betheiligung" — was für künftige Fälle zu beachten ist — dann auch aus einem Nebenraum anzunehmen sein, wenn die Frauen in irgend einer Weise, z. B. durch Zwischenrufe oder Bezeugung von Beifall und dergleichen sich bemerklich machen."

Man sieht, die Polizei weiß sich zu helfen; eine der im „besonderen Segment" untergebrachten Frauen braucht nur zu nießen und der überwachende Beamte hat den gewünschten Vorwand, wegen „Zwischenrufe und dergl." die Versammlung zu schließen. Der ganze Vorgang zeigt, wie unhaltbar die Bestimmungen der aus der Reaktionsperiode stammenden Vereinsgesetzgebung sind und wie dringend deren durchgreifende Reform ist.

Daß die unhaltbaren Zustände durch die „Rechtsprechung" unserer höchsten Gerichtshöfe nur noch verworrener gestaltet werden, ist leider Thatsache. Den neuesten Rekord auf diesem Gebiete hat das preußische Oberverwaltungsgericht geliefert, indem es aussprach, daß ein Komitee von 3 Personen bereits ein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes sei. Es bedarf also nur noch eines Schrittes, dann wird in jeder Ehe zwischen Mann und Frau ein Verein im Sinne des Gesetzes gefunden.

Zu den neuerdings sehr beliebt gewordenen Mitteln, den Arbeitern das Versammlungsrecht illusorisch zu machen, gehört die Verhängung einer frühen Polizeistunde über die Lokale, die den Arbeitern zu ihren Versammlungen noch zur Verfügung stehen. Zwar ist die Anwendung der Polizeistunde, wenn nach deren Eintritt der Ausschank in dem Lokale eingestellt wird, eine direkte Verletzung der Bestimmungen über das Versammlungswesen und der preußischen Verfassung, aber eine sich ihrer Bedeutung bewußte schneidige Polizei setzt sich über solche Kleinigkeiten leicht weg. — Ganz unglaubliche Vorgänge werden in dieser Hinsicht aus Danzig gemeldet, wo es unseren Genossen im Verein mit den Gewerkschaften gelungen war, sich ein eigenes Lokal einzurichten. Die Polizei hat nicht nur jede Versammlung in diesem Lokal bis auf Weiteres verboten, sondern auch die Polizeistunde auf 8 Uhr Abends festgesetzt.

Im Uebrigen steht in der preußischen Verfassung noch immer Artikel 29, Abs. 1, welcher lautet:

„Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorhergängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln."

* * *

Die Maifeier. Die Feier des ersten Mai hat auch in diesem Jahre in umfänglichstem Maße und in würdigster Weise stattgefunden. — Das Unternehmerthum hat vielfach die Gelegenheit wahrgenommen und die Arbeiter, die am 1. Mai nicht zur Arbeit erschienen waren, für den Rest der Woche von der Arbeit überhaupt ausgesperrt. Der schlechte Geschäftsgang ließ dem Protzenthum dieses Auskunftsmittel sehr angebracht erscheinen. Man traf damit zwei Fliegen auf einen Schlag. Man ersparte für ein paar Tage den Lohn für die Arbeiter und konnte zugleich die ordnungsparteiliche Gesinnung ins gebührende

Licht stellen. Die Arbeiter haben für dieses billige Protzenthum den nöthigen Humor gehabt und aus den Gewerkschaftskassen den Gemaßregelten Ersatz geleistet. Alles in Allem war die Zahl der Letzteren nicht von besonderer Bedeutung. — Die Versammlungen, die am 1. Mai Vormittags abgehalten wurden, waren durchweg sehr gut besucht. Abends fanden sich Hunderttausende zu den überall arrangirten Festen zusammen und bewiesen damit, daß der 1. Mai ein Weltfeiertag für das Proletariat im schönsten Sinne des Wortes geworden ist.

Die Polizei hat zur Maifeier in ihrer Weise beigetragen, indem sie die an verschiedenen Orten von unseren Genossen geplanten öffentlichen Umzüge vielfach aus sicherheitspolizeilichen Gründen verbot.

Von der auch in diesem Jahre erschienenen Maizeitung wurden 277 000 Exemplare abgesetzt.

Für den unwiderstehlichen Fortschritt, den die Arbeiterbewegung in Ostelbien nimmt und zu welchen kleinlichen Maßnahmen auch das dortige Unternehmerthum greift, dafür spricht folgendes „vertrauliche" Zirkular:

An den Verband der Metallindustriellen für Ost- und Westpreußen.

In Folge des Beschlusses in der Ausschußsitzung vom 25. September 1899 haben wir die Verpflichtung übernommen, Sie zu bitten, den Mitgliedern Ihres Verbandes rechtzeitig die Benachrichtigung zukommen zu lassen, daß die Feier des 1. Mai in unseren Betrieben nicht geduldet wird und daß die Feiernden als Streikende zu betrachten sind. Demgemäß wollen Sie Vorstehendes Ihren Mitgliedern mittheilen, damit in sämmtlichen Betrieben ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.

Hochachtungsvoll

Gesammtverband der deutschen Metallindustriellen.

H. Schimff, Vorsitzender.

* * *

Die Parteipresse. An neuen Parteiorganen sind im Laufe des letzten Jahres ins Leben gerufen worden die „Volks-Zeitung für das Muldenthal" für den XIV. sächsischen Wahlkreis, erscheint in Leipzig als Kopfblatt der dortigen „Volks-Zeitung". Weiter „Volks-Zeitung für die Kreise Landeshut-Bolkenhain-Jauer" und die „Posener Volks-Zeitung", beide Blätter drei Mal wöchentlich erscheinend als Ableger der Breslauer „Volkswacht".

Die in Bant erscheinende „Nordwacht" wird seit 1. Juli drei Mal, gegen früher ein Mal, wöchentlich ausgegeben; die „Märkische Volksstimme" in Forst erscheint seit 1. Oktober täglich, statt bis dahin drei Mal wöchentlich. Das zehnjährige Jubiläum ihres Bestehens feierten im abgelaufenen Jahre die „Mecklenburg. Volks-Zeitung" in Rostock, das „Volksblatt für Anhalt" in Dessau und als täglich erscheinendes Blatt das „Saalfelder Volksblatt".

Zu erscheinen aufgehört hat die Altena-Iserlohner „Volkstribüne", die als Kopfblatt der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" hergestellt wurde. Im Wahlkreise Altena-Iserlohn ist an Stelle der „Volkstribüne" die „Elberfelder Freie Presse" als offizielles Parteiblatt eingeführt.

Zur sozialistischen Presse Deutschlands gehörten am 1. Juli 1902 neben dem Zentralorgan „Vorwärts" und der wissenschaftlichen Wochenschrift „Neue Zeit":

54	täglich	1 mal	erscheinende Zeitungen
10	wöchentlich	3 mal	„ „
4	„	2 mal	„ „
7	„	1 mal	„ „
1	monatlich	2 mal	„ „
2	„	1 mal	„ „

außerdem 2 alle 14 Tage erscheinende Witzblätter und 2 wöchentlich herauskommende illustrirte Unterhaltungsblätter, sowie die „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Zur Gewerkschaftspresse zählen:

1	wöchentlich	3 mal	erscheinende Zeitung
32	„	1 mal	„ „
2	monatlich	3 mal	„ „
21	„	2 mal	„ „
11	„	1 mal	„ „

Eine Neuerung in der Parteipresse ist insofern eingeführt worden, als dem Unterhaltungsblatt „Neue Welt" eine regelmäßige Annoncenbeilage beigegeben wird. Diese Neuerung hat sich mit Rücksicht auf die hohen Kosten der Herstellung der „Neuen Welt" nothwendig gemacht. Durch die Einführung des Rotations-Illustrations-Druckes ist zwar die Herstellung des Blattes wesentlich verbilligt worden, da aber im Interesse unserer Lokalpresse, die die „Neue Welt" als Sonntags-Beilage giebt, der Preis derselben fast um ein Drittheil ermäßigt ist, so ergab sich immer noch ein Defizit, das durch die Annoncen-Beilage gedeckt werden soll. Den gegen einzelne Annoncen laut gewordenen Beschwerden aus dem Leserkreise hat die Verwaltung der „Neuen Welt" nach Möglichkeit Rechnung getragen. Dem auf früheren Parteitagen wiederholt gefaßten Beschlusse auf Herausgabe eines sozialdemokratischen A-B-C-Buches ist im Laufe des Jahres insofern entsprochen, als in der Buchhandlung Vorwärts das „Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch, ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichstagspolitik", erschienen ist.

Der Beschluß der Berliner Genossen, das Zentralorgan der Partei, den „Vorwärts" und die übrigen in Berlin herzustellenden Partei-Druckarbeiten in Zukunft in einer eigenen Druckerei herstellen zu lassen, geht seiner Ausführung entgegen. Am 1. Oktober soll die neue Druckerei eröffnet werden, zu deren Einrichtung von den Berliner Genossen und speziell durch die Gewerkschaften mehrere Hunderttausend Mark als Darlehen beschafft wurden.

Der Neue Weltkalender, als offizieller Parteikalender, erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit in den weitesten Volkskreisen. Im letzten Jahre ist der Kalender in einer Auflage von 140 000 Exemplaren erschienen und abgesetzt worden. — Auch der im Parteiverlag erscheinende Arbeiter-Notizkalender erfreut sich eines immer mehr steigenden Absatzes.

Nach dem außergewöhnlich hohen finanziellen Ertrag des vorigen Berichtsjahres weist das diesmalige Ergebniß des „Vorwärts" einen Rückschlag von ca. 20 000 Mk. auf. Indessen ist dieser Minderüberschuß nicht auf eine Verminderung der Abonnentenzahl, die sich vielmehr trotz der wirthschaftlichen Ungunst in der Höhe von 56—58 000 erhielt, sondern auf einen Inseratenausfall von etwa 25 000 Mk. gegen das Vorjahr zurückzuführen; auf diesem Gebiet hat die Krisis ihre Wirkungen gezeigt.

Die Thätigkeit der Redaktion wurde in diesem Jahre durch gerichtliche Eingriffe empfindlich gestört. Wegen Veröffentlichung von Hunnenbriefen und -Telegrammen über die Kriegsführung wurden nicht weniger als drei Redakteure, und zwar die Genossen John, Schmidt, Schröder zu sieben, sechs und vier Monaten Gefängniß verurtheilt, ohne daß das gerichtliche Verfahren auch nur in einem wesentlichen Punkte die Unrichtigkeit der sozialdemokratischen Kritik und der „Vorwärts"-Veröffentlichungen erwiesen hätte. John und Schmidt haben am 25. Juli Plötzensee bezogen, während Schröder's Strafe noch nicht rechtskräftig geworden ist.

Weiter hat auch die Staatsanwaltschaft den wunderbaren Versuch unternommen, gegen einen vierten Redakteur, den Genossen Leid, einzuschreiten, und

zwar nicht wegen eines Preßvergehens, sondern wegen eines — gemeinen Verbrechens. Leid soll nämlich sich der Hehlerei schuldig gemacht haben dadurch, daß er den Tirpitz-Erlaß verantwortlich zeichnete. Diese interessante juristische Neuheit scheint man indessen wegen ihrer völligen Unmöglichkeit nicht weiter verfolgt zu haben; wenigstens hat man bis zum Abschluß des Berichts nichts von weiteren gerichtlichen Schritten vernommen.

Erwähnt sei noch, daß der „Vorwärts" diesmal sich auch des wirksamsten Mittels der modernen Propaganda bedient hat, indem er ein künstlerisch kraftvolles und agitatorisch eindringliches großes Plakat anfertigen und verbreiten ließ.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

1901/1902.

	Juli-September 1901		Oktober-Dezember 1901		Januar-März 1902		April-Juni 1902		Summe	
A. Eingänge:										
Abonnementsgelder durch die Expedition	116340	35	117560	20	117046	25	116111	65	467058	45
Abonnementsgelder durch die Post	9941	40	10777	30	11342	25	10482	70	42543	65
Inseraten-Einnahme . . .	31967	25	48804	30	41173	40	46966	—	168910	95
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition			867	75					867	75
Gesammt-Einnahme Mk.	158249	—	178009	55	169561	90	173560	35	679380	80
B. Ausgänge:										
Diverse Unkosten: (Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare 2c. 2c.)	5094	45	8099	60	6980	90	8850	95	28975	90
Zeitungs-Abonnement . .	335	60	412	—	381	95	421	55	1551	10
Feuilleton	1955	80	2957	70	2777	35	2422	15	10113	—
Redakteure	12351	55	11914	20	12130	75	13741	65	50138	15
Mitarbeiter: Politik	6811	35	6026	30	6229	75	8795	20	27862	60
Versammlungen	1001	40	887	15	857	10	790	70	3536	35
Lokales . .	3058	55	4133	70	3623	90	3869	95	14686	10
Depeschen und Parlamentsberichte	703	—	1154	—	1691	10	1457	50	5005	60
Neue Welt	8061	10	8200	80	7499	90	7493	40	31255	20
Gehälter der Expedition . .	3579	—	3479	—	4004	50	3975	25	15037	75
Miethe	1247	50	1247	50	1247	50	1247	50	4990	—
Gerichtskosten	203	20	322	85	323	50	414	20	1263	75
Redaktionsbibliothek . . .	404	60	218	60	253	70	143	90	1020	80
Druckrechnung	99361	50	112891	—	108299	10	102791	05	423342	65
Gesammt-Ausgabe Mk.	144168	60	161944	40	156251	—	156414	95	618778	95
Gewinn . . . . „	14080	40	16065	15	13310	90	17145	40	60601	85
wie oben unter A Mk.	158249	—	178009	55	169561	90	178560	35	679380	80

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 60 601,85.

Berlin, den 7. August 1902.

Revidirt und für richtig befunden:

W. Bock. Fr. Brühne. Ed. David. F. J. Ehrhart. Aug. Kaden. H. Koenen. H. Meister. Theodor Metzner. Clara Zetkin.

Die **Buchhandlung Vorwärts** hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre wesentlich unter der Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse zu leiden; ihre Monatsausweise zeigen, mit einer einzigen Ausnahme, Monat für Monat ein Sinken der Umsatzziffern, und erst die Monate Mai und Juni d. J. setzen mit einer erheblichen Steigerung wieder ein. Während im Vorjahre der Umsatz 201 290 Mk. betrug, sank er in diesem Jahre auf 193 754 Mk.; so konnten denn auch in diesem Jahre aus den Geschäftsüberschüssen nur 15 000 Mk. an die Parteikasse abgeführt werden.

Die Verminderung des Reingewinnes erklärt sich andererseits auch daraus, daß die Herausgabe des Schippel'schen Handbuchs mit Kosten verbunden waren, die bei dem Absatzkreise, der hierbei in Frage kam, und den bei uns üblichen Preisen von vornherein jeden Gewinn ausschlossen und wobei die Frage, ob das Buch den gehegten Erwartungen entspricht oder nicht, keine Rolle spielt. Die Parteigenossen haben von dem Handbuch vielfach eine Art Enzyklopädie der Politik und Volkswirthschaft, ein Vademecum durch alle politischen und volkswirthschaftlichen Begriffe erwartet; diese Aufgabe konnte im Rahmen eines Handbuchs nicht gelöst werden. So schlug der mit den Vorarbeiten betraute Verfasser schließlich die Herausgabe eines Reichstags-Handbuchs vor, das in erster Linie auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung das einschlägige historische Material für die Agitation und den parlamentarischen Weiterbau liefern sollte und dabei naturgemäß mehr Gewicht darauf legen mußte, aktenmäßiges Material über die Haltung und Stellung der gegnerischen Parteien und der Regierung den Genossen an die Hand zu geben. Dieser Vorschlag wurde vom Parteivorstand wie vom Verlag akzeptirt — es war der einzige Weg, endlich einmal die verschiedenen Parteitagsbeschlüsse in dieser Angelegenheit zur Ausführung zu bringen. Ob der Verfasser die gestellte Aufgabe gelöst hat, unterliegt dem Urtheil der Leser; nach den bisher laut gewordenen Urtheilen hätte er vielleicht besser gethan, die von ihm als selbstverständlich und bekannt vorausgesetzte sozialdemokratische Kritik mehr zu betonen.

Die schlechten Erwerbsverhältnisse, die den Arbeiter zu Einschränkungen aller Art, und in erster Linie natürlich zur Einschränkung der literarischen Bedürfnisse zwangen, bedingten, daß die Buchhandlung mit der Herausgabe neuer Agitationsschriften etwas langsamer als in den Vorjahren vorging. Neben dem Sozialdemokratischen Reichstagshandbuch, das in einer Auflage von 4000 Exemplaren erschien, hat der Verlag die Kosinsky'schen Aufklärungsschriften über das Christenthum in einer Auflage von ca. 25 000 Exemplaren abgesetzt; Bernhard's: „Krach, Krisis und Arbeiterklasse" erschien in 12 000 Auflage, Heinemann's „Führer durch die Strafprozeßordnung" in 5000 Exemplaren. Zetkin's: Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus in 3000 Exemplaren. Die Arbeitslosen-Zeitung, die dem Eifer der Polizei zum Opfer fiel, monatelang beschlagnahmt war und dann endlich durch Gerichtsspruch freigegeben wurde, wurde in 76 000 Exemplaren, die Oster-Zeitung in 113 000 Exemplaren und die Mai-Zeitung in 277 000 Exemplaren ausgegeben. Das Protokoll des Lübecker Parteitages erzielte eine Auflage von 34 000 Exemplaren, der Arbeiter-Notizkalender eine solche von 44 000, indem nämlich der Verlag mit einzelnen Gewerkschaften Abkommen traf zur Herausgabe von Spezial-Fachkalendern. Ein neues sozialistisches Charakterstück von Preczang: „Die Polizei als Ehestifterin" wurde in 2000 Exemplaren ausgegeben.

Die Roman-Bibliothek „In freien Stunden" hat mit Hilfe der freundlichen Unterstützung der Parteipresse ihren Abonnentenstand gehalten.

Von früheren Publikationen wurde: Bebel, Christenthum und Sozialdemokratie in 37 000 Exemplaren neu aufgelegt, das Programm in 10 000 Exemplaren, Führer durch das Vereinsgesetz in 3000 Exemplaren.

Kassenbericht. Die Gesammt-Einnahmen des Berichtsjahres übersteigen die des Vorjahres in runder Summe um Mk. 20 000, während die als die eigentlichen Parteibeiträge zu betrachtenden allgemeinen Einnahmen mit rund Mk. 600 hinter den Eingängen des Vorjahres zurückgeblieben sind. Die immer noch andauernde wirthschaftliche Krise hat besonders während des Winterhalbjahres sehr ungünstig auf die Kassenverhältnisse eingewirkt und ihr ist in der Hauptsache auch der starke Rückgang im Ueberschuß des „Vorwärts" — Mk. 20 000 weniger als im Vorjahre — zuzuschreiben.

In den ersten 5 Monaten des Berichtsjahres betrug das Defizit Mk. 79 244,19 und nach weiteren 3 Monaten immer noch Mk. 71 748,20. Von diesem bedenklichen Stand der Parteifinanzen wurde den Parteigenossen im Laufe des Sommers durch Zirkular Nr. 27 Kenntniß gegeben. Beachten die Parteigenossen in Zukunft die Rathschläge und Mahnungen, welche ihnen in dem gedachten Zirkular vom Parteivorstande ertheilt wurden, dann dürften gleich ungünstige finanzielle Ergebnisse, wie sie sich in den ersten 8 Monaten des Berichtsjahres zeigten, fernerhin auch in kritischen Zeiten nicht mehr zu befürchten sein.

Durch die Eingänge in den letzten 4 Monaten des Rechnungsjahres ist allerdings nicht nur das Defizit beseitigt, sondern auch noch ein Ueberschuß von Mk. 15 035,56 erzielt worden. (Das Mehr von Mk. 1 340,79 in der Ausgabe für Kapitalanlage, die in der Abrechnung mit Mk. 16 375 85 aufgeführt ist, ergiebt sich aus der Differenz zwischen dem übernommenen und dem auf neue Rechnung vorgetragenen Kassenbestand.) Aber dieses verhältnißmäßig günstige Schlußresultat ist nur durch den Eingang der Schmitz'schen Erbschaft erzielt worden. Ohne die letztere würde die Zentralkasse mit einem Defizit von rund Mk. 22 000 abgeschlossen haben.

Im Einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1901 bis 31. Juli 1902.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1901												
August	13780	27	13770	27	—	—	—	—	—	—	10	—
September	5629	54	4677	24	800	—	150	—	—	—	2	30
Oktober	25859	09	11359	19	—	—	270	—	14080	40	149	50
November	16067	08	12067	08	4000	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	10925	55	10923	25	—	—	—	—	—	—	2	30
1902												
Januar	32656	42	9451	67	500	—	6639	60	16065	15	—	—
Februar	18065	36	17712	91	50	—	252	45	—	—	50	—
März	14029	65	13277	35	—	—	750	—	—	—	2	30
April	90271	17	13358	15	2937	50	620	—	13310	90	60044	62
Mai	28141	64	21741	64	6400	—	—	—	—	—	—	—
Juni	27171	19	26168	89	1000	—	—	—	—	—	2	30
Juli	55811	54	22163	94	10000	—	6318	25	17145	40	183	95
	338108	50	176671	58	25687	50	15000	30	60601	83	60447[1]	27

338 408,50 Mk.

Hierzu Bestand vom 31. Juli 1901 8 127,14 „

346 535,64 Mk.

II. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Diverse	
	Mk.	Pf	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1901																				
August . . .	29791	60	3042	10	8113	—	5951	75	50	—	101	—	1760	40	8000	—	7744	35	29	—
September .	14948	14	8051	50	—	—	5725	—	—	—	—	—	459	70	—	—	400	—	301	94
Oktober . . .	48299	48	18134	85	650	—	1947	50	454	50	—	—	2353	14	17000	—	7120	—	639	49
November. .	36731	56	8033	20	5500	—	1058	40	396	—	1500	—	1472	22	17400	—	3273	—	98	74
Dezember . .	21734	84	1907	40	4481	70	870	—	820	—	8000	—	1393	15	6637	50	2500	—	125	09
1902																				
Januar . . .	22990	30	8336	60	1624	20	922	25	404	35	5000	—	1530	60	3000	—	2141	20	31	10
Februar . . .	17653	30	4165	—	2024	75	795	—	580	—	5200	—	1198	10	—	—	3686	35	4	10
März	16611	94	2834	90	3000	—	505	50	320	65	2200	—	1186	05	—	—	6545	—	19	84
April	23227	84	3346	75	—	—	11736	—	—	—	3000	—	1837	52	—	—	3259	65	27	92
Mai.	35228	90	3302	50	—	—	5741	75	250	—	3000	—	1159	65	20000	—	1775	—	—	—
Juni	35422	59	3278	20	—	—	1015	—	187	—	3800	—	856	95	23000	—	3275	—	10	44
Juli.	20732	45	5062	85	—	—	1110	50	390	—	1244	—	1678	10	10000	—	913	—	334	—
	323372	94	69495	65[1])	18393	65[2])	37398	65[3])	3852	50	28045	—[4])	16895	58[5])	105037	50[6])	42632	55[7])	1621	66

	323 372,94	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	16 376,35	„
Kassenbestand am 31. Juli 1902	6 786,35	„
	346 535,64	Mk.

Berlin, den 6. August 1902.

Revidirt und für richtig befunden:

W. Bock. Fr. Brühne. Ed. David. F. J. Ehrhart. Aug. Kaden. H. Koenen.
H. Meister. Theodor Metzner. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

*) Unter diesem Posten befindet sich neben Eingängen für Flugblätter &c. auch die Schmitz'sche Erbschaft mit Mk. 36 771,82.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

¹) u. ²) Die Ausgaben für allgemeine wie auch für Wahlagitation halten sich, nach Abzug der im vorigen Jahre unserer österreichischen Bruderpartei bewilligten Mk. 20 000,—, annähernd auf gleicher Höhe wie im Vorjahre.

³) Die Ausgaben für Unterstützungen sind gegen das Vorjahr um Mk. 25 353,55 höher. In der Hauptsache ist diese Steigerung auf die den belgischen Genossen während ihres Wahlrechtskampfes geleistete Unterstützung zurückzuführen.

⁴) u. ⁵) Die Reichstagskosten sind gegen das Vorjahr um Mk. 855,— geringer, die Ausgaben für Gehälter und Verwaltung sind in Folge der Vergrößerung der Verwaltungskörper gegen das Vorjahr um rund Mk. 1000,— höher.

⁶) Das Darlehns-Konto hat im Berichtsjahre eine ungewöhnliche Höhe erreicht, doch sind mit Ausnahme einiger weniger Fälle, in denen örtlichen Parteiorganisationen für bestimmte Aktionen oder kämpfenden Gewerkschaften Gelder vorgestreckt wurden, alle Darlehen an die im Besitz der Partei befindlichen Zeitungsgeschäfte gegeben worden. Die durch die Ausdehnung der letzteren nothwendig gewordenen Neuanschaffungen &c. haben aber nunmehr einen gewissen Abschluß gefunden, so daß — normale Zeitläufte vorausgesetzt — auf ein allmähliges Zurückfließen der Gelder in die Zentralkasse zu rechnen ist. Ein Geschäft, das vor zwei Jahren ein größeres Darlehen aufgenommen hatte, war im Berichtsjahre bereits in der Lage, Mk. 10 000,— zurückzahlen zu konnen.

⁷) Für Preß-Unterstützungen sind im laufenden Jahre rund Mk. 25 000,— weniger ausgegeben worden als im Vorjahre.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Freie Presse“, Straßburg i. E.	Mk.	6 456,35[1])
„Mecklenburgische Volkszeitung“, Rostock	„	800,—
„Niederrheinische Volkstribüne“, Crefeld	„	800,—
„Niederrhein. Volkstribüne“, Düsseldorf	„	2 000,—[2])
„Nordwacht“, Bant	„	2 000,—
Saalfelder Blätter	„	1 440,—
„Volksblatt“, Aachen	„	3 800,—
„Volksblatt“, Bochum	„	5 260,55[3])
„Volksblatt“, Cassel	„	1 000,—
„Volksfreund“, Karlsruhe	„	2 000,—
„Volkszeitung“, Halberstadt	„	1 500,—
„Volkszeitung“, Königsberg	„	8 435,—[4])
„Volkszeitung“, Mainz	„	1 200,—
„Volkszeitung“, Posen	„	2 307,65
„Weckruf“, Essen	„	3 633,—[5])
	Mk.	42 632,55

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

¹) Die reichsländische Parteipresse erhält auf Beschluß des Parteivorstandes weitere Subventionen nicht mehr.

²) Mit diesem Betrage wurde ein Theil der Forderungen beglichen, welche der Drucker des früheren Düsseldorfer Parteiblattes (Kopfblattes der Elberfelder „Freien Presse“) noch an die Parteigenossenschaft in Düsseldorf hatte, als diese mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung begann.

⁴) Unter diesem Posten befinden sich Mk. 435,—, welche noch für die frühere, dreimal wöchentlich erscheinende „Volkstribüne“ gezahlt wurden.

³) u. ⁵) Das „Volksblatt“ in Bochum und der „Weckruf“ in Essen werden vom 1. Oktober d. J. an aufhören, als besondere Blätter zu erscheinen. An ihre Stelle tritt als Zentralorgan für das rheinisch-westfälische Industriegebiet die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund.

Tabellarische Uebersicht

der seit dem Parteitag in Lübeck eingegangenen Partei-Beiträge

1. August 1901 bis 31. Juli 1902.

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Aachen	36,60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Alsheim	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Altona (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	2000,00	—	—	—	—
Altona (diverse)	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	27,60	—	—
Alt-Warthau	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ancy	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Apolda	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	—	5,00	5,00	5,00	—	25,00	—	—	11,00	10,00	20,00	—
Bant-Wilhelmshaven	—	—	100,00	—	—	153,00	—	—	—	148,50	—	120,00
Barmen	—	—	—	—	—	2,60	—	—	—	—	—	—
Barmstedt	—	—	—	—	—	35,00	—	—	—	—	—	—
Bautzen, 3. sächs. Kreis	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Bayreuth	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin I.	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	180,00	—	120,00
" II.	—	500,00	500,00	—	600,00	—	—	200,00	—	600,00	—	—
" III.	—	—	500,00	500,00	500,00	300,00	300,00	—	—	1000,00	—	—
" IV.	1000,00	—	1000,00	3000,00	3000,00	1000,00	3000,00	2000,00	—	4000,00	2500,00	3400,00
" V.	100,00	—	—	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00	300,00	150,00
" VI.	3250,00	1692,69	3413,51	3637,73	500,00	1250,00	2500,00	700,00	5400,00	5000,00	1000,00	—
Berlin, diverse	429,15	480,55	725,80	373,85	676,75	652,90	715,80	771,05	803,59	284,80	589,05	397,90
Bern	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Bernsbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,60	—	—
Beuthen i. Oberschles.	—	—	26,00	—	50,00	—	40,00	—	—	—	—	—
Bielefeld	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	50,00	—	1,00
Bochum	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	45,15	40,00	—
Borgstedt	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg a. H. (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	—	—	150,00	—	400,00	—	—	—	—	—	400,00	—
Bremen	—	300,00	—	—	300,00	—	10,00	300,00	—	30,00	300,00	—
Bremerhaven	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	150,00
Breslau	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	130,23	66,65	50,00	50,00
Bromberg	—	—	—	—	—	—	—	—	17,40	7,50	—	50,00
Brüssel	8,87	—	—	—	—	8,06	—	—	—	—	—	10,48
Buxtehude	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,50	—
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	2,00	500,00	—	—	—	—
Christiania	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Coblenz	—	—	—	—	—	—	2,20	—	—	—	—	—
Cöpenick	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Cöthen i. A.	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Cottbus	2,00	—	—	2,00	—	—	2,00	—	2,00	—	—	—
Crimmitschau	—	—	—	—	—	150,00	—	150,00	—	—	150,00	150,00
Cunnersdorf i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Delitzsch (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Delmenhorst	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Dortmund (Wahlkr.)	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dortmund	—	—	—	—	—	—	—	—	141,00	—	—	—
Dresden, 4. sächs. Wahlkr.	—	—	—	—	—	400,00	—	400,00	—	—	400,00	—
" 5. " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400,00

Ort bezw. Wahlkreis	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Dresden, diverse	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00	—	5,00	—	—
Duisburg	—	—	—	—	—	3,90	30,00	—	—	—	—	—
Durlach	20,00	—	—	—	—	4,50	—	—	—	—	20,00	45,
Eisenach	—	—	—	—	—	12,50	—	—	—	—	—	—
Eisleben	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	653,
Elsterberg	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—
Erfurt (Wahlkr.)	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	50,00	—	—	—	—	—
Erfurt, diverse .	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen	—	—	—	—	—	—	—	—	34,60	—	—	—
Estebrügge	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—
Falkenberg, Schl.	2,00	2,00	2,00	14,00	2,00	2,50	2,00	2,00	2,50	2,00	15,00	2,
Finsterwalde ..	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,
Flensburg	50,00	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,
Forst i. L.	—	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—
Frankenberg i. S.	—	—	100,00	—	—	—	—	150,00	—	—	—	—
Frankenhausen a. K.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M. .	—	—	500,00	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—
Frankfurt a. O. (Wahlkreis)	150,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300
Friedrichshagen.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5
Gaarden	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	100
Gebweiler	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Gelenau	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—
Gelsenkirchen ..	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera (Wahlkr. R.)	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200
Gießen	40,00	—	—	—	30,00	—	—	30,00	10,00	10,00	10,00	10
Görlitz	—	—	39,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Göttingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,
Gotha	—	50,00	—	—	50,00	30,00	30,00	30,00	17,00	60,00	30,00	—
Grabow b. Stett.	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grabow i. Meckl.	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Greiz (Wahlkr. R.)	—	300,00	—	—	100,00	—	100,00	—	—	—	100,00	—
Großenhain, 7. sächs. Kreis	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Großenhain, div.	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grünberg-Freistadt (Kr.)	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Guben-Lübben (Wahlkreis) ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,
Gutschdorf	—	—	5,00	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Hagen i. W. ..	9,00	4,00	—	3,00	8,20	3,00	3,00	—	6,00	3,00	33,00	—
Halle a. S. ...	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	300,00	—
Hamburg I. ...	[illegible]000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,00	—	—
" II. ...	—	—	—	2000,00	—	—	—	2000,00	—	—	—	—
" III. ...	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,00	—	—
" diverse.	294,65	155,30	210,85	52,00	67,25	107,40	67,60	612,85	2556,41	1303,47	324,35	10137
Hanau (Wahlkr.)	100,00	—	100,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	2000
Harburg (Wahlkreis)	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	200
Hartha, 10. sächs. Kr.	50,00	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Hastedt b. Bremen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10
Heidingsfeld ...	—	—	—	50,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Herford-Halle (Wahlkreis)	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Heßler	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—
Hildburghausen	—	—	—	60,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Höchst-Usingen (Wahlkreis)	—	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—	150,00
Hörde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,00	—	—
Hof i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Hohenstein-Ernstthal	—	—	0,50	5,50	—	5,00	—	5,00	—	11,55	—	—
Holtenau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Hüllen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Hüttensteinach	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Jena (Wahlkreis)	—	30,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—
Jena, diverse	—	4,70	—	—	—	—	—	—	115,01	—	—	—
Ilmenau	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Karlsruhe-Bilshlb.	—	—	—	—	—	10,00	—	—	50,00	—	—	—
Kehl	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kissingen	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Klingenthal i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50	5,00
Köln a. Rh.	—	—	120,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Königsberg i. Pr.	—	—	100,00	—	100,00	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00
Lahr i. B.	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—	—	—	—	—	—
Landsberg a. W.	—	—	—	—	13,25	—	—	—	—	—	—	—
Langendiebach	—	—	—	—	—	71,00	—	—	—	—	30,00	—
Lauscha	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig, 12. u. 13. sächs. Kr.	1000,00	—	—	—	2000,00	—	3000,00	—	—	—	2000,00	—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—
Lichtenstein-Callenberg	—	—	6,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Limbach, 15. sächs. Kr.	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—
Limmer, 9 hann Kr.	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lindenau i. S.	—	—	—	—	—	1,35	1,40	—	—	—	—	—
Lößnitz i. E.	—	—	27,30	—	—	—	—	4,00	—	—	—	13,80
London	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,20
Luckenwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Ludwigshafen (Gau Pfalz)	—	—	—	—	200,00	—	—	—	200,00	—	—	—
Ludwigshafen, Rh., diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Lübeck	—	—	166,28	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Lüneburg	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Magdeburg	—	—	—	30,00	—	500,00	—	—	200,00	170,00	225,55	—
Mainz	60,00	—	—	—	—	—	—	—	17,30	—	—	—
Mannheim (Landesorgan.)	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—
Mannheim	200,00	500,00	—	—	—	200,00	—	—	121,21	240,50	—	—
Marburg	20,00	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00	—	10,00	300,00
Meerane	25,00	—	—	—	25,00	—	—	25,00	—	50,00	5,00	—
Merzig	2,00	—	—	1,55	—	—	—	—	—	—	—	—
Minden-Lübbecke (Wahlkreis)	80,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittweida	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülhausen i. E.	—	—	—	—	—	—	—	—	5,81	—	—	—
Mülheim (Rh.)	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München, Gauverb. Südbayern	—	—	79,80	—	—	67,81	—	—	102,80	—	—	—
München	—	20,00	305,00	10,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
M.-Gladbach	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Mylau i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,0
Neuhaldensleben (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Neumünster	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Neu-Ruppin	—	—	—	—	—	3,00	—	—	10,00	—	—	—
Neustadt, O.-Schl.	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—
Niederbarnim, Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—
Niederhäßlich (6. sächs. Kr.)	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—
Niederzwönitz (19. sächs. Kreis)	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	50,00	—
Nürnberg-Altdorf	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	22,00	22,00	22,00	27,00	22,00	20,0
Nürnberg (Gau Nordbayern)	500,00	—	—	—	—	—	556,00	—	—	—	380,00	—
Oberhausen, (Rhld.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,0
Oberlangenbielau	—	—	100,00	100,00	—	—	—	100,00	50,00	—	—	100,0
Oberschöneweide	—	—	—	—	—	—	—	—	60,05	—	—	—
Oberstein a. d. N.	—	—	4,90	—	—	2,52	—	—	2,86	—	—	3,3
Oelsnitz i. V.	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,00	9,84	—
Offenbach a. M.	—	—	—	—	—	—	2,00	700,00	—	5,00	300,00	—
Offenburg i. B.	—	20,00	20,00	—	—	25,00	26,00	—	—	—	—	—
Ohlau-Strehlen, Kreis	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Olvenstedt (Wahlkr. Neuhaldensleben-Wolmir.)	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Ottensen	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Paris	—	—	—	—	—	40,32	—	—	—	80,64	—	—
Pfaffengrund	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Pforzheim	3,00	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—
Pieragen	—	—	1,30	—	1,30	—	—	1,30	—	—	—	1,35
Pirna, 8. sächs. Kreis	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Plauen i. V.	—	3,00	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Pontresina	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam-Osthavelland	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	200,00	—
Pretz	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Pulsnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Quedlinburg	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	12,25	—	—
Rahnsdorf	6,00	—	—	6,00	—	—	6,00	—	—	6,00	—	—
Rawitsch	—	—	—	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—
Regensburg	—	10,00	—	10,00	—	—	10,00	—	—	—	—	5,0
Reichenbach i. Schl.	—	—	—	—	5,00	—	—	5,00	—	—	5,00	—
Reichenbach i. V.	—	5,00	—	—	—	3,00	—	—	—	—	3,20	—
Remscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	100,00
Rheydt	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	1,00	6,40	5,00	—	—
Ronsdorf	—	—	29,00	—	—	29,00	—	—	26,00	—	—	30,50
Rostock i. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	273,85	—	150,00
Saarrevier	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,50	—
Salzungen, 1. Mein. Kr.	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
St. Tönis	—	—	—	—	—	—	—	23,15	—	—	—	—
Schiffbeck	—	—	—	—	75,00	—	—	—	—	—	—	—
Schifferstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Schmalkalden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,0
Schmiedeberg i. Schl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,25	—	—
Schwarzenbach a. S.	5,00	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwelm-Hagen, Kreis	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Sebaldsbrück	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Seifhennersdorf	—	—	—	13,50	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	August	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Solingen, Wahlkr.	—	—	50,00	50,00	50,00	25,00	30,00	45,00	15,00	15,00	50,00	15,00
Sonneberg, Wahlk.	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—
Sorau	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	30,00
Spremberg	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Staßfurt (Wahlkreis Calbe-Aschersleben)	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Steglitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,05
Stettin	300,00	—	—	—	—	—	—	300,00	—	220,70	—	—
Stockum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,56
Stralsund	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Straßburg i. E.	—	—	—	—	—	—	—	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Striegau	—	—		30,00	—	—	—	—	25,00	—	—	—
Stuttgart	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	10,00	16,00	10,00	246,55	—	10,00
Sulzbach	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Taura	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20	—
Teltow-Beeskower Kreis	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	600,00
Tönisheide	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Torgau (Wahlkr)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Triberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,05	—	—
Tschicherzig	—	—	—	—	—	—	6,10	—	—	—	—	—
Vegesack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Verden, 6. hann. Kr.	38,00	—	—	—	—	—	45,00	—	—	—	—	—
Vielau	—	—	—	—	—	2,30	—	—	—	—	—	—
Villingen	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Wandsbeck	500,00	—	—	800,00	—	—	—	—	300,00	—	—	—
Warnemünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Weimar	—	—	5,00	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Weißwasser	—	—	10,00	—	—	—	10,00	—	—	—	10,00	—
Westrick	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Winsen a. L.	—	—	—	—	—	—	—	—	29,85	—	—	—
Wirges	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg, Wahlk.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Woltmershausen	75,00	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Württemberg	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	300,00	100,00	100,00	1100,00	100,00	100,00	100,00
Zehlendorf	—	—	—	11,25	—	—	—	—	—	—	—	—
Zeitz, Wahlkreis	—	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	100,00	50,00	—
Zschiedsche	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
„Vorwärts“	—	—	14080,40	—	—	16065,15	—	—	13310,90	—	—	17145,40
Buchh. „Vorwärts“	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15000,00	—
X. Y. Z.	—	—	2000,00	—	—	2000,00	—	—	—	—	—	2000,00
Diverse	6,00	3,00	364,00	3,90	3,00	255,00	3,00	—	800,00	—	—	250,00

• • •

Strafregister. Mehr als 50 Jahre sind es, was an Gefängniß- und Zuchthausstrafen im letzten Jahre von deutschen Gerichten in Strafprozessen erkannt ist, die sich aus der Arbeiterbewegung herleiteten. Ein erheblicher Bruchtheil dieser Freiheitsstrafen — besonders auch die 3 Jahre Zuchthaus — sind erkannt worden gelegentlich der großen Prozesse wegen Landfriedensbruch, die aus tumultuarischen Vorgängen gelegentlich der großen Streiks in Köslin (Maurer) und Gommern (Metallarbeiter) sich abspielten. Auch die neueste Erfindung auf dem Gebiete der Rechtsprechung, die Verurtheilung streikender Arbeiter wegen „Erpressung“, hat zu den 50 Jahren manches Opfer geliefert. Auf das Konto

der Hunnenbrief-Prozesse sind ca. 2 Jahre zu setzen, von denen auf die drei Redakteure des „Vorwärts", **John**, **Schmidt** und **Schröder**, allein 17 Monate entfallen.

So drakonisch aber an unseren Parteigenossen jedes Ausgleiten der Feder oder jedes scharfe Wort geahndet wird, so ungenirt, und ohne durch die bezüglichen strafgesetzlichen Grenzen beengt zu werden, kann sich die gegnerische Kritik über unsere Parteigenossen hermachen. Ein recht charakteristischer Vorgang hat sich in dieser Beziehung gegen unseren Genossen Erdmann in Dortmund abgespielt. Gegen diesen hat sich vor dem Dortmunder Schöffengericht der Amtsanwalt von Detwitz erlaubt, die ehrenrührigsten Vorwürfe zu erheben. Er sprach von unserem Genossen als

> von einer jener verkommenen Existenzen, die zur Sozialdemokratie gehen, um den Dummen das Geld aus der Tasche zu nehmen, weil sie keine Lust zur ordentlichen Arbeit mehr haben. Erdmann sei ein gemeingefährlicher Mensch, der unschädlich gemacht werden müßte u. s. w. u. s. w."

Diese ungeheuerlichen Anschuldigungen, öffentlich erhoben in einem Beleidigungsprozeß, der schließlich mit der Verurtheilung unseres Genossen zu 30 Mark Geldstrafe endete, veranlaßte den Letzteren, gegen den Amtsanwalt die Anklage wegen Beleidigung zu erheben. Das Amtsgericht eröffnete auch das Verfahren, der Oberstaatsanwalt zu Hamm erhob aber den Konflikt und beantragte Einstellung des Verfahrens, weil sich der Amtsanwalt im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe. Das Unglaubliche geschah! Das Oberverwaltungsgericht erachtete den Konflikt für begründet und beschloß, das Verfahren gegen den Amtsanwalt einzustellen.

So geschehen im 20. Jahrhundert im Rechtsstaat Preußen!

Das Gesammtstrafregister im letzten Jahr ergiebt also, ohne die von Einzelnen verbüßte Untersuchungshaft mit eingerechnet, 48 Jahre und 8 Monate Gefängniß, 3 Jahre Zuchthaus und 17 659 Mark Geldstrafen.

Auch diese Opfer des Klassenkampfes sind nicht umsonst gebracht und werden ihre Sühne finden!

* * *

Parteigenossen! Das nächste Jahr wird für unsere Partei ein Kampfjahr im umfassendsten Sinne des Wortes. Noch ist der Brodwucher- und Zolltarif nicht aus der zu seiner Vorberathung eingesetzten Kommission heraus und der Reichstag muß sich in der nächsten Session in zweiter und dritter Lesung noch mit ihm befassen. Unsere Abgeordneten haben bisher ihr Möglichstes gethan, um das im Interesse des Großkapitals geplante Attentat auf das werkthätige Volk abzuwehren. Ob diese Abwehr von Erfolg begleitet sein wird, vermag heute Niemand zu sagen, unsere heiligste Pflicht aber ist es, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dafür zu wirken. Ob der Wuchertarif aber Annahme findet oder nicht, der nächste Reichstagswahlkampf wird unter den Ein- und Nachwirkungen dieses Attentats gegen das Volkswohl stehen. Unsere Partei, die bisher den Vorkampf gegen den Zollwucher geführt hat, wird bei den nächsten Wahlen den schwersten Kampf nach allen Seiten zu bestehen haben. Von gegnerischer Seite werden die krampfhaftesten Anstrengungen gemacht, um wieder ein Wahlkartell der Ordnungsparteien zu Stande zu bringen, wie gelegentlich der Faschingswahlen im Jahre 1887.

Um in diesem Kampfe siegreich zu bestehen, müssen unsere Genossen mit verdoppelten Eifer und aller Energie an die Vorbereitungen des Wahlkampfes gehen. Vor Allem gilt es die Organisation auszubauen, dann aber auch für materielle Mittel zum Wahlkampfe zu sorgen.

Parteigenossen, thut Euere Pflicht!

Hoch die Sozialdemokratie!

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Bis zur Frauenkonferenz in Mainz 1900 gab es in Deutschland nur in wenigen Orten weibliche Vertrauenspersonen, die die Agitation, so gut sie es vermochten, betrieben. Die Agitation selbst ermangelte der Planmäßigkeit. Die Konferenz schaffte in einem Regulativ einen Wegweiser für die Aufgaben der Vertrauenspersonen. Eine größere Einheitlichkeit in der Agitation war die Folge davon.

Nach einem Aufrufe in der „Gleichheit" erfolgte den Beschlüssen der Konferenz entsprechend die Wahl von Vertrauenspersonen, deren Zahl im Januar 1901 bereits 25 betrug und sich bis jetzt verdoppelt hat.

Die Aufklärungsarbeit unter den Frauen mußte selbstverständlich mit Berücksichtigung unseres buntscheckigen Vereins- und Versammlungsrechts betrieben werden. In den Orten, in denen die Frauen das Recht besitzen, politischen Vereinen als Mitglieder anzugehören, sind die Vertrauenspersonen mit Erfolg bemüht gewesen, diesen Organisationen weibliche Mitglieder zuzuführen. Die Wahlvereine der drei Hamburger Wahlkreise stehen in erster Reihe mit der stattlichen Anzahl von 902 weiblichen Mitgliedern. In Sachsen zählt der 12. und 13. Wahlkreis 550 politisch organisirte Frauen, der 4. 5. und 6. Wahlkreis 194, während im 22. und 23. Wahlkreise von Ende 1900 bis Ende Juli 1902 die Zahl der organisirten Frauen von 25 auf 180 gestiegen ist.

Um die beschlossene Agitation für den Arbeiterinnenschutz in Fluß zu bringen, erschien ein Aufruf in Nr. 23 der „Gleichheit" von 1900; die nämliche Nummer veröffentlichte auch die Resolution, in welcher die diesbezüglichen Forderungen der Genossinnen formulirt und begründet sind. Um diese Forderungen den bürgerlichen Parteien des Reichstags zur Kenntniß zu bringen, wurde jedem Mitglied desselben die Resolution in Form einer Petition zugestellt, welche um die gesetzliche Festlegung der geforderten Reformen ersucht.

Sobald die Gefahr des geplanten Zollwuchers festere Gestalt angenommen hatte, traten auch die Genossinnen sofort mit in die Agitation ein. Um den Frauen ärmerer Landestheile, die aus eigenen Mitteln sich nicht politische und soziale Belehrung schaffen können, Aufklärung durch Vorträge zu bringen, wurden Agitationstouren veranstaltet, deren Kosten entweder ganz oder theilweise aus der Kasse der Vertrauensperson der Deutschen Genossinnen gedeckt ward. Im Januar 1901 fand eine Tour im Thüringer Wald statt, die 15 Versammlungen umfaßte; in den elenden Zentren der Spielwaaren-, Glasperlen- und Griffelindustrie fielen die Vorträge auf fruchtbaren Boden. Ebenso wurde das arme Schlesien mit einer Agitationstour von 15 Versammlungen bedacht. In der Rheinprovinz wurden 9 Versammlungen, in Sachsen-Altenburg zwei mal je vier Versammlungen abgehalten. Im sächsischen Voigtlande fanden zwei Touren von 11 und 10 Versammlungen statt. Im Anschluß an eine größere Tour im Elsaß, die die dortige Vertrauensperson der Genossinnen organisirt hatte, sind in Baden mehrere Versammlungen mit gutem Erfolge abgehalten worden. Auch Ostpreußen erhielt gelegentlich der Anwesenheit einer unserer Rednerinnen vier Versammlungen. Bei den vorstehenden Angaben sind nicht diejenigen Agitationstouren mit einbegriffen, die die Vertrauenspersonen der einzelnen Bezirke und Orte veranstaltet haben, ebenso wenig die sehr zahlreichen Einzelversammlungen, die allerwärts zur Aufklärung der proletarischen Frauen stattgefunden haben. Die Agitation der Genossinnen erstreckte sich sowohl auf den Arbeiterinnenschutz, wie den Lebensmittelwucher; sie knüpfte an die maßlose Kohlentheuerung, die Wohnungsnoth, die Krise und alle Zeitereignisse an. Unsere Forderungen an die Kommune wurden gelegentlich der Behandlung einschlägiger Fragen gebührend berücksichtigt und die Genossinnen bei Stadtverordnetenwahlen zur thatkräftigen Unterstützung des Wahlkampfes aufgerufen. Erfreulicher Weise beginnen unsere Ideen auch unter die Proletarierinnen von Gegenden zu dringen, die bis vor Kurzem noch unserer Agitation verschlossen

waren. So zeigt sich in verschiedenen Theilen Bayerns eine immer regere Antheilnahme der Frauen an der modernen Arbeiterbewegung.

Beschwerdekommissionen der Genossinnen, die Beschwerden der Arbeiterinnen entgegen nehmen und der Gewerbeinspektion übermitteln, sind außer der in Berlin bestehenden in Leipzig, Dresden und Düsseldorf eingerichtet worden und haben manchen Uebelstand beseitigen helfen.

Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung haben die Genossinnen mehr als je geleistet, Werkstuben- und Fabriksitzungen, wie öffentliche Agitationsversammlungen in großer Zahl abgehalten.

Die Zahl der Frauenbildungsvereine ist gestiegen; ihre Entwickelung ist im Allgemeinen eine gute. Da aber das Wirken dieser Organisationen im Hinblick auf das Vereinsrecht der Frauen in vielen Bundesstaaten ein streng unpolitisches sein muß, so fällt ein Ueberblick darüber, wie über die fleißige gewerkschaftliche Thätigkeit der Genossinnen außerhalb des Rahmens dieses Berichts.

Die Kommission für Abfassung von Flugblättern gab deren zwei heraus. Das erste behandelte in leicht faßlicher Form unsere Forderungen hinsichtlich des Arbeiterinnenschutzes. Es wurde in einer Auflage von 100 000 gedruckt und an 63 Orten verbreitet. Das zweite Flugblatt, das sich mit den Wucherzöllen beschäftigte, gelangte in 400 000 Exemplaren an 90 Orten zur Vertheilung.

Um die Kenntniß des sozialdemokratischen Programms unter den Frauen zu förden, wurden eine größere Anzahl davon, wie auch die Erläuterungen dazu angeschafft und den weiblichen Vertrauenspersonen unentgeltlich zugesandt mit dem Anrathen, beides im Kreise von Frauen zu lesen und zu diskutiren.

Als Zeichen der erfreulichen Entwickelung der Frauenbewegung macht sich ein fortwährendes Steigen des Abonnentenstandes der „Gleichheit" bemerkbar. Das Bedürfniß nach Agitationsnummern zur Unterstützung der Aktionen unserer Genossinnen unter den Arbeiterinnen bestimmter Gewerbe und bei besonderen Anlässen steigert sich fortwährend. Die Zahl der Proletarierinnen, die für die „Gleichheit" schriftstellerisch thätig sind, nimmt zu; die Entwickelung manch tüchtiger Kraft wird durch diese Mitarbeit bedeutend gefördert. Die „Gleichheit", der unsere proletarische Frauenbewegung an erster Stelle die grundsätzliche Klarheit und Reife verdankt, die sie von der Bewegung der meisten Länder auszeichnet, ist den thätigen Genossinnen unentbehrlich als geistiges Band, als Mittel des Zusammenhalts, der Belehrung und politischen Schulung.

Die in die Augen springenden Fortschritte unserer Bewegung werden sich bei den im nächsten Jahre in Aussicht stehenden Reichstagswahlen zeigen. An den Erfolgen, welche die Sozialdemokratie dann erringen wird, werden auch die Frauen ihren Antheil haben, ebenso wie sie ihren Antheil an allen erforderlichen Arbeiten leisten werden und geleistet haben.

Zum Schluß eine Uebersicht der vereinnahmten und verausgabten Gelder, die in der „Gleichheit" im Einzelnen quittirt worden sind. Zwar war es leider nicht möglich, von den eingekommenen Beträgen der Parteikasse einen Theil zuzuführen, doch haben wir wenigstens die Kosten unserer allgemeinen Agitation selbst gedeckt. Fast überall haben außerdem die Vertrauenspersonen der Genossinnen es verstanden, die Kosten der örtlichen Agitation unter den Frauen aufzubringen, sie haben oft den Parteigenossen beim Sammeln von Geldern zu allgemeinen Parteizwecken geholfen.

Sicher ist mit der größeren Aufklärung auch der Opfermuth der Frauen gewachsen. Das bisher Erzielte soll uns ein Ansporn zu unermüdlicher weiterer Thätigkeit sein.

Einnahmen	Mk.	2900,29
Ausgaben	Mk.	2195,55
Bestand . .	Mk.	704,74

Berlin, Ende Juli 1902.

Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

97. bis 192. Plenarsitzung II. Session der X. Legislaturperiode.

26. November 1901 bis 11. Juni 1902.

Erstattet von Emil Rosenow.

Inhalts-Uebersicht:

Der Zolltarif.

Als der Reichstag zusammentrat, fand er endlich den langerwarteten **Entwurf eines Zolltarifgesetzes** vor, die weitaus wichtigste seiner Vorlagen, entscheidend für die Gestaltung der wirthschaftlichen Zukunft Deutschlands.

Dieser Entwurf entsprach den schlimmsten Befürchtungen der Arbeiterklasse. Er zeigte, wie groß der Einfluß des skrupellosesten Ausbeuterthums bei uns ist. Ein Hohn auf alle soziale Politik, erwies sich dieser Entwurf als ein Wuchergesetz im buchstäblichen Sinne des Wortes. Durch Erhöhung und Erweiterung der ohnehin um Deutschland bestehenden Zollmauer, will dieser Tarif die millionenköpfige Konsumentenmasse — in erster Linie das Proletariat — wehrlos einer Klasse von Ausbeutern überliefern, die uns hier in der Gestalt eines verschuldeten Junkerthums, dort in der beutehungriger Industrieritter entgegentritt. Nirgends hat in neuerer Zeit der Klassenstaat sich schärfer zum Ausdruck gebracht als hier und ebenso hat nie eine Regierungsvorlage dem Proletariat sinnfälliger die Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht zum Bewußtsein gebracht als dieser Zolltarif.

Es traf sich, daß die Regierung den Zolltarif zu einer Zeit vorlegte, da über das deutsche Proletariat die schwersten Stürme der wirthschaftlichen Krise hinwegbrausten. Weit über eine halbe Million Arbeitsloser lungerte frierend und darbend um geschlossene Fabrikthore, verödete Arbeitssäle und unbeschäftigte Arbeitsnachweise. Hunderttausende verzweifelnder Väter und Mütter wußten nicht, woher Brot nehmen, um die hungrigen

Mäuler ihrer Kinder zu füllen oder Kleider beschaffen, um ihre Blößen zu decken. Wenn trotzdem die Blätter der preußischen Vieh- und Kornjunker mit großem Geschrei die Macher des Zolltarifs beschuldigten, die „dringendsten Forderungen der Landwirthschaft" nur in einem „ganz ungenügenden Maße" erfüllt zu haben und deshalb den Zolltarif für „unannehmbar" erklärten, so zeigt solcher wohl fast beispiellose Vorgang, wie die jahrelange volksfeindliche Agitation der agrarischen und industriellen Interessencliquen das öffentliche moralische Empfinden verwüstet hat.

Als schließlich die Regierung zur Begründung des Tarifgesetzes vor den Reichstag trat, waren die Reden von der Ministerestrade, ihrem Inhalte nach, noch kläglicher als die gedruckte Begründung, welche dem Hungergesetz mit auf den Weg gegeben war. Man erlebte das Schauspiel, wie die Regierung, welche gegenüber den Forderungen der Arbeiter fast immer so kräftig „Nein" zu sagen weiß, vor den Agrariern förmlich um Entschuldigungen bittet, weil sie ihrer, alle Dämme überfluthenden Profitwuth, nicht noch größere Millionengeschenke mache. Derselbe Reichskanzler, dessen Platz auf der Estrade bei der Besprechung unserer Nothstandsinterpellation, bei welcher es sich um die Noth der Proletarier handelte, leer blieb, fand bewegte Worte für die „schwierige Lage", in welcher sich „die deutsche Landwirthschaft" befinde. Und nach der Rede des Reichskanzlers vollzog sich an den neun Tagen der ersten Lesung des Zolltarifs eine Parade der Excellenzen, bei welcher überdies jede deutsche Einzelregierung von der Bundesrathsestrade des Reichstags, dem preußischen Junkerthum und seinen Verbündeten die Honneurs machte. Auf die Schwäche der Regierungen trumpfte das Junkerthum mit Spott und Drohungen. Wie seine Vorfahren das „Auspochen" der Dörfer als ritterliches Recht betrachteten, so bestanden sie auf dem gründlichen „Auspochen" des arbeitenden Volkes, von welchem sie sich dieses Mal durch Versprechungen und Vertröstungen nicht abhalten lassen wollten. Den kleinlauten Ministern wurde von den junkerlichen Rednern abwechselnd bald die hohle Hand, bald die geballte Faust vorgehalten. Und aus allen Theilen der Ausbeutermehrheit des Reichstags sprangen den Junkern Helfershelfer bei. In dem Zollkampfe erscheinen die einzelnen Fraktionen der Reichstagsmehrheit, bis zu den Nationalliberalen hinüber, förmlich als Filialen des Bundes der Landwirthe. War es nun weiter kein Wunder, daß der hochschutzzöllnerische Beutezug auf die Taschen der armen Leute, von den rheinisch-westfälischen Schlotbaronen, der national-polnischen Slachta bis herunter zu den Antisemiten und Zünftlern unterstützt wurde, so mußte das Verhalten des Zentrums jedes sittliche Gefühl empören. Es verzichtete bei dieser Gelegenheit selbst auf die gewohnten Kniffe und Pfiffe, mit denen es in den letzten Jahren jeden Volksverrath noch zu umhüllen suchte. Mit einer Schamlosigkeit ohne Gleichen schlug es sich offen auf die Seite der Brotvertheurer. Was thut's, daß sich unter den Zentrumswählern zehntausende kleiner Bauern befinden, die von der Erhöhung der Agrarzölle nicht blos keinerlei Vortheile sondern direkten Nachtheil haben, was thut's, daß das Zentrum seine parlamentarische Stärke den Massen katholischer Industriearbeiter verdankt, aus deren Taschen die Nothgroschen genommen werden sollen, die sich für die Junker zu Wuchermillionen summiren — das Zentrum ging zu den Brotwucherern über. Das vom Zentrum bei den Wahlen und im Reichstage so salbungsvoll im Munde geführte Christenthum erwies sich hier als der irdene Topf, welcher zerbrach, als er mit dem eisernen der kapitalistischen Ausbeutungsinteressen zusammenstieß. Wenn das Zentrum durch einen seiner Redner sagen ließ, es wolle die Erträgnisse des Getreidezolles zu Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter, z. B. Wittwen- und Waisenversicherung, verwenden, so war das nur ein zweckloser Rückfall in die alten Roßtäuscher-

kniffe. Schließlich muß auch der letzte katholische Arbeiter einsehen, wie infam er geprellt ist, wenn erst seine Wittwe und Waise gezwungen wird, die vertheuerten Lebensmittel zu kaufen und hernach aus dem Wucherprofit ein Almosen zurückbekommt. Bösartiger war es schon, als das Zentrum durch einen anderen Redner verkünden ließ, der deutsche Parlamentarismus werde im Orkus verschwinden, wenn es der Obstruktionstaktik der Linken gelingen sollte, den Wuchertarif zu Falle zu bringen. Das war nur eine Umschreibung für die damals und auch heute noch gehegte Absicht des Zentrums, die parlamentarischen Rechte der Minderheit zu stranguliren, um dem verbündeten Junkerthum seinen Wucherprofit zu verschaffen.

Inmitten dieses widerwärtigen Feilschens um die Haut des Konsumenten vertrat die Fraktion mit Würde und Wucht die Interessen der Arbeiterklasse. Ihre Redner erwiderten auf die Klagen der ostelbischen Junker, über die Unrentabilität ihres landwirthschaftlichen Großbetriebs, daß dort, wo sie beklagt werde, neben den bekannten Gründen auch vielfach die miserable Bezahlung und Behandlung der Landarbeiter mit die Ursache sei, denn schlecht bezahlte und schlecht ernährte Arbeiter seien eben weniger leistungsfähig als andere. Die Nothlage des Kleinbauern sei eine Folge der kapitalistischen Entwicklung, die bewirkt habe, daß der Großgrundbesitzer dem Kleinbauern den Markt wegnehme. Wenn wir nicht dulden wollten, daß die Armen in Stadt und Land ausgebeutet würden zu Gunsten von 25 000 Großgrundbesitzern, so seien wir andererseits jederzeit bereit, Mittel zu bewilligen zur Verbesserung der Lage der kleinen Landwirthe und namentlich der Landarbeiter. Hingegen würden wir niemals zulassen, daß jenem adligen Groß-Agrarierthum, welches allein den Vortheil aus dem Zolltarif habe, unter dem falschen Schlagwort: „Noth der Landwirthschaft", einseitig Milliarden-Profite in die Tasche geschanzt würden.

Weiter kennzeichneten unsere Redner den Zolltarif dahin, daß die Hochschutzzöllner der Landwirthschaft und die Hochschutzzöllner der Industrie sich gegenseitig Geschenke bewilligten, die aus den Taschen der Arbeiter genommen würden und wobei man die Arbeiter mit der Phrase abspeise, daß mit hohen Preisen guter Verdienst Hand in Hand gehe. Thatsächlich würden jedoch durch die Preistreibereien für Hunderte Millionen Mark Industrieprodukte weniger konsumirt werden und diese Unterkonsumtion würde einen enormen Rückgang der Löhne zur Folge haben. Der Zolltarif werde Deutschland auf die Bahn eines Agrarstaates zurückdrängen, uns vom Weltmarkt absperren, dessen Deutschland bedürfe zu seiner ökonomischen Existenz. Arbeitslosigkeit und Elend, vermehrte Verbrechen, gefüllte Zuchthäuser anstatt gefüllter Fabriken, Hungerkrankheiten und Verzweiflung werde das Loos des Volkes sein, während der Reichthum einer kleinen Klasse Besitzender riesenhaft anschwelle. Deshalb: „im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des Volkswohls, in die Grube mit diesem Entwurf!" . . . .

Auch das parlamentarische Verhalten der Wucherparteien, ihre verlogene Argumentation, ihre nichtsnutzigen Angriffe auf unsere Partei, mit denen sie die Schwäche ihrer Position zu verdecken trachteten, fanden eine wuchtige Kritik. Doch diese reaktionäre Reichstagsmehrheit hat sich in der jahrelangen Schachermacherei um den Profit der herrschenden Klassen, ein zu dickes Fell wachsen lassen, als daß sie auf den ersten Angriff eine Beute fahren ließe, die sie schon sicher in den Zähnen zu haben glaubt. Sie schimpft und tobt, sie lacht und höhnt, um schließlich von ihren politischen Machtmitteln gegenüber der Arbeiterklasse rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wie diese Reichstagsmehrheit über des Volkes Noth denkt, charakterisirte wie ein grelles Schlaglicht jener Zwischenruf von den Bänken der Junker, als einer unserer Redner die rührende Elendsgeschichte eines hilflosen Proletarierjungen schilderte: „Der Vater hat vielleicht Alles vertrunken!"

Am neunten Berathungstage wurde der Zolltarif an die Kommission verwiesen. Da die Berathungen dieser Kommission, zur Zeit der Erstattung dieses Berichtes, noch nicht beendet sind, erscheint ein Eingehen auf die bisherigen Kommissionsbeschlüsse unnöthig. Auch in der Kommission sind wir die einzige Partei, welche den hochschutzzöllnerischen Bestrebungen unermüdlichen, planmäßigen Widerstand entgegensetzt. Wir sind dabei zumeist auf unsere eigne Kraft angewiesen. Die Mehrheit der Zollkommission geht in ihren Gelüsten auf Erhöhung der Zollmauer, weit über das hinaus, was die Regierung in ihrem Entwurfe bietet. Die Gefahr für die Vertheuerung der Lebenshaltung des Volkes und die Verschlechterung aller seiner Existenzbedingungen ist heute größer als es bei der Einbringung des Zolltarifes den Anschein hatte. Aber die sozialdemokratische Fraktion ist gewillt, die Wucherpläne zu schanden zu machen und sei die Phalanx der Volksfeinde noch so stark.

Reichshaushaltsetat für das Jahr 1902.

Der Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 (1. April 1902 bis 31. März 1903) beläuft sich in

Einnahme und Ausgabe

auf 2 303 183 115 Mk., nämlich
„ 1 971 527 823 Mk. an fortdauernden,
„ 180 560 473 Mk. an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, und
„ 151 094 819 Mk. an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats.

Hierzu kommt ein Nachtragsetat von 1 300 000 Mk. (Zuschüsse zum Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art — Pensionszuschüsse und Unterstützungen), der Haushaltsetat der Schutzgebiete mit 37 402 496 Mark, sodaß im Ganzen die etatsmäßigen Ausgaben

2 341 885 611 Mk.

betragen, von welchen 113 200 439 Mk. durch Anleihen zu decken sind.

Auf die einzelnen Ressorts vertheilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1902 in folgender Weise:

Fortdauernde Ausgaben:

Bundesrath	— —	Mk.
Reichstag	756 260	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	241 630	„
Auswärtiges Amt	13 941 652	„
Reichsamt des Innern	59 852 829	„
Verwaltung des Reichsheeres	568 473 624	„
Reichsmilitärgericht	522 647	„
Verwaltung der Marine	86 913 539	„
Reichs-Justizverwaltung	2 143 774	„
Reichsschatzamt	564 248 000	„
Reichs-Eisenbahnamt	397 730	„
Reichsschuld	93 654 160	„
Rechnungshof	927 390	„
Allgemeiner Pensionsfonds	74 494 701	„
Reichs-Invalidenfonds	46 305 017	„
Post- und Telegraphenverwaltung	337 027 539	„
Reichsdruckerei	5 990 531	„
Eisenbahnverwaltung	65 636 800	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 971 527 823	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	— —	Mk.
Auswärtiges Amt	22 620 521	„
Reichsamt des Innern	2 758 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	12 976 653	„
Reichsdruckerei	480 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	55 724 181	„
Reichsmilitärgericht	— —	„
Verwaltung der Marine	79 778 550	„
Reichsschatzamt	15 000	„
Reichsschuld	— —	„
Rechnungshof	409 000	„
Eisenbahnverwaltung	3 956 000	„
Fehlbetrag	1 842 568	„
Zur Verminderung der Reichsschuld	— —	„
Summe a)	180 560 473	Mk.

b) Außerordentlicher Etat.

Reichsamt des Innern	4 000 000	Mk.
Post- und Telegraphenverwaltung	20 354 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	29 528 995	„
Verwaltung der Marine	50 346 000	„
Eisenbahnverwaltung	13 620 000	„
Expedition nach Ostasien	33 254 824	„
Summe b)	151 094 819	Mk.
Summe der einmaligen Ausgaben	331 655 292	Mk.
„ „ fortdauernden „	1 971 527 823	„
Summe der Ausgabe	2 303 183 115	Mk.
Hierzu: Nachtragsetat	1 300 000	„
Etat der Schutzgebiete	37 402 496	„
Insgesammt	**2 341 885 611**	**Mk.**

Einnahmen.

Zölle und Verbrauchssteuern	819 083 690	Mk.
Reichsstempelabgabe	94 598 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	440 629 130	„
Reichsdruckerei	8 107 000	„
Eisenbahnverwaltung	89 785 500	„
Bankwesen	18 429 200	„
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	37 672 090	„
Aus dem Reichsinvalidenfonds	46 305 017	„
Ausgleichungsbeträge	16 838 877	„
Matrikularbeiträge	580 639 792	„
	2 152 088 296	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel	151 094 819	„
Summe der Einnahme	2 303 183 115	Mk.
Hierzu: Nachtragsetat	1 300 000	„
Etat der Schutzgebiete	37 402 496	„
Insgesammt	**2 341 885 611**	**Mk.**

Die Etatsberathungen.

Die Folgen der schlimmen Wirthschaftskrise zeigten sich für das Reich in einer Verschlechterung seiner Finanzlage. Von dem Rückgang der Einnahmen waren alle Gebiete der Reichsfinanzen betroffen. Die Reichsregierung, die in den Jahren des Aufschwungs in ihrer Finanzpolitik eine Zuversichtlichkeit zur Schau getragen hatte, als würden in Zukunft die Reichseinnahmen sich immer in aufsteigender Richtung bewegen, ließ jetzt durch den Mund des Staatssekretärs im Reichsschatzamt die erste Etatsberathung einleiten mit einem langen Klagelied über die schlechte Finanzlage. Allerdings kann die Regierung mit Fug und Recht sagen, daß sie den Karren der Reichsfinanzen nicht allein in den Sumpf gefahren hat, in welchem er nun steckt. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und vor allem das Zentrum, hat dabei wacker mitgeholfen. Die ausschweifendsten Wünsche der Militär-, Marine- und Weltpolitik sind mit ein paar fast bedeutungslosen Abstrichen bewilligt worden und wenn man in den guten Jahren die Ausgabe steigerte mit jeder Steigerung der Einnahmen, anstatt unfehlbar kommende schlechte Jahre in vorsorgliche Berechnung zu ziehen, so sind die bewilligungseifrigen Hurrahpatrioten der bürgerlichen Mehrheit an der Finanzklemme des Reiches mindestens ebenso schuldig wie die Regierung, die der reaktionäre Bewilligungseifer zu immer neuen Forderungen aufstachelte. Dieser Majorität pochte denn auch das böse Gewissen zu laut, als daß sie eine ernsthafte und eingehende Kritik der Reichs-Finanzwirthschaft der letzten Jahre gewagt hätte. Mit billigen Redensarten drückte sie sich scheu um den Kern der Sache herum. Die Regierung machte es ihr leicht. Bereits am ersten Tage hielt der Reichskanzler seine bekannte Granitbeißerrede und versuchte die Aufmerksamkeit von der innerpolitischen Lage abzulenken durch den offiziellen Entrüstungsfeldzug wider den englischen Kolonialminister Chamberlain wegen dessen angeblicher Beschimpfung der deutschen Armee und durch ein mit feuilletonistischen Nichtigkeiten reichgespicktes Kolleg über den Dreibund. Wenn der Verfall der Dreibundspolitik so offenkundig ist, daß die Späßchen des Reichskanzlers ihn selbst dieser Reichtagsmajorität nicht zu verbergen vermochten, so vermochte die Regierung sich noch weit weniger Lorbeeren im Kampfe gegen den englischen Kolonialminister zu holen. Wenige Tage darauf schraubte der Reichskanzler seine patriotische Entrüstung um einige Löcher zurück und gab dem englischen Militarismus eine Art Ehrenerklärung. Auch im englischen Heere gebe es Männer, die zu sterben verstünden.

Unsere Fraktion ließ sich nicht erst darauf ein, in der parlamentarischen Posse der bürgerlichen Parteien eine Rolle mitzuspielen. Ihre Redner unterzogen die Reichsfinanzpolitik der ihr gebührenden Kritik und zeigten, wie jetzt schon das Reich, um das Loch in seinen Einnahmen zu stopfen, auf die Groschen der Konsumenten spekulire, die sich durch die Erhöhung der Getreidezölle zu Millionen summiren sollten. Sie wiesen ferner hin auf den unglaublichen Gleichmuth, mit welchem die Regierung jahrelang dem Hinauftreiben der Preise durch die Syndikate, wie dem ganzen tollen Hexensabbath der kapitalistischen Produktionsanarchie zugesehen habe, dessen natürliche Folge der wirthschaftliche Rückschlag ist. Die Unthätigkeit der Regierung gegenüber der Arbeiter-Wohnungsfrage, die Art, wie sich der Staat selbst an der Verschlechterung eines Arbeitereinkommens betheiligt, so z. B. indem der preußische Eisenbahnfiskus gleich mit Eintritt der Krise den Arbeitern die Löhne kürzte — dies Alles fand scharfe Kritik. Gleichmäßig war dies der Fall in Bezug auf die brennendsten politischen Tagesfragen, wobei unsere Redner überdies noch, als ein Theil der bürgerlichen Abgeordneten sich, angesichts der Ernennung des jugendlichen Herrn Spahn zum Professor in Straßburg, als

Vorkämpfer für die bedrohte **Freiheit der Wissenschaft** aufspielen wollten, mit Recht darauf verweisen konnten, wie sich dasselbe Bürgerthum den Teufel um die Freiheit der Wissenschaft gekümmert habe, als es galt, den Genossen Dr. Arons von der Universität wegzumaßregeln, und dem Genossen Dr. Conrad Schmidt unmöglich zu machen, als Privatdozent in Leipzig thätig zu sein.

Als unsere Redner das **Anwachsen des Militär- und Marine-Etats**, das **Ueberwuchern des Militarismus** sowie die abenteuerliche **Weltpolitik** besprachen, ergriffen sie auch die Gelegenheit, eine nochmalige gründliche Abrechnung über den **Rachezug nach China** vorzunehmen. Es entspricht dem ganzen sonstigen Verhalten der bürgerlichen Parteien während des Chinazuges, daß sie auf die Ausführungen unserer Redner sachlich fast garnichts zu erwidern hatten.

Bei der Berathung des Etats des **Reichstages** kam es zu einer Kritik des **Verhaltens des Bundesrathes** gegenüber dem Reichstage bei den Verhandlungen über Initiativanträge. Obwohl gerade die Initiativanträge der Parteien meist die dringlichsten Fragen betreffen, stellt sich ein hoher Bundesrath so, als gingen ihn diese Berathungen garnichts an. Durch demonstratives Leerbleiben der Bundesrathsestrade wird dem Reichstag gezeigt, daß er in den Augen der Regierungen nur in Betracht kommt, wenn es sich um Berathung von Regierungsvorlagen handelt. Unsere Fraktion rügte dies durch ihren Redner in nachdrücklichster Form und zeigte an dem Beispiele des Reichstagsinitiativantrags: Sicherstellung des Wahlgeheimnisses, wie die Regierung Forderungen des Reichstags unbeachtet läßt. Bei der Beantwortung dieser Rede entschlüpfte dem Reichskanzler das erheiternde Eingeständniß, die Mitglieder des Bundesrathes stimmten im Bundesrathe nach Instruktionen ihrer Regierungen, seien aber häufig garnicht in der Lage, zu sagen, weshalb ihre Stimmen für oder gegen einen Antrag abgegeben werden. Diese kleine Offenbarung aus den Mysterien des Bundesrathes verdient wohl beachtet zu werden.

Eine schonungslose Abrechnung mit der Regierung über die Reichs-Sozialpolitik nahm unsere Fraktion vor bei der Etatberathung des **Reichsamts des Innern.** Dafür glaubte Graf Posadowsky uns eine Vorlesung halten zu müssen über die parlamentarische Vertretung der Arbeiterinteressen, welche mit der Objektivität geschehen müsse, die nothwendig sei, um in gesetzgebenden Körperschaften die Geschäfte zu fördern. Nach Objektivität schreien unsere Gegner stets, wenn sie auf unsere Angriffe nichts zu erwidern haben und die verlangte Objektivität bedeutet in diesem Falle nichts anderes als der Wunsch nach einer recht zahmen Kritik, der die Spitzen abgebrochen, die Schärfen abgeschliffen sind. Wir haben keine Ursache, solche „Objektivität" zu üben. Ist doch gerade die schonungslose Schärfe unserer Kritik zu allen Zeiten Sporn und Peitsche gewesen, die Regierung und herrschende Parteien des Klassenstaates zu Thaten angetrieben haben. Für die Fraktion hieße es, gerade ihre schneidigsten und wirksamsten Waffen bei Seite legen, wenn sie im Sinne unserer Gegner „objektiv" werden wollte. Der Appell an die „Objektivität" kann uns daher nicht rühren; wir werden auch fernerhin auf einen Schelmen anderthalbe setzen.

So verhielt sich auch dieses Jahr die Fraktion wieder bei der Kritik der **Reichssozialpolitik**. Unser General-Redner machte zunächst einen allgemeinen Angriff auf die Sozialpolitik des Reichsamts des Innern. Er führte dem Reichstage den Schneckenschritt derselben vor Augen, der seinen Grund findet theils in der Lauheit, theils in dem direkten Widerwillen, mit welchem die herrschenden Klassen bei uns Sozialpolitik treiben. Sie darf den Unternehmern kein Geld kosten, ihre Machtbefugnisse nicht schmälern, soll dabei aber die Arbeiter „zufrieden" machen. Während die Arbeiterklasse, gestützt auf ihre Organisationen, machtvoll vorwärts drängt, suchen Regierung und herr-

schende Parteien zu bremsen wo sie irgend können. So giebt das Reichsamt des Innern den Fabrikinspektoren auf, sich nicht mehr über die allgemeine Lebenslage der Arbeiter, über Ernährungsverhältnisse und dergleichen in ihren Berichten auszusprechen. Freilich! Solche festgestellten Thatsachen könnten ja von uns zur Begründung des Verlangens nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter verwendet werden!

Zu der Unlust der herrschenden Klasse an sozialpolitischen Thaten gesellt sich der Einfluß des Ausbeuterthums, den unser Fraktionsredner an einer summarischen Zusammenstellung der 12 000 Mark-Affaire noch einmal wirkungsvoll demonstrirte. Unsere weiteren Fraktionsredner wandten sich alsdann den einzelnen Gebieten der Sozialpolitik zu. Gerade bei dieser Einzelbetrachtung zeigte sich, wie unzulänglich das Geschaffene ist und unter welchen gräulichen Mißständen die herrschende Klasse bei uns zu Lande das Proletariat, das ihr doch alle Werthe schafft, leiden läßt, ohne auch nur eine Hand zur Abstellung dieser Mißstände zu rühren.

Die einzelnen Fraktionsredner zeigten, wie viel auf dem großen Gebiete der Gewerbehygiene noch zu thun ist, auf welchem das Interesse der Unternehmer an der ungezügelten Ausbeutung der gekauften Arbeitskraft, dem wirksamen Arbeiterschutz hindernd im Wege steht. Viel würden die Arbeiter selbst durch ihre Organisationen zu bessern im Stande sein. Aber das Koalitionsrecht wird ihnen fortwährend illusorisch gemacht. Zahlreiche Beispiele aus der Reihe der gewerkschaftlichen Kämpfe führten unsere Redner dafür an. Die Anfeindungen und Beschränkungen des Koalitionsrechtes, die Maßregelungen und Bestrafungen der Arbeiter, welche von dem Koalitionsrechte gegenüber dem Unternehmerthum Gebrauch machen, bedrücken die Arbeiterklasse um so mehr, als das Unternehmerthum, in seiner Sucht nach möglichst gründlicher Auspowerung der Arbeitskraft, fortgesetzt Verstöße gegen die bestehenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter begeht. Die Berichte der Gewerbeaufsicht enthalten darüber alljährlich eine Fülle von Material. Es würde noch größer und für das kapitalistische Ausbeuterthum beschämender sein, wenn nicht das Bestreben vorherrschte, die Berichte der Aufsichtsbeamten an Werth und Bedeutung zu verkleinern. Unsere Redner beklagten sich über die immer mehr hervortretende summarische Kürze dieser Berichte, die nicht dazu da seien, die Bibliotheken zu füllen, sondern das Material für die richtige Sozialpolitik zu bilden. Weiter zeigten die Ausführungen unserer Redner über den gesetzlichen Maximalarbeitstag, die Kinderarbeit, die Frauenarbeit, die gewerbliche Nachtarbeit, Arbeitsamt, Arbeitsstatistik und die zahlreichen anderen Gebiete der Sozialpolitik, wie viel derselben noch zu thun übrig bleibe.

Zum Titel **Reichsgesundheitsamt** besprach ein Fraktionsmitglied, wie dies schon früher von ihm geschehen ist, die Zustände in den öffentlichen Krankenhäusern. Unser Redner brachte viel Material bei, welches die Verbesserungsbedürftigkeit dieser Zustände kennzeichnete. Selbst Vertreter bürgerlicher Parteien mußten ihm dabei recht geben und auch der Staatssekretär nannte die Thatsachen erschütternd, wenn sie sich beweisen ließen, verwies im Uebrigen aber die Beschwerden an die Landesregierungen. Die Mißstände haben vielfach ihre Ursache in der schlechten Bezahlung des Personals. Darüber haben unsere Gegner eigenartige Ansichten, denn ein nationalliberaler Redner, der Abg. Franken-Schalke, begegnete dem Vorwurfe mangelhafter Bezahlung mit dem Einwande, daß christliche Nächstenliebe und Aufopferung überhaupt nicht mit Geld zu bezahlen sei. Unsere Fraktion hat sich ein Verdienst erworben, diese Dinge, denen bisher der Reichstag nie seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, zur Sprache gebracht zu haben. Ist es doch in erster Linie der erkrankte Proletarier, der unter ihnen leidet. Ihm

bessere Pflege zu verschaffen, ist ein Gebot der einfachsten Menschlichkeit. Unser Erfolg wird noch größer sein, wenn die Genossen in den einzelnen kommunalen Körperschaften gerade der Frage der öffentlichen Krankenpflege ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden werden.

Das Kapitel: **Statistisches Amt** gab unserer Fraktion die erwünschte Gelegenheit zur Gründung der neuen arbeitsstatistischen Abtheilung beim Statistischen Amt, die an Stelle der früheren Kommission für Arbeiterstatistik getreten ist, Stellung zu nehmen. Diese Neugründung ist wieder ein Beweis dafür, wie die allmähliche Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung dazu drängt, die ganze Sozialpolitik vom Reichsamt des Innern loszulösen und ein besonderes Reichsarbeitsamt zu schaffen. Unser Redner gab diesem Gedanken Ausdruck und bezeichnete die Gründung als eine Etappe auf diesem Wege. Er wies ausdrücklich hin auf die von der Scharfmacherpresse ausgesprochenen Hoffnungen, daß es sich bei der Gründung um eine Einschränkung der Kompetenzen der früheren arbeitsstatistischen Kommission handle. Dergestalt provozirte er eine Erklärung des Staatssekretärs, daß die Abtheilung dieselben Rechte haben sollte wie die frühere Kommission. Unser Redner verlangte noch ein Hinausgehen über diesen Rahmen und für die Abtheilung einen festen Beirath aus Unternehmern, Arbeitern und einer Anzahl Gewerbeinspektoren. Aber wie die Reichssozialpolitik immer, wenn sie einen Schritt vorwärts macht, sich sorgfältig hütet, unseren Wünschen ganz entgegen zu kommen, so auch diesmal. Nur von Fall zu Fall sollen, auf Antrag einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern der Abtheilung, Unternehmer und Arbeiter zugezogen werden.

Beim Kapitel: **Reichsversicherungsamt** übte unsere Fraktion durch ihre Redner eine geharnischte Kritik an den Unfall-Berufsgenossenschaften und an den Betriebsunfällen. Unsere Redner griffen die Berufsgenossenschaften heftig an, die ihren Ehrenvorsitzenden und Vorsitzenden wahre Ministergehälter bezahlen. 10 000 Mk. Jahresgehalt, freie Dienstwohnung, Garten, Heizung und Beleuchtung, 8000, 4000, 5000 Mk. Jahresgehalt sind keine Seltenheiten. Im Gegensatz hierzu beziehen die Unterbeamten bescheidene Gehälter und die Entschädigungen, welche den Arbeitern für erlittene Unfälle zuerkannt werden, sind kein Ersatz für die Einbuße an Arbeitskraft.

Die Statistik der Unfälle spricht ganze Bände von dem Elend der Arbeiterklasse, dem Risiko, welchem der Arbeiter im Produktionsprozesse ausgesetzt ist. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Todten und Schwerverwundeten auf dem Schlachtfelde der Industrie gewachsen. Die tötlichen Unfälle betrugen im Jahre 1896: 6989, 1897: 7287, 1898: 7848, 1899: 7999, 1900: 8449. Die Zahl der Verwundeten betrug 1896: 85 272, 1897: 91 171, 1898: 96 774, 1899: 104 811, 1900: 106,447. Im Durchschnitt der Jahre 1886 bis 1899 entfielen auf den einzelnen Arbeiter pro Tag $1^2/_{10}$ Pfennig, 1900 sogar nur 1,07 Pfennig Entschädigungen.

Auf die Feststellungen und die Kritik unserer Redner antworteten die im Reichstage sitzenden Vertreter des Unternehmerthums zwar mit heftigen Angriffen auf unsere Partei, konnten jedoch die angeführten Thatsachen nicht entkräften. Sie reden eine zu eindringliche Sprache und zeigen, wie nothwendig es ist, das einzige Eigenthum des Proletariers, seine Arbeitskraft, besser zu schützen vor dem Raubbau, den das Unternehmerthum mit ihm treibt.

Mit der Berathung des Etats des **Auswärtigen Amtes** fiel auch die Berathung des Etats für die Expedition nach Ostasien zusammen. Sind doch auch die Opfer an Geld und Menschen, welche der Kriegs- und Rachezug nach Ostasien erforderte, eine Folge der Auslandspolitik der letzten Jahre. Es wurden vom Volke an einmaligen Kosten 950 000 Mk., an laufenden 24 900 000 Mk. gefordert. Die Reichstagsmehrheit strich, nach dem

Vorschlage ihrer Kommission, die ersteren auf 516 000, die letzteren auf 20 000 000 Mk. Im Uebrigen war sie befriedigt von den „Aufklärungen", die sie aus des Grafen Bülow Mund über den Gang der auswärtigen Politik bekam. Alles in schönster Ordnung, Deutschlands Regierung ist maßvoll, besonnen, klug, energisch, sie verfolgt in China blos wirthschaftliche Interessen, sie verfolgt die Politik der „offenen Thür", aber — die militärische Besatzung muß drüben bleiben. Unser Redner stellte demgegenüber die wirkliche Lage der Dinge fest. Die ostasiatische Besatzungsbrigade sei nichts Anderes als der Anfang einer Kolonialarmee, deshalb werde von uns der Ausgabetitel völlig abgelehnt werden. Es gäbe nichts Widerspruchsvolleres als die Auslandspolitik der Regierung, im Hinblick auf den Zolltarif. Auf der einen Seite geschehe die Ausgabe von Millionen und Abermillionen zum „Schutze der deutschen Interessen im Auslande", auf der anderen Seite umschließe man sich mit einer chinesischen Mauer, sodaß Handel und Industrie überhaupt nicht in die Lage kommen könnten, diesen Schutz anzurufen. In gleicher Weise griff ein anderer Fraktionsredner bei der Berathung des Etats des Auswärtigen Amts die Auslands- und Chinapolitik der Regierung an. Während die Alldeutschen und Antisemiten, die bisher die Greuelthaten im südafrikanischen Kriege zum Ausgangspunkte ihrer mordspatriotischen Englandshetze genommen hatten, schwiegen, nagelte unser Redner die Regierung auf ihre Unterlassungssünden fest. In dem brutalen Beutekrieg in Südafrika habe England schwere Verstöße gegen die Haager Verträge begangen und es wäre Pflicht der deutschen Regierung, die die Haager Konferenzakten mitunterzeichnet habe, gewesen, hier zu interveniren. Der Reichskanzler wußte darauf nichts Anderes zu erwidern, als daß ja andere Großmächte gegen die englische Kriegsführung auch nichts eingewandt hätten und Deutschland habe keine Ursache, hier eine führende Rolle zu übernehmen. Schwieriger war es ihm schon, die Wegnahme der astronomischen Instrumente von Peking zu rechtfertigen, woran unser Redner eine vernichtende Kritik übte. Aber der Reichskanzler kennt die Reichstagsmehrheit. Er verlegte sich deshalb auf die diplomatische Seite und setzte auseinander, daß die Instrumente mit voller Zustimmung der chinesischen Regierung in unseren Besitz übergegangen seien und eine Zurückweisung würde zweifellos die Kaiserin-Wittwe von China, die eine sehr intelligente Dame sei, bei ihrer richtigen Einsicht in die politischen Verhältnisse, aufs Höchste verletzen. Bei den bürgerlichen Parteien schlug dieser Grund durch. Keine fand den Muth, sich unserm Verlangen anzuschließen, die Instrumente zurückzugeben.

Der **Militäretat** beziffert sich im laufenden Jahre nach den Beschlüssen des Reichstags auf

568 473 624	Mk.	an fortdauernden Ausgaben,
55 724 181	„	an einmaligen ordentlichen Ausgaben,
29 528 995	„	an einmaligen außerordentlichen Ausgaben

zusammen 653 726 800 Mk., gegen das Vorjahr um 20 Millionen Mk. weniger, eine „Ersparniß", zu welcher die Reichstagsmajorität durch die schlechte Finanzlage gezwungen wurde.

Bei der diesjährigen Berathung des Militäretats nahm unsere Fraktion wieder in scharfer Weise Stellung gegen den Duellunfug. Er hat seinen Sitz in den Offizierskreisen und geht von hier in die bürgerlichen Kreise Derer über, deren „feineres Ehrgefühl" einen angethanen, oft nur leichten Schimpf, nicht durch den Urtheilsspruch des Richters korrigiren läßt, sondern hauend oder knallend den „Schimpf" mit „Blut abwaschen" will. Gegen den Duellunfug erschöpft sich die Reichstagsmehrheit in lahmen Resolutionen und geht hierbei bewußt um den Kern der Sache herum. Denn die schärfere Bekämpfung

des Duells würde sofort eingetreten sein, wenn man sich nur dazu verstehen wollte, die bestehenden Strafgesetzbuchparagraphen gegen die Duellanten nach Gebühr zu handhaben. Weiter trat unsere Fraktion energisch auf gegen die zunehmenden Soldatenmißhandlungen, und es ist ebenso bezeichnend, daß nur die Sozialdemokratie an Quälereien der Soldaten energische Kritik übt, wie daß wir alljährlich neue krasse Fälle festzustellen in der Lage sind. Neben den vielen einzelnen Beschwerdepunkten, die wir durch unsere Redner vorbringen ließen, nahm die Fraktion auch Veranlassung, das ganze militaristische System, dessen Kostspieligkeit die schlechte Lage der Reichsfinanzen ganz wesentlich verursacht hat, vom prinzipiellen Standpunkte aus zu bekämpfen und die Einführung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres zu verlangen.

Eine große Rolle spielte bei den Debatten der Gumbinner Prozeß. Für unsere Fraktion gesellte sich zu der sachlichen Auseinandersetzung mit der Militärjustiz, wegen deren Verfahren wider die Unteroffiziere Marten und Hickel in Sachen der Ermordung des Rittmeisters Krosigk, noch eine persönliche Abrechnung mit dem Vertheidiger des Verfahrens der Militärjustiz: dem Geheimen Kriegsrath Romen. Dieser Jurist, welcher der weiteren Oeffentlichkeit bekannt wurde, als er in seiner Hamburger Staatsanwaltszeit zu dem Ausspruch kam: die Sozialdemokraten seien schon als solche des Meineids verdächtig, ist inzwischen bis zum Geheimen Kriegsrath avancirt nnd diente nun auf der Bundesrathsestrade als juristischer Beistand des Kriegsministers gegenüber dem Reichstage. Die Fraktion bereitete ihm eine schwere Niederlage und führte die Kritik des Gumbinner Einzelfalles zu einer Kritik des ganzen Systems der Militärstrafprozeßordnung hinüber. Wir verlangten durch unsere Redner sobald als möglich eine Revision des Militärstrafverfahrens mit dem Ziele der Abschaffung des Gerichtsherrn und der völligen Oeffentlichkeit des Verfahrens.

Der **Marineetat** beziffert sich in diesem Jahre nach den Beschlüssen des Reichstags auf

	86 913 539 Mk.	an fortdauernden Ausgaben,
	79 778 550 „	an einmaligen ordentlichen Ausgaben,
	50 346 000 „	an einmaligen außerordentlichen Ausgaben
zusammen	217 038 089 Mk.	gegen 207 000 000 Mk. im Vorjahre.

Was somit der Reichstag beim Militäretat „erspart“ hat, ist bereits zur Hälfte beim Marineetat wieder hinzugekommen.

Die Verhandlungen über den Marineetat waren in diesem Jahre mit großer Spannung erwartet worden. Kurz vorher war unser Zentralorgan in die Lage gekommen, einen Marineerlaß des Herrn v. Tirpitz zu veröffentlichen, der vom 6. Januar 1902 datirt, klar zeigte, daß die Regierung sich bereits wieder mit dem Plane neuer Flottenforderungen trägt. Als 1899 bis 1900 der damalige Flottenplan durchgedrückt wurde, betheuerte die Regierung, die Ausführung desselben sei möglich ohne neue Steuern. Als das Zentrum gar neue Steuern direkt anbot, lehnte der Staatssekretär des Reichsmarineamts sie weit von sich ab. Jetzt aber sagte sein Erlaß:

„Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indiensthaltungen, im besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Aufbau der Schlachtflotte, mußte in den Berechnungen vorläufig außer Acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffsbestande entsprechende Steigerung der Indiensthaltungen für die Jahre 1905—10 so hohe Bedarfszahlen für die „Fortdauernden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolgedessen aufs Aeußerste gefährdet worden wäre.“

Hier war also mit dürren Worten gesagt, daß der Wassermilitarismus als er 1899/1900 seine Flottenvorlage einbrachte, nach einem in seinen Grundzügen fertigen Plane handelte, der in Wahrheit eine weit größere Forderung als die aufgestellte vorsah. Dieser umfassende Plan wurde dem Reichstage verschwiegen, man ließ ihn in dem Glauben, daß die eingebrachte Vorlage die ganze Forderung sei, während sie doch in Wahrheit nur ein Theil derselben war. Man versicherte, diese Vorlage sei ausführbar ohne neue Steuern und die Reichstagsmajorität, in dem Glauben, ein abgeschlossenes Ganzes zu bewilligen, stimmte zu. Die Wasserpolitiker der Regierung steckten schmunzelnd das Bewilligte ein; wußten sie doch besser als der ahnungslose Reichstag, daß das dicke Ende nachkommen werde. Und es wird bald kommen, denn in dem Tirpitz-Erlasse heißt es weiter:

„Nach den bisherigen Absichten soll dem Reichstage im Winter 1904 bis 1905 eine Novelle zum Flottengesetze vorgelegt werden.

Der Inhalt der Novelle selbst wird sich zwar nur auf die zahlenmäßige Vermehrung der Auslandsschiffe erstrecken, die beizufügende Begründung aber wird

1. den Schiffsbauplan für die nächsten fünf Jahre (1906—10),

2. einen Ueberblick über die Entwicklung der Gesammtkosten der Marine innerhalb dieser Bauperiode (1906—10) geben müssen."

Daß die Marinepolitiker der Regierung diesen zweiten Theil ihres fertigen Flottenvermehrungsplanes auch nicht ohne neue Steuern glauben durchführen zu können, bewies schließlich noch der folgende Passus des Tirpitz-Erlasses:

„Falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwicklung der Indiensthaltungen in den Jahren 1906 bis 1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „fortdauernden Ausgaben" in den Berechnungen vorzusehen.

Man konnte mit Recht gespannt sein auf die parlamentarische Auseinandersetzung über diese allerneueste Marinepolitik, die den Reichstag als eine bloße Jasage-Maschine einschätzt, indem sie ihm wesentliche Dinge verschweigt. Aber der Staatssekretär des Reichsmarineamts that, als ob garnichts geschehen sei. Er gab den markanten Sätzen des Erlasses eine Deutung, als ob er, der Staatssekretär, gegenüber viel weitergehenden marinistischen Forderungen gebremst habe und spielte so den Wortlaut des Erlasses auf das übliche „Mißverständniß" hinaus. Konnte man von dem Staatssekretär, angesichts der ganzen Lage der Dinge etwas Anderes nicht wohl erwarten, so war dafür die Haltung der Reichstagsmehrheit eine um so kläglichere. Oft klagen auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien über das geringe Ansehen, welches der Reichstag genießt. Wäre es ihnen aber ernst damit, das Ansehen des Reichstags zu heben, so müßten sie sich mit Entrüstung gegen die Rolle erheben, in welche die Marinepolitiker der Regierung den Reichstag gedrängt hatten. Statt dessen halfen sie eifrig, die Regierung herauszuhauen. Selbst die allerloyalste Opposition der bürgerlichen Linken, mit einziger Ausnahme des Führers der Freisinnigen Volkspartei, glaubte dem Marineminister aufs Wort, daß sein Erlaß nur ein Beweis dafür sei, wie sehr er bei den letzten Marineforderungen „gebremst" habe. „Voll Furcht und Hoffnung, ein hohler Darm", so zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit wieder die bürgerliche Opposition. Vollends die Nationalliberalen und das Zentrum dachten nicht daran, an den Marineminister auch nur ein Wort der Kritik zu verlieren. Sollte sich das Zentrum zum zweiten Male als der blamirte

Europäer" vorstellen? Sollte man sich vor dem Volke zum Mitwisser der Geheimnisse der Marinepolitik machen und zugeben, man habe schon 1900 gewußt, daß die laufenden Einnahmen nicht genügten und deshalb ein Steuerbouquet präsentirt werden wird? Das ging nicht an. Folglich nahm man die Regierung in Schutz und schlug Lärm wider die Sozialdemokratie. In Letzterem übernahmen die edelsten konservativen Junker die Führung. Sie schrieen über sozialdemokratischen Brief- und Aktendiebstahl und ihre Redner geberdeten sich so sittlich entrüstet als ob es nie einen Ohm und Gödsche, einen Lindenberg und Teschen gegeben habe.

Unsere Fraktion sorgte jedoch dafür, daß diese kleinen Kniffe nicht verfingen. Unsere Redner kennzeichneten den Vorgang als das was er war und geißelten das Verhalten der bürgerlichen Parteien, sodaß diese wie die geprügelten Pudel aus der Debatte hervorgingen.

Der **Kolonialetat** erfordert in diesem Jahre bei einer Gesammtsumme der Einnahmen und Ausgaben von 37 402 496 Mk. einen **Reichszuschuß** aus den Taschen der Steuerzahler von **28 961 600 Mk.** Im Etat für 1902 betragen die

	Einnahmen und Ausgaben	der Reichszuschuß
für das ostafrikanische Schutzgebiet . .	8 051 496 Mk.	4 865 200 Mk.
„ Kamerun	4 236 600 „	2 205 100 „
„ Togo	1 650 000 „	1 015 000 „
„ das südwestafrikanische Schutzgebiet .	9 458 000 „	7 634 900 „
„ Neu-Guinea	822 000 „	722 000 „
„ die Karolinen, Palauinseln und Mariannen	338 100 „	305 000 „
„ Samoa	441 400 „	170 400 „
„ Kiautschou	12 404 000 „	12 044 000 „
Summa	37 402 496 Mk.	28 961 600 Mk.

Besser als lange Ausführungen zeigen diese Zahlen die Werthlosigkeit unseres kolonialen Besitzes, der sich nicht durch seine eigenen wirthschaftlichen Hilfskräfte sondern nur durch die Zuwendungen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler erhält. Die Kolonialpolitik, die Begleiterscheinung der Marine- und Weltpolitik, ist eine Last für das Volk, aber ein gutes Geschäft für die herrschenden Klassen. Der Reichszuschuß sichert Rhedern und Großkaufleuten profitable Lieferungen und Leistungen aller Art. Dabei riskiren sie keinen Pfennig. Im umgekehrten Verhältniß zu dem „patriotischen" Eifer, mit welchem die Mehrheitsparteien die Reichszuschüsse bald „im Interesse der Missionen", bald „im Interesse der wirthschaftlichen Erschließung unserer Schutzgebiete" verlangen, steht die weise Vorsicht, mit welcher die „patriotischen" Kapitalisten sich hüten, auch nur einen verdammten Heller aus eigener Tasche in den Kolonien anzulegen.

Auf die Länge der Zeit bewirkt der Besitz der Kolonien das Heranwachsen einer besonderen Kolonialbureaukratie, die dem deutschen Steuerzahler ebenso kostspielig zu werden verspricht wie der Kolonialmilitarismus. Für die Kolonien ist die Reichstagsmajorität außerordentlich freigebig. Hat sie in diesem Jahre doch sogar einer „Auskunftsstelle für Auswanderer", deren Verwaltung sich in den Händen der privaten und noch dazu parteipolitischen „Deutschen Kolonialgesellschaft" befindet, 30 000 Mk. erstmalig bewilligt. Diese Auskunftsstelle ist ein Werbebureau für die Auswanderung in die afrikanischen Kolonien. Nachdem nun die Reichstagsmehrheit einmal Zuschuß bewilligt hat, werden weitere Forderungen nicht auf sich warten lassen.

Für die Kolonialbureaukratie genügen bereits die Räume im Auswärtigen Amte nicht mehr. Es wurden deshalb die Grundstücke Wilhelmstraße 62

und Mauerstraße 45/46 zu Berlin, die der Fürstin Luise von Hohenzollern gehörten, angekauft, um dort die Dienstgebäude der Kolonialverwaltung einzurichten. Für diesen Zweck bewilligte der Reichstag einen Kaufpreis von $2^1/_2$ Millionen Mark (erste Rate 1 278 000 Mk.). Von unserm Redner wurde der Werth der Grundstücke auf höchstens $1^1/_2$ Millionen Mark taxirt und vor dem Kaufe gewarnt. Aber die Mehrheit bewilligte in namentlicher Abstimmung, unter braver Mitwirkung vor allem des Zentrums, der Antisemiten, Nationalliberalen und freisinnigen Vereinigung, die verlangte Summe.

Ebenso bewilligungsfroh war diese Mehrheit bei allen sonstigen Forderungen für die Kolonien. Für eine Telegraphenlinie von Dar-es-Salaam nach Tabora bewilligte sie einen Zuschuß von 168 000 Mk. und aus den Mitteln der Reichspostverwaltung als erste Rate 300 000 Mk. Dagegen fand sie sich mit allen Klagen über die Zustände in den Kolonien leicht ab. Unser Fraktionsredner konnte über grausame Mißhandlungen von Kameruner Eingeborenen berichten. Solche als Arbeiter auf Plantagen verwendete Schwarze waren wegen irgend welcher Vergehen gepfählt, ihre Hände mit Spiritus begossen und dieser darauf angezündet worden. Diese Dinge konnte der Kolonialdirektor nicht bestreiten; er verwies nur darauf, daß die betreffenden Kaufleute bestraft worden seien. Die Thatsache aber, daß solche Grausamkeiten seitens der Europäer sich immer wieder ereignen, zeigt doch am besten, von welcher Art die „Kultur" ist, die die Europäer dort drüben verbreiten.

Andrerseits verstehen sich die Eingeborenen anderer Kolonien, so z. B. Samoas, darauf, den deutschen Geldbeutel auszunutzen als ob sie waschechte ostelbische Agrarier wären. So klagte die Regierung selbst über die Begehrlichkeit der Häuptlinge, die für die Erhebung der Kopfsteuern Gehälter verlangen und „Liebesgaben und Geschenke" haben wollen. (Gouverneur Dr. Solf).

Auch an der asiatischen Küste wird der Boden von Kiautschou bearbeitet mit immer erneuten und vergrößerten Millionenopfern aus den Taschen der deutschen Steuerzahler. Dabei ist eine dauernde militärische Besatzung nöthig, um Deutschland den „kostbaren" Besitz zu erhalten.

Die Fraktion hat daher auch gegenüber der Kolonialpolitik auf ihrem alten Standpunkte verharrt: dieser kapitalistisch-militaristischen Kolonisation keinen Mann und keinen Groschen.

Die Zölle und Verbrauchssteuern erreichen für das Rechnungsjahr 1902 folgenden Betrag:

Zölle	483 651 000	Mk.
Tabaksteuer	12 108 000	„
Zuckersteuer	114 897 000	„
Salzsteuer	49 320 000	„
Branntweinsteuer: a) Maischbottichsteuer 16 863 000; b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag 110 592 000	127 455 000	„
Brausteuer und Uebergangsabgabe vom Bier	31 580 000	„
Aversa (Abfindungen der außerhalb der Zollgrenze liegenden Reichsgebiete)	72 690	„
Insgesammt	819 083 690	Mk.

Diese Zölle und Verbrauchsabgaben ruhen als schwere Last auf den Schultern der breiten Volksmassen. Sie vertheuern den Lebensunterhalt und tragen mit bei zur Verelendung der Arbeiterfamilien. Sie vertheuern die wesentlichsten Lebensmittel und Bedarfsartikel in folgender Weise:

1 kg Brot mit 4 Pf., 1 kg Fleisch mit 15 Pf., 1 kg Schmalz mit 10 Pf., 1 kg Speck mit 20 Pf., 1 kg Reis mit 4 Pf., 1 kg Salz mit 12 Pf., 1 kg Zucker mit 20 Pf., 1 kg Kaffee mit 40 Pf., 1 kg Gewürz mit 50 Pf., 1 kg deutschen Tabak mit 22 Pf., 1 kg ausländischen Tabak mit 85 Pf., 1 Cigarre von ausländischem Tabak mit 1 Pf., 1 Hering (je nach Größe) mit $^1/_2$—1 Pf., 1 Liter Bier mit 1 Pf., 1 Liter Branntwein mit 28 Pf., 1 Liter Petroleum mit 6 Pf.

Die unersättliche Habgier der herrschenden Klassen strebt jetzt durch die Hinauftreibung der Zölle nach einer noch höheren Belastung unserer nothwendigsten Lebensmittel. Dagegen richtete sich der Kampf unserer Fraktion, von welchem zumal die Zolltarifdebatten Zeugniß ablegen.

Die ungeheuren Opfer, die, trotz der schlechten Finanzlage, Deutschland für Militarismus und Marinismus aufbringt, bewirken, daß Jahr für Jahr neue Anleihen aufgenommen werden und damit die Summe der **Reichsschulden** sich in beständiger Steigerung befindet. Sie betrug 1880: 387 Millionen Mark, 1890: 1241 Millionen Mark, 1900: 2418 Millionen Mark, **1902: 2515 Millionen Mark.** Zu ihrer **Verzinsung** erforderte diese Reichsschuldsumme 1881: 11 Millionen Mark, 1891: 55 Millionen Mark, **1902: 93,6 Millionen Mark.**

Bei der Berathung des **Reichsjustizetats** brachte unsere Fraktion unter anderem den Fall Bredenbeck zur Sprache. Die Behandlung unseres Genossen, der, als Redakteur unseres Dortmunder Parteiorgans, gefesselt durch die Straßen Dortmunds transportirt wurde, ein Vorgang, den seine tieferschütterten Angehörigen, seine Mutter, seine Frau, seine Brüder mit ansehen mußten, hat die Aufmerksamkeit der weitesten Oeffentlichkeit wiederum auf die Art gelenkt, wie Polizei und Justiz in Deutschland mit Schriftstellern und Redakteuren verfahren, die irgend eines Preßvergehens schuldig sind. Unsere Fraktion benutzte das Vorkommniß zur Geißelung des ganzen Systems. Ihr Redner hielt demgegenüber die rücksichtsvolle Behandlung, die dem Prinzen Arenberg zu theil geworden war, und verlangte, daß endlich einmal in der Behandlung aller politischen Gefangenen eine Aenderung eintrete. Weiter erstreckte sich unsere Kritik auf die bekannte Anwendung des Erpressungsparagraphen auf die Gewerkschaften, sie verlangte den Schutz des Koalitionsrechts und eine zeitgemäße Revision des Strafgesetzbuchs. Der Staatssekretär im Reichsjustizamt erwiderte darauf in der bei ihm gewohnten Weise. Die einzelnen vorgebrachten Beschwerden gehen ihn nichts an, da sie in die Ressorts der Minister einzelner Bundesstaaten gehören. Die Nothwendigkeit der Reform des Strafvollzugs ist schon seit zwanzig Jahren bekannt. Aber diese Reform ist zu schwierig, um von heute auf morgen erledigt zu werden. Die Fesselung Bredenbecks haben die zuständigen Instanzen nicht für richtig gehalten und es steht zu hoffen, daß sich Gleiches nicht wieder ereignen wird u. s. w. Weniger dieses Verhalten der Reichsregierung als das Verhalten der bürgerlichen Parteien trägt die Schuld an solchen Vorkommnissen, wie es die Behandlung unserer Redakteure ist. Mit ein paar matten Redensarten gingen die bürgerlichen Parteien darüber hinweg und die Nationalliberalen brachten es sogar fertig, über die angeblich zu geringe Bestrafung der Beleidigungen zu lamentiren. Dies Verhalten der bürgerlichen Parteien wurde von unsern Rednern gebührend gegeißelt und darauf verwiesen, daß wir die Reform des Strafvollzugs längst hätten, wenn nur der Reichstag sie mit der nöthigen Energie fordere.

An der Spitze der **Reichspost- und Telegraphenverwaltung** stand in diesem Jahre als neuer Leiter Herr Kraetke. Herr v. Podbielski, die Hoffnung der Junker, ist in das preußische Landwirthschaftsministerium übergesiedelt, sodaß der Reichstag mit ihm nur noch hie und da als urwüchsigem

Anwalt junkerlicher Interessen zu thun bekommt. Dem neuen Postminister Herrn Kraetke kam der Reichstag nicht unfreundlich entgegen. Im Gegensatze zu seinem temperamentvollen Vorgänger bietet er vorläufig wenig Angriffspunkte, da man noch nicht weiß, wie sich unter ihm die Reichspost entwickeln wird, der Minister aber das Bestreben zeigt, beklagte Mißstände nach Möglichkeit abzustellen. Unsere Fraktion forderte Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und Maßnahmen gegen ihr Wohnungselend. Sie wandte sich in ihrer Kritik der Postbehörden, gegen vorgekommene Fälle von Unterdrückung des Petitionsrechtes der Beamten, gegen dienstliche Ueberlastung von Unterbeamten. Ein Redner übte an der Portofreiheit, welche fürstlichen Persönlichkeiten gewährt wird, Kritik und es wurde festgestellt, daß von den Höfen auch für deren Telephongespräche keine Gebühren erhoben würden.

Das **Reichs-Eisenbahnamt** ist im Grunde nichts als eine besondere Abtheilung des preußischen Eisenbahnministeriums. Der Geist desselben schwebt auch über den Maßnahmen des Reichs-Eisenbahnamts. Die Ueberschußwirthschaft des preußischen Eisenbahnministeriums duldet im Reiche ebenso wenig die Durchführung der dringend nothwendigen Tarifreform wie in Preußen. Der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts ließ sich auf eine Erörterung über die Tarifreform nicht ein und die von unserer Seite erhobenen wohlbegründeten Klagen über die Eisenbahnunfälle, beantwortete er mit dem Trost, daß ja die Zahl dieser Unfälle nicht zugenommen habe, denn nicht auf die Zahl der verletzten Personen komme es an, sondern auf die Zahl der Unfälle an sich. Natürlich wandte sich hiergegen unser Fraktionsredner, wie wir durch ihn auch wiederum energisch die Verbilligung der Tarife verlangten, gerade im Interesse der Arbeiterklasse, deren soziale Lage dadurch ganz wesentlich gebessert wird, daß man es ihr möglich macht, den Aufenthaltsort rasch und billig zu wechseln. Während das ausbeuterische Junkerthum, durch hohe Tarife es den Arbeitern möglichst erschweren will, der Knute des Junkers zu entfliehen und über die „Eisenbahnvagabondage" Klage führt, sind wir der Ansicht, daß unsere Bevölkerung viel zu seßhaft ist und eine durch billige Eisenbahntarife herbeigeführte größere Beweglichkeit derselben, von besserndem Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen sein wird. Unsere Fraktion wird deshalb, soweit hierzu der Reichstag überhaupt im Stande ist, stets hinwirken auf volksthümliche Reformen im Eisenbahnwesen und Bruch mit der staatskapitalistischen Ueberschußwirthschaft.

Gesetzentwürfe.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der **Strandungsordnung** giebt der Behörde das Recht, die Beseitigung der im Fahrwasser, auf der Rhede oder im Hafen hülflos treibenden Wracks oder sonstiger auf den Grund gesunkener Gegenstände zu veranlassen. Sobald die Behörde eingeschritten ist, darf, ohne Genehmigung derselben, Niemand mehr etwas vom Wrack wegschaffen. Zur Kostendeckung der Beseitigung kann die Behörde die beseitigten Gegenstände öffentlich verkaufen, soweit nicht Sicherheit gestellt ist. — Der Gesetzentwurf bot keinen Anlaß zu Debatten und wurde angenommen. Um so lebhaftere Debatten rief die Seemannsordnung hervor. Bei dieser Gesetzesmaterie standen sich die Interessen der Rheder und der Seeleute scharf gegenüber. Man kennt die Praktiken unserer Rheder, die sich oft durch das schmierigste Leuteschinden zu Millionären herauf „arbeiten". Vor der Ausbeutung des Schiffskapitals die Seeleute nach Möglichkeit zu schützen, erachteten wir als unsere besondere Pflicht. Die **Seemannsordnung** und die mit ihr zusammenhängenden Gesetze: **Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, Stellenvermittelung für**

Schiffsleute, Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuches, war bereits in der vorigen Session in Kommissionsberathung gewesen. In dieser Session war sie wieder vorgelegt worden, ohne daß die Regierung von den damaligen Kommissionsbeschlüssen Notiz genommen hätte. Die Gesetzentwürfe blieben auch den vorigen Sommer wieder in der Kommission stecken, und wurden erst in diesem Winter aufgearbeitet. Unter unseren Gegnern waren in erster Linie die Nationalliberalen die wildesten Anwälte des Rhederinteresses. Man sah bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß all das „wirthschaftlich Freiheitliche" beim Nationalliberalismus nur grobe Tünche ist und, sobald es sich um die Niederdrückung der Arbeiter handelt, der richtige Nationalliberale auch in wirthschaftlicher Hinsicht den rückständigsten Junker übertrumpft. Immer, wenn wir den Seeleuten gegenüber dem ausbeutenden Rheder den Schutz des Rechts an die Hand geben wollten, schrieen die Nationalliberalen über den Bruch der Disziplin und verkündeten den Untergang der Rhederei. Aber unsere Redner nahmen kein Blatt vor den Mund. Sie schilderten die Ausplünderung der Arbeitskraft der Seeleute, ihre oft schändliche Behandlung, ihre Rechtlosigkeit gegenüber den Kapitänen, die den Profit der Rheder immer vor Augen haben. Zahlreiche Einzelfälle führten unsere Redner zur Unterstützung ihrer Forderungen an. Von unserer Fraktion wurde beantragt, bei der Besetzung der Seemannsämter in allen Fällen einen der Schöffen aus dem Kreise der seebefahrenen Schiffsleute zu nehmen, gleichzeitig Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlung und Diätenzahlung an den Schöffen einzuführen. Ursprünglich hatte das Zentrum diesen Antrag unterstützt, das Geschrei der Rheder und das Abwinken der Regierung veranlaßte aber einen beim Zentrum üblichen Umfall und wir blieben in der Minderheit. Unser Versuch, an auswärtigen Hafenplätzen den Konsul, wenn er Mitinhaber der Rhederei ist, prinzipiell auszuschließen, mißlang, dagegen setzten wir bei einem anderen Paragraphen die Verbesserung durch, daß die Anwesenheit der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, der „Landhaie", als Vertreter der Rheder bei der Musterung ausdrücklich verboten wurde. Weiter versuchten wir in das Gesetz, in die nothwendigen Angaben des Heuervertrages, auch die Zeit des Dienstantrittes, die Zahl der auf den Schiffen beschäftigten seebefahrenen Mannschaften und die Höhe des Ueberstundenlohnes einzuführen. Doch wurden wir niedergestimmt. Die Mehrheit ließ auch die Bestimmung stehen, wonach der Schiffsmann, der ohne genügende Entschuldigung dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstverhältnisses sich entzieht, von der Polizei zwangsweise und noch dazu auf seine Kosten an Bord gebracht werden kann. In Bezug auf Urlaubsbewilligung wurden nicht nur unsere Verbesserungsanträge abgelehnt, sondern es wurde sogar eine konservative Verschlechterung, die die Abhängigkeit des Seemanns vom Kapitän noch erhöht, in das Gesetz hineingebracht. Bei den Paragraphen, welche die Arbeitszeit auf den Schiffen im Hafen und auf offener See, im gemäßigten Klima und in den Tropen, sowie die Sonntagsruhe und die Entschädigung für Ueberstunden behandelt, erwarben sich die Reichsparteiler große Verdienste um den höchsten Rhederprofit. Unter ihrer Führung lief die Mehrheit sogar Sturm gegen die Kommissionsbeschlüsse und setzte durch, daß die achtstündige Arbeitszeit in den Tropen für die Stewards und die Arbeiter im Aufsichtsdienst nicht gilt. Auch die Bezahlung der Ueberstunden wurde diesen Arbeitern gestrichen. In der Mehrheit stand auch die freisinnige Vereinigung mit. Ihr Führer war Herr Frese. Die Art und Weise, wie uns die Mehrheit niederstimmte, wurde schließlich so arg, daß unsere Redner sich mit Heftigkeit dagegen auflehnten und das Rhederthum schonungslos angriffen. Die Nationalliberalen antworteten darauf mit Bemerkungen, wie „ein Vogel, der sein Nest beschmutzt". Diese Herren glauben nämlich, daß ein Abgeordneter Hamburgs ein Vertreter

des Rhedereiinteresses sein müsse, obgleich er von Arbeitern gewählt ist. Wir zeigten den Herren indessen, daß das Interesse der Wähler und das Interesse der ausbeuterischen Rheder zweierlei ist und behandelten im Uebrigen ihre Wuth mit dem gebührenden Spott.

Die Regelung der Fürsorge für den erkrankten und verletzten Seemann gelang es uns durch unsere Anregungen wenigstens etwas zu bessern. Ebenso gelang es uns bei der Regelung des Heuerbezugs in Krankheitsfällen für Angehörige der Seeleute Verbesserungen durchzusetzen. Dagegen zeigte sich wieder die ganze Rückständigkeit der Mehrheit, als das Koalitionsverbot in Frage kam. Hier fanden die Rheder vortreffliche Anwälte in den Konservativen, die das Koalitionsrecht, welches ihnen ein Scheuel und Greuel ist, aufs Heftigste bekämpften. Es kostete uns alle Mühe, im Gesetz den Ausdruck, der vom „Entlaufen“ des Seemanns wie vom Entlaufen eines Hundes sprach, wenigstens in „Entweichen“ abzuändern. Schließlich wurde auch noch unser Verlangen, bei Lohnstreitigkeiten für die Seeleute die Gewerbegerichte zur Instanz zu machen, mit großer Entrüstung abgelehnt, wobei es noch (in zweiter Lesung) eine Gewerbegerichtsdebatte gab, in welcher sich deutlich die ganze Feindseligkeit der Regierung und aller bürgerlichen Parteien gegen das „Laienelement“ in der Rechtsprechung zeigte, welches die Mitwirkung der Arbeiter in den Gewerbegerichten darstellt.

Angesichts der geringfügigen Verbesserungen, die die Vorlage brachte, vor allem aber der Art, in welcher die Mehrheit unsere wichtigsten Anträge niederstimmte, votirte unsere Fraktion in der Schlußabstimmung gegen das Gesetz mit Nein.

Die Begleitgesetze riefen keine bemerkenswerthe Debatte hervor. Das Gesetz vom 27. Dezember 1872, welches die Kauffahrer verpflichtet, hilfsbedürftige Seeleute mitzunehmen, wurde in verschiedener Hinsicht gebessert oder geändert. Dieser Aenderungen halber erhielt das Gesetz auch einen anderen Titel: „hilfsbedürftige“ wurde in „heimzuschaffende“ Seeleute umgeschrieben. Neu ist an dem Gesetze u. A., daß die Kauffahrer verpflichtet sind, auch Sträflinge mit heimzunehmen. Es ist dies insofern eine Besserung, als früher, ihrer Ueberführung zur Aburtheilung in Deutschland harrende Seeleute oft lange Zeit in fremdländischen Gefängnissen als Untersuchungsgefangene hocken konnten, wenn die nach Deutschland zurückkehrenden Kauffahrer sich weigerten, sie mitzunehmen. In dem Gesetz, betr. die Stellenvermittlung, ist der weittragendste Paragraph derjenige, welcher den Rheeder zur Zahlung der Hälfte der Stellenvermittelungsgebühr verpflichtet. Es wird damit dem Unwesen der Heuerbase wirksam entgegengearbeitet werden, denn sobald die Rheder die Hälfte der Gebühren bezahlen müssen, werden sie im Interesse des eigenen Geldbeutels eine billige Stellenvermittelung schaffen und so der Ausbeutung der Seeleute durch die Heuerbase entgegenwirken. Endlich hat die Aenderung der Seemannsordnung Abänderungen der seerechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches nothwendig gemacht.

Der Reichstag nahm am Schlusse der Seemannsdebatte eine Resolution an, welche die verbündeten Regierungen ersucht, dem Reichstage mit thunlichster Beschleunigung und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine über Tiefgang und Ladelinie einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Frage einer behördlichen Aufsicht über Seetüchtigkeit, Tiefgang, Bemannung und Verproviantirung von Kauffahrteischiffen geregelt, für Abstellung entwaiger Mängel Sorge getragen und zu diesem Zwecke eine der Oberaufsicht des Reichs unterstehende Instanz bestimmt wird. Wir stimmten für diese Resolution, weil sie dem Zustande ein Ende machen will, daß manche Rheder „den Kasten vollpacken bis zum Ersaufen“, wie der Ausspruch eines Rheders lautete, der in der Debatte angeführt wurde. Unser Redner zeigte,

an der schrecklichen Zahl der verschollenen Schiffe, wie nothwendig es sei, hier gesetzlich Remedur zu schaffen.

Eine wichtige sozialpolitische Materie, welche den Reichstag in dieser Tagung beschäftigte, war die **Regelung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.** Infolge des Verbotes der gewerblichen Beschäftigung von Kindern in Fabriken, war die Kinderausbeutung in der Hausindustrie bedeutend gestiegen. Die Unternehmer schlugen dem Gesetz ein Schnippchen, indem sie die Arbeiten, welche bisher Kinderhände in der Fabrik besorgt hatten, an die Hausindustrie gaben und durch Hungerlöhne die Eltern zwangen, ihre Kinder bei der Arbeit mitanzuspannen. Sie machten dabei überdies noch ein Profitchen, indem sie einen Theil der Produktionskosten, die sie bei der Fabrik-Kinderarbeit hatten, auf den Hausindustriellen abwälzten. So stieg die Kinderausbeutung in der Hausindustrie und mit brennenden Augen und blutendem Herzen müssen die Proletariereltern zusehen, wie ihre Kinder frühzeitig bei unmäßiger Erwerbsarbeit ihre Gesundheit ruiniren, während für die Kinder der Reichen Frühling und Sonnenschein lachen. Zu dieser hausindustriellen Thätigkeit gesellt sich die Erwerbsarbeit der Kinder in der Landwirthschaft, in häuslichen Dienstleistungen, im Handels- und Verkehrsgewerbe, in Gastwirtschaften, als Austräger und Ausläufer. Die gewerbliche Kinderarbeit ist eines der düstersten Bilder des sozialen Elendes des Proletariats. Die Reichsstatistik von 1900 stellte 532 283 Kinder in noch nicht oder noch schulpflichtigem Alter fest, welche außerhalb der Fabriken und außerhalb Landwirthschaft und Hausindustrie thätig waren. Thatsächlich ist dies nur die unterste Grenze. In einer großen Anzahl Bundesstaaten sind nur eine Anzahl Betriebe für die Enquete herausgegriffen, die übrigen nur abgeschätzt worden. 1895 ergab die Berufszählung der in einem Hauptberuf gewerblich thätigen Kinder bereits eine weit höhere Zahl und man wird die thatsächlichen Verhältnisse ziemlich genau treffen, wenn man heute die in gewerblichen Betrieben thätigen Kinder auf eine Million, die in Landwirthschaft und Hausindustrie thätigen Kinder mit zwei Millionen abschätzt.

Gegenüber diesen Zuständen bedeutet der Gesetzentwurf nur eine schwächliche Halbheit. Er verbietet die Kinderarbeit überhaupt bei Bauten, Ziegeleien, Brüchen und Gruben, beim Steineklopfen, sowie in Werkstätten zur Herstellung von Schieferwaaren, Steinarbeiten, in Töpfer-, Kalkbrenner-, Spiegelbeleg-, Glasbläser-, Blei- und Zinnspielwaaren-, Metallgießerei-, Schleiferei-, Gürtler- und Bronzier-, Feilenhauerei-, Quecksilberarbeit-, Feuerwerks- und Zündholzwerkstätten, Abdeckereien, Färberei-, Lumpensortier-, Gummi-, Guttapercha- und Kautschuckwaaren-, Polsterwaaren-Werkstätten, in Roßhaarspinnereien, Werkstätten der Perlmutterverarbeitung, in der Bürsten- und Pinselmacherei, Fleischereien, Hasenhaarwäschereien, Bettfedernreinigungs-, Maler- und Anstreicherwerkstätten, chemischen Waschanstalten. In allen übrigen Werkstätten, sowie im Handels- und Verkehrsgewerbe wird die Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren verboten. Die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren wird auf täglich drei Stunden und in den Schulferien auf vier Stunden beschränkt, darf nicht über 8 Uhr Abends dauern und vor dem Vormittagsunterrichte nicht beginnen. Bei theatralischen Aufführungen und Schaustellungen dürfen Kinder unter zwölf Jahren, sofern nicht das höhere Interesse der Kunst und Wissenschaft vorwaltet, nicht beschäftigt werden, mehr als zwölfjährige Kinder nur bis 9 Uhr Abends. In Gast- und Schankwirtschaften ist die Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren verboten, die Beschäftigung von Kindern über zwölf Jahren mit der Einschränkung, daß Mädchen nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden dürfen. Beim Austragen und bei Botengängen erlaubt der Gesetzentwurf die Kinderarbeit bereits vom zehnten

Lebensjahre ab und giebt überdies der unteren Verwaltungsbehörde für die ersten fünf Jahre das Recht, zu gestatten, daß die Arbeit 12jähriger Kinder hier bereits von $6^1/_2$ Uhr Morgens an eine Stunde lang dauern darf. Der Gesetzentwurf verbietet weiter, mit Einschränkungen, die Sonntagsarbeit der Kinder und untersagt die Beschäftigung eigner Kinder für alle die Betriebe, in denen auch fremde Kinder nicht beschäftigt werden dürfen.

So ist hier wieder ein paragraphenreiches Gesetz geschaffen, weil die Reichssozialpolitik nicht den Muth findet, kurzweg alle Erwerbsarbeit der Kinder vor dem 14. Lebensjahre zu verbieten.

Die Gegner waren mit dem Gesetze höchlichst zufrieden und sangen Lobeshymnen auf die Thatkraft der Regierung. Namentlich die Junker schmunzelten, weil der landwirthschaftlichen Ausbeutung der Kinder in keiner Weise entgegen getreten wird und die Junker somit die billige Kinderarbeit auch fernerhin behalten werden. Ihre Anschauungen über Sozialpolitik faßte ihr Redner in den höchst kennzeichnenden Satz zusammen: „Nur wenn der Zolltarif das Geld im Lande hält, kann man an eine Sozialreform denken!" Unsere Redner schilderten demgegenüber die gegenwärtig herrschenden schlimmen Zustände, vor allem auch die Ausbeutung der Kinder auf dem Lande durch die Rübenjunker. Graf Posadowsky aber nannte das Rübenverziehen eine verhältnißmäßig leichte Arbeit, und bezüglich der Hütekinder verwies er schwärmerisch auf die poetische Rolle, welche der Hirtenknabe in der Dichtung spielt. Ihm sprangen die bürgerlichen Vertreter in ihrer Gesammtheit bei, Junker, Polen, Elsässer, Zentrumsleute, und den Vogel schoß Herr Stöcker ab, der salbungsvoll die Freuden der Kinder beim Kartoffelausmachen schilderte.

Der Gesetzentwurf wurde schließlich an eine Kommission verwiesen und wird im Herbst zur zweiten Berathung gelangen.

Bei dem Gesetzentwurf, der **die geschäftliche Behandlung des Zolltarifgesetzes** regelt, mußte die Regierung schweren Herzens mit ihrem Grundsatze: keine Diäten für den Reichstag, brechen. Bestimmend hierfür war, daß sich die Unmöglichkeit herausstellte, die Kommissionsberathung des Zolltarifs bis zur Reichstagsvertagung fertig zu stellen. Um die Kommission über den Sommer zusammen zu halten, wollte die Regierung jedem Mitgliede derselben einen Betrag von fest 2400 Mk., in Summa 67 200 Mk., bewilligen. Unsere Fraktion ergriff die Gelegenheit, die ganze Frage der Diätenlosigkeit des Reichstags aufs Neue aufzurollen. Unser Redner erklärte aber, daß unsere Fraktion der Diätenfrage mit großer Gemüthsruhe gegenüber stehe, da die Diätenlosigkeit unser Wachsthum in keiner Weise verhindert habe. Es falle uns auch jetzt garnicht ein, das Zustandekommen eines Gesetzes, welches dem Volke die wichtigsten Lebensmittel vertheuere, durch Diäten zu fördern. Habe doch auch die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch, die 1898er Gewerbeordnungskommission, monatelang außerhalb der Tagung des Reichstags gesessen, ohne Entschädigung zu bekommen. Wenn nun die Vorlage ohne unseren Willen Gesetz werden sollte, so würden wir die auf unsere Fraktionsmitglieder entfallenden Kommissionsdiäten *unserer Parteikasse zuführen, um damit eine noch energischere Bekämpfung der Zolltarifvorlage zu betreiben.* Diese Erklärung war den Gegnern begreiflicherweise so unangenehm wie irgend möglich. Ihre brennende Sehnsucht, den Zolltarif zu fördern, ließ sie aber auch den unfreiwilligen Beitrag an unsere Parteikasse mit in den Kauf nehmen. Sie nahmen die Diäten, mit der Gesammtherabsetzung auf 56 000 Mk. und für das Kommissionsmitglied 2000 Mk., an. Wir hatten anstatt dessen allgemeine Tagegelder für die Abgeordneten überhaupt verlangt; der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt,

ebenso unser Eventualantrag, den Kommissionsmitgliedern 20 Mk. Anwesenheitsgelder pro Tag zu gewähren.

Die Diäten an sich haben bis jetzt die Thätigkeit der Zollkommission auch um keinen Schritt zu fördern vermocht.

Der **fliegende Gerichtsstand der Presse** war ein seit langen Jahren vorhandener Uebelstand, unter dem zumal unsere Parteipresse zu leiden hatte. Es war vorgekommen, daß die Redakteure unserer Blätter an Orten, wo nur einige Exemplare der Zeitung verabreicht worden waren, auf das Verlangen eines Staatsanwaltes, eines Unternehmers oder sonst wessen vor Gericht gezogen wurden, indem man diesen Verbreitungsort als den Ort der That annahm. Die zahllosen Unzuträglichkeiten, die sich daraus ergaben, sind so oft beklagt worden, daß man sie hier nicht erst zu schildern braucht. Gegenüber den Klagen hatte die Regierung stets gesagt, daß man, vor der allgemeinen Revision der Strafprozeßordnung, einzelne Materien aus dieser nicht herausgreifen dürfe. Nachdem sie sich dann aber von der Harmlosigkeit der Reform überzeugt hatte, kam sie mit einem Gesetzentwurf, der den in Frage kommenden § 7 der Strafprozeßordnung dergestalt abänderte, daß für periodische Druckschriften dasjenige Gericht als zuständig gilt, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Es wurde aber sofort wieder eine Durchlöcherung geschaffen durch die weitere Bestimmung, daß für die Verfolgung von Beleidigungen im Wege der Privatklage auch der Verbreitungsort zuständig sei, sofern an ihm die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt habe. Und damit der Reichstag nur ja nicht glaube, die Regierung wolle ihm zu weit entgegen kommen, gab der Staatssekretär des Reichsjustizamts der Vorlage als Geleitwort mit auf den Weg: die Vorlage sei weniger der Ausdruck der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen als der Ausdruck des Wunsches, in dieser strittigen Frage der Forderung des Reichstags entgegen zu kommen. Sollte der Reichstag den gegenwärtigen Zustand für besser halten, als das Vorgeschlagene, so ziehe die Regierung das Gegenwärtige auch vor. Unser Redner geißelte diesen Standpunkt ganz gehörig, verlangte ein bestimmtes ausschließliches Forum für Preßdelikte und die Einbeziehung auch der nichtperiodischen Presse in die Vorlage. Im Uebrigen beantragten wir, daß, sobald der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung begründe, für *alle dabei betheiligten Personen* ausschließlich der *Erscheinungsort* als Gerichtsstand zu betrachten sei. Aber die Reichstagsmehrheit war nur mit Mühe dazu zu bewegen, aus dem Gesetz das Wort „periodisch" zu streichen und so auch die *nichtperiodische* Presse einzubeziehen. Auf Weiteres ließ sie sich nicht ein. Wir stimmten daher, und weil es uns nicht als eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande erschien, *gegen* das Gesetz.

Eine allgemeine Ueberraschung bereitete die kaiserliche Kundgebung, welche die **Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen** verkündete. Infolge derselben ging dem Reichstage alsbald ein Gesetz betreffend die Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen zu. Es wurden hierdurch Ausnahmegewalten beseitigt, über welche sich die elsaßlothringische Bevölkerung lange mit Recht aber vergeblich beschwert hatte. Bei dem Kampfe gegen den Diktaturparagraphen hatten wir Sozialdemokraten an der Seite der elsässischen Bevölkerung gestanden. Der Diktaturparagraph gab dem Oberpräsidenten das Recht, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßregeln zu ergreifen, welche er „zur Abwendung der Gefahr" für erforderlich erachtete, so namentlich zu polizeilichen Zwecken Truppen zu requiriren. Als der Gesetzentwurf im Reichstage zur Berathung stand, schwamm Alles in Wonne, und die Konservativen bewiesen durch die glatte Schwenkung, mit der sie, nach jahrelangem heftigstem Widerstande, sich

jetzt plötzlich auch für die Beseitigung aussprachen, was von den „Gründen" zu halten ist, mit denen sie stets ihren Widerspruch gegen fortschrittliche Maßregeln maskiren. Die Elsaß-Lothringer betraten nach der Reihe die Rednertribüne, um sich für die Aufhebung des Diktaturparagraphen zu bedanken, welche ein Zentrumsabgeordneter als ein „Geschenk" bezeichnete. In diesen Ton stimmte unsere Fraktion nicht ein. Wir ließen durch unsern Redner sagen, daß mit der Aufhebung nur endlich geschehen sei, was wir Sozialdemokraten jahrzehntelang gefordert hätten und wiesen im Uebrigen darauf hin, daß von dem Ausnahmezustand in den Reichslanden noch genug bestehen bliebe, was aufgehoben zu werden verdiene. Als nächst zu bestrebendes bezeichnete unser Redner ein wirkliches Wahlrecht zum Landesausschuß, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht und die Aufhebung des jetzigen, aus der Zeit Napoleons III. stammenden, sowie endlich die Aufhebung des jetzigen und die Einführung des allgemeinen deutschen Preßgesetzes. Mit diesen Motivirungen stimmten auch wir der Aufhebung zu. Auch nach dieser Aufhebung des Diktaturparagraphen regiert in Elsaß-Lothringen der alte Polizeigeist weiter, wie das Auftreten des Staatssekretärs der Reichslande, von Köller, im Reichstage bewies.

Unter den Steuergesetzen wurde das aus der vorigen Session noch rückständige **Schaumweinsteuergesetz** nunmehr erledigt. Das Gesetz soll zur Deckung der Unkosten beitragen, die der Marinismus uns verursacht, und schon aus dem Grunde hatten wir keine Veranlassung, dafür zu stimmen. Es belastet aber auch die Industrie und drückt gerade die mittleren Sorten Schaumweine. Wollten die herrschenden Parteien mit dem Gesetz eine „Luxussteuer" schaffen, wie sie sagten, so war es ihnen ja unbenommen, endlich den Besitz durch die Einführung einer Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer kräftig zur Tragung der Lasten der kostspieligen Welt- und Marinepolitik des Reiches heranzuziehen. Da sie hieran nicht denken, so ist auch das angenommene Gesetz nur ein Palliativmittelchen, dem die Fraktion ihre Zustimmung versagte.

Die **Branntweinsteuervorlage** konnte im Mai 1901, trotz aller Bemühungen der Agrarier, nicht unter Dach und Fach gebracht werden. Es war uns bekanntlich gelungen, die Beschlußunfähigkeit zu konstatiren, wodurch den Spiritusjunkern und ihrer Spirituszentrale ein arger Possen gespielt war. Beim Wiederzusammentritt des Reichstags war nun, auf Betreiben der Spiritusleute, ein Kompromißantrag zwischen der Rechten, einigen Nationalliberalen und dem Centrum zustande gekommen, welches die im Mai des Vorjahres verkrachte Liebesgabenpolitik auf andere Weise fortsetzen sollte. Die Vorlage ging nun zunächst wieder an die Kommission zurück und in der Sucht, den Profit der Spiritusbrenner zu retten, hatte die Kommissionsmehrheit an dem Gesetz so vielgestaltige Abänderungsbestimmungen getroffen, daß ihre Beschlüsse ein ganz neues Gesetz darstellten. Diese Kommissionsarbeit wurde wiederum gegen das Ende der Tagung dem Reichstage zur dritten Lesung vorgelegt. Unsere Fraktion übte eine scharfe Kritik an den Schönheiten der Spiritusgesetzgebung. Wir forderten die Abschaffung der hohen Spiritusbesteuerung, welche die Ausbreitung der Trunksucht in keiner Weise hindere, wohl aber eine Liebesgabe von 48 Millionen Mark aus den Taschen der Trinkbranntweinkonsumenten an die Brenner möglich mache. Die Spiritusindustrie besitze an und für sich durchaus nicht die Existenzberechtigung, welche ihr die Spiritusinteressenten zuschreiben. Diese enorme Spiritusproduktion sei erst künstlich durch die unerhörten Preistreibereien der Centrale für Spiritusverwerthung erweckt worden. Der Krach werde doch einmal kommen. Nicht durch die Spiritus-Liebesgabe werde die „Gesundung des Kartoffelbaues" bewirkt werden, sondern durch den Anbau besserer Kartoffelarten, die zwar nicht die großen Erträge lieferten wie mit Hilfe der Liebesgabe die minderwerthige

Kartoffel, dafür aber der großen Masse der Bevölkerung nütze. Diese Liebesgabe nützt überdies nur den größeren Brennereien Deutschlands und nicht den mittleren und kleineren Brennereien. Wir legten Verwahrung gegen eine derartige Gesetzgebung ein.

Auf unsere Einwände erwiderte die Regierung, daß bei jeder Steuer auf die großen erwerbenden Industrieen Rücksicht genommen werden müsse und als die Spiritussteuer auf das Vierfache erhöht werden mußte, man den landwirthschaftlichen Brennereien, um sie existenzfähig zu erhalten, eine staatliche Unterstützung habe geben müssen. Das könne man doch keine Liebesgabe nennen. Und die Agrarier, die nach dem Grundsatz handeln: „Fusel brennen, das ist fein — Fusel trinken, wie gemein!" beschuldigten uns, wegen unseres Widerstandes gegen die Liebesgabenpolitik einer „latenten Sympathie für den Konsum von Spiritus." Auch die wackeren Polen halfen hier, wo es sich um agrarische Geldbeutelinteressen handelte, weidlich den preußischen Junkern gegen die sozialdemokratische Opposition.

Bei der Abstimmung suchten wir den 1889 aufgehobenen Reinigungszwang wieder einzuführen. Dies erschien uns nothwendig angesichts der Thatsache, daß gerade die kleinen Brennereien auf dem Lande stark fuselhaltigen Spiritus produziren. Ob dieser oder jener Brenner, dessen Produkt sich dann als gesundheitsschädlich herausstellt, zu Grunde geht, konnte uns gleichgültiger sein als wenn viele Trinker an dem Genuß von Fusel ihre Gesundheit total zerrütten. Natürlich war die agrarische Mehrheit hierfür nicht zu haben. Ferner verlangten wir die Aufhebung der Maischraum- und Materialsteuer, die den großen Brennereien eine versteckte Liebesgabe von fünf Millionen Mark zuführt, und verlangten an Stelle der Maischbottichsteuer eine Verbrauchsabgabe. Ferner forderten wir die Streichung der dritten Liebesgabe, der Brennsteuer. Die Brennsteuer wird nicht von den Brennern, sondern von dem konsumirenden Publikum getragen und zwar in Höhe von 11 bis 12 Millionen Mark jährlich, sodaß die Gesammt-Liebesgabe 190 Millionen Mark beträgt; 130 Millionen gehen in die Staatskasse, 60 Millionen in die Taschen der Brenner. So versuchten wir auch bei den folgenden Paragraphen der agrarischen Gesetzgebung die schlimmsten Zähne auszubrechen, scheiterten jedoch immer an dem Widerstande der Mehrheit. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz.

Es wurde aber schließlich eine Resolution angenommen, welche den Reichskanzler ersucht, dem Reichstage baldthunlichst einen Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Maischbottichsteuer und deren Ersatz durch einen Zuschlag zur Verbrauchsabgabe, vorzulegen. Ferner: dafür Sorge zu tragen, daß das Mischen der Hefe mit Stärkemehl, Kartoffelmehl und Bierhefe und das Feilhalten solcher gemischten Hefe verboten werde.

Die Abänderung des **Zuckersteuergesetzes** war durch die Brüsseler Zuckerkonvention nothwendig geworden. Die Zuckerkonvention war am 5. März d. Js. seitens der Regierungen unterzeichnet worden, nachdem endlich die deutsche Regierung ihren verzögernden Widerstand aufgegeben hatte. Nachdem die Zollpolitik der Zuckerkartelle nicht nur die Konsumenten in der schamlosesten Weise ausgeplündert, sondern auch die Zuckerindustrie durch eine schlimme Ueberproduktion schwer gefährdet hatte, waren Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zucker, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Holland, als die Hauptexportländer für Zucker, mit einziger Ausnahme Rußlands, zu einem Vertrage zusammengetreten, der eine Art Abrüstungspolitik auf dem einen Gebiete des Schutzzolles darstellte. Die Exportländer verpflichteten sich, alle direkten und indirekten Prämien auf die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker bedingungslos abzuschaffen. Um zu verhindern, daß in Zukunft die Zuckerindustrie eines Landes, unter dem Zollschutz, mit

Hilfe von Kartellen und Syndikaten den Zuckerpreis in die Höhe treibt und dadurch Vortheile zieht, die den vertraglich abgeschafften Prämien gleichkämen, wurde ferner bestimmt, daß die sog. „Surtax" (Ueberzoll), d. h. der Unterschied zwischen der Zoll- und Steuerbelastung des eingeführten ausländischen Zuckers und der Belastung des inländischen Zuckers, auf einen Höchstbetrag festgesetzt werde, der bei Raffinade und ausländischem Zucker 6 Frs. und bei rohem Zucker 5½ Frs. für 100 kg nicht überschreiten darf. Großbritannien, das Hauptverbrauchsland für Zucker, übernahm gleichfalls die Verpflichtung, daß es Prämien nicht gewähren werde. Ferner übernahm dieses Land die Verpflichtung, während der Dauer des Vertrages, den Zucker seiner Kolonien nicht günstiger als den Zucker der Vertragsstaaten zu behandeln. Der Zucker jener Länder, die den Vertrag nicht mit unterzeichneten, soll zum Ausgleich der Prämien, die er im Ursprungslande genießt, oder der Vortheile, die sich aus einem dort bestehenden zu hohen Ueberzoll ergeben, mit einem Strafzoll belegt oder durch ein Einfuhrverbot ausgeschlossen werden. Der Vertrag wurde auf fünf Jahre geschlossen und tritt am 1. September 1903 in Kraft.

Durch die Konvention wurden den ausbeuterischen Zuckerkartellen Zügel angelegt und die Zuckeragrarier begannen deshalb gewaltigen Lärm zu schlagen. Aber der Bankerott, zu dem die Hochschutzzöllnerei in der Zuckerindustrie geführt hat, ist zu offensichtlich, als daß sich die Zuckerinteressenten der internationalen Regelung dauernd hätten entziehen können.

Der Entwurf zu einem neuen Zuckersteuergesetz paßte sich der durch die Annahme der Konvention geschaffenen Lage an.

Die Zuckerjunker übten zunächst gegen den Brüsseler Vertrag Opposition. Doch wurden sie schließlich mit derselben zu schanden. Unsere Fraktion stimmte nicht bloß für die Konvention, sondern führte dem Reichstag auch bei dieser Gelegenheit die ganze verderbliche Liebesgabenwirthschaft wieder vor Augen. Unser Redner zeigte, daß die ganze Zuckerindustrie ein künstlich aufgepäppeltes Produkt sei. Entstanden in der Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre, da der Kolonialzucker ausgesperrt war, wurden mit Unterstützung der preußischen Regierung die ersten Fabriken gegründet, welche nach dem Rezept des Berliner Apothekers Marggraff aus der Runkelrübe Zucker gewannen. Sie brachen zusammen, als mit Aufhebung der Kolonialsperre der Kolonialzucker wieder hereinkam. Der Staat begann nun große Unterstützungen zu geben, die den Rübenzucker gegenüber dem Kolonialzucker konkurrenzfähig machen sollten und die schließlich zu dem ausgebauten System der heutigen Prämienwirthschaft führten. Die versteckte Prämie reizte die Zuckerindustrie zur immer größeren technischen Verbesserung ihrer Betriebsweise an, sodaß schließlich der Zuckerertrag der Rübe den Steuersatz weit überholt hatte. Die Zuckeragrarier machten ungeheure Profite aus der Reichs- resp. aus der Volkstasche.

Unser Redner stellte fest, daß im letzten Jahre neben den Prämien 75 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler für die Zuckerindustriellen herausgeholt worden sind; dazu kommen noch 30 Millionen Mark Zuckerprämien, das macht eine Zucker-Liebesgabe von 105 Millionen Mark.

Dem entgegen hielt unser Redner die Ausbeutung der Zuckerindustrie-Arbeiterschaft durch die Zuckerkapitalisten. 40 Prozent Dividende, aber die erbärmlichsten Arbeiterlöhne und ungesundesten Betriebsräume! Wir verlangten deshalb die Abschaffung der Ausbeutung, die das Zuckerkartell betrieben hat.

Die Zuckeragrarier hatten Alles aufgeboten, die Brüsseler Konvention kaput zu machen. Auf Bestellung des Bundes der Landwirthe mußten die interessirten Zuckerfabriken Telegramme an die Abgeordneten richten und um Ablehnung der Konvention ersuchen. Bei der schließlichen Abstimmung ergab sich jedoch eine beträchtliche Mehrheit für die Konvention.

Bei der Abstimmung über die Abänderung des Zuckersteuergesetzes fiel

zunächst die Kontingentirung, welche die Kommission wieder in die Vorlage hineingebracht hatte. Weiter wurde die Zuckersteuer, die nach dem bisherigen Gesetz 20 Mk. pro 100 kg beträgt, nach einem Antrag der freisinnigen Volkspartei auf 14 Mk. herabgesetzt. Die Regierungsvorlage hatte einen Steuersatz von 16 Mk. festgesetzt. Von unserer Seite war völlige Aufhebung der Zuckersteuer verlangt worden. Aber unser Antrag wurde niedergestimmt und der freisinnige Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Auch den ganzen Ueberzoll wollten wir beseitigen, doch wurde hier der höchste Betrag, der nach der Brüsseler Konvention zulässig ist, 4,80 Mk., angenommen. Wir stimmten gegen das ganze Gesetz; ebenso die bürgerliche Opposition. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, welche die verbündeten Regierungen ersucht, „dahin zu wirken, daß in den deutschen Eisenbahntarifen die Frachtsätze für Zuckerrüben, Schnitzel und Melasse, sowie für Roh- und Kristallzucker, für letztere insbesondere auch im deutschen Binnenverkehr, thunlichst ermäßigt werden.“

Eine Auseinandersetzung, die am letzten Berathungstage zwischen der freisinnigen Volkspartei und uns, aus Anlaß des angenommenen freisinnigen Zuckersteuerantrags (14 Mk.) stattfand, verdient hier noch erwähnt zu werden. Die freisinnige Volkspartei, Herr Richter voran, hat in ihrem Programm die Forderung der Abschaffung aller indirekten Steuern stehen und legt bei ihrer Agitation im Lande auf diese Forderung stets den größten Nachdruck. Hier aber steckten die Freisinnigen, unter der Führung von Richter-Hermes, ihr Programm tief in die Tasche und, anstatt für unsern Antrag auf völlige Abschaffung der Verbrauchsabgabe einzutreten, bewirkten sie mit allem Hochdruck die Annahme einer 14 Mark-Verbrauchsabgabe. Von einem unserer Redner wurde dieses Verhalten gehörig angenagelt. Die Gründe, welche Richter zur Vertheidigung seines Verhaltens aufführte, waren so schwächlich, daß es der Redner wohl selbst empfand. Er suchte deshalb seine Position zu festigen durch allgemeine Angriffe auf unser parlamentarisches Verhalten. Damit hatte er aber noch weniger Glück. Unsere Genossen werden nicht verfehlen, bei der Agitation den Wählern das Verhalten der Freisinnigen gebührend vor Augen zu führen.

Das vom Reichstage angenommene **Süßstoffgesetz** ist eine Verschärfung des vor drei Jahren beschlossenen Gesetzes. Die Zuckerfabriken fürchten, daß die künstlichen Süßstoffe, welche bedeutend billiger als Zucker sind, diesem eine wachsende Konkurrenz machen, was ihre Profite einschränken würde. Wir waren Gegner dieses Gesetzes, weil einmal der Süßstoff, als Konkurrent des Zuckers, auf einen niedrigeren Preis desselben hinwirkte, zum andern, weil gerade die ärmere Bevölkerung den Süßstoff zum Würzen von Speisen an Stelle des theueren Zuckers verwendet. Die Regierungsvorlage wollte das Saccharin mit einer Verbrauchsabgabe von 80 Mk. für 1 kg belegen; die Kommission, an welche das Gesetz zunächst verwiesen war, setzte den Steuersatz auf 60 Mk. fest. Darauf wurde das Gesetz vom Plenum der Zuckersteuer-Kommission überwiesen, die einen neuen Gesetzentwurf ausarbeitete, wonach ein Verbot der Herstellung von künstlichem Süßstoff außer in staatlich konzessionirten Betrieben, der Apothekenzwang für den Verkauf von Süßstoff und die Bestrafung schon des bloßen Besitzes von mehr als 50 Gramm Saccharin festgesetzt wird. Unser Redner griff die Mehrheit, die sogar auf eine förmliche Begründung ihres Vorgehens verzichtete, heftig an. Das Gesetz aber ward von den Agrariern und ihrem Anhange, unter getreuer Mithülfe des überwiegenden Theiles des Zentrums und der Nationalliberalen, gegen unsere Stimmen und diejenigen der bürgerlichen Opposition, angenommen.

Die **kleineren Gesetzentwürfe**, welche der Reichstag in dieser Tagung annahm, betrafen die Kontrolle im Reichshaushaltsetat, den Schutz des Genfer Neutralitätszeichens (rothes Kreuz), den Gebührentarif

für den Nordostsee-Kanal, den Servistarif, die Militärdienstleistungen von Reichsangehörigen im Auslande, den Schutz der für die Landwirthschaft nützlichen Vögel durch ein Staaten-Uebereinkommen.

Interpellationen.

Die wichtigste unter allen in dieser Tagung eingebrachten Interpellationen war wohl diejenige unserer Fraktion über **die Arbeitslosigkeit und den durch die Krise hervorgerufenen Nothstand.** Die fünfjährige Prosperitätsperiode seit 1895 hatte 1900 in einem schrecklichen Zusammenbruche ihr Ende gefunden, der Zeugniß davon ablegte, wie ungesund und schwindelhaft der ganze Aufschwung gewesen war. Die seit 1895 ständig gesteigerte Möglichkeit für die kapitalistische Waarenproduktion, den Weltmarkt mit ihrem Ueberflusse zu überschwemmen, hatte speziell in den kapitalistischen Unternehmerkreisen Deutschlands ein wahres Fieber hervorgerufen, welches sich allmählig allen Zweigen des kapitalistischen Produktionslebens mittheilte. Nach einer langen Stockung schien der Weltmarkt unbegrenzte Absatzmöglichkeiten zu bieten. In Rußland begann eine rege industrielle Thätigkeit, theilweise im Zusammenhange mit dem Bau der sibirischen Bahn, Amerika verlangte in gesteigertem Maße europäische Waaren und England, als der Vermittler des Handels der ganzen Welt, vertheilte den bei uns vorhandenen Waarenüberschuß auf die entferntesten See- und Handelsplätze. Die winkenden Millionenprofite riefen bei uns eine tolle Gründerthätigkeit hervor, die bald dem Gründungsschwindel der 70 er Periode nichts nachgab. Die im Dienste des Gründerthums thätige Börsenpresse malte die tausend Gelegenheiten profitabler Kapitalanlagen in den glänzendsten Farben. Dazu gesellte sich das im Interesse des marinistischen Wettrüstens ausgegebene Schlagwort: „Weltpolitik". Die herrschenden Parteien, die offiziöse Presse wurden nicht müde, es so darzustellen, als brauche Deutschland nur seine Kriegsflotte zu vergrößern, überseeische Besitzungen zu erwerben, in die Interessenstreitigkeiten an den entferntesten Küsten sich hineinzumengen, um einen industriellen Aufschwung zum dauernden Zustande zu machen, welcher einen wahren Goldregen auf Deutschland herabziehen werde. Noch am Ende der Aufschwungsperiode, als man bereits die Flügelschläge des Pleitegeiers rauschen hörte, erschienen die Professoren der bürgerlichen Nationalökonomie in Berliner Arbeiterversammlungen, um mit der Miene der Unfehlbarkeit den Arbeitern auseinander zu setzen, wie thöricht ihr Widerstand gegen die Flottenvermehrungen sei, wie die „sozialistische Verelendungstheorie" Fiasko erlebt habe und welcher großen Zukunft Deutschland im Zeichen dieses endlosen Aufschwungs entgegen gehe, der bald den letzten Proletarier zum Besitzenden gemacht haben werde. In dem so bei der Bourgeoisie erzeugten Taumel wurde jede warnende Stimme verlacht. Das Geld der großen und kleinen Kapitalisten strömte den Industriebanken zu, die mit demselben industrielle Unternehmungen aller Art finanzirten. Aktiengesellschaften schossen empor, wie Pilze nach dem Regen, die Zahl der Maschinen wurde enorm gesteigert, die Betriebe vergrößert oder neue angelegt. Vom platten Lande holte die Industrie ganze Armeen Proletarier in die Industriezentren, in denen sie den Mehrwerth für die Gründer und Schwindler zusammen schanzen mußten. Die Lage der Arbeiterklasse besserte sich dabei fast in keiner Weise. Während die Industrieunternehmungen aller Art von Jahr zu Jahr steigende Dividenden vertheilten und die kleine und große Bourgeoisie sich mühelos bereicherte, konnte man für die Arbeiterklasse durchschnittlich nur geringe Lohnsteigerungen und Verbesserungen ihrer Arbeitsweise wie ihrer Lebenshaltung konstatiren. Und auch dies wenige war nur möglich geworden durch den energischen und opferreichen Kampf den die Gewerkschaften und die Arbeiterpresse für das Arbeiterinteresse geführt hatten. Aber auch der

Mehrverdienst der Arbeiter ging großentheils wieder verloren. Die durch die Unternehmer bewirkte Anhäufung großer Arbeitermassen in den Industriestädten, rief einen von Jahr zu Jahr sich steigernden Wohnungsmangel hervor, der Grundstücksspekulanten und Hausbesitzer zu einer geradezu schamlosen Ausplünderung der Arbeitermassen benutzten. Hierzu trat die Preistreiberei den Lebensmittel und aller Artikel des Lebensbedarfs. Die großen Produzenten und Eigner derselben, Allen voran das junkerliche Agrarierthum, schröpften durch Ringbildungen aller Art die Konsumentenmasse derart, daß der Preis einzelner Artikel bald in keinem Verhältnisse mehr zu ihrem wirklichem Werthe stand. Besondere Empörung erregte hierbei in den weitesten Kreisen das Verhalten der Kohlenbarone, die durch das Kohlen- und Koksyndikat eine unerhörte Bewucherung der Konsumenten betrieben.

Die Wirkungen, welche die Vereinigungen der Rohproduzenten ausübten, zeigten sich auch bald für die Industrie in einer verhängnißvollen Weise. Während sich die Unmöglichkeit herausstellte, die Preise der Fertigfabrikate noch weiter zu steigern, wollte man nicht das Absatzgebiet verlieren, wurden die Preise der Rohprodukte immer noch in die Höhe getrieben. Die Industrie gerieth hierdurch und durch die weitere Thatsache, daß die Konsumtionsfähigkeit der Massen nicht gleichen Schritt mit der gesteigerten Waarenproduktion zu halten vermochte, in eine schlimme Lage. Es fehlte nur noch der äußere Anstoß um die Ueberfüllung des Marktes zu zeigen und die schrecklichsten Katastrophen in die Erscheinung treten zu lassen.

Dieser Anstoß kam, als der englisch-südafrikanische Krieg den Welthandel zu lähmen begann und der Ausbruch der chinesischen Wirren zeigte, wohin die „Weltpolitik" führte. Ein panischer Schrecken ergriff die Kapitalisten und führte zu der Krise auf dem Markte der Hypothekenbanken, und dem Markte der industriellen Erzeugnisse. Gleichzeitig stockte die ganze Produktion und massenhaft wurden an jedem Lohntage die Proletarier von den Unternehmern aufs Pflaster gesetzt.

Auf solche Weise wurde eine Arbeitslosigkeit erzeugt, die im vergangenen Winter Hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenschaft zog. Aber die Reichsregierung, die dem tollen Treiben in der Prosperitätsperiode ruhig zugesehen hatte, that auch jetzt nichts, um dem namenlosen Elende der Massen zu steuern. Wir brachten deshalb im Januar eine Interpellation ein, welche die Regierung befragte, „welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirthschaftlichen Krisis, die sich in Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Nothstande weiter Volksschichten entgegen zu wirken?"

Der Redner, welcher diese Interpellation begründete, entwarf ein Bild der grauenhafte Zustände, die durch die Arbeitslosigkeit erzeugt worden waren. Er beschränkte sich jedoch nicht hierauf, sondern schlug auch Maßnahmen vor, durch welche der Arbeitslosigkeit jetzt und später entgegen gewirkt werden könne. Solche Maßnahmen sind: der zehnstündige Maximalarbeitstag mit Verkürzung bis auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze, die Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung. Weiter verlangt er, daß Post-, Eisenbahn- und Militärverwaltung keine Arbeiterentlassungen vornähmen, um nicht die Arbeitslosenarmee noch zu vermehren; statt dessen aber sollten sie Verkürzungen der täglichen Arbeitszeit vornehmen um mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Sind wir auch davon überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit als eine Folge der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus erst ihr Ende finden wird, wenn die Sozialdemokratie daran gehen kann, ihr Produktionssystem aufzurichten so lag doch auch auf der Hand, daß das Reich durch entsprechende Maßnahmen, die Wirkung der

Krisen auf die Arbeiterklasse lindern und die Arbeitslosigkeit weniger fühlbar machen kann. Unsere Vorschläge waren hierzu ein erfolgversprechender Weg.

Die Regierung und die herrschenden Parteien verzichteten jedoch von vornherein darauf, unsere Vorschläge überhaupt eingehend zu diskutiren. Die Regierung hatte durch die Bundesstaaten und die Polizeibehörden eine Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit vornehmen lassen und auf Grund der ihm zu theil gewordenen Antworten bestritt der Staatssekretär Posadowsky nun das Vorhandensein eines außergewöhnlichen Nothstandes. Er erklärte weiter, daß seitens der betheiligten Ressorts bereits Alles geschehe, der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, daß aber das Reich keine Fürsorge für die Arbeitslosen auszuüben brauche; es sei dies vielmehr Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Noch nicht einmal zur einer Arbeitslosenzählung war die Regierung geneigt. Der Staatssekretär erklärte sie für die schwierigste Aufgabe, die überhaupt existiere. Im Uebrigen sah er die Lösung der Arbeitslosenfrage in einem Zurückführen der Arbeiter in die Junkergefilde, Ansiedlung der Arbeiter auf dem platten Lande und Vermeidung des Zuströmens der Bevölkerung nach den großen Industriezentren.

Die herrschenden Parteien machten sich die Erwiderung auf unsere Interpellation noch leichter. Das Zentrum hatte für die Arbeitslosen viel salbungsvolle Worte, aber eine energische Initiative zu ergreifen, fiel ihm garnicht ein. Was die Freisinnigen anführten, war mehr ein Lamento über die den kleinen Kapitalisten in der Krise verloren gegangenen Gelder, als ein Wort der Fürsorge für die Arbeitslosen. Vollends die Richterschen Freisinnigen stimmten dem Staatssekretär darin zu, daß das Reich nichts gegen die Arbeitslosigkeit thun könne. Die Nationalliberalen ließen zwar durch ihren ersten Redner ein paar bedauernde Worte über die Noth der Arbeitslosen sagen, verstatteten aber hernach dem westfälischen Bergwerksbesitzer Hilbck das Wort, der den Kohlenwucher und die Preisvertheuerungspolitik der Syndikate auf die Händler abwälzte, der Syndikatspolitik überhaupt ein begeistertes Loblied sang und schließlich gegen die Arbeitslosigkeit den Mittellandkanal empfahl, der bekanntlich noch in weiter Ferne steht. Graf Kanitz, als Redner der Junker, zog einen Unterschied zwischen Arbeitslosen und Arbeitsscheuen und ein anderer Junkerredner feierte als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit den — Zolltarif, der die Produktionsverhältnisse der Arbeitgeber besser schütze.

Gegenüber diesem Verhalten der herrschenden Parteien hatte der zweite Redner unserer Fraktion recht, als er der Mehrheit sagte, die Erfahrungen der Krise sollten den Gegnern Anlaß sein, nicht mehr über den „Zukunftsstaat" zu spotten. Wenn die herrschende Gesellschaft sich unfähig erweise, die Anarchie der Produktion zu bändigen, so müßten die Arbeiter die Wirthschaftsweise in die Hand nehmen.

So machte der Verlauf der Debatte den Arbeitern im Lande wieder einmal die Augen darüber auf, was sie von den arbeiterfreundlichen Phrasen der bürgerlichen Parteien im Ernstfalle zu halten haben.

Eine weitere von uns eingebrachte Interpellation betraf den Versuch der Beuthener Polizeibehörde, das **Beuthener Arbeitersekretariat als Gewerbebetrieb zur Anmeldung zu zwingen.** Wir sahen in dem Vorgehen der Beuthener Polizeibehörde gegen den Arbeitersekretär Genossen Dr. Winter in Beuthen, der mit Geldstrafen belegt worden war, um ihn zur Anmeldung des Arbeitersekretariates als Gewerbebetrieb zu zwingen, einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut der Gewerbeordnung. Der Vorgang erschien uns von prinzipieller Bedeutung, weil das Beuthener Beispiel leicht auch für die von den Arbeitern begründeten Sekretariate in anderen Orten von schlimmen Folgen hätte sein können. Der Staatssekretär Posadowsky gab darauf die Erklärung ab, daß er nach den Vorgängen in Beuthen sich

sofort an den preußischen Justizminister gewandt habe. Dieser habe die Beuthener Anklagebehörde angewiesen, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister habe weiter unter dem 15. Januar 1902 an sämmtliche Staatsanwalte eine Anweisung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschafts-kartellen errichteten Arbeitersekretariate nicht als Gewerbebetriebe anzusehen sind und daher nicht dem Paragraphen 35 der Gewerbeordnung unterliegen.

Nach dieser befriedigenden Erklärung konnten wir von einer weiteren Besprechung der Interpellation Abstand nehmen.

In dieser Tagung brachte auch das Zentrum wieder seine bekannte Interpellation zwecks **Aufhebung des Jesuitengesetzes** ein. Obwohl das Zentrum der Regierung brav apportirt, was diese nur irgend verlangt, steht die Jesuitenfrage noch immer auf demselben Flecke. Das Zentrum ist es seinen Wählern schuldig, diesen Rest der Kulturkampfzeit immer wieder auf den Schild zu heben. Macht dies doch den Eindruck, als sei das Zentrum eine unterdrückte Partei, die für die angeblich gefährdete Sache des Katholizismus kämpft. Die Jesuitenfurcht des Bundesrathes ist noch immer groß genug, um der Rückberufung der Jesuiten zu widerstehen. Wenn sie nicht inzwischen überwunden ist! Denn vom Regierungstische wurde die Erklärung abgegeben, es sei zu erwarten, daß noch in dieser Session die verbündeten Regierungen sich zur schwebenden Frage schlüssig machen würden. Das Zentrum wird schließlich seine Jesuiten bekommen.

Unser alter Standpunkt zur Sache: nur her mit den Jesuiten, hat sich in keiner Weise geändert. Unser Redner, der diesen Standpunkt begründete, gab den Mitgliedern des Zentrums, der unentbehrlichen Bewilligungspartei der Regierung, unter stürmischer Heiterkeit des Hauses den guten Rath: sie sollten doch alle als Mitglieder in den Jesuitenorden eintreten, dann würden sie sehen, wie schnell sich die Regierung zur Aufhebung des Jesuitengesetzes entschlösse.

Eine Interpellation der Reichsparteiler Arendt u. Gen. beschäftigte sich mit der **Beihilfe für die Kriegsinvaliden.** Da sich der Reichstag alljährlich mit dieser Sache befaßt und deshalb in allen Fraktionsberichten darüber geschrieben worden ist, kann sie hier kurz behandelt werden.

Die Regierung erwiderte auf die Interpellation, welche die rechtsstehenden Parteien immer mit großem Elan unterstützen, weil sie der Stimmung in den Kriegervereinskreisen, die sie bei den Wahlen nöthig haben, Rechnung tragen müssen, daß ihr Wohlwollen seine Grenze habe in den verfügbaren Mitteln. Diese fehlten, und der Reichstag verhalte sich den Steuerplänen der Regierung gegenüber ablehnend.

Von unserem Redner wurde dem und den Agitationsreden der Gegner gegenüber wieder auf den Antrag hingewiesen, den wir schon früher gestellt hatten, den Kriegstheilnehmern die bewilligte und überdies „wegen Mangels finanzieller Mittel" zur Auszahlung verweigerte jährliche Beihülfe von 120 Mk. auf 160 Mk. zu erhöhen. Damals aber hatte die Regierung gesagt, mit 120 Mk. pro Jahr könne man ein zwar bescheidenes aber doch von der öffentlichen Wohlthätigkeit unabhängiges Leben führen. Und die Konservativen hatten gesagt, Leute mit 120 Mk. baarem Gelde würden von den kleinen Leuten auf dem Lande gern aufgenommen. Unser Standpunkt sei: Geld für die Veteranen sei genügend vorhanden, wenn der Reichstag nur die übermäßigen Ausgaben nicht bewilligen möchte.

Am 20. Januar d. J. nahm dann übrigens der Reichstag einstimmig einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, durch welchen die Regierungen ersucht wurden, „durch einen Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 die Auszahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegstheilnehmer vom

1. Januar 1902 ab herbeizuführen." Die dergestalt im Nachtragsetat eingestellte Summe beträgt 1 300 000 Mk. (Siehe die Etatsziffern.)

Unsere Fraktion hat von jeher die Verpflichtung des Reiches anerkannt, für die invaliden Militärpersonen ausgiebiger zu sorgen, als es jetzt geschieht. Da von Seiten der Regierung erklärt wird, es seien keine Mittel vorhanden, halten wir für den gangbarsten Weg, solche aufzubringen, die Reichseinkommensteuer. Mögen die Wohlhabenden des Reiches, die für den Militarismus eintreten, auch für seine Opfer sorgen. Diesen unseren Standpunkt nahm unser Redner auch gegenüber der nationalliberalen Interpellation, betreffend die **baldige Revision der Militärpensionsgesetze** ein. Die Nationalliberalen brachten diese Interpellation mehr aus Rücksicht auf die verabschiedeten Offiziere ein, die ihnen natürlich sehr am Herzen liegen. Auch jetzt gab die Regierung wieder die Erklärung ab, der Grund, weshalb die im Kriegsministerium längst fertiggestellten Gesetze noch nicht eingebracht wären, sei, daß das Geld zur Durchführung der Reform mangele. Unser Redner erklärte, daß wir den Offizieren gönnten, was ihnen zukomme, jedoch auch verlangten, daß dieselbe Fürsorge für die Mannschaften und ihre Hinterbliebenen gelte. Uns sei es zu verdanken, wenn bei dem letzten Gesetze von 1901 wenigstens eine kleine Erhöhung der Fürsorge für die Mannschaften eingetreten sei, indessen sei der Abstand zwischen den Summen für die Offiziere und für die Mannschaften noch immer viel zu groß.

Durch eine Interpellation der Polen kamen die **Vorgänge in Wreschen** im Reichstage zur Besprechung. Das Verhalten des Reichskanzlers entsprach dabei dem Standpunkte, den er im preußischen Abgeordnetenhause als Vertreter der preußischen Regierung, wie überhaupt in der preußischen Polenpolitik, eingenommen hat. Nach einer längeren Erklärung des Inhalts, daß er sich an der Besprechung der Interpellation nicht betheiligen werde, und daß er auch fernerhin dafür sorgen werde, daß „das Deutschthum im Osten nicht unter die Räder kommt" — also die preußische Polenpolitik in hergebrachter Weise fortgesetzt wird — verließ er, an der Spitze sämmtlicher Minister, den Saal. Polen und Zentrum wetteiferten in der Fürsorge für die polnische Bevölkerung im preußischen Osten. Haben doch die Hofpolen im preußischen Abgeordnetenhause wie auch im Reichstag, und hat doch auch das Zentrum bei den Wahlen die polnische Bevölkerung nöthig. Das hindert aber weder die Polen noch das Zentrum, in allen sonstigen Fragen in der schlimmsten Weise gegen die Interessen der ausgebeuteten polnischen Arbeiterbevölkerung zu sündigen. Nur in ihrer nationalpolnischen Opposition gegen die Regierung trennen sich die Polen des Reichstags von der Rechten, weil es ihr persönliches Interesse erfordert. In allen übrigen Fragen sind sie ebenso reaktionär, wie der schlimmste preußische Junker und halten auch auf intimen gesellschaftlichen Verkehr mit diesen. Die polnische Bevökerung bedarf daher eines anderen Anwalts, den mit der polnischen Arbeiterschaft vor allen Dingen das Klasseninteresse verbindet. Als dieser erwies sich auch in der Polendebatte wiederum die Sozialdemokratie. Unsere Fraktion sah in ihrer Kritik der Wreschener Schulprügeleien und dem was ihnen folgte, den Hausfriedensbruchsanklagen und den schweren Freiheitsstrafen, als Kern: den verurtheilenswerthen Versuch einer Majorität, einer sprachlichen Minorität ihre Sprache aufzuzwingen. Diese Art Germanisirungspolitik sei nur ein Bestandtheil der Klassenherrschaft, und wenn die bevorrechteten Klassen der polnischen Bevölkerung bei uns dieselben Herrschaftsrechte ausüben könnten wie das preußische Junkerthum oder die galizische Slachta, hätten die polnischen Proletarier von ihnen auch nicht viel Besseres zu erwarten. Wir verlangten Sprachentoleranz so gut wie Religionstoleranz, denn die Kenntniß der Muttersprache sei die Grundlage aller Bildung. Im Uebrigen zeigte unser Redner an den Beispielen

schwerer Verurtheilungen unserer in der Parteibewegung stehender polnischer Genossen, wie wir ganz besonders unter dem System zu leiden hätten. Unser Redner schloß mit dem Hinweise, daß die Lösung der polnischen Frage erst erreicht werde mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins des polnischen Proletariats und seinem Anschluß an das Proletariat aller Länder. Das sei zugleich die Lösung der Nationalitätenfrage in ihrer Gesammtheit, denn für das klassenbewußte Proletariat gebe es keine Nationalität.

Diese Ausführungen begleitete der Chorus unserer „nationalen" Gegner theils mit Lärm, theils mit Hohnlachen und bewies so am Besten, wie wenig er überhaupt die Qualifikation besitzt, die Nationalitätenfrage im Osten zu lösen.

Das bekannte Duell zwischen den Lieutenants Blaskowitz und Hildebrand zu Insterburg war die Veranlassung zu der **nationalliberalen Duellinterpellation.** Der Vorgang war bekanntlich der, daß der Lieutenant Blaskowitz im Rausch den Lieutenant Hildebrand, der ihn gemeinschaftlich mit dem Lieutenant Rasmussen aus einer Thürecke, woselbst er zur Nachtzeit betrunken hockte, nach Hause brachte, im Hausflur seiner Wohnung nach einem Wortwechsel und im Trunke einen Schlag gab. Dadurch war dem Lieutenant Hildebrand eine jener Beleidigungen zugefügt, die nach dem militärischen Ehrbegriff nur „mit Blut abgewaschen" werden können. Die Folge: ein Zweikampf; Blaskowitz, der übrigens kurz vor seiner Heirath stand, blieb todt auf dem Platze. Hildebrand erhielt zwei Jahre Festung.

Dieses Duell hatte eine so allgemeine Erregung hervorgerufen, daß die bürgerlichen Parteien garnicht anders konnten, als es zum Gegenstande einer Besprechung zu machen. Unsere Fraktion nahm den einzig richtigen Standpunkt ein, indem sie den Erlaß einer kaiserlichen Verordnung verlangte, wonach der Zweikampf unter Offizieren unter allen Umständen verboten sei. Dann würden die Ehrengerichte sich wohl erst besinnen, bevor sie ein Duell für unvermeidlich erklärten. Und mit dem Duell in der Armee würde auch der Zweikampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden.

Anstatt sich dem anzuschließen, führten die Gegner wieder einmal eine ihrer bekannten Duelldebatten auf, die schließlich breit und fruchtlos im Sande verlaufen.

Initiativanträge.

Entgegen den Behauptungen unserer Gegner, daß unsere parlamentarische Thätigkeit sich in einer angeblich unfruchtbaren Kritik erschöpfe, während wir praktisch nichts zu schaffen vermöchten, hat die Fraktion bei passender Gelegenheit immer aufs Neue die Initiative ergriffen, bestehende Mißstände durch ausgearbeitete Gesetzentwürfe zu beseitigen und unsere Gesetzgebung im Geiste der Zeit zu reformiren. Zwar berührt uns das Gebelfer über die angeblich „unfruchtbare Kritik" in keiner Weise. Solche Vorwürfe sind überhaupt nur möglich, weil unsere Gegner von der Vorstellung beherrscht sind, der Reichstag sei eine Art Bedienter der Regierung, der, nach einiger „zulässiger" Kritik wacker Gesetzentwürfe anzunehmen habe und dessen Thätigkeit damit erschöpft sei. Daß der jeweilige Reichstag, als der Ausdruck des Volkswillens, über den Ministerien steht und den Forderungen des Volkes bei der Regierung Geltung zu verschaffen hat, wollen die Gegner nicht einsehen. Gerade von diesem Standpunkte aus hat die Volksvertretung eine vorwiegend kritische Thätigkeit zu entfalten; ihre Bemängelungen und Anregungen hernach in Paragraphen und Gesetzesvorlagen zu bringen, kann sie getrost den einzelnen Regierungsressorts überlassen, welche, wie einer unserer Redner einmal humorvoll bemerkte, „die Fabrikation von Gesetzentwürfen gewerbsmäßig betreiben". Nur soweit die Regierung den Anregungen nicht Folge leistet, sei es, daß sie nicht will, oder es nicht zu können glaubt, hat der Reichstag selbst durch die Vorlegung ausgearbeiteter Gesetzentwürfe die Initiative zu ergreifen.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat unsere Fraktion stets gehandelt. **Unsere Initiativ-Anträge** sind der Ausdruck der vielen dringenden, aber bisher unerfüllt gebliebenen Forderungen des Volkes, speciell der Arbeiterklasse und wenn wir, unter allen Fraktionen, die meisten Anträge gestellt haben, erscheint dies nur als ein neuer Beweis für den Stillstand der Gesetzgebung auf den wichtigsten Gebieten.

Da diese Tagung mit der Zollvorlage und anderen wichtigen Gesetzentwürfen bepackt war, deren vorläufige oder entgültige Erledigung den Reichstag stark in Anspruch nahm, sind die Initiativanträge der Parteien, durch die Einschränkung der „Schwerinstage", sehr schlecht weggekommen. Hierunter befinden sich auch die unserigen. Einzig unser Gesetzentwurf, betr. das **Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren**, könnte durch den Regierungsentwurf als bedingt erledigt betrachtet werden. Unerledigt ist hingegen der von uns eingebrachte Gesetzentwurf: **Errichtung eines Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern**; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die **Errichtung von Betriebsaufsichtsbehörden durch das Reich**, an Stelle der einzelstaatlichen Gewerbeaufsichtsbehörden; unser Antrag betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die **gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen abgeändert werden**; unser Gesetzentwurf betr. die **Abänderung des Strafgesetzbuches (Majestätsbeleidigung)**; unser Gesetzentwurf betr. **Schutz der Reichstagsmitglieder gegen Verhaftung während der Sitzungsperiode**; unser Gesetzentwurf betr. **Erweiterung des Rechts der Versammlung, Vereinigung und Koalition**; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die **Feststellung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages** für alle im Gewerbe-, Industrie-, Handel- und Verkehrswesen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist; unser Gesetzentwurf betr. **Erweiterung und Sicherung der Preßfreiheit**; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die **Neuabgrenzung der Reichstagswahlkreise** entsprechend der Zunahme der Bevölkerung; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. das **Verbot der Fabrikation, Einfuhr, Ausfuhr und des Verkaufs von Zündhölzchen mit weißem Phosphor** und schließlich unser Gesetzentwurf betr. die **Durchführung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers**.

Auch bei der Berathung der Initiativanträge anderer Fraktionen hat sich unsere Fraktion mit Eifer betheiligt. Eine alte Forderung unserer Fraktion ist die **Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte**. Bei der jüngsten Revision des Gewerbegerichtsgesetzes haben wir zuletzt den Versuch gemacht, den Handlungsgehilfen, durch Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Arbeitsvertrage, ein Berufsgericht zu verschaffen. Wir sind damit an dem Widerstande der bürgerlichen Parteien gescheitert, die auch unsern jahrelangen Kampf um Schaffung kaufmännischer Gewerbegerichte durch ihren beharrlichen Widerstand zu einem vergeblichen gemacht haben. Ein Theil unserer Gegner ist aber, angesichts der gegenwärtigen Rechtslage der Handlungsgehilfen, von der Nothwendigkeit überzeugt, ihnen ein billiges und beschleunigtes Recht, nach Art der Gewerbegerichte, zu geben. Sie sträuben sich gegen die Angliederung an letztere nur, weil sie fürchten, bei den Gewerbegerichtswahlen würden die Handlungsgehilfen gezwungen sein, mit den gewerblichen Arbeitern zusammenzugehen und hierbei unter den Gehilfen in steigendem Maße die Sozialdemokratie Eingang finden. Deshalb stellte der Nationalliberale Bassermann wohl den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Einführung besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kauf-

männischen „Dienst"vertrag, verlangte jedoch deren Angliederung an die Amtsgerichte. Wir erklärten zwar durch unsern Redner, daß für uns, nachdem die einfache Ausdehnung der Gewerbegerichte einmal abgelehnt war, die Frage der Angliederung der kaufmännischen Schiedsgerichte an Gewerbegerichte oder Amtsgerichte keine prinzipielle Bedeutung habe, sondern nur eine Frage der Praxis sei, daß wir jedoch die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer hielten und sie deshalb verlangen würden. Auch das Zentrum hatte bei früherer Gelegenheit die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer erklärt. Der Antrag ward einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender nach parlamentarischem Brauche der Antragsteller, der nationalliberale Herr Bassermann, wurde. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sei und dem Hause baldigst vorgelegt werden würde. Später wiederholte Staatssekretär Posadowsky diese Versicherung mit dem Hinzufügen, der Gesetzentwurf liege bei der Justiz und diese scheine gewillt, „die Sache auf einen breiteren Leisten zu schlagen." Kurz darauf erhob sich aus den Reihen der bürgerlichen Berufsjuristen lebhafter Widerspruch gegen die „weitere Ausdehnung der Berufsgerichte". Bald werde „jeder Stand sein eignes Gericht haben". Jedes weitere Berufsgericht bedeute „ein weiteres Einbringen des Laienelementes in die Rechtspflege" und schließlich werde es dahin kommen, daß „die Wissenschaft überhaupt aufhöre, bei der Rechtspflege mitzuwirken". Diese, der Rechtsprechung durch das Volk und speziell der Mitwirkung der Arbeiter an der Rechtsprechung, die ihre eignen Angelegenheiten betrifft, feindlichen Auslassungen haben auf die Regierung sofort Eindruck gemacht. Am 18. April äußerte bei der zweiten Berathung der Seemannsordnung Staatssekretär Posadowsky, in vielen Kreisen habe sich das Widerstreben gegen die Tendenz, einzelne Standesgerichte von der allgemeinen Rechtsprechung abzusplittern, immer mehr verstärkt. Man sehe in diesem Bestreben eine Gefahr für die allgemeine Rechtsprechung. Nach seiner, des Ministers, Ansicht wäre der geeignetste Weg, alle Ansprüche aus den Vertragsverhältnissen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, alle Lohnansprüche und was damit zusammenhänge, den Amtsgerichten zur schleunigeren und wesentlich billigeren Erledigung zu überweisen. Man könnte ein solches Verfahren für alle Lohnansprüche einführen mit Ausnahme derjenigen, die schon in den bestehenden Gewerbegerichten ihre Erledigung finden. Stelle man die ganze Frage auf diese breite Grundlage, so erreiche man mehr als wenn man fortgesetzt neue Standesgerichte fordere. Unsere Redner stellten sofort fest, daß sich diese Ausführungen offenbar gegen die im Interesse der Handlungsgehilfen geforderten Schiedsgerichte richteten, im Weiteren aber nicht bloß eine Absage an diese, sondern eine Absage an jede weitere Ausdehnung der Gewerbegerichte überhaupt seien.

Seitdem ist es bei den Nationalliberalen von den kaufmännischen Schiedsgerichten recht still geworden und es verdient hervorgehoben zu werden, daß der nationalliberale Herr Bassermann, die Schiedsgerichts-Kommission, deren Vorsitzender er ist, auch noch nicht zu einer einzigen Sitzung einberufen hat. Herr Bassermann wartet mit nationalliberaler Dauerhaftigkeit auf das Einbringen eines Regierungsgesetzentwurfes, anstatt die Kommission, entsprechend seiner ursprünglichen Initiative, einen Gesetzentwurf fertig stellen zu lassen und ihn dem Reichstage vorzulegen. Die zaudernde Regierung wäre damit vor vollendete Thatsachen gestellt und müßte sich, so oder so, zu einem Schritte entschließen.

Bei der Berathung der Initiativanträge Rickert-Groeber auf Sicherung des Wahlgeheimnisses und Abänderung des Wahlgesetzes haben wir sowohl auf Maßnahmen hingewirkt, welche die zahlreichen ungesetzlichen Beeinflussungen und Terrorisirungen der Wähler unmöglich machen sollen, als

auch eine energische Kritik an den Praktiken der Wahlbeeinflussung selbst geübt. Unser Redner konnte krasse Beispiele der Beeinflussung der Wähler durch Beamte und Unternehmer aus den Akten der Wahlprüfungskommission anführen, die im Reichstage theils Heiterkeit, theils Entrüstung erregten. Nur die Junker verharrten auf ihrem Standpunkte. Der Reichsparteiler v. Tiedemann brach eine Lanze für die öffentliche Stimmabgabe und hatte allerlei Bedenken, „das geheime Wahlrecht noch geheimer zu machen." Der Konservative Oertel sah gerade in der äußerlichen Verschiedenartigkeit der Stimmzettel — die größte Klage der Arbeiterwähler in kleineren Orten — die „eigentliche Wahrung des Wahlgeheimnisses."

Die Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Der Kern dieses Gesetzes zur Abänderung des jetzt gültigen Wahlgesetzes ist, daß in Farbe, Gewicht und Größe gleichmäßige Stimmzettel, sowie amtlich abgestempelte Umschläge zur Kouvertirung des Zettels durch den Wähler, eingeführt werden. Ferner ist für das Wahllokal eine Vorrichtung vorzusehen, daß der Wähler, ohne beobachtet werden zu können, an einem Nebentisch seinen Zettel kouvertiren kann.

Wie bei früheren Berathungen, so auch jetzt wieder, blieb die Bundesrathstribüne leer. Der Antrag ist also auch dieses Mal vergebens gestellt. Es würde dies sofort anders werden, wenn die Reichstagsmehrheit sich mit der nöthigen Energie zur Wehre setzte. Aber sie bescheidet sich mit der Haltung der Regierung und der Reichskanzler konnte, bei einer anderen Gelegenheit, dem Reichstag, der sich über die Ablehnung seiner Initiativanträge durch den Bundesrath beschwerte, den erbaulichen Trost mit auf den Weg geben: je öfter der Reichstag seine Anträge stelle, desto reiflicher würden sie vom Bundesrathe erwogen.

Ein Initiativantrag des Zentrums betraf den Entwurf eines Reichsgesetzes über **die Freiheit der Religionsübung (Toleranzantrag).** Dieser Antrag stammt noch aus der vorigen Tagung und entsprang den Klagen des Zentrums über Beschränkungen der katholischen Religionsübung in Mecklenburg, Braunschweig, Sachsen und einigen anderen Bundesstaaten. Der Gesetzentwurf, der bereits in voriger Tagung eine Kommission beschäftigt hat, will innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der religiösen Vereinigungen und der häuslichen und öffentlichen Religionsübnung schaffen. Unsere Redner unterließen nicht, auf die scheinheilige Heuchelei hinzuweisen, deren sich alle bürgerlichen Parteien in der Debatte schuldig machten. Toleranz verlangen sie blos für sich; den Nicht-Kirchengläubigen sowie den Atheisten verfolgen sie, ob sie nun Lutheraner, Katholiken oder Juden seien, mit der gleichen Unduldsamkeit. Verlangten wir die absolute Freiheit der religiösen Meinung als etwas Selbstverständliches, so forderten wir aber auch gleichzeitig die Trennung der Kirche vom Staat und die Freiheit der Meinung auch für die Dissidenten. Statt dessen aber brachten in der zweiten Lesung Zentrum und Junker einen Zusatz-Antrag ein, wonach die allgemeinen landespolizeilichen Bestimmungen über Vereins- und Versammlungswesen von dem Gesetze unberührt bleiben. Dieser Zusatz wurde auch gegen unsere Stimmen angenommen. Eine nette „Toleranz", die für die anerkannten Religionsgemeinschaften die größte Bewegungsfreiheit schaffen will, diejenigen aber, die ihre Lehrsätze bekämpfen, der Polizeizensur überantwortet. Wir versuchten auch in das Gesetz eine Bestimmung über den Fortfall des Religionsunterrichts als Unterrichtsgegenstand in den Schulen hineinzubringen. Die „Toleranz" der bürgerlichen Parteien läßt aber solchen Schritt nicht zu. Mit großer Entrüstung wandten sie sich alle gegen diesen Antrag. Selbst Herr Richter lief dabei Arm in Arm mit dem Konservativen Oertel und ließ sogar einen Antrag des Freisinnigen Schrader im Stich, welcher bestimmte, daß ein Kind nicht gegen den Willen

der Eltern zu irgend einem Religionsunterrichte herangezogen werden dürfe. Er that dies, „um das Gesetz nicht zu gefährden.“

Indessen enthält der Gesetzentwurf doch Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand. Wir versagten ihm deshalb unsere Zustimmung nicht, während die Nationalliberalen, der größte Theil der Konservativen und die Reichspartei dagegen stimmten. Er wurde mit 163 gegen 60 Stimmen angenommen.

Auch die **lex Rintelen** beschäftigte den Reichstag wieder. Die Mitglieder der Kommission zur Berathung der bekannten Gesetzentwürfe Rintelen, Lenzmann, Munckel, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozeßordnung, der Zivilprozeßordnung und des Strafgesetzbuches, beantragten eine Resolution, welche der Reichstag einstimmig annahm und, wonach die sogenannte lex Rintelen für erledigt erklärt, die Regierung aber ersucht wurde, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen enthalten ist. Der Staatssekretär im Reichsjustizamt gab dazu eine Erklärung ab, die weder Fisch noch Fleisch war. Er wird nach besten Kräften für die Weiterführung der Sache sorgen, aber eine Anzahl Regierungen ist gegen die Wiedereinführung der Berufung. Ob daher die Regelung sich schleunigst vollzieht, läßt sich nicht bestimmt erklären.

Ein auch von unserer Fraktion unterstützter Antrag des Reichsparteilers Arendt u. Gen.: Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat 1902, betreffend **Auszahlung der bewilligten Beihilfen an Kriegstheilnehmer**, ist unter „Interpellationen“ behandelt.

Wahlprüfungen.

Unter den Wahlprüfungen, mit denen sich das Haus in dieser Tagung zu befassen hatte, erforderten mehrere eine Stellungnahme des Reichstags. Die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Boltz-Saarbrücken wurde wegen der Wahlbeeinflussungen kassirt. Aufs Neue aufgestellt, gelang es den Nationalliberalen, das Mandat wiederum zu erobern und den Abg. Boltz als „gewählt“ in den Reichstag zu entsenden. Auch das Königreich Stumm haben die Nationalliberalen, nach des Gewaltigen Tode, durch die bekannten Wahlpraktiken für sich erobert. Hier wurde der nationalliberale Bergrath Prietze „gewählt“. Gegen diese „Wahl“ lagen aber so wohlbegründete Proteste vor, daß der Reichstag durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl Prietzes zeigen wollte, daß er mit den Wahlpraktiken der Ausbeuter im Königreich Stumm nicht einverstanden sei. Es gelang den Nationalliberalen jedoch, ihren Prietze vorläufig zu retten. Sie drohten mit der Auszählung des schwachbesetzten Hauses und setzten damit den Beschluß durch, auf's Neue über einige Protestpunkte Erhebungen zu veranstalten. Auch über die Wahl eines dritten Nationalliberalen, des Abg. Sieg-Graudenz, beschloß das Haus wegen vorliegender gewichtiger Beschwerdepunkte Erhebungen zu veranstalten. Die übrigen Wahlen, die den Reichstag beschäftigten, wurden genehmigt.

Petitionen.

Wie in jedem Jahre, so nahm auch dieses Jahr die Fraktion an der Erledigung und der Erörterung der eingelaufenen Petitionen regen Antheil.

Eine Petition, welche den Erlaß eines Verbots der Herstellung von Phosphorzündhölzern wollte, wurde von unserer Fraktion dringlich befürwortet. Die Schweiz und die Niederlande haben bereits das Verbot der Verwendung weißen Phosphors ausgesprochen. Die Regierung erklärte, sie werde die Sache im Auge behalten. — Bei einer Petition, welche die Aufhebung des Impfgesetzes verlangte, wiesen unsere Redner darauf hin,

daß im Volke eine große Strömung gegen das Impfgesetz vorhanden sei, welches unter dem Einfluß der Furcht vor großen Epidemien entstanden sei. Demgegenüber wendeten Regierung und Mehrheit ein, daß die überwiegende Mehrzahl der Sachverständigen noch heute für den Impfzwang sei. Unser Verlangen, die Petition der Regierung „zur Berücksichtigung" zu überweisen, wurde darauf abgelehnt. — Andere Petitionen verlangten wieder die Prügelstrafe. Sie wurden durch frühere Beschlüsse für erledigt erklärt. — Viele Petitionen beschäftigten sich mit den Mißständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, mit der Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, der Abänderung des Börsengesetzes und anderen Gesetzesmaterien. Eine Folge der Erregung, die im Volke vorherrschte über die englischen Greuelthaten in Südafrika, waren die zahlreichen Petitionen betreffend Einleitung von Friedensverhandlungen im südafrikanischen Kriege. Der größte Theil dieser Petitionen rief keine wesentliche Debatte hervor, da über das Votum, welches die Petitionskommission beantragte, keine Meinungsverschiedenheit herrschte.

Im Allgemeinen haben gerade in dieser Tagung die Petenten im Lande nur eine sehr geringe Berücksichtigung seitens des Reichstags gefunden und unsere Fraktion hat im Interesse der Petenten darüber lebhafte Klage geführt. In erster Linie ist dies zurückzuführen auf die späte Einberufung des Reichstags, die keine genügende Zeit mehr läßt zu öfterer und gründlicher Besprechung von Petitionen, die nicht im Zusammenhange mit vorliegenden Gesetzentwürfen eingereicht sind. Zum andern aber liegt die Schuld auch an den Mehrheitsparteien. Gesetze, an denen sie ein höheres Interesse haben — Branntwein, Zucker, Süßstoff u. s. w. — gehen eben vor und müssen durchgepeitscht werden. Die Petenten im Lande, die sich gegen irgend welche von ihnen empfundenen Mißstände, Abhülfe suchend an den Reichstag wenden, mögen sich in Geduld fassen. Die Besprechung der von der Kommission vorgelegten Petitionen wird immer weiter hinausgeschoben, bis dann der Schluß der Tagung sie überhaupt unmöglich macht.

Hier Abhülfe zu schaffen, wird bei sich bietender Gelegenheit die Fraktion immer bestrebt sein.

Schluß.

Die Tagung, zu welcher der Reichstag im Oktober — ein ungewöhnlich früher Einberufungstermin — zusammentritt, wird die letzte vor den allgemeinen Neuwahlen sein. Da der Regierung daran liegt, den Wuchertarif vor den Wahlen fertig zu stellen und ihre Mehrheit nicht mit diesem Bleigewicht bepackt, vor die Wähler zu schicken, wird sie seit einiger Zeit von "Verfassungsbedenken" geplagt. Sie hat die Frage aufgeworfen: wann endet die fünfjährige Legislaturperiode des Reichstags? Nach allgemeiner Anschauung, die auch bisher Gültigkeit hatte, fünf Jahre nach der Wahl des Reichstags, diesmal also am 20. Juni 1903. Die Regierung aber hat sich von Staatsrechtslehrern bescheinigen lassen, daß sie fünf Jahre nach dem Zusammentreten des Reichstags endige, also im Dezember 1903. Die Regierung rechnet also damit, daß der Wuchertarif nicht bis zur Mitte nächsten Jahres fertig ist und plant deshalb die Hinauszerrung der Reichstagstagung bis in den Dezember nächsten Jahres hinein. Die Neuwahlen würden dann erst Anfang 1904 vorgenommen werden.

Sollte man wirklich versuchen, diesen in der offiziösen Presse eifrig diskutirten Plan auszuführen, so wird unsere Fraktion alle Mittel daran setzen, ihn zu schanden machen. **Ueber den Wuchertarif muß die Wählermasse Deutschlands selbst ihr Urtheil sprechen!**

Der zielbewußte Kampf, den die Fraktion im Reichstag gegen die Regierung, die Parteien und die parlamentarischen Interessenkoalitionen der

kapitalistischen Bourgeoisie führt, wird von ihr deshalb mit solcher Freudigkeit und Siegeszuversicht geführt, weil sie sich eins weiß mit den Interessen der ganzen Volksmasse, die da leidet unter dem Ausbeutungssystem des Kapitalismus. Mit um so größerem Muthe kann unsere Fraktion kämpfen, wenn ihre parlamentarische Thätigkeit Widerhall im Lande erweckt und die Genossen anspornt zu unermüdlicher Agitation. Wir hoffen, daß dies gerade jetzt der Fall sein wird im Hinblick auf **die heranrückenden Neuwahlen.** Sie sollen ein neues Voranschreiten des klassenbewußten Proletariates sein auf der Bahn zu seiner endlichen Befreiung. Und dieser Kampf, den das Proletariat führt, wird nicht blos ihm selbst nützen, sondern der Fortentwicklung der ganzen Gesellschaft dienen. In diesem Sinne sei der Bericht geschlossen mit den ehernen Sätzen aus dem Kommunistischen Manifest: „Seit der Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden ist die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; dieser Kampf hat aber jetzt eine Stufe erreicht, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien!"

Anträge.

Tagesordnung.

1. Parteigenossen in **Breslau, Bremen, Kalbe-Aschersleben,** des **Kreises Liegnitz-Goldberg-Haynau, Berlin V** und **Magdeburg**: In einem besonderen Punkte der Tagesordnung unsere Stellung zu den Wahlkämpfen in den Einzelstaaten und besonders zu den preußischen Landtagswahlen zu erörtern.

2. Parteigenossen in **Magdeburg**: Stellungnahme zu den preußischen Landtagswahlen, eventuell durch Berufung eines besonderen Parteitages für Preußen.

3. Parteigenossen in **Berlin V**: Den Punkt „Kommunalpolitik" eventuell wegfallen zu lassen.

4. Parteigenossen in **Magdeburg**: „Die Wirthschaftskrisen" auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wenn nicht im Referat des Genossen Bebel oder in dem des Genossen Molkenbuhr diese Frage eingehend behandelt werden sollte.

5. Parteigenossen in **Bremen**: Bei dem Punkt „Arbeiterversicherung" der Tagesordnung sich zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosen- und Wittwen- und Waisenversicherung zu erklären.

Vorstandsbericht.

6. Parteigenossen in **Nürnberg**: Den Parteivorstand ersuchen, in seinem Rechenschaftsbericht Auskunft zu geben, was er und die Reichstagsfraktion zur Durchführung der früheren Parteitagsbeschlüsse gethan haben.

7. Parteigenossen in Wandsbeck: beim Bericht des Parteivorstandes (Geschäftsbericht) die Frage gesondert zu behandeln: „Wie stärken wir die Finanzen unsrer Partei?"

8. Parteigenossen in Berlin VI: Die Delegirten zum Parteitag sind beauftragt, Protest gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes (in Betreff der Versicherung der Partei-Angestellten) einzulegen.

9. Parteigenossen des III. Hamburger Wahlkreises (Distrikt Hamm): Das Ansinnen des Vereins „Arbeiterpresse", welches dahin geht, invaliden Redakteuren und Angestellten sowie deren Wittwen und Waisen, soweit die Versicherung auf Kosten der Partei oder Gewerkschaften geschehen soll, zu versichern ist abzulehnen und zwar so lange, bis wir den Zukunftsstaat erkämpft haben.

Taktik.

10. Parteigenossen des 170. Stadtbezirks Berlin O.: dahin zu wirken, daß bei eventuellen Stichwahlen zwischen einem Kandidaten der freisinnigen Partei und einem solchen einer anderen bürgerlichen Partei die Parteigenossen des in Frage kommenden Wahlkreises sich der Stimmabgabe zu enthalten haben.

11. Parteigenossen in Greifswald-Grimmen: Die Parteigenossen werden verpflichtet, in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen. Im Falle einer Stichwahl, bei welcher ein Parteikandidat nicht in Frage kommt, ist mit Rücksicht auf die in letzter Zeit besonders zu Tage getretene erbärmliche Schlappheit und Wortbrüchigkeit der bisher von uns unterstützten bürgerlichen Parteien strikte Stimmenthaltung zu proklamieren und zu üben.

12. Parteigenossen in Berlin III: Die Sonder-Kandidaturen der Polnischen sozialdemokratischen Partei in Oberschlesien sind zu verwerfen.

13. Parteigenossen in Breslau: Die von der Batzdorfer Konferenz der oberschlesischen Genossen aufgestellten Reichstags-Kandidaten sind als die rechtmäßigen Kandidaten der sozialdemokratischen Partei anzuerkennen und ist der Parteivorstand zu ersuchen, diese Kandidaturen durch finanzielle Mittel nach Kräften zu unterstützen.

14. Parteigenosse Bittau und 27 Genossen in Zabrze protestiren gegen die Beschlüsse der Batzdorfer Konferenz in Bezug auf die Kandidatur im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze und verlangen Aufhebung des bezügl. Beschlusses.

15. Parteigenosse Lebius in Dresden: Die politische und gewerkschaftliche Sonderorganisation der polnischen Sozialdemokraten ist berechtigt, weil die Polen in der deutschen Organisation infolge ihrer völligen oder theilweisen Unkenntniß der deutschen Sprache benachtheiligt sind. — Auch eine Sonderorganisation, die die polnischen Sozialdemokraten aus nationalen und nicht nur aus praktischen Gründen schaffen, dürfen wir als Vorkämpfer der internationalen Völkerverbrüderung nicht bekämpfen. Andernfalls stellte sich die deutsche Sozialdemokratie auf den Standpunkt der Schulmeister von Wreschen. Internationalität schließt Nationalität nicht aus, wie schon Liebknecht 1897 in Hamburg ausführte. — Ueberall, wo eine gemeinsame Aktion beider Nationalitäten wünschenswerth ist, z. B. bei Wahlen und Lohnkämpfen, möge eine Verständigung auf Grund der Stärkeverhältnisse beider Organisationen stattfinden.

16. Parteigenossen in Augsburg: Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Polemiken von Parteigenossen, welche an Artikeln von Parteiorganen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Partei-Organen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren gepflogen werden.

Organisation.

17. Parteigenossen in Magdeburg: Im § 8 des Organisationsstatuts statt **4** Wochen 8 Wochen zu setzen.

18. Parteigenosse Friedrich Kölle in Nürnberg: Im Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei ist im § 2, Abs. 1 hinter die Worte „schuldig gemacht hat" der Satz anzufügen: „Gegen Parteigenossen, die aus einer Landesorganisation ausgeschlossen wurden, ist der Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei zu stellen."

19. Parteigenosse Karl Windhoff in Düsseldorf: Der § 1 des Partei-Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel oder durch anhaltende agitatorische Thätigkeit unterstützt.

20. Parteigenossen in Berlin VI, Schönhauser Vorstadt: Dem § 3 der Organisation einen zweiten Absatz zuzufügen: „In Reichstagswahlkreisen mit größerer Bevölkerungszahl sind Theilungen zulässig; jeder Theil hat, innerhalb der Parteiorganisation, die gleichen Rechte wie die Kreise".

21. Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Calbe-Aschersleben: Die Tagesordnung des Parteitages ist früher als bisher zu veröffentlichen.

22. Parteigenosse Ernst Gloe und 12 Genossen in Neu-Weißensee bei Berlin: Es ist nicht statthaft, daß die einzelnen Wahlvereine Bestimmungen in ihren Statuten haben, wonach sämmtliche Vorstandsmitglieder auch einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müssen.

23. Der Kreistag des Merseburg-Querfurter Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, daß Leute, die als Sozialdemokraten eine gegnerische Zeitung redigieren und in dieselbe Artikel aufnehmen, die die sozialdemokratische Partei mit Schmutz bewerfen, aus der Partei auszuschließen sind

24. Parteigenossen des II. Hamburger Wahlkreises: Auf dem Parteitag sind nur die von den Parteigenossen gewählten und mit Mandat versehenen Delegirten stimmberechtigt.

25. Parteigenossen in Brackel bei Dortmund: Der Parteivorstand wird auf ein Jahr gewählt. Nach einem Jahr darf nur die Hälfte der Personen von dem alten Vorstand wiedergewählt werden. Diejenigen Personen des alten Parteivorstandes, die zur Wahl zugelassen werden, werden durch das Los bestimmt. Die ausgeschiedenen Mitglieder des Parteivorstandes sind in den ersten zwei Jahren als Vorstandsmitglieder nicht wählbar.

26. Parteigenosse R. Halfter, VI. Wahlkreis, Berlin: Der Parteitag möge im Interesse der Realisirung unsres Parteiprogramms von einer Wiederwahl der jetzigen Mitglieder des Parteivorstandes Abstand nehmen.

27. Parteigenosse Fr. Faust-Wiesbaden: Hat die große Mehrheit der Parteigenossen in einem Wahlkreise zum Zwecke des engeren Zusammenschlusses und zur Entfaltung einer kraftvolleren Agitation als Centralorganisation einen „Kreis-Wahlverein" gegründet, so sind die übrigen Parteigenossen verpflichtet, dieser einheitlichen Organisation beizutreten. — Oertliche Wahlvereine werden neben der Centralorganisation im gleichen Wahlkreise nicht anerkannt, dieselben haben umgehend ihren Beitritt zur Central-Organisation zu bewirken. — Der jeweilige 1. Vorsitzende eines Kreis-Wahlvereins ist Kreis-Vertrauensmann. — An Stelle der Kreiskonferenz tritt die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins.

27a. Parteigenossen in Erfurt: Der Parteitag möge beschließen, daß, wenn in Zukunft sich Sonderorganisationen bilden (wie die der Hamburger Akkordmaurer) und die Parteiorganisation am Orte die Ausschließung beantragt, die Ausschließung vom Parteivorstand erfolgen muß.

Agitation.

28. Parteigenossen in Bromberg: Den Wahlkreis Bromberg in jeder Beziehung agitatorisch mehr als bisher zu unterstützen.

29. Parteigenossen in Solingen: Der Parteivorstand möge durch Bereitstellung von Mitteln dafür Sorge tragen, daß eine regere und wirksamere Agitation gegen das Zentrum in den Rheinlanden entfaltet werden kann.

30. Parteigenossen des II. Nassauer Wahlkreises, Wiesbaden: Der Parteivorstand möge in Gemeinschaft mit der Fraktion gleich nach dem Parteitage mit aller Energie den Wahlkampf eröffnen, besonders durch Entsendung von Rednern in die einzelnen Wahlkreise.

31. Parteigenossen in Breslau: Für die nächsten Reichstagswahlen ist eine Liste sämmtlicher sozialdemokratischer Kandidaten im Reiche herauszugeben. Dieselbe soll ungefähr drei Monate vor dem Wahltermin erscheinen und in späteren Auflagen ergänzt werden.

32. Parteigenossen in Gr.-Ottersleben: Den in der Provinz erscheinenden Parteiblättern ist von Zeit zu Zeit zur Hebung der Landagitation die Herausgabe eines den lokalen Verhältnissen angepaßten Agitationsblattes dadurch zu ermöglichen, daß ihnen auf Antrag eine materielle Unterstützung gewährt wird.

33. Parteigenossen in Köln: Der Parteivorstand wird mit der Herausgabe von Broschüren beauftragt, in denen Stellung und Haltung des Centrums, namentlich zu den indirekten Steuern und Zöllen, dem Arbeiterschutz und dem Militarismus und Marinismus in entsprechender Weise beleuchtet wird. Der Preis der Broschüren darf 10 Pf. nicht übersteigen.

34. Parteigenossen in Düsseldorf: Um den Kampf gegen das Zentrum zu fördern, wird der Parteivorstand beauftragt, den Genossen, welche in den Centrumsdomänen thätig sind, auch die nöthigen Agitationsmittel in die Hand zu geben. Durch einen geeigneten Schriftsteller sind die Flugschriften der Centrumspartei zu sammeln und hierin enthaltenen Unrichtigkeiten auf ihren wahren Sachverhalt zurückzuführen, um so den agitatorisch thätigen Genossen die Möglichkeit der Widerlegung zu geben.

35. Parteigenossen in Heidelberg: Durch aufklärende und belehrende Broschüren den Parteigenossen Mittel und Wege an die Hand zu geben, wie der Kampf gegen das Centrum zu führen ist.

Presse.

36. Parteigenossen in Elberfeld: Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Aufklärung über das Wesen des Centrums die Herausgabe einer dem Zwecke entsprechenden Anzahl, in systematischer Reihenfolge erscheinenden Broschüren zu veranlassen, von denen jede selbständig und in sich abgeschlossen ist und die den Parteigenossen für die Agitation ev. gratis zur Verfügung gestellt werden.

37. Die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen: Die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenschrift „Gazeta Ludowa" aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen.

38. Der Wahlverein Metz i. Lothringen: Es sind die Mittel flüssig zu machen zur Herausgabe einer Partei-Wochenzeitung für Lothringen, die in deutscher und französischer Sprache erscheint.

39. Parteigenossen in Karlsruhe: In Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, für Partei-Organe in der Provinz einen den Raumverhältnissen dieser Blätter entsprechenden Reichstagsbericht von Parteiwegen herstellen zu lassen.

40. Parteigenossen in Schleswig: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden, und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

41. Parteigenossen in Triberg: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

42. Parteigenossen Berlin IV: In unserm Partei-Organ, dem „Vorwärts", ein Fremdwörter-Verzeichniß einzurichten, um in manchen wichtigen Fragen ein leichteres Verständniß für die Leser zu erzielen.

43. Parteigenossen von Berlin VI, Elise Haubold und sechs Genossen aus Arnstadt, Karl Fritz und zwölf Genossen in Gotha, Oskar Pfau und 156 Genossen in Stuttgart, Parteigenossen in Berlin II, Felix Fränkel und 27 Genossen in Berlin, Joh. Wellmauer und 20 Genossen in Berlin, Parteigenossen in Stettin, Parteigenossen in Breslau, B. M. Miethke in Charlottenburg, Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises, Dr. med. Georg Keferstein in Steglitz bei Berlin, Parteigenossen von Metz in Lothr.: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

44. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Den Parteivorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift veranlassen zu wollen, welche in eingehender Weise das Streben des katholischen Klerikalismus zur Erlangung der politischen, sozialökonomischen und allgemein geistigen Weltherrschaft behandelt.

45. Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu ersuchen, eine gute, erschöpfende Broschüre ausarbeiten zu lassen, die den Genossen Material gegen das Centrum liefert.

46. Parteigenossen in Mühlheim a. Rhein: Ueber das Verhalten der Centrumspartei in allen politischen und wirthschaftlichen Fragen eine Broschüre herauszugeben, welche den Parteigenossen in den katholischen Wahlkreisen ein Ratgeber im Wahlkampfe ist.

„Neue Zeit."

47. Parteigenossen in Hannover und Karlsruhe-Bruchsal: Die „Neue Zeit" ist wieder in eine Monatsschrift umzuwandeln und der Bezugspreis möglichst billig anzusetzen.

„Neue Welt."

48. Dieselben und die Parteigenossen in Heidelberg und Düsseldorf: Der Verlag der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" ist anzuhalten, daß in der der „Neuen Welt" beigefügten Annoncen-Beilage nur solche Inserate Aufnahme finden, welche einen schwindelhaften Inhalt nicht haben.

49. Die Parteigenossen in Breslau: Die Inseraten-Beilage zur „Neuen Welt" ist unter strengerer Kontrolle der aufzunehmenden Annoncen auch für die Zukunft beizubehalten.

Der „Wahre Jakob."

50. Die Parteigenossen in **Görlitz-Lauban**: Daß der „Wahre Jacob" wieder wie in früheren Jahren mehr belehrende Artikel bringt.

Kalender.

51. Parteigenossen in **Randow-Greifenhagen**: Der Verkaufspreis des Arbeiter-Notizkalenders wird von 60 auf 50 Pf. ermäßigt. Der Bezugspreis für Buchhandlungen und Kolporteure von der Verlagsanstalt bleibt unverändert. — Die Inseratenblätter werden in Zukunft nicht mehr in die Mitte sondern ganz zuletzt am Schlusse des Kalenders eingeheftet.

52. Parteigenossen im III. **Berliner Wahlkreis**: Der Preis des „Neuen Welt-Kalenders" ist auf 30 Pf. festzusetzen.

„Maifest-Zeitung."

53. Parteigenossen von **Karlsruhe-Bruchsal**, **Heidelberg** des I. **Württembergischen Reichstags-Wahlkreises** und die Parteigenossen zu **Höppersdorf**: Es sei in Zukunft für bessere künstlerische Ausgestaltung der „Maifest-Zeitung" Sorge zu tragen.

54. Die Parteigenossen des III. **Hamburger Wahlkreises** erheben Protest gegen die illustrative und textliche Ausgestaltung der diesjährigen „Mai-Zeitung", die nicht den Erwartungen entsprach, welche mit Recht an einer „Mai-Zeitung" mit solcher Massenauflage gesetzt werden darf. Die Mitglieder wollen, daß durch die „Mai-Zeitung" in Bezug auf Illustration und Text das Beste geboten wird, was zu erreichen ist.

55. Die Parteigenossen in **Kaiserslautern**: Der künstlerischen Ausstattung der „Mai-Zeitung", „März-Zeitung", Neujahrsnummer u. s. w. eine größere Aufmerksamkeit zu widmen, um zu verhindern, daß künstlerisch minderwerthige Erzeugnisse wie sie in jüngster Zeit herausgegeben wurden, mit dem Grundsatze: „für die Arbeiter ist das Beste gerade gut genug" fernerhin in Kollision gerathen.

Broschüren und Flugblätter.

56. Parteigenossen in **München**: Es sei baldmöglichst die Herausgabe einer Broschüre zu besorgen, in welcher die Landtags-Wahlgesetze der verschiedenen deutschen Bundesstaaten, einschließlich der Reichslande und Hansestädte. enthalten sind. Desgleichen soll an der Hand von praktischen Beispielen das Wahlverfahren in den einzelnen Staaten geschildert werden; sowie die verschiedenen Abänderungsanträge bezüglich der Wahlgesetze, wie sie von unseren Genossen eingebracht wurden, angefügt sein. Zum Schluß soll in gedrängter Form das System der Proportionalwahl, wie wir es in unserm Punkt I unseres Programms fordern, dargelegt werden.

57. Parteigenossen in **Striegau**: Noch in diesem Jahre ein Flugblatt für ganz Deutschland herauszugeben, in welchem die Thätigkeit der Fraktion im Reichstage in einer für die Landbevölkerung leicht verständlichen Weise geschildert wird.

58. Parteigenossen in **Karlsruhe-Bruchsal**: Es ist die Herausgabe einer Schrift zu veranlassen, in welcher die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinde behandelt werden. Dieser Schrift sind als Anhang die bestehenden sozialdemokratischen Kommunalprogramme für die Einzelstaaten beizufügen.

58a. Parteigenossen in **Erfurt**: Die außerordentlich hohen Zuschüsse für die einzelnen Parteiblätter haben zu unterbleiben.

58b. Parteigenossen in **Erfurt**: Um die Provinzpresse zu entlasten, wird der Parteivorstand verpflichtet, die Geschäftsleitung des Vorwärts zu veranlassen, den Geschäftsbericht des Vorstandes und den Thätigkeitsbericht der Fraktion den Parteiblättern, welche denselben verlangen, als Beilage zum Selbstkostenpreise abzugeben.

58c. Parteigenossen des **7. sächsischen Wahlkreises**: Der Parteivorstand erhält den Auftrag, eine periodische wissenschaftliche Beilage herstellen zu lassen, in der volksverständliche Artikel über die Grundideen des Sozialismus und wichtige Zahlen über wirthschaftliche und handelspolitische Fragen veröffentlicht werden. Die Beilage soll allen Parteizeitungen beigegeben werden. Wo die Ausgaben hierfür vom Verlage der Zeitung oder durch Erhöhung des Abonnementsgeldes nicht gedeckt werden können, soll sie vom Parteivorstande unentgeltlich geliefert werden.

Maifeier.

59. Parteigenossen in **Düsseldorf**: Die Parteigenossen des ganzen Reiches sind verpflichtet, energischer als wie bisher für die allgemeine Arbeitsruhe am Tage des 1. Mai einzutreten.

Parlamentarisches.

60. Parteigenossen in **Magdeburg** vermissen im Berichte der Fraktion ein Eingehen auf die so brennend gewordene Wohnungsfrage, speziell eines Reichs-Wohnungsgesetzes, und erwarten in der nächsten Tagung ein energisches Eingreifen.

61. Parteigenossen des **I. Württembergischen Wahlkreises**: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ihr Versprechen, dem Reichstage eine Aenderung und Verbesserung des Krankenversicherungs-Gesetzes in Vorlage zu bringen, endlich erfüllt. Ferner wolle die Fraktion dahin wirken, daß bei der vorzunehmenden Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes eine Vereinheitlichung und Erweiterung der Krankenversicherung stattfindet und eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Lohnarbeiter einschließlich der Hausgewerbetreibenden sowie der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten erfolgt.

62. Parteigenossen des **II. Hamburger Wahlkreises** erwarten, daß die Fraktion bei Beratung der Arbeiterversicherungs-Gesetze dafür eintritt, daß alle Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 Mk. pro Jahr nicht übersteigt.

63. Die Kreiskonferenz des **VII. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises**: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird beauftragt, bei der Beratung des Marine-Etats die Reichsregierung über die von ihr geübte Auslegung des § 616 des B. G.-B. in den Reichs-Werftbetrieben zu interpellieren und die Durchführung der betreffenden Bestimmungen des § 616 zu fordern.

64. Parteigenossen in **Solingen**: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion möge in der nächsten Legislaturperiode ernstlich daran gehen, einen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages auszuarbeiten und im Reichstage zur Besprechung und Annahme vorzulegen. Es wäre empfehlenswerth, als Grundlage des Entwurfs die im „Vorwärts" veröffentlichten Vorschläge des Genossen Parvus-München zu benutzen.

65. Parteigenossen des **IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises**: Es sind im Reichstage und in den Landtagen Anträge zu stellen

auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für sämmtliche Staatsbetriebe, und dieselben eingehend zu begründen.

66. Parteigenossen des V. Berliner Wahlkreises: Es ist ein Initiativantrag auf Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter einzubringen.

66a. Parteigenossen in Erfurt: Die Fraktion wird beauftragt, in der nächsten Legislaturperiode im Reichstag auf sofortige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit einen Gesetzentwurf einzubringen.

Parlamentarisches Handbuch.

67. Parteigenossen in Köln a. Rh. und Görlitz: Vor den nächstjährigen Reichstagswahlen rechtzeitig ein kleines handliches A-B-C-Büchelchen herauszugeben. In dem Büchelchen sollen nur die für den Kleinkampf (z. B. bei der Agitation am Biertisch und der Flugblattverbreitung 2c.) nothwendigsten Zahlen, Daten und Citate nach die Materie leicht faßlich kennzeichnenden Stichworten alphabetisch geordnet enthalten sein. Der Preis des Büchelchen soll bei Massenbezug 30 Pf. nicht übersteigen.

68. Parteigenossen in Düsseldorf: Zur nächstjährigen Reichstagswahl wieder ein Handbuch für Reichstagswähler analog dem 1898 erschienenen herauszugeben, unter besonderer Berücksichtigung des Centrums.

69. Parteigenossen in Iserlohn: Wiederum ein Handbuch für sozialdemokratische Wähler herauszugeben, wie bei den Reichstags-Wahlen 1898, wovon jeder Ort 9 Exemplare gratis erhält.

70. Parteigenossen in Lübeck: Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler zur nächsten Reichstagswahl so frühzeitig herauszugeben, daß es Genossen, welche agitatorisch wirken, ermöglicht wird, genügende Einsicht in dasselbe zu nehmen, um es bei der Reichstagswahl auch in wirksamer Weise verwerthen zu können.

71. Parteigenosse Karl Meist, Köln: Ein parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei der bevorstehenden Reichstagswahl herzustellen. Dasselbe ist zu einem möglichst billigen Preise abzugeben.

Parteitag.

72. Parteigenossen in Kottbus: Den Parteitag 1903 in Kottbus abzuhalten.

73. Parteigenossen in Stettin, Randow-Greifenhagen, Greifswald-Grimmen: Der nächstjährige Parteitag möge in Stettin stattfinden.

74. Parteigenossen in Bremen: Den nächsten Parteitag in Bremen stattfinden zu lassen.

75. Parteigenossen in Mannheim: Den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

76. Parteigenossen in Dresden: Den nächsten Parteitag in Dresden abzuhalten.

77. Parteigenossen in Stettin; Joh. Wellemauer und zwanzig Genossen in Berlin; Oskar Koselowski-Berlin; Felix Fränkel und siebenundzwanzig Genossen in Berlin; Wilhelm Giehm und sechzehn Genossen in Berlin; Parteigenossen in Breslau; Elise Haubold und sechs Genossen in Arnstadt; Karl Fritz und zwölf Genossen in Gotha; Dr. med. Keferstein in Steglitz bei Berlin: der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: „Muß die Sozialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?“

78. Parteigenossen in Schleswig: Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: „Muß die Sozialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?"

79. Parteigenossen in Triberg: Der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: „Muß die Sozialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?"

80. Parteigenossen in Braunschweig: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Verstaatlichung des gesammten Schulwesens."

81. Parteigenossen in Dresden: Am Schlusse des Protokolls vom Parteitage sind die auf demselben angenommenen Beschlüsse und Resolutionen wiederzugeben.

82. Parteigenossen in Lechhausen: Der Preis für das Parteitags-Protokoll darf 30 Pf. nicht übersteigen.

83. Parteigenossen in Elberfeld: Gleich nach den Reichstagswahlen ist ein Parteitag der preußischen Genossen zu berufen, durch welchen möglichst einheitliche Grundsätze für die Taktik und besonders auch für die Agitation bei den preußischen Landtagswahlen geschaffen werden.

83a. **Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow Charlottenburg: Den Parteitag des nächsten Jahres in Mittel-Deutschland abzuhalten. (Beschluß der General-Versammlung vom 10. August 1902.)**

Resolutionen.

84. Parteigenossen in München: Angesichts der horrenden Vertheuerung der Lebensmittel und insbesondere des Fleisches, wie sie jetzt aus einer Anzahl deutscher Städte, so auch aus München gemeldet wird, regt die heutige Versammlung an, daß der Parteitag Stellung nehmen möge, wie aufs Neue und in eingehenderer Weise noch wie bisher, durch eine machtvolle Agitation dem volksverwüstenden Treiben der Lebensmittelvertheuerer Einhalt zu gebieten versucht werden kann.

85. Parteigenossen in Oberschlesien: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie drückt seine Sympathie aus dem russischen Proletariat, das im schweren Kampfe gegen Selbstherrschertbum und wirthschaftliche Ausbeutung steht und sendet ihm brüderliche Grüße. Gleichzeitig giebt er seiner Entrüstung über die Dienste Ausdruck, die den russischen Schergen von oberschlesischen Polizei-Organen geleistet werden und verlangt von der deutschen Reichsregierung, daß sie diesem eines Kulturstaates unwürdigen Zustande schleunigst ein Ende bereitet.

86. Parteigenossen in Braunschweig: Der Parteitag erklärt sich da die heutige Organisation des Schulwesens der Weiterentwickelung desselben nicht förderlich ist, für die Uebernahme der Kosten des Schulwesens durch das Reich. Die Verwaltung der Schulen obliegt den Kommunalbehörden.

87. Parteigenosse John Erb, Hamburg: Zur Hebung der sanitären Verhältnisse des Deutschen Reiches erklärt der diesjährige Parteitag es für eine absolute Nothwendigkeit, daß folgende Forderungen durch reichsgesetzliche Bestimmungen nach einheitlichen Plänen geregelt werden:

1. Das Bau- und Wohnungswesen.
2. Die Reinhaltung der Wasserstraßen (Flüsse usw.).
3. Die Nutzbarmachung der Abwässer, Cloaken, zum Vortheile der Landwirthschaft, insbesondere des Waldbestandes.
4. Die Errichtung einheitlicher Sanatorien (Krankenhäuser).
5. Diese Sanatorien sollen Abtheilungen erhalten:
   a) für alle vorkommenden Krankheiten;
   b) besonders für Nervenkranke unter successivem Wegfall der Irrenanstalten;

c) Abtheilungen, um in erster Linie durch die Naturkräfte (Sonnenlicht, Luft, Bäder, Wahl der Diät), in zweiter Linie durch die technischen Hilfskräfte (Chirurgie, Orthopädie, Elektrizität, Gymnastik, Massage) zweckentsprechende Heilerfolge zu erzielen;
d) Bevorzugung derjenigen Aerzte, welche sich dem besonderen Studium der kombinirten Heilanwendung der angeführten Heilfaktoren widmen und Gegner von zweck- und nutzlosen Experimenten (Vivisektion, Impfzwang) sind;
e) In jedem Sanatorium ist die Vorkehrung zu treffen, daß jedweder Kranke jeder Zeit mit seinen Angehörigen brieflich verkehren kann, daß das Briefgeheimniß gegenüber kranken Personen gewahrt wird.

6. Jede Gemeinde ist verpflichtet, eine Jury einzusetzen von drei oder mehreren vorurtheilslosen Personen aus dem Volke, welche als Rechtsbeistand eines jeden Kranken fungiren und demgemäß alle Klagen, Beschwerden des Kranken und seiner Angehörigen prüfen und soweit angängig Abhilfe schaffen.

In jedem Falle muß die Person des Kranken respektirt werden und sein Wille nach Möglichkeit Berücksichtigung finden.

7. Jede Gemeinde ist ferner verpflichtet, für die in dem Gemeindebezirk geborenen oder seßhaften Krüppel und schwer Nervenkranke insofern zu sorgen, daß selbige einer sofortigen Heilung entgegengeführt werden, daß ferner für Krüppel, wenn nothwendig, die praktischen künstlichen Glieder usw. durch die Gemeinde angeschafft werden.

8. Die Korrigirung, Erneuerung solcher Apparate bestimmt das Aerztekollegium des vorhandenen Sanatoriums; ist eine Gemeinde zu arm, so ist Zuschuß vom Reiche zu gewähren.

88. Parteigenossen von Rathenow: Der Parteitag erklärt:

1. Es ist Pflicht unserer Gemeindevertreter, dafür einzutreten, daß alle kommunalen Unternehmen in eigner Regie ausgeführt werden;
2. daß die Wasserentnahme bei städtischen Wasserwerken kostenlos erfolgt, außer zu gewerblichen Zwecken;
3. daß unsere Vertreter einzutreten haben für die Einführung einer Grundwerthsteuer, wodurch die in die Bebauungszone einbezogenen Grundstücke nach ihrem wirklichen Werthe versteuert werden, um den durch die Gemeinde bedingten Werthzuwachs wenigstens zum Theil auch dieser zuzueignen;
4. daß die Bewilligung von Mitteln für höhere Lehranstalten so lange nicht ohne weiteres zu bewilligen sind, bis die Volksschule den gerechten Anforderungen genügt;
5. daß die Bewilligung von Mitteln für Kirchen, Denkmäler usw., sowohl zur Herstellung als zur Restaurirung, aus Gemeindemitteln abzulehnen ist, wenn damit religiöse oder dynastische Zwecke verfolgt werden oder dieselben zur Verherrlichung des Krieges dienen.

*88a. Parteigenossen in Blankenese: In der Erkenntniß, daß der Alkohol die Gesundheit der Arbeiter schädigt, die Berufskrankheiten der Arbeiter fördern hilft, und daß der Alkoholismus unser politisches und gewerkschaftliches Leben hemmt, möge der Parteitag der Parteipresse empfehlen, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkohols für die klassenbewußte Arbeiterschaft hinzuweisen.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Resolutionen.

89. Parteigenossen von Reuß ä. L.: Daß für Reuß ä. L. die Sonntags-Beilage „Neue Welt" vom 1. Januar 1903 beigefügt wird und der „Gesellschafter" in Wegfall kommt, da er uns das nicht leisten kann, was wir von der „Neuen Welt" erwarten. Die Parteikasse möge uns, wenn nöthig, unterstützen.

90. Die Sektion Süden des sozialdemokratischen Vereins München: Welche Schritte können unternommen werden, um die Staatsangehörigkeit in den verschiedenen Staaten Deutschlands zu erleichtern.

91. Luxemburg und 22 Genossen: Da die ökonomischen und politischen Interessen des polnischen wie des deutschen Proletariats im Deutschen Reiche die gleichen sind,

da ferner die Sozialdemokratie es für ihre Pflicht erachtet, die polnische Arbeiterklasse auch gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität zu schützen und dieser Pflicht stets nach Kräften nachgekommen ist,

da endlich die Sozialdemokratie ihre deutschen und polnischen Mitglieder stets als vollkommen gleichberechtigt betrachtet und behandelt und die Agitation unter dem polnischen Proletariat materiell und moralisch in kräftigster Weise unterstützt,

so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen Sozialstischen Partei" von der Gesammtpartei als gänzlich ungerechtfertigtes Vorgehen erscheinen, das durch separatistische Tendenzen hervorgerufen wurde, die mit den Aufgaben der Sozialdemokratie nichts zu thun haben.

Der Parteitag verurtheilt scharf die von der Gruppe „Polnische Soz. Partei" provozirten Doppelkandidaturen in Oberschlesien und fordert die polnischen Parteigenossen, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, auf, dieser demoralisirenden Sonderbündelei baldmöglichst ein Ende zu bereiten.

Die Gegenkandidaten der „Poln. Soz. Partei" kommen von nun an als Parteikandidaten nicht mehr in Betracht. Damit sind die Anträge 12 und 13 als erledigt zu betrachten. Ueber die Anträge 14 und 15 geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

92. Weinschild-Offenbach. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, den Bundesrath zu ersuchen, baldigst eine besondere Vorschrift zu erlassen, wonach alle in der Heimindustrie beschäftigten Portefeuilles-Arbeiter dem Alters- und Invaliden- als auch Unfallversicherungsgesetze unterworfen werden.

93. W. Kowald und 19 Genossen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß alle Heimarbeiter, die nur gegen Lohn beschäftigt werden, dieselben Vortheile der Gewerbenovelle wie die Fabrikarbeiter genießen.

94. L. Emmel und 20 Genossen: „Die Genossen in Mülhausen i. Els. sind, in Wahrung der gemeinsamen Interessen des Parteiverbandes, bei der Wiederherausgabe der im März 1894 auf Grund des Diktaturparagraphen unterdrückten Mülhauser Volkszeitung zu unterstützen. Da das Gesetz über die Presse für Elsaß-Lothringen vom 8. August 1898, unter Aufrechterhaltung der bezüglichen Artikel des Napoleonischen Dekrets über die Presse vom 17. Februar 1852, das Wiedererscheinen des Blattes als Tageblatt von der vorgängigen Hinterlegung einer Kaution von 20000 Mk., verzinslich zu 3 pCt., abhängig

macht, so beauftragt der Parteitag die Parteileitung, diese Kautionssumme mit Anwendung der üblichen Sicherheitsbürgschaften zu stellen.

95. Bebel: Die letzten drei Absätze der Resolution Luxemburg und Genossen durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

„so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen Sozialistischen Partei", die sich in einen Gegensatz zur Gesammtpartei gestellt hat, als ein ungerechtfertigtes Vorgehen angesehen werden.

Der Parteitag verurtheilt scharf die von der Gruppe „Polnische Soz. Partei" provozirten Doppelkandidaturen in Oberschlesien und ersucht den Parteivorstand, nochmals den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, die im Interesse der gesammten Sozialdemokratie liegt.

96. Paul Hoffmann, Hamburg: In Erwägung, daß sich in letzter Zeit das Bestreben kund giebt, die Genossen zu allerhand Vergnügungs- und Unterhaltungsklubs heranzuziehen, dadurch aber den Gewerkschaften, sowie der Partei die Mittel entzogen werden, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die Genossen allerorts sich derartiger Bestrebungen, bezw. Theilnahme daran enthalten.

97. Parteitag der „Provinz Ostpreußen": Daß der allgemeine Parteitag in Zukunft nicht mehr im September, sondern wie das in früheren Jahren war, erst im Monat Oktober stattfinden soll.

98. A. Hoffmann, Berlin. Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neuzugründenden Parteipresse ohne Zustimmungen des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder theilwese zu übernehmen.

99. Louise Zietz (Resolution): Durch das Organisationsstatut, welches der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, wird in keiner Weise das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht berührt, zur Betreibung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eigene Vertrauenspersonen zu wählen.

100. Klara Weyl (Resolution): Die Genossen zu verpflichten, im ganzen Lande Volksversammlungen abzuhalten, welche sich mit dem Fleischwucher beschäftigen und gegen die Politik der Lebensmittelvertheuerung zu protestiren haben.

Ferner:

die sozialdemokratische Fraktion zu ersuchen, bei Eröffnung des Reichstags eine Interpellation über die Fleischnoth und Viehsperre an die Regierung zu richten; des Weiteren die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu ersuchen, die Abschaffung bezw. Sistirung des Octroi auf Fleisch und Fleischwaren zu beantragen.

101. Resolution Bebel zu Punkt 4 der Tagesordnung (Reichstagswahl): Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bisherigen, so auch bei der künftigen allgemeinen Reichstagswahl in allen Wahlkreisen, in denen Parteigenossen sich befinden, eigene Kandidaten aufzustellen; dort, wo es noch nöthig erscheint, schleunigst die Organisation in den Wahlkreisen auszubauen und vor allem auch auf die Beschaffung der nöthigen Geldmittel bedacht zu sein.

Kommen die Parteigenossen in die Lage, bei der engeren Wahl zwischen gegnerischen Kandidaten sich betheiligen zu müssen, so dürfen sie nur für denjenigen Kandidaten stimmen, der sich bereit erklärt, im Falle seiner Wahl

1. für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts,
2. gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel,

3. gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung,
4. gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes,
5. gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Lasten erfordert,

einzutreten.

Ist kein Kandidat vorhanden, der bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so ist strenge Wahlenthaltung zu verkünden.

102. Resolution Singer zu Punkt 7 der Tagesordnung (Internationaler Arbeiterkongreß 1903): Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu beschicken.

103. H. Schubert und 47 Genossen: Die Fraktion wird beauftragt, in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die Einführung des 8stündigen Normalarbeitstags dem Reichstage vorzulegen.

Es sollen ferner besondere Anträge auf Einführung des 8stündigen Normalarbeitstags in den Staats- und Kommunal-Betrieben in allen geeigneten Körperschaften eingebracht werden.

104. Parteigenossen von Bielefeld: Den nächsten Parteitag in Bielefeld abzuhalten.

105. Sozialdemokratischer Wahlverein Ober-Schöneweide: Daß die Partei als solche Stellung zur Alkoholfrage nehme.

106. Resolution Molkenbuhr zu Punkt 5 der Tagesordnung (Arbeiterversicherung): Die Versicherungsgesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirthschaftlich gleichstehenden Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Krankenversicherung;
6. weiterer Ausbau der Unfallverhütungsvorschriften und der Vorschriften zur Verhütung von Berufskrankheiten, sowie voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen;
7. Einführung der Arbeitslosenversicherung;
8. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

107. Sozialdemokratischer Verein Fürth-Erlangen-Hersbruck: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags „Die Alkoholfrage" zu setzen.

108. Abänderungs-Antrag Hoch mit 19 Genossen zu Nr. 106: Unter Ziffer 4 statt der Worte: „Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten" zu setzen „Deckung der Kosten durch eine progressive Einkommensteuer"; unter Ziffer 5 auf der ersten Zeile statt des Wortes: „Krankenversicherung" zu setzen „Arbeiterversicherung".

109. C. Windhoff, Düsseldorf. Der Vortrag des Genossen Molkenbuhr über Arbeiterversicherung ist wenn möglich als Agitationsschrift

zur Massenverbreitung geeignet herauszugeben und zu möglichst billigem Preise an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen abzugeben.

110. Resolution **Lindemann** zu Punkt 6 der Tagesordnung (Kommunalpolitik).

1. Die Stellung der Gemeinde im heutigen Staate ist eine doppelte: Sie ist ein lokaler Verwaltungskörper, der den wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient, und sie ist ein Hilfsorgan staatlicher Verwaltungs- und Herrschaftsthätigkeit. In beiden Eigenschaften unterliegt sie der aus der Klassenorganisation unseres Staats- und Gesellschaftslebens sich ergebenden Tendenz, die Verwaltungsthätigkeit nach den Interessen der herrschenden Klasse zu gestalten.

2. Gemäß ihrer Grundanschauung, daß nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die Bahn für eine rationelle, allen Gliedern des Staatswesens dienende Verwaltungsthätigkeit frei gemacht werden kann, verlangt daher die Sozialdemokratie:

Neugestaltung des gesammten Kommunalverwaltungswesens nach dem Grundsatze, daß alle Lokalverwaltung zugleich Staatsverwaltung ist und als solche nur dem Gesetze und dem Gerichte unterworfen sein darf, durch

a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen; Durchführung des Prinzipes der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien,
b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Kenntnißnahme der kommunalen Verwaltungsthätigkeit; Aufhebung der administrativen Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Lokalverwaltungskörpern,
c) Staatliche Regelung des Kommunalsteuerwesens. Aufhebung aller kommunalen Abgaben auf Lebensmittel. Deckung des kommunalen Bedarfes durch Zuschüsse des Staates für die Aufgaben der Volkshygiene, des Schulwesens und der Armenpflege, durch Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, sowie durch besondere kommunale Grund- und Gebäudesteuern, die vor allem die Werthsteigerung des Grund und Bodens erfassen.

3. Hauptgebiete der kommunalen Thätigkeit sind: Volkshygiene, Städtebau und Wohnungswesen, Sozialpolitik und Armenpflege, Volksbildung und Unterhaltung, Wirthschaftspflege.

Für ihre Verwaltung sind folgende Grundsätze aufzustellen:

a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung ihrer Aufgaben nothwendigen Institute soll in eigener Regie der Gemeinden erfolgen.
b) Die Gebührenfestsetzung für die Benutzung kommunaler Anstalten soll, soweit Gebühren zur Erhebung kommen, nach dem Grundsatz der Kostendeckung des Betriebes erfolgen.

4. Im Einzelnen sind folgende Forderungen zu stellen:

A. Oeffentliche Gesundheitspflege.

1. Erhaltung und Pflege der Volksgesundheit. Kommunaler Betrieb der Kanalisation, Fäkalienabfuhr, Straßenreinigung, Haus- und Kehrichtabfuhr, öffentliche Bedürfnißanstalten und Abdeckereien.

Fürsorge für Ernährung durch die Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittelverkehrs (Markthallen, Märkte, Vieh- und Schlachthöfe, Untersuchungsanstalten), sowie durch die Uebernahme der Produktion und des Verkehrs (Milchversorgung, Brodbäckerei, Schlächterei, Brauerei und Schankgewerbe.

Förderung der Körperpflege durch die Einrichtung öffentlicher Bäder, Spiel- und Turnpläze, Parks 2c.

2. Bekämpfung der Krankheiten durch den Bau von Krankenhäusern, Heimstätten für Lungenkranke, Irrenanstalten, Rekonvaleszentenanstalten, Anstalten für Wöchnerinnen- und Säuglingspflege, Desinfektionsanstalten, Unfallstationen, Gemeindeapotheken 2c.
3. Uebernahme des Bestattungswesens in den Gemeindebetrieb, obligatorische Einrichtung und Benutzung der Leichenhäuser, unentgeltliche und gleiche Bestattung aller Gemeindeangehörigen.

B. Städtebau und Wohnungswesen.

1. Förderung einer gesunden Bodenpolitik durch den Erwerb von Grund und Boden seitens der Gemeinden, durch die Umgestaltung und Ausbildung der Bebauungspläne und Bauordnungen, welche die Beschränkung der Bodenausnutzung, die Bekämpfung der Miethskasernen und die Förderung des Kleinbaues anstreben, und durch den Ausbau und Betrieb kommunaler Straßenbahnnetze.
2. Errichtung von Wohnungsämtern mit den Aufgaben der Wohnungsinspektion, der Wohnungsstatistik und des Wohnungsnachweises.
3. Bau von Wohnungen und Verwerthung derselben zu Miethspreisen, durch welche nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten, sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt werden.

C. Volksbildung.

1. Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel; Bau, Ausstattung und Unterhaltung der Schulhäuser, Festsetzung der Klassenfrequenz, der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundsätzen der Schulhygiene und Pädagogik; Einrichtung von Hilfsklassen für Minderbegabte; Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte, Verpflegung der Schulkinder. Oeffnung der höheren Schulen für die befähigten Kinder des Proletariats.
2. Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Lesehallen sowie von Instituten für Volksunterhaltung (Volkshäuser, Volkstheater und Musikhallen).

D. Wirthschaftspflege.

Kommunale Regie von Wasserwerken, Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, von Straßenbahnen, Dampfschiffen, Hafenanlagen, Lagerhäusern 2c., sowie von Publikationseinrichtungen (Plakatsäulen, Annoncenblättern 2c.).

E. Sozialpolitik.

1. Allgemeine Sozialpolitik. Ausbau des Arbeiterschutzes; Errichtung von Arbeitsämtern als Centralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftsertheilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gebahrung der Gemeindeverwaltung; Regelung des Submissionswesens durch Einführung der sogenannten Lohnklausel bei Arbeits- und Lieferungsverträgen der Gemeinden, sowie der von ihnen konzessionirten Privatunternehmungen; Ablehnung der Streikklausel; Verbot der Uebertragung von Gemeindearbeiten und -Lieferungen an Gemeindevertreter, sowie deren Betheiligung an gewerblichen Unternehmungen, die im Vertragsverhältniß zur Gemeinde stehen.
2. Spezielle Sozialpolitik. Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeits-

ordnungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Lohnskala nach Dienstzeitdauer; 8-Stunden-Tag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung von Pensions-, Wittwen- und Waisenkassen, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter und Angestellten.

F. Armenpflege.

Weltlichkeit der Armenpflege; weitgehendste Heranziehung ehrenamtlicher Elemente insbesondere der Frauen; offene Armenpflege mit ausreichenden Unterstützungssätzen; geschlossene Armenpflege in Versorgungshäusern für die körperlich hilfsbedürftigen Armen; Errichtung von Obdachasylen und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle; Waisen- und Haltekinderpflege nach hygienischen und pädagogischen Grundsätzen.

111. Ed. Bernstein: Die Resolution 106, Absatz 1, so zu fassen: Die Versicherungsgesetze des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung zu bewahren und die den Unternehmern zufallende Schadenersatzpflicht zu mindern, genügen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

112. Arons: Vor Punkt 7 der Resolution Molkenbuhr einzuschalten „Organisation des Arbeitsmarkts".

113. A. v. Elm: In Bezug auf Punkt 7 (Arbeitslosenversicherung) schließt sich der Parteitag den von dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß angenommenen Grundsätzen an.

114. Abänderungs-Antrag Bömelburg und 22 Genossen zu Nr. 106, Ziffer 6 folgende Fassung zu geben: 6. weiterer Ausbau der Unfallverhütung, insbesondere zu diesem Zweck Einführung einer Kontrolle durch seitens der versicherten Arbeiter gewählte und aus Reichsmitteln besoldete Beamte; Verbesserung der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen.

115. Amendement Zietz zur Resolution Molkenbuhr: 6. Verbot der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen 4 Wochen vor und 6 resp. 8 Wochen nach der Entbindung, sowie Zubilligung eines Krankengeldes in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes.

116. Resolution Schmidt, Frankfurt. Da unser Partei-Programm mit in erster Linie auch die Einführung des Proportional-Wahlsystems für alle Wahlen fordert, so ist es Pflicht aller Parteigenossen

für die baldige Durchführung dieses Systems für alle Wahlen in Reich, Staat und Gemeinde nach Möglichkeit zu wirken. Unter keinen Umständen aber ist es zulässig, sich der allgemeinen Einführung dieses Systems zu widersetzen.

117. Grunwald mit 19 Genossen: Den nächstjährigen Parteitag in Jena abzuhalten.

118. Rudolph und 22 Genossen: Die Berichterstatter über die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitags haben Resolutionen und Anträge, die sie dem Parteitag zur Annahme vorzuschlagen beabsichtigen, dem Parteivorstand so zeitig einzureichen, daß sie gleichzeitig mit den übrigen Anträgen schon vor dem Parteitag veröffentlicht werden können.

119. Paul Hoffmann, Hamburg: In denjenigen Theil der Resolution Lindemann, der von der Sozialpolitik handelt, anstatt „Regelung

des Submissionswesens 2c." zu sagen: Beseitigung des Submissionswesens und Uebernahme aller Arbeiten in eigener Regie.

120. Resolution Heinr. Mahlke: „In Erwägung der Thatsache, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholismus auch die Trinksitten und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die Wirkung der geistigen Getränke als Ursachen derselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage und besonders der neueren medizinischen Forschungen über die Alkoholwirkungen. Der Parteitag geht dabei von der Ueberzeugung aus, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholismus eine Stärkung der Kampfesfähigkeit des Proletariats in sich schließt."

121. Resolution Fischer-Berlin, zu den Anträgen betr. Alkoholfrage: Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Gefahren an, die aus einem übermäßigen Genuß alkoholischer Getränke für den Kampf um die politische und wirthschaftliche und damit die physische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse entspringen;

der Parteitag ist aber nicht in der Lage, die Agitation für die völlige Abstinenz von alkoholischen Getränken als eine der Aufgaben der Partei oder die Verpflichtung zur Abstinenz als Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit zu erklären;

die deutsche Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die ihre politischen und wirthschaftlichen Grundsätze in ihrem Programm niedergelegt hat, daher muß es der Parteitag ablehnen, über Fragen ein Urtheil zu fällen, die, wie die Frage der absoluten oder relativen Schädlichkeit des Alkohols, in das Gebiet der Spezialwissenschaften gehören.

In der Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie es von jeher als ihre Aufgabe betrachtet hat, die Arbeiterklasse nicht blos körperlich, sondern auch geistig und sittlich zu heben und sie so zur Führung ihres Befreiungskampfes immer mehr zu befähigen, erklärt der Parteitag die Anträge betreffend die Alkoholfrage für erledigt.

122. Vorschlag der Redaktions-Kommission betr. Resolution Molkenbuhr 106 zu Punkt 5 der Tagesordnung (Arbeiterversicherung): Die Versicherungsgesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirthschaftlich gleichstehenden Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. Volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung;
6. weiterer Ausbau der Unfallversicherung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden; voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen.
7. Unterstützung von Schwangeren, sobald gegen das Ende der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren und von Wöchnerinnen

für die Dauer von wenigstens 6 Wochen vom Tage nach der Entbindung an.

8. Organisation des Arbeitsmarktes.
9. Einführung der Arbeitslosenversicherung;
10. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

123. Vorschlagsliste für die Wahlen: Vorsitzende: Bebel Singer. Kassirer: Gerisch. Sekretäre: Auer, Pfannkuch. Kontrolleure: W. Bock, Fr. Brühne, E. David, F. Ehrhart, v. Elm Ad. Geck, Aug. Kaden, H. Koenen, H. Meister, Joh. Pfarr v. Vollmar, Klara Zetkin.

124. Lily Braun und 20 Genossen: Daß in der Regel, ebenso wie der Geschäftsbericht des Parteivorstandes und der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit bereits 4 Wochen vor dem Parteitag gedruckt vorliegt, auch die Referate über die übrigen Punkte der Tagesordnung, soweit sie prinzipielle oder organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung betreffen, vorher erscheinen, damit die Delegirten sich genügend orientiren und vorbereiten können, und der Diskussion breiterer Raum bleibt.

125. Freythaler, Berlin und Genossen: Den Beschluß des Parteitages in Erfurt vom 21. Oktober 1891, soweit er sich auf Herrn Wildberger bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen.

126. Singer und 20 Genossen: Daß von den Organisationen, Vertrauenspersonen u. s. w. alle Wahlflugblätter, bemerkenswerthe Artikel, Flugschriften der Gegner dem Centralorgan zugesandt werden, damit von ihm, eventuell durch eine besondere Wahlkorrespondenz, die feindlichen Wahllügen in möglichster Vollständigkeit gesammelt und widerlegt werden können.

127. Resolution Kimmel, Hamburg III und 24 Genossen: Im Anschluß an die vom Parteitag in Mainz angenommene Resolution 72, die von Berliner Genossinnen gestellt war und bezweckte, daß die bisherige Organisation der weiblichen Vertrauenspersonen in den Staaten aufrecht erhalten werden solle, in denen den Frauen die öffentliche Theilnahme an der politischen Thätigkeit versagt ist, erklärt der Parteitag, daß mit der Annahme der oben erwähnten Resolution die Beibehaltung der Organisation der Genossinnen unter eigenen Vertrauenspersonen neben den allgemeinen Parteiorganisationen in den Bundesstaaten, in denen der Mitgliedschaft der Frauen an den bestehenden Parteiorganisationen gesetzlich nichts im Wege steht, keine Berechtigung mehr hat. Den Genossinnen wird vielmehr recht rege Betheiligung an letzterer empfohlen.

128. Luxemburg und 20 Genossen: Der Parteitag verurtheilt auf's Schärfste die Dienste, die dem russischen Zarismus von deutscher Seite in neuester Zeit geleistet werden und Deutschland in ein unwürdiges Verhältniß zu der zarischen Reaktion stellen.

Der Parteitag spricht zugleich den unter den schwierigsten Verhältnissen ringenden russischen Genossen die wärmsten Sympathien und die aufrichtigste Bewunderung zu ihrem heldenmüthigen Kampfe aus. Der Parteitag erwartet, daß sich zu diesem Kampfe um die Niederwerfung der asiatischen Despotie das Proletariat aller Nationen, die unter dem Joche des Absolutismus schmachten, wie ein Mann erheben wird, um für das gesammte russische Reich demokratische Freiheiten zu erringen und zugleich die Kulturwelt endlich von dem größten Hort der Reaktion zu befreien, auf den die sehnsüchtigen Blicke aller kapitalistischen Regierungen gerichtet sind.

129. Rich. Beyer, Leipzig: Den nächsten Parteitag in Leipzig abzuhalten.

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 14. September 1902, Abends 7 Uhr.

Das Kongreßlokal, die „**Schwabinger Brauerei**“, liegt in Schwabing, einer Vorstadt Münchens. Der Garten der Brauerei, über deren Pforte ein rotes mit roten Fähnchen in den Landesfarben geschmücktes Schild den Delegierten: Willkommen, Vertreter der Arbeit! zuruft, ist ebenso wie die inneren Räumlichkeiten des großen Lokals überfüllt. Zu Tausenden sind die Münchener Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeströmt, um an der Eröffnung des Parteitages teilnehmen zu können. Der große Nebensaal, der an den Kongreßsaal stößt, bietet mit der tiefen Mittelgalerie zwischen den beiden Sälen nicht genügend bietet mit der tiefen Mittel-Galerie zwischen den beiden Sälen nicht genügend Raum für die Kopf an Kopf gedrängt stehenden Massen. Ueberfüll ist auch der prächtige Kongreßsaal, an dessen vier Längstafeln die Delegierten Platz genommen haben. Tannenreisig und Tannenguirlanden schmücken die Säulen und Wände, Schilder erinnern an die früheren Parteitage der Gesamtpartei und der bayrischen Sozialdemokratie, herrliche Seidenfahnen hängen herab: die Banner aller pfälzischen Arbeitervereine. Eine Kolossalbüste der Freiheit, wie sie zuerst im Kongreßsaal zu Hannover die Vertreter der Partei begrüßte, sieht aus einem Hain immergrüner Pflanzen neben der breiten Tribüne, auf der das Präsidium sitzen wird, auf die Delegierten herab.

Gesang der Münchener Arbeitergesangvereine „Echo“, „Nordwest“ und „Vorwärts“ ging der Eröffnung des Parteitages voran. Gewählt war ein Lied, dessen Text von unserem verstorbenen Genossen Max Kegel gedichtet ist: Saat und Ernte.

Kurz nach 7 Uhr betritt unser alter Münchener Genosse **Birk** das Rednerpult und begrüßt namens der Münchener Parteigenossen die erschienenen Vertreter. Nicht mit Glockenklang und Kanonendonner, sondern mit einem schlichten, kernigen Proletarierliede haben wir den Parteitag willkommen geheißen. Wenn in München auch historische Thaten nicht verrichtet wurden, so haben doch die Münchener Parteigenossen in harten Stürmen mitgekämpft und manchen unserer alten Mitkämpfer finden Sie heute in Ihren Reihen. Gar manche aber dieser alten Mitkämpfer sind uns entrissen, und auch ihrer wollen wir heute freundlich gedenken. Unter volksfeindlichen Verhältnissen, wie sie heute herrschen, unter dem Zeichen des Brotwuchers, muß der Kampf für das Proletariat immer ernster und schwerer werden. In diesem Saale, der unsere Waffenschmiede sein soll, wird in den nächsten Tagen mancher Funken fliegen. Aber die Gegner werden nicht die Freude haben, sie Feuer fangen zu sehen. (Bravorufe.) In unserer schönen, gemütlichen Stadt, die so reich an Kunstschätzen ist, heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf ergreift namens des Parteivorstandes das Wort

Auer: Ich glaube wohl, im Namen aller Delegierten zu sprechen, wenn ich zunächst meinem Vorredner für die freundlichen Begrüßungsworte herzlichst danke. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist der erste Kongreß, den die sozialdemokratische Partei Deutschlands in Bayern abhält. Die Gestaltung des Vereinsgesetzes hat uns bisher daran verhindert. Diese Hindernisse sind nun gefallen, und allgemein herrschte das Bestreben, in diesem Jahre nach München zu kommen. Jetzt sind wir hier und wir sind überzeugt, daß sich dieser Parteitag würdig seinen Vorgängern anreihen wird. Wichtige Aufgaben haben wir zu erledigen. Wir haben uns vor allem mit der nächsten Reichstagswahl zu befassen. Mit Ernst und Sachkenntnis — das darf ich wohl aussprechen —, gestützt auf frühere Erfahrungen, wird auch diesmal die Tagesordnung erledigt werden. Gewiß, es werden Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen, aber sie werden in einer Art und Weise zum Austrag gebracht werden, wie sie sich unter Genossen, unter Freunden, unter Personen, die denselben Zielen zustreben, geziemt. Und dem gleichen Ziele, der Emancipation der Arbeiterklasse, streben wir ja alle zu, wenn auch der eine oder der andere in konkretem Falle, in einem bestimmten Punkte anderer Meinung sein kann. In der Erwartung, daß die Verhandlungen des Parteitages ebenso erfolgreich für unser Parteileben, für die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland sein mögen wie die seiner Vorgänger, erkläre ich im Namen des Parteivorstandes den Parteitag für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt nun zunächst die **Wahl des Bureaus.** Auf Vorschlag Molkenbuhrs werden Singer und Vollmar zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten einstimmig gewählt.

Singer übernimmt den Vorsitz und dankt zugleich im Namen Vollmars herzlich für die ihnen erwiesene Ehre. Wir hoffen, daß uns in unserer Leitung der Verhandlungen die Unterstützung der Delegierten nicht fehlen wird und daß, wenn wir auch nicht gewohnt sind, miteinander durch die Blume zu sprechen (Redner weist dabei auf den vor ihm stehenden großen Blumenstrauß — Heiterkeit), doch dieser Strauß ein schönes Zeichen dafür sein wird, daß unser Parteitag nach wie vor die Einigkeit der Partei konstatiert, und daß wir später mit dem Bewußtsein auseinandergehen können, ein gut Stück Arbeit für den Fortschritt der deutschen Sozialdemokratie geleistet zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Zu Schriftführern werden gewählt: Burkhardt-Zittau, Ernst-Berlin, Frau Greifenberg-Augsburg, Keil-Stuttgart, Meist-Köln, Rau-Mühlheim, Stubbe-Hamburg, Thomas-Altona, Witti-München.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungs-Kommission, die zugleich Kommission zur Vorberatung der dem Parteitag zugehenden Beschwerden ist, werden gewählt: Böhle-Straßburg, Ebert-Bremen, Hengsbach-Köln, Säckler-Augsburg, Schöpflin-Leipzig, Stücklen-Altenburg, Frau Thiel-Tempelhof, Vetters-Gießen, Wolderski-Berlin.

Der Parteitag giebt sich hierauf eine Geschäftsordnung. Der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung, der derselbe ist wie bei allen bisherigen Parteitagen, wird debattelos angenommen.

Als tägliche Tagungsdauer des Parteitages wird die Zeit von 1/29—12 und 1/23—7 Uhr festgesetzt.

Der Parteitag schreitet nunmehr zur Festsetzung der Tagesordnung.

Hierzu liegen außer der vom Parteivorstande vorgeschlagenen provisorischen Tagesordnung die Anträge 1—5 vor.

Singer: Ich glaube zur Abkürzung der Verhandlungen beizutragen, wenn ich Ihnen mitteile, daß im Parteivorstand die Absicht herrscht, zu geeigneter Zeit eine preußische Konferenz zur Beratung unserer Taktik bei den preußischen Landtagswahlen einzuberufen. Dadurch erübrigen sich vielleicht, wenn der Parteitag derselben Meinung ist wie ich, die beiden Anträge 1 und 2.

Baethge-Magdeburg zieht infolge dieser Erklärung den Antrag 2 zurück.

Die Anträge 1 und 3 wurden nicht genügend unterstützt, ebensowenig ein versehentlich nicht in die Vorlage aufgenommener Antrag Brandenburg-Westhavelland, die Punkte 1—3 der provisorischen Tagesordnung an den Schluß zu setzen, sowie ein gleichfalls nicht abgedruckter Antrag der Genossen aus Höchst, die Stellungnahme der Partei zum Centrum näher zu präzisieren.

Zum Antrag 4 bemerkt

Singer: Es handelt sich hier um einen Eventualantrag, den wir in dieser Form gar nicht akzeptieren können. Oder ist der Antrag vielleicht so zu verstehen, daß die Wirtschaftskrisen einen besonderen Punkt der Tagesordnung bilden sollen? (Rufe: Nein!) Dann darf ich wohl annehmen, daß der Antrag erledigt ist. (Allseitige Zustimmung.) — Ferner gebe ich den Genossen aus Bremen, die den Antrag 5 eingereicht haben, den Rat, bei der Diskussion über das Referat über Arbeiterversicherung eine entsprechende Resolution zu beantragen. (Zustimmung.) Damit ist also auch dieser Antrag erledigt.

Weitere auf die Tagesordnung bezügliche Anträge liegen nicht vor.

Der Parteitag genehmigt die provisorische Tagesordnung. Dieselbe lautet:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Kontrolleure.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
4. Die bevorstehende Reichstagswahl.
5. Arbeiterversicherung.
6. Kommunalpolitik.
7. Der internationale Arbeiterkongreß 1903.
8. Maifeier.
9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
10. Sonstige Anträge.
11. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.

Damit ist die Tagesordnung der Vorversammlung erledigt.

Schluß 8 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 15. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen.

Singer: Genossen, wir haben, wie stets auf unseren Parteitagen, auch diesmal die Freude, eine Anzahl Delegierter der auswärtigen Bruderparteien unter uns zu sehen. Es sind der Vertreter der österreichischen Parteileitung Genosse Seliger, für die parlamentarische Fraktion Oesterreichs Dr. Adler, Pernerstorfer und Seitz, ferner die Genossinnen Popp, Pohl und Schlesinger als Vertreterinnen der österreichischen Genossinnen. Weiter sind aus Oesterreich anwesend die Genossen Abram, Zelger und Filzer und Haas für die Tiroler Landesorganisation und für die czechische Partei Genosse Nemec. Wir sehen außerdem unter uns den Genossen Askew aus London für die sozialdemokratische Föderation, Vandervelde aus Brüssel für die belgische Sozialdemokratie und Giovanni Lerda aus Genua als Vertreter der italienischen Bruder-

Partei. Für den Landesvorstand der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie **in der Schweiz** erschienen die Genossen **Ludwig Witt** und **Aug. Müller** aus Zürich. Ich heiße diese Genossen und Genossinnen namens der Partei herzlich und brüderlich willkommen. Die Sozialdemokratie Deutschlands ist sich stets bewußt gewesen, welche Pflichten sie gegen die internationale Partei hat. Wir rechnen es uns zur Ehre an, auf unseren Parteitagen eine so reiche Vertretung der ausländischen Bruderparteien zu sehen. Wir werden in Deutschland nie vergessen, das Gefühl der Solidarität und das Band der Internationalität, das das Proletariat aller Länder umschlingt, nach Kräften zu stärken, wissen wir doch, daß gleichviel wo Erfolge errungen werden, es die Erfolge der gesamten internationalen Partei sind, und daß auch bei Mißerfolgen die gesamte internationale Sozialdemokratie mit denen fühlt, die diese Mißerfolge erleiden. Aber auch durch Mißerfolge lassen wir uns nicht entmutigen, sie erheben uns im Gegenteil zu neuer Kraftanstrengung, bis uns endlich der Sieg beschieden sein wird. Ich heiße nochmals die auswärtigen Genossen herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Seliger-Teplitz: Zunächst herzlichen Dank für die freundlichen Worte Singers. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs bringt Ihnen brüderliche Grüße und wünscht Ihren Verhandlungen besten Erfolg. Ich brauche wohl nicht zu betonen, wie eng die Bande sind, die uns verknüpfen. Wer immer, wenn die deutsche Sozialdemokratie etwas unternimmt, so sind auch diesmal unsere Augen auf Euch gerichtet. Dieser Parteitag erregt in ganz hervorragendem Maße das Interesse der österreichischen Genossen. Sie stehen im Kampfe gegen den Brotwucher und werden Gelegenheit nehmen, hier die Waffen zu schmieden, um die zu Boden zu schlagen, die die Interessen des arbeitenden Volkes verletzen. Das hat auch für uns große Bedeutung, denn der deutsche Zolltarif hat sein Echo bei uns gefunden. Es ist zwischen Oesterreich und Ungarn ein Zolltarif gegen das Ausland vereinbart, dessen Sätze an Höhe dem des deutschen Entwurfs gleichkommen. In Deutschland wird die Entscheidung fallen über den österreichischen Wuchertarif. Das österreichische Proletariat hat nicht die Waffen, die Sie im allgemeinen Wahlrecht besitzen, es kann nicht so wie Sie den Brotwucher bekämpfen. Wenn Sie in den Kampf ziehen, dann werden Sie die besten Wünsche für Ihren Erfolg begleiten, denn der Kampf, den Sie gegen die Agrarier führen, kommt auch uns zu gute. Das österreichische Agrariertum ist noch viel mächtiger und besitzt einen größeren Einfluß als das deutsche; deshalb haben wir auch ein besonderes Interesse für den deutschen Parteitag und wünschen Ihnen schon aus diesem Grunde den besten Erfolg. Sie werden in die kommende Wahlschlacht ziehen, wir sind überzeugt, daß Sie den Sieg glänzend erfechten werden und dieser Sieg wird auch ein Sieg sein für das österreichische Proletariat. Deshalb nochmals: Besten Erfolg! (Lebhafter Beifall.)

Nemec-Prag: Namens der czechischen Sozialdemokratie begrüße ich den deutschen Parteitag und spreche die Hoffnung aus, daß dieser ein Markstein sein möge in der weiteren Entwicklung der proletarischen Bewegung. Wenn wir auch einer anderen Nation angehören und eine andere Sprache sprechen, so sind doch unsere Bestrebungen die gleichen. Euer Kampf ist unser Kampf. Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. (Beifall und Händeklatschen.)

Askew-London überbringt die Grüße der Sozialdemokratischen Föderation: Das englische Proletariat bringe dem tapferen Boerenvolke seine volle Sympathie entgegen und blicke mit Abscheu auf die Niedermetzelung der Frauen und Kinder durch die Engländer. (Beifall.) Die Sozialdemokratie wolle nichts von dem Imperialismus wissen. Zwanzig Jahre Propaganda bei den Gewerkschaften hätten nicht so viel vermocht wie die Weltmachtspolitik der herrschenden Klassen

und die damit verbundene Reaktion. Er wünsche den Verhandlungen besten Erfolg. (Beifall.)

Vandervelde-Brüssel, dessen französische Ansprache von Gen. Zetkin übersetzt wird, dankt für die Begrüßungsworte Singers nicht nur als Vertreter der belgischen Partei, sondern auch der Sozialisten französischer Zunge überhaupt. Ich bedauere, daß ich nicht in deutscher Sprache auf die Bewillkommnung des Vorsitzenden antworten kann. Die Sprachunterschiede bilden leider vielfach ein Hindernis, das sich der Verständigung der Sozialisten aller Länder entgegenstellt. Ich bin hierher gekommen, um eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen, die ich als Vertreter der belgischen Sozialdemokratie gegenüber der deutschen Sozialdemokratie empfinde. Vor wenigen Monaten hat die belgische sozialdemokratische Partei einen ihrer schmerzlichsten, furchtbarsten Augenblicke erlebt. Die Partei stand in einem schweren Kampfe um die Eroberung des gleichen Wahlrechts. Dieser Kampf richtete sich nicht bloß gegen die klerikale Reaktion, sondern auch gegen den belgischen Liberalismus. Die Anhänger der Partei stürzten auf den Straßen, die Gefängnisse füllten sich mit Opfern, Hilfe war dringend nötig. Wenn heute die Witwen der Gemordeten nicht Not leiden, wenn die Familien der Eingekerkerten gegen die bitterste Not geschützt sind, so ist das wesentlich der thatkräftigen Unterstützung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie zu danken. Der Kampf um die Eroberung der politischen Gleichberechtigung des Proletariats ist zwar vorläufig unterbrochen, aber nicht beendet, und wird von der sozialistischen Partei Belgiens mit aller Energie und allem Opfermut bis zum endgültigen Siege durchgefochten werden. Auch nach der Niederlage steht die belgische Partei einheitlich und zielklar da. An die Niederlage wurden von den Gegnern überschwengliche Hoffnungen auf eine Zersplitterung geknüpft. Die belgischen Genossen sind aber mit der gleichen leidenschaftlichen Begeisterung wie früher in den Wahlkampf eingetreten. Nicht ein Sonntag ist verflossen, an dem nicht ein Volkshaus eröffnet worden ist. Wenn auf dem bald darauf stattgehabten Kongreß auch Meinungsverschiedenheiten über die Taktik des Kampfes hervorgetreten sind, so war man doch darüber einig, daß der Kampf bis ans Ende durchgeführt werden müsse. Es hat mich überrascht, hier von Genossen Kautsky zu hören, es habe sich innerhalb der belgischen Partei eine Spaltung vollzogen. Diese „Spaltung“, von der in den Zeitungen die Rede gewesen ist, bestand nur in einer kleinen lokalen Zersplitterung im Borinage, die dadurch entstanden ist, daß ein Mann die Situation ausnützte, der bereits vor zwei Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Solche falschen Preßnachrichten können das belgische Proletarit nur schädigen und kompromittieren. Meinungsverschiedenheiten giebt es auch, wie gestern Auer hervorhob, in der deutschen Partei, aber trotz aller Auseinandersetzungen giebt uns die deutsche Partei ein Beispiel der Einigkeit im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind. Wir alle kämpfen unermüdlich für das große Endziel, die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Giovanni Lerda begrüßt in italienischer Sprache (übersetzt von Genossin Zetkin) den Kongreß als Vertreter der jungen italienischen Partei, die eben eine Krisis durchgemacht hat, von der sich vielleicht noch Nachwehen bemerkbar machen werden. Aber es hat sich herausgestellt, daß die Differenzen vielmehr formeller als thatsächlicher Natur waren. Die bürgerliche Presse hat außerordentlich übertrieben. Der Kongreß von Imola hat ergeben,daß keine ernstlichen Differenzen in den ausschlaggebenden Grundsätzen vorhanden sind, sondern daß es sich im wesentlichen nur um Unterschiede in der Beurteilung der taktischen Fragen gehandelt habe, in welchem Umfange die Regierung die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei haben kann. In Deutschland freilich hat es vielfach geschienen, als ob der Kongreß zu Imola nicht eine

Stätte der Beratungen, sondern eine Stätte wüsten Parteihaders gewesen wäre. So hat die „Frankfurter Zeitung", die in Italien einen großen Ruf genießt, Nachrichten gebracht, als wären die Sozialisten in Imola unter einander handgemein geworden. Das ist natürlich unwahr. Derartige Meldungen bezeugen nur, welche tiefe Schadenfreude die bürgerliche Welt empfinden würde, wenn thatsächlich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten die Sozialisten auseinanderreißen würden. Als Vertreter der einigen sozialistischen Partei Italiens kann ich der deutschen Sozialdemokratie unsren Gruß entbieten, und die junge italienische Partei bedarf, gerade weil sie jung ist, um so mehr der moralischen Unterstützung der internationalen Bruderparteien. Hoffentlich wird auch der Münchener Parteitag die Sache des internationalen Proletariats und seines Befreiungskampfes fördern. (Lebhafter Beifall.)

Müller-Zürich: Ich bin zwar ein Deutscher, kann aber wohl behaupten, daß ich der internationalste Vertreter hier bin. (Heiterkeit.) Ich habe Sie zu begrüßen im Namen des Landesausschusses der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz. In dieser Organisation sind aber nicht nur deutsche und österreichische Sozialdemokraten vertreten, sondern auch Ungarn, Böhmen, Rumänen 2c. In der Schweiz behandelt man die Ausländer etwas anders als in Deutschland. Wenn sie auch nicht zur Wahlurne gehen dürfen, so macht man ihnen doch wenigstens keine Schwierigkeiten, wenn sie sich an der politischen Bewegung beteiligen, man weist sie deshalb nicht aus (Rufe: Na, na!) Wir haben vierzig Vereine, die über die ganze Schweiz verteilt sind, die sich die Aufgabe gestellt haben, dem gehetzten Edelwild, das das Asylrecht in Anspruch nehmen muß, unter die Arme zu greifen. Leider versagt dieses Asylrecht mitunter gerade dann, wenn man es am nötigsten braucht. Zur Unterstützung dieser gehetzten Leute haben wir einen eignen Fonds gebildet. Unser Parteileben, an dem sich die in der Schweiz wohnenden deutschen Parteigenossen eifrig beteiligen, bietet ein getreues Spiegelbild der deutschen Bewegung. So erklärt sich auch das rege Interesse, das die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz dem gegenwärtigen Parteitag entgegenbringen. Neben vielen Alten, die schon seit langen Jahren für uns gekämpft haben, kämpfen bei uns auch viele Jüngere, die meist nur vorübergehend bei uns sind. Sie haben da Gelegenheit, die Demokratie kennen zu lernen, sie sehen, wie bei uns der Kapitalismus genau so brutal ist wie in Deutschland, und daß es gleichgültig ist, ob er sich als Absolutismus oder Demokratie geberdet. Während man früher in der Schweiz das Hauptgewicht auf die demokratische Bewegung legte, ist das jetzt anders geworden. Jetzt sind auch bei uns die „Revisionäre" an der Arbeit. (Heiterkeit.) Aber sie wollen, im Gegensatz zu den deutschen Revisionisten, die Trennung von den bürgerlichen Parteien. Die schweizerische Sozialdemokratie ist selbständig geworden und der Erfolg sind die Siege, die wir in den letzten Wochen errungen haben. Weitere Erfolge werden Sie sehen, wenn in zwei Monaten die Schweizer an die Wahlurne schreiten, um ihre Nationalräte zu wählen. Man hat erkannt, daß die demokratischen Ziele den sozialen koordiniert sein müssen und daß der demokratische Gedanke unauflöslich verknüpft sein muß dem sozialen Gedanken. Im nächsten Jahre werden sie in Deutschland zur Wahlurne schreiten und Sie können sich versichert halten, daß Sie dabei die Sympathien der schweizerischen deutschen und österreichischen Sozialdemokraten begleiten. Aber auch mit thatkräftiger Hilfe wollen wir Ihnen beistehen. Deshalb kann ich Ihnen als besten Gruß denjenigen übermitteln, daß wir entschlossen sind, Ihnen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu helfen in dem schweren Kampfe, dem Sie entgegen gehen. In diesem Sinne entbiete ich Ihnen den Gruß der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz und des Arbeiter-Bildungsvereins in Zürich. (Lebhafter Beifall.)

Zahlreiche Begrüßungs-Telegramme sind eingelaufen, unter anderm vom deutschen sozialistischen Arbeiterverein „Vorwärts" in Kopenhagen, von der sozialdemokratischen Partei Dänemarks, von der parti ouvrier français (französische Arbeiterpartei), von Plechanow und Axelrod für die russische revolutionäre Sozialdemokratie, von der sozialdemokratischen Partei Frankreichs, von der ungarländischen sozialdemokratischen Partei, vom Centralausschuß des interföderalen Komitees.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Erster Punkt derselben ist der

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: 6, 7, 8, 9, 58a und 58b.

Die Anträge 6, 58a und 58b werden genügend unterstützt. Antrag 7 wird nicht unterstützt. Antrag 8 erledigt sich dadurch, daß Singer erklärt, es handle sich hier nur um einen Auftrag, der den Delegierten erteilt sei. Antrag 9, dessen Verlesung große Heiterkeit hervorruft, wird nicht unterstützt. — Es stehen also nun die Anträge 6, 58a und 58b mit zur Debatte. Den Bericht erstattet

Auer: Der Inhalt des vom Parteivorstande erstatteten schriftlichen Berichts ist Ihnen bereits bekannt. Ich brauche also nicht mehr in alle Details einzugehen. Bekanntlich sind, besonders im „Vorwärts", Zweifel darüber aufgetaucht, ob die vom Parteivorstand vorgeschlagene provisorische Tagesordnung zweckmäßig sei. Der Parteivorstand hatte sich aber bei der Aufstellung der Tagesordnung an Beschlüsse zu halten, die auf dem vorjährigen Parteitage gefaßt worden sind. Damit waren die Punkte „Arbeiterversicherung" und „Kommunalpolitik" bereits fest gegeben. Ich möchte Sie ersuchen, zu erwägen, ob diese Praxis, daß ein Parteitag immer bereits die Themata für den folgenden vorschreibt, die richtige ist. Für falsch aber halte ich, wenn jetzt schon die Gegenstände für die nächste Tagesordnung fixiert werden. (Sehr richtig!) Wir legen uns dadurch Fesseln auf, die mir durchaus überflüssig erscheinen. Allerdings halte ich die diesmal gemachten Vorschläge für eine Aenderung der Tagesordnung nicht für besonders glücklich. Ich meine, daß die Punkte der provisorischen Tagesordnung glücklicher gewählt sind, als die zum Ersatz vorgeschlagenen Punkte. Der Parteitag hat ja durch seinen gestrigen Beschluß bezeugt, daß er derselben Meinung ist. Wie soll es möglich sein, wenn der Parteivorstand an eine bestimmte Tagesordnung gebunden ist, nach Bekanntmachung dieser Tagesordnung noch neuen Anregungen zu folgen? Es scheint mir richtiger zu sein, daß in Zukunft die Parteipresse rechtzeitig gebührende Aufmerksamkeit auf die Tagesordnung wendet und die aufgetretenen Vorschläge diskutiert.

Ein weiterer Vorschlag ging dahin, daß ein besonderer preußischer Parteitag abgehalten werde, der sich speciell mit den nächstjährigen preußischen Landtagswahlen beschäftigen solle. Dieser Vorschlag ist ja bereits durch unsren gestrigen Beschluß erledigt. Die Frage, ob dies zu geschehen hat, muß offen gehalten werden. Sie ist vor allem eine Frage der preußischen Parteigenossen. Es erscheint uns unangebracht, wenn der allgemeine deutsche Parteitag den preußischen Genossen Vorschriften darüber machen wollte, ob sie für sich einen Landesparteitag, eine Landesdelegierten-Konferenz einberufen sollen oder nicht. Der allgemeine Parteitag muß gegenüber den preußischen Genossen denselben Standpunkt einnehmen, den er den Genossen aller übrigen deutschen Staaten einräumt. Wir müssen auch hier das Recht der Selbstwahrnehmung der Interessen anerkennen.

Es sind dem Parteivorstand weiter Monita darüber erteilt, daß das Ausschreiben des Parteitages dieses Mal etwas zu spät erfolgt sei. Ich kann diesen Einwurf nicht für unberechtigt erklären. Ein Zusammentreffen verschiedener Umstände hat es diemal mit sich gebracht, daß die Einberufung erst kurz vor dem letzten vorgeschriebenen Termin erfolgte. Es kommt hinzu, daß der Parteitag in diesem Jahre etwas früher als sonst abgehalten wird. Dadurch ist hier und da die Empfindung hervorgerufen worden, als mache sich eine Aenderung der Organisation notwendig, um solche Vorkommnisse künftig auszuschließen. Die Magdeburger Genossen haben deshalb beantragt, daß die Einberufung des Parteitages nicht wie bisher spätestens vier Wochen, sondern acht Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben erfolgen muß. Ich glaube nicht, daß sich dieser Antrag, der aus einem vereinzelten Falle heraus entstanden ist, empfiehlt. Der Termin zwischen Einberufung und Zusammentritt des Parteitages muß möglichst kurz sein, damit im Notfalle rasche Entscheidungen von der Partei getroffen werden können. Die Nürnberger stellen den Antrag, daß der Vorstand in seinem Berichte Auskunft zu geben hat, was er und die Fraktion zur Durchführung der früheren Parteitags-Beschlüsse gethan haben. Ich muß gestehen, daß mir der Antrag in der vorliegenden Form nicht klar genug gefaßt zu sein scheint. Soll der Vorstand Auskunft geben über alle Parteitags-Beschlüsse, die im Laufe der langen Jahre schon gefaßt worden sind? Das ist doch ganz ausgeschlossen. Es kann sich also wohl immer nur um die Beschlüsse des vorhergehenden Parteitages handeln. Darüber geben aber die Berichte des Vorstandes und der Fraktion genügend Auskunft. Und ist das nicht der Fall, so können in der Diskussion des Vorstands- und des Fraktionsberichtes die Mängel gerügt werden. Im übrigen trifft für die Parteitags-Beschlüsse dasselbe zu, wie für alles Menschenwerk. Es kann nicht nur einer viel fragen, was auch viele nicht beantworten können, es können auch viele manches beschließen, was die wenigen nicht auszuführen vermögen. (Heiterkeit.) Nicht jeder Parteitagsbeschluß ist der Inbegriff höchster Weisheit und Vollkommenheit. Ich gebe zu, daß über viele dieser Beschlüsse in den Berichten keine Auskunft gegeben ist, und daß viele dieser Beschlüsse zu den Akten gelegt wurden und man sich ihrer später nicht mehr erinnert hat, sie sind eben abgelöst worden durch neue Aktionen, die sich notwendig machten. Ich glaube nicht, daß im großen und ganzen etwas wesentliches dabei verloren gegangen ist. Was wirklich Bedeutung hatte, ist erledigt worden, wenn das vielleicht auch nicht immer in den Berichten erwähnt ist.

Es ist ferner angeregt, den Kampf gegen das Centrum besonders auf die Tagesordnung zu setzen. Die Genossen empfinden das Bedürfnis nach Agitationsmaterial zum Kampfe gegen das Centrum. Dies Bedürfnis wird nirgends mehr anerkannt als im Parteivorstand selbst, aber nicht bloß das Bedürfnis zum Kampfe gegen das Centrum, sondern zum Kampfe gegen alle uns feindlich gegenüberstehenden Parteien. Persönlich wundere ich mich geradezu darüber, wie das Verlangen nach Material gegen das Centrum jetzt auf einmal so in den Vordergrund tritt. Ich bin der Ansicht, daß, wenn gegen irgend eine Partei Material im Ueberfluß vorhanden ist, dann gerade gegen das Centrum. (Sehr richtig!) Diese Partei, die in den letzten Jahren eine völlige Schwenkung gemacht und den Charakter als Volkspartei aufgegeben hat, die den Zoll- und Lebensmittelwucher in einer nie gekannten Weise unterstützt, die heute die Trägerin des Militarismus und der Flotte ist, diese Partei, die noch heute genau so rückständig, wie jemals zuvor ist, wenn es heute gegen diese Partei noch immer nicht genügend Material geben soll, so habe ich die Ueberzeugung, nicht der Mangel an Material ist es, der konstatiert werden muß, sondern der Mangel an Fähigkeit, das vorhandene Material zu benutzen bei denjenigen, die das Centrum bekämpfen sollen. (Sehr richtig!) Das Centrum besitzt gewiß eine ausgezeichnete Organisation, und auch im entferntesten Dorfe hat es einen be-

zahlten Agitator in dem Geistlichen. Das Centrum kann sich auch auf eine Macht stützen, von der schon der Dichter sagt, daß selbst Götter gegen sie vergeblich kämpfen. (Heiterkeit.)

Aber dafür, daß die Macht des Centrums nicht absolut unüberwindlich ist, dafür liefert gerade München-Schwabing und der zweite Münchener Wahlkreis einen klassischen Beweis. (Sehr richtig!) Hier war der Einfluß der Centrumspartei allmächtig, und in diesem Centrums-Eldorado, in diesem stockkatholischen München und seiner Umgebung ist ein Bollwerk der Sozialdemokratie aufgerichtet worden. Was die Münchener fertig gekriegt haben, das müssen auch andre machen. Erreicht werden solche Erfolge aber nicht durch Beschlüsse des Parteitages, wie sie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen werden, es sollen so und so viel Broschüren und Flugblätter herausgegeben werden, mit andern Worten, es soll ein Nürnberger Trichter zur Belehrung des ganzen Volkes geschaffen werden. (Heiterkeit.) Solche Beschlüsse können gefaßt werden, obgleich ich keinen dieser Anträge unterstützen werde. Aber was helfen diese Beschlüsse? Brauchbare Broschüren nimmt der Parteivorstand stets mit Handkuß entgegen und läßt sie erscheinen. Aber es besteht eben die Schwierigkeit, solche allen Anforderungen entsprechende geistige Arbeiten auch zu produzieren. Ich will damit nicht sagen, daß uns nicht vielleicht das nächste Jahr schon derartge Produkte bringen wird. Aber das Centrum ist nicht überall dasselbe in seiner Stellung uns gegenüber. Das Centrum in Schlesien, das ganz und gar dem Großgrundbesitz und der Großindustrie unterstellt ist, ist ein ganz andres, als das bayrische Centrum, das sich stützt auf einen rückständigen Bauernstand, auf ein rückständiges Handwerkertum und auf die Einwohnerschaft kleiner Städte, die durch die wirtschaftliche Entwicklung in eine teilweise Vernichtung ihrer Existenz hineingetrieben worden ist. Ganz anders ist es wieder in den rheinischen Industriebezirken mit ausschließlich katholischer Bevölkerung. Broschüren, die hier in Bayern ausgezeichnet wirken, sind absolut unbrauchbar zur Agitation in der katholischen Bevölkerung Schlesiens oder der rheinischen Industriebezirke. Wir haben ja auch bei der Agitation gegen das Junkertum gesehen, daß eines nicht für alle paßt. Das Flugblatt „Was kosten uns die Junker?", das rechts der Elbe ausgezeichnet eingeschlagen hat, hat in Süd- und Westdeutschland, wo ganz andre agrarische Verhältnisse sind, gar keine Wirkung gethan. Für die Beschaffung des notwendigen Agitationsmaterials ist mit Parteitags-Beschlüssen nichts gethan. Im Gegenteil, es ist ungemein billig, das eigne Pflichtgefühl dadurch zu beruhigen, daß man die Ausführung einer für notwendig erachteten Arbeit andren überträgt; der Parteitag beschließt: „Der Parteivorstand hat das und das zu machen". Sieh zu, Parteivorstand, wo du bleibst (Heiterkeit), wir Delegierten des Parteitages haben unsre Pflicht gethan, indem wir einen Arm oder, wenn es nötig ist, auch alle beide Arme hochheben. Ich bin eigentlich etwas überrascht und geärgert durch das Echo, das die Anregung, den Kampf gegen das Centrum auf die Tagesordnung zu stellen, gefunden hat. Es war vielleicht taktisch nicht besonders klug, daß man im offiziellen Organ der Partei diese Anregung gegeben hat. Wir dürfen nicht vergessen: im Centrum rumort es, es ist durch eine gewaltige Frontveränderung aus einer Oppositionspartei zur Regierungspartei geworden und hat seine ganze Vergangenheit desavouiert. Die Aeußerungen des Reichstags-Abgeordneten Dr. Schaedler auf dem Katholikentag in Mannheim: die Regierung — was hat sie für das Volk? Kanonen und Steuerzettel! — waren alter Centrumstradition entsprungen. Viele Mitglieder des Centrums wünschen wohl, daß Dr. Schaedler dies Wort nicht gesprochen hätte oder ihm eine abschwächende Bedeutung geben möge. Alle diese Vorgänge zeigen doch, wie es im Centrum selbst rumort. Ich erinnere ferner an die Animosität der katholischen Arbeiter im Rheinland gegen die Haltung des Centrums in der Zollfrage. Das beweist, daß es der Partei nicht so wohl ist in

ihrer Haut, wie sie nach außen den Anschein nicht zu erwecken versucht, sondern auch nötig hat. Und in dieser Zeit der inneren Krisis des Centrums wird nun mit einem Male gewissermaßen offiziell von uns proklamiert, daß diese Partei der starke gewaltige Turm ist, gegen den sich unsre ganze Kraft zu richten habe. Was hat dieser Vorstoß zur Folge gehabt? Doch nur, daß das Centrum sich mit einem Male wieder bläht und sagt: „Seht Ihr, welche Bedeutung wir haben?" (Sehr richtig!) Wir sind der Turm; wir sind noch der einzige Stützpunkt der ganzen bürgerlichen Gesellschaft! Täuschen wir uns nicht! Wenn dem Centrum jemals ein Gefallen erwiesen wurde, so war es durch diese Anregung. (Sehr richtig!) Damit soll kein Vorwurf ausgesprochen sein (Heiterkeit), aber es ist meine persönliche Ueberzeugung, daß wenn wieder einmal derartige wichtige taktische Fragen von offizieller Seite angeregt werden, man das nicht auf eigne Faust thun, sondern sich vorher mit den Kreisen in Verbindung setzen soll, die nach Lage der Dinge nun einmal die Verantwortung zu tragen haben. (Sehr gut.)

Ich komme nun zu dem Kapitel Presse.

Ueber die finanzielle Seite dieser Frage wird Genosse Gerisch, der ja der finanzielle Mittelpunkt in unsrer Partei ist, noch besondere Mitteilungen machen. Ich will vorausschicken, daß sich die wirtschaftliche Krisis auch gegenüber unsrer Presse bemerkbar gemacht hat. Es ist zwar nicht ein umfangreicher Rückgang eingetreten, aber immerhin ist es doch so, daß ein Stillstand in der Entwicklung konstatiert werden muß. Nun liegen Anträge vor (Nr. 37 und 38), in denen verlangt wird, der Parteivorstand solle besondere Parteiblätter für die polnischen Bezirke und die Reichslande herausgeben. Dieser Wunsch ist begreiflich und es liegt mir ferne, dagegen von vornherein eine ablehnende Haltung einzunehmen. Aber es ist nötig, daß der Parteitag bei derartigen Beschlüssen nicht sich lediglich vom Gefühl bestimmen läßt, denn dem Beschluß muß dann auch die That folgen, und die kostet Geld, hat also finanzielle Folgen. Zum Beweise dafür will ich einige Zahlen geben. Auf dem Parteitag in Halle wurde der Beschluß gefaßt, ein polnisches Parteiblatt herauszugeben. Diesem Beschluß wurde entsprochen und die „Gazeta Robotnicza", ein Wochenblatt, mußte 11 Jahre lang von uns unterstützt werden. Für diesen Zweck mußten wir im Laufe der elf Jahre die Summe von 29 441 M. bezahlen; es soll kein Wort über diese Ausgabe gesagt werden, wir wollen uns auch darauf nichts zu gute thun, es war unser eigner freier Wille, der uns zu unsrem Beschlusse bestimmte, diktiert von der Absicht, auch das polnische Proletariat in die Bewegung hereinzuziehen. Nun verlangen die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen, die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenschrift „Gazeta Ludowa" aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen. Ein solcher Wunsch kann uns in sehr große finanzielle Verpflichtungen führen. Sind wir nun in der Lage, derartige Ausgaben auf uns nehmen zu können? Unsre Finanzen sind nicht so besonders; wie in den Finanzbudgets der Staaten wechseln auch bei uns die fetten mit den mageren Jahren, im Laufe des letzten Jahres haben wir monatelang ein Deficit von 75 000 M. gehabt, und wenn wir am Schluß des Jahres doch noch bilanciert haben, so ist das nur einer Reihe günstiger Umstände zu danken. Alle Jahre stirbt nicht ein Rentier Schmidt und nicht jeder Rentier Schmidt hinterläßt uns 38 000 M.; außerdem sind wir in einem Cirkular an die Genossen mit der Pistole in der Hand herangetreten und haben sie erinnert, daß es nicht genügt, Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie zu rufen, sondern daß man auch ab und zu seinen Obolus abliefern muß. (Heiterkeit.) Im letzten Jahre hatten wir ein normales Geschäftsjahr, im nächsten Jahre aber stehen uns Wahlkämpfe bevor, die viel höhere Ausgaben erfordern werden, als je vorher. Nun glaube ich ja, daß der Krieg den Krieg ernähren muß und daß im Wahlkampfe, wo sich jede Fiber

der sozialistischen Arbeiter anspannt, größere Opfer als sonst gebracht werden, aber die Zeit der Krisis, in der wir leben, fesselt diese Opferfreudigkeit, und deshalb ist bei allen Ausgaben Vorsicht geboten. Dazu kommt noch eins: In der polnischen Bewegung spielen sich Dinge ab, die wir alle nur bedauern können. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der polnischen Parteileitung und uns. Wir haben es für durchaus nützlich gehalten, daß sich die Polen eine eigne Zeitung gegeben haben, und wir sind lange gut mit ihr ausgekommen. Ständig waren wir in Verbindung. Außer den 80 000 M. für die „Gazeta Robotnicza" haben wir manches 1000 zur Förderung der polnischen Agitation hergegeben. Wir wußten, wenn die polnischen Führer zu uns zu Besuch kamen, daß es Geld kostet (Heiterkeit), aber wir gaben es gerne, es war Geld für die so notwendige polnische Agitation, notwendig schon, um das Streikbrecherbecken zu verstopfen.

So lange es sich nur um die Einführung des Sozialismus in diese Kreise handelte, waren wir immer einig, aber augenblicklich haben wir es mit einer Bewegung zu thun, die mit den Emancipationsbestrebungen des Proletariats in unserm Sinne nichts gemein hat. In Polen hat sich eine nationale Bewegung entwickelt, die geradezu überraschend ist, und diese Bewegung hat nicht nur die polnische sogenannte bessere Gesellschaft erfaßt, sondern auch das polnische Proletariat. Durch die brutalen, rücksichtslosen Angriffe auf Sprache, Sitte und Religion wurde das Gefühl der Polen verletzt und das hat auch auf ihr Verhältnis zu uns zurückgewirkt. Das Empfinden, daß man die nationale Eigenart gegenüber brutalen Angriffen zu schützen habe, ist auch in proletarische Kreise eingedrungen. Aus diesem Gegensatz zwischen Polentum und offiziellem Deutschtum sind uns Unannehmlichkeiten erwachsen, es ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit des polnischen Volkes Oesterreichs, Rußlands, Deutschlands wieder aufgetaucht, und so entstand auch bei unsren polnischen Genossen der Trieb zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Begreifen kann ich diese Erscheinung, billigen kann ich sie nicht. Wir können nicht auf die Forderungen eingehen, die von diesen Bestrebungen der Polen heraus an uns gestellt werden. Es herrscht das Verlangen nach vollständiger Selbständigkeit, das Verlangen, in den preußischen Provinzen Posen und Oberschlesien eine selbständige polnisch-sozialistische Partei zu bilden, vollständig unabhängig von den dort wohnenden deutschen Genossen, zu denen die Polen nur in demselben Verhältnis stehen wollen wie etwa die Schweizer zu den dort lebenden Deutschen. Die Polen wollen selbst entscheiden, die Aufstellung von Kandidaten u. dgl. soll ihre Sache sein, die Deutschen dürfen sie unterstützen, sie dürfen für sie arbeiten, aber sie haben nichts zu sagen. Der deutsche Arbeiter soll den Polen gegenüber Ausländer sein. Die Auffassung konnten wir nicht billigen, wir wollten aber auch den Streit vermeiden. Es kam zu Auseinandersetzungen, besonders infolge der Vorgänge in Posen. Seitdem dort deutsche Genossen, teilweise mit polnischen Namen, die Bewegung leiten, haben wir einen starken Aufschwung, besonders ein stark entwickeltes Gewerkschaftsleben in Posen zu verzeichnen. Wir freuen uns um so mehr darüber, weil dort nur sehr schwer etwas zu machen ist. Nun wurde gelegentlich einer Nachwahl der Genosse Kasprzak als Kandidat unsrer Partei öffentlich proklamiert. Von seiten der polnischen Genossen wurde gegen diese Kandidatur lebhafter Widerspruch erhoben, es wurden dem Kasprzak Fehltritte, die er sich früher sollte haben zu Schulden kommen lassen, zum Vorwurf gemacht. Man ist uns jeden Beweis für diese Anschuldigungen schuldig geblieben; der einzige Beweis war die Mitteilung, die polnische Partei in Warschau habe ihn seiner Zeit ausgeschlossen. Das konnte aber für uns nicht genügen. Die polnischen Genossen ließen sogar ein Flugblatt erscheinen, in dem sie in rücksichtslosester Weise Verdächtigungen gegen Kasprzak erhoben; es wurde ihm Veruntreuung von Parteigeldern vorgeworfen, er führe ein Parasitenleben

und unterhalte Beziehungen zur Polizei. Dieses Cirkular wurde der polnischen Bourgeoispresse zur Verfügung gestellt und von ihr abgedruckt. Wir selbst konnten über Wahrheit oder Unwahrheit aller dieser Vorwürfe kein endgültiges Urteil fällen, Beweise wurden uns nicht erbracht. Es war der erste größere Versuch für unsre Partei, in jener Gegend Stimmen zu gewinnen, da kam die uns befreundete polnische Parteileitung und warf uns in dieser Weise Knüppel zwischen die Beine. Das war ein ganz unrichtiges Vorgehen, das ist auch taktisch völlig falsch. Derartige Fälle haben sich wiederholt und wir sind deshalb dazu gekommen, daß wir den polnischen Genossen erklärten: Wir billigen Eure Auffassung nicht und können sie auch vor den Parteigenossen nicht verantworten. Wir wollen alles thun, um eine Verständigung herbeizuführen, aber unterstützen können wir diese Bewegung nicht mehr. Deshalb wurde die Unterstützung für die „Gazeta Robotnicza“ gestrichen.

Es muß weiter zur Erwägung gegeben werden, daß, soll ein Blatt in der polnischen Bevölkerung für die Partei wirken, es in Oberschlesien erscheinen muß. Kommen wir nun mit einem zweiten Blatt, der „Gazeta Ludowa“, so ist das natürlich eine Konkurrenz für die „Gazeta Robotnicza“. So lange wir aber auf dem Standpunkte stehen, daß noch eine Verständigung mit den polnischen Genossen herbeigeführt werden kann, so lange können wir kein Konkurrenzblatt gründen. Der Ueberzeugung sind wir noch immer, daß der Zwist nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird, und daß die polnischen Genossen mit uns das Bestreben haben müssen, daß zwischen den deutschen und den polnisch sprechenden Genossen in den deutsch-polnischen Provinzen nicht ein dauernder Gegensatz bestehen darf. Die Auffassung aber halten wir für absolut falsch, daß die Polen die Herren der Provinz seien, denen sich die Deutschen bedingungslos zu fügen hätten. Die Deutschen haben natürlich auf einen Schelm anderthalbe gesetzt, und so stehen wir jetzt vor der Thatsache, daß wir in der Provinz zwei Kandidatenlisten haben, eine deutsche und eine polnische. Ich hoffe bestimmt, daß auf Grund neuer Unterhandlungen die deutschen und die polnischen Genossen sich auf eine gemeinsame Liste einigen. Wir sind bereit, in unsrer Nachgiebigkeit bis an die äußerste Grenze zu gehen und wir befinden uns dabei in der Rolle des älteren Bruders und erfahrenen Freundes. Aber unmöglich können wir dulden, daß innerhalb der deutschen Grenzen eine eigne selbständige Partei völlig unabhängig und ohne Rücksicht auf die deutsche Bewegung sich etabliert — das geht nicht. Es ist auch nicht wahr, daß wir, die von manchen Leuten behauptet wird, von der modernen chauvinistischen Strömung angekränkelt sind. Wie weit sich bei den polnischen Genossen dieses Vorurteil festgesetzt hat, kann ich Ihnen durch eine Stelle aus dem Briefe eines hervorragenden polnischen Arbeiterführers beweisen. Da heißt es: „Ich kann nicht glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie als Partei germanisatorisch auftreten oder daß ihr die Traditionen der Hohenzollernschen Politik sympathisch sind ...“ Ja, wenn hervorragende Führer so schreiben, was soll man dann von den polnischen Arbeitern erwarten? Ich meine, bei aller Anerkennung und aller Rücksicht, die wir den Polen schuldig sind, müssen wir uns darüber klar sein, daß die Polen, so weit sie sich innerhalb der deutschen Grenzen aufhalten, nicht ein von der Gesamtpartei unabhängiger selbständiger Organismus sein können, sie müssen ein Glied von uns sein. Wir müssen daran festhalten: wollen die Polen mit uns zusammen arbeiten, sind sie uns stets willkommen; wollen sie es getrennt auf eigne Faust versuchen, wünschen wir ihnen bestes Glück und legen ihnen nichts in den Weg, aber wir müssen verlangen, daß sie, wenn sie sich uns anschließen, nicht uns in der Weise entgegenarbeiten, wie in dem geschilderten Falle.

Solche Schwierigkeiten kommen naturgemäß für ein französisches Parteiblatt nicht in Betracht. Dort entsteht nur die Frage, ob ein solches Blatt auch

Abonnenten finden wird. (Heiterkeit.) In Elsaß-Lothringen hat jahrelang ein Partei-Organ mit Subvention aus der Parteikasse bestanden. Jetzt erscheinen dort zwei Parteiblätter ohne Subvention. Der Versuch, durch Subventionierung in Elsaß-Lothringen ein Partei-Organ aufrecht zu erhalten, hat uns große Opfer auferlegt. Die Subvention für das erst in Mülhausen, dann in Straßburg erschienene Organ haben der Parteikasse in 11 Jahren 88 942 M. gekostet, trotzdem hat das so subventionierte Blatt niemals rechten Einfluß gewinnen können. Auf dem vorjährigen elsaß-lothringischen Parteitage wurde dann seitens des Parteivorstandes offiziell erklärt, daß die Subventionen aufhören müßten. An Stelle des einen subventionierten Blattes werden nun zwei Zeitungen herausgegeben, die nicht subventioniert werden: das Straßburger Blatt erscheint weiter, die Mülhausener haben sich ein eignes gegründet. Die Vertreter dieses Blattes haben zwar stolz erklärt, sie brauchten die Partei nicht. Sie haben aber doch einen Brief an den Parteivorstand geschrieben mit dem Ersuchen, 20 000 M. als Kaution für das Blatt zur Verfügung zu stellen; das wäre gewiß keine Subventionierung, aber doch der erste Schritt dazu, da die Kaution den Staatsbehörden gegenüber auch als Garantie für etwaige Prozeßkosten usw. dient. Daß im offiziellen Bericht des Vorstandes die Mülhausener „Freie Presse" nicht aufgeführt ist, beruht auf einem Versehen bei der Abfassung des Berichtes.

Auch die Düsseldorfer Genossen sind mit der Stellung des Parteivorstandes bezüglich der Unterstützung ihrer Presse nicht einverstanden. Der vorige Parteitag hat die Unterstützung abgelehnt und der Vorstand ist diesem Beschluß nachgekommen. Ich gebe zu, daß die Düsseldorfer Genossen Anspruch auf ein eignes Organ haben, aber Zeitungen, die nicht aus sich selbst heraus existieren können, sind immer ein sehr kostspieliges Unternehmen. Die Genossen in Bochum sind gleichfalls sehr unzufrieden. Die Verhältnisse sind dort sehr eigenartig, seit Jahren unterstützt die Partei mit sehr bedeutenden Mitteln die Unternehmungen, die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ins Leben gerufen sind. Es erscheint in Dortmund die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung" mit Kopfblättern für Essen, Bochum und andre Orte. Das Blatt in Dortmund deckt sich jetzt selbst, dagegen macht das Bochumer Blatt Jahr für Jahr bedeutende Zuschüsse notwendig, im letzten Jahre allein 5200 M. Der Parteivorstand ist nun nach vielen Besprechungen mit den Genossen aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu dem Entschluß gekommen, in Dortmund ein einziges großes gut geleitetes und gut ausgerüstetes Centralorgan zu schaffen, das unter Fortfall der Kopfblätter für die Genossen des ganzen Bezirkes gelten soll. Die Bochumer Genossen haben diesen Entschluß gebilligt, aber nachdem die gewaltigen Ausgaben für die Einrichtung der neuen Druckerei gemacht waren, kommen sie mit einem Male und sagen: wir thun nicht mit, wir behalten unser Blatt bei, es hat sich zwar bisher nicht rentiert, aber jetzt gründen wir eine neue Druckerei, und da wird es sich schon rentieren. (Heiterkeit.) Ich wünsche, daß sich diese Hoffnung erfüllt, aber man muß es begreifen, wenn der Vorstand die Unterstützung verweigert, zumal da die Genossen ihre alten Verpflichtungen noch nicht erfüllt haben; für das Bochumer Blatt mußten wir noch 5200 M. nach Dortmund zahlen, und dieselben Genossen, die ihre Schulden in Dortmund nicht beglichen haben, richten sich jetzt eine eigne Druckerei ein und lassen andre die Schulden für sich bezahlen. Das sind interne Dinge, die ich am liebsten in geschlossener Sitzung vorgetragen hätte; da der Parteitag aber eine so starke Abneigung gegen die geschlossenen Sitzungen an den Tag gelegt hat, so müssen wir uns über diese Dinge in aller Oeffentlichkeit aussprechen, derartige Zustände können nicht weiter so bleiben, die allgemeinen Verhältnisse dürfen doch nicht so aus dem Auge gelassen werden; einen Stein, den man nicht heben kann, den läßt man liegen. Ist der Parteitag darin andrer Meinung, dann möge er auch dem

Vorstand mitteilen, wo die Mittel hergenommen werden sollen, um die Extravaganzen einzelner Genossen zu befriedigen. (Sehr richtig.)

Nun zu einem andern Gegenstand, zum Verein „Arbeiterpresse". Sie haben dem ungeschicktesten Antrag zu dieser Frage ihre Unterstützung versagt und ich brauche darauf nicht einzugehen. Dieser Verein „Arbeiterpresse" ist eine durchaus selbständige Schöpfung der beteiligten Kreise der Parteibeamten. Im Vorstand herrscht seit langen Jahren die Empfindung, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen muß. Auch wir Sozialdemokraten sind dem allgemein menschlichen Gesetze des Kraftverbrauchs unterworfen. Die Fälle mehren sich, wo Genossen, die ihre Kräfte im Dienste der Partei verbraucht haben und aus dem Leben scheiden, ihre Familie in den kärglichsten Verhältnissen zurücklassen. Für die Partei besteht eine gewisse moralische und materielle Verpflichtung, für die Familie einzutreten, den invaliden Genossen zu unterstützen. Es ist auch bisher unterstützt worden, aber es bleibt immer ein unangenehmes Gefühl, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden. Der Einfluß, das Ansehen, die Liebe, die der einzelne Genosse genießt, sind sehr verschieden. Es giebt ungemein brave Genossen, die ihre Schuldigkeit in vollem Umfange thun und doch der breiten Oeffentlichkeit nicht bekannt sind. Für sie, wenn sie invalide werden, eine Unterstützung zu bewilligen, ist immer schwieriger, als für bekannte Genossen. Auch fehlen die festen Normen; eigentlich darf der Vorstand nur für ein Jahr bewilligen, er läuft immer Gefahr, daß die Kontrolleure andrer Meinung sind. Wie unangenehm für die betreffende Familie, wenn dann der Fall öffentlich behandelt wird. Weil dem so ist und weil derartige Unterstützungen sich immer mehr notwendig machen, ist der Vorstand schon vor Jahren dem Gedanken näher getreten, daß hier etwas geschehen müsse, daß die Beteiligten selber eingreifen müßten, daß aber die Partei gewisse Zuschüsse dazu geben müsse. Wir haben es mit Freuden begrüßt, daß die Beteiligten selber die Angelegenheit in die Hand genommen haben. Es handelt sich dabei nicht um einen Streikverein der sozialdemokratischen Redacteure, wie wohl hier und da im Uebermut einmal gesagt ist, sondern um das Unterstützungswesen für die invalide gewordenen Parteibeamten und die Angehörigen verstorbener Parteibeamten. Wir haben von vornherein erklärt: Gelingt es, eine solche Unterstützungskasse zu gründen, so werden wir, soweit es auf uns ankommt, eine Unterstützung aus der Parteikasse ganz gewiß bewilligen. Der Verein „Arbeiterpresse" hat nun einen Ausweg damit gefunden, daß er auf eine Generalsubvention verzichtet und nur einen persönlichen Zuschußbeitrag vorschlägt, dessen Höhe genau der Summe der Beiträge entspricht, welche die Mitglieder des Vereins an die Unterstützungskasse zu zahlen haben. Das macht 6 M. pro Monat. Es werden also die einzelnen Parteigeschäfte ersucht, ebenfalls 6 M. pro Monat für jedes Vereinsmitglied an die gemeinsame Unterstützungskasse zu zahlen. Diesem Verlangen hat der Parteivorstand keinen Widerspruch entgegengesetzt, und wir haben, soweit die Parteigeschäfte im engeren Sinne, der „Vorwärts", die „Neue Zeit", der „Wahre Jakob", das „Hamburger Echo" und die „Bremer Bürgerzeitung" in Betracht kommen und falls die sonst noch vorhandenen Instanzen zustimmen, unsre Bereitwilligkeit zur Zahlung von Beiträgen erklärt. Für den „Vorwärts" und das „Hamburger Echo" wird dieser Beitrag genau in der Höhe der Mitgliederbeiträge zur Unterstützungskasse aus dem Geschäft bezahlt. In Bremen hat die Preßkommission einen bezüglichen endgültigen Beschluß noch ausgesetzt. Nun ist der Vorwurf erhoben worden, wenn für die Herren Redacteure derartiges gethan wird, müssen alle Arbeiter in derselben Weise behandelt werden, besonders in Berlin wurde betont, daß derselbe Beitrag dann für alle in der Parteipresse angestellten Arbeiter bis zum Laufburschen gezahlt werden müsse. Wir haben darüber nicht zu entscheiden. Die Meinung ist aber durchaus falsch, daß bei den Parteiorganen ein Unterschied zwischen Arbeitern und den Partei-

beamten gemacht werde. Schon bisher ist in allen unseren offiziellen Parteigeschäften — für die Provinzpresse kann ich die Verantwortung nicht übernehmen — für alle Arbeiter, die in der Invalidenversicherung sind, der volle Beitrag aus dem Parteigeschäft bezahlt worden, das sind immerhin auch Summen; es macht in Bremen etwa 600 Mark, beim „Hamburger Echo" gewiß zwei- bis dreimal soviel und beim „Vorwärts" noch mehr. Für seine Parteibeamten bezahlt der „Vorwärts" jetzt einen Zuschuß an die Unterstützungskasse des Vereins „Arbeiterpresse" von 90 Mark monatlich, das ist etwas über 1000 Mark im Jahre. Wenn die Dinge so liegen und mit unsrer Zustimmung solche Summen für die Arbeiter bezahlt werden, dann kann kein Vorwurf erhoben werden, wenn für die Angestellten, die der gesetzlichen Versicherung nicht unterstehen, ebenfalls Beiträge zu einer Versicherung gezahlt werden. Unsere Angestellten wollen sich ein Recht sichern und wenn wir sie darin unterstützen, so glauben wir damit nichts Unrechtes gethan zu haben.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß wurde eine Behauptung aufgestellt, die nicht widersprochen bleiben darf, ein hervorragender Gewerkschaftsführer behauptete, daß man sich in der Partei gegen hohe Gewerkschaftsbeiträge ausgesprochen habe, weil man darin eine Konkurrenz gegenüber der Partei erblicke. Diese Behauptung stützt sich auf eine angebliche Aeußerung, die auf dem ersten Gewerkschaftskongreß in Halberstadt gefallen sein soll. Obwohl schon früher dementiert, kehrt sie immer wieder. Ich konstatiere hier öffentlich, daß niemals von offizieller Seite mit Rücksicht auf die Partei-Einnahmen geraten und verlangt worden ist, die gewerkschaftlichen Beiträge möglichst niedrig zu halten, eine derartige Aeußerung von maßgebender Seite ist niemals in der Partei gefallen; ob es einzelne Genossen giebt, die dieser Anschauung huldigen, und ob hier und da auch eine derartige Aeußerung privatim oder öffentlich gethan ist, das muß ich dahingestellt sein lassen. Ich bin genau der entgegengesetzten Meinung; wenn die Gewerkschaften etwas erreichen wollen, dann müssen die Mitglieder auch Opfer bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß im Namen der Partei jemals eine solche Meinung geäußert worden sei, ist absolut falsch und ich weise solche Behauptungen entschieden zurück.

Eine andre unrichtige Behauptung bezieht sich auf die Konsumvereine. Es wird gesagt, der Partei sei es unangenehm, daß die Konsumvereins-Bewegung hohe Anforderungen an die Partei-Intelligenz stelle und dadurch zu viele Kräfte der Partei entziehe. Ob die großen Erwartungen, die man an diese Bewegung knüpft, sich erfüllen werden, darüber brauchen wir uns heute nicht zu äußern. Aber daß jemals die Partei sich geäußert hätte, diese Bewegung absorbiere zu viele Kräfte und Intelligenzen, das ist ganz unrichtig; einen derartigen Standpunkt halte ich für reaktionär und durchaus unhaltbar, wir können ihn unter keinen Umständen vertreten. (Sehr richtig!)

Ich komme nun noch zu einer organisatorischen Angelegenheit. In Nürnberg sind Parteigenossen aus der Lokalorganisation ausgeschlossen worden. Damit ist noch nicht gesagt, daß die betreffenden keine Parteigenossen mehr sind. Sollten sie aus der Partei ausgeschlossen werden, so tritt die Bestimmung des Organisationsstatuts in Kraft. Nun sind die in Nürnberg Ausgeschlossenen an andern Orten Mitglieder geworden, einer hat sogar die Geschmacklosigkeit gehabt, sich als Reichstags-Kandidat aufstellen zu lassen. Die Kandidatur ist inzwischen zurückgezogen worden, so daß diese Sache für uns erledigt ist. Die Nürnberger erblickten eine Ungeheuerlichkeit darin, daß die betreffenden in einem andern Orte Mitglied wurden, die Angelegenheit kam auf dem Ludwigshafener Parteitag zur Sprache und dort wurde beschlossen, daß ein in einem Orte in Bayern aus dem Wahlverein ausgeschlossener Genosse nicht mehr Mitglied eines andern sozialdemokratischen Vereins in Bayern werden kann. Diesen Beschluß halten wir für falsch. Haben die bayrischen Genossen die Ueber-

zeugung, daß die Betreffenden nicht mehr würdig sind, der Partei anzugehören, so sind sie verpflichtet, den Ausschluß aus der Gesamtpartei zu beantragen. Geschieht das, dann wird den Betreffenden auch die Möglichkeit gegeben, die Einsetzung eines Schiedsgerichts beim Parteivorstand zu beantragen und weiterhin an den Parteitag zu appellieren. Aber nach der Maxime der bayrischen Genossen bleibt der Betreffende nach wie vor Parteigenosse, seine allgemeine deutsche Parteizugehörigkeit wird nicht bestritten, aber eine parteigenössische Thätigkeit vermag er in Bayern nicht auszuüben. In Betracht kommt noch, daß es für die Genossen, die nach dem bayrischen Organisationsstatut ausgeschlossen werden, nicht die Rekursinstanzen giebt, die in unsrem allgemeinen Organisationsstatut vorgesehen sind. Durch den Ludwigshafener Beschluß ist eine grundlegende Bestimmung unsres für die ganze Partei geltenden Organisationsstatuts ignoriert worden. Würde das maßgebend sein, was dort geschehen ist, so würde unser allgemeines Organisationsstatut hinfällig werden. Das ist bedenklich; dem läßt sich aber leicht abhelfen, wenn die bayrischen Genossen das thun, was die Genossen im übrigen Deutschland thun, wenn sie sich nämlich an unser allgemeines Organisationsstatut halten. Die Lokal- und Landesstatuten dürfen nicht im Widerspruch zu dem Gesamtstatut stehen. Glaubt man, das Organisationsstatut sei mangelhaft, so stelle man Abänderungsanträge, so lange es aber besteht, gilt es für uns alle, gleichviel ob diesseits oder jenseits der blau-weißen Grenze. Es darf nicht die Praxis einreißen, daß die allgemeinen Bestimmungen der Partei-Organisation einfach umgangen werden. Es gilt auch, das Recht des Einzelnen zu schützen, und dem Einzelnen ist hier, wenn auch ohne Absicht, Unrecht geschehen; man sagt sich: Für ganz Bayern taugt der Kerl nichts, aber für die Preußen ist er gut genug. (Stürmische Heiterkeit.) Ob eine Aenderung des Organisationsstatuts notwendig ist, lasse ich dahingestellt, ich bin überzeugt, wir werden uns verständigen. Ich bin am Schluß. Jetzt ist es an Ihnen, Kritik zu üben. Machen Sie es gnädig, denn auch für uns gilt der Satz: Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Eine Reihe Begrüßungsschreiben sind eingelaufen. Darunter eines von der „Iskra" und „Sarja" im Namen der „Liga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", des „Petersburger Komitees der russischen Sozialdemokratie" und des „nördlichen Arbeiterbundes" (Föderation der Arbeiterorganisationen in den Gouvernements Wladimir, Kostroma und Jaroslaff).

Schluß 12¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

2¾ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Eingegangen sind wieder verschiedene Begrüßungstelegramme, darunter ein solches vom Sekretariat des internationalen Komitees durch Sekretär Serwy.

Den **Kassenbericht** erstattet nunmehr

Gerisch: Die Zahlen des Kassenberichts liegen Ihnen im Bericht des Parteivorstandes vor. Des Grundes, warum wir noch einen verhältnismäßig guten Abschluß erzielt haben, hat Auer schon gedacht. Die wirtschaftliche Krise muß naturgemäß auf die Beitragsleistung ungünstig einwirken. Die nur auf freiwillige Beiträge angewiesene Partei befindet sich in weit weniger vorteilhafter Lage als die Gewerkschaften mit ihrer festen Organisation. Zu den Beiträgen kommen die Erträge der Parteiunternehmungen. Diese Einnahmequellen dürfen unter keinen Umständen verstopft werden. Ich bedaure deshalb, daß selbst Berliner Genossen in ihrem Antrag 52 vorschlagen, kurzer Hand zu dekretieren, daß der Neue Welt-Kalender für 30 Pf. verkauft werden solle. Wenn auch dieser

Kalender nur eine kleine Einnahmequelle bildet, so sollte doch auch diese nicht in ihrem Ertrag vermindert werden. Weiter lag vor der Antrag der Wandsbecker Genossen, die selbst ihre Verpflichtungen gegenüber der Partei sehr prompt erfüllt haben, die Frage gesondert zu behandeln: „Wie stärken wir die Finanzen unsrer Partei?" Wenn auch nach unserm gestrigen Beschluß diese Frage nicht als besonderes Thema behandelt werden soll, so muß sie doch natürlich von uns erörtert werden. Bereits in Lübeck ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß der „Wahre Jakob", die „Neue Zeit" und die „Gleichheit" nunmehr völlig auf Rechnung der Gesamtpartei hergestellt und vertrieben werden. Der „Wahre Jakob" hat im Rechnungsjahr 1901 einen Reinüberschuß von 20 023,45 M. ergeben, gewiß ein erfreuliches, wenn auch noch steigerungsfähiges Resultat. Aber der „Wahre Jakob" hat von jeher zwei Geschwister gehabt, die sich rechts und links liebend an ihn gehängt haben. Diesen ist er von jeher eine Stütze gewesen. Das hat sich auch jetzt nicht geändert. Durch diese beiden Schwestern wird der Reinertrag des „Wahren Jakob" wesentlich vermindert.

Die „Neue Zeit" hat mit einem Deficit von 10 305 M. abgeschlossen (Hört! hört!), die „Gleichheit" mit einem Deficit von 4480 M. Es ergiebt sich also nach Abzug weiterer Ausgaben für Prozeßkosten ꝛc. nur ein Reinüberschuß von einigen tausend Mark aus diesen drei Blättern. Nun ist es ja klar, daß wir bei der wissenschaftlichen Revue noch auf absehbare Zeit mit Zuschuß zu rechnen haben werden. Aber das Deficit kann verringert werden, einmal durch eine Vermehrung der Abonnentenzahl, und zweitens dadurch, daß die Parteikolporteure und die Expedienten in Parteigeschäften die Abbestellungen rechtzeitig beim Verlag anmelden, damit dieser nicht so unendlich viel Hefte zurück bekommt. Bei der verhältnismäßig niedrigen Auflage der „Neuen Zeit" beträgt die Zahl der zurückgesandten Hefte im letzten Jahre nicht weniger als 17 770. Diese Zahl könnte bei allseitigem guten Willen wesentlich herabgemindert werden. Es ist doch eine Unvernunft sondergleichen, wenn wir erst das teure Papier, Druck und Buchbinderarbeit bezahlen und hinterher Zehntausende von Heften als Makulatur fortwerfen müssen. Bezüglich der „Gleichheit" würde uns eine verhältnißmäßig geringe Steigerung der Abonnentenziffer schon über den Berg hinweghelfen. Von unsrer Genossin Zetkin kann nicht mehr verlangt werden, als sie schon leistet, sie thut das menschenmögliche, und was noch zu thun übrig bleibt, müssen die Genossen selbst thun. Ich habe eine weitere Anregung zu geben: Der „Vorwärts" veröffentlicht allmonatlich eine Parteiquittung, den Fleißigen zur Ehre und den Faulen zur Nachahmung. Nun lesen aber nicht alle Parteigenossen den „Vorwärts", die große Masse ist vielmehr auf die Provinz-Parteipresse angewiesen. Nun habe ich die Bemerkung gemacht, daß sich eine Anzahl dieser Blätter anscheinend zu vornehm dünkt, um die Quittungen zu veröffentlichen. Diese bleiben 8 bis 14 Tage liegen und werden schließlich in einem verhunzten Auszug von wenigen Zeilen gebracht. Auf diese Weise werden die Parteigenossen nicht angeeifert, Beiträge zu leisten. Und sehen Sie sich nur die verschiedenen Anträge an, die populäre Flugblätter und Schriften für die Agitation verlangen. Aber diese Sachen kosten doch Geld, und deshalb sollte die Presse dazu beitragen, indem sie die Quittungen in vollem Umfange abdruckt, die Genossen anzueifern, damit sie sich alle an den Beiträgen für die Parteikasse beteiligen. Ganz besonders unangenehm war das Verhalten verschiedener Blätter bei der belgischen Sammlung. Hier war es ihnen besonders leicht gemacht, indem die Quittung die Beiträge aus Berlin und die aus der Provinz getrennt auswies. Nicht einmal den Auszug über die Provinzbeiträge hat man da gebracht, und die Folge war, daß wir mit einer Flut von Anfragen überschüttet wurden von den Genossen, die wissen wollten, ob ihre Beiträge an die richtige Stelle gelangt seien. Die Parteipresse sollte immer und immer wieder anfeuern, die Parteifinanzen zu stärken.

Eine genaue Uebersicht über den Stand der Parteipresse kann ich leider nicht geben. Es sind diesmal so viele Verlage mit der eingeforderten Auskunft zurückgeblieben, daß ich keine Statistik aufstellen konnte. Nur die allgemeine Tendenz läßt sich feststellen, und die ist nicht erfreulich. Die Einnahme aus Abonnements und Inseraten sind zurückgegangen. 6 Tageblätter haben ihren Besitzstand an Abonnenten behaupten können, 16 Blätter haben die winzige Ziffer von 6130 Abonnenten hinzugewonnen, 15 Blätter aber haben 5800 Abonnenten verloren. Im verflossenen Jahre hat die Parteipresse neues Terrain also nicht erobert. Die Wirkung der Krisis auf eine Reihe von Parteigeschäften war ebenso unerfreulich. In guten Jahren neigen die Genossen leicht zu Gründungen. Wie so manches andre ist auch die Art, wie Geschäfte gegründet werden, nicht besser geworden. Die älteren Genossen werden sich noch erinnern, wie es früher war. Da genügte eine Handquetsche, ein Mann repräsentierte in seiner Person das gesamte Setzer-, Drucker- und Expeditionspersonal. So ärmlich diese Geschäfte aussahen, so kerngesund war ihre Grundlage. Sie konnten sich organisch entwickeln, nie waren sie der Partei eine Last und ein Gegenstand der Sorge. Es war eine Freude zu sehen, wie diese Geschäfte sich nach und nach zu rechten Stützpunkten der Partei entwickelten. Nun hat die Partei mit ihrer Ausdehnung auch großen geschäftlichen Kredit gewonnen und damit ist die Unternehmungslust der Genossen so gestiegen, daß sie häufig alle geschäftliche Vorsicht außer acht lassen. Daher haben eine Anzahl von Blättern eine Schuldenlast aufgehäuft, an deren Deckung aus eignen Mitteln in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Man ist damit der Entwicklung bedeutend vorausgeeilt. Dann wendet man sich am letzten Ende immer wieder an die Partei. Dafür bietet der Kassenbericht viele Beispiele. Es sind nun aber manche Geldquellen, die Jahr für Jahr geflossen sind, mit einem Male versiegt. Aufmerksamen Parteigenossen ist diese Thatsache nicht entgangen. Bei andren Genossen hat sich eine eigenartige, romantische Vorstellung vom „Rentamt" herausgebildet; sie meinen, man brauche in die Kasse nur ein paar Pfennige hineinzuthun und könne doch wie beim „Esel streck' dich" die Goldstücke nur herausholen. Ich stehe nicht an, auszusprechen, daß, wenn immer nur der glühende Wunsch maßgebend ist, das Ziel möglichst schnell zu erreichen, wenn weiter einzelne Parteiorte sich in der bisherigen Weise engagieren sollten, immer in so unverhältnismäßiger Weise, über die verfügbaren Mittel hinaus, daß dann allerdings sehr leicht einmal für eine spätere Parteileitung die Frage entstehen kann, ob sie das gesamte Parteivermögen bis zum letzten Pfennig daran setzen, oder einen großen wirtschaftlichen Krach in der Partei heraubeschwören will, der jedenfalls von sehr schlimmen Folgen sein müßte. Ich male nicht zu schwarz. Es ist in der That bei solchen Gründungen ein geschäftlicher Optimismus in der Partei vorhanden, der uns sehr leicht in eine sehr unangenehme Situation bringen könnte. Ich würde es für eine Pflichtverletzung halten, wenn ich nicht die Parteigenossen, die an solchen Gründungen teilnehmen, eindringlich darauf hinweisen wollte, daß sie stets auf die Verantwortlichkeit vor der Gesamtpartei Rücksicht nehmen. Ich habe diese Ausführungen ganz besonders mit Rücksicht auf die vielen Anträge gemacht, die eine Unterstützung von Preßunternehmungen bezwecken. Ich wiederhole: ich male nicht zu schwarz, sondern wünsche nur, daß die Partei vor Schaden bewahrt wird. (Beifall.)

Den **Bericht der Kontrolleure** erstattet

Meister: Wir haben uns mit verschiedenen Beschwerden beschäftigt. Zunächst mit der des Korrektors am „Vorwärts", **Vieth**, der eine Gehaltsnachzahlung von drei Wochen verlangte. Nach genauer Prüfung mußten wir die Beschwerde zurückweisen. Vieth wollte eine neue, näher begründete Beschwerde diesem Parteitag unterbreiten, hat mir aber seiner Zeit geschrieben, daß er davon Abstand nehme. Dann hatten wir uns zu befassen mit dem recht

unangenehmen Zwist im sechsten Berliner Wahlkreise. Leider hatten die Berliner Genossen keine Neigung, sich unsrer Entscheidung zu fügen. Als es zu einer Katastrophe zu kommen schien, wurde die Angelegenheit glücklicherweise durch eine freie Kommission aus Berliner Genossen und Genossinnen, dem Parteivorstand, der Fraktion und den Kontrolleuren beigelegt. Die Berliner Delegierten lächeln mir zu; ich hoffe, daß es über Nacht nicht wieder anders geworden ist. (Heiterkeit.) Eine weitere Beschwerde ging von dem Genossen Jahn-Berlin aus. Er war Berichterstatter am „Vorwärts"; aus gewissen Gründen waren Preßkommission und Redaktion sich darüber einig, daß er seine Thätigkeit einstellen müsse. Die Gründe, die geltend gemacht wurden, waren auch für uns maßgebend; wir waren nicht in der Lage, dem Wunsche von Jahn Rechnung zu tragen. Eine Beschwerde der Genossen Eitzinger und Herrmann in Nürnberg richtete sich dagegen, daß die Einberufung eines von ihnen gewünschten Schiedsgerichts abgelehnt wurde. Die beiden Genossen waren seiner Zeit in Nürnberg aus dem Verein ausgeschlossen worden und in einen andern Verein eingetreten. Der Parteivorstand hat selbst Stellung zu dieser Frage genommen und ihnen brieflich mitgeteilt, daß beide noch Mitglieder der Partei seien, wenn sie selbst sich als solche bethätigen. Die Kontrolleure mußten diese Auffassung teilen und sind der Ansicht, daß sich die beiden Beschwerdeführer noch als Parteigenossen zu betrachten hatten.

Die Redaktion der „Sarja" beschwerte sich, weil die Redaktion des „Vorwärts" ihr angeblich nicht den gewünschten Raum zur Verfügung stellte. Wir stellten nun zunächst fest, daß die „Vorwärts"-Redaktion bei der Sache ganz unbeteiligt war. Die betreffenden Anordnungen waren vom Parteivorstand getroffen worden. Was diese Anordnungen selbst betrifft, so sind wir der Ansicht gewesen, daß die Genossen der „Sarja" mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Raum recht wohl zufrieden sein konnten. Außerdem ging die Beschwerde so verspätet ein, daß sie schon aus diesem Grunde hinfällig war.

Ferner lag eine Beschwerde vor von den Genossen in Bochum. Ein dortiger, in Notlage befindlicher Genosse hat vom Parteivorstand eine zweimalige Unterstützung von 150 und 100 M. erhalten. Der betreffende Genosse hat dann eine Stellung erhalten; es ergaben sich jedoch Mißhelligkeiten, so daß von beiden Teilen der Wunsch ausgesprochen wurde, er möge aus dieser Stellung wieder austreten. Die Genossen in Bochum waren nun der Ansicht, daß sich der Parteivorstand verfehlt habe, indem er sie vor Bewilligung der Unterstützungen nicht befragt hat. Die Kontrolleure haben aber die Beschwerde zurückgewiesen, da sie den Vorstand nicht für verpflichtet halten, solche Erkundigungen einzuziehen, wenn, wie in diesem Falle, ihm die Sachlage und die Person genau bekannt ist. Die Bochumer glaubten, solche Erkundigung habe unter allen Umständen zu erfolgen. Das ist ein Irrtum. Wenn dem Vorstand die Verhältnisse nicht genau bekannt sind, holt er sich stets Auskünfte ein. Aber in diesem Falle handelte es sich um einen alten Genossen, der dem Vorstand sehr genau bekannt war, und infolgedessen wiesen wir die Beschwerde zurück. Die Bochumer gaben sich damit aber nicht zufrieden und unterbreiteten uns ihre Beschwerde nochmals. Kurz vor dem Parteitag erhielten wir noch einmal genau denselben Brief, den wir bis heute aus Mangel an Zeit noch nicht erledigen konnten.

Eine weitere Beschwerde lag von den Genossen in Mülhausen vor. Sie hatten vom Vorstande vergebens die Stellung einer Kaution zur Herausgabe einer Tageszeitung — 20 000 M. — verlangt. Auer hat die Sache schon eingehend behandelt. Der Standpunkt der Kontrolleure deckt sich mit dem des Vorstandes. Der Vorstand ist nicht berechtigt, und die Kontrolleure erst recht nicht, solch ungeheure Summen für einzelne Bezirke festzulegen. Parteigeld ist Pulver, das jeden Augenblick zur Hand sein muß. Für Elsaß-Lothringen ist außerordentlich viel und gern gethan worden, weil man der besonderen Situation

dort Rechnung getragen hat. 19 000 M. sind hergegeben worden in der Hoffnung, daß nun nichts weiter gefordert, sondern das Kapital verzinst werden würde. Für Straßburg sind zu einer Kaution 12 000 M. gegeben worden, jetzt verlangen die Straßburger weiter 8000 M., weil sie das Blatt nach der Stadt verlegen wollen. Würden den Mülhausern die 20 000 M. gegeben, dann wären 40 000 M. allein in Elsaß-Lothringen festgelegt. Das geht nicht, so wünschenswert es auch sein mag. Man muß sich einschränken und warten, bis die eigne Kraft so weit reicht. Die Kontrollkommission hat gestern die Beschwerde der Mülhauser abgelehnt.

Dann hat sich die Kontrollkommission noch mit einer Beschwerde des Gauvorstandes für Nordbayern zu beschäftigen gehabt. Der Gauvorstand ist der Ansicht, daß in der Kassenführung des früheren Gaukassierers Roßkopf Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Beweise dafür aber hat er nicht anführen können. Ein Vermittelungsversuch ist vergeblich geblieben. Roßkopf will die Bücher nicht ausliefern, was ihm als großes Vergehen angerechnet wird. Er erklärt, daß er, einem alten Gebrauch folgend, nachdem die Gaukonferenz stattgefunden, Bücher und Belege verbrannt habe. Die Revisoren bestreiten, daß dies Usus gewesen sei. Jetzt sind Rechnungen präsentiert, zu denen die Belege fehlen sollen. In einem uns weiter zugegangenen Schreiben wird uns mitgeteilt, daß bei Uebergabe der Bücher an den neuen Gauvorstand auch ein Sparkassenbuch mit übergeben wurde. Gelegentlich der Erhebung von Geld wurde dem Gaukassierer eine Quittung vorgelegt, laut welcher Roßkopf unter dem 7. Januar 200 M. Geld erhob, das weder im Sparkassenbuch als erhoben bezeichnet, noch in den sonstigen Büchern in Einnahmen oder Ausgaben zu finden ist. Nach persönlichen Vorstellungen bei Roßkopf gab dieser zu, die genannte Summe erhoben zu haben und versprach, das Geld zurückzuerstatten, was inzwischen auch bereits erfolgte. Darauf haben wir den Genossen in Nürnberg den Rat gegeben, den erforderlichen Instanzenweg zu benutzen und das Weitere selbst zu veranlassen.

Nun hat uns noch beschäftigt der Cigarrenarbeiter Kerl in Delmenhorst, der seine Wiederaufnahme beantragt. Kerl, der seiner Zeit ausgeschlossen worden war, war Redacteur des in Delmenhorst erscheinenden Blattes gewesen. Die Parteigenossen glaubten, er habe eigenmächtig, die bei seiner Entlassung strittige Geldfrage geregelt. Kerl hatte früher niemals gegen seine Ausschließung protestiert. Er giebt an, es sei ihm eine zweite Verhandlung, nachdem er an der ersten nicht habe teilnehmen können, verweigert worden. Wir haben uns für inkompetent erklärt, jemanden, der gegen seine Ausschließung überhaupt keine Einwendungen erhoben hat, wieder aufzunehmen. Wir haben ihn darauf verwiesen, sich in Delmenhorst zur Wiederaufnahme zu melden. Werde ihm diese verweigert, könne er die Partei-Instanzen in Anspruch nehmen.

Endlich hat uns der bereits erwähnte Herr Vieth kurz vor dem Parteitage noch eine sehr umfangreiche Beschwerde eingereicht, weil es notwendig geworden war, ihm seine Stellung zu kündigen. Er protestiert gegen diese Kündigung, die er als Resultat von allerlei Machinationen ansieht. Mit dieser Beschwerde sind wir gestern nicht fertig geworden, ich werde Ihnen später darüber berichten.

Die Revisionen der Parteikasse, der Buchhandlung und des Partei-Organs „Vorwärts“ usw. haben nie zu Monitas Veranlassung gegeben. Ich beantrage Decharge.

Zum Schluß muß ich mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen über den schweren Verlust, den die Partei und im besonderen die Berliner Genossen erlitten haben durch den Tod unseres Veteranen Metzner. (Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.) Wir, die wir die Kleinarbeit der Kontrolleure mit ihm zu erledigen gehabt haben, wissen am besten, welchen treuen und braven

Genossen wir an ihm verloren haben. Die Partei wird sein Andenken ehren. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Singer bittet, auf die auf die Presse, auf Agitation und auf Taktik bezüglichen Anträge, die doch noch gesondert zur Verhandlung kommen, möglichst wenig einzugehen und über die Polenfrage besonders zu debattieren.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Agster-Pforzheim will eine sich auf die Einberufung eines besonderen preußischen Landtages beziehende Resolution befürworten, wird aber von Singer darauf aufmerksam gemacht, daß der Parteitag sich bereits gestern abend dahin entschieden habe, diese Frage den preußischen Genossen zu überlassen.

Wolf-Bochum: Wir Bochumer waren mit den Beschlüssen bezüglich der Gründung eines Centralorgans für Rheinland und Westfalen keineswegs einverstanden, wir wurden erst zur Beratung hinzugezogen, als die Sache schon perfekt war, und da erklärte ich ausdrücklich, daß wir es dem Parteivorstande nicht verdenken können, wenn er unter solchen Umständen seine früheren Versprechungen uns gegenüber nicht aufrecht erhält. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines besonderen Blattes für Bochum hat auch der Parteivorstand anerkannt. Es ist richtig, daß der Parteivorstand für uns große Zuschüsse geleistet hat, aber wir haben die Schulden, die sonst das Dortmunder Blatt gemacht hatte, auf unser Conto übernommen. Jetzt haben unsre Genossen sich dahin entschieden, daß sie ihr Blatt aus eigner Kraft halten und sich nicht auf den Parteivorstand verlassen wollen. Unsren Verbindlichkeiten werden wir später nachkommen. Wir haben es gewagt, das Blatt zu gründen, weil sich das für unsren Wahlkreis als notwendig herausstellte. Die Einnahmen im Kreise sind schon erheblich gestiegen, und wir haben Hoffnung, das Deficit in einigen Jahren zu decken. Was die Beschwerde aus Bochum betrifft, so wurde die betreffende Stellung ausdrücklich nur auf eine bestimmte Zeit vergeben. Der Genosse wußte das, als er die Stellung annahm; wir hielten ihn einer Unterstützung nicht für würdig. Der Parteivorstand war nicht genügend informiert.

Kiesel-Berlin VI: Meister hat erwähnt, daß die Kontrolleure auch mit den Genossen des 6. Berliner Wahlkreises zu thun gehabt haben. Er hat aber nicht gesagt, daß es sich nur um einen Teil der Genossen dieses Wahlkreises handelte. Die übergroße Mehrzahl der Genossen hat sich dem Schiedsspruch der Kontrolleure gern angeschlossen. Der hierzu vorliegende Antrag ist hinter dem Rücken der Organisation an den Parteitag gebracht worden. Bei dem Antrage 8, der Protest einlegt gegen die Versicherung der Partei-Angestellten durch den Vorstand, sind die Antragsteller, Parteigenossen in Berlin VI, von durchaus idealen Gründen geleitet worden. Sie glauben, daß die Partei als solche eine Einbuße durch solche Beitragsleistungen für den Verein „Arbeiterpresse“ erleiden kann. Der Genosse Kröhn, der diesen Antrag befürwortete, wollte mit seinem Antrag nur der Partei dienen. Er befürchtete, daß es eine Schraube ohne Ende werden würde, wenn Parteigelder zu solchen Zwecken verwendet würden. Das Gefühl der Empörung hat dann die Parteigenossen dazu bestimmt, dem Antrage ohne weiteres zuzustimmen. Man war der Anschauung, daß den im Dienste der Partei thätigen Genossen, die alle Abend erst um 2 bis 3 Uhr spät von Versammlungen usw. nach Hause kommen, die auch einmal in die Hände des Staatsanwalts geraten können und durch ihre Reden, die sie nicht so kontrollieren können wie ein Redacteur, mindestens dasselbe Recht zustehe. Man hält derartige Einrichtungen für durchaus nicht notwendig innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Sie stehen mit dem alten Geist der Partei in Widerspruch.

Frohme-Hamburg: Der Bericht des Parteivorstandes befriedigt mich in manchen wichtigen Punkten nicht. Das ist allerdings nicht die Schuld des Vor-

standes, die Schuld liegt vielmehr bei andern Stellen. Es ist wohl mit Recht zu verlangen, daß die Vorstandsberichte ein eingehendes und erschöpfendes Bild von der ganzen Parteibewegung geben. Das war bei den Berichten nicht der Fall. Was besonders fehlt, sind Angaben über die Stärke der einzelnen sozialdemokratischen Organisationen. Nichts ist wichtiger als eine solche Statistik. Sie soll nicht nur uns, sondern auch der Oeffentlichkeit zeigen, wie mächtig die Organisation, wie weit die innere Erstarkung der Partei vorgeschritten ist. Ich weiß wohl, daß sich der Vorstand die erdenklichste Mühe gab, solche Angaben zu erhalten. Diese Mühe war aber umsonst. Es ist doch unerhört, daß solche Anregungen nicht besser befolgt werden. Auch auf finanziellem Gebiet kann es nicht so weiter gehen, wie bisher. Wir müssen leider die Beobachtung machen, wie das Gros der Parteignossen die finanziellen Leistungen an die Partei als etwas recht Nebensächliches betrachten. Es ist gewiß nichts dagegen zu sagen, wenn die Gewerkschaften immer höhere finanzielle Anforderungen an ihre Mitglieder stellen. Wenn sich aber Genossen unter Berufung darauf von ihren Verpflichtungen gegen die Partei drücken, so ist das nicht recht. Sehr zu tadeln ist auch die große Masse kleiner Vereine und die Vereinsmeierei, die unter den Parteigenossen eingerissen ist. Wir müssen dahin wirken, daß die einzelnen Organisationen in entsprechender Weise ihrer moralischen Vereinspflicht nachkommen. Leider wird sich wohl ein Modus nicht finden lassen, der es erlaubt, die Organisationen nach Maßgabe ihrer Stärke zu Leistungen an die Parteikasse heranzuziehen. Aber ihrer moralischen Pflicht sollten sich alle Genossen bewußt sein. Der Wahlkreis Altona gehört gewiß nicht zu den flauen Zahlern. Wir sind aber doch zu dem Entschluß gekommen, die Beiträge zu erhöhen, um Mittel zu gewinnen, daß wir größere Beiträge an die Partei abliefern können. Wir müssen bedenken, daß wir außer durch die bevorstehenden Wahlen auch noch in andrer Weise in Zukunft belastet werden. Es kommen Landtags- und Kommunalwahlen :c. und wenn wir da nicht rechtzeitig für die Parteikasse sorgen, werden alle Gelder für diese Zwecke verwendet. Es giebt eine ganze Anzahl von Wahlkreisen, die Vertreter in den Reichstag schicken, aber nicht einmal so viel Beiträge an die Parteikasse abliefern, als diese Abgeordneten an Entschädigungen erhalten. Dieser Zustand ist abzustellen, wenn nur der nötige gute Wille vorhanden ist. Ich richte die Aufforderung an die versammelten Delegierten, in diesem Sinne in ihren Kreisen zu wirken. (Sehr richtig!)

Adolf Braun-Nürnberg begründet den Antrag Nürnberg betreffend die Auskunft des Vorstandes über die Durchführung früherer Parteitagsbeschlüsse. Wir sind nicht so unbescheiden, Auskunft über alle bisher gefaßten Beschlüsse zu verlangen, obwohl auch das sehr wünschenswert wäre, sondern wir wollen nur alljährlich wissen, was aus den Beschlüssen des letzten Parteitages geworden ist. Wir gehen von dem Gedanken aus, daß viele Beschlüsse auf Parteitagen gefaßt werden, nur, um nicht gehalten zu werden, wie ein boshafter Mann einmal sagte. Das wird aufhören, wenn in Zukunft immer gezeigt wird, wie leicht Beschlüsse gefaßt und wie schwer sie ausgeführt werden. Unausführbare Beschlüsse wird man dann verhindern, und die Anträge werden auch ernster bekämpft werden, wenn man weiß, daß im nächsten Jahre der Parteivorstand mitteilt, daß wieder ein Dutzend Beschlüsse gefaßt wurden, die unausführbar sind. Auer sagt, vieles bleibt unerledigt, vieles wird ad acta gelegt. Das ist ja nicht sehr schmeichelhaft für den Parteitag, es wird aber sehr lehrreich sein, wenn man das schwarz auf weiß zu lesen bekommt. Wenn unser Antrag angenommen wird, und wenn ferner, wie es die Dresdener Genossen wünschen, am Schlusse des Protokolls die auf dem Parteitag angenommenen Beschlüsse und Resolutionen veröffentlicht werden, dann haben unsre Protokolle einen erheblich höheren Wert, und unsre agitatorisch thätigen Genossen, Journalisten und dergleichen können sich dann viel leichter als heute orientieren. Was wir wünschen, ist eine rein

formale Sache, der jede Spitze gegen den Parteivorstand fehlt. Es liegt im Interesse der Partei, daß der Antrag angenommen, nicht ad acta gelegt, sondern auch durchgeführt wird. (Heiterkeit.) Ein andrer Wunsch, den ich vorzubringen habe, könnte vielleicht kleinlich erscheinen, ich wünsche, daß der Parteivorstand sich einen Kautschukstempel anschafft. (Heiterkeit.) Es giebt nämlich Briefe, die aus der Kreuzbergstraße 30 an die Redaktionen kommen, aus denen man absolut nicht erkennen kann, ob es Briefe des Parteivorstandes oder private Mitteilungen eines sehr geschätzten Parteisekretärs sind. Diese Entscheidung ist aber für unsre Redacteure sehr wichtig. Auf Grund des Organisationsstatuts hat der Parteivorstand die Pflicht, die Presse zu überwachen, und die Redacteure, wenigstens so schlechte wie ich, bekommen von Zeit zu Zeit solche Briefe zugeschickt. Wir wissen aber nicht, ob es sich da um Briefe handelt, die auf Grund des Organisationsstatuts vom Parteivorstande gesandt werden, oder nur um freundliche Rippenstöße eines nicht ganz unbekannten Parteisekretärs. (Heiterkeit.) Mein Vorgänger in der „Fränkischen Tagespost" bekam mal solchen freundlichen Brief, weil er sich in einem Artikel gegen die Stellung Bernsteins zur Kolonialpolitik wandte. Es hieß in dem Brief, unser Standpunkt zur Kolonialpolitik sei veraltet. Ich bekam, als ich den Stuttgarter „Beobachter", der uns wegen der Verelendungstheorie angriff, anulkte, einen Brief, in dem gesagt war: ach, mit der Verelendungstheorie, das ist ja Unsinn! (Hört! hört!) Ein andermal bekam ich einen Brief aus der Kreuzbergstraße 30, weil ich nach dem Rücktritt Millerands einen Artikel veröffentlicht hatte, der nicht gerade von Lob gegen Millerand überfloß. In diesem Briefe wurde auseinandergesetzt, Millerand habe doch seine großen Verdienste usw. (Hört! hört!) Es wäre doch interessant, wenn man bei diesen Briefen, die ich gar nicht missen möchte, und die desto schöner, je gröber sie sind (Heiterkeit), unterscheiden könnte zwischen solchen, die vom Parteivorstand und solchen, die von dem Genossen Auer ausgehen. (Heiterkeit.)

Windhoff-Düsseldorf: Wir haben durchaus keinen Bock geschossen, als wir ein eignes Blatt gegründet haben. Das Kopfblatt hatte 1700—1800 Abonnenten, das eigne Blatt hat 3700—3800 Abonnenten, trotz Zank und Streit in den eignen Reihen. Vom Vorstand haben wir noch keinen Pfifferling bekommen. Während wir in der ersten Woche bei dem eignen Blatt ein Deficit von 1400 M. hatten, ist dies Deficit auf 50—60 wöchentlich heruntergemindert worden. Würde der Vorstand uns Hilfe leisten, würden wir rasch weiter kommen. Im Vorstand aber herrschte die Meinung, da mit der Fertigstellung der Düsseldorfer Ausstellung, wofür 12 000 Arbeiter thätig waren, die Abonnentenzahl sich um 2000 vermindern würde. Das ist nun durchaus nicht richtig gewesen. Durch die Parteipresse lief die Nachricht, daß der Parteigenosse Wasser in Düsseldorf sich das Eigentum der Düsseldorfer Genossen anzueignen versucht habe. Die „Düsseldorfer Volkszeitung" brachte die Notiz zuerst, wie ich annehme, in gutem Glauben. Dann übernahm sie der „Vorwärts". Ich konstatiere hier, daß an der Nachricht kein wahres Wort ist. Genosse Wasser wäre ja verrückt, wenn er sich dieses Eigentum aneignen wollte, das aus einigen Tausend Mark Schulden besteht. (Heiterkeit.)

Bömelburg-Hamburg: Das bedauerlichste Vorkommnis in der Parteibewegung ist wohl das, das sich in der letzten Zeit in Bochum zugetragen hat. Genosse Wolf, der den Standpunkt der Bochumer Genossen verteidigt hat, erklärte, daß eine Vereinbarung mit dem Parteivorstande sich nicht habe treffen lassen. Man ist in Bochum der Absicht des Parteivorstandes nicht gefolgt, der in Dortmund ein Centralorgan für die drei Wahlkreise Dortmund, Essen und Bochum wünscht. Dies Verhalten der Bochumer Genossen ist auf jeden Fall tief zu bedauern. Die Partei hat dort ungeheure Opfer gebracht, es ist ein großer Neubau, neue Schrift, neue Maschinen usw. angeschafft worden. Die

großen Summen sind aus allgemeinen Parteimitteln geflossen. Die Bochumer Genossen hätten also die Pflicht, diesen Opfern der Partei durch Unterstützung des Dortmunder Centralorgans Rechnung zu tragen. Wenn sich später herausgestellt hätte, daß in diesem Centralorgan die speciellen Interessen Bochums nicht genügend berücksichtigt werden könnten, so hätten die Bochumer Genossen auf dem nächsten Parteitag mit ihren Beschwerden kommen können. Die drei Wahlkreise Dortmund, Bochum und Essen sind gewissermaßen als ein einziger Ort zu betrachten, wir haben es dort mit einer rein industriellen Arbeiterbevölkerung zu thun, die politisch und wirtschaftlich die gleichen Interessen hat. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein besonderes Bochumer Blatt existenzfähig sein könne. Aber selbst, wenn das Blatt notdürftig über Wasser gehalten werden könnte, so würde doch keineswegs eine gute Zeitung dort hergerichtet werden können. Der einzige Redacteur, den man anstellen kann, kann doch nur mit der Schere arbeiten. Bei einem Centralorgan könnte man ganz ohne einen Zuschuß der Gesamtpartei auskommen und einen ausreichenden Redaktionsstab anstellen. Das Bochumer Vorgehen kann dahin führen, daß in diesem Bezirke zwei Parteiblätter sich gegenseitig Konkurrenz machen. Das Verhalten der Bochumer Genossen ist ein derartiges, daß sie keine Unterstützung der Gesamtpartei für ihre Interessen beanspruchen können.

Grunwald-Erfurt: Die Anträge der Erfurter Genossen betreffend die Einstellung der hohen Zuschüsse an einzelne Parteiblätter und Hergabe der Berichte des Vorstandes und der Fraktion als Beilagen zu den Parteiblättern bitte ich in dieser Art abzulehnen. Beide Anträge haben materielle Berechtigung, sind aber in der Form unpassierbar. Der zweite Antrag könnte erledigt werden durch die Protokolle, die wir natürlich nicht zu dem Selbstkostenpreis abgeben können, weil wir ja damit ein Geschäft machen müssen. Den zweiten Antrag bitte ich wenigstens dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen. Die Reichstagswahlen haben ja nicht nur den Nachteil, daß sie die Centralkasse leeren, sondern auch den Vorzug, daß sie die Lokalkassen vorher ungewöhnlich füllen. Es giebt eine große Zahl von Wahlkreisen, die es mit ihrer Ehre nicht vereinbar halten, sich für die Wahlen von der Centralkasse einen Zuschuß geben zu lassen. Deshalb sind ihre Kassen gefüllt und sie können auch für ihre Kreise was thun. Außer der im Vorstandsbericht schon beklagten Zersplitterung der Vereine giebt es auch noch eine bedauerliche Zersplitterung der Litteratur und man kauft ohne positiven Nutzen leider auch Erzeugnisse, die durch die rote Farbe ihres Umschlages das zu ersetzen suchen, was ihnen vielleicht innerlich an echter roter Farbe fehlen mag. — Eine Bitte, die ich an den Parteivorstand zu stellen habe, geht dahin, es möge in Zukunft die Tagesordnung nicht schon gleich nach Schluß der parlamentarischen Arbeit, sondern erst kurz vor der öffentlichen Einberufung des Parteitages aufgestellt werden. Das ist schon nötig mit Rücksicht auf die oft recht schnell wechselnde politische Lage. Die Konferenz für die preußischen Landtagswahlen bitte ich möglichst frühzeitig einzuberufen, damit wir dann Zeit haben, uns auf die schwierige Technik der Wahlen gleichmäßig vorzubereiten. Noch auf einen Gesichtspunkt möchte ich hinweisen: Auer hat heute sehr richtig nachgewiesen, daß das Centrum ein ungeheures Maß von Sünden auf sich geladen hat. Das Material zur Bekämpfung dieser Partei ist also de facto vorhanden; aber die kleinen Agitatoren, die für die Partei so ungemein wichtig sind und auf die wir so stolz sein dürfen, wissen oft nicht, wo sie dieses Material zu suchen haben. Diese Genossen müssen deshalb aufgefordert werden, sich wichtige Artikel und Notizen auszuschneiden und für die Agitation aufzuheben. Ich schließe, indem ich nochmals betone, daß ich die Erfurter Anträge materiell für berechtigt halte, wenn sie auch wegen der Form nicht passieren können.

Adolf Hoffmann-Berlin: Auf jedem Parteitage hören wir Klagen über den ungeheuren Zuschuß für die Presse, auf jedem Parteitage wird gewarnt vor

unüberlegten Neugründungen. Das hat aber alles nichts genutzt. Deshalb empfiehlt sich vielleicht ein energischeres Mittel. Ich schlage vor, daß alljährlich auf dem Parteitage ein Ausschuß gewählt wird, der prüft, welche Blätter unterstützt werden sollen, und daß der Parteitag die Unterstützungen beschließt. Auer hat recht: die Genossen sagen sich eben, wenn wir festsitzen, setzen wir dem Vorstand die Pistole auf die Brust, dann muß er bewilligen. Es thut aber gar nichts, wenn ein Blatt, das nicht lebensfähig ist, schon im ersten Jahre zu Grunde geht, als daß es fortgesetzt unterstützt wird. (Sehr richtig!) Gerisch hat auch auf die 10 000 M. Deficit der „Neuen Zeit“ hingewiesen. Ich glaube doch, daß sich dieses Deficit bei reger Agitation beseitigen läßt. Aber da stoßen wir auf einen alten Fehler. Wo eine Zeitung lebensfähig ist, da werden zwei und drei gegründet. Genau dasselbe gilt von der „Neuen Zeit“ und dem andern Blatt. Bei diesem aber handelt es sich nicht um eine Parteigründung, sondern um ein Privatunternehmen. Da sollte aber für jeden Genossen nicht maßgebend sein zu sagen: Ich mag nicht für die „Neue Zeit“ schreiben, sie gefällt mir nicht. Bringen Sie doch hier vor, was Sie an Aenderungen wünschen. (Sehr richtig!) Aber sorgen Sie nicht zu Gunsten eines Privatunternehmens dafür, daß das Deficit eines Partei-Organs größer wird. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Berliner Genossen steht auf dem Standpunkt von Berlin VI. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die die schwierige und gefährliche Kleinarbeit unentgeltlich leisten, besteht kein Unterstützungsfonds wie für die nicht ganz schlecht gestellten Angestellten der Partei-Unternehmungen, die die Versicherung schließlich selbst bezahlen können. (Sehr richtig!)

Lipinski-Leipzig: Die Unterstützungsgenossenschaft soll den gesamten Angestellten der Partei und Gewerkschaften zu gute kommen, es ist ein Einverständnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften erzielt worden. Von den Beiträgen in Höhe von 6 M. monatlich zahlen die Gewerkschaften die Hälfte, einige zahlen den ganzen Beitrag. Nun ist gesagt, die Agitatoren sind ausgeschlossen. Aber die Genossenschaft ist doch gegründet worden auf Grundlage der Selbstversicherung der Mitglieder, es ist niemand ausgeschlossen, der in der Partei thätig ist, aber in irgend einem finanziellen Zusammenhang zur Partei muß der Betreffende doch stehen. Die Verwaltung hat gegen die Erweiterung des Rahmens der Genossenschaft gewiß nichts einzuwenden. Vor allem mußte jedoch einmal etwas geschaffen werden; wie notwendig das war, ersehen Sie aus der Thatsache, daß im Laufe eines einzigen Jahres sechs Genossen gestorben sind, für deren Witwen aus Vereinsmitteln über 2000 M. Sterbegeld gewährt sind. Wir sind mit dem Verlangen an die Parteiverlage herangetreten, Beiträge zu leisten, und in dankenswerter Weise ist diesem Verlangen Rechnung getragen durch Zuschüsse oder dadurch, daß man einen Teil der Beiträge leistete. Das liegt im Interesse der Partei selbst, die dadurch nur entlastet wird.

Singer: Ich habe den Vorredner nicht unterbrochen, da er sich auf Aeußerungen des Berichterstatters bezogen hat. Ich bitte aber dringend, die jetzige Debatte nicht dazu zu benutzen, um über alle vorliegenden Anträge zu verhandeln. Ein gewisser formeller Zusammenhang ist ja nicht zu leugnen; wenn wir aber alle Anträge jetzt debattieren, so entsteht eine Verwirrung, aus der sich kein Mensch mehr herausfinden kann. Es erscheint mir richtiger, die Bemerkungen bis zur Verhandlung der einzelnen Anträge aufzusparen; es ist ja nicht möglich, die Genossen zu hindern, über die Frage zu sprechen, ob Parteigenossen nur für Parteiblätter schreiben sollen. Aber die Frage der Umwandlung der „Neuen Zeit“ muß auf alle Fälle aus dieser Debatte ausscheiden.

Zubeil-Berlin: Es ist jetzt und in Zukunft nicht mehr möglich, in dem Maße wie früher die eingegangenen Mittel in der Parteikasse anwachsen zu lassen. Die Anforderungen an die Partei sind von Jahr zu Jahr vermehrt

worden. Die kommunale Thätigkeit verzehrt einen großen Teil aller von den Parteigenossen aufgebrachten Mittel. Zu dieser Thätigkeit müssen erhöhte Mittel aufgewendet werden. Wir brauchen Mittel, um vorübergehende Hausbesitzer zu schaffen usw. Auch die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen wird die finanzielle Kraft der Partei stark in Anspruch nehmen. Auer hat mit Recht Verwahrung dagegen eingelegt, daß vom Parteivorstande der Gewerkschaftsbewegung irgendwelche Hindernisse in den Weg gelegt würden. Die heutige Gewerkschaftsbewegung nimmt einen großen Theil der Mittel in Anspruch, die früher an die Partei abgeliefert werden konnten. Die Gewerkschaftsbewegung hat vor allen Dingen ihre Teilnehmer in wirtschaftlicher Beziehung sicherzustellen, um dadurch erst die Teilnahme der Arbeiterschaft an dem politischen Kampf zu unterstützen. Die von Berlin, Hamburg und den andren großen Centren aufgebrachten Mittel müssen natürlich, wo es not thut, auch den Genossen in den kleinen Orten zu gute kommen, aber der Parteivorstand darf unter keinen Umständen Mittel für solche Unternehmungen ausgeben, wie wir es leider heute wieder durch den Bericht des Parteivorstandes zu hören bekommen haben. Wenn Bochum recht haben soll, hätten wir dasselbe Recht für die ländlichen Kreise um Berlin, für die auch der „Vorwärts" nicht das ausschlaggebende Organ ist. Auch dort müssen wir den Wahlkampf mit Broschüren, Flugblättern usw. führen, ohne besondere Vorortzeitungen zu besitzen. Wir sind aber trotzdem mit dem „Vorwärts" zufrieden, der ja in erster Linie in Berlin dominierend ist. Man kommt jetzt dahin, daß man den Wahlkampf an keinem Orte führen zu können erklärt, wo wir nicht ein eignes Partei-Organ besitzen. Ich bitte unsern Parteivorstand und speciell unsern Finanzminister (Heiterkeit), noch weit mehr als bisher in dieser Beziehung die Hand auf die Kasse zu legen. Noch eins. Es berührt schmerzlich, wenn man sehen muß — Sie sehen die roten Hefte dort auf dem Tisch —, daß selbst derjenige Parteigenosse, der in seinem Vorstandsbericht Klage darüber führte, daß die „Neue Zeit" ein Deficit habe, an der Spitze des neuesten Heftes dieser Zeitschrift seine geistige Arbeit niederlegt. Man zwingt uns, wenn wir heute die geistige Arbeit vieler gebildeter Parteigenossen, die schriftstellerisch thätig sind, kennen lernen wollen, Privatunternehmungen zu unterstützen und damit Partei-Unternehmungen willig oder widerwillig untergraben zu helfen. Ob etwas Derartiges von leitender Stelle richtig ist, das mögen die Parteigenossen selbst beurteilen.

Singer: Nachdem die Diskussion den Verlauf genommen hat, daß über Mitarbeit an nicht-sozialdemokratischen Organen gesprochen wird, halte ich es für richtig, den Antrag 16 Augsburg mit zur Diskussion zu stellen, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß Polemiken von Parteigenossen, die an Artikeln von Partei-Organen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Partei-Organen usw. gepflogen werden. — Der Antrag wird genügend unterstützt. Die Umwandlung der „Neuen Zeit" ist einer besonderen Diskussion vorbehalten.

Richard Fischer-Berlin: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um auf einige Aeußerungen von Braun zu erwidern. Braun meint, die Tendenz des Antrages Nürnberg ginge nur dahin, den Genossen eine Uebersicht darüber zu geben, wie viel unnötige und unmögliche Anträge gestellt werden; und er hat sich auf den Wunsch der Dresdener Genossen berufen, daß jeweils am Schluß der Protokolle eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge erfolgen solle. Es wäre vielleicht kein Unglück, wenn die Genossen, die solche Anregungen geben, mal ab und zu die Protokolle anschauen (Sehr gut!), sie werden dann finden, daß diese Anregungen bereits seit 1893 zur Thatsache geworden sind. Es findet sich am Schluß nicht nur eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge, sondern es wird auch Auskunft über das Schicksal jedes einzelnen Antrages ertheilt.

W. Heine-Berlin: Ich würde das Wort nicht ergriffen haben, wenn mich nicht Hoffmann mit seinem Vorstoß dazu genötigt hätte. Er findet, daß die „Sozialistischen Monatshefte“, deren Mitarbeiter ich ja auch bin, der Parteilitteratur Konkurrenz machen. Mag sein, aber ob gerade Hoffmann geeignet ist, das zu rügen, das erscheint mir zweifelhaft. Ich möchte ihm doch ins Gedächtnis rufen, daß er seit 10 Jahren einen höchst lukrativen Verlag betreibt, der der Parteilitteratur ganz erhebliche Konkurrenz macht. (Sehr gut.) Ich mache ihm das nicht zum Vorwurf, das ist sein gutes Recht, aber das Recht, das er persönlich für sich in Anspruch nimmt, muß er auch andren lassen. Zubeil hat sich zum Sprachrohr der Angriffe gegen Auer gemacht, die in verschiedenen Blättern erschienen sind. Ein Blatt hat geschrieben, es wäre ja interessant, daß dem Parteisekretär Auer die Mitarbeit in der „Neuen Zeit“ nicht viel wert sei. Wir wollen doch mal die Sache umdrehen. Wie viel ist denn der „Neuen Zeit“ die Mitarbeit der Genossen wert, die jetzt in den „Monatsheften“ schreiben? Glauben Sie denn, daß wir, die wir für die „Monatshefte“ schreiben, so darauf versessen sind, unsre Artikel irgendwo abzuladen? Glauben Sie denn, ich gehe zu Bloch, und bitte ihn um Gotteswillen, einen Artikel von mir aufzunehmen? Nein, umgekehrt, wir alle schreiben nur, wenn uns dieser unausstehliche Redacteur der „Monatshefte“ das Haus einläuft und sagt: Hier ist eine wichtige Frage; darüber müssen Sie schreiben! Dann läßt man sich schließlich breit schlagen. (Gelächter.) Ja, so ist es. So verfährt eine gute Redaktion, und wenn die Redaktion der „Neuen Zeit“ die Mitarbeit von Genossen haben will, so mag sie sich darum bemühen. (Widerspruch.) Der Antrag Augsburg richtet sich direkt gegen Bernstein, der die im Verlage des „Vorwärts“ erschienenen Broschüren von Kautsky in den „Monatsheften“ kritisiert hat. Ich finde das ungerecht, der ganze Streit zwischen Bernstein und Kautsky hört am besten auf. Aber in *diesem* Fall war Bernstein der Angegriffene, denn diese Kautsky'schen Broschüren sind ja gar nicht zur Agitation gegen den äußeren Feind geschrieben, sondern sie dienen zu neun Zehnteln der Agitation gegen den inneren Feind, der Widerlegung sogenannter Irrlehren, sie sind so halbe Encyklika, halb Waldersee-büchlein zur Einpaukung guter und Unterdrückung schlechter Gesinnung. Das Deficit der „Neuen Zeit“ bedauere ich, ich erkenne an, daß das offizielle Organ gewisse Rücksichten zu nehmen hat und daß dadurch die Stellung der Redaktion erschwert wird. Aber zu den Rücksichten, die genommen werden müssen, gehört auch die auf die Einheit der Partei. Nach meiner Meinung nimmt Kautsky mehr Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Anschauungen, er treibt es sogar bis zur Einseitigkeit, und darunter leidet allerdings die Aktionseinheit der Partei. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ geht offenbar immer davon aus, daß es nur eine richtige Ansicht giebt, alle andern Ansichten seien falsch, die richtige müsse propagiert, die falsche bekämpft werden. Wenn der Redaktion der „Neuen Zeit“ etwas zugesandt wird, was ihr nicht ganz richtig erscheint, so wird sofort das Schwänzchen, die Meinung der Redaktion, angehängt. Das paßt nicht jedem. Mir persönlich ist es allerdings noch nie passiert. Ich schicke das voraus, um jeden Einwand nach der Richtung hin abzuschneiden. Wir haben gehofft, es würde eine Aenderung eintreten. Nun, die Form der „Neuen Zeit“ hat sich ja auch geändert, aber daß sich die Einseitigkeit nicht ändern würde, das haben wir gewußt, seitdem Kautsky in Lübeck die Zumutung, mehrere Richtungen zu Worte kommen zu lassen, zurückgewiesen hat mit der höhnischen Bemerkung, das wäre litterarisches Ueberbrettltum. Mich persönlich berührt das ja nicht. Wenn ich die „Neue Zeit“ für einen geeigneten Resonanzboden hielte, so würde ich auch dafür schreiben, denn mich läßt auch die ganze papierne Fehde gegen einen künstlich zurecht gemachten Revisionismus kalt. Indeß, denen, die in der „Neuen Zeit“ persönlich angegriffen sind, kann man es nicht verdenken, wenn sie nicht dafür schreiben wollen, und es ist eine ungehörige Zumutung, sie dazu

zwingen zu wollen. Ebenso ungehörig ist es, ihnen zu verbieten, für ein andres Blatt zu schreiben, das von Sozialdemokraten gegründet ist, von Sozialdemokraten redigiert und geschrieben wird, sofern es ein anständiges Blatt ist. Noch weiter geht der Antrag, daß man Schriften, die im Parteiverlag erschienen sind, nur in offiziellen Parteiblättern kritisieren dürfe. Das ist doch ein reines Maulkorbgesetz im Interesse des Parteibuchhandels und der offiziellen Parteilehren. (Zustimmung und Widerspruch.) Wohin soll denn das führen? Ueberhaupt geht mir diese Sanktion von allem, was parteioffiziell ist, denn doch zu weit. Das ist nichts als eine bureaukratische Engherzigkeit, abgeguckt unsren schlimmsten Feinden. Wäre der Antrag von nordwärts der Mainlinie gekommen, so würde jeder denken: das ist so der preußische Bureaukratismus, der sich da breit macht. Nun stammt er von südlich der Mainlinie; es scheint, die Verpreußung Bayerns hat schon ganz erhebliche Fortschritte gemacht. (Sehr gut und Heiterkeit). Wollen die Bureaukraten die freie Kritik beschränken, so ist das ihre Sache; für uns bedeutet solche Censur ein Verkennen der Art der geistigen Arbeit, eine Geringschätzung der Freiheit der geistigen Arbeit. Als Zeugen dafür kann ich Kautsky selbst anführen.

Kautsky erörtert in seiner Broschüre „Am Tage nach der sozialen Revolution" S. 42, 43 die Frage, wie in der sozialistischen Gesellschaft der Zeitungsbetrieb möglich sei. Er bemerkt, daß die kapitalistische Seite des heutigen Zeitungsbetriebes nur durch Staatsbetrieb ersetzt werden könnte, und weist dann auf die Gefahren hin, die mit einer solchen Verstaatlichung verbunden sein würden. Er sagt: „Muß dann nicht die staatliche Centralisation eines so großen und wichtigen Teiles des geistigen Lebens es mit dem schlimmsten bedrohen, was ihm passieren kann, mit Einförmigkeit und Stagnation?" Man sieht, unser Freund kennt sich aus, er redet aus eigner Erfahrung. (Heiterkeit.) Er fährt fort: „Kann man das geistige Leben von Majoritätsbeschlüssen abhängig machen? Wurde nicht jede neue Wahrheit zuerst nur von einer Minorität erfaßt und verfochten?" Kautsky meint: „Hier liegt wohl ein ernsthaftes Problem vor, aber kein unlösbares." Und als Lösung erscheint ihm die Thätigkeit freier Vereinigungen, die der Wissenschaft und dem öffentlichen Leben dienen und Produktionen auf diesen Gebieten fördern wollen. Also, Kautsky denkt nicht daran, daß man Schriftstellern in der zukünftigen Gesellschaft verbieten könnte, in andern als den offiziellen Staats-Zeitschriften ihre Arbeiten zu veröffentlichen. Aber ich meine, die geistige Freiheit, die wir in der Zukunft haben wollen, wollen wir auch in der Gegenwart für uns beanspruchen. Die „Soz. Monatshefte" sind seiner Zeit gegründet worden aus diesem Gesichtspunkt heraus, lediglich um für freie Diskussion über alle Fragen des Sozialismus einen Boden zu schaffen, der nicht durch offizielle Rücksichten eingeengt wird; sie sind von den jungen Leuten mit großen Opfern erhalten worden, sie haben nach und nach eine gewisse Bedeutung erlangt, und Sie können niemand zumuten, daß man ein solches Unternehmen lediglich der offiziellen Partei-Organisation zuliebe einstellt. Das würde heißen, die Partei geistig verarmen. (Beifall und Zischen.)

Schmidt-Düsseldorf: Ich hatte nicht die Absicht, die leidigen Düsseldorfer Preßverhältnisse zu erörtern. Aber die Sache ist von Auer berührt worden und deshalb muß ich darauf zurückkommen. Unser sehr gut fundiertes Kopfblatt ist unter gewissen Umständen in ein täglich am Orte erscheinendes Organ umgewandelt worden. Wir haben das größte Elend deshalb durchkosten müssen und sahen uns nun veranlaßt, da wir eines der beiden Unternehmen aufgeben mußten, die Buchhandlung aufzulösen. Ich möchte nun noch den Ausführungen des Genossen Windhoff aus Düsseldorf entgegentreten betreffs der Angelegenheit des Verlegers Wasser. Wasser hat sich in der That der Einwirkung der Preßkommission entzogen, wodurch nicht nur allein wir, sondern auch eine ganze

Anzahl Gläubiger geschädigt worden sind. Eine Wiederherbeiführung der früheren Verhältnisse wäre für uns ein Rückschlag von 1000 bis 1500 Abonnenten. Wir würden dann auch mit einem demokratischen Konkurrenzorgan zu rechnen haben. Da der Parteivorstand den Düsseldorfer Wahlkreis selbst für sehr wichtig hält, so soll er uns auch die Waffen nicht entziehen, die wir haben müssen, um ihn zu halten.

Bernstein-Berlin: Ich will die Debatte nicht auf das Gebiet des Persönlichen ausarten lassen, sondern nur allgemeine Gesichtspunkte beleuchten. Schon Genosse Grunwald hat es für nötig gehalten, von einer Zeitschrift zu reden, die nur äußerlich mit der Partei zusammenhänge und unter der äußeren Hülle ihres roten Umschlages verdeckt, was ihr an innerer Gesinnung abgehe. Es ist ganz klar, daß damit kein andres Blatt gemeint war als die „Sozialistischen Monatshefte“. Dagegen protestiere ich ganz entschieden. Die „Sozialistischen Monatshefte“ werden redigiert von einem Parteimitglied, von einem engagierten Parteigenossen dem Genossen Bloch, der seit Jahren der Partei angehört und so selbstlos für die Partei wirkt, wie es nach seiner besten Ueberzeugung überhaupt nur der Fall sein kann. Das sollte Grunwald bekannt sein. Die „Soz. Monatshefte“ werden von einem Parteigenossen redigiert, und es schreiben für diese Zeitschrift nur Sozialisten, die der Sozialdemokratie angehören. Hoffmann hat davon gesprochen, die „Neue Zeit“ sei das Partei-Organ, die „Soz. Monatshefte“ ein Privatorgan. Ist nun die „Neue Zeit“ in der That das Partei-Organ? Die „Neue Zeit“ ist von der Partei als wissenschaftliche Revue anerkannt, das ist richtig. Die Partei kommt, was ihr nur zur Ehre gereicht, für das Deficit der „Neuen Zeit“ auf. Aber wird die „Neue Zeit“ als Partei-Organ, als Organ der Partei redigiert? Ganz selbstverständlich wird die „Neue Zeit“ so redigiert, wie es ihrem Redacteur im Partei-Interesse am besten zu sein scheint. An seiner Ehrlichkeit der Gesinnung will ich nicht den geringsten Zweifel erheben. Aber wie weit ist sein Gesichtskreis? Ist sein Gesichtskreis so weit, wie derjenige des Redacteurs eines Organs einer so großen Partei sein muß? Ich sage nicht, daß die „Neue Zeit“ darin unrecht hat, daß sie Ansichten kritisiert, die dem Redacteur falsch zu sein scheinen, das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Es werden aber in der „Neuen Zeit“ immer und immer wieder eine Anzahl von Parteigenossen angegriffen, die einen Standpunkt vertreten, der in der Sozialdemokratie insofern ein anerkannter ist, als diese Parteigenossen seit Jahrzehnten viele seit einem Menschenalter in der Partei wirken, als sie Vertrauensposten innerhalb der Partei ausfüllen. Wenn jemand nur die „Neue Zeit“ läse, so müßte er bestimmte Vertreter der Partei für ganz falsche und elende Kerle halten. (Lebhafte Zurufe: Oho! Beweise, Beweise!) Also der Beweis! Ich mache dem Redacteur der „Neuen Zeit“ als Menschen durchaus keinen Vorwurf. Aber was bedeutet es, wenn dort in höhnender, spottender Weise mit dem Worte „Revisionismus“ operiert wird? Was wird darunter verstanden? In der letzten Nummer der „Neuen Zeit“, in der Parteitagsnummer, werden Sie einen Artikel finden: „Die neue Methode“, von einem jungen Mann, einem Parteigenossen geschrieben, dessen hervorragendste Eigenschaft bisher die gewesen ist, daß er der Erbe eines großen Namens ist. Mit einer Hochmütigkeit, wie man sie einem jungen Burschen allenfalls verzeihen kann, mit einer Anmaßung, in hochtrabender Weise, die vielleicht jemand, der sehr viel geleistet hat, zusteht, wird da von oben auf den „revisionistischen Aufkläricht“ geschimpft. (Große Unruhe.) Der Artikel stammt von dem Genossen Karl Liebknecht und richtet sich gegen Jaurès und mit ihm gegen die ganze revisionistische Richtung. (Zuruf: das ist Ihr Standpunkt!) Wenn Genosse Karl Liebknecht irgend eine bestimmte Auffassung, eine Theorie bekämpft, mag er es thun mit so scharfen Worten wie er nur will, aber eine ganze Anzahl von Parteigenossen so von oben herab abzufertigen, Parteigenossen, die weit länger als er im Dienste der Partei stehen,

das steht ihm nicht zu. (Zurufe: Preßfreiheit!) Ich höre das Wort „Preßfreiheit". Wenn Genosse K. Liebknecht ein eignes Organ gründete, so wäre nichts dagegen zu sagen; aber wenn die „Neue Zeit" das Organ der Partei sein will, muß es einen gewissen Takt innerhalb der Partei wahren (Große Unruhe), eine solche Form der Diskussion innehalten, daß man noch als Mensch zu Menschen, als Genosse zu Genossen mit einander verkehren kann. Das ist aber bei einer solchen Art der Diskussion nicht möglich. Wir sind alle der Kritik unterworfen, aber wohin sollen solche Diskussionen führen? Ich könnte noch andre Beispiele anführen. Der Genosse Rollwagen-Augsburg ist zu seinem Antrage veranlaßt worden offenbar durch den Artikel „Hie Kautsky, hie Bernstein", der durch eine ganze Reihe von Parteiblätter gegangen ist. Es handelt sich dabei um meine Kritik von Kautskys Schrift in den „Sozialistischen Monatsheften". Ich bin in dieser Sache nicht angeklagt, sondern der Ankläger. Daß Kautsky die Broschüren geschrieben hat, wird ihm natürlich, wie sie auch sein mögen, niemand verübeln können. Kautsky ist offenbar von der Meinung ausgegangen, daß seine eine Broschüre bis zu einem gewissen Punkte neue Ansichten über die Auffassung der Revolution entwickle. Das ist sein gutes Recht, das ist sogar ein Verdienst. Das macht seine Broschüre im ganzen zu einer Aufklärungsschrift innerhalb der Partei, aber nicht zu einer propagandistischen Broschüre zur Vertretung von Partei-Interessen. Es handelt sich darum, wie sich Kautsky die Entwicklung vorstellt. Ich habe nichts dagegen, daß solche Broschüren geschrieben werden. Aber Kautsky hat unzweifelhaft in der Broschüre indirekt, aber doch ziemlich verständlich gegen eine Richtung polemisiert — (lebhafte Zurufe: Das war sein Recht!) — selbstverständlich war das sein gutes Recht — er hat theilweise gegen mich polemisiert. Also die Broschüre entwickelt erstens neue Ansichten und zweitens war sie polemisch gerichtet. Das hat auch die „Leipziger Volkszeitung" bestätigt in einem Artikel, der unzweifelhaft von einer Person, die Kautsky sehr nahe steht, herrührt, von der Genossin Rosa Luxemburg. Darin ist von dem „Gefackel und Gewackel der Revisionisten" die Rede, und es wird gesagt, daß die Kautsky'sche Broschüre wie ein frischer Wind in den Nebel des Revisionismus hineinfahre. Da war doch eine Provokation vorhanden, darauf zu antworten. Darauf habe ich geantwortet in der Zeitschrift, an der ich gewöhnlich arbeite, seitdem ich aus der „Neuen Zeit" ausgetreten bin. Warum ich Letzteres that, widerstrebt mir, auseinanderzusetzen; es waren Meinungsverschiedenheiten da, ich mußte herausgehen. Ich habe also meine Ansichten in den „Sozialistischen Monatsheften" entwickelt. Der Artikel ist zwar scharf, aber nirgends werden die Motive und die Ehrlichkeit Kautsky's verdächtigt. Was dann vom „Offenbacher Abendblatt" geschrieben wurde, ist die reine Verdrehung der Thatsachen. Trotzdem haben zahlreiche Parteiblätter den Artikel abgedruckt, einzelne offenbar, ohne meinen Artikel zu kennen. Ich bin stets für Freiheit der Diskussion eingetreten, und ich muß entschieden dagegen protestieren, daß irgend ein Versuch gemacht wird, in dieser Weise, weil vielleicht ein paar gegnerische Blätter davon Notiz genommen haben, einer Diskussion, die durchaus sachlich geführt wurde, ein Ende zu bieten. (Beifall und Zischen.)

Bebel: Ich bin mit Bernstein ganz darin einverstanden, daß nicht nur er, sondern wir alle auf das Energischste dagegen zu protestieren hätten, wenn irgendwo in der Partei der Versuch gemacht würde, freie Meinungsäußerungen zu verhindern. (Sehr gut!) Die Dinge werden heute so dargestellt, als sei in der Partei eine Richtung vorhanden, die irgend eine andere Richtung oder eine Minorität unterdrücken wolle. Das ist nach meiner Ueberzeugung das bitterste Unrecht, das man gegen die Partei in ihrer Gesammtheit schleudert (Sehr richtig!) Denn dieser Vorwurf würde sich nicht gegen einzelne Personen in ihrer Eigenschaft als Redakteure richten, sondern gegen die Gesamtpartei;

speziell gegen die Parteitage, die ja dann ein derartiges Treiben, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, gebilligt hätten. Das ist aber nicht geschehen, und insofern Jemand Ursache zu haben glaubt, sich über eine Person, also im vorliegenden Falle über den Redakteur der „Neuen Zeit“ beschweren zu müssen, weil er sich zurückgesetzt fühlt, so giebt es in der Partei Instanzen, an die diese Beschwerden zu richten sind. (Sehr richtig!) Die letzte Instanz ist der Parteitag. Ich bin weit entfernt, das Verfahren von Kautsky als Redakteur ohne Weiteres zu billigen, ich erinnere an meinen nach dem Lübecker Parteitag in der „Neuen Zeit“ erschienenen Artikel, worin ich das ausdrücklich ausgesprochen und hinzugefügt habe, wer Ursache zu haben glaubt, sich über den Redakteur eines offiziellen Blattes zu beschweren, der weiß auch die Stellen, an die er sich zu wenden hat. Bisher sind an die betreffenden Organe, in erster Linie an den Parteivorstand, keinerlei Beschwerden gekommen (Hört! hört!) und ich konstatiere, daß auch auf dem Parteitag wohl Klagen laut geworden, aber keine Beschwerden vorgebracht sind. Wie stehen wir nun zu der Presse im Allgemeinen? Es giebt keinen einzigen Genossen, der die Meinungsfreiheit in der Partei beschränken will. (Sehr richtig!) Es giebt keine Partei unter allen, die existiren, in der die Meinungsfreiheit so ungehindert zum Ausdruck kommen kann, wie in der Sozialdemokratie. Aber Bedingung ist, daß die Presse, die im Dienste der Partei steht, auch der Kontrolle der Funktionäre unterstellt ist. Das ist klar im Organisationsstatut ausgesprochen. Nach dieser Richtung hin stehen die „Sozialistischen Monatshefte“ außerhalb der Partei. Als seiner Zeit die Herausgeber des Vorgängers der „Sozialistischen Monatshefte“, des „Soz. Akademikers“, an den Parteivorstand den Antrag stellten, den „Sozialistischen Akademiker“ als Partei-Organ anzuerkennen und in das Verzeichniß der Parteiblätter aufzunehmen, da lehnte der Parteivorstand diesen Antrag einstimmig ab. (Hört! Hört!) Nun ist die „Neue Zeit“ offiziell anerkanntes Partei-Organ, das Blatt ist aus Parteimitteln direkt und indirekt unterstützt, denn die ganzen Opfer, die die „Neue Zeit“ erfordert hat, wären, wenn sie nicht hierfür gebracht wären, sonst in andrer Weise der Partei zu gute gekommen. (Sehr wahr!) Nachdem nun seit drei Jahren das Blatt offiziell in das Eigenthum der Partei übergegangen ist, hat sich der Parteivorstand veranlaßt gesehen, nachdrücklichst die Genossen aufzufordern, für die Verbreitung einzutreten. Ja, wenn ein derartiger Erlaß vom Parteivorstand kommt, und auf der anderen Seite die berufensten Angehörigen der Parteivertretung sich freiwillig außerhalb des Organs stellen und selbst die wiederholten Aufforderungen des Redakteurs der „Neuen Zeit“ zur Mitarbeit unbeachtet lassen, so lasse ich es dahingestellt, wie man ein solches Verfahren zu beurtheilen hat. Die Personen, die Heine gemeint hat, sind alle wiederholt von dem Redakteur der „Neuen Zeit“ bis in die letzten Monate aufgefordert, zu schreiben, sie haben es nicht gethan. (Hört! hört!) Darüber, daß ein solches Verhalten der betreffenden Personen nothwendigerweise demoralisirend wirken muß, kann doch kein Zweifel sein. Wenn ein außerhalb der Partei stehendes Organ in so provokatorischer Weise von sehr hervorragenden Genossen unterstützt wird, was muß das für einen Eindruck machen, und was hat es denn auf der anderen Seite für einen Sinn, die Parteigenossen zur Unterstützung der „Neuen Zeit“ aufzufordern, damit das Defizit aufhört? Heine meint, es sei im Interesse der Vermeidung der Stagnation nothwendig, solch' Blatt zu haben. Das heißt also, daß bis zu dem Augenblick, wo die „Sozialistischen Monatshefte“ gegründet sind, eine Stagnation in der Partei herrschte. (Heine: Das heißt es nicht!) Das wird doch im Ernst kein Mensch behaupten wollen. Sollte der Versuch gemacht werden, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, so wären die im Organisationsstatut vorgesehenen Instanzen da, um einzugreifen. Die „Sozialistischen Monatshefte“ aber stehen außerhalb der Partei, sie haben außerhalb der Partei stehen wollen, sie haben

nicht den Versuch gemacht, sich in den Parteirahmen einzufügen. Ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf, aber das muß klargestellt werden, um einmal die Grenzen für das, was als Parteipresse angesehen werden kann, zu ziehen. Heine sagt, die „Sozialistischen Monatshefte" seien gegründet worden, um die Diskussionsfreiheit in der Partei zu ermöglichen. Das heißt wieder, daß dieselbe irgendwo beschränkt ist, und bis zum Beweis des Gegentheils bestreite ich das auf das Entschiedenste.

Nun sind die Dinge soweit gediehen, daß Bernstein das Wort Revisionismus schon als eine Verhöhnung auffaßt. (Widerspruch von Bernstein.) Ja, erlaube mal, mein lieber Bernstein, das Wort Revisionismus ist nicht von den Dogmatikern erfunden worden, das Wort habt Ihr ja selbst erfunden. (Zuruf: Schoenlank!) Ich habe das Wort in Eurer Presse zuerst gelesen, und wie es eine Beleidigung sein soll, wenn man eine bestimmte Richtung — und eine solche ist es doch (Bernstein: Nein!) — als Revisionismus bezeichnet, das kann ich nicht verstehen. Geschieht denn nicht bei Euch dasselbe? Wollt Ihr behaupten, daß Ihr in Eurer Presse uns nicht angreift? Sind wir nicht die Dogmatiker, sind wir nicht die Prinzipienreiter? Bin ich nicht in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" persönlich angegriffen worden? Ich habe nichts dagegen einzuwenden, denn es ist doch selbstverständlich, daß bei Meinungsverschiedenheiten ein Schießen herüber und hinüber stattfindet. Man ist weiter dazu übergegangen, von den Kautsky'schen Broschüren zu behaupten, sie seien aufklärend, aber nicht propagandistisch. Was ist das für eine Tüftelei? Jede aufklärende Schrift wirkt propagandistisch, aber einerlei, was die Kautsky'sche Schrift ist, ob nur aufklärend und nicht propagandistisch oder beides, das ist ja ganz gleichgültig. Es sind zwei durchaus sachlich gehaltene Broschüren, in denen auch nicht in einer einzigen Zeile irgend eine Bemerkung enthalten ist, die man wirklich als beleidigend ansehen kann, man müßte denn eine sehr feine Haut haben. Wenn solche Broschüren von der anderen Seite auf den Index gesetzt werden, kann man doch nicht fernerhin von Preßfreiheit reden. Denn wenn Ihr ein Recht habt, Eure Meinung vorzutragen, hat auch die andere Richtung das Recht, und nur das ist in der Kautsky'schen Broschüre geschehen.

Im höchsten Grade bin ich überrascht, wie der Artikel von Karl Liebknecht eine Kritik finden konnte, wie sie ihm Bernstein hat widerfahren lassen. Ich habe den Artikel mit großem Interesse gelesen, es war eine der ersten Arbeiten, die ich von Karl Liebknecht gelesen habe, ich habe gefunden, daß der junge Mann eine schneidige Feder führt, und das hat mich gefreut. Aber ich bestreite entschieden und bitte den Beweis zu führen, daß darin auch nur eine beleidigende Zeile ist. Wie ist der Artikel entstanden? Jaurès hat aus der Veröffentlichung des Nachlasses von Liebknecht im „Vorwärts" versucht, diesen für die revisionistische Richtung auszuschlachten. Und dagegen wehrt sich der Sohn, der auf dem Standpunkt seines Vaters steht; er sagt: Hände weg, der Alte ist mein Vater, der gehört nicht zu Euch. Und darin hat er vollständig recht. (Stürmischer Beifall.) Wenn also der Sohn Liebknecht's den Vater, der leider nicht mehr antworten kann — und ich sage, wenn er antworten könnte, die Antwort des Alten würde noch ganz anders geklungen haben (Lebhafte Zustimmung), darauf könnt Ihr Euch verlassen — wenn der Sohn den Vater in Schutz nimmt, so ist das etwas ganz Selbstverständliches. Noch einmal: es ist keine Zeile in dem Artikel, die die Gegner als Beleidigung, als Verhöhnung, als Herabsetzung ansehen könnten. Man hat also keine Ursache, sich in dieser Beziehung zu beschweren.

Es ist ja außerordentlich bedauerlich, daß wir eine solche Debatte haben, die vor einigen Jahren einfach unmöglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Mit den Gegensätzen innerhalb der Partei, die nun einmal vorhanden sind und mit denen wir zu rechnen haben — darüber wird sich Keiner täuschen —, ist erst

diese Art der Polemik in die Partei hineingekommen. Hüben und drüben sind Fehler gemacht worden, und wenn die Diskussion den Erfolg hätte, daß man sich auf beiden Seiten vergegenwärtigte, daß wir Genossen einer und derselben Partei sind, daß wir deshalb auch nothwendigerweise gewisse Rücksichten zu nehmen haben, so wäre das ein großer Vortheil.

Auf der anderen Seite ist es bedauerlich, daß die Dinge dahin kommen konnten, daß ein ganzer Theil hervorragender Parteigenossen, ohne von dem ihnen zustehenden Beschwerderecht genügend Gebrauch zu machen, sich ohne weiteres in ein außerhalb der Partei stehendes Organ geflüchtet hat und dort schreibt zum Gaudium der bürgerlichen Presse (Widerspruch und Zustimmung), die unausgesetzt aus dieser Thatsache Kapital gegen die Partei schlägt. Nach dieser Richtung hin Wandel zu schaffen, sollte sich jeder Parteigenosse angelegen sein lassen. Ich wünsche nicht, daß wir ein zweites Mal nöthig haben, eine ähnliche Diskussion, die dann eine sehr viel schlimmere Gestalt annehmen würde, auf einem Parteitage führen zu müssen. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Dr. David-Mainz: Bebel hat wiederholt erklärt, es sei niemand mundtodt gemacht worden in der „Neuen Zeit“, es sei für die Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ nicht nothwendig gewesen, aus der „Neuen Zeit“ zu flüchten. Bebel irrt in dieser Beziehung. Es haben in der That Mundtodtmachungen stattgefunden. Ich bitte dies zunächst als Thatsache anerkennen zu wollen. (Zuruf: Ohne Beweis nicht!) Den Beweis hat ja Bernstein für sich geführt, ich will ihn, da Sie es provoziren, für meine Person auch führen. Ich habe seiner Zeit anläßlich der Agrardiskussion, die mich wiederholt in Gegensatz zu Kautsky gebracht hat, der „Neuen Zeit“ nach dem Erscheinen des Kautsky'schen Buches über die Agrarfrage im Februar eine aktuelle Kritik des Buches zugesandt. Die „Neue Zeit“ hat wegen Raummangels diese Kritik erst im Oktober desselben Jahres gebracht. (Zuruf: Na also!) Unmittelbar nach der Drucklegung meiner Kritik erfolgte die Antwort des Genossen Kautsky. Als ich auf diese Replik, die sehr scharfe persönliche Ausfälle enthielt, erwiderte, bekam ich die Mitteilung, meine Erwiderung würde aufgenommen werden, ich möge mich aber noch längere Zeit gedulden. (Zuruf: Beschwerde-Instanz!) Beschwerde-Instanz — mit diesem Argument hat ja auch Bebel seinen Vorwurf weiter zu begründen gesucht. Man konnte aber damals wohl selbst formell noch keine Beschwerde beim Parteivorstand einreichen, denn der Redakteur der „Neuen Zeit“ stand durchaus nicht in dem Verhältniß zum Parteivorstand, daß letzterer ein Eingriffsrecht oder die Oberaufsicht über seine redaktionelle Thätigkeit hätte ausüben können. (Sehr richtig!) Eine solche Oberaufsicht ist auch gar nicht möglich. Sie werden es aber doch begreifen, daß einem auf diese Weise das Gefühl beigebracht wird, daß die Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ nicht sehr gern gesehen wird, wenn man auf diese Weise gewissermaßen hinausgegrault wird. Man kann einem gewiß keinen Vorwurf daraus machen, wenn man nun seine Meinung an andrer Stelle zum Ausdruck zu bringen sich anschickt. Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind seiner Zeit gegründet worden, um in den Kreisen der Studenten Propaganda zu machen; das Blatt ist gewissermaßen hervorgegangen aus dem „Sozialistischen Studenten“ und ist damals mit großen Opfern gehalten worden. Auch an den „Sozialistischen Monatsheften“ ist die Mitarbeit lange Zeit hindurch unentgeltlich gewesen, auch heute noch werden mit diesem Blatte Geschäfte in keiner Weise gemacht, es bedeutet auch heute noch ein finanzielles Opfer. Wenn man die Sache von der finanziellen Seite nimmt, wie es Hoffmann gethan hat, und behauptet, die „Sozialistischen Monatshefte“ seien schuld daran, daß die „Neue Zeit“ nicht florire, so ist das ganz hinfällig. Man müßte dann in die Finanzfrage der „Neuen Zeit“ einmal eintreten. Dann würde vielleicht die Thatsache, daß die „Neue Zeit“ finanziell nicht so florirt, wie sie wohl könnte, doch ein anderes Gesicht gewinnen. Jedenfalls erfordern

die „Sozialistischen Monatshefte“ nicht annähernd die Ausgaben wie die „Neue Zeit“. Dieses Blatt war nothwendig; seine Bedeutung hat sich ganz natürlich daraus entwickelt, daß diejenigen, die die unter dem Namen Revisionismus zusammengefaßten Anschauungen vertreten, sich ein Organ schaffen mußten, in dem sie ihre Meinung ungehindert niederlegen konnten. Dies Organ hat auch jeder Zeit unter der Kontrolle der Partei gestanden; das Argument Bebels, die „Sozialistischen Monatshefte“ ständen außerhalb der Parteikontrolle, ist rein formell. Jeder, der für die „Sozialistischen Monatshefte schreibt und ein Parteigenosse ist, steht mit allen seinen dort entwickelten Anschauungen unter der Kontrolle der Gesammtpartei. (Sehr richtig!) Bebel hat die Ausführungen Bernsteins über die letzte Kautsky'sche Broschüre in ihrem Kernpunkt nicht erfaßt. Diese Broschüren waren Angriffsbroschüren gegen Bernstein und andere, worauf Bernstein das gute Recht der Abwehr hatte. Niemand aber hatte nachher das Recht, die Sache so zu drehen, als ob sich hier der gute Kautsky, der absolut Frieden haben will (Unruhe) und der böse Bernstein stritten, der jenem durchaus in die Waden beißen wollte. An den „Sozialistischen Monatsheften“ hat früher auch der alte Liebknecht mitgearbeitet (Zuruf: Wann?), ferner Ledebour und Rosa Luxemburg. Früher war das also offenbar gestattet; warum soll es heute verboten sein? Wenn sich die erhobenen Angriffe in das finanzielle Gewand kleiden, so kann ich das nur für einen Vorwand halten. Was gemeint ist, ist, daß gewissen Genossen die in den „Sozialistischen Monatsheften“ niedergelegte geistige Arbeit unbequem ist. (Widerspruch und Zustimmung.) Es pulsirt in den „Sozialistischen Monatsheften“ ein reiches geistiges Leben. (Ruf: Donnerwetter! Heiterkeit.) Der reiche Inhalt, der vollständige Ueberblick über das wirthschaftliche und politische Leben machen die „Sozialistischen Monatshefte“ zu einer außerordentlich werthvollen sozialdemokratischen Zeitschrift (Sehr gut! Widerspruch), die man jetzt von Seiten der Richtung, die das nicht gern sieht, niederdrücken möchte. Dazu nimmt man dann solche Vorwände. Bebel hat wiederholt erklärt, kein Mensch in der Partei wolle den freien Meinungsaustausch unterdrücken. Ich bezweifle nicht die Ehrlichkeit dieser Ueberzeugung (Zuruf: Das ist sehr nett von Ihnen!) — — ich meine das ganz ernsthaft (Ja! ja!) und schicke es nur voraus, um etwaigen falschen Auffassungen von vornherein die Spitze abzubrechen —: Ich habe diese Ueberzeugung nicht, ich stehe unter dem Eindruck, daß man versucht, den freien Meinungsaustausch hinten herum einzuschränken. (Lebhafter Widerspruch und Zustimmung.) Diese Ueberzeugung stelle ich der Bebels gegenüber. Nach allen Beobachtungen der letzten Jahre giebt es in der That Leute, die es gern sehen, wenn gewisse Anschauungen möglichst schwer an die Ohren und den Geist der Parteigenossen herankommen. Von diesem Standpunkt aus fasse ich den ganzen Angriff auf. Ich stimme mit Bebel darin völlig überein, daß es unserer Partei unwürdig wäre, wenn dieser Versuch zu einem Erfolge führte. Die Annahme des Antrages Augsburg, die ich für ganz undenkbar halte, träfe ja auch zahlreiche andere Organe, wie das „Archiv“, die „Kommunale Praxis“; sie träfe die ganze Gewerkschaftspresse (Widerspruch) und die Genossenschaftspresse. (Erneuter Widerspruch.) Es entspräche nicht der Würde der Partei, wenn die freie wissenschaftliche Bethätigung ihrer Mitglieder irgendwie erschwert würde. Ich bin daher über das Schicksal dieses Angriffs ganz beruhigt und hoffe, daß er der Entwickelung der Partei und auch der „Sozialistischen Monatshefte“ nicht den geringsten Abbruch thun wird. (Beifall und Zischen.)

Emmel-Mülhausen: Mich hat nicht der Streit der Literaten hier hingeführt, sondern das sachverständige Urtheil Hoffmanns über die elsaß-lothringischen Preßverhältnisse. (Hoffmann hatte darauf hingewiesen, daß in Elsaß-Lothringen ein zweites Blatt in Mülhausen herausgegeben werde, während das Blatt in Straßburg noch Zuschuß kostet.) Ich will ihm sagen,

wie die Dinge liegen. Am 20. September v. J. erhielten wir die Mittheilung aus Straßburg, daß uns vom 1. Januar ab von dort keine Zeitung mehr geliefert werde, weil der Parteivorstand einen weiteren Zuschuß für das Mülhausener Kopfblatt nicht mehr leisten werde. Was sollten wir thun? Bei diesem Bescheide konnten wir uns doch nicht beruhigen. Wir mußten dafür sorgen, daß wir vom 1. Januar ab ein anderes Blatt hatten. Mit Hilfe der Frankfurter Genossen konnten wir aus Frankfurt a. M. ein Kopfblatt für die oberelsässischen Kreise beziehen. Wenn Hoffmann das nicht weiß, sollte er sich doch vorher erkundigen. Auer und Gerisch haben auf die großen Summen hingewiesen, die für die elsässische Presse vom Vorstand ausgegeben worden sind. Daran trägt auch der Vorstand mit die Schuld. Auf seine Empfehlung wurde für die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung" ein Geschäftsführer angestellt, der ungeeignet war.

Die weitere Diskussion wird — mit Rücksicht auf das Fest im Hackerkeller auf morgen vertagt.

Persönlich bemerkt **Adolf Hoffmann**: Wenn morgen andere elsässische Genossen sprechen werden, wird man sehen, daß ich recht habe mit meinen Anschuldigungen der Mülhauser. Heine hat hier mein persönliches Geschäft, meinen Broterwerb als Buchhändler hineingezogen. Ich habe mich in meiner Rede befleißigt, überhaupt keine Personen in die Debatte zu ziehen. Ich hätte gewünscht, Heine hätte sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Ich habe seit zehn Jahren überhaupt keine Parteibroschüre mehr in meinem Verlage verlegt, sondern ein ganz anderes Gebiet, das der Theaterliteratur, betreten. Ich habe der Partei nie Konkurrenz gemacht. Ich habe auch Herrn Bloch nicht vorgeworfen, daß er die „Monatshefte" herausgiebt, sondern einen Vorwurf nur den Genossen gemacht, die durch ihre Mitarbeit ein solches Blatt hochbringen, während das andere Blatt niedergedrückt wird. Heine's Argumentation verdient, daß ich ihm das Wort zurufe, das er mir einmal in einer Berliner Versammlung zurief: Rabulist!

Heine: Ich will nur konstatieren, daß ich gerade Hoffmann keinen Vorwurf daraus gemacht habe, daß er Buchhändler ist, sondern sein gutes Recht ausdrücklich betont habe, einen solchen Verlag zu haben. Ob die „Zehn Gebote" vor 12 Jahren erschienen sind, ist ganz gleichgültig. Sie erscheinen auch jetzt weiter und sind eine unserer wirkungsvollsten Agitationsbroschüren.

Hoffmann: Diese letzte Bemerkung beschämt mich. (Heiterkeit.) Aber widerlegt hat mich Heine nicht. Er hat mir als Buchhändler das Recht abgesprochen, in dieser Frage Kritik zu üben. Aus der Art und Weise, wie ich mir mein Brot recht und schlecht verdiene, darf er mir aber keinen Vorwurf machen. Ich nehme ihm ja auch seinen Beruf nicht übel.

Heine: Ich habe Hoffmann nicht das Recht der Kritik abgesprochen, sondern nur sein Argument, man dürfe der Partei keine Konkurrenz machen, durch seine eigne Person widerlegt.

Schluß 6½ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 16. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Der Vorsitzende theilt mit, daß als Vertreter der Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarländischen Sozialdemokraten in der Schweiz auch Genosse Ludwig Witt aus Zürich als Gast anwesend ist.

Zunächst erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission

Böhle-Straßburg: Auf dem Parteitage sind anwesend 205 Delegirte mit 250 Mandaten, 37 Reichstags-Abgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure, 4 Genossen, welche auf Grund ihrer Stellung zur Parteipresse zur Theilnahme berechtigt sind, der Genosse Löwenstein-Nürnberg als Landtags-Abgeordneter, ferner 12 auswärtige Gäste, deren Namen vom Präsidium des Parteitages schon bekannt gegeben wurden. Einige Reichstags-Abgeordnete sind mit Mandaten versehen und deshalb als Delegierte aufgeführt. Die Kommission beantragt, diese sämtlichen Mandate, soweit sie im Sinne des Organisationsstatuts als Mandate angesehen werden können, für gültig zu erklären.

Der Parteitag erhebt debattelos diesen Antrag zum Beschluß

Böhle-Straßburg: Ein Protest liegt vor gegen das Mandat des Genossen Krolik-Chemnitz, dieser wurde in einer regelrecht einberufenen Parteiversammlung als Delegierter gewählt, auf einer späteren Konferenz wurde allerdings von den Chemnitzer Genossen der Wunsch geäußert, der Genosse Krolik solle sein Mandat wieder abgeben, was er jedoch nicht that. In dem Protest wird selbst zugegeben, daß Genosse Krolik zu Recht gewählt ist, und deshalb beantragt die Kommission, dem Protest des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins in Chemnitz nicht stattzugeben und das Mandat für gültig zu erklären.

Dieser Antrag wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Böhle-Straßburg fährt fort: Gegen das Mandat des Genossen Windhoff-Düsseldorf liegt ein Protest vor vom Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins in Ratingen und anderen Genossen. Windhoff sei nicht zu Recht gewählt worden, er habe, nachdem er in einer öffentlichen Parteiversammlung bei der Wahl unterlag, eine Kreiskonferenz einberufen und sich dort wählen lassen. In der Kommission ist festgestellt worden, daß die dortige Neu-Organisation bereits in Kraft getreten und Windhoff von der Kreiskonferenz mit Recht gewählt ist. Es wird beantragt, das Mandat für gültig zu erklären.

Windhoff-Düsseldorf führt aus, daß die Einberufung einer Kreiskonferenz zu Recht erfolgte. Diejenigen Personen, die jetzt gegen mein Mandat protestieren, haben auf der Kreiskonferenz kein Wort gegen mich gesprochen.

Das Mandat wird für gültig erklärt.

Böhle-Straßburg: Das Mandat der Frau Weiß als Vertreterin der Frauen und Mädchen der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Düsseldorf liegt nicht im Original vor, sie bringt nun die Abschrift eines von einigen Frauen unterschriebenen Mandats zum Parteitag, die lediglich von Windhoff bestätigt wurde, obwohl ihm, wie er zugiebt, das Original nicht zu Gesicht gekommen ist. Die Behauptung, daß eine öffentliche Versammlung nicht mehr möglich war, ist schon dadurch widerlegt, daß das Mandat bereits am 13. August ausgestellt wurde. Die Kommission hat dieses Mandat für ungültig erklärt, weil sie auch die Ueberzeugung gewonnen hat, daß man in Düsseldorf in den weitesten Kreisen von dieser Delegation nichts weiß.

Frau **Weiß**-Düsseldorf: Ich wurde von den sozialdemokratischen Frauen in Düsseldorf zur Frauenkonferenz gesandt. Durch die Chikanen der Behörden wurde es uns aber unmöglich gemacht, der öffentlichen Parteiversammlung beizuwohnen, wo die Delegierten zum Parteitage selbst gewählt werden sollten; es wurde nun zwar eine neue Versammlung einberufen, da wir aber der Ansicht waren, daß wir auch das zweite Mal ausgewiesen würden, sind wir gar nicht hingegangen. Nun haben wir zwar einen Frauenverein, in dem wir jedoch keine Politik treiben dürfen. Wir haben deshalb, um die Delegation einer Frau

zu ermöglichen, auf einer Liste die Unterschriften gesammelt, durch Nachlässigkeit ist diese Originalliste verloren gegangen, sie wurde von einem Genossen seiner Frau übergeben, die sie mir übermitteln sollte. Ich bitte, das Mandat nicht zu kassiren, damit die Düsseldorfer Frauen hier vertreten sind.

Ebert-Bremen ersucht, dem Antrag der Kommission beizutreten. Frau Weiß wurde schon Mitte August als Vertreterin zur Frauenkonferenz gewählt, aber ohne Delegation für den Parteitag selbst. Durch Befragen des Genossen Ludwig Schmid, der Oekonom des Düsseldorfer Gewerkschaftshauses ist, haben wir festgestellt, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, noch eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Wenn wir nicht so verfahren, dann bekommen wir so viele Mandate von Frauen, daß es Aufsehen erregen muß.

Das Mandat der Frau Weiß wird **kassirt**, doch wird sie als Gast gern zu den weiteren Verhandlungen zugelassen.

Darauf wird die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgesetzt.

Vorläufig ausgeschlossen ist dabei die Polenfrage.

Eingegangen sind die Anträge 93, 95 und 93a, die, genügend unterstützt, zur Debatte gestellt werden.

Böhle-Straßburg: Es ist gestern ausführlich auf die elsaß-lothringischen Preßverhältnisse Bezug genommen worden. 1894 wurde das erste in Straßburg gegründete Blatt, die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung“, mit einem Abonnentenstand von 5000 Abonnenten von der Regierung unterdrückt. Einige von außerhalb der Reichslande eingeführte Blätter fielen dem Diktatur-Paragraphen zum Opfer. 1898 wurde ein Fonds zur Gründung eines neuen Blattes aufgebracht. Ein Fehler war es, daß man das Blatt statt in Straßburg in einem Dorfe bei Straßburg erscheinen ließ, um die hohe Kaution zu ersparen. Auch reichten die von den Parteigenossen aufgebrachten Mittel für ein Centralblatt Elsaß-Lothringens nicht aus. Es haben sich nun zwischen Straßburg und Mülhausen Dinge zugetragen, die ein weiteres Zusammenarbeiten der Genossen an diesen beiden Orten unmöglich machten. — Wir bekamen durch Mülhausener Korrespondenzen verschiedene Prozesse, deren Kosten wir Straßburger nicht allein übernehmen konnten; nachdem uns nun der Parteivorstand den Zuschuß gestrichen hatte, konnten wir den Mülhausenern das Blatt nicht mehr in der bisherigen Weise liefern, wir konnten uns durch die Mülhausener nicht ruinieren lassen, zumal Letztere einen eigenen Fonds für ein eigenes Blatt gegründet hatten. Die Straßburger haben nun ein Lokalblatt gegründet, das, seitdem wir die Mülhausener los sind, ganz gute Fortschritte gemacht hat. Wir sind herzlich froh, daß wir die Mülhausener los sind. (Heiterkeit.)

Leyendecker-Höchst: Zunächst muß ich bedauern, daß gestern wieder eine Bernstein-Debatte heraufbeschworen ist. Die Genossen haben keine Lust, sich auch diesmal wieder mit der bewußten Frage zu befassen. (Sehr richtig!) Sie wollen praktisch arbeiten. Die Akademiker sind es, die die Debatte begonnen haben. (Widerspruch und Zuruf: Hoffmann, Zubeil!) Vielleicht wäre es rathsam, wenn die Akademiker zwei oder drei Tage vor dem allgemeinen Parteitag ihren besonderen Parteitag abhalten. (Heiterkeit.) Der Streit um die „Soz. Monatshefte“ ist nicht so erheblicher Natur. Die Artikel, die Auer und Andere dafür geschrieben haben, werden von den Arbeitern besser verstanden, als die Artikel in der „Neuen Zeit“, die zu theoretisch sind. Wenn das Wissen des Arbeiters bereichert wird, so kann es uns ganz gleichgültig sein, ob das durch die „Neue Zeit“ oder durch die „Sozialistischen Monatshefte“ geschieht. Wo das Belehrende herkommt, sollen wir es nehmen. Der Streit zwischen „Monatsheften“ und „Neue Zeit“ wäre am besten dadurch aus der Welt zu schaffen, daß Bloch die Redaktion der „Neuen Zeit“ und Kautsky die Redaktion der „Monatshefte“ übernimmt. (Große Heiterkeit.)

Doch nun zurück zum Bericht des Parteivorstandes! Die Genossen, die mich delegirt haben, sind der Meinung, daß die Preßunterstützungen zu sehr angewachsen sind. Wo Aufklärung nothwendig ist, soll der Parteivorstand die Presse des betreffenden Bezirkes nach Kräften unterstützen, aber verpulvern dürfen wir das Geld nicht. Mit Neugründungen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht; da muß man vorsichtig sein. Vielleicht empfiehlt es sich, verschiedene Blätter zu verschmelzen. Wir hatten die Absicht, das Frankfurter mit dem Mainzer Organ zu vereinigen, um das Defizit des letzteren zu verringern, aber die Verhandlungen sind gescheitert. Weiter empfiehlt es sich, die Zeitungen zu verstaatlichen. Der alljährlich wiederkehrenden finanziellen Klage von Gerisch könnte dadurch abgeholfen werden, daß die Genossen nicht so viel Vergnügungsvereinen beitreten. Auch sollte man den gut situierten Genossen einmal näher auf den Pelz rücken und ihnen klar machen, daß es nicht genügt, den Stimmzettel für uns abzugeben, sondern daß es auch finanzieller Opfer bedarf. Den jüngeren agitatorisch thätigen Genossen sollte mehr Agitationsmaterial für die Kleinarbeit geliefert werden. Dem Vorschlag von Frohme, daß der Vorstand in seinem Bericht eine genauere Uebersicht über den Stand der Organisation geben soll, schließe ich mich an.

Kolb-Karlsruhe: Eine Reform der Parteifinanzen ist dringend nothwendig. Dem Vorstand werden alle möglichen Verpflichtungen aufgebürdet, aber er hat keine Mittel, die Genossen zu materiellen Beiträgen zu zwingen. Er ist, von dem Ertrag der Partei-Unternehmungen abgesehen, durchaus auf freiwillige Beiträge angewiesen. In Stuttgart wurde beschlossen, daß die Organisationen und Vertrauensleute 10 Prozent ihrer Einnahmen an den Vorstand abzuliefern haben. Dieser Beschluß ist aber nicht durchgeführt worden, weil der Vorstand niemand zur Beachtung des Beschlusses zwingen konnte. Die alte Organisationsform genügt nicht mehr. Der Vorstand sollte mit der Reichstagsfraktion und den Landesvorständen zusammen berathen, wie eine festere Form gefunden und Remedur geschaffen werden kann. Die Organisationen sollten höhere Beiträge nehmen. Die Arbeiter-Gesangvereine, die Arbeiter-Radfahrervereine erheben höhere Beiträge als die Partei. Der Vereinsmeierei muß entgegengetreten werden. Es wird in diesen Vergnügungsvereinen gelegentlich bei den Festen eine schlimme Beutelschneiderei getrieben. Auch sollten jetzt schon Extrabeiträge für die Wahlen erhoben werden, sonst muß der Vorstand wieder ungeheuere Summen an die Wahlkreise geben. Der Streit um die „Soz. Monatshefte" ist ganz überflüssigerweise vom Zaun gebrochen worden, bei dieser Debatte kommt für die Partei absolut nichts heraus und die Genossen im Lande ärgern sich nur darüber. Ist es denn für die Partei ein Schaden, daß die „Sozialistischen Monatshefte" erscheinen? Die „Monatshefte" kommen einem Bedürfniß entgegen und haben sich entwickelt. Die „Neue Zeit" geht zurück. Die Ursache ist nicht bei denen zu suchen, die für die „Sozialistischen Monatshefte" schreiben, sondern in der Organisation und Redaktion der „Neuen Zeit". Wir haben nicht das Recht, den Genossen vorzuschreiben: in dieser Zeitschrift mußt du schreiben, in jener nicht. Die Hauptsache ist, daß ihre Artikel mit den Parteigrundsätzen in Uebereinstimmung bleiben. Die Entwicklung der „Neuen Zeit" wird nicht nur durch die „Monatshefte" gestört. Tausende von Abonnenten könnten noch für die „Neue Zeit" und für die „Sozialistischen Monatshefte" gewonnen werden. Die Hauptsache ist, daß agitiert wird und daß man gegenseitig Toleranz übt und sich nicht fortwährend herunterreißt. Aber die „Neue Zeit" kostet, seit sie wöchentlich erscheint, 1 M. monatlich, und das können sich viele nicht leisten. Die Mitarbeiter sind der „Neuen Zeit" doch nicht durch Zufall verloren gegangen; sie hat nur noch ein paar Mitarbeiter. Bebel sagt: es wird Keiner mundtodt gemacht. Aber man versteht es doch, Einen mundtodt zu machen, wenn er unbequem ist

Rollwagen-Augsburg: Der Augsburger Antrag ist lediglich aus dem Bestreben hervorgegangen, verschiedene hervorragende Parteigenossen an ihre Pflicht gegenüber den Partei-Organen zu erinnern. (Sehr richtig!) Wir finden im Vorstandsbericht eine Position: Minderumsatz bei der Buchhandlung Vorwärts 7536 Mark. Das hängt gewiß mit der wirthschaftlichen Depression zusammen, aber auch die Abstinenz verschiedener Parteigenossen gegenüber der „Neuen Zeit“ hat dies Resultat mit herbeiführen können. An der „Neuen Zeit“ arbeiten verschwindend wenige Reichstags-Abgeordnete mit, fast sämtliche Reichstags-Abgeordnete der Partei laden ihre Elaborate in den „Sozialistischen Monatsheften“ ab, in einem Organ, das nicht im Parteiverlag erscheint. Wir haben einen kleinen Buchhandel und wissen, daß es der Arbeiterschaft ungeheure Opfer kostet, beide Zeitschriften kennen zu lernen. Sie müssen aber heute beide halten. Die „Neue Zeit“ muß nicht nur für Theoretiker, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter geschrieben werden, unsere Agitatoren sollen daraus Kenntniß schöpfen. Die Kontroverse Bernstein-Kautsky ist nur dazu angethan, unseren Antrag zu stützen. Die Arbeiterschaft wird es in der gegenwärtigen ernsten Zeit nicht verstehen, wenn innerhalb der Sozialdemokratie fortgesetzt derartige Meinungsverschiedenheiten eine Rolle spielen. Wenn wirklich die Meinungsfreiheit unterdrückt worden ist, muß Remedur eintreten. Taugt die Redaktion nichts, dann weg damit, dann müssen die Betreffenden aber mit einem Antrag hervortreten. Besonders auffallend ist, daß auch ein Mitglied des Parteivorstandes seine Elaborate bei den „Sozialistischen Monatsheften“ ablädt. Der Parteivorstand sollte in erster Linie die Organe interessant gestalten, die er selbst den Genossen zur Verbreitung empfiehlt. So aber gestaltet er gerade die „Monatshefte“ interessant. (Heiterkeit.) Unser Antrag will, daß Polemiken gegen Artikel in der „Neuen Zeit“ wieder in Organen des Parteiverlages erscheinen. Das ist das Mindeste, was man verlangen kann; es muß sich ja in den Köpfen der Genossen der Eindruck festsetzen, daß es zwei Lager innerhalb der Partei gibt. Wir sind aber die einige Partei. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Braun-Nürnberg: Ich bin ein ganz netter Kerl (Rufe: Na, na!), ich will nicht von den „Monatsheften“ und der „Neuen Zeit“ sprechen, sondern den Antrag von Nürnberg nochmals erläutern. Fischer hat diesen Antrag nicht begriffen, er hat auf das Protokoll hingewiesen, das über das Schicksal der gefaßten Beschlüsse Auskunft ertheile. Nein, wir wollen, daß auf dem nächsten Parteitage mitgetheilt werde, was der Parteivorstand und die Fraktion gethan haben, um die in München gefaßten Beschlüsse durchzusetzen. Das ist etwas ganz Anderes, als was Fischer dem Parteitage weiß macht.

Kautsky: Ich bin nicht in der Lage, so nett zu sein wie mein Freund Braun, ich muß von der „Neuen Zeit“ sprechen. Ich habe diese Diskussion nicht gesucht und auch nicht gewünscht. Wie wenig ich wünsche, daß die Bernstein-Debatte wieder aufgenommen wird, habe ich dadurch bewiesen, daß ich auf die wiederholten Angriffe von Bernstein noch in den letzten Monaten, die mitunter sehr stark waren, keine Silbe erwidert habe. Habe ich aber die Diskussion nicht gewünscht, so habe ich auch gar keinen Grund, mich über sie zu beklagen. Im Gegentheil: es ist mir dadurch eine sehr angenehme Ueberraschung bereitet worden. In den letzten Jahren wurden in der Partei allerhand Gerüchte kolportirt über das schwarze Schreckensregiment, das der Großinquisitor führt, der jede Meinungsäußerung, die ihm nicht paßt, gewaltsam unterdrückt. Und was haben wir gestern und heute hier gehört? Nichts als Lappalien. Gewiß bedauere ich es, daß die „Neue Zeit“ eine Reihe von Mitarbeitern verloren hat, aber glauben Sie nicht, daß die „Neue Zeit“ dadurch in Verlegenheit gerathen ist. Ich veröffentliche viele Artikel von ganz unbekannten Leuten, aber nicht aus Mangel an glänzenden Namen, sondern weil ich bestrebt bin, aus der

„Neuen Zeit", wenn es auch eine wissenschaftliche Zeitschrift sein soll, nicht eine ausschließlich akademische Zeitschrift zu machen, sondern eine Zeitschrift, in der das proletarische Element ausgiebig zu Worte kommt. Es ist ein Organ des proletarischen Klassenkampfes, und auf diesem Gebiete können wir alle von Proletariern lernen. Sind auch die Artikel mitunter uninteressant, so bilden sie doch einen der wichtigsten Theile der „Neuen Zeit". Wenn ich Mitarbeiter verloren habe, so bedauere ich das nicht als Redakteur, sondern als Parteigenosse. Welches sind denn die Ursachen, die eine Reihe von Genossen von der Mitarbeit an der „Neuen Zeit" zurückhalten? Einmal soll ich nicht zudringlich genug sein, ich soll den Leuten nicht immer auf der Pelle sitzen, sie nicht maltraitiren können, und zweitens soll ich die Leute schlecht behandeln und sie durch alle möglichen, mehr oder minder unanständige Methoden hinausgraulen. Was Zudringlichkeit anbelangt, ja, in der Beziehung bin ich allerdings nicht gut beschlagen; da kann ich die Konkurrenz nach keiner Seite hin aufnehmen, da muß ich den Kampf aufgeben. (Sehr gut!) Wodurch aber habe ich die Genossen aus der „Neuen Zeit" vertrieben? Ich soll sie dadurch vertrieben haben, daß ich zu jedem Artikel, der mir nicht paßte, eine Redaktionsnote gemacht habe. Nun, das liegt längere Zeit zurück, in der letzten Zeit ist das nicht mehr geschehen; und ich habe die Noten nicht gemacht, um die Genossen zu degradiren, sondern weil ich gefaßt sein muß, daß jeder Artikel, der in der „Neuen Zeit" erscheint, von den Gegnern gegen uns ausgenützt würde, sobald er eine Handhabe dazu bietet. Es erscheinen eine Menge Artikel, mit denen ich nicht einverstanden bin, die ich aber trotzdem aufnehme, weil ich sie für nützlich halte, und von denen ich jedoch fürchte, daß sie gegen uns ausgenützt werden könnten; dem beuge ich dadurch vor, daß ich darauf hinweise, daß einzig und allein der Autor für den betreffenden Artikel verantwortlich ist. Nun kann man über diese Frage denken, wie man will, jedenfalls habe ich diese Taktik vor längeren Jahren eingeschlagen und, merkwürdigerweise! damals haben die Genossen für die „Neue Zeit" gearbeitet, seitdem wir keine Fußnoten mehr bringen, arbeiten sie nicht mehr für uns. (Rufe: Hört! hört!) Dann aber soll ich Mitarbeiter vertrieben haben durch unseren schlechten Ton. Vor dem schlechten Ton habe ich keine solche Angst, es ist das ein Zeichen einer gewissen Dekadenz, einer gewissen Greisenhaftigkeit, wenn man immer so großes Gewicht auf den guten Ton legt. (Sehr richtig!) Früher war es bei uns Mode, daß Jeder von der Leber frei weg sprach, wie ihm der Schnabel gewachsen war. So hat es auch die Bourgeoisie in ihren guten Zeiten gemacht, erst als sie konservativ wurde, hat sie die Rücksicht auf den guten Ton in ihren politischen Kämpfen in den Vordergrund gestellt. Und das sollen wir jetzt plötzlich auch machen? Ich würde es für ein trauriges Zeichen halten, wenn wir so viel Werth auf den guten Ton legen. Trotzdem aber war ich in den letzten Jahren ängstlich bemüht, jedes Wort zu vermeiden, das irgend eine Prinzessin auf der Erbse verletzen und ihre zarte Haut drücken könnte. Ich habe immer gedacht, daß die Genossen das Wort Revisionisten als Ehre ansehen; statt dessen halten sie das für eine Beschimpfung; es scheint, daß die Genossen, die sich als die kritischen Genossen bezeichnen, das Recht für sich in Anspruch nehmen, Alles zu kritisiren, daß sie selbst aber keine Kritik vertragen können. (Sehr richtig! Ruf: Hysterische Jungfrauen!) Aber gehen etwa die Genossen, die so empfindlich sind in Bezug auf den guten Ton, uns in gutem Ton voran? Gerade in der sogenannten Revisionspresse — entschuldigen Sie, daß ich das Wort gebrauche (Heiterkeit) — findet man nicht immer den guten Ton. Ich weise nur auf die Artikel von Isegrim hin, in denen Genossen, die für unsere Programmforderung, das Milizheer, eintreten, als Idioten hingestellt werden. Nennen Sie mir einen einzigen Artikel der „Neuen Zeit", in dem in dieser Weise gegen Genossen polemisirt wird. Dieselben Leute, die sich schon gekränkt fühlen, wenn man sie Revisionisten nennt,

haben plötzlich ein mangelhaftes Empfindungsvermögen, wenn andere Genossen als Idioten hingestellt werden. Bernstein fühlt sich beleidigt durch den erfrischend geschriebenen Artikel von Karl Liebknecht. Nun, Liebknecht hat auf eine Provokation hin geschrieben, Isegrim ohne jede Provokation. Die Revisionisten werden von uns niemals ohne Provokation angegriffen, aber sie verlangen, daß wir zu allen Angriffen schweigen! Nun soll ich auch dadurch Genossen hinausgegrault haben, daß ich Artikel, die mir nicht paßten, einfach hinausschob und den Leuten auf diese Weise das Mitarbeiten verekelte. Zum Beweis wurde nun ein einziger Fall, der Fall David, vorgebracht. In Wirklichkeit ist dieser Fall nicht vereinzelt, wir leiden so an Raummangel, daß wir ununterbrochen nicht aktuelle Artikel zurückstellen müssen, nicht nur von Revisionisten, sondern auch von Marxisten. Ich habe in den letzten Jahren sogar etwa zwanzig gegen Bernstein gerichtete Artikel überhaupt zurückgewiesen. Nach der David'schen Logik wären also die Gegner Bernstein's in der „Neuen Zeit“ vollständig mundtodt gemacht. Wie verhält es sich nun mit David? Er hat im Februar einen Artikel geschrieben, der im Oktober abgedruckt wurde. Der Artikel wurde mir zu derselben Zeit eingeschickt, als eben die Broschüre von Bernstein erschienen war. Ich schrieb an David: „Ihr Artikel vermöbelt mich zwar sehr, aber das ist für mich kein Grund, ihn abzulehnen; ich will ihn gerne bringen, jedoch können wir nicht zwei Polemiken neben einander führen. Eben ist das Buch von Bernstein erschienen, womit sich die ganze bürgerliche Presse beschäftigt, während sich mit der Agrarfrage momentan kaum Jemand beschäftigt; gestatten Sie daher, daß ich Ihren Artikel zurückstelle, bis die Diskussion über Bernstein erledigt ist.“ Ich habe also David nicht mundtodt gemacht, sondern nur seinen Artikel zurückgestellt zu Gunsten von Bernstein. Ich habe diesem den Vortritt vor David gelassen. Das ist die Mundtodtmachung der Revisionisten! Die Bernstein-Debatte zog sich allerdings über den ganzen Sommer hin, aber ich habe sofort, nachdem sie beendet war, David's Artikel gebracht; er schickte mir dann wieder einen Artikel, ich schrieb ihm, ich würde denselben bringen, er sei aber viel zu lang, ich würde ihn früher veröffentlichen können, wenn er ihn etwas kürzen wolle. David erwiderte, ich möchte ihm das Manuskript zurückschicken, er wolle sehen, ob er ihn kürzen könne; ich schickte ihm das Manuskript, aber Roß und Reiter sah man niemals wieder. (Hört! hört!) David hat sich darüber weder bei einer höheren Instanz noch bei mir beschwert. ich wußte gar nicht, daß er sich verletzt fühlte, und jetzt sagt er, seine Würde erlaube ihm nicht mehr, für die „Neue Zeit“ zu schreiben. Wenn man so empfindlich ist, dann hört allerdings Alles auf. Ferner soll ich Bernstein herausgegrault haben. Auch das ist nicht richtig; die Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit“ habe ich ihm nicht verleidet, aber er war gewissermaßen mein Mitredakteur und unser persönliches Verhältniß wurde durch den Kampf ein unerträgliches, dadurch wurde auch unser Zusammenarbeiten unerträglich. Sie werden das begreiflich finden. Sollte etwa Jemand verlangen, daß Heine oder Vollmar mit Rosa Luxemburg zusammen ein Blatt redigiren soll (Heiterkeit), ich glaube, Heine und Vollmar würden das entschieden ablehnen, ob aber dann David als Vertheidiger von Rosa Luxemburg auftreten und verlangen würde, daß man sie mit Vollmar zusammenspannt, das glaube ich nicht. (Heiterkeit.) Gegen die Mitarbeiterschaft Bernstein's habe ich nie etwas einzuwenden gehabt, ich habe ihn sogar nach Schluß des Lübecker Parteitages aufgefordert, für die „Neue Zeit“ zu schreiben. (Hört! hört!) — Ich hätte noch viel zu sagen, aber meine Redezeit ist abgelaufen. Also nur noch eins: Fassen Sie die Sache nicht persönlich auf. Ich mußte wider meinen Willen persönlich werden, aber täuschen wir uns nicht: Es handelt sich um tiefgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten, um Meinungsverschiedenheiten, die eben noch die italienischen Genossen auf's tiefste erregt und die die französischen Genossen vollständig auseinandergetrieben

haben! Seien Sie froh, daß wir einig geblieben sind und daß bloß eine gewisse Reizbarkeit das einzige Resultat all' dieser Debatten ist. Ich hoffe, daß auch diese Reizbarkeit in Kurzem verschwinden wird. Wir stehen vor großen Entscheidungen. Die Reichstagswahlen werden uns zusammenschweißen und der letzte Rest von Erbitterung wird dadurch beseitigt werden, ich erwarte davon einen großen Triumpf, der bei der Bourgeoisie wieder den sozialistischen Schrecken hervorrufen wird, und dieser sozialistische Schrecken wird noch durch die amerikanische Krisis vermehrt werden. Die Reichstagswahlen, der Kampf um den Zolltarif, sie bedeuten nicht das Ende des Kampfes, sie sind der Anfang des großen Kampfes. In diesem Kampfe wird der Rest von revisionistischen Nebeln zerstört werden (Widerspruch und Zustimmung) und wir werden wieder unsere Endziele in den Vordergrund stellen. (Bravorufe.) Dann werden wir Alle wieder einig sein in dem Ruf: Nieder mit dem Kapitalismus, es lebe die Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Singer: Es ist ein Antrag eingegangen auf Schluß der Debatte über die Mitarbeit der Parteigenossen an den „Sozialistischen Monatsheften", sowie über den Revisionismus. (Heiterkeit.) Das scheint mir ein sehr eigenthümlicher Antrag zu sein. Ich kann einen Antrag verstehen, der die Diskussion schließen will, aber einen Antrag, der einen Teil der Fragen ausschließen will, scheint mir kaum zuläßlich. — Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Stadthagen: Auer erwähnte, daß der Verein „Arbeiterpresse" in übermüthiger Laune einmal „Streikverein" genannt worden sei. Der Grund, weswegen ein großer Teil der Genossen gegen die Versicherung, für die ich durchaus bin, ist, liegt nicht darin, daß der Verein einmal übermüthigerweise als Streikverein bezeichnet worden ist, sondern daß das leider bei der Gründung von Mitgliedern des Vereins „Arbeiterpresse" ausgeführt worden ist, man dürfe in die Statuten nichts hineinnehmen, was einen Streik hindert, man müsse einen Streik als letztes Mittel gegen die Organe der Partei reserviren. (Hört! hört!) Ich freue mich, daß im Laufe der Entwickelung des Vereins „Arbeiterpresse" diese Richtung gleich Null geworden ist. Wäre das nicht so, so müßte der Verein zweifellos auf das schärfste bekämpft werden. Ein Vorwurf ist also nur zu erheben gegen diejenigen Mitglieder des Vereins, die in der That einen Streikverein daraus machen wollten. Was die Frage der „S o z i a l i s t i s c h e n M o n a t s h e f t e" anlangt, so habe ich selten so viel Unrichtigkeiten aneinandergehäuft gefunden wie gestern. David sagte, es seien die „Sozialistischen Monatshefte" unter großen Opfern selbstlos ins Leben getreten. Die Thatsachen sind absolut andere. Der „Sozialistische Akademiker" ist im Jahre 1895 nicht von den jetzigen Mitarbeitern der „Monatshefte" gegründet worden, sondern von anderen (Sehr richtig!) unter persönlichen Opfern und schweren Geldstrafen. Damit sollte nicht ein sozialdemokratisches Organ — das ist es auch heute noch nicht — gegründet werden, sondern ein sozialistisches Organ, das allen Richtungen des Sozialismus Raum giebt. Ich habe die Schriftstücke und die Aufrufe hier. 1897 ist das Blatt umgewandelt in die „Sozialistischen Monatshefte". Das Programm ist dasselbe geblieben, es sollte ein Organ sein, das alle sozialistischen Richtungen, also auch die katheder-sozialistischen, die liberal-sozialistischen und so weiter umfaßt. Die damaligen Gründer haben sich zum großen Teil zurückgezogen, als das Blatt in den Verlag von Edelheim überging. Einige von den Gründern hatten für die Unterstützung des Blattes über 500 M. jährlich beigesteuert. Selbstverständlich brauchte ihnen Edelheim diese Opfer nicht zu erstatten; die Betreffenden hätten das wohl auch kaum angenommen. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn ein Sozialdemokrat unter Hervorhebung seines Namens in irgend einem bürgerlichen oder antisozialdemokratischen Blatte schreibt. Wenn aber von einem Blatt, wie die „Sozialistischen Monatshefte", ausdrücklich erklärt wird, daß sie kein sozialdemokratisches Blatt sind, sondern

ihre Spalten allen sozialistischen Strömungen öffnen: so soll man nicht damit kommen und unter der Flagge, daß es ein Partei-Organ sei, Reklame machen in einer Art und Weise, daß Scherl und Wertheim die reinen Waisenkinder dagegen sind (sehr gut! Große Heiterkeit.) Von allen diesen Dingen haben die Herren Mitarbeiter wahrscheinlich gar keine Ahnung. Die „Sozialistischen Monatshefte" wollen einen Keil treiben zwischen die Gewerkschaften und die Partei, ein Versuch, der auf das allerschärfste bekämpft werden muß. Der Redakteur ist ja ein Sozialdemokrat. Ich kenne Herrn Bloch und weiß, daß er sich als einen Sozialdemokrat achtet. Aber noch im vergangenen Jahre war er der Meinung, daß Dr. Franz Oppenheimer nie für andere Parteien als die sozialdemokratische eingetreten sei. Von einem so gewandten Redakteur sollte man annehmen, daß er wenigstens die Stellung von Leuten wie Oppenheimer kenne, der nie aus seiner Ansicht ein Hehl gemacht hat; Oppenheimer ist nie Sozialdemokrat gewesen, er schrieb noch im Oktober 1901 in der „Welt am Montag" in einem Artikel über Rudolf Virchow: „Wir, die wir nach wie vor unerschüttert auf dem Standpunkt stehen, daß nur der Liberalismus im alten echten Sinne die Welt erlösen kann, die wir die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der sozialistischen Erwartungen teilen u. s. w." (Hört! hört!) Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Fällen anführen. Also der zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie, zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie den Unterschied nicht herauskennen kann, der auf Anfrage von wirklichen Sozialdemokraten erwidert hat: „selbstverständlich sind Anarchisten und Oppenheimer u. s. w. alles Sozialdemokraten!" (Bloch-Berlin ruft: Das ist alles gelogen!) Wenn Sie, Herr Bloch, auch einen solchen Ton in Ihrem Organ, den „Sozialistischen Monatsheften", haben, so haben Sie doch kein Recht, hier eine derartige unverschämte Redewendung zu gebrauchen. (Große Unruhe. Hört! hört!)

Singer (unterbrechend): Ich habe den Zwischenruf nicht gehört; würde ich ihn gehört haben, so würde ich ihn mit derselben Entschiedenheit wie Stadthagen gerügt haben. — Ich muß sagen, daß es ein Mißbrauch des Gastrechtes ist, wenn jemand, der nicht Mitglied des Parteitages ist, sich herausnimmt, in einer solchen Weise die Verhandlungen des Parteitages zu stören. Ich hoffe, daß das nicht wieder vorkommt, sonst müßte man entsprechende Maßregeln ergreifen.

Stadthagen (fortfahrend): Die „Sozialistischen Monatshefte" sind keineswegs ein sozialdemokratisches Organ, so viel Sozialdemokraten auch daran mitarbeiten mögen. Im übrigen bemüht sich der Redakteur, wie uns ja gestern erzählt ist, mit solcher Liebenswürdigkeit bei seinen Mitarbeitern um Artikel, daß man sich vor dem Mann gar nicht retten kann, wie man sich vor einem Reisenden nicht retten kann. Nach den Mitteilungen, die mir vom Genossen Julian Borchardt-Königsberg geworden sind, liegt seit dem Jahre 1900, d. h. seitdem das privatkapitalistische Unternehmen Edelheim dahinter steht, System darin, daß nur diejenigen zur Mitarbeit aufgefordert werden, die sich Revisionisten nennen und dann nachher sich darüber beklagen, daß sie Revisionisten genannt werden. (Sehr gut.) Mir ist von Julian Borchardt, der früher von Bloch zur Mitarbeit aufgefordert wurde, im vorigen Jahre ein Brief zugegangen, in dem dargelegt wird: Borchardt hatte in der Leipziger Buchdruckerei-Affaire einen Gegenartikel geschrieben, Bloch erklärte, er könne ihn nicht aufnehmen, aber nicht wegen des Inhalts, sondern wegen Raummangels, die Sache sei allerdings aktuell, sie könne ja aber noch 4—5 Monate lagern. Bloch fuhr dann fort: „Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Sie lassen Ihren Artikel zunächst einmal ruhig liegen. Sowie ich nur irgend Raum erübrigen kann, theile ich es Ihnen mit, und Sie senden mir das Manuskript wieder ein, allerdings etwas umgeändert. Der aktuelle Fall ist dann vermuthlich nicht mehr von Interesse u. s. w." (Große Unruhe.) Genosse David, das ist Ihr Redakteur?

(Sehr gut!) Aus dem Zirkular, das der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte" gegenüber dem Preßzirkular des Parteivorstandes erlassen hat, möchte ich Ihnen gleich einige Stellen vorlesen. Für den „guten Ton" gewisser Partei-Organe will ich zuvor nur noch eine mir vorliegende Zeitungsäußerung zitiren, wo davon die Rede ist, daß der Sozialdemokratie auf ihrem Parteitage von den Uebertheoretikern, den Ueberdoktrinären, den Alles oder nichts- und Mit dem Kopf durch die Wand-Politikern aus unseren Reihen Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, daß diese Männer versuchen werden, den Parteitag auf das Niveau ihrer Gescheitheit herabzudrücken. (Hört! hört! Große Unruhe.) Das ist der gute Ton! Ich bezweifle nicht, daß Sie einen guten Ton haben, nur behalten Sie ihn bei sich. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte" wendet sich an die Gewerkschaftsführer und bittet, die „Sozialistischen Monatshefte" doch unter allen Umständen abonniren zu wollen. Es heißt in dem Zirkular: „Wir wissen zwar, daß die jetzige Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit es vielen Genossen fast unmöglich macht, selbst den geringen Abonnementspreis der „Sozialistischen Monatshefte" aufzutreiben. Andererseits glauben wir, daß die „Sozialistischen Monatshefte" so viel Werthvolles bieten, daß niemand, der nicht durch Noth direkt dazu gezwungen ist, auf ihre Lektüre verzichten sollte." Weiter wird gesagt, daß die „Sozialistischen Monatshefte" alles bieten; schließlich wird ausgeführt: „Wir werden Jnen zunächst vorschlagen, daß Ihre Organisation als solche auf ein Exemplar der Zeitschrift abonnirt. Ferner wäre es sehr zweckmäßig, wenn Sie dieses Schreiben in Ihrer nächsten Versammlung vorlesen und daselbst zum Abonnement der Zeitschrift auffordern wollten. Als Gegenleistung für die damit verbundene Mühe erbieten wir uns, für jeden Abonnenten, den Sie uns auf der Liste angeben, an die Kasse der Organisation den Betrag von 50 Pf. zu zahlen." (Hört! hört! Große Unruhe.) Mit solchen Mitteln kann allerdings ein Partei-Organ nicht vorgehen. Die „Sozialistischen Monatshefte" sind auf dem Gebiet der periodisch erscheinenden Zeitschriften genau das, was der „Lokal-Anzeiger" und die übrige „Generalanzeiger"-Presse unseren Parteizeitungen gegenüber sind. Wir müssen verlangen, daß nicht ein Organ sich bildet, wie es die Redaktion zweifellos thut durch einseitige Duldung eines Standpunktes, das lediglich gegen die Partei Front macht, so daß wir im Reichstage in jeder Session gegen die „Sozialistischen Monatshefte" haben auftreten müssen. Auch in dieser Session haben wir in der Alkoholfrage die „Sozialistischen Monatshefte" wieder von den Rockschößen abschütteln müssen. Das ist kein sozialdemokratisches Organ. Arbeiter, die noch einen Rest von selbständigem Denken sich bewahrt haben, sollten nicht auf die Autoritätsduselei hineinfallen, von der dies Blatt allerdings voll ist. (Lebhafter Beifall und Unruhe.)

Vollmar: Ich bin der Meinung, daß man in solchen Dingen nicht an die Leidenschaft, die gewöhnlich blind ist, sondern einfach an den Verstand appelliren soll. Ich bin persönlich eigentlich recht wenig in der Frage interessirt, ich habe ein einfaches, schlichtes Gemüth (Heiterkeit), das nicht sehr schriftstellerisch veranlagt ist, und ich empfinde wenig das Bedürfniß, jeden Gedanken, der mir kommt, augenblicklich auch anderen Leuten aufdrängen zu wollen. Ich habe mich an der Diskussion über den ganzen Komplex von Fragen, um die es sich hier dreht, wenig oder eigentlich gar nicht beteiligt. Pflichtgemäß habe ich vor den Versammlungen der Parteitage die verschiedenen Streitakten der letzten Jahre wieder nachgelesen, und ich habe mich gefreut, daß ich recht daran gethan habe, mich nicht zu betheiligen. Nach genauer Einsicht habe ich mir sagen müssen, daß nach meiner Auffassung neun Zehntel alles Gesagten hätte unterbleiben können (Sehr richtig!), ohne daß die Partei dabei etwas verloren hätte. Ich werde mich also nicht weiter, als nothwendig ist, auf die Sache einlassen. Die Thatsache steht fest: es wird darüber geklagt, daß die „Neue Zeit" fort-

während zurückgeht. (Zurufe.) Ich denke: ein Blatt, das 10 000 M. Defizit macht, wird wohl zurückgehen. (Zuruf: Das war immer so!) So, dann ist es immer zurückgegangen. (Große Heiterkeit.) Das Blatt steht schlecht, macht Defizit, trotz der Autorität der Partei, während andererseits die „Sozialistischen Monatshefte", wie man über sie auch denken mag, fortwährend in die Höhe gegangen sind und gegenwärtig eine Verbreitung erreicht haben, die anderen Blättern ganz angenehm sein würde. Ueber diese Thatsache ist zunächst weiter nicht zu reden. Ich bestreite durchaus nicht, daß das nicht angenehm für die Partei ist und daß es kein regelmäßiger Zustand ist, während die andere Zeitschrift, die sehr lange kein Partei-Organ war und erst seit einigen Jahren in Wirklichkeit diesen Titel verdient, sich so weiten Einfluß verschafft hat. Es scheint mir aber doch höchst merkwürdig, daß unter so vielen klugen Männern, die über diese Dinge gesprochen haben, keiner den Grund, der die Lage verursacht hat, klar erkannt hat. Mir scheint es das Einfachste von der Welt, daß die Ursache zunächst da zu suchen ist, wo sie vernünftigerweise zu suchen ist, das ist bei der Redaktion. Alles spräche doch dafür, daß ein Blatt, das die Autorität und den Geldbeutel der Partei hinter sich hat, einen außerordentlichen Einfluß erreichte und in die Höhe kommen müßte. Wenn es das nicht gethan hat, so kann das nur an der Redaktion liegen. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, bin ich der Ueberzeugung: Sie können beschließen, was sie wollen, eine Aenderung tritt so lange nicht ein, als nicht andere Redaktionsprinzipien eintreten. Kautsky hat, wie früher, die Sache ja sehr hübsch dargestellt; er hat gesagt: „Was macht man mir eigentlich zum Vorwurf? Das sind ja Lappalien!" Für mich steht aber die Sache einfach so: In Kautsky, über dessen Verdienste und Fähigkeiten ich ihm keine Komplimente zu machen brauche — die stehen fest — lebt ein Geist der Einseitigkeit, der Engbrüstigkeit, der Unduldsamkeit gegenüber anderen Meinungen, wie es in unserer Partei kaum bei einem anderen hervorragenden Parteigenossen der Fall ist. Daß das nicht bestritten werden kann, hat uns Kautsky ja selbst auf dem Parteitage im vorigen Jahre gesagt, als ihm dort persönliche Vorwürfe gemacht wurden und als man von der Denkfreiheit sprach, die wir gegenüber den bürgerlichen Parteien forderten, hat er es als einfach lächerlich bezeichnet, die gleichen Anforderungen an die Denkfreiheit innerhalb unserer Partei zu stellen. Denn die bürgerliche Gesellschaft sei ein Zwangsinstitut, aber der Eintritt in unsere Partei sei etwas Freiwilliges, infolgedessen könne man diese Forderung nicht stellen. Er hat hinzugefügt, er betrachte als Erstes die Einheitlichkeit der Partei. Es geht ihm damit so, wie Goethe sagt: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist der Herren eigner Geist". Die Einheitlichkeit der Partei, das ist für Euch die Einheitlichkeit, die Eure Grundsätze, Eure spezielle Meinung bedeutet. Andere Ansichten werden als falsch betrachtet, sie werden nicht literarisch bekämpft, sondern man sucht sie auf jede Weise niederzuzwingen. Das ist der Unterschied, der zwischen der „Neuen Zeit" und den „Sozialistischen Monatsheften" besteht. Was der Verleger der „Monatshefte" macht, davon weiß ich nichts, das geht mich auch zunächst nichts an. Es handelt sich um den literarischen Inhalt. Jeder einzelne Parteigenosse, der dort schreibt, tritt mit seinem Namen auf, deckt seine Ansichten verantwortlich, und es wird einfach der Meinung der Leser überlassen, ihr Fazit zu ziehen. Das will aber gerade Kautsky nicht, er hat erklärt, daß sein Organ nicht dazu da sei, verschiedene Meinungen zu vertreten, sondern die Einheitlichkeit der Partei soll darin vertheidigt werden. Er sagt nun: das sind Lappalien. Ich möchte einen Vergleich ziehen: ich gehe nicht gern in eine Versammlung, in der ein erblicher, d. h. immer der gleiche Vorsitzende vorhanden ist, der mir in der Debatte nur mit Mißtrauen entgegentritt und mir bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ins Wort fällt, der mich meine eigenen Gedanken nicht einmal richtig ausführen läßt und dann hinterher bei jeder Gelegenheit mit dem schwersten

Geschütz auffährt. Das ist nicht nur Einem, das ist Vielen geschehen. Es ist heute gefragt worden, was denn eigentlich so Schlimmes gewesen sei. Haben Sie denn die Debatten der letzten Jahre vergessen? Erinnern Sie sich nicht, daß einer Reihe von Genossen, mich nehme ich aus — mir ist es Wurst (Heiterkeit) — sehr schlimme Dinge vorgeworfen worden sind, daß sie lächerlich gemacht sind? Die Vorwürfe, ihr Thun sei geeignet, die Partei zu sprengen, sie seien auf dem Wege ins bürgerliche Lager hinüber, sind doch unter Sozialdemokraten keine Kleinigkeiten. Im vorigen Jahre hat sich selbst Adler veranlaßt gesehen, dem Kautsky einen kleinen Stammbuchvers zu schreiben. Damals hat es geheißen: Wir haben uns geschlagen und werden uns wieder vertragen, und es ist auch schon eine gewisse Besserung eingetreten. Aber es scheint auch das Aeußerste zu sein, was Kautsky überhaupt zu leisten vermag. Ich halte es nicht für recht, wenn die Redaktion über alles, was in der deutschen und ausländischen Sozialdemokratie geschieht, von oben herab urtheilt, wenn Jaurès, der Mann, der an der Spitze der größten Bruderpartei in Frankreich steht, der „große Parteiverderber" genannt wird, der nicht schnell genug verschwinden könne. Und wie unhöflich, um nicht mehr zu sagen, hat man dem Genossen Vandervelde erwidert, als er seinen Brief veröffentlicht hatte. Das erachte ich als eine Taktlosigkeit, das kann vielleicht in einem freien Organ geschehen, aber in einem Organ, das sich anmaßt, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, muß der Redakteur sich jeden Augenblick der Verantwortung, die er trägt, bewußt sein. Nun wird gesagt, man könne sich ja beschweren. Das antworten uns auch die Minister jedesmal auf unsere Anklagen. (Heiterkeit.) Es heißt dann, wo sind denn die Beschwerden? Nicht wahr, Herr Geheimrath, es sind keine da? (Erneute Heiterkeit.) Wer würde sich auch gerne beschweren über einen Redakteur wie Kautsky. Ich glaube ihn genau zu kennen, um zu wissen, daß Beschwerden gar nichts ändern würden. Kautsky muß so genossen werden, wie er ist (Heiterkeit), er wird sich nicht ändern oder höchstens nur noch einseitiger werden, als er schon ist. (Heiterkeit.) Bebel hat schon in einem Artikel, den er im vorigen Jahre auf eine Aeußerung von mir in einer hiesigen Parteiversammlung geschrieben hat, den Einwand gemacht: warum beschwert man sich nicht? Ich stelle die Gegenfrage: wenn wirklich die Partei-Instanzen und der Vorstand so leicht bei der Hand sind, hier Remedur eintreten zu lassen, warum haben wir dann bei den zahlreichen unerhörten Dingen, die in der „Neuen Zeit" vorgekommen sind, nie etwas von einem Eingreifen des Parteivorstandes gehört? (Pfannkuch ruft: doch!) Ja, hinterher wie es gedruckt war. Auf den ersten Artikel der Serie über die Opportunisten hättet Ihr schon genau sehen können, worauf die Sache hinausgeht, und sagen können: in der Weise verfährt man nicht gegen Parteigenossen. Aber nichts habt Ihr gethan. Ihr habt es hinausgehen lassen und die Betreffenden haben sich damit abfinden müssen. Also damit kann man mir nicht kommen. Der Geist, der in der Redaktion der „Neuen Zeit" herrscht, ist eben derartig, daß die Leute weggegangen sind. Welchen vernünftigen Grund könnt Ihr denn dafür angeben, daß bekannte Parteigenossen, Reichstags-Abgeordnete, für die Mitarbeit der „Neuen Zeit verloren gegangen sind? Wollt Ihr etwa die Theorie aufstellen, ein Komplott sei im Gange, um die Partei zu sprengen oder ins bürgerliche Lager zu führen? Das wäre doch lächerlich, es muß doch ein Grund vorhanden sein. Und das ist der: Sie haben sich abgestoßen gefühlt durch den Geist, der in der Redaktion der „Neuen Zeit" herrscht, der ihnen nicht den nötigen Ellenbogenraum läßt, und deshalb sind sie zu dem anderen Organ gegangen. Wenn eine Aenderung in der „Neuen Zeit" möglich wäre, würde ich mich am meisten darüber freuen. Ich erkläre aber, daß ich das für gänzlich ausgeschlossen halte. Es ist der ewige Geist der Kontrolle, der Geist der Disziplin — einer falschen Disziplin — der Disziplin des Kasernenhofes, gegen

den man sich wendet; denken Sie doch daran, daß Sie es mit selbstständigen Menschen zu thun haben. Lassen Sie sie sich doch aussprechen und die Partei entscheiden, es ist ein Gefühl der Schwäche, wenn man das verhindern will. (Sehr richtig!) Der Antrag Augsburg ist nach meiner Meinung geradezu grotesk. (Heiterkeit.) Ich habe geglaubt, als ich den Antrag las, die Augsburger hätten sich in der Adresse geirrt, es sei ein Antrag für die Zentrumspartei, für die Kirchenorgane mit dem Zensor obenan, wo nur eine Meinung recht ist. Ich spreche weiter nicht gegen den Antrag, zumal der Antragsteller schon selber so glänzend gegen den eigenen Antrag gesprochen hat. (Heiterkeit.) Lassen Sie ruhig alle Meinungen frei aussprechen, sobald es in ehrlicher und loyaler (Ruf: loyaler!) Weise geschieht. Lassen Sie keine Zwangsmaßregeln eintreten! Bebel meinte gestern, von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit sei keine Rede. Aber der Antrag Augsburg bedeutet das (Bebel: Ich bin nicht für ihn!) — ja, aber außer Dir sind noch andere Leute im Saale. Es wird in dem Antrag gefordert, daß Polemiken nur in Parteiblättern ausgefochten werden dürfen. Das heißt doch nichts weiter als: Wenn es dem Parteiverlag nicht gefällt, den Artikel aufzunehmen, dann sind die Leute mundtodt. (Sehr richtig!) Sobald die Parteigenossen versuchen, Artikel zu verhindern, denen sie weiter nichts vorwerfen können, als daß sie in einer Zeitschrift erscheinen, die nicht im Parteiverband steht, dann handelt es sich um einen Meinungsdruck, dann will man die Meinungsfreiheit unterdrücken. Ich glaube nicht, daß Sie das thun werden, schon deshalb nicht, weil es keinen praktischen Erfolg hätte. Das Einzige, was geschehen könnte, wäre, daß das blühende Leben, das sich in den „Sozialistischen Monatsheften“ entwickelt, erstickt würde, ohne daß damit der „Neuen Zeit“ geholfen wäre. Wenn Sie glauben, daß sich dann die betreffenden Genossen dem Zensorstift Kautskys unterwerfen werden, dann täuschen Sie sich, sie würden es einfach unterlassen, überhaupt zu schreiben und nichts würde an die Stelle treten. Wenn der Versuch unternommen würde, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, dann wäre der kein echter Sozialdemokrat, der es fertig bekäme, sich einer solchen Zensur zu unterwerfen. Das wäre wahrhaftig nicht der Mühe werth, zur Sozialdemokratie zu gehen und die alten Unfreiheiten los zu werden, nur um sie mit einer neuen zu vertauschen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Zetkin:** Ich stimme in vielen Beziehungen mit der Kritik überein, die an der „Neuen Zeit“ geübt worden ist. Es ist kein Zweifel, daß die „Neue Zeit“ vielfach der Aktualität entbehrt, kein Zweifel auch, daß es ihr nicht immer gelungen ist, in dem gleichen Maße wie die „Sozialistischen Monatshefte“ neue Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Niemand, glaube ich, ist unter uns, der diesen Mangel mehr empfindet als Kautsky selbst. Aber diese Mängel sind zum Theil sehr erklärlich, es verbindet eben nicht jeder Redakteur die Eigenschaft eines betriebsamen Geschäftsreisenden zugleich mit der Gepflogenheit, sich zur Vorderthür hinauswerfen zu lassen und zur hinteren Thür wieder hereinkommen. (Sehr gut!) Vielleicht werden die Anregungen, die Kautsky heute empfing, dazu beitragen, daß er sich mehr und mehr jenem Ideal des Redakteurs nähert, das Heine gestern aufgestellt hat, und daß er auch ein solcher unausstehlicher Redakteur wird (Heiterkeit), der es lernt, die Leute breit zu schlagen, denen, wie Heine sich ausdrückt, gar nicht viel an der Mitarbeiterschaft gelegen ist. Was die Heranziehung weiterer Kreise anbetrifft, auch solcher, deren Entwickelungsgang noch nicht abgeschlossen ist, so kann man ganz gut die Bedenken begreifen, die Kautsky davon abgehalten haben, solchen Kräften einen breiten Spielraum in der „Neuen Zeit“ einzuräumen. Es ist das Verantwortlichkeitsgefühl, das er als Leiter des offiziellen Organs der Sozialdemokratie, der Gesammtpartei und seinem eigenen Gewissen gegenüber hat, es ist die Erkenntniß, daß die „Neue Zeit“ in Kreise dringt, wo der einzelne

Leser nicht alles so nachprüfen kann, wie es Vollmar als Ideal hingestellt hat, ein Ideal, das wir heute noch nicht verwirklicht sehen. Gerade in den letzten Jahren ist es gelungen, neue Kräfte heranzuziehen, und erfreulicherweise aus dem Proletariat selbst. Sie dürfen nicht die einzelne Nummer der „Neuen Zeit“ mit der einzelnen Nummer der „Monatshefte“ vergleichen. Bedenken Sie, daß das eine ein Monatsblatt, das andere ein Wochenblatt ist. Man hat als einen der wichtigsten Gründe, weshalb es so vielen Genossen verekelt worden ist, an der „Neuen Zeit“ mitzuarbeiten, den Ton derselben angeführt. Es ist darüber schon manches Wort hier gesagt worden, ich will nur das eine hinzufügen: wenn die Revisionisten sich durch das Wort Revisionist beleidigt fühlen, könnten wir uns nicht mit demselben Recht beleidigt fühlen, wenn man uns fortwährend Revolutionäre mit dem vierfachen r nennt, oder die Unentwegten, die Zielbewußten u. s. w.? In dieser Beziehung ist, wie schon in Lübeck gesagt wurde, gesündigt worden in und außerhalb Zions, und wir haben uns da gegenseitig nichts vorzuwerfen. Kautsky ist der Vorwurf der Einseitigkeit gemacht, aber das Material, das zum Beweis dafür angeführt wird, reicht nicht aus. Der Redakteur derjenigen Zeitschrift, die sich nicht nur anmaßt, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, sondern die es thatsächlich ist, es von Anfang an auch gewesen ist, wenngleich aus bestimmten, in der damaligen politischen Situation liegenden Gründen vielleicht die offizielle Anerkennung gefehlt hat, ist zu einer gewissen Reserve gezwungen, die sich ein außerhalb der Kontrolle der Partei-Instanzen stehendes Organ nicht aufzuerlegen braucht. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, welche Rücksichten zu nehmen er gezwungen ist. Aber es kommt noch ein anderes hinzu: als Redakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift der Sozialdemokratie hat er auch darüber zu wachen, daß die Ansichten sich immer mehr klären und immer weiter entwickelt werden. Da ist er der Partei wie seinem Gewissen dafür verantwortlich, daß solche Meinungen zum Ausdruck kommen, die seiner eigensten festen Ueberzeugung nach im Interesse der Gesammtpartei, im Interesse des gewaltigen proletarischen Klassenkampfes liegen, und durch dies Verantwortlichkeitsgefühl ist er ohne Zweifel verpflichtet, manchmal dem oder jenem Artikel eine Fußnote oder das von David bemängelte Schwänzchen anzuhängen. Wenn David darin schon eine Beschränkung der Meinungsfreiheit und der Kritik erblickt, so bedauere ich ungemein, daß wir nicht die ungeschriebenen Artikel oder die ungehaltenen Reden von David hören beziehungsweise lesen können, worin er sich entschieden verwahrt hätte gegen die Aufforderung des „Karlsruher Volksfreundes“, der Genossin Luxemburg den Parteimaulkorb anzulegen. Wenn wir die ganzen Vorwürfe, die heute erhoben worden sind, betrachten, so sieht es mit den beiden Theilen so aus: man erkennt wohl das Recht an, die alte Richtung, um sich so auszudrücken, mit aller Schärfe zu kritisieren und auch im schärfsten Tone zu bekämpfen, man verwahrt sich aber mit allem Nachdruck gegen die Pflicht, selbst jeden scharfen Ton zu vermeiden, man fordert die weiteste Meinungs- und Bewegungsfreiheit für die eigenen Ansichten, ist aber empört, wenn auf die Kritik die Gegenkritik mit derselben Freiheit antwortet. Man bekennt eine souveräne Verachtung jeglichem alten Dogma, verlangt aber auf der anderen Seite den unbegrenzten Respekt vor dem eigenen neuen Dogma! Wenn die „Neue Zeit“ vielleicht manchmal bezüglich des Tones wie auch der Tendenz und der Bekämpfung anderer Tendenzen im Uebereifer gesündigt haben mag, so wird das begreiflich durch die geschichtlichen Bedingungen, unter denen sie ins Leben getreten ist. Was ist denn die „Neue Zeit“ für die Partei gewesen? Sie war thatsächlich ein Bindeglied, welches das große wissenschaftliche Erbe unserer Meister Marx, Engels, Lassalle &c. zubereitet und nutzbar gemacht hat der Tagespresse, der praktischen Tagesarbeit, dem praktischen politischen Kampf. Und dieser hohen Aufgabe mußte sie nicht nur gerecht werden, indem sie die

Grundsätze, auf denen unser Programm und unsere Taktik fußt, in ruhigen sachlichen Artikeln entwickelte, nein, sie hatte auf der anderen Seite auch die Aufgabe, alle jene bürgerlichen Krethi und Plethi abzuwehren, die den Sozialismus verfälschen und sich an die Rockschöße des Proletariats anhängen wollten. Sie hat den wissenschaftlichen Sozialismus gleichsam in die Partei einführen müssen in stetem Kampf mit dem Pseudo-Sozialismus. Das Waffenhandwerk ist ein rauhes Handwerk, und wer sich fortwährend mit den Gegnern herumschlagen muß, der schlägt unwillkürlich auch mal im Kampfe mit den Genossen einen scharfen Ton an, der besser vermieden wäre. Soll die „Neue Zeit“ der Aufgabe getreu bleiben, die sie bis jetzt erfüllt hat, ich darf wohl sagen, glänzend erfüllt hat, so ist es notwendig, daß alle Parteigenossen, die dazu fähig sind und sich berufen fühlen, in rückhaltloser Weise für die „Neue Zeit“ zu arbeiten. Das ist möglich. So gut wie sich die beiden Tendenzen im praktischen Tageskampf der Partei, auf den Parteitagen trotz scharfer Auseinandersetzungen doch stets friedlich und schiedlich mit einander vertragen haben, so gut muß und kann das auch in dem Organ der Sozialdemokratie, in der „Neuen Zeit“, der Fall sein. Nur wenn das eintritt, werden uns jene Kräfte wieder zuströmen, die jetzt verärgert und verbittert bei Seite stehen. Nur dann kann die „Neue Zeit“ sein, was sie sein soll und sie auch zu sein im Stande ist. Daß sie aber das ist, ist nicht nur nothwendig im Hinblick auf die bevorstehenden Kämpfe, von denen Kautsky gesprochen hat, sondern auch im Hinblick auf die kleine Tagesarbeit, die wir zu leisten haben. Je mehr neue Elemente in den Vordergrund geschoben werden, um so nothwendiger haben wir eine Stelle, die theoretisch leitend, führend, berathend, die Einheitlichkeit bethätigend und fördernd ihr zur Seite steht, mit Rücksicht auf das gemeinsame Ziel, und das im Grunde nur gerichtet ist gegen den gemeinsamen Feind und für die Erkämpfung der gemeinsamen Freiheit. (Lebhafter Beifall.)

Ein **Schlußantrag** wird, nachdem ihn Mittag-Halle begründet, Ulrich-Offenbach ihn bekämpft hat, **abgelehnt.**

Ulrich-Offenbach: Ich bin weder bei der „Neuen Zeit“ noch bei den „Monatsheften“ irgendwie betheiligt, ich habe also gewiß ein Recht zu sagen, daß ich nicht durch irgend eines Gedankens Blässe angekränkelt bin, und ich bin in meiner Stellungnahme durch keinerlei persönliche Rücksichten beeinflußt. Ich meine, eine Thatsache sollte man doch beachten, daß seit den Debatten im letzten Jahre eine Aenderung der Situation nicht bemerkt wurde. Wir müssen uns klar darüber werden, welches die Ursachen sind, daß ein großer Theil von Parteigenossen an einem Blatt mitarbeitet, das nicht offiziell anerkannt ist. Ich komme zu derselben Ueberzeugung, die schon Vollmar ausgesprochen hat: die „Neue Zeit“ hat sich viel zu einseitig gehalten und viel zu wenig dem Rechnung getragen, was im vorigen Jahre schon ausgesprochen wurde. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ thut nicht gut, wenn sie in so einseitiger Weise ihren Standpunkt als den ansieht, der nur allein zur Geltung kommen kann. Aus Kautsky's Aeußerung, es sei ihm das persönliche Zusammenarbeiten mit Bernstein unmöglich, geht hervor, daß Kautsky selbst die Berechtigung der „Monatshefte“ anerkannte. Das, was die „Monatshefte“ bringen, könnte auch die „Neue Zeit“ bringen. Es ist behauptet worden, man sei auf dem Wege der Besserung, und wenn ich den „Sammelruf“ Kautsky's höre, dann scheint mir das allerdings das Mittel zu sein, das zur Ueberbrückung der Differenzen führt. Wir müssen aber bitten, daß die beiden Seiten ihre Empfindlichkeit fallen lassen und sich nicht fortwährend über den Ton beklagen. Die Spintisirerei der einzelnen Genossen findet bei der breiten Masse keinen Resonanzboden. Wenn die Autoren, die da meinen, Artikel von welterschütternder Bedeutung geschrieben zu haben, hören könnten, wie die Massen darüber denken, so würden sie von ihrer Bedeutung nicht mehr so fest überzeugt sein. (Lebhafte Zustimmung.) Laßt doch Eure

talmudistische Wortklauberei sein. (Zurufe: Das geht auf Bernstein!) Es fällt mir gar nicht ein, Bernstein oder Kautsky herauszustreichen; die haben es alle Beide nöthig, einen Theil von ihrer Empfindlichkeit abzustreifen. Angesichts der jetzigen Situation, angesichts des Brotwuchers, sollte man sich nicht fortwährend in die Haare fahren. Wir in der Provinz haben darunter ganz besonders und mehr zu leiden, als die Theoretiker oben im Olymp (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!), und uns, die wir draußen im Lande die Agitation zu betreiben haben, kommt es dann bisweilen vor, daß uns der eine Gegner den Kautsky vorreitet und der andere den Bernstein. Wir haben die Pflicht, das Proletariat aufzuklären, daß der Kapitalismus bekämpft werden muß. Wenn wir aber mit solchen Streitigkeiten uns abgeben müssen, dann können wir nicht arbeiten und deswegen sollten die Polemiken eingestellt werden. Man sollte einfach alle Theoretiker gemeinsam einsperren, bis sie sich gegenseitig aufgefressen haben. (Zustimmung. Ledebour: Dann würde die Partei versimpeln!) Das ist nicht wahr! Die Partei hat so viel gesunde Lebenskraft, daß sie trotz der Theoretiker nicht versimpelt ist. (Rufe: Sehr richtig!) Die wissen oft selber nicht, was sie wollen! (Sehr richtig!) Oft fragt man sich, wenn man Artikel von Bernstein oder Kautsky gelesen hat, was sie denn eigentlich gemeint haben; wenn man sie dann fragt, halten sie uns lange Vorlesungen und an deren Ende weiß man erst recht nicht, was sie denn eigentlich wollten. Im übrigen ist die große Masse der Parteigenossen besser über den Marxismus unterrichtet, als sich die Herren denken. Das Klassenbewußtsein wird in den Massen immer stärker und bewahrt uns vor Dingen, wie wir sie in Frankreich sehen. Nun noch ein Wort zu dem von Leydecker angeführten Fall. Ich bin der Meinung, es geht doch nicht, Mainz und Frankfurt, wo so verschiedene politische Verhältnisse herrschen, als das Muster eines Gespannes vorzuführen.

Heine: Der scharfe Ton, der in der Debatte gegen die Akademiker angeschlagen worden ist, ist nicht unverdient. Schon 1898 habe ich in der ersten Bernstein-Debatte gesagt: Wenn man mehr das Verbindende und weniger das Trennende betonen wollte, dann würde sich dieser ganze Streit nicht so entsetzlich ausgewachsen haben. Im Praktischen sind wir ja Alle einig, aber die Lust am Theoretischen liegt den Deutschen einmal im Blute, und dieser alte Fehler wird nicht so bald überwunden werden. Einen Vorwurf jedoch verdienen die Akademiker nicht, nicht sie haben diese Debatte in Gang gebracht, sondern Genosse Adolf Hoffmann war es, der es sehr übel nehmen würde, wollte man ihn zu den Akademikern zählen. (Heiterkeit.) In der ganzen Diskussion scheint mir ein Punkt, und zwar der Hauptpunkt, noch nicht berührt zu sein. Unsere Mitarbeit an den „Monatsheften“ soll der „Neuen Zeit“ schaden. Der Schaden wird im Defizit der „Neuen Zeit“ gesehen. Wie wir dem Defizit der „Neuen Zeit“ aber durch unsere Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ abhelfen sollen, das begreife ich nicht. Die „Neue Zeit“ hat ja jetzt nicht genügend Raum, wenn wir nun noch Alle mit unseren Elaboraten, wie sie ein Redner genannt hat, in die „Neue Zeit“ gehen würden, wo sollte das hin? Das Defizit der „Neuen Zeit“ erklärt sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenschrift geworden ist, daß sie sich mit ständigen Mitarbeitern belastet hat, die, was ich für selbstverständlich halte, anständig bezahlt werden. Die Existenz der „Sozialistischen Monatshefte“ ist an dem Defizit der „Neuen Zeit“ ganz unschuldig. Frau Zetkin hat gesagt, daß die „Neue Zeit“ sich in der Aufnahme von Artikeln eine gewisse Reserve auferlegen müsse. Ich stimme ihr darin bei, ein offizielles Blatt hat in der That gewisse Rücksichten zu nehmen, an die ein nicht offizielles Blatt nicht gebunden ist. Um so nöthiger halte ich die Existenz eines nicht offiziellen Blattes. Allerdings meine ich nicht wie Frau Zetkin, daß ein offizielles Parteiblatt zu jeder abweichenden und neuen Auslassung sogleich einen Hinweis auf die offizielle Auffassung fügen müßte. Ich glaube, man sollte

auch dem selbständigen Denken der Genossen etwas zutrauen und ihnen nicht Alles vorkauen, sonst wären wir auch nicht anders als die autoritären Parteien. Aber ein unabhängiges Blatt kann schreiben, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und darin liegt ein Vorzug. Bebel verweist uns an die Beschwerde-Instanz. Das zeigt aber nur, daß er sich in einem Irrthum über das Wesen der geistigen Arbeit befindet. Wenn ich mich erst beschweren, wenn ich mir erst einen Platz für meinen Artikel erkämpfen soll, dann freut mich die ganze Sache nicht mehr, ei, dann rühre ich nicht erst die Feder an. Bebel sagt, es seien Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" erschienen zum Gaudium unserer Gegner. Ich möchte wissen, wann das geschehen ist. Wenn unsere Gegner sich über etwas gaudiren werden, dann über den Augsburger Antrag und die Debatte über die Mitarbeit an den „Monatsheften". Sollte es unsere Gegner gelüsten, die alte Mühle vom Zuchthausstaat der Sozialdemokratie wieder in Bewegung zu setzen, dann haben ihnen die Antragsteller gründlich Wasser geliefert. (Zustimmung und Widerspruch.) Mir hat Ulrich mit seiner Mahnung zur Einstellung des theoretischen Streites ganz aus der Seele gesprochen. Möge sie beherzigt werden von allen Seiten. Ich persönlich lege nicht sehr viel Werth auf diese theoretischen Diskussionen. Die „Sozialistischen Monatshefte" verdanken ihr Emporblühen dem Umstande, daß sie sehr viel konkrete Artikel über wichtige Tagesfragen bringen, die nicht kommen würden, wenn sich Niemand an die richtigen Kräfte wendete. So soll auch die Redaktion der „Neuen Zeit" verfahren, so soll sie das Blatt interessant machen. Sie möge es versuchen.

Koenen-Hamburg: Ich habe schon auf einem früheren Parteitage eine ernste Mahnung an die Schriftsteller gerichtet. Heute will ich sie an die Theoretiker richten. Ich würde mit ihnen verfahren, wie ein Vater mit seinen ungehorsamen Söhnen. (Heiterkeit.) Wenn man weiß, daß die „Neue Zeit" ein solches Defizit hat, sollte man seine geistigen Produkte nicht in den „Soz. Monatsheften" ablegen. Spricht man von der Engbrüstigkeit der Redaktion der „Neuen Zeit", dann sollte man doch nicht mit seinem Namen von und zu auf der Mitarbeiterliste der „Neuen Zeit" prangen. Die Genossen im Lande werden sich sehr über das mangelhafte Solidaritätsgefühl der Genossen wundern, die in den „Sozialistischen Monatsheften" schreiben. Man kann ja dafür sorgen, daß die „Neue Zeit" nicht so einseitig ist.

Meist-Köln: Es ist gut, daß die Frage der „Neuen Zeit" und der „Soz. Monatshefte" hier einmal aufgerollt worden ist. So können die Dinge nicht weiter gehen. Die Gesamtpartei ist mit 10 000 M. jährlich an der „Neuen Zeit" interessirt, sie muß Remedur schaffen und der gegenwärtigen Demoralisation ein Ende machen. Der Inhalt unserer geistigen Revue muß den Grundauffassungen unserer Partei entsprechen. Die Tifteleien und Silbenstechereien der Leute, die Marx meistern und sich auf eine Pyramide stellen möchten, damit sie nur sichtbar sind, finden bei der großen Masse, die doch dereinst den Sozialismus zur That machen soll, kein Verständniß. Appelliren wir nicht an die geistige, wohl aber an die demokratische Disziplin unserer hervorragenden Parteigenossen. Ich finde es bedauerlich, daß Auer seinen Artikel über den Parteitag in den „Monatsheften" niedergelegt hat. Da muß eine Radikalkur eintreten. Ich schätze die Arbeit Kautsky's sehr hoch, und ich bin überzeugt, auch wenn er nicht mehr an der Stelle stünde, wo er jetzt steht, würde er der Partei nach wie vor mit allen Kräften dienen.

Bernstein: Ich muß zunächst den Vorwurf der Ueberempfindlichkeit zurückweisen. Aber es gibt Dinge, für die ich ewig empfindlich bleiben werde. Das sind die Fragen, wo es sich um die Gesinnung handelt, um die Ueberzeugungstreue. Gegen den Ausdruck „Revisionismus" habe ich mich gar nicht gewendet. Das Wort stammt nicht von mir, sondern von Schoenlank, und in neuerer Zeit

ist ein Buch erschienen von einem Manne, der außerhalb des Rahmens der Partei steht und seine eigenen Wege geht, der allerdings ein Sozialist ist. In diesem Buche über die Revision des Sozialismus steckt viel Arbeit und viel Geist, es ist von David und mir kritisirt worden und wir haben ausgeführt, daß eine Revision des Sozialismus sich unter keinen Umständen in der Richtung bewegen wird, die dieser Schriftsteller annimmt. Wenn trotzdem auf mich und Andere das Wort Revisionäre angewendet wird, so habe ich nichts dagegen, wohl aber müssen wir uns dagegen wenden, als ob die Revisionisten quasi halb und halb Verräther an der Partei seien. Es ist nicht wahr, daß wir fort und fort die Vertreter der anderen Richtung angreifen. Ich selbst habe die Broschüre von Kautsky über die Handelspolitik, eine wirkliche Agitationsbroschüre, kritisirt und ihren Werth rückhaltlos anerkannt. Wo es sich also um die Wahrung gemeinsamer Grundsätze der Partei handelt, gehen wir solidarisch zusammen. Ich habe ferner, als Kautsky's Broschüre über die soziale Revolution erschien und der bekannte Lorenz die Gelegenheit ergriff, Kautsky in verschiedenen Scharfmacherorganen zu denunziren, sofort im „Vorwärts" zwei Artikel veröffentlicht, in denen ich für Kautsky eingetreten bin. Im wirklichen Kampfe werden wir uns nie in die Haare fallen. An dem Artikel von Liebknecht habe ich nur ausgesetzt, daß er von dem Aufkläricht des Revisionismus spricht. Das zu schreiben stand dem jungen Manne nicht an. Ich will nicht untersuchen, ob Jaurès ein Recht hat, sich auf den alten Liebknecht zu berufen. Liebknecht hat auch verschiedene Standpunkte zu verschiedenen Zeiten gehabt. Aber andererseits hat man so gethan, als ob Jaurès, die Zierde des internationalen Sozialismus, ganz außerhalb der Partei stehe; gewiß kann auch Jaurès in einem bestimmten Punkte Unrecht haben, er kann kritisirt werden, aber nicht wie man Parteiverräther kritisirt. In dem Artikel im „Offenbacher Abendblatt" hieß es, nachdem die Bourgeoispresse durch die Kautsky'schen Broschüren zur Wuth emporgepeitscht war, hätte ich den Gegnern zur Freude geschrieben. Das ist falsch. Die „Post" hat sogar gesagt, Bernstein's Standpunkt sei noch viel gefährlicher als der Kautsky's. Ich habe nicht eine ganze Richtung, sondern lediglich das Buch von Kautsky kritisirt, und die Kritik enthält nichts Verletzendes, ich bitte Euch, Genossen, seid doch nicht so überaus nervös. (Große Heiterkeit.) Laßt uns doch das Recht der Kritik. Ich habe erst vor ein paar Tagen in einer großen Versammlung zu Frankfurt a. M. unter allgemeinem Beifall ausgeführt, daß immer Meinungsverschiedenheiten in der Partei bestehen werden, daß ich nicht den Tag herbeisehne, an dem diese geistigen Kämpfe aufhören, denn sie bedeuten unser geistiges Leben. Nun ist mir in der „Weltpolitischen Korrespondenz" — und die „Leipziger Volkszeitung" hat das ohne Protest abgedruckt — vorgeworfen worden, ich hätte mich über die Lübecker Resolution hinweggesetzt, es hätte gar keinen Zweck, Resolutionen in Bezug auf mich anzunehmen. Ich habe mich in Lübeck zwar gegen die Resolution Bebel gewandt, weil sie etwas Falsches über mich enthielt, aber im Innersten meines Herzens habe ich sie der von Heine vorgezogen, weil sie noch viel energischer als diese das Recht und die Nothwendigkeit der freien Kritik betonte. Ich habe dann die Resolution Bebel gegen die Angriffe der gegnerischen Presse vertheidigt und nun, nachdem ich nach einem ganzen Jahre agitatorischer Thätigkeit für die Partei, einmal gegen eine Broschüre von Kautsky polemisire, kommt ein Blatt und sagt, ich kümmere mich nicht um Resolutionen. Ich glaube die Resolution so loyal wie nur möglich gehalten zu haben. Bebel nickt mir zu, ich freue mich, daß er derselben Ansicht ist. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Nur noch ein Wort: Nach meiner Ansicht gehören „Sozialistische Monatshefte" und „Neue Zeit" zur Partei, sie ergänzen sich einander. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei kann stolz darauf sein, daß sie zwei solche Organe besitzt. (Beifall und Zischen.)

Auf Antrag von Rudolph-Nürnberg wird die **Debatte geschlossen**, nachdem Kiesel-Berlin sich gegen den Schlußantrag ausgesprochen hat.

Singer theilt mit, daß der Antrag 16 zurückgezogen ist; der Antragsteller (Rollwagen) hoffe, daß die Diskussion zur Verbesserung der Verhältnisse genüge. (Heiterkeit.)

Es folgen **persönliche Bemerkungen**.

Kautsky: Den Vorwurf Vollmar's, daß ich die „Neue Zeit" gewissermaßen nicht als Partei-Organ betrachte, sondern als mein persönliches Organ, muß ich entschieden zurückweisen. Allerdings habe ich es in Lübeck als meine Aufgabe bezeichnet, in der „Neuen Zeit" und durch sie für die Einheitlichkeit der Partei einzutreten. Aber ich verstehe diese Einheitlichkeit so, daß ich in der „Neuen Zeit" das Organ aller Derer erblicke, die auf dem gemeinsamen Boden des Parteiprogramms stehen und daß ich von der Partei alle jene Marodeure fernzuhalten suche, die die Grenze zwischen sich und der Partei zu verwischen streben. Ich kann also die Vollmar'sche Bemerkung nicht anerkennen und muß seine Konsequenzen zurückweisen.

Emmel-Mülhausen bemerkt Böhle gegenüber, daß er nicht den Standpunkt eingenommen habe, daß in einem bestimmten Falle die Prozeßkosten nicht bezahlt werden sollen. Die Landeskonferenz habe einen Antrag Böhle, diese Kosten zu zahlen, abgelehnt, aber die Mülhausener Genossen hätten später freiwillig den Betrag gedeckt.

David: Frau Zetkin hat mir vorgeworfen, ich hätte aus Ueberempfindlichkeit mich gegen die Methode der Fußnoten gewandt; sie hat sich in der Adresse geirrt, das ist von anderer Seite geschehen; ich habe mich ausschließlich gegen diejenigen liebenswürdigen Mittel gewandt, durch die man mir das Mitarbeiten unmöglich gemacht hatte, daß man sagte, es ist kein Raum oder es muß gekürzt werden und dergleichen. Wenn Kautsky sagte, ich hätte ihm zugemuthet, mitten in einer Diskussion über die Bernsteinfrage auch die Polemik über die Agrarfrage aufzunehmen, so weise ich darauf hin, daß mein Artikel eine Kritik eines Buches über die Agrarfrage war, also ein durchaus aktuelles Thema behandelte. Daß er dieses Bestreben vereitelte, war für mich ein berechtigter Grund, mich innerlich gegen dieses Verfahren zu wehren. Dadurch, daß es sich um die Kritik eines Buches des Redakteurs handelte, erhielt das Verfahren von Kautsky noch einen ganz besonderen Beigeschmack, der es mir unmöglich machte, die Partei-Instanzen anzurufen.

Vollmar: Es ist mir nicht eingefallen zu sagen, daß Kautsky die „Neue Zeit" als sein persönliches Organ betrachte. Ich habe lediglich seine eigene Aeußerung vom vorigen Parteitage verlesen, worin er sagt, es könne nicht Aufgabe der „Neuen Zeit" sein, alle möglichen Meinungen zu Wort kommen zu lassen, sondern er habe die Einheitlichkeit der Partei zu wahren und zu schützen. Meiner Meinung nach ist Kautsky einer der Geister, die sich gar nicht denken können, daß auch ein Anderer recht hat.

Böhle-Straßburg versucht in einer persönlichen Bemerkung auf die Vorgänge bei der Landeskonferenz in Elsaß-Lothringen einzugehen, wird aber von Singer daran verhindert. Redner bemerkt sodann, Emmel habe erklärt, je eher das Straßburger Blatt eingehe, desto besser für uns. (Hört! hört!)

Frau Zetkin: Auf Grund der Mittheilungen von David revozire ich meine Aeußerung, soweit sie sich auf die Person von David bezieht, halte sie aber sachlich aufrecht und dedizire sie kameradschaftlich dem Genossen Heine. (Große Heiterkeit.)

Singer theilt mit, daß ein Begrüßungstelegramm der Genossen aus Lothringen eingetroffen ist.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12½ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

½3 Uhr. **Singer** führt den Vorsitz.

In die Mandatsprüfungs-Kommission ist an Stelle von Pape-Lübeck Vetters-Gießen eingetreten.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt mit der Besprechung der Polenfrage und der dazu vorliegenden bereits mitgetheilten Anträge.

Gogowski-Posen: Die Vorwürfe, die von den nationalistischen Polen bei der bereits von Auer erwähnten Reichstagswahl gegen unsere Kandidaten aufgestellt sind, verdienen kaum eine besondere Beachtung. Die Sondergruppe der Polen ist ja, wie Auer ausführte, elf Jahre lang von der Partei unterstützt worden. Erst dann hat man eingesehen, daß die „Gazeta Robotnicza" nicht den Sozialismus, sondern den Nationalismus unter den Polen gefördert hat. Nun stehen die neuen Reichstagswahlen vor der Thür, und es muß etwas geschehen. Mit der Doppelorganisation muß endlich einmal tabula rasa gemacht werden. Wir haben ja nun in Posen auch eine neue Zeitung herausgegeben, die „Gazeta Ludowa", und beim Parteivorstand eine Unterstützung dafür beantragt, die bisher leider abgelehnt ist. Ich ersuche Sie, die Resolution Luxemburg anzunehmen. Dagegen möchte ich Bebel ersuchen, seinen Abänderungs-Antrag zurückzuziehen. Auf dem Parteisekretariat hat man sich alle Mühe gegeben, es zu einer Einigung kommen zu lassen. Was nützen aber alle Einigungsversuche, wenn die Polen im gegebenen Falle doch der Parole, die von London, wo sie ihre Spitze haben, ausgegeben wird, folgen? Man geht doch wieder resultatlos auseinander. Ich bitte, dem Antrag 15 Lebius-Dresden nicht stattzugeben. Ledebour hat auf dem vorigen Parteitag gefordert, man solle die Polen nicht unterdrücken. Ja, wollen wir denn das? Wir wollen nur keine Sonderorganisation. Ledebour, der von der Polenfrage nichts versteht, spielt sich auf den Parteitagen als Schützer der polnischen Nation auf, aber auf unsere Landeskongresse, wohin wir ihn laden, kommt er nicht. (Heiterkeit.)

Heymann-Breslau tritt der Behauptung entgegen, die auch in Parteiblättern aufgetaucht ist, als suchten die deutschen Sozialdemokraten Schlesiens die polnischen Sozialdemokraten Oberschlesiens zu unterdrücken. In den Monatsheften tritt Genosse Daszinsky für die Gleichberechtigung der Polen ein. Ja, wer hat denn diese Gleichberechtigung bedroht? Die Polen sind es, die erklären, wir hätten nichts bei ihnen zu suchen; Oberschlesien gehöre ihnen. In Oswiecim haben 4—5 polnische Genossen die Reichstagskandidaten für Oberschlesien aufgestellt, ohne Organisationen hinter sich zu haben. Wer hat also unterdrückt? Nur die Nationalpolen! Die deutsche Sozialdemokratie hat die Agitation für die Partei und die Gewerkschaften nach Oberschlesien getragen. Deshalb beanspruchen wir aber keine Priorität. Wie steht es nun mit der Bedeutung der polnischen Sprache für Oberschlesien? es ist nicht unbedingt nothwendig, daß polnisch agitiert wird. Wenn der Pole sich auch angeheimelt fühlt, wenn in seiner Muttersprache zu ihm geredet wird, so steht doch leider fest, daß die polnischen Arbeiter nur selten polnisch lesen und schreiben können. Ich ersuche, dem Antrag Bebel nicht Folge zu geben. Wie oft schon ist eine Versöhnung angebahnt worden, aber wir haben es mit so unzuverlässigen Elementen zu thun, daß ich ihnen nicht glaube, wenn sie von Versöhnung sprechen. Für die P. P. S. ist der Klassenkampf Nebensache. Wenn wir nicht Verhältnisse bekommen sollen, wie in Mülhausen, wo wir die französischen Protestler groß gezogen haben, müssen wir die Resolution Luxemburg annehmen. Die Sache der Polen ist in unseren Händen gut aufgehoben.

Dr. **Winter**-Beuthen giebt als Leiter der oberschlesischen sozialdemokratischen Angelegenheiten eine kurze Darstellung der Entwickelung des Streitfalles. Die selbstständige polnische Partei wurde vom Parteivorstand zuerst als eine Art Agitationskommission aufgefaßt. Bis zu den Jahren 1897 und 1898 herrschte in Oberschlesien Freundschaft zwischen Deutschen und Polen. Im Jahre 1897 ging ich als freier Schriftsteller nach Oberschlesien und übernahm noch in demselben Jahre die Leitung der oberschlesischen Parteigeschäfte. Den Ursprung der ganzen Affaire gegen mich bildeten einige Zeilen von mir in der „Sächsischen Arbeiterzeitung", die mir als Aeußerungen von Germanisirungsgedanken ausgelegt wurden. Ich wurde sogar als Sozial-Hakatist bezeichnet und für unfähig zum sozialdemokratischen Agitator erklärt. Seit jener Zeit begannen die Zwistigkeiten und Gehässigkeiten immer wieder von Neuem. Der Machtbereich der polnisch-sozialistischen Partei erstreckt sich höchstens auf Kattowitz und seine nächste Umgebung. Wir haben die Zwistigkeiten auf einer Konferenz in Berlin beizulegen versucht. Es wurde damals eine Art fauler Friede geschlossen. Nun trat der Gedanke auf, die polnische Agitation durch Verlegung der „Gazeta Robotnicza" nach Oberschlesien zu stärken. Auch ich bin dafür eingetreten. Die Ansichten von der Feindschaft der polnischen Arbeiter gegen uns sind falsch; eine solche Feindschaft der polnischen Arbeiter, wenn sie nicht gerade jetzt zum aufgehetzten Theil gehören, existirt nicht; es ist Unsinn, daß die oberschlesischen Polen nur von polnischen Genossen berathen sein wollten. Wir deutschen Genossen haben dort ganz gute Arbeit geleistet. Nach 1898 und der Berliner Konferenz kam es zu weiteren Zwistigkeiten, insbesondere, als dann einige Personen an die Leitung der polnischen Partei herantraten, die besonders stark nationalistisch gesinnt waren und deren Ansichten heute noch die polnische Partei Oberschlesiens beherrschen. Der letzte Hauptschlag, der gegen uns geführt wurde, war die Konferenz von Oswiecim, von der unseren deutschen Genossen vorher kein Wort gesagt wurde. Wir haben auf die Konferenz von Oswiecim mit der Konferenz in Batzdorf geantwortet. Ob den bedenklichen Zuständen durch die Annahme der Resolution Luxemburg mit dem Amendement Bebel ein Ende gemacht werden könne, scheint uns außerordentlich fraglich. Die That von Oswiecim wurde übrigens von zahlreichen polnischen Genossen nicht gebilligt, sie kamen zu uns ins Bureau und sagten, das geht doch nicht, wir haben immer zusammengehalten. Ich bin trotzdem für diese Resolution, ich habe schon in Batzdorf erklärt, daß noch ein Versuch zu einer Einigung gemacht werden muß. Ich bitte also die Resolution Luxemburg anzunehmen, es kommt in der Hauptsache ja selbstverständlich nicht darauf an, was wir beschließen werden, sondern auf das, was wir in Oberschlesien thun. (Heiterkeit.) Auch die Anträge 12 und 13 empfehle ich anzunehmen, dagegen bitte ich, die Anträge 14 und 15 abzulehnen. Der letztere billigt ja auch die gewerkschaftliche Absonderung der polnischen Genossen, die noch schlimmer ist, als die Spaltung der politischen Partei in den polnischen Bezirken.

Rosa Luxemburg: Hoffentlich wird die heutige Polendebatte die letzte sein, die einen deutschen Parteitag beschäftigt. Ich hoffe, es wird uns gelingen, entweder die Ursache dieser ewigen Zwistigkeiten aus der Welt zu schaffen oder mindestens dem Heraustragen derselben auf deutsche Parteitage einen Riegel vorzuschieben. Es ist auch höchste Zeit, denn die Verhältnisse haben sich bereits so abnorm gestaltet, daß Abhilfe dringend nothwendig ist. Das Vorgehen der polnischen Sonderbündler läuft darauf hinaus, daß die deutschen Genossen Oberschlesiens, welche selbstverständlich nicht zur polnisch-sozialistischen Sonderorganisation gehören können, und die polnischen Genossen, die nicht dazu gehören wollen, ihres Wahlrechtes beraubt oder gezwungen werden, für die ihnen aufoktroyirten Kandidaten zu stimmen, an deren Aufstellung sie nicht theilnehmen durften. Wir sind es gewohnt, daß die Gegner der Arbeiterklasse

nach einer Beschränkung des Wahlrechts trachten. Daß aber eine Gruppe von Leuten, welche Anspruch auf den Namen Sozialdemokraten macht, das gleiche thut, das ist eine neue Erscheinung. Es handelt sich hier nicht etwa um einen Nationalitätenkampf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die polnischen Genossen in Deutschland arbeiten in ihrer überwiegenden Mehrheit Hand in Hand mit den deutschen und gehören zur Gesammtpartei. In der ganzen Provinz Posen hat es die Sondergruppe polnischer Sozialisten nicht gewagt, eigene Kandidaten aufzustellen, ausgenommen einen Wahlkreis, den wir unbesetzt gelassen haben. Die polnischen Arbeiter Posens, soweit sie auf sozialdemokratischem Boden stehen, marschiren in Reih und Glied mit den deutschen Genossen. Es handelt sich vor allem um eine Meinungsverschiedenheit, um eine Spaltung innerhalb der polnischen Sozialdemokratie. Der Kampf wird nicht geführt zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten, sondern zwischen einer kleinen Gruppe von Sonderbündlern und der Gesammtpartei. Wir haben uns alle Mühe gegeben, eine Verständigung mit der Sondergruppe herbeizuführen, aber sie scheiterte an dem einseitig-nationalistischen Standpunkte dieser Gruppe. Man sollte meinen, daß, wenn man unter der Herrschaft desselben Kapitalismus, unter dem Druck desselben Klassenstaates, unter der Fuchtel derselben Polizei und Klassenjustiz steht, man auch dieselben Interessen hätte und eine gemeinsame Partei zur Wahrung dieser Interessen bilden müßte. Diese Wahrheit sollte sogar sozialdemokratischen Säuglingen geläufig sein. (Heiterkeit.) Aber die polnischen Sonderbündler nehmen für sich das Recht in Anspruch, eine eigene Partei zu bilden und keine Macht der Welt wird ihnen die einfache Thatsache beibringen, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Arbeiter zur Partei gehören. Auch in der Form der Aufstellung der Reichstagskandidaturen begreifen diese Leute es nicht, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Sozialdemokraten die Kandidaten aufstellen. Die polnischen Sonderbündler sind die allerletzten, die das Recht haben, sich über Mangel an organisatorischer Selbständigkeit zu beklagen; so lange sie zur Gesammtpartei gehörten, genossen sie die größte Freiheit und Selbstständigkeit. Die Ansicht, daß sich das Vorgehen der Sonderbündler durch die brutale Unterdrückung der polnischen Nation rechtfertigen lasse, ist auch nicht stichhaltig. Nicht durch Absonderung von den deutschen Genossen, sondern im engsten Anschluß an sie können die Interessen der Polen am besten vertreten werden und die deutsche Sozialdemokratie — das müssen wir als Polen offen aussprechen — hat sich gegenüber dem polnischen Proletariat stets auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die nachdrücklich und aufrichtig das polnische Volk gegen die Hakatisten schützt und diese als eine Theilerscheinung der Reaktion mit aller Macht bekämpft. Trotzdem haben sich die Sonderbündler von der Gesammtpartei losgelöst und ihr Vertreter hat auf unserem schlesischen Provinzial-Parteitag sogar erklärt, er pfeife auf die Beschlüsse der deutschen Sozialdemokratie. Den polnischen Sonderbündlern kommt es nur auf die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates an. Man sollte meinen, daß man mitten in den herrlichen Gefilden der preußischen Politik dringendere Aufgaben zu lösen hätte, als um den Bart des Königs dieser nicht existirenden polnischen Staaten zu streiten. Dieser separatistische Standpunkt hat die Sonderbündler dazu verführt, vor allem die deutsche Sozialdemokratie zu bekämpfen und die Befreiung der polnischen Arbeiter von der deutschen Sozialdemokratie zu beginnen. Außerdem haben sich die Sonderbündler mit Haut und Haar allerhand studentischen Komitees in London, Paris &c. ausgeliefert, auf die wir keinen Einfluß haben. Ich bin immer für die Verständigung gewesen, aber diese müßte eine endgültige und der Friede ein definitiver sein. Es käme für uns nicht darauf an, einzelne Reichstagskandidaturen auszutauschen, sondern die polnischen Sonderbündler müssen sich in Reih und Glied mit uns stellen. Ich akzeptire das Amendement

Bebel. Nicht als ob ich besondere Hoffnungen auf diese Verständigung habe, aber der Vernünftige muß immer ein Uebriges thun, und wir wollen auch hier die Vernünftigen sein. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour-Berlin: Der Genosse Gogowski hat mir das Recht bestritten, hier mitzureden. Weshalb? Weil ich auf eine Anfrage, ob ich in Posen einen Vortrag halten wolle, eine ablehnende Antwort gegeben habe. Wenn jeder Parteigenosse, der einmal genöthigt war, einen Vortrag abzulehnen, deshalb nicht mehr mitreden dürfte, ja dann würden nicht mehr viel Redner übrig bleiben. (Heiterkeit.) Nun zur Sache. Als Auer seine Rede hielt, war ich sehr erfreut und dachte, daß wir über eine Polendebatte ganz hinwegkommen würden. Aus Auer's Rede ging hervor, daß der Vorstand entschlossen ist, was ich durchaus billige, alles Mögliche zu thun, um die Verbindung mit den polnischen Sozialdemokraten aufrecht zu erhalten und neue Fäden wieder anzuknüpfen. Da aber kam zu meinem Bedauern der Antrag Luxemburg, der wie Scheidewasser wirken muß. Das Bebel'sche Amendement modifizirt ihn glücklicherweise und nimmt ihm das Schlimmste. Wenn der Antrag Luxemburg unverändert angenommen würde, hätten wir den offenen Kampf zwischen unserer Partei und den selbständig organisirten polnischen Genossen. Leider hat Bebel den Antrag Luxemburg nicht vollständig verworfen. Ich kann mich nur für den letzten Passus im Antrag Bebel erklären, der über die Doppelkandidaturen in Oberschlesien spricht. Die sind zweifellos ein schwerer Fehler. Daß aber eine Erklärung über die prinzipielle Stellung der deutschen zu den polnischen Sozialdemokraten jetzt abgegeben wird, die nothwendig zu Differenzen führen muß, erscheint mir überflüssig. Frau Luxemburg hat mit der Empfehlung des Friedens geschlossen, aber vorher hat sie Alles gethan, um die polnischen Sozialdemokraten aufzubringen. Mit welchen Mitteln hat sie dabei gearbeitet? Ein Beispiel wird genügen. Unter den Unthaten der Polen nannte sie, daß auf der Konferenz gerufen worden sei: Wir pfeifen auf die Beschlüsse des deutschen Parteitages. Wer hat das Wort gesprochen? Ein junger Mann, Georg Haase, der bis zu seinem 21. Jahre Handlungskommis in Dresden war, nach erreichter Volljährigkeit bemüht war, politisch thätig zu sein, eine Redakteurstellung zu bekommen, dann nach Westfalen ging, unter den Polen agitirte und als rabiater polnischer Genosse zurückkam. Nun mögen Sie gegen die polnischen Genossen viel haben, aber Sie werden die polnischen Genossen nicht verantwortlich machen wollen für die Aeußerung dieses Jünglings. Es ist unverantwortlich von Frau Luxemburg, daß sie, die Haase kennt, die Angelegenheit dargestellt hat, ohne seinen Namen zu nennen, als wenn er der berufenste Vertreter der polnischen Partei wäre. Was zum Bruche geführt hat, ist eine Kette von Vorgängen, in denen Fehler von beiden Seiten gemacht worden sind. Was zuerst das anfänglich gute Verhältniß gestört hat und das Schlimmste war, das war die Aufstellung der Kandidatur Kasprzak. Das war entscheidend für die Rebellion der polnischen Genossen. Kasprzak war, bevor er nach Deutschland kam, in Russisch-Polen thätig. Auf Grund seiner Thätigkeit ist er von den polnischen Genossen aus der Partei ausgeschlossen worden. Proklamirt ist der Ausschluß in London. Die Genossen in Russisch-Polen leben unter Ausnahmezuständen, wie wir zur Zeit des Sozialistengesetzes. Eine öffentliche Parteithätigkeit ist nicht möglich. Das schlimmste Spitzelwesen herrscht. Ob Kasprzak mit Recht oder Unrecht ausgeschlossen worden ist, will ich nicht untersuchen. Die Thatsache steht fest, daß er für unwürdig erklärt worden ist, eine öffentliche Thätigkeit auszuüben. Ohne daß dieser Bann aufgehoben war, ist er als Reichstags-Kandidat aufgestellt worden. Stellen Sie sich vor, daß ein zur Zeit des deutschen Sozialistengesetzes von uns verfehmter Genosse etwa jetzt ohne Weiteres von der österreichischen Partei als Reichsraths-Kandidat aufgestellt würde, welcher Schrei der Enttäuschung würde da ertönen. Gerade Genossin Luxemburg hat die Aufstellung

Kasprzak's herbeigeführt. Deshalb die Empörung. (Zustimmung.) (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bebel: Die Annahme meines Amendements zur Resolution Luxemburg scheint mir die einzige mögliche Lösung der schwebenden Fragen zu bieten. Ob diese Annahme freilich von dem erwünschten Erfolge begleitet sein wird, weiß ich nicht. Genosse Ledebour hat bedauert, daß ich überhaupt einige Sätze des Antrages Luxemburg akzeptirt hätte. Ich habe nur das akzeptirt, was völlig der historischen Wahrheit entspricht, wie sie sich bei uns gestaltet hat. Obgleich heute die Genossin Luxemburg in ihren Ausführungen vollständig die Grenzen innegehalten hat, die meines Erachtens innengehalten werden müssen, so muß ich doch meinen abweichenden Standpunkt ihr gegenüber in der Polenfrage kurz charakterisiren. Mit Rücksicht darauf, daß diese Verhandlungen weit über Deutschland hinaus und namentlich bei den österreichischen Genossen mit dem größten Interesse verfolgt werden, will ich hier in aller Kürze historisch entwickeln, welche Vorgänge sich zwischen uns und unseren polnischen Genossen abgespielt haben. Es waren nicht polnische Genossen, die zunächst die Anregung gaben, daß überhaupt ein polnisches sozialdemokratisches Parteiblatt gegründet wurde, sondern das ging von unserer Seite aus. Ich habe auf dem Parteitage in Halle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es nothwendig sei, das polnische Proletariat mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, die polnischen Arbeiter für die Sozialdemokratie zu erobern und sie den allgemeinen Interessen des Proletariats dienstbar zu machen. Dann ist von polnischer Seite die Anregung gekommen, ein solches Blatt zu gründen. Es bestand denn auch in der Parteileitung nicht der geringste Zweifel, daß ein solches Blatt mit Parteimitteln zu unterstützen sei. Wir haben dann in 10 Jahren 30 000 M. auf die Unterhaltung dieses Blattes gewandt, wir haben fast die gesammten Kosten des Blattes bezahlt, weil die polnischen Genossen völlig mittellos dastanden. Wir haben, als dann die Verfolgungen der deutschen Behörden gegen die polnischen Genossen auf's neue und viel schärfer einsetzten, ohne Ausnahme alle daraus erwachsenen Kosten bis auf den letzten Pfennig bestritten. Die deutsche Partei hat in 9—10 Jahren allermindestens 45 000 M. in selbstlosester Weise für die polnischen Genossen aufgewandt. Als dann aus den Reihen der polnischen Genossen der Wunsch laut wurde, sie möchten eine besondere polnische Organisation haben, die bei den sprachlichen Verhältnissen eine absolute Nothwendigkeit sei, sind wir auch diesem Wunsche entgegengekommen. Wir haben gesagt: Gründet Euren Parteivorstand. Wir haben dann — darin hat Genossin Luxemburg vollständig recht — nie das Geringste in die Angelegenheiten des Parteivorstandes hineingeredet. Die finanziellen Wünsche der polnischen Parteigenossen sind vom ersten bis zum letzten ohne jede Widerrede erfüllt worden. (Sehr richtig!) Wir waren also der Ansicht: die polnischen Genossen müssen ihre besondere Organisation haben; wir sind allerdings auch der Meinung gewesen, daß genau so wie innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie die Polen zwar eine besondere Organisation haben, die sich aber doch in die Gesammtorganisation der österreichischen Sozialdemokratie einfügt, das gleiche Verhältniß zwischen den Polen in Deutschland und der gesammten sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestehen und daß der deutsche Parteitag als oberste Instanz und Entscheidungsbehörde auch von Seiten der polnischen Genossen anerkannt werden muß. Das ist in den letzten Jahren nicht mehr geschehen, und die Dinge haben einen Charakter angenommen, daß wir leider genöthigt waren, das Tischtuch zwischen ihnen und uns zu zerschneiden. Wir haben namentlich in Bezug auf die „Gazeta Robotnicza" uns gesagt, daß in diesem Blatte die sozialdemokratischen Tendenzen immer mehr zurückträten. Wir haben daraufhin den polnischen Parteivorstand nach Berlin eingeladen auf unser Bureau, wir haben auch die Gegenseite eingeladen und zweitägige Verhandlungen der gründlichsten Art gepflogen. Wir sind nach den

uns übersetzten betreffenden Stellen und den weiteren Erklärungen des polnischen Parteivorstandes allerdings zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir als Parteileitung der gesammten deutschen Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage seien, die Parteimittel der deutschen Sozialdemokratie für dieses Blatt herzugeben. Wenn an der Spitze der deutschen Polen ein Mann von der Intelligenz Daszynsky's stände, wären die Dinge gewiß nicht so weit gekommen. Wir haben weiter die Erfahrung gemacht, daß die polnische Parteileitung nicht in der Lage war, auch nur die einfachsten Erklärungen, die wir ihr gaben, zu verstehen. Diese Situation wurde auf die Dauer unerträglich und unhaltbar. In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" hat Genosse Daszynsky einen Artikel: Nationalität und Sozialismus mit Bezug auf die Polen in Deutschland geschrieben, der den Eindruck erwecken konnte, als sei von unserer Seite den deutschen Polen nicht das ihnen gebührende Recht als Angehörige der polnischen Nation gewährt worden. Es wird dort die Forderung der formellen Gleichheit der beiden Parteien erhoben. Diese formelle Gleichheit haben wir gegeben. Wir haben sogar manche Uebergriffe den Polen in Anbetracht ihrer unterdrückten Lage nicht nachgetragen, aber Alles hat einmal eine Grenze. Wir mußten uns sagen, daß insbesondere die Art und Weise der nationalen Propaganda, wie sie in der „Gazeta Robotnicza" betrieben wurde, uns eines Tages eine solche Verantwortung gegen eine dritte Seite auferlegen könnte, daß wir diese Verantwortung nicht mehr tragen könnten. Gewiß, es kann uns durchaus nicht gleichgültig sein, wie die polnischen Arbeitermassen in Deutschland denken und fühlen, nicht bloß bei Wahlen, sondern auch bei Streiks gegenüber dem Unternehmerthum. Es sind Hunderttausende von polnischen Arbeitern in der Diaspora vertheilt, wir haben sie im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier in einer Kopfzahl von weit über 60 000, die meist Reichstagswähler sind. Es liegt auf der Hand, von wie außerordentlicher Wichtigkeit ein Handinhandgehen der deutschen und polnischen Genossen ist. Die polnischen Genossen hätten Alles thun müssen, um mit uns in Eintracht zu leben und zu handeln. Das ist leider nicht von jener Stelle geschehen, wie es hätte geschehen müssen. Das ist um so bedauerlicher, als namentlich die letzte Handlungsweise, die selbständige Aufstellung der polnischen Kandidaturen, uns als deutschen Reichstags-Abgeordneten unsere Position im Reichstage bei dem schweren Kampfe gegen die preußische Regierung ganz wesentlich erschwert hat. Unsere Stellung, die wir die besten Bundesgenossen der polnischen Genossen sind und dies auch in Zukunft für unsere Pflicht erachten werden, wird unseren Gegnern gegenüber durch das Verhalten der Polen nicht verbessert, im Gegentheil giebt dies Verhalten unseren Gegnern nur neue Waffen in die Hände. Es besteht ein sehr wesentlicher Unterschied in der Stellung der Polen bei uns in Deutschland und in Oesterreich. In Oesterreich bilden die Polen einen geschlossenen Staat, Galizien. Die Taktik der polnischen Genossen in Oesterreich kann und muß eine ganz andere sein als bei uns in Deutschland. Bei uns bildet die polnische Bevölkerung nicht einmal eine selbständige Provinz, wie schon daraus hervorgeht, daß Oberschlesien, das jetzt der Hauptzankapfel zwischen den deutschen und polnischen Genossen bildet, nie zum alten Polen gehört hat. Das Verhalten, das in dieser Angelegenheit von Seiten der polnischen Genossen geübt worden ist, muß als ein außerordentlich bedauerliches angesehen werden. Trotz alle und alledem aber meine ich, muß von uns noch einmal die Hand zur Versöhnung geboten werden. Genossin Luxemburg meinte vorhin privatim zu mir, wenn ich doch nicht mit ihren Ansichten einverstanden wäre, dann wäre es am Ende gar nicht nöthig gewesen, daß man von ihrer Seite einmal vernünftig gewesen sei. (Heiterkeit.) — Zwischenruf der Genossin Luxemburg.) Ich will damit kein Zerwürfniß zwischen uns tragen, es versteht sich ganz von selber, daß wir den Interessen der deutschen Sozialdemokratie bei der Verständigung, die wir herbeizuführen suchen, nicht das Ge-

ringste vergeben werden, es versteht sich aber auch von selbst, daß wir Allem, was die Polen berechtigterweise verlangen können, gerecht werden. Ich muß allerdings die Meinung der Genossin Luxemburg, daß in diesem Falle nicht auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, leider als nicht ganz richtig bezeichnen. Ich will auch keine Wunden hier aufreißen, aber es sind auch von unserer Seite, von den deutschen Genossen, Fehler gemacht worden. Die Aeußerung des Genossen Winter, daß abgesehen von allen Parteitagsbeschlüssen es darauf ankomme, was sie in Oberschlesien machten, nehme ich durchaus nicht tragisch. Mit der Annahme des Amendements thut die deutsche Parteivertretung kund, daß sie einer Verständigung nach Möglichkeit die Wege ebnen will, und ich nehme an, daß dann auch die deutschen Parteigenossen in Oberschlesien den Polen nach Möglichkeit entgegenkommen. Es mag ja schwer sein, unter den schwierigen Verhältnissen, in denen sie sich in Oberschlesien befinden, immer die Grenzen inne zu halten. Ich habe stets meine hohe Anerkennung darüber ausgesprochen, daß ein Mann von der wissenschaftlichen Bildung und der sozialen Stellung des Genossen Winter es freiwillig auf sich genommen hat, nach Oberschlesien zu gehen und dort seine so außerordentlich befruchtende Stellung auszuüben. Es gibt kein deutsches Arbeitersekretariat, das unter so schwierigen Verhältnissen arbeitete, wie das von ihm eingerichtete. Die Berichte über die Wirksamkeit seines Arbeitersekretariats habe ich nicht nur mit voller Anerkennung, sondern mit Bewunderung gelesen. Lob, wo Lob am Platze ist, aber auch Tadel, wo er meiner Meinung nach gerechtfertigt ist. Ich hoffe, daß es trotz allem gelingt, eine Verständigung und Versöhnung herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Persönlich bemerkt

Rosa Luxemburg: So fleißig ich auch bei der Rede Bebel's zugehört habe, so habe ich doch die von ihm versprochene Erklärung seines abweichenden Standpunktes nicht heraushören können. Es wundert mich auch, daß Bebel hier öffentlich von der Tribüne aus einen Scherz erwähnt hat, den ich vorhin muthwilligerweise ihm gegenüber gemacht habe. Bebel nimmt doch wohl nicht im Ernste an, daß ich solche Veranlassungen brauche, um vernünftig zu sein, um so mehr, als mich das gar keine große Anstrengung kostet. (Große Heiterkeit.) Ledebour muß ich auf den Passus, in dem er mir eine demagogische Erwähnung der Haase'schen Aeußerung vorgeworfen hat, erwidern, daß die von Ledebourski (Große Heiterkeit) beschützten Polen sich wirklich sagen müssen: Gott beschütze uns vor unseren Vertheidigern! Denn er hat einen von Ihnen als würdigen und offiziellen Vertreter anerkannten Genossen als grünen Jungen bezeichnet. (Große Heiterkeit.) Ledebour meinte, Haase könne als ein Jüngling für seine Thaten nicht verantwortlich gemacht werden. Ich glaube, ebenso wenig wie Jugend als ein Entschuldigungsgrund für politische Naivetät gelten kann, schützt ein viel vorgerückteres Alter vor Thorheit. (Heiterkeit.)

Bebel erklärt persönlich, die Genossin Luxemburg habe ihn mißverstanden.

Ledebour: Ich würde den Witz der Genossin Luxemburg über meinen Namen anerkennen können, wenn er in ihrem eigenen Kopfe entstanden wäre. Sie hat aber damit eine Anleihe bei dem Knuten-Oertel gemacht, der mich im Reichstage Ledebourski geschimpft hat, um dadurch auszudrücken, daß ich eigentlich kein Deutscher, sondern ein Pole sei. Die Uebernahme dieses Witzes seitens der Genossin Luxemburg berührt sehr eigenthümlich, da sie selber in Polen geboren und erzogen ist und versucht hat, in der polnischen Bewegung thätig zu sein.

Rosa Luxemburg: Ich habe gar keine Ahnung davon gehabt, daß der Name Ledebourski von dem Knuten-Oertel stammte. Ich habe ihn hier von Delegirten des Ledebour'schen Wahlkreises gehört. (Heiterkeit.) Ledebour, der die

polnischen Verhältnisse nicht kennt, sollte hier nicht als besonderer Sachverständiger in polnischen Dingen auftreten.

Ledebour: Meine Parteigenossen im 6. Berliner Wahlkreise lehnen die Ehre, die ihnen Genossin Luxemburg zuweist, ab. Genossin Luxemburg hätte allen Grund gehabt, den Fall Kasprzak klarzustellen. Das hat sie nicht gethan. Was meine Sachkenntniß anlangt, so habe ich mich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigt und glaube darüber genau unterrichtet zu sein.

Gogowski-Posen: Ledebour hat mir etwas unterstellt, was ich nicht gesagt habe. Ich habe gesagt: ebenso gut wie Ledebour in seinem Wahlkreise für Einigkeit eintritt, müßte er das auch für die Polen thun. (Ledebour ruft: Ich bin ja für Einigkeit!) Statt dessen hat er den Kasprzak mit Schmutz beworfen.

Ledebour: Ich habe den Mann nicht mit Schmutz beworfen, sondern nur Thatsachen mitgetheilt.

Singer: Es ist ein Antrag von Elm eingegangen, im nächstjährigen Parteibericht eine specifizirte Abrechnung über die „Neue Zeit" zu geben nach Art der über den „Vorwärts" gegebenen. Ferner stellt eine Anzahl von Mitgliedern folgende Anfragen: „1. Durch welche Instanzen wird die ständige Kontrolle über den geistigen Inhalt der „Neuen Zeit" ausgeübt? Besteht eine Preßkommission? 2. Wer stellt die Redakteure an? 3. Wie werden dieselben sowie die ständigen Mitarbeiter honorirt? 4. Wer übt die finanzielle Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben der „Neuen Zeit"? 5. Weshalb wird im Parteiberichte keine spezielle Abrechnung über die „Neue Zeit" gegeben?" — Ich kann es nur dem Referenten anheimgeben, ob er es für wünschenswerth hält und geneigt ist, diese Frage in seinem Schlußworte zu beantworten. Zu verheimlichen ist nichts. Ein Theil dieser Fragen ist übrigens vom Referenten bereits beantwortet worden, die anderen Antworten sind durch unser Organisationsstatut gegeben. Es ist durch die Thatsache, daß die „Neue Zeit" jetzt von der Partei aus geleitet und geführt wird, übrigens selbstverständlich, daß die berufenen Instanzen der Partei, in erster Linie der Parteivorstand, Alles das thun, wonach sich die Fragesteller erkundigen. So alte Genossen wie die Fragesteller hätten sich das selbst sagen können. (Zuruf: Wer sind die Fragesteller?) — Das ist nicht nöthig zu wissen.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Referent ist nicht verpflichtet, auf anonyme Fragen zu antworten. Aber der Parteitag hat ein Recht, zu wissen, wer die Fragesteller sind. Ich verlange, daß die Namen genannt werden. (Sehr gut!)

Singer: Es ist ein genügend unterstützter Antrag über diesen Punkt eingegangen. Würde das nicht der Fall sein, so hätte ich den Antrag nicht mitgetheilt, sondern ich hätte die Unterstützung gestellt. Wenn hier die Namen der Antragsteller gewünscht werden, so habe ich keinen Grund, damit zurückzuhalten. Es sind eine Reihe von Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte". (Aha! — Große Unruhe. — Zurufe: Namen nennen!) Ja, ja, die Namen lauten: v. Elm, Paul Müller und Dr. Südekum. (Wiederholte Aha-Rufe. Erneute Bewegung.)

Nunmehr erhält das Schlußwort

Auer: Zunächst bemerke ich, um eine Aeußerung von mir richtig zu stellen, daß wir auf das Verhältniß der Parteiangestellten zum Verein Arbeiterpresse nur bezüglich des „Vorwärts" in unsrer Eigenschaft als Parteivorstand eingewirkt haben; bezüglich des „Hamburger Echo" haben wir das nicht als Vorstand, sondern als Firmenträger gethan. Sodann konstatire ich, daß die Mittheilung der „Münchener Neuesten Nachrichten", ich hätte gesagt, die Gewerkschaftsbeiträge müßten im Interesse der Partei möglichst niedrig sein, auf Irrthum beruht. Genau das Gegentheil habe ich gesagt. (Allseitige Zustimmung.) Was die Gründung von Parteiblättern betrifft, so bin ich nicht der Ansicht, daß kein

Bedürfniß nach neuen Blättern vorliegt, wohl aber muß zwischen der Befriedigung des Bedürfnisses und den zur Verfügung stehenden Mitteln ein richtiges Verhältniß bestehen. Wir warnen nur deshalb vor Neugründungen, um leichtfertige Gründungen, die zusammenbrechen müssen, zu verhindern. Ueber den Verein Arbeiterpresse sind Ausführungen gemacht, die, wenn sie auf bürgerlichen Kongressen fielen, einstimmig von uns verurtheilt würden. Es würde da sicher gesagt werden: Da seht mal diese reaktionäre Bande (Sehr richtig!), die die Leute ausnutzt und sie dann wie eine ausgepreßte Zitrone bei Seite wirft. Finanziell überanstrengt wird die Parteikasse durch die bewilligten Zuschüsse zur Versicherung sicher nicht. Ich bin überzeugt, der Parteitag würde in jedem einzelnen Falle, wo wir ihn ersuchen, für Hinterbliebene der Parteiangestellten etwas zu thun, einstimmig unsere Forderungen bewilligen. Da kann doch die Gewährung von Zuschüssen kein Verbrechen sein. Nun zur Polenfrage! Ich kann mich nur dem anschließen, was Bebel gesagt hat. Wir wollen die Hand zur Verständigung bieten, wir erkennen die Gleichberechtigung unserer polnischen Genossen rückhaltslos an, und weil wir das thun, kann ich auch den Standpunkt von Gogowski nicht billigen. Sein Standpunkt ist der aller derer, die sich mächtig und stark fühlen; dieselbe Erklärung, wie er abgegeben hat, hören wir ja auch stets von der katholischen Kirche den Protestanten gegenüber. Nein, die polnischen Genossen sollen nicht durch das kaudinische Joch gehen, sondern wir wollen uns mit ihnen verständigen auf der von Bebel bezeichneten Basis. Rosa Luxemburg hat die Aeußerung eines polnischen Genossen zitirt, wir pfeifen auf die Beschlüsse der deutschen Genossen. Diese Aeußerung ist nicht in der schroffen Form und nur bedingt gethan worden.

Genosse Haase, der ja jetzt vom Schicksal schwer geprüft ist — er hat eine mehrmonatige Gefängnißstrafe abzubüßen — hat eine Recht darauf, daß seine Aeußerung richtig wiedergegeben wird. Ich habe von ihm eine Erklärung hier, in der er die betreffende Stelle seiner Rede wie folgt wiedergiebt: „Ich bin allerdings der Meinung, daß auch der Lübecker Parteitag nicht das mindeste Recht hat, darüber zu befinden, ob wir als selbstständige Organisation bestehen sollen oder nicht. Darüber zu beschließen sind wir allein berechtigt. Im Interesse der internationalen Solidarität darf man auch erwarten, daß der Lübecker Parteitag keine Beschlüsse fassen wird, die das als programmmäßig garantirte und von der deutschen Sozialdemokratie stets mit Nachdruck betonte und bethätigte Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts" aller Völker verletzen würden. Sollte aber der Parteitag allen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie entgegen Beschlüsse fassen, die in unsere Selbstständigkeit und in unser Selbstbestimmungsrecht hineingreifen, so würden wir auf derartige Beschlüsse pfeifen."

Es liegt mir durchaus fern, etwa den hier entwickelten Anschauungen Haases beizutreten, aber ich muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen, damit nicht die Herren, die Zwietracht säen wollen, aus diesem einen Satz neues Werkzeug für ihr trauriges Handwerk holen. Ich wollte mich in dieser Sache kurz fassen, da ich ja, wie Sie verstehen werden, noch einige persönliche Angelegenheiten zu besprechen habe. (Heiterkeit.) Aber ich werde ersucht, noch über den Fall Kasprzak zu reden. K. wurde vor etwa zehn Jahren aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen. Sie wissen, daß es sich um eine geheime Bewegung handelt, die vom Ausland aus geleitet werden muß. Und welche ungeheueren Schwierigkeiten damit verknüpft sind, brauche ich nicht erst auszuführen. Ebenso ist uns allen bekannt, wie gerade in der Emigration Irrthümer mitunter beim besten Willen unterlaufen; es sind da schon Personen in schwerster Weise verdächtigt worden, und die Anschuldigungen haben sich nachher als vollständig unrichtig herausgestellt. Seit jenem Beschluß sind zehn Jahre ins Land gegangen, und nichts ist gegen Kasprzak bewiesen worden außer der einen Thatsache, daß er mal irgendwo aus der polnischen Bewegung ausgeschlossen

worden ist. Die Genossin Luxemburg mag entschuldigen, wenn ich sie als Beispiel dafür anführe, wie schwer es ist, derartige Anschuldigungen zu widerlegen. Irre ich nicht, so ist Rosa Luxemburg aus irgend einer x-beliebigen landsmännischen polnischen Organisation auch mal ausgeschlossen. Auf dem Züricher internationalen Kongreß soll darüber geredet sein. Wenn nun aus diesem Grunde irgendwo die Behauptung aufgestellt wird, die Rosa sei nicht ganz koscher (Große Heiterkeit), so beweist das doch nichts. Es beweist das doch höchstens, wie unmöglich es ist, auf Grund derartiger vagen Anschuldigungen gegen Genossen in der Weise vorzugehen, wie wir gegen Kasprzak vorgehen sollten.

Genosse Braun hat, da er zur Begründung seines Antrages nicht viel zu sagen wußte, Veranlassung genommen, Ihnen mitzutheilen, daß aus dem Parteibureau Briefe geschrieben werden. Das kommt thatsächlich vor. (Heiterkeit.) Im Laufe des Jahres werden sogar etliche Tausende von Briefen geschrieben. Nur sind dieselben in der Regel nicht so holperig stilisirt, wie Braun, der spricht, wie er schreibt (Heiterkeit), ihren Inhalt hier vorgetragen hat. Stilistisch so ungeschickte Briefe schreiben wir nicht; inhaltlich mögen ja die Angaben stimmen. Durch die Ausführungen von Braun ist mir eines klar geworden; er hat meine diesjährigen Sommerferien dadurch gestört, daß er mir Artikel von sich zugeschickt hat. (Heiterkeit.) Ich konnte mir nicht erklären, was das zu bedeuten hat, bei aller Freundschaft, die uns beide verbindet (Heiterkeit), konnte ich keinen vernünftigen Grund für diese Aufmerksamkeit finden. Jetzt ist es mir klar. Braun wußte damals schon, daß er hier die Rede halten würde, in der er die Anschaffung eines Kautschukstempels für das Parteisekretariat empfiehlt, und um Material für diese Rede zu gewinnen, hat er mir seine Leitartikel geschickt. (Erneute Heiterkeit.) Ich sollte mich darüber äußern. Der Zweck ist nicht erreicht worden, über dem Lesen der Artikel bin ich eingeschlafen. (Große Heiterkeit.) Dann habe ich vergessen, zu antworten, und so hat er seinen Zweck nicht erreicht. Damit ist diese Frage erledigt. Ob der Vorstand Kautschukstempel anschaffen wird oder nicht, weiß ich nicht. Ich bin mit Unterbrechungen länger als 25 Jahre in der Parteileitung thätig, wir haben nie einen Stempel gehabt, und es ist auch so gegangen. Sollte er später gebraucht werden, Gott, das bißchen Mühe kriegen wir auch noch fertig.

Nun zu einer ernsteren Angelegenheit! Der Parteibeamte, von dem bei der Frage der Mitarbeit an den „Sozialistischen Monatsheften" die Rede war, bin ich. (Ruf: Leider!) Ich habe keinen Anlaß, das zu bemänteln, außerdem waren ja einzelne Genossen offen genug, meinen Namen zu nennen. Daß ich Parteibeamter bin, weiß ich. Ich bin mir auch meiner subalternen Stellung gegenüber der Volkssouveränität, die Sie repräsentiren, durchaus bewußt. Ich weiß, daß diese meine Stellung als Parteibeamter mir Pflichten auferlegt, die ich, soweit meine Kräfte reichen, auch erfüllt zu haben glaube. Aber recht angenehm ist das ewige Erinnern daran, daß man Parteibeamter ist, wo doch zwischen den Zeilen immer das Wort „besoldet" steckt, gewiß nicht. Jemanden gewissermaßen mit Stockschlägen auf den Magen an seine Parteipflicht zu erinnern, hat immer etwas Mißliches. Ich bin überzeugt, viele haben nicht daran gedacht, aber manche haben daran gedacht. Ich muß mich schuldig bekennen, an den „Sozialistischen Monatsheften" mitgearbeitet zu haben. Ich habe für die „Neue Zeit", so lange sie besteht, bisher nur einen Artikel, für die „Sozialistischen Monatshefte" vielleicht ein halbes Dutzend geschrieben, aber mehr sicher nicht. Das hängt ganz eigenthümlich zusammen, ich gehöre von Haus aus nicht — entschuldigen Sie den Ausdruck — zum Federvieh, meine Sache ist es nicht, literarisch thätig zu sein. Allerdings hat es eine Zeit gegeben, wo ich des lieben Brotes willen versuchte, literarisch thätig zu sein, die angenehmste Zeit meines Lebens war das nicht. Auch heute noch habe ich sehr selten das Bedürfniß, mich

schriftstellerisch zu äußern, an der Tinteritis leide ich nicht. Leute wie ich bedürfen der Anregung, wenn sie mal zur Feder greifen sollen. Und da zeigt sich allerdings der Unterschied zwischen der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte" und der der „Neuen Zeit". Mag sein, daß das daher kommt, weil an der Spitze der „Sozialistischen Monatshefte" ein Vertreter steht, der seiner Stammeseigenschaften nach zu dem beweglichen Element gehört, während das an der „Neuen Zeit" nicht der Fall ist. (Heiterkeit.) Thatsächlich bin ich von der Redaktion der „Neuen Zeit" nur zweimal aufgefordert worden, über einen bestimmten Gegenstand zu schreiben, das erste Mal vor langen Jahren durch Dietz, der von mir einen Artikel über das Schnapsmonopol wünschte. Ich war verwegen genug, ihn zu schreiben, er hat nichts getaugt (Heiterkeit), meine Sachkenntniß reichte dazu nicht aus, aber geschrieben habe ich ihn. Später hat mich Kautsky aufgefordert, den Nekrolog für Liebknecht zu schreiben, und da habe ich in der Freundschaft, in der Kautsky und ich zu einander stehen und hoffentlich bis ans Ende unseres Lebens stehen werden, ihm gesagt: Lieber Karl, das ist keine Aufgabe für mich, der bin ich nicht gewachsen. Zu einem Nekrolog für Liebknecht mußt Du Dir eine andere Feder suchen. Bei anderer Gelegenheit bin ich bereit, Dir entgegenzukommen. Ich habe auch noch andere Gründe privater Natur angeführt. Von einem Ablehnen der Mitarbeit an der „Neuen Zeit" überhaupt kann keine Rede sein. Freiwillig habe ich auch für die „Sozialistischen Monatshefte" nichts geschrieben. Aber Bloch sitzt einem im Nacken wie der Teufel einer armen Seele (Heiterkeit), er läuft und rennt und schreibt, daß man schon, um ihn endlich los zu werden, sagt: Na, in drei Teufels Namen, ich thu' es. Und so ist es denn gekommen, daß ich etwa sechs Artikel für die „Sozialistischen Monatshefte" geschrieben habe. Das reut mich nicht, wenn auch schlechte Artikel darunter sind. Speziell Bebel weiß ja, daß er mir in aller Liebe und Freundschaft sagte: Weißt Du, der Artikel, den Du jetzt geschrieben hast, ist herzlich schlecht. (Heiterkeit.) Das war der Dank dafür, daß ich ihn vorher in einem Artikel zu seinem 60. Geburtstage ganz ordentlich gelobt hatte. (Erneute Heiterkeit.) Aber darauf mache ich aufmerksam, daß ich über alle die Partei bewegenden theoretischen Fragen auch keine Zeile geschrieben habe, ich werde mich hüten, mich in den Streit unserer Kirchenväter einzumischen. (Heiterkeit.) Nein, dazu bin ich ein viel zu alter und schlauer Fuchs (Große Heiterkeit), als daß ich derart unproduktive Arbeit leistete. Ich habe da meine Meinung, wenn ich gepreßt werde, äußere ich mich auch über diese Frage, im Großen und Ganzen aber stehe ich auf dem Standpunkt, daß man in Fragen, über die man nicht völlig beschlagen ist, auch nicht in die Diskussion eingreifen soll. Zu meinem letzten Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" über den Parteitag bin ich ebenfalls gedrängt worden, ich habe ihn geschrieben und es thut mir nicht leid. In der Parteipresse ist er ohne Kritik abgedruckt worden, ich darf daher wohl annehmen, daß die Redaktionen geglaubt haben, durch seine Wiedergabe den Genossen einen gewissen Genuß zu bereiten. (Heiterkeit.) Daß nun die Parteignossen, die den Genuß gehabt haben, mich nun auszanken, begreife ich nicht. (Heiterkeit.) Ich gestehe, daß ich diesen Artikel viel lieber schrieb, als alle früheren, mit Ausnahme desjenigen zu Bebels Geburtstag, denn über die Dinge, die ich darin behandelt habe, darf ich mir, gestützt auf meine langjährige Parteithätigkeit, ein gewisses Urtheil erlauben. Wäre die Aufforderung, mich über diese Dinge zu äußern, von der Redaktion der „Neuen Zeit" gekommen, nicht einen Augenblick hätte ich geschwankt, sondern Ja gesagt. Diese Aufforderung ist nicht gekommen, und ich mache Kautsky nicht den geringsten Vorwurf daraus, denn er hat für den Parteitagsartikel seinen langjährigen, selbstverständlichen Mitarbeiter in der Person von Bebel, der auch diesmal den betreffenden Artikel geschrieben hat. Es konnte mir gar nicht einfallen, mich aufzudrängen und von der „Neuen Zeit" zu verlangen, daß sie von mir noch

extra einen Artikel bringt. Ich hätte das schon deshalb nicht gethan, weil ich ja sonst fürchten mußte, das Defizit noch zu vergrößern. (Heiterkeit.) Wünscht aber Kautsky, daß ich für den nächsten Parteitag, wenn wir noch leben und gesund sein sollten, den Artikel schreibe, mit Kußhand! Die Aufregung einzelner Genossen, als ob wer weiß was in der Partei geschehen wäre, den immer sich wiederholenden Hinweis auf den Parteibeamten Auer, der sich dieses Verbrechens schuldig gemacht hat, begreife ich ja. Die Zahl derer, die vom Entstehen der „Monatshefte“ und ihres Vorgängers, des „Akademikers“, an sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, ist eine sehr große, und die besten Namen, die die Partei aufzuweisen hat, befinden sich darunter. Der Name Auer fehlt allerdings in den ersten Listen der Mitarbeiter, nicht etwa, weil ich ein Feind derartiger Unternehmungen wäre in dem Sinne, daß ich der freien Meinungsäußerung, wenn sie sich nicht innerhalb der Schablone der Parteiorganisation vollzieht, die Möglichkeit der Existenz absprechen will, sondern weil ich bei der Gründung des „Sozialistischen Akademikers“ gar nicht gefragt bin, ob ich mitarbeiten will. Meine schriftstellerischen Fähigkeiten sind von den Gründern mit Fug und Recht so gering eingeschätzt worden, daß sie sich sagten: Ach, den Auer brauchen wir nicht erst zu fragen, der versteht davon doch nichts. (Heiterkeit.) Ich bin auch als erster im Parteivorstand gegen die Aufnahme des „Sozialistischen Akademikers“ in die Liste der offiziellen Parteiorgane gewesen, und zwar weil ich mir sagte, wenn der „Sozialistische Akademiker“ seinem Programm entsprechend gehalten werden soll, so müssen mit innerer Nothwendigkeit Reibereien in der Partei entstehen insofern, als die einen oder anderen sagen: Das können wir nicht billigen, das sind Meinungen, die offiziell von der Partei nicht gedeckt werden können. Das habe ich im Parteivorstand geltend gemacht, und daraufhin haben wir einstimmig beschlossen, das Blatt nicht in die Liste aufzunehmen. Man hat damals diese meine Stellungnahme in den Kreisen der Akademiker sehr ungünstig beurtheilt. Mit Unrecht, denn nie war ich ein Gegner derartiger Unternehmungen. Aber die offizielle Verantwortung dafür durch Aufnahme in die offizielle Liste hielt ich damals für falsch, und würden die „Sozialistischen Monatshefte“ heute die Aufnahme beantragen unter der Bedingung, daß sie ihre bisherige Haltung weiter beobachten wollen, so würde ich auch heute wieder erklären: Nein, das können wir nicht. Ich bin ein ganz entschiedener Anhänger der freien Meinungsäußerung. Mir stehen nicht die glänzenden Worte zur Verfügung und der feierliche Ernst, mit dem wir gestern einen Lobgesang auf das Recht der freien Meinungsäußerung in und außerhalb der Partei zu hören bekommen haben, sachlich aber bin ich einer der entschiedensten Vertreter des Rechtes der freien Meinungsäußerung, und ich wünsche nur, daß man bei den Diskussionen diejenigen Formen und Normen wahren möge, die für den Verkehr unter Genossen angebracht sind. Aber den Folgerungen, die nach der glänzendsten Rede für das Recht der freien Meinungsäußerung hier noch immer gezogen worden sind, kann ich mich nicht anschließen. Ich bin bei diesen Plaidoyers den Eindruck nicht losgeworden: Ganz sauber ist die Sache nicht, es steckt etwas dahinter. Ja, die freie Meinungsäußerung für die Sache, der man selbst angehört, die verlangen alle, auch die Stockkonservativen. Eine derartige Forderung soweit zu erheben, als man sie selber braucht, das ist noch keine Anerkennung des Rechtes der freien Meinungsäußerung. Dies Recht muß in vollem Umfange auch für die Kritik des Gegners anerkannt werden. Nun frage ich Sie, wo kommen wir hin, wenn der Grundsatz gelten soll, der früher nie in der Partei gegolten hat, daß derartige freie litterarische Organe, wie die „Soz. Monatshefte“ es sind oder die „Deutschen Worte“ des Genossen Pernerstorfer, oder wie es vor dem Sozialistengesetze die neben dem offiziellen, wissenschaftlichen Organ: „Die Zukunft“ bestehende „Neue Gesellschaft“ war, von Parteischriftstellern nicht mehr benutzt werden dürfen? Wo kämen wir hin, wenn der

Grundsatz gälte: „Meinungsfreiheit in vollem Umfange, aber die Blätter werden ausgesucht, in die du schreiben darfst?“ (Heiterkeit.) Das rothe Heft wird boykottirt, für die „Sozialistischen Monatshefte“ darf nicht geschrieben werden. Da fällt mir jener Wiener Censor ein, bei dem sich ein Schriftsteller beklagte: Wissen Sie, man verliert ja alle Lust zu schreiben unter solchen Verhältnissen. Und da antwortete der Censor: Aber ich bitte, Herr Doktor, Sie befinden sich in einem schweren Irrthum; Sie können schreiben, was Sie wollen, nur für's Druckenlassen brauchen Sie unsere Erlaubniß. (Große Heiterkeit.) In dieselbe Lage kämen wir, wenn wir einen solchen Grundsatz gelten lassen wollten. Also man schickt die Artikel nur noch an Kautsky, der untersucht sie auf die Doktrin, auf die Tendenz, stellt fest, daß die Einheit der Bewegung gestört wird, daß die Anschauung unzulässig ist, und wenn ich den günstigsten Fall rechne, dann hängt er ein Schwänzchen an, im ungünstigsten Falle aber sagt er, das ist ganz unwissenschaftlich gedacht, das veröffentliche ich überhaupt nicht. Ich begreife durchaus die außerordentliche Schwierigkeit, die die Redaktion eines offiziellen wissenschaftlichen Organs bietet; aber eben, weil ich sie anerkenne, halte ich auch Unternehmungen und Blätter für nothwendig, wie wir sie in den „Monatsheften“ haben. (Sehr wahr!) Die ganze große Aufregung aus den Kreisen der Genossen ist, die Empfindung habe ich, besonders hervorgerufen worden durch die Mittheilung über das Defizit der „Neuen Zeit“. Einzelne Redner nannten es geradezu ungeheuerlich, daß man, wo die „Neue Zeit“ Tausende von Mark an Defizit kostet, Konkurrenzunternehmungen unterstützen könne. Das Defizit hat es Ihnen angethan, und Vollmar hat den Schluß daraus gezogen, daß die „Neue Zeit“ in der Deroute sei. Ich wundere mich, daß von anderer Seite kein Wort der Aufklärung gekommen ist. So bin ich es den Genossen schuldig. Das Defizit der „Neuen Zeit“ ist keine neue Erscheinung, auch nicht in der mitgetheilten Höhe. Die „Neue Zeit“ hat seit der ersten Stunde ihres Erscheinens bis heute noch keinen Jahrgang gehabt, in dem sie nicht Defizit gemacht hätte, und ich fürchte, das wird auch noch in der Zukunft so bleiben. Die Höhe des Defizits hat differirt, im ersten Jahre betrug es mit den Einführungskosten 16 000 M., der niedrigste Betrag war 7000 M. Wir Jahre mit 12, 11, 10, 9000 M. Defizit gehabt. 10 000 M., das wäre so die Mittellinie. Deshalb ist es ganz falsch, von einem Rückgang der „Neuen Zeit“ zu sprechen. Der Abonnentenstand der „Neuen Zeit“ ist gewiß heute nicht so hoch, wie er gewesen ist. Aber es dreht sich dabei um wenige Hundert Abonnenten. Ihr Abonnentenstand beträgt heute 3400 (Gerisch: 3200), aber über 4000 ist sie noch nie weit hinausgekommen. Ein Nachweis dafür, daß seit dem Bestehen der „Sozialistischen Monatshefte“ die „Neue Zeit“ wesentlich gelitten habe, läßt sich absolut nicht führen. Noch in keinem Jahre hat die „Neue Zeit“ ihr Papier, ihren Druck und Satz aus den Erträgnissen bezahlt, auch in der Glanzperiode nicht. Redaktion und Mitarbeiter werden durch die Einnahmen aus dem Abonnement gedeckt. Auch die frühere Gesellschaft mit Dietz zusammen hat immer Zuschüsse geleistet. Aber auch damals war die „Neue Zeit“ de facto im Partei-Eigenthum, nun ist sie es auch de jure.

Ich hoffe, daß diese Darstellung doch den einen oder anderen Delegirten beruhigen wird. Wenn Sie das Defizit jetzt schon in Aufregung setzt, was würde erst geschehen, wenn die „Sozialistischen Monatshefte“ nicht mehr benutzt werden dürfen, und alle die zahlreichen Mitarbeiter ihre manches Mal recht langen, ich sage nicht langweiligen Artikel, nicht mehr in den „Monatsheften“ abdrucken dürften, wenn dieser ganze Anprall von Manuskripten die „Neue Zeit“ träfe. Das Verdoppeln des Umfanges reichte nicht aus, und für das Bezahlen einer theueren Revue fehlen unseren Arbeitern die Mittel. Das Defizit würde mindestens auf die doppelte Höhe steigen. (Hoffmann: Die „Neue Zeit“ soll nur nicht boykottirt werden!)

Es ist auch nicht überraschend, daß die „Neue Zeit“ sich in dieser Lage heute noch so wie am ersten Tage befindet. Das ist das Schicksal aller Revuen, die nur für bestimmte Zwecke erscheinen und nicht auf das Sensationsbedürfniß einer großen Leserzahl berechnet sind. Sie theilt das Schicksal mit allen ihren Kolleginnen, die „Sozialistischen Monatshefte“ nicht ausgeschlossen. Ich stehe der Firma Edelheim und den Herausgebern der „Monatshefte“ nicht so nahe, um zu wissen, wie es in ihren Büchern aussieht; aber Gerüchte laufen doch um, die die Meinung, Edelheim habe die Partei mit seinen Büchern überschwemmt und mache Riesengeschäfte, als recht falsch erscheinen lassen dürften. Ohne in die Details eingeweiht zu sein, bin ich überzeugt, daß die Firma Edelheim sehr froh wäre, wenn sie das Defizit für die „Sozialistischen Monatshefte“ nur in dem Maße zu decken hätte, wie wir das Defizit für die „Neue Zeit“ decken.

Als alter Kampfgenosse möchte ich zum Schluß noch einige Worte an Sie richten. Es ist sentimental, aber wenn es mich drückt, muß es heraus. Ich kann nicht verschweigen, daß es mich schmerzlich berührt, wenn auch diesmal wieder, wenn auch nicht in der Schärfe wie auf dem Parteitage in Hannover, von der Richtung, die von den anderen als die besonders zielbewußte und „unentwegte“ hingestellt wird, immer wieder direkt oder indirekt der Ton angeschlagen wird: „Wenn es nicht anders ist, dann muß der Bruch eintreten, dann müssen wir auseinandergehen, dann mag es heißen: hie rechts, hie links, so kann es nicht weitergehen.“ (Lebhafte Zustimmung von allen Seiten der Versammlung.) Ich stehe seit 30 Jahren in der Partei, ich nehme für mich in Anspruch, so gut und so weit meine Kräfte reichten, im Dienste der Partei zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen meine Pflicht erfüllt zu haben, so gut wie alle Anderen. Da thut es weh, wenn einem immer wieder, wenn auch nur durch die Blume, zu verstehen gegeben wird: Ihr könnt nicht mehr mit, das ist eine andere Richtung. Ich meine, für die Beurtheilung des Mannes kommt doch vor allen Dingen in Betracht, wie er in Zeiten der Gefahr, wo es auf den Mann ankam, sich bewährt hat. Da möchte ich doch an meine alte Kampfgenossen einmal die Frage stellen, an diejenigen, die mit solchen Drohungen immer spielen: wann und wo seid Ihr in die Bresche gestanden, um mit Aufgebot der letzten Kraft die Partei und ihre Interessen zu vertreten, und ich war nicht in Euerer Mitte? (Wiederholte lebhafte Zurufe.) Wann und wo hat es Wunden im Kampfe gegeben, in dem mein Blut sich mit Euerem Blut nicht gemischt hätte? Was ich hier für mich ausspreche, spreche ich auch für viele Andere aus. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Art und Weise, immer mit solchen Drohungen zu kommen, das ist nicht wohlgethan. Ich für mich würde sie vielleicht nicht besonders ernst und tragisch nehmen, ich für mich empfinde sie zwar unangenehm, aber ich würde sie ertragen, wie wir alle miteinander eben uns gegenseitig ertragen müssen, aber derartige Dinge führen zu Mißverständnissen nach außen und sind deßhalb für Parteigenossen nicht wohl angebracht. Sehr richtig!) Ich sage: ich nehme diese Drohungen nicht so tragisch, ich glaube nicht daran. Ich befinde mich da — und damit will ich schließen — in der Situation des Burschen, dem sein Deandl die Liebe kündigt und der ihr aus diesem Anlasse zuruft:

> Auf oamal auseinanda,
> Deandl, döß mueßt net thoa,
> Bleiben wir weita bei einanda,
> Schau, was thatst denn alloa?

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Rosa Luxemburg: Ich bin nicht aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen, sondern eben nur von jener Sondergruppe, der ich aber nie angehört habe. Weiter möchte ich als Vertreterin der Stadt Rawitsch dem Ge-

nossen **Auer** sagen, daß man sich dort mit der Absicht trägt, ihn zum Ehrenbürger von Rawitsch zu ernennen. (Heiterkeit und Bravo!)

Kautsky: Auer wird mir zugeben, daß ich wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, er möge mitarbeiten, aber jedesmal glaubte ich aus seinen Bemerkungen herauszuhören, daß er mir keine Gegenliebe schenkt. Immer sagte er, er sei kein Schriftsteller, er passe nicht unter die Kirchenväter. Die Antwort mag scherzhaft gewesen sein, ich habe sie aber ernst genommen. Nach seinen heutigen Erklärungen muß ich sagen, daß ich ihn mißverstanden habe. Ich nehme ihn beim Wort, und er kann sicher sein, daß er von uns jetzt so getreten wird, daß ihm Hören und Sehen vergeht. (Heiterkeit.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich habe nicht gesagt, daß ich die Meinungsäußerung einschränken will, sondern mich nur gegen einen Boykott der „Neuen Zeit" durch die Genossen gewandt. (Allseitige Zustimmung.)

Adolf Braun-Nürnberg: Gegen die Summe persönlicher Bemerkungen, die Auer mir freundschaftlich gewidmet hat, mich zu wenden, ist mir unmöglich. Ich nehme nur eine heraus. Die von mir an Auer gesandte einzige Zeitungsnummer enthält einen Artikel, der die Antwort auf seinen Brief war. Wer mit Auer hackeln will, muß gefaßt sein, ein Opfer seines laugenscharfen Witzes zu werden. Ich habe mitgelacht, mehr wie irgend einer auf dem Parteitag.

Gerisch erhält das Schlußwort zur Debatte über den Kassenbericht: Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen, sondern habe nur einige thatsächliche Richtigstellungen zu machen. Es ist vom Genossen Wolff bestritten worden, daß die Bochumer Genossen früher mit der Gründung eines Zentralblattes einverstanden waren. Die Sache ist so, daß den Bochumer Genossen vom Parteivorstand mitgetheilt wurde, daß der jetzige Zustand nicht mehr länger aufrecht erhalten werden könne. Sie waren damit auch einverstanden, äußerten sich auch nicht dagegen, und erst in letzter Zeit haben sie dagegen Einspruch erhoben. Richtig zu stellen ist ferner in der Bochumer Unterstützungsangelegenheit, die auch den Kontrolleuren vorlag, daß der betreffende Genosse zu der Zeit, da er die Unterstützung empfing, ihrer nicht unwürdig war. Auch die Bochumer Genossen sind erst später zu einer anderen Auffassung gekommen. Was den Vorschlag Frohme's betrifft, so halte auch ich es für wünschenswerth, daß festgestellt wird, wie viel organisirte Parteigenossen wir in Deutschland haben. Aber eine solche Statistik werden wir in zehn Jahren noch nicht komplett haben. War es doch nicht einmal möglich, wie ich schon ausführte, von den wenigen Parteiverlegern Angaben über die Auflage der Parteipresse zu erhalten. Was soll da erst geschehen, wenn wir uns an Tausende von Leuten zu wenden haben. Es sollte mich sehr freuen, wenn wir eine solche Statistik bekämen, aber die Erfüllung dieses Wunsches können wir noch lange Zeit vertagen. Den Antrag 94 des Genossen Emmel, betreffend die Kaution für die „Mülhauser Volkszeitung", bitte ich dringend abzulehnen. Es handelt sich da nicht bloß um die Genehmigung der Kaution von 20 000 M. Wenn das Blatt bisher bestehen konnte, so doch nur, weil es ein Kopfblatt ist und die Herstellungskosten sehr niedrig sind. Wenn das aufhört, werden auch die Kosten höher. Den Antrag 98 des Genossen A. Hoffmann bitte ich dagegen anzunehmen. Es ist nöthig, daß auch der Parteitag dem Vorstand einen Rückhalt gibt, wenn er genöthigt ist, sich gegenüber unüberlegten Gründungen ablehnend zu verhalten. Nun noch einige Worte zu dem Antrage, wonach für die nächste Zeit genaue Abrechnungen über die „Neue Zeit" im Berichte des Vorstandes aufzunehmen sind. Das sollte eigentlich schon in diesem Jahre geschehen. Als aber über diese Frage entschieden werden sollte, waren nicht alle Mitglieder des Vorstandes beisammen und da Meinungsverschiedenheiten bestanden, so unterblieb diesmal noch die Aufnahme. Nächstes Jahr wird der Vorstandsbericht genaue Nachweisungen über die „Neue Zeit", die „Gleichheit" und den „Wahren Jakob" ebenso enthalten, wie bisher über den

„Vorwärts". Ich kann aber heute schon bekannt geben, daß im Rechnungsjahre 1901/1902 für die Redaktion der „Neuen Zeit" 17 500 M. aufgewendet wurden. Davon entfielen 10 000 M. auf die Redaktion, die natürlich aus mehreren Personen besteht, und 7000 M. auf die Mitarbeiter. Was über die früheren Defizite zu sagen ist, hat Auer schon ausgeführt.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

v. Elm zieht seinen Antrag infolge des von Gerisch gegebenen Aufschlusses zurück.

Zunächst wird den Partei-Instanzen auf Antrag der Kontrollkommission einstimmig Decharge für die Geschäftsführung des letzten Jahres ertheilt.

Der Antrag 98 wird angenommen, Antrag 58a abgelehnt. Antrag 58b dem Vorstand zur Erwägung überwiesen, Antrag 6 (Nürnberg) abgelehnt.

Von den Anträgen zur Polenfrage gelangt die Resolution der Genossin Luxemburg (91) in Verbindung mit dem Amendement Bebel (95) zur Annahme.

Die Anträge 12, 13, 14 und 15 sind dadurch erledigt.

Auf Vorschlag von Singer wird der vorgerückten Zeit wegen der nächste Punkt der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, nicht mehr in Angriff genommen, sondern werden noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt

Ebert-Bremen erstattet den Bericht der Beschwerdekommission, der die Beschwerde des Genossen Jahn-Berlin überwiesen wurde. Jahn war als Berichterstatter für den „Vorwärts" und auch rednerisch für die Partei thätig. Er erkrankte später und es war ihm nicht mehr möglich, seinen Verpflichtungen zur Zufriedenheit der Parteigenossen nachzukommen, so daß er seines Postens als Berichterstatter für den „Vorwärts" enthoben wurde. Er hat sich später beschwerdeführend an den Wahlverein des 3. Wahlkreises gewendet, der jedoch die Entscheidung der Preßkommission mit Rücksicht auf die moralischen Qualitäten Jahn's billigte. Gegen diese Entscheidung wurde Beschwerde beim Parteivorstand erhoben; dieser hat die Entscheidung bestätigt. Darauf hat sich Jahn an die Kontrolleure gewendet, die ihn jedoch ebenfalls abwiesen. Nun ist er an den Parteitag gekommen. Was die Beschwerdeschrift an sich betrifft, so ist sie in einer Form gehalten, daß sie schon deswegen nicht geeignet wäre, berücksichtigt zu werden. Wir haben uns aber daran natürlich nicht gestoßen. Aus dem Material jedoch, das uns Pfannkuch für den Vorstand und Meister als Vertreter der Kontrolleure vorlegten, sind wir zu der Entscheidung gekommen, der Beschwerde nicht stattzugeben. Die Entscheidungen der Partei-Instanzen sind durchaus gerechtfertigt und es muß gesagt werden, daß sich der Vorstand gegen Jahn durchaus nobel benommen hat. Ich beantrage, die Beschwerde zu verwerfen.

Pfannkuch-Berlin: Jahn bedurfte unseres Erachtens dringend der Erholung. Sein nervöser Krankheitszustand ging jedoch nicht so weit, daß ihm irgend eine Partei-Instanz die Parteithätigkeit untersagt hätte. Die Sache ist so: Die Berliner lehnen es ab, die Verantwortung für die agitatorische Thätigkeit Jahn's zu übernehmen, und soweit wir uns aus eigener Wahrnehmung ein Urtheil bilden konnten, ging dieses dahin, daß die Partei die Verantwortung für die fernere Thätigkeit Jahn's nicht mehr übernehmen kann. Seine moralischen Verpflichtungen für das fernere Fortkommen Jahn's hat der Parteivorstand bis zum Uebermaß erfüllt und ich empfehle den Antrag der Beschwerdekommission.

Die Beschwerde Jahn's wird dem Antrage der Kommission entsprechend als unbegründet verworfen.

Singer schlägt nun vor, den Punkt Maifeier noch zu erledigen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen heute etwas länger dauern.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Hierzu gehört der Antrag 59.

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, rechtfertigt es, wenn ich — ohne weitere Begründung — Sie einfach bitte, unsere vorjährige Resolution einstimmig anzunehmen. In unserer Stellung zur Maifeier hat sich seit dem letzten Jahre ohnehin nichts geändert. Ich schlage Ihnen daher folgende Resolution vor:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Ich bitte, dieser Resolution Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Die Diskussion hierüber wird eröffnet.

Windhoff-Düsseldorf begründet den Antrag 59. Die Maifeier hat auf den Parteitagen immer die wenigste Zeit in Anspruch genommen. Ich bin nun der Meinung, daß der Parteitag mit der Durchführung seiner Beschlüsse Ernst machen muß. Es genügt nicht, Versammlungen zu halten und Feste zu feiern. Um Remedur zu schaffen, ist es angebracht, daß von den Genossen in den einzelnen Orten mehr geschieht. In manchen Orten Westfalens ist von einer Maifeier gar nichts zu spüren. Würden die Genossen energisch eingreifen, dann müßte die größte Mehrzahl der Arbeiter, die bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmen, auch für die Arbeitsruhe eintreten. Resolutionen sind oft weiter nichts als Beschlüsse, die auf dem Papier stehen.

Müller-Görlitz ist ebenfalls mit der Art, wie die Maifeier jetzt in vielen Städten begangen wird, nicht einverstanden. Er nimmt aber nicht den Standpunkt der Düsseldorfer ein, sondern ist entgegengesetzter Meinung. Durch die Annahme noch so vieler scharfer Resolutionen werden wir keinen Schritt weiter kommen. Speziell wir in Schlesien können von unseren Gewerkschaftsorganisationen nicht verlangen, daß sie auf Einführung der Arbeitsruhe am 1. Mai drängen. In der Mitte der 90er Jahre wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Maifeier durch die Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen zu ermöglichen sei. Die Organisationen sind inzwischen immer stärker geworden, aber gerade das Gegentheil der gehegten Erwartung ist eingetroffen. In Breslau hat Bebel gesagt, daß die Berliner Genossen die Durchführung der Maifeier den Gewerkschaften überlassen. Ich halte das für richtig und würde deshalb empfehlen, den letzten Theil der Resolution Fischer wegzulassen und es den Gewerkschaften zu überlassen, ob sie die Arbeitsruhe einführen wollen. Wenn das geschieht, so bin ich überzeugt, daß wir in einigen Jahren die Maifeier nicht mehr durch Arbeitsruhe begehen werden. Ich schließe mich der Meinung Mehring's an, daß unser bestes Demonstrationsmittel die Wahlen sind.

Pfannkuch: Da es der Referent unterlassen hat, auf den Antrag 59 einzugehen, will ich einige Worte dazu sagen. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen und schließe mich dem Gedankengange des Vorredners an. Die Maifeier wurde durch einen internationalen Beschluß festgesetzt. Wir Deutsche rechnen es uns als besonderes Verdienst an, daß wir die Maifeier in einer Weise zur Durchführung gebracht haben, wie sie unserer Arbeiterbewegung würdig ist; wir marschiren in dieser Beziehung an der Spitze aller Nationen. An den Be-

schlüssen zu rütteln halte ich für zwecklos. Aber ich meine, wir sollen auch nicht weiter gehen, als es die wirthschaftlichen Verhältnisse erlauben, mit denen wir im Augenblick sehr zu rechnen haben. Immerhin ist es gut, wenn auch der ideale Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird und deshalb empfehle ich die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Paul Hoffmann-Hamburg bittet ebenfalls den Antrag 59 im Interesse des Ansehens der Maifeier abzulehnen. Alle Ermahnungen nützen nichts, so lange nicht die wirthschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsruhe erlauben. Sogar bei uns in Hamburg ist es vorgekommen, daß einzelne Gewerkschaften in Folge der schlechten Verhältnisse die Arbeitsruhe nicht durchzuführen empfahlen.

Beyer-Leipzig bittet um Zustimmung zu der Resolution. Die Maifeier soll auch in Zukunft so begangen werden, wie es die Partei bisher gethan hat. Man hat ja schon hören müssen, die Partei werde schließlich froh sein und es werde ihr ein Stein vom Herzen fallen, wenn sie die Maifeier auf die Gewerkschaften abwälzen könne und nicht mehr durchzuführen brauche. Pfannkuch hat ganz recht, wenn er verlangt, daß die idealen Zwecke festgehalten werden müssen. Ich stimme dem Genossen Müller zu, daß die Maifeier in Schlesien selbstverständlich zur Zeit nicht durch Arbeitsruhe zu begehen ist; aber das beweist doch nichts gegen die großen Industriezentren.

Kolb-Karlsruhe: Die heutigen Reden zeigen, daß es mit der Maifeier vielfach nicht mehr so genau genommen wird, wie früher. Daran können auch die leidenschaftlichsten Reden nichts ändern, sie scheitern an den wirthschaftlichen Verhältnissen. Es kommt darauf an, möglichst imposante Demonstrationen zu veranstalten und daß am Abend wenigstens ordentliche Versammlungen veranstaltet werden, als wenn die Feier, wie es vielfach der Fall ist, in ein ganz gewöhnliches Vergnügen ausartet. Die Sache sollte auf dem internationalen Kongreß besprochen werden.

Wels-Berlin: Tausende von agitatorisch thätigen Personen sind mit mir der Ueberzeugung, daß es so nicht weiter gehen kann. Ich begrüße es mit Freuden, daß hier zum ersten Mal auf einem Parteitag die Diskussion darüber angeschnitten wurde. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Wege zu ebnen, daß die Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen. Es muß aufhören, daß die Gewerkschaften die Konsequenzen der Auslegung dieses Parteitagsbeschlusses durch den Einzelnen ziehen müssen und gezwungen sind, jährlich Tausende Mark auszugeben, die für den Lohnkampf weit besser zu gebrauchen sind. In England kümmert sich kein Mensch darum, und wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir die Thatsachen offen besprechen.

Fischer-Berlin erhält das Schlußwort: Der Düsseldorfer Antrag ist unannehmbar, weil er in sich den Gedanken birgt, als ob unsere Resolution nur platonische Bedeutung hätte und es uns mit dem Gedanken der Arbeitsruhe gar nicht ernst sei. Wie die Dinge heute liegen und namentlich wie hier der Gedanke begründet wird, müssen wir uns auch dagegen wenden, daß die Maifeier-Veranstaltung einfach den Gewerkschaften überlassen werde. Die Maidemonstration ist durch die internationalen Kongreßbeschlüsse mit unserer Zustimmung beschlossen worden; es ist daher für uns ein Gebot der Pflicht gegenüber der internationalen Solidarität, an diesem Akt der Solidarität theilzunehmen. Und wenn jetzt Einzelne die Form der Arbeitsruhe beseitigen wollen, so können wir das nicht durch einen Beschluß des Parteitages, sondern dann müssen wir nächstes Jahr einen solchen Antrag an den internationalen Kongreß in Amsterdam richten. Denn die Erstrebung der Arbeitsruhe und die Unterstützung der Versuche dazu ist 1893 durch den Internationalen Kongreß in Zürich ausdrücklich beschlossen worden. Genosse Wels ist auch im Irrthum, wenn er gegen die Arbeitsruhe sich ausspricht, weil sie durch den Zusatz: „soweit es ohne Opfer möglich ist" ohnehin unwirksam gemacht sei. Dieser Passus ist in der

Resolution gar nicht enthalten, weil wir von jeher den Standpunkt vertraten, die Maifeierdemonstration müsse durchgeführt werden, auch wenn sie Opfer verlange; nur zu einer Kraftprobe zwischen wirthschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir sie nicht werden lassen. Im Uebrigen aber wollen wir die Maifeier mit der Kraft und Entschiedenheit begehen, wie es der Bedeutung unserer Partei im Reiche und unserer Verpflichtung gegen die internationale Solidarität entspricht. Ich bitte Sie daher, die Resolution anzunehmen.

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen, der Antrag 59 dagegen abgelehnt.

Die Versammlung vertagt sich auf Mittwoch. Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Vollmar.

Eingegangen ist ein Glückwunschtelegramm von dem Internationalen Freidenker-Verband in Genf.

Frau Weiß-Düsseldorf, deren Mandat vom Parteitag nicht anerkannt worden ist, hat das Original des Schriftstückes, durch das sie delegirt worden ist, dem Bureau vorgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt

Metzger-Hamburg folgende Erklärung ab:

Die Aeußerung Auer's vom Montag über das Verhältniß der Partei zu den Gewerkschaften ist mir erst nachträglich aus der „Münchener Post" bekannt geworden. Es handelt sich dabei um meine Person. Die betreffende Aeußerung, die mir von dem von Auer erwähnten hervorragenden Gewerkschaftsführer untergeschoben worden ist, beruht auf Unwahrheit. Dieser hervorragende Gewerkschaftsführer — es ist der Leiter des Buchdruckerverbandes, Döblin — ließ mich auf dem Halberstädter Kongreß sagen, daß ich meinen Widerspruch gegen die fortgesetzte Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge ausdrücklich als im Namen der Fraktion abgegeben bezeichnet hätte. Ich habe weder behauptet, daß ich im Namen der Fraktion spräche, noch habe ich meinen Widerspruch begründet mit dem Hinweis auf die Schädigung der Parteikasse. Döblin hat aber seine Aeußerungen nicht, wie Auer meinte, auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß gethan, sondern auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes. Ich habe sofort schriftlich gegen die Behauptung Döblins protestirt. Döblin hat dann seine Behauptung eingeschränkt und nur aufrecht erhalten, ich hätte im Namen der Fraktion gesprochen. Mein Widerspruch war aber ein rein persönlicher. Ich habe nie die Reichstagsfraktion für meine persönliche Auffassung verantwortlich gemacht.

Es folgt nun Punkt 3 der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.**

Dazu liegen vor die Anträge 57, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 66a, 92, 93 und 103. Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Berichterstatter **Rosenow**: Dem Parteitag liegt ebenso wie in früheren Jahren der Rechenschaftsbericht der Fraktion bereits gedruckt vor und ich glaube mich deshalb kurz fassen zu können, doch halte ich es für nothwendig, einen Punkt besonders hervorzuheben. Es ist das jene Vorlage, die in der verflossenen Session des Reichstages die wichtigste gewesen ist und die auch bei den kommenden Wahlen im Vordergrunde stehen wird; es ist die Zolltarif-Vorlage. Von der offiziösen und der bürgerlichen Presse ist uns der Vorwurf gemacht worden, unsere Fraktion habe sich bemüht, auf die Verschleppung der Verhandlungen über den Zolltarif hinzuwirken. Ich muß da gleich sagen: Wenn wir wirklich

so gehandelt hätten, so wäre es lediglich im Interesse der Wähler geschehen. Wir halten es für eine Mißachtung der breiten Massen des Volkes; wenn die Regierung in einseitiger Weise solche wichtige Beschlüsse fassen läßt, ohne die Wähler zu befragen. Dennoch haben wir bisher keine Obstruktion getrieben, nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es nicht brauchen. Zur Verschleppung der Verhandlungen haben die Mehrheitsparteien selbst am meisten beigetragen. Wenn gesagt wird, wir als Minoritätspartei hätten die Pflicht gehabt, uns in unseren Reden auf das Mindestmaß zu beschränken, so ist darauf zu erwidern, daß wir gar keine Ursache haben, uns unsere Redefreiheit auch nur im Geringsten beschränken zu lassen. Wir haben uns denn auch in keiner Weise abhalten lassen, von der Freiheit, Anträge zu stellen und sie zu begründen, Gebrauch zu machen und haben versucht, durch unsere Anträge dem Tarif eine ganz andere Form zu geben.

Was bisher in der Komission durch unsere Vertreter geschehen ist, war nur eine oberflächliche Prüfung, die eingehende Prüfung jeder einzelnen Position behalten wir uns für das Plenum vor. Wenn die Regierung solche Angst hat, der Tarif könne nicht rechtzeitig zu Stande kommen, ja, warum hat sie denn mit der Einbringung desselben so lange gezögert? Jahrelang befragte sie alle möglichen kapitalistischen Interessentengruppen, aber die Arbeiter wurden im Wirthschaftlichen Ausschuß nicht gehört. Von Anfang an wurden die Agrarier umschmeichelt, niemals hat die Regierung die agrarischen Forderungen ernsthaft bekämpft. Hat sie doch sogar zu dem in der Manege des Zirkus Busch verlangten 15 Mark-Zoll geschwiegen! So gerieth die Regierung in eine Zwickmühle, den Agrariern sind die Zölle zu niedrig, den Konsumenten zu hoch. Daher das lange Zögern; erst infolge der Verhökerung des Tarifs über London sah sich die Regierung endlich veranlaßt, mit ihrem Entwurf hervorzutreten. Und nun sollen wir gewissermaßen im Ramsch den ganzen Tarif annehmen! Nein, angesichts der Wucherpläne ist eine scharfe Opposition am Platze, zumal, da die Kommission Beschlüsse gefaßt hat, die auf eine noch weitere Vertheuerung der Lebensmittel hinauslaufen. Diese Beschlüsse, welche Preissteigerungen des Fleisches, des Gemüses, des Viehes, der Wurst, der Kartoffeln bewirken sollen und denen sich die Erhöhungen der Zölle auf Industrieprodukte anschließen, müssen eine solche Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse herbeiführen und zwar lediglich im Interesse nur einer kleinen Clique innerhalb der herrschenden Klasse, daß unser Standpunkt dem Zolltarif gegenüber nur derselbe bleiben kann, den unser Fraktionsredner bei der ersten Lesung ausgedrückt hat mit den Worten: In die Grube mit diesem Entwurf. (Bravo!) Außer ihrem Interesse am Brotwucher haben die herrschenden Klassen für nichts mehr Interesse gezeigt, natürlich auch nicht für die Sozialpolitik. Das zeigte sich schon bei unserer Nothstandsinterpellation. Mit völlig leeren Händen stand man uns gegenüber. Die einzigen sozialpolitischen Schritte, die man in dieser Session gethan hat, sind das Seemannsgesetz und das Gesetz über die Kinderarbeit. Die Seemannsordnung ist dabei aus den vorigen Sessionen herübergenommen und jetzt nur abgeschlossen worden. Dabei zeigt sie einen durchaus reaktionären Charakter. Niemals sind unsere Anträge so brutal niedergestimmt worden, wie hier. Wir stimmten deshalb auch in der Schlußabstimmung dagegen. Das Kinderarbeits-Gesetz ist in dieser Session überhaupt nicht weiter berathen worden. Es zeigt dabei große Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten. Die Bekämpfung der Kinderarbeit besteht nicht bloß im Verbot der Kinderarbeit, sondern in der Verbesserung der Lage der erwachsenen Arbeiter, besonders in der Hausindustrie. Im Reichsamt des Innern scheint man sich einzubilden, die Arbeiter schickten aus reinem Uebermuth ihre Kinder zur Erwerbsarbeit. Es ist aber nur die bittere Noth, die die Eltern dazu drängt. Eine Verbesserung der sozialen Lage der Eltern ist eine der wirksamsten Bekämpfungen

der Kinderarbeit. Die Regierung hat die Landwirthschaft bei der Einschränkung der Kinderarbeit in diesem Gesetz vollständig ausgeschlossen. Stöcker schwärmte damals im Reichstage von der Poesie der ländlichen Arbeit und sprach von den Freuden des Kartoffelausmachens. Ich weiß nicht, ob die um Stöcker jemals Kartoffeln ausgemacht haben. Wenn es geschehen sein sollte, so werden es wohl die dicksten Kartoffeln gewesen sein. (Heiterkeit.) Es ist der Regierung offenbar gar nicht um eine wirkliche Bekämpfung der Kinderarbeit zu thun gewesen, sie hat nur wieder einmal den Anschein erwecken wollen, daß etwas geschehe, während in Wirklichkeit nichts geschehen ist.

Von unserer Seite hat es an Anträgen in sozialpolitischer Beziehung, an sozialpolitischen Anregungen nicht gefehlt. Die Magdeburger Genossen vermissen in ihrem Antrage 60 im Fraktionsbericht ein Eingehen auf die Wohnungsfrage. Wir haben aber bei jeder Gelegenheit Vorschläge zur Lösung der Wohnungsfrage gemacht. Wir wissen, daß, wenn die Wohnungsfrage gelöst werden könnte, damit ein höchst wichtiger Theil der sozialen Frage überhaupt gelöst worden wäre. Die Wohnungsfrage hat im vorjährigen Bericht eine detaillirte Besprechung gefunden. Alles, was wir in diesem Jahre haben thun können, war die Erwähnung der Wohnungsfrage bei der Etatsberathung und bei der Besprechung der Nothstandsinterpellation. Im Uebrigen wird natürlich die Fraktion beständig diese wichtige Frage im Auge behalten.

Der Antrag 61 verlangt, die Fraktion solle dahin wirken, daß dieselbe ihr Versprechen einer Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes endlich erfüllt. Wir haben wiederholt bei der Regierung angefragt, wie es mit der Materie steht, der Staatssekretär hat geantwortet, daß die Erhebungen in den Einzelstaaten noch nicht abgeschlossen sind. Auch in Zukunft werden wir keine Gelegenheit verabsäumen, nach dieser Richtung hin anfeuernd auf die Regierung einzuwirken. Die Vereinheitlichung der Versicherung halten wir gleichfalls für eine nothwendige Reform, und wir sind auch stets dafür eingetreten. Ebenso haben wir das, was die Hamburger Genossen beantragen, schon verlangt, ja, wir sind dafür eingetreten, daß alle Heimarbeiter der Versicherungspflicht unterliegen; zuletzt haben wir diese Forderung noch bei der Revision der Unfallgesetze gestellt. Nach meiner Meinung sollten Sie alle diese Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen. Der Antrag 63 will, daß wir die Regierung bei der Berathung des Marine-Etats über ihre Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in den Reichs-Werftbetrieben interpelliren sollen. Die Sache ist wiederholt zur Sprache gekommen, soweit uns die Etatsberathungen die Möglichkeit dazu boten, und auch ohne den Antrag wird das in Zukunft geschehen. Doch können Sie ja den Antrag ruhig annehmen.

Die Anträge 64, 65, 66 und 66a beschäftigen sich mit einer Materie, die schon in der Parteipresse im Wesentlichen besprochen worden ist, mit dem Achtstundentag. So wird von den Genossen des IV. Berliner Wahlkreises verlangt, daß wir die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter beantragen sollen. Ich bin nun der Meinung, daß, wenn wir schon den Achtstundentag fordern, dies dann für sämmtliche Arbeiter und nicht lediglich für einzelne Kategorien geschehen muß; das ist auch taktisch entschieden das Richtigere. Die Genossen im V. Berliner Wahlkreis und in Erfurt wünschen einen Initiativantrag auf sofortige Einführung des Achtstundentages und die gleiche Materie betrifft der Antrag Schubert. Aus dem im Rechenschaftsbericht enthaltenen Verzeichniß können Sie ersehen, daß gegenwärtig noch dem Reichstage ein von uns eingebrachter Gesetzentwurf vorliegt betreffend die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für alle im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist. Ich kann mich in Bezug auf diesen Punkt darauf be-

schränken, daß ich auf das verweise, was auf unserem vorjährigen Parteitage darüber ausgeführt wurde. Eines muß ich aber doch bemerken: ob wir nun die sofortige Einführung des Achtstundentages verlangen oder einen Zehnstundentag, der allmählich auf acht Stunden herabzumindern ist, das ist doch nur ein Streit um Worte. Denn den Maximalarbeitstag werden wir doch erst dann bekommen, wenn wir die parlamentarische Macht besitzen, ihn zu erzwingen. Indessen will ich noch darauf verweisen, daß wir bei allen Gelegenheiten, wo es möglich war, für den Achtstundentag einzutreten, dies auch gethan haben. Gerade bei den Debatten über die Krise und den Nothstand haben unsere Fraktionsredner den Achtstundentag in den Vordergrund gerückt. So wird die Fraktion auch in Zukunft handeln.

Die ganze sozialpolitische Arbeit des Reichstages war also gleich Null. Der sozialpolitische Stillstand hat sich dann auch gezeigt bei der Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte. Der Gesetzentwurf sollte zwar schon bei dem Justizministerium liegen; in letzter Stunde aber ist es der Opposition bürgerlicher Juristen gelungen, die Sache aufzuhalten. Nun hat es ganz den Anschein, als sollte die Angelegenheit dauernd verschleppt werden, auch ein Zeichen für die geringe Energie der Reichs-Sozialpolitik, der sich noch die reaktionäre Rückständigkeit Preußens zugesellt.

Verdienstvoll war es, daß auch in diesem Jahre die Mißstände in den Krankenhäusern von einem Fraktionsredner wieder zur Sprache gebracht worden sind. Indessen bedarf es bei der Bekämpfung dieser Mißstände der wesentlichen Mitarbeit der Genossen im Lande, besonders der in den Kommunen thätigen. Es handelt sich hier um die Besserung der Lage der elendesten, der leidenden Proletarier.

Ich glaube, daß der Parteitag zu dem Schluß kommen wird, daß die Fraktion ihre Pflicht gethan habe. Die Fraktion wird diese Pflicht auch in Zukunft um so freudiger erfüllen, je mehr diese Thätigkeit Widerhall im Lande findet.

Die Fraktion wird besonders dankbar sein, wenn die Gewerkschaften die Fraktion mehr als bisher mit statistischem rc. Material versorgen wollen. Ich schließe mit den Worten: Vorwärts, vorwärts und immer wieder vorwärts müssen wir streben, damit auch dem ärmsten Proletarier endlich die Stunde der Erlösung schlage! (Lebhafter Beifall.)

Paul Müller-Hamburg: Die Seemannsordnung und ihre Nebengesetze, die auf ein fast zehnjähriges parlamentarisches Leben zurückblicken, sind von dem Referenten als reaktionär bezeichnet worden, als Vorlagen, die nicht annähernd den berechtigten Ansprüchen der Seeleute genügen. Wenn ich die Gesetze auch nicht als reaktionär bezeichnen will, so muß ich doch sagen, daß sie an sozialer Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Wenn die Reichstagsfraktion aus diesem Grunde gegen die Vorlage gestimmt hat, so hat sie nach meiner Auffassung und derjenigen vieler Tausender deutscher Seeleute damit vollständig recht und korrekt gehandelt. In der bürgerlichen Presse sind der Fraktion wegen ihrer ablehnenden Haltung schwere Vorwürfe gemacht, es ist ihr unterstellt, daß sie aus agitatorischen Gründen dagegen gestimmt habe, obwohl die Vorlage in einzelnen Paragraphen Verbesserungen enthält. Gewiß, einzelne Fortschritte sind darin; aber ihnen stehen reaktionäre Maßnahmen, vor allem die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches, gegenüber. Schon das war Grund genug, die Vorlage abzulehnen. Dazu kommt, daß das Verlangen der Seeleute, ihnen das unbedingte Koalitionsrecht einzuräumen, nicht erfüllt ist. Die bezüglichen Anträge der Sozialdemokraten hat die Mehrheit niedergestimmt. Nach Ansicht der Seeleute durfte die Fraktion einem solchen Gesetz nicht zustimmen und wir haben ihre Haltung mit Freuden begrüßt. Das Gesetz enthält noch eine weitere Reihe von Ausnahmebestimmungen, Tausende deutscher Seeleute genießen nicht

den Schutz des Gesetzes und sind der Willkür der Rheder ausgesetzt. Das deutsche seemännische Proletariat ohne Ausnahme dankt der Fraktion für ihre Stellungnahme; die Seeleute haben sich überall in großen Versammlungen mit ihrer Taktik einverstanden erklärt. Das betone ich namentlich gegenüber den Ausführungen von Professor Franke in der „Sozialen Praxis".

Paul Hoffmann-Hamburg vertritt den Antrag 62. Der Referent hat bereits erklärt, daß die Fraktion diese Forderung erhoben hat und auch in Zukunft erheben wird. Aber es schadet nichts, wenn sie wieder daran erinnert wird, zumal wir Hamburger uns sonst große Zurückhaltung im Stellen von Anträgen und im Reden auferlegen. (Heiterkeit.) Das Hamburger Landgericht hat jüngst erklärt, daß alle Angestellten der Konsumvereine der Versicherungspflicht nicht unterworfen seien. Es sagt in einem Urtheil, bei dem es sich um die Frage der Versicherung von Angestellten eines Konsumvereins gegen Krankheit handelt, folgendes: Nach dem Gesetz sind die Personen versicherungspflichtig, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind im Handelsgewerbe, im Handwerk oder in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben. Der Gewerbebetrieb, das Handelsgewerbe erfordern eine wirthschaftliche Thätigkeit in der Absicht des Erwerbes; es muß aus der Thätigkeit eine Quelle des Erwerbes gemacht werden. Ein solcher Fall liegt nicht vor, wenn eine Thätigkeit lediglich Kostenverminderung bezweckt, wie es hier geschieht. Die Klägerin macht aus dem Handelsbetrieb keine Erwerbsquelle, sondern setzt die eingekauften Waaren zum Selbstkostenpreise einschließlich der Verwaltungskosten an die Mitglieder ab . . . Liegt aber bei der Klägerin ein Gewerbebetrieb nicht vor, so besteht für ihre Angestellten auch kein Versicherungszwang! Unter einem ähnlichen Verhältniß stehen die Seeleute. Auch sie sollten durch Gesetz der Krankenversicherung unterworfen werden. Auch bei der Unfallversicherung sehen wir schon, daß sich die Berufsgenossenschaften gern um ihre Verpflichtungen drücken. Als ein Maschinist, ein sogenannter Gastrollengeber, verunglückte, lehnte die See-Berufsgenossenschaft die Entschädigung ab, weil der Mann nicht angemustert gewesen sei. Später hat sie die Verpflichtung allerdings anerkannt und es besteht jetzt die Praxis, auch in solchen Fällen zu entschädigen. Aber Lücken klaffen noch immer. Ein alter Kapitän baut sich eine kleine Galliotte und nahm zur Ueberwachung des Baues einen Steuermann für kleine Fahrt, einen Bestmann an. Beim Uebernehmen der Anker und Ketten verunglückte der Steuermann. Die See-Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigung ab, weil das Schiff noch auf den Helgen lag. Die Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft lehnte gleichfalls ab und jetzt schwebt der Prozeß, der um so langwieriger ist, als der Seemann nicht häufig auf festem Lande ist. Ich weiß nicht, ob unsere Parteijuristen sich auch so darauf verstehen, den einen Tag schwarz zu nennen, was sie am Tage vorher weiß nannten. (Heiterkeit.) Aber bei den anderen ist das so. Und deshalb dürfen nicht die Tüfteleien der Juristen maßgebend sein, sondern das Gesetz, das entsprechend umgestaltet werden muß. Ich habe das Material beigebracht, an dessen Hand die Fraktion vorgehen kann. — Die Seemannsordnung trägt ja einen reaktionären Charakter, aber einzelne ihrer Bestimmungen stellen doch kleine Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand dar, das Erreichte steht allerdings in keinem Verhältniß zu der außerordentlichen Mühe, die die Organisation der Seeleute und unsere Fraktion sich gegeben haben. Eine erneute Revision der Seemannsordnung muß heute schon in's Auge gefaßt werden. Im Uebrigen ist der zweite Hamburger Wahlkreis mit der Haltung der Fraktion völlig einverstanden.

Wels-Berlin: Namens der Parteigenossen in Solingen, des IV. und des V. Berliner Wahlkreises ziehe ich hiermit die Anträge 64, 65 und 66 zu Gunsten des Antrages Schubert zurück. Der Achtstundentag darf nicht nur für die Arbeiter in staatlichen Betrieben gefordert werden, sondern muß für alle Arbeiter

verlangt werden. Es ist fraglich, ob die Einbringung des im Reichstage in dieser Session gestellten Initiativantrages auf Einführung des Zehnstundentages, von dem aus stufenweise der Achtstundentag zu erreichen wäre, zweckmäßig war. Die Gewerkschaften würden in ihren Bestrebungen für den Achtstundentag durch die Einbringung eines entsprechenden Antrages im Reichstage außerordentlich unterstützt werden. Solche Anträge müssen eingebracht werden, weil wir internationale Verpflichtungen haben, weil wir seit langen Jahren das gesamte Proletariat der Welt führen zu Gunsten des Achtstundentages, nicht der Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn und neun Stunden. Wir müssen dies Menschenrecht erkämpfen, damit der Haufen zerrissener Menschenleiber, der in den Fabriken bereits aufgethürmt ist in Folge Uebermüdung der überanstrengten Arbeiter, nicht immer neuen Zuwachs erhalte. Ich bitte Sie, dem zahlreich unterstützten Antrag Schubert zuzustimmen. Seine Annahme bedeutet kein Mißtrauensvotum gegen die Reichstagsfraktion, die unser Aller Vertrauen in höchstem Grade genießt, aber wir sind dazu verpflichtet durch die Verpflichtungen, die wir auf den internationalen Kongressen eingegangen sind.

Weinschild-Offenbach: Wir haben uns erlaubt, die Zeit des Parteitages in Anspruch zu nehmen für einen Theil der Arbeiter, die zu den am schlechtesten gestellten in Deutschland gehören, für die Heimarbeiter. Durch den Antrag 93 soll der Fraktion keineswegs ein Vorwurf gemacht werden, wir erkennen vielmehr an, daß sie bei jeder Gelegenheit für die in der Heimindustrie beschäftigten Arbeiter und deren gesetzlichen Schutz eingetreten ist. Das kann uns aber nicht abhalten, immer und immer wieder auf die schlechte Lage dieser Arbeiter aufmerksam zu machen. Wir haben vor kurzer Zeit z. B. versucht, den Rechtsanspruch der Heimarbeiter auf eine Kündigungsfrist vor dem Offenbacher Gewerbegericht feststellen zu lassen, aber dieses sucht sich immer um die Sache herumzudrücken, damit es kein Urtheil fällen muß. Wir haben dazu den Syndikus der Handelskammer geladen, der uns sagte, er bemühe sich schon seit 15 Jahren, die Grenze zwischen Heimarbeitern und Gewerbetreibenden zu ziehen, das sei aber sehr schwer. Damit in dieser Frage nun einmal Klarheit geschaffen werde, haben wir den Antrag gestellt. Der Antrag 92 will den Heimarbeitern in der Portefeuille-Industrie eine Ausnahmestellung einräumen. Wir gehen von der Ansicht aus, daß es noch nicht so bald möglich sein wird, die Wünsche der Heimarbeiter zu erfüllen. Nachdem nun der Bundesrat bereits für einzelne Gewerbe besondere Vorschriften erlassen hat, sollte unsere Fraktion den Versuch machen, auch für die Heimarbeiter in der Portefeuille-Industrie den Erlaß einer Sonderbestimmung zu erreichen. Von den Vorteilen, welche die Invaliden- und Altersversicherung doch immerhin bietet, sind unsere Heimarbeiter ausgeschlossen, ebenso in der Regel von der Krankenversicherung. Hinsichtlich der letzteren verweise ich auf die verschiedene Regelung zwischen Berlin und dessen Vororten hin. Sehr ungünstig für die Portefeuille-Industrie ist auch die jetzige schlechte wirtschaftliche Situation, es wurde durch eine amtliche Statistik festgestellt, daß der Export von Lederwaaren um 60 Prozent abgenommen hat. Die Folge ist, daß sehr viele Kollegen bereits arbeitslos werden und dann in der Hausindustrie thätig sind. Dadurch werden aber die Löhne ungemein gedrückt. Da in den ungünstigen Verhältnissen der Hausindustrie auch Frauen und Kinder beschäftigt sind, so sollte doch die Fabrikinspektion veranlaßt werden, einzugreifen. Die Heimarbeiter sind ferner auch von der Unfallversicherung ausgeschlossen, trotzdem mitunter bedenkliche Unfälle vorkommen. Die Fabrikanten trachten danach, die Heimindustrie immer mehr auszudehnen, diesem Bestreben soll durch unseren Antrag entgegengetreten werden.

Edmund Fischer-Briesnitz: Nur einige Worte über den Antrag, der die Fraktion beauftragt, die Einführung des Achtstundentages zu beantragen. In der Fraktion ist niemand, der nicht Anhänger des Achtstundentages ist, aber ob

wir solchen Antrag jetzt noch einbringen oder nicht, ist belanglos, denn zur Verhandlung kommt er in dieser Session doch nicht. Wir haben in dieser Session aus taktischen Gründen den Zehnstundentag gefordert, unser Antrag wurde zu dem Initiativantrag des Centrums auf Einführung eines Maximalarbeitstages für Frauen gestellt. Er ist bisher noch nicht verhandelt worden, da erst wenig Schwerinstage abgehalten sind. Es wäre ein Fehler, wollten wir unseren Antrag jetzt zu Gunsten eines Antrags auf Einführung des Achtstundentages zurückziehen. Gefordert haben wir den Achtstundentag stets bei jeder Gelegenheit, und das werden wir auch für die Folgezeit nicht unterlassen. Unser Antrag auf Einführung des Zehnstundentages ist die Probe darauf, ob es den Gegnern mit der Verkürzung der Arbeitszeit wirklich ernst ist. Wir haben uns nicht von opportunistischen Erwägungen, sondern lediglich von taktischen Gründen leiten lassen.

Birnkammer-München: Die energische Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem Zolltarif hat bei allen Genossen im Lande volle Zustimmung gefunden. Auch in den Kreisen der Zentrumswähler beginnt man gegenüber dem Zollwucher mißtrauisch zu werden. Dem Antrage 92 zu Gunsten der in der Heimindustrie beschäftigten Porfeuille-Arbeiter kann ich nur vollständig beipflichten. Gerade in der Heimindustrie fordert die Proletarierkrankheit zahlreiche Opfer. Die Forderung des Achtstundentages darf nicht außer acht gelassen werden. Die wirthschaftliche Krise hat bewirkt, daß auch in Zentrumskreisen unsere Forderungen Anhang gewinnen. Bei der Arbeitslosigkeit muß der Zentrumsmann ebensogut feiern wie wir. Der Achtstundentag muß endlich für das Volk errungen werden.

Poller-Kiel: Der Antrag 63 ist von kaiserlichen Arbeitern, die das Glück genießen, einer „Musterwerkstatt" anzugehören, ausgegangen. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, um den es sich dabei handelt, sagt bekanntlich, daß die Arbeiter für unverschuldete Zeitversäumniß den Lohn erhalten müssen, allerdings mit der Einschränkungsklausel, daß die Unternehmer sich diesen Verpflichtungen durch besondere Verträge entziehen können. Von einer Musteranstalt sollte man aber besonders erwarten, daß sie allen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern aufs peinlichste nachkäme. Daß dies nicht der Fall ist, bestreitet die Einbringung dieses Antrages. Es giebt auf der Werft einen großen Theil von unteren und selbst hochgestellten Beamten, die überhaupt diesen § 616 nicht kennen. Das gilt selbst vom Oberwerftdirektor, der bekanntlich ein aktiver Marine-Offizier ist; es ist die Vorstufe zum Admiral. Dessen ungeachtet sollte man annehmen, daß ein solcher Mann auch vom Erwerbsleben eine Ahnung haben müßte. Ein Arbeiter, der persönlich beim Oberwerftdirektor vorstellig geworden ist, ist von diesem abgewiesen worden mit der Begründung, daß ja in der Arbeitsordnung stehe: „Lohn wird nur gewährt für wirklich geleistete Arbeit." Diese Arbeitsordnung ist aber mehrere Jahre älter als das Bürgerliche Gesetzbuch; außerdem kann doch ein derartiger Passus nicht als Nebenvertrag gelten, der jene Entschädigungspflicht ausschließt. In verschiedenen Fällen sind Arbeiter zu der sogenannten Vormundschaftspflicht herangezogen worden, was eine unverschuldete Arbeitsversäumniß mit sich brachte. In anderen Fällen ist Arbeitsversäumniß entstanden durch die Feuerwehrpflicht von Arbeitern, die in kleinen Nachbarorten Kiels wohnen. Es ist dann überhaupt keine Entschädigung gezahlt worden. So ist man in derartigen „Musteranstalten" gewohnt, solche gesetzliche Bestimmungen auszulegen. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen und hoffe, daß die Fraktion durch ihr Vorgehen Abhilfe schafft.

Eichhorn-Mannheim: Ich zolle der Thätigkeit unserer Fraktion volle Anerkennung, wünsche aber, daß unseren Initiativanträgen größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Bei der schwachen Besetzung des Reichstages ist unser Einfluß groß genug, daß es wohl möglich ist, daß unsere Initiativanträge doch zur

Verhandlung gebracht werden. Die Etatsdebatten brauchen ja nicht immer zwölf Tage zu dauern. Früher haben wir die Majestätsbeleidigungen, den Groben Unfug-Paragraphen, die Arbeitskammer und andere Fragen angeschnitten. In dieser Session ist in der Beziehung nichts geschehen. (Oho!) Nebenbei bemerkt, sollte sich auch der Parteitag mit der Frage der Arbeitskammern befassen. Die Fraktion muß Werth darauf legen, daß unsere Initiativanträge mehr zur Geltung kommen. Der Widerstand, jetzt einen solchen Gesetzentwurf einzubringen, ist unberechtigt, die Gründe, die Fischer dagegen vorgebracht hat, sind nicht durchschlagend. Wozu feiern wir denn den 1. Mai? Bloßes Demonstriren nützt nichts, wir müssen auch zeigen, daß es uns Ernst ist. Die Arbeiter sind der Fraktion in dieser Beziehung vorausgeeilt und haben vielfach auch ohne Reichstagsfraktion eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Ein Mißtrauen gegen die Fraktion bedeutet der Antrag nicht, aber wir glauben, daß gerade die jetzige Krisis, wo viele Unternehmer freiwillig die Arbeitszeit verkürzen, der geeignetste Moment ist, den Achtstundentag zu fordern.

Schubert-Berlin: Die Ausführungen Eichhorns überheben mich der Verpflichtung, den ersten Theil meines Antrages zu begründen. Ich kann mich deshalb darauf beschränken, zu dem zweiten Theil einige Worte zu sagen. Die Forderung, daß in allen Körperschaften für die Einführung des Achtstundentages zu wirken ist, ist sehr wesentlich. In den Gemeinden sehen wir sehr oft, daß Arbeiter, die doch Bürger sind, in einer Weise behandelt werden, die jeder Beschreibung spottet. Zur Verringerung der Armenlasten werden diese Leute von den Gemeinden vielfach als Abeiter eingestellt. Da nun aber die Kommunen gesetzlich nicht verpflichtet sind, Arbeitsordnungen aufzustellen, so thun sie das auch nicht, und so kommt es, daß die oberen und unteren Beamten die Arbeitszeit nach ihrem Belieben festsetzen. Arbeitsordnungen und Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben sind durchaus nothwendig, um die Lage der städtischen Arbeiter zu verbessern. Wir sind verpflichtet, für die städtischen Arbeiter einzutreten und für sie den Achtstundentag zu verlangen. Es ist deshalb nothwendig, meinem Antrage zuzustimmen. Ebenso halte ich die Annahme des Antrages 63 für nöthig, denn wenn die Reichsbehörden die Wirkung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausschalten, so ahmen die Gemeinden dies Beispiel nach. Wir müssen Alles dransetzen, um den Achtstundentag zu erringen. (**Lebhafter Beifall.**)

Die Debatte wird mit Rücksicht auf die Rundfahrt auf dem Starnberger See vertagt.

v. Vollmar theilt mit, daß von Ullrich-Stuttgart ein Schreiben eingegangen ist, wonach er vom zweiten württembergischen Wahlkreis ein Mandat hat, aber durch Erkrankung in seiner Familie an der Theilnahme verhindert ist.

Schluß 11 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 18. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8¹/₄ Uhr. Den Vorsitz hat Genosse Vollmar.

Es sind wieder eine große Anzahl von Beglückwünschungs-Telegrammen und -Schreiben eingegangen; darunter Telegramme aus Amsterdam von der dortigen Partei, unterzeichnet vom Parteisekretär, und aus Bournemonth von der Redaktion der russischen sozialdemokratischen Zeitschrift „Schisn Posze".

Die Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit** wird fortgesetzt.

Leutert-Apolda: Mit einer großen Anzahl von Delegirten habe ich Rücksprache genommen über die gestrigen Ausführungen des Genossen Eichhorn-

Mannheim, der die Fraktion beschuldigte, sie habe es in der verflossenen Session an der Einreichung von Anträgen fehlen lassen. Ich habe zu erklären, daß die anwesenden Delegirten und ihre Mandatgeber im Gegentheil höchlichst befriedigt sind von dem, was die Fraktion geleistet hat. Das Ziel der Vorwürfe müssen unsere Gegner, nicht aber die Fraktion sein. Wir sind der Meinung, daß von letzterer z. B. in der Zolltariffrage das Bestmöglichste geleistet wurde, die Fraktion hat da Alles gethan, um sich bei den Interessenten durch deren Befragung zu informiren und diese wieder durch ihre Berichterstattung auf dem Laufenden zu erhalten. Wenn trotzdem noch Vorwürfe gegen die Fraktion erhoben werden, so ist das eine Entgleisung. Für einen Ausbau des Arbeiterschutzes ist sie allezeit eingetreten und hat Anträge gestellt, aber die Regierung und die herrschenden Klassen hatten keine Zeit dazu. Man muß doch auch die Geschäftsordnung des Reichstages, nicht bloß die des badischen Landtages einigermaßen kennen und sich bemühen, sie frühzeitig kennen zu lernen. (Heiterkeit.) Ich bin ja auch nicht Mitglied des Reichstages, aber ich habe dessen Geschäftsordnung doch sehr gut durch unseren Großglockner kennen gelernt. (Heiterkeit.) Es ist nothwendig, daß die Fraktion durch unsere Mitarbeit unterstützt werde, es muß ihr brauchbares Material geliefert werden, alle Arbeiterkreise sind verpflichtet, Material zu beschaffen, und zwar solches Material, das von der Regierung und den herrschenden Parteien nicht wieder vernichtet werden kann, gegen das sich kein Einwand erheben läßt. Dazu müssen die Arbeitersekretariate, die Kartelle 2c. mitwirken, auch die Rentenprüfungsstellen, Gewerbegerichts-Beisitzer und namentlich die Vertrauenspersonen in den kleinen Orten haben sich daran zu betheiligen; gerade in den kleinen Orten ist der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei das Sprachrohr der kleinen Leute und kein Anderer. Wir haben die Pflicht, die Arbeiten gemeinsam zu verrichten und sie nicht der Fraktion allein zu überlassen. (Zustimmung.)

Frau Zietz-Hamburg: Die Anträge, die für unsere Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes, des Achtstundentages eintreten, sind keineswegs von dem Gesichtspunkte aus gestellt worden, um unserer Reichstagsfraktion einen Tadel zu ertheilen, sondern diese Anträge sind veranlaßt durch ganz bestimmte Vorkommnisse im wirthschaftlichen und politischen Leben, unter denen die herrschende wirthschaftliche Krise die Hauptrolle spielt. Die Arbeitsleistung steht nicht nur ihrer Qualität, sondern auch ihrer Quantität nach im umgekehrten Verhältniß zur Arbeitszeit. Es ist sehr wohl möglich, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit das Unternehmerthum die Intensität der Arbeit so steigern kann, daß in der kürzeren Arbeitszeit mehr geleistet wird als in der längeren. Aber nicht allein von diesem Gesichtspunkte aus sind wir eingetreten für die Durchführnug des Achtstundentages, sondern auch von der Erwägung aus, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit das Proletariat gestärkt werden soll in seinem Kampfe um die wirthschaftliche Emanzipation. Ferner sind die Anträge speziell im Hinblick auf den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes durch politische Erwägungen veranlaßt. Die vom Reichsamt des Innern angeordnete Enquete bedeutet geradezu eine Verschleppung der Durchführung unserer Forderungen bezüglich des Arbeiter- und des Arbeiterinnenschutzes. Bei den Erhebungen des Jahres 1899 über den Umfang der Frauenarbeit in den Fabriken ist nachgewiesen worden, daß die Industrie nicht nur geschädigt wird, sondern daß es sogar in ihrem Interesse liegt, wenn die Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 10 auf 11 Stunden verkürzt wird. Das ist selbst von königlich sächsischen Fabrikinspektoren und denen der übrigen Bundesstaaten bestätigt worden. Trotzdem werden immer wieder auf's Neue Erhebungen und nur Erhebungen veranstaltet. Andererseits ist das Scharfmacherthum an der Arbeit, um selbst gegenüber den geringsten sozialpolitischen Reformen Gegenaktionen in's Leben zu rufen. Als durch die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz, durch die Novelle zum Gewerbegerichts-

Gesetz kleine Verbesserungen für die Arbeiter geschaffen werden sollten, da waren es dieselben Leute, die selbst diese kleinen Reformen mit aller Kraft zu hintertreiben gesucht haben. Angesichts der Lauheit der Regierung und andererseits gegenüber dem Vorgehen des Scharfmacherthums ist der Parteitag derjenige Ort, wo die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck, aller Präzision und aller Schärfe die Forderungen unsererseits bezüglich des Arbeiter- und Arbeiterinnenschutzes vertreten muß. Ganz irrig ist die von verschiedener Seite hervorgetretene Ansicht, besonders von Seiten der bürgerlichen Sozialreformer aus, daß, wenn der Arbeiterschutz in erster Linie ausgebaut würde, dann die Frauen von den Arbeitsstätten verdrängt und durch männliche Arbeiter ersetzt würden. Wir wissen, daß der Ausbau des Arbeiterschutzes für die männlichen Arbeiter vielmehr Verbesserungen auch für die weiblichen Arbeiter zur Folge haben würde. Aus allen diesen Erwägungen heraus sind die betreffenden Anträge gestellt. Gegenüber der Flauheit der Regierung und den reaktionären Bestrebungen des Unternehmerthums müssen wir unsere Forderungen klar und präzise zum Ausdruck bringen. Das wird auch die Agitation im Lande für diese Forderungen in ein schnelleres Tempo bringen. Ich bitte deshalb, den Berliner Anträgen zuzustimmen.

Leber-Jena: Auch ich bin mit der Thätigkeit der Fraktion im letzten Jahre einverstanden, wünsche aber, daß sie mit allem Nachdruck den Achtstundentag fordert. Wir sehen, daß das Unternehmerthum trotz der wirthschaftlichen Krisis die Arbeitszeit nicht verkürzt, sondern sogar verlängert und Arbeiter entläßt oder die Löhne reduzirt. Ich habe in meiner Thätigkeit in der optischen Werkstätte von Zeiß den Segen des Achtstundentages aus eigener Erfahrung kennen gelernt.

Frau **Kähler**-Dresden: Der Antrag 92, der die Fraktion auffordert, dafür zu sorgen, daß die in der Heimindustrie beschäftigten Portefeuillearbeiter den Versicherungsgesetzen unterstellt werden, geht nicht weit genug. Wir müssen das Gleiche für die Heimarbeiter aller Berufe verlangen. Denn die Heimarbeit ist gleichbedeutend mit Arbeiterinnenelend. Hier muß endlich die Gesetzgebung eingreifen, die Heimarbeit macht sich wie ein eitriges Geschwür am Volkskörper bemerkbar. Nach Einführung der Arbeiterschutz-Gesetze bemühten sich die Arbeitgeber, die Lasten, die ihnen die Gesetzgebung auferlegte, von sich abzuwälzen, indem sie so viel wie möglich ihre Produkte in der Heimarbeit fertigstellen lassen. In Folge dessen hat die Heimarbeit einen ganz gewaltigen Umfang angenommen; sie ist heute ein Hemmschuh jedes kulturellen Fortschritts, sie bringt nicht nur für die Produzenten, sondern auch für die Konsumenten enorme Nachtheile. Es ist an der Zeit, mit diesem schädlichen System zu brechen. (Beifall.)

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Ich möchte Ihnen mit allem Nachdruck die Annahme des Antrages unserer Berliner Freunde empfehlen, der sich auf die Forderung der Einführung des Achtstundentages bezieht, aber nicht etwa von dem Gesichtspunkte aus, daß ich der Stellung und Annahme desselben irgendwo den Beigeschmack eines Mißtrauensvotums oder auch nur eines leisen Tadels gegen die verflossene Thätigkeit unserer parlamentarischen Vertreter geben möchte. Ich erblicke vielmehr in der verhältnißmäßig großen Zahl von Anträgen, welche sich auf die Einführung des Achtstundentages beziehen, einen kräftigen Vorstoß zum Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes, überhaupt einen Ausdruck des dringenden Bedürfnisses und des zielklaren Wollens der proletarischen Klasse. Wenn in den letzten Jahren vielleicht auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes weniger energisch und nachdrücklich nach vorwärts gedrängt ist wie in manchen anderen Zeiten, so erklärt sich das zum großen Theil daraus, daß die Zeit der Hochkonjunktur den proletarischen Massen die Reformnothwendigkeit weniger zum Bewußtsein gebracht hat. Das ist anders geworden durch das Gespenst der Krisis, das sich riesengroß vor dem Proletariat aufgerichtet hat. Die Krisis mit ihren Folgen legt gerade auch dem politisch kämpfenden Proletariat gegenüber den Gewerkschaften eine edle Pflicht auf. Kein Zweifel, wir

Alle sind von Sympathie gegen die Gewerkschaftsbewegung erfüllt, die Bethätigung dieser Sympathie sind keine leeren Worte. Nur zu gut wissen wir, daß politische und gewerkschaftliche Bewegung einander ergänzen und zu einander gehören, aber durch die Krisis werden gerade gegenwärtig die gewerkschaftlichen Kämpfe sehr erschwert und deshalb ist es erwünscht, die Gewerkschaften durch den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu entlasten. Aber auch noch andere Gründe zwingen uns, den Kampf um die gesetzliche Verbesserung des Arbeitsverhältnisses in den Vordergrund zu schieben. Ich erinnere an den Zolltarif und den schmählichen Verrath des Centrums an den Arbeitern durch seine Stellung dazu. Mehr als je ist das Centrum dadurch in die Nothwendigkeit versetzt, wenigstens etwas zur Förderung wirklicher sozialer Reformarbeit zu thun oder aber durch die Unterlassungssünden auf diesem Gebiete den Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit noch schneller zu zerstören, als es ohnehin der Fall ist. Auf die eine oder die andere Weise muß das politisch kämpfende Proletariat die Früchte der Situation ernten, sei es in Gestalt eines kräftigen Eintretens des Centrums für Reformen, sei es in Gestalt einer Diskreditirung des Centrums bis auf die Knochen. Und noch ein Anderes! Der Zollwucher wird ohne Zweifel bei den nächsten Wahlen zu einem so glänzenden Siege der Sozialdemokratie führen, daß das Lager der bürgerlichen Politiker dadurch von jener heiligen Furcht erfüllt sein wird, die die alleinige Quelle gelegentlicher Reformarbeiten der Bourgeoisie ist. Wir wissen genau, daß der Knüppel beim Hunde liegt und daß die bürgerlichen Parteien auch nicht zu einem Jota mehr an Reformen sich verleiten lassen, als ihnen die Furcht vor dem kämpfenden Proletariat abknöpft. Wie einmal zu den Scharfmachern das Wort gesprochen ist: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie! so wird die Sozialdemokratie nach den Wahlen in der Lage sein, den gegnerischen Scharfmachern zu sagen: Sie haben nur für uns gearbeitet. Diese Situation wird uns erlauben, einen energischen Druck auf das Parlament von außen auszuüben. Der ständige Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit“, dessen Leitartikel allein schon zur ständigen Lektüre des Blattes veranlassen sollten (Sehr richtig!), Genosse Mehring, hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß der Zollwucher eine so außerordentlich günstige Situation für die außerparlamentarische Aktion der Massen schaffen würde, daß sie zu sozialpolitischen Fortschritten ausgenützt werden könne. Das ist aber auch nicht die Hauptsache. Die Situation bringt auch einen großen Fortschritt für die Entwickelung unserer Partei. (Sehr richtig!) Wieder wird sich in unserer Partei eine richtigere Schätzung der parlamentarischen Arbeit und der außerparlamentarischen Aktion des Proletariats einstellen. (Sehr richtig!) In dieser Verschiebung der Werthschätzung zu Gunsten der außerparlamentarischen Aktion sehe ich einen außerordentlichen Vortheil für die Entwickelung des politischen Klassenkampfes. Es scheint fast so, als ob alle Anträge, die hier gestellt sind, an einer Ueberschätzung dessen kranken, was die parlamentarische Arbeit leisten kann, und an einer Unterschätzung dessen, was die außerparlamentarische politische Aktion des Proletariats leisten muß. Diese Werthung tritt vor allem auch in den bekannten Artikeln von Parvus zu Tage. Wie schätzenswerth, wie unentbehrlich die Aktion unserer parlamentarischen Vertreter auch sein mag, sie mögen mit Menschen- und mit Engelszungen reden, sie mögen die triftigsten Gründe haben, so würden sie doch bei den herrschenden Klassen nichts ausrichten, wenn nicht von außen der Druck eines erkenntnißreichen, eines geschulten, eines organisirten Proletariats hinzukäme. Deshalb begreife ich das Vorgehen der Fraktion, das den Anstoß zur kräftigen Agitation, zur Förderung der Aktion außerhalb des Parlaments geben muß. Wie der Riese Antaeus immer wieder Kraft gewann, wenn seine Schultern den mütterlichen Boden der Erde berührten, so wachsen, so erweiterten sich die Kräfte der Sozialdemokratie, wenn sie die rechte, innige Berührung mit den Massen hat. (Bravo!)

Timm-München: Ich möchte die Aufmerksamkeit der Fraktion auf die Rechtslage der Arbeitersekretariate lenken. Trotz der klaren Erklärungen des Grafen Posadowsky, die meines Erachtens ohne Silbenstechereien abgegeben wurden, hat das Breslauer Oberlandesgericht doch wieder ein Urtheil gegen ein Sekretariat gefällt und zu einer silbenstecherischen Auslegung der Worte „gewerbsmäßig“ und „geschäftsmäßig“ gegriffen. Das steht in Widerspruch zu der klaren Erklärung der Regierung im Reichstage. Daher sollte die Fraktion in dieser Beziehung eine Interpellation einbringen; in dieser soll bekannt werden, daß die Sekretariate mit großen Mitteln gegründet werden und daß jede Rechtsunsicherheit eine Schädigung für sie bedeute. Weiter ist zu wünschen, daß ein Druck dahin ausgeübt wird, daß sobald als möglich eine neue Krankenversicherungs-Gesetzgebung durchgeführt und diese Organisation so weit ausgebaut wird, als es das vorhandene Bedürfniß nothwendig macht. Im allgemeinen habe ich den Eindruck und diesen gewinnt man immer mehr und mehr, wenn wir alles das verarbeiten wollen, was an Material unterbreitet wird, wenn wir die nöthige Fühlung mit den breiten Massen herstellen und erhalten wollen, dann müssen wir früher oder später dazu kommen, daß eine eigene Instanz geschaffen wird, die planmäßig das Material vorbereitet. Diese Instanz soll im innigsten Kontakt mit dem Parteivorstand stehen, sie soll eine Art Nebenministerium sein, über das der Vorstand die Aufsicht und oberste Leitung behält. Je mehr wir uns ausbreiten, desto schwerer werden die Aufgaben des Vorstandes und seine Kräfte werden so viel in Anspruch genommen, daß beim besten Willen und den fähigsten Personen doch auf die Dauer die großen Aktionen leiden müssen, wenn wir uns nicht dazu aufschwingen, die nöthigen Instanzen zu schaffen. Wir haben eine ganze Reihe von Personen — Bernstein zum Beispiel —, die wir ganz gut auf einem anderen Platz verwenden könnten, wo sie die verschiedenartigen Forderungen, die namentlich von den Gewerkschaften an uns kommen, ich erinnere an den Bauarbeiterschutz, vorarbeiten und den Verkehr mit den Massen aufrecht erhalten. Obwohl zum Beispiel die Aktion gegen den Zolltarif gut einsetzte, so habe ich doch das Gefühl, daß in jenen Gegenden, wo die katholische Arbeiterschaft ausschlaggebend ist, noch mehr geschehen konnte, und das hätte von einer Zentralinstanz aus geleitet werden müssen. Wenn eine solche Instanz geschaffen ist, dann werden dem Parteitage nicht immer so viele Spezialanträge vorliegen. Ich bin weit entfernt davon, zu glauben, daß wir schon im jetzigen Augenblick dazu kommen werden, meinen Vorschlag durchzuführen; es bestehen da verschiedene Hindernisse und namentlich wird das Gefühl obwalten, daß man nicht noch mehr bezahlte Posten schaffen will. Aber wir dürfen uns dadurch nicht abhalten lassen, und wenn diese meine Anregung erfüllt ist, wird es möglich sein, alle die Aufgaben zu erfüllen, die Genossin Zetkin eben so anregend schilderte.

Eitzerodt-Krefeld: Die Agitation für den Achtstundentag hat bei manchen Arbeitern, besonders den gewerkschaftlichen, früher vielfach ein gewisses Lächeln hervorgerufen. Das ist heute anders geworden, heute haben die Arbeiter eingesehen, daß der Achtstundentag eine sehr wohl zu realisirende Forderung ist und auch in bürgerlichen Kreisen wagt man es nicht mehr, diese Forderung mit Hohnlachen zu beantworten. Wir können deshalb den bezüglichen Anträgen sehr wohl zustimmen. Die Fraktion wolle zunächst ihr Augenmerk darauf richten, daß in den staatlichen Betrieben der Achtstundentag eingeführt wird. Das wird wenigstens die Behörden zwingen, wenn auch nicht sofort den achtstündigen Arbeitstag einzuführen, so doch die Arbeitszeit ganz wesentlich zu reduziren. Die staatlichen Betriebe müssen dann die privaten industriellen Betriebe nach sich ziehen. Neuerdings gehen die fiskalischen Werkstätten des Kriegsministeriums in Spandau daran, den Arbeitern einen Sommerurlaub zu geben,

So sehen selbst die Behörden allmälig die Berechtigung unserer Forderungen ein. Wir müssen doch einen gewissen Druck auf die Fraktion ausüben durch Annahme dieser Anträge. Andererseits muß ich mein Befremden darüber ausdrücken, daß Arbeiter der staatlichen Betriebe wie der kaiserlichen Werften es vielfach ablehnen, die berufenen Vertreter unserer Partei, die Mitglieder der Reichstagsfraktion, mit dem genügenden statistischen Material zu versorgen. Der Anregung des Genossen Timm, betreffend die Schaffung einer speziellen Kommission für die Sammlung und Verarbeitung von sozialpolitischem Material, stehe ich sympathisch gegenüber, das würde für den Parteivorstand eine wesentliche Entlastung bedeuten.

Leyendecker-Höchst: Ich möchte die Reichstagsfraktion bitten, sich der Arbeiter der chemischen Industrien in besonderem Maße anzunehmen. Welchen Gefahren diese Arbeiter ausgesetzt sind, hat das furchtbare Unglück von Griesheim gezeigt; der Durchführung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung muß mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden. In Höchst ist das Krankenhaus überfüllt von verunglückten Arbeitern der Farbenindustrie. In der nächsten Session sollte nochmals eine Interpellation eingebracht werden, die Aufklärung über die Ursache des Griesheimer Unglücks und Bestrafung der Schuldigen fordert. Den Antrag 57 halte ich für kaum durchführbar, man kann kein derartiges Flugblatt in einem solchen Umfang herausgeben, weil es von der Landbevölkerung nicht verstanden würde. Man sollte Auszüge aus dem Thätigkeitsberichte der Reichstagsfraktion, vielleicht mit einem den Landesverhältnissen entsprechenden Flugblatt, unter der Landbevölkerung vertheilen. Entlegene Landkreise, die nicht die Mittel zur Vertheilung der Flugblätter haben, müßten unterstützt werden.

Edmund Fischer-Briesnitz: Genosse Eichhorn hat gegen die Fraktion ganz ähnliche Vorwürfe erhoben, wie sie seit Jahren von allen bürgerlichen Parteien, von den Freisinnigen, dem Zentrum und den Konservativen gegen die Sozialdemokratie erhoben werden. Er hat gesagt, daß auch die sozialdemokratischen Abgeordneten zu viel schwatzen und nicht genug praktische Arbeit verrichten. (Widerspruch.) Genosse Eichhorn, den Vorwurf hast Du erhoben! (Eichhorn ruft: Das ist nicht wahr!) Wenn Eichhorn nächstes Jahr in den Reichstag kommt, könnte er vielleicht die Aufnahme einer Bestimmung in die Geschäftsordnung herbeiführen, wonach alle sozialdemokratischen Initiativanträge zur Berathung kommen und alles andere zurückgestellt würde. (Heiterkeit.) Nur dann könnte er seine Forderungen praktisch durchführen. Es ist nicht richtig, daß die Fraktion zu wenig praktische Arbeit geleistet habe. Unsere ganze Thätigkeit neben der Kritik bestand doch in praktischer Arbeit. Ein praktischer Antrag war der auf Einführung des Zehnstundentages. Wenn der Antrag der Berliner angenommen wird, so wird die Fraktion mit einer Aufgabe betraut, die sie in diesem Winter nicht mehr ausführen kann. Es wäre doch richtiger, den Antrag auf dem nächsten Parteitag für die nächste Reichstagsfraktion wieder einzubringen.

Hoch-Hanau: Ich habe Eichhorn's Bemerkungen nicht so tragisch genommen wie Kollege Fischer. Ich habe seine Worte nur so aufgefaßt, daß er meinte, wir sollten neben der pflichtgemäßen Erledigung der Etatsdebatten mehr Zeit zur Begründung der Initiativanträge zu gewinnen suchen. Das ist ein Irrthum Eichhorn's, der sich aus dem Mangel näherer Kenntniß der Geschäftsordnung ergiebt. Es geht thatsächlich nicht gut, die Verhandlung von mehr Anträgen zu erzwingen, als jetzt schon geschieht. Dabei halte ich den Antrag für den Achtstundentag für eine dankenswerthe Anregung; gerade bei der Situation, in der wir uns befinden, ist eine recht ausgedehnte Betheiligung an den Etatsdebatten für uns die einzige Möglichkeit, um alle Anregungen, die uns vom Parteitag und von den Gewerkschaftskongressen gegeben werden, zum Ausdruck zu bringen. Dazu kommt noch eins: es ist Praxis, daß die Re-

zierung bei Berathung von Initiativanträgen nicht erscheint und keine Antwort giebt. Bei den Etatsdebatten aber muß sie anwesend sein, muß sie antworten. Timm hat mit Recht auf die Bedeutung guten Materials für die Fraktion hingewiesen, aber sein Vorschlag hat zur Voraussetzung, daß die Gewerkschaften in erster Linie die Sache in die Hand nehmen und viel mehr Material als bisher zur Verfügung stellen.

Zubeil-Berlin: Parvus hat mich außerordentlich scharf angegriffen, weil ich in der Rede, mit der ich im Auftrage der Fraktion unsere Nothstandsinterpellation begründete, nicht sofort den Achtstundentag gefordert habe. Diese Angriffe sind ganz unberechtigt, ich bin nur der bisherigen Praxis gefolgt, als ich den Zehnstundentag und die stufenweise Einführung des Achtstundentages gefordert habe. Was dann weiter den Vorwurf betrifft, es werde zu viel beim Etat geredet, so will ich nur erwidern, daß meine Kollegen und ich sich auf die Zeit freuen, wo die Etatsdebatten wieder beginnen, da sie die einzige Gelegenheit bieten, die tiefgehenden Schäden der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken. (Sehr richtig!) An dieser Thatsache kann auch Eichhorn's Unzufriedenheit nichts ändern. Bei den Etatsdebatten kann auch allein die so nothwendige Kritik an den Militär- und Marinewerkstätten geübt werden. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Session nicht geschlossen, sondern nur vertagt worden ist. Der größte Theil unserer Initiativanträge ist noch nicht zur Berathung gelangt. Jeder Antrag, der jetzt gestellt wird, wäre eine ganz zwecklose Arbeit, weil er nicht zur Berathung kommt. Bis zum Schluß dieser Legislaturperiode sind kaum mehr als ein oder zwei Schwerinstage zu erwarten. Die Regierung und die Mehrheitsparteien legen das Schwergewicht auf den Zolltarif; wir wollen aber, daß er nicht Gesetzeskraft erhält, während jene anderen ihn so schnell als möglich unter Dach und Fach bringen wollen. Deshalb sollen wir jetzt nicht solche Anträge, die doch nicht zur Berathung kommen, stellen. Sie würden uns dadurch nur, die wir jetzt vor dem schwersten politischen Kampf stehen, hindernd in den Weg treten. Der Antrag kann ja beim nächsten Parteitag wieder gestellt werden.

Eichhorn-Mannheim: Ich habe nur wenig auf die ganzen Angriffe zu erwidern, die zum guten Theil auf völlig falschen Voraussetzungen beruhten. So hat Genosse Leutert gegen Ausführungen polemisirt, die ich gar nicht gemacht habe; er hat mir unterstellt, ich hätte gesagt, unsere Fraktion thue nichts. Ich weiß nicht, ob er mich nicht verstehen konnte oder wollte, ich habe im Gegentheil gesagt, daß tüchtig gearbeitet wurde und daß wir sehr mit der Fraktion zufrieden sein können. Das hindert aber doch nicht, eine kleine Frontveränderung zu fordern; ich habe nur gewünscht, daß die Etatsdebatten, an deren Ausdehnung doch auch die anderen Parteien betheiligt sind, etwas eingeschränkt und daß durch parlamentarische Mittel, die ich im einzelnen nicht angeben kann, weil mir die Reichstags-Erfahrung mangelt, unsere Initiativanträge mehr in den Vordergrund gerückt werden sollen. Unsere Abgeordneten sitzen doch nicht bloß deshalb im Reichstage, um den Etat und die Vorlagen der Regierung zu berathen, sondern sie sind da, um auch Vorstöße in der Richtung unserer Programmforderungen zu machen. Dem Genossen Fischer muß der tendenziöse Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten" allein vorgelegen haben, ich habe ausdrücklich betont, daß wir die Bezeichnung des Reichstags als Schwatzparlament verurtheilen. Ich habe auch mit keinem Wort davon gesprochen, daß unsere Fraktion zu viel rede; unsere Berichte enthalten nichts darüber. Ich bin schon zufrieden, daß durch meine Bemerkungen die ganze Frage hier zur Debatte gekommen ist.

Das Schlußwort erhält

Rosenow: Ich habe nur nöthig, auf die Frage des Achtstundentages einzugehen, die in der Debatte die Hauptrolle gespielt hat. Die Anträge auf Ver-

kürzung der Arbeitszeit sind durchaus verständlich angesichts der wirthschaftlichen Krisis und der Arbeitslosigkeit. Die Fraktion hat aber bei den Etatsdebatten und bei der Besprechung der Interpellation über die Arbeitslosigkeit stets die Forderung auf Einführung des Achtstundentages in den Vordergrund gestellt, und ich bin überzeugt, daß der nächste Antrag, den wir einbringen werden, den Achtstundentag betreffen wird. Für uns ist natürlich der Wille des Parteitages oberstes Gesetz; da jedoch ein Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit bereits im Reichstage von uns eingebracht ist, so käme die Fraktion in eine üble Lage, wenn Sie sie zwingen würden, diesen Antrag zu Gunsten eines anderen zurückzuziehen, der doch nicht mehr zur Berathung kommt. Sie würden dadurch die Fraktion zwingen, sich eine Ohrfeige zu versetzen, die sie gar nicht verdient. Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir etwas Praktisches fordern müssen, und deshalb haben wir zunächst den Zehnstundentag verlangt. Glauben Sie etwa, daß die Stellung eines Antrages auf Einführung des Achtstundentages schon seine Annahme durch den Reichstag bedeutet? (Nein!) Die reaktionäre Mehrheit würde ihn ohne Weiteres ablehnen; den Zehnstundentag haben unsere Gegner für möglich erklärt, und deshalb ist es nöthig, die Probe darauf zu machen, ob es ihnen wirklich Ernst damit ist. In Bayern haben ja unsere Genossen durch die wiederholten Anträge auch bereits erreicht, daß in Staatsbetrieben die Arbeitszeit von 11 auf 9½ Stunden herabgesetzt ist. Ich würde Sie bitten, die den Achtstundentag betreffenden Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Eichhorn gegenüber möchte ich nochmals konstatiren, daß wir gar keine Möglichkeit haben, öfter Initiativanträge im Plenum zur Berathung zu bringen. Eine Aenderung der Geschäftsordnung wäre ganz aussichtslos, denn die Mehrheit des Reichstages betrachtet das Parlament als eine Gesetzgebungs-Fabrikationsmaschine für die Regierungen, die von den Ministern in Bewegung gesetzt wird und nur so lange zu arbeiten hat, als sie von dort Dampf bekommt; für alles andere haben sie nur ein minimales Interesse. In der That hat Eichhorn gestern gesagt, daß das Reden bei der Etatsberathung eingeschränkt werden solle; aber die Etatsberathung ist die einzige Gelegenheit, gewisse Dinge zur Sprache zu bringen, und wir sollten eher noch einen ausgiebigeren Gebrauch davon machen, beim Etat unsere Wünsche zu äußern. Gerade dieser Achtstundenantrag bedeutet in der Praxis doch nichts anderes als den Wunsch der Parteigenossen, wir sollen zunächst durch Reden im Reichstage den Gedanken des Achtstundentages immer wieder propagiren. Ich glaube aus der ganzen Debatte entnehmen zu können, daß der Parteitag mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden ist. Die beiden noch vorliegenden Anträge 66a und 103 würde ich vorschlagen, der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Anträge 66a und 103 werden der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen. Antrag 57 wird abgelehnt, Antrag 60 wird zurückgezogen, nachdem der Parteitag durch Verlesung von ihm Kenntniß genommen hat. Antrag 61 wird angenommen, Antrag 62 zurückgezogen, da er durch die Abstimmung über Antrag 61 erledigt sei. Antrag 63 wird angenommen. Auch die Anträge 92 und 93 werden angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl" wird auf Freitag verschoben, da der Berichterstatter Bebel gesundheitlich nicht in der Lage ist, heute das Referat zu erstatten.

Es folgt daher Punkt 5 der Tagesordnung: **Arbeiterversicherung.**

Dazu liegt Resolution 106 vor.

Berichterstatter Molkenbuhr: Die Sozialdemokratie hat bisher so gut wie keine Stellung zur Arbeiterversicherung genommen. Die einzige Aeußerung der Partei findet sich in Punkt 5 des Programms: „Uebernahme der gesammten

Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung." Es sind zwei große Unklarheiten in diesen Sätzen enthalten; wir sagen nicht, welchen Ausbau wir wollen, und wir sagen nicht, was wir unter der maßgebenden Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung verstehen. Die Unklarheiten bedürfen der Aufklärung. Auch ist es nothwendig, daß sich die Partei mehr mit der Frage beschäftigt, damit die Genossen im Reichstage wissen, ob sie in ihrer Haltung die Partei hinter sich haben. Zu den ersten Versicherungsgesetzen zur Zeit des Sozialistengesetzes konnte die Partei keine Stellung nehmen, da keine Parteitage stattfanden. Jetzt ist das anders geworden, jetzt müssen die Genossen der Fraktion eine bestimmte Richtschnur geben, an die sie sich halten kann. Die Stellung der Fraktion ist eine viel angenehmere, wenn sie weiß, daß sie die Partei hinter sich hat. Wiederholt haben die offiziellen Vertreter des Reiches auf internationalen Versicherungskongressen ausgesprochen, daß man geneigt ist, auf dem Gebiete der Versicherungsgesetzgebung weiter zu gehen, vorausgesetzt, daß die anderen Staaten, die mit unserer Industrie konkurriren, unserem Beispiel folgen.

Bevor ich nun untersuche, in welcher Richtung die Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung sich bewegen soll, möchte ich Eines vorausschicken. Durch verschiedene Gesetze ist ausgesprochen, daß der Mensch ein Existenzminimum haben muß. So wird z. B. durch das Gesetz über die Beschlagnahme des Arbeitslohnes indirekt anerkannt, daß jeder Mensch mindestens 1500 M. Einkommen haben muß. Dadurch ferner, daß eine ganze Reihe von Gegenständen unpfändbar sind, daß der Kreis der unpfändbaren Gegenstände noch erweitert ist, wird zugegeben, daß Demjenigen, der etwas hat, nicht das Letzte genommen werden darf. Warum geht man nun nicht weiter und sucht einen Weg, um Demjenigen, der das Existenzminimum nicht hat, dasselbe zu verschaffen? Wir haben zwar die Armengesetzgebung, aber diese setzt nicht da ein, wo das Minimum nicht vorhanden ist, das die anderen Gesetze voraussetzen, sondern sie läßt den Menschen erst verkommen, ehe sie eingreift; sie raubt dazu noch dem Armen die politischen Rechte; für das bischen Brot, das ihn vor dem Verhungern schützen soll, wird ihm sein politisches Recht genommen. Trotzdem hat die Armengesetzgebung den Gemeinden erhebliche Lasten aufgebürdet. Früher bestand in zahlreichen Gemeinden die Vorschrift, daß jeder fremde Geselle, der in der Stadt arbeitet, mindestens gegen Krankheit versichert sein müßte; man erblickte darin keine soziale Großthat, sondern gab zu, daß diese Vorschrift nur eine Schonung der Armenkasse bedeute. Aehnliche Schonungen der Armenkasse liegen auch im Strafgesetz, wonach Diejenigen bestraft werden, die es versäumen, ihre Angehörigen, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, zu unterhalten. Ein anderer Grundsatz, der hierbei mit in Betracht kommt, ist der des Schadenersatzes. Aber solche allgemeine Grundsätze versagen sehr oft in dem Augenblick, wo sie auf die Arbeiter Anwendung finden sollen. Ich will nur auf den Gedanken hinweisen, der im preußischen Eisenbahngesetz zum Ausdruck kommt, es heißt da, daß die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet sind, jeden Schaden zu ersetzen, der durch den Betrieb herbeigeführt wird, es sei denn, daß sie den Nachweis führen können, daß der Schaden durch höhere Gewalt verursacht ist. Dieser gesunde Grundgedanke wurde im Haftpflicht-Gesetz aus dem Anfang der siebziger Jahre zu einer vollständigen Karrikatur. Man schob da dem Geschädigten den Beweis dafür zu, daß ein Verschulden des Unternehmers vorliegt, ein Beweis, der in den allermeisten Fällen so gut wie ausgeschlossen ist, denn vielfach führt der Unfall den Tod des Beschädigten herbei; andererseits befinden sich die Zeugen in Abhängigkeit vom Unternehmer und gerathen durch ihre Aussage zu Gunsten der Geschädigten in die Gefahr, arbeitslos zu werden.

Gesunde Grundgedanken sind in der allgemeinen Gesetzgebung bereits zum Ausdruck gebracht worden, und da fragt es sich, ob diese nicht auf irgend einem

anderen Wege weiter ausgebaut werden können. Ich habe bereits früher einmal, auf dem letzten internationalen Kongreß in Paris, wo die Frage des Minimallohnes auftauchte, gesagt, es zieme eigentlich den Sozialdemokraten nicht, zu verlangen, daß nur die Leute, die Arbeit haben, ein Existenzminimum haben; als Sozialdemokrat müsse man dafür eintreten, daß jeder Mensch ein Existenzminimum haben soll, wenn er unverschuldet in Armuth gerathen sollte. Nun ist man ja im offiziellen Deutschland recht großsprecherisch mit den erzielten Erfolgen. Auf der Pariser Weltausstellung war ja der bekannte Obelisk aufgestellt; man sagte, ein Obelisk aus gemünztem Golde, der 961 000 Kilogramm wiegt, würde darstellen, wie viel in Deutschland für die Arbeiterversicherung ausgegeben ist. Der Obelisk müßte 7,4 Quadratmeter Grundfläche haben und 14,9 Meter hoch sein, um das Verausgabte als Goldmasse darzustellen. Derartige Reklame-Ausstellungen sind nicht dazu geeignet, das Ausland zur Nachahmung anzureizen, sondern vielmehr es abzuschrecken. Ich habe bereits im Reichstage gesagt, daß man das Ausland viel eher zur Nachahmung angespornt hätte, wenn man in gemünztem Kupfer ausstellte, was an einem Tage der Arbeitgeber für einen Arbeiter geleistet hat; dann hätte man nämlich mit 6 kupfernen Reichspfennigen auskommen können.

Es wird immer fälschlich so dargestellt, als sei diese Versicherung eine rein Bismärckische Erfindung, als habe die kaiserliche Botschaft von 1881 den Anstoß dazu gegeben. Man erwähnt dabei nicht, daß zu Anfang dieser Botschaft neue indirekte Steuern und das Tabakmonopol gefordert wurden. Bismarck wollte sich nur darum herumdrücken, offen zu erklären, zu welchem Zwecke er das Geld haben wollte. Das war die einzige Ursache. Lange vor der Reichs-Krankenversicherung hatten viele Gemeinden bereits eine Zwangs-Krankenversicherung, ohne daß es ihnen eingefallen wäre, von Sozialreform zu reden. Noch ein anderer Zug machte sich bemerkbar. Die Industrie leerte bei ihrer rapiden Entwickelung das Menschenreservoir des platten Landes und schob die Invaliden, die Verletzten, die Krüppel dann wieder auf das Land zurück; hier fielen sie der Armenkasse zur Last. (Sehr richtig.) Deshalb regte sich überall in den Landgemeinden die Forderung, das Unterstützungswohnsitz-Gesetz zu ändern, man verlangte, daß die Verletzten an dem Orte unterstützt werden sollten, wo sie verunglückt waren. Das ging aber auch nicht, weil die neu aufstrebenden Industriegemeinden bereits überlastet und verschuldet waren. Andererseits wurde wieder eine Aenderung des Haftpflichtgesetzes vorgeschlagen, die den Industriellen nicht paßte. So kam es, daß 1879 der Zentralverband deutscher Industrieller die Unfallversicherung forderte, in der Absicht, vor der drohenden Aenderung des Haftpflichtgesetzes geschützt zu sein (Sehr richtig), das ihnen erheblich höhere Lasten aufgelegt hätte als eine allgemeine Unfallversicherung. Ein Mann, der nicht gerade bekannt ist wegen übergroßer Arbeiterfreundlichkeit, sondern als Schienenflicker und Steuerhinterzieher bekannt ist, Kommerzienrath Baare, legte 1880 dem Reichstage einen vollständigen Entwurf einer Unfallversicherung vor. Im März 1881 ging dem Reichstage dann ein Regierungsentwurf über die Unfallversicherung zu, der im Laufe des Sommers verabschiedet wurde. Aber das Zentrum brachte das Gesetz zu Fall; auf Betreiben Windthorst's war eine Resolution beschlossen worden, die die Regierung aufforderte, die bestehenden Haftpflicht-Versicherungsgesellschaften zu entschädigen. Das ganze Gesetz wurde deshalb vom Bundesrath abgelehnt. Dann kam am 17. November die kaiserliche Botschaft, die jetzt noch einmal erfand, womit die Gesetzgebung sich schon lange beschäftigt hatte. Sie soll den Anstoß zur Sozialreform gegeben haben, aber bereits 1867 forderten die Abgeordneten von Dieft-Daber und Brauchitsch in einer Resolution die Versicherung der Industriearbeiter; im selben Jahre Friedenthal ein Hilfskassen-Gesetz, 1869 traten Lasker, 1870 Hirsch, 1871 wieder Lasker, Hammacher, Bernuth und Richter, 1873 Schulze-Delitzsch und

Stumm mit ähnlichen Anregungen hervor. Da ist es etwas dreist, von dem ersten Anstoß durch die kaiserliche Botschaft zu reden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenden wir uns nun von der historischen Entstehung der sozialen Gesetzgebung zu ihrem Sinn und Inhalt. Da ist zunächst die Krankenkassen-Versicherung. Ihr Grundzug war der Schutz der Armenkassen, nicht der Schutz der Arbeiter vor der Noth. Die Kranken-Unterstützung wurde auf die Hälfte des Tagelohnes, bei der Gemeinde-Krankenversicherung sogar nur auf die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes bemessen, der an sich schon unter dem thatsächlichen Verdienst zurückbleibt, und die Hälfte davon reicht natürlich nicht aus, um die Familie mit einem Kranken zu erhalten. Nur 13 Wochen wird die Unterstützung gewährt. Die Organisation zeigte die ärgste Zersplitterung, kein einheitlicher Plan lag der Sache zu Grunde, sondern man suchte das Bestehende weiter zu erhalten. So haben wir in bunter Zahl Gemeinde-, Bau-, Knappschafts-, Betriebs-, Orts-Krankenkassen und Freie Hilfskassen. Durch die Zersplitterung wurde die Versicherung zum Theil ganz lahmgelegt, die großen Ziele konnten nicht durchgeführt werden. Die Versicherung gegen die Krankheit wurde auch nicht auf alle Arbeiter, sondern lediglich auf die Industrie-Arbeiter erstreckt, die Dienstboten und die Landarbeiter ließ man heraus. Wenn die Versicherung aber eine Wohlthat ist, weshalb ließ man sie denn nicht den Landarbeitern zu theil werden? Es zeigt sich auch hier, daß es sich gar nicht um eine Wohlthat für die Arbeiter, sondern um die Entlastung der städtischen Armenpflege handelt. 1892 kam die Reform und die Ausdehnung der Versicherung auf weitere Kreise. Es wurde bestimmt, daß Arzt und Medizin in natura zu liefern seien und das Verhältniß zur Berufsgenossenschaft wurde geregelt, aber die Versicherung wurde nicht auf alle Arbeiter ausgedehnt. 1895 waren 15 641 000 Arbeiter vorhanden, aber nur 7 525 524, also weniger als die Hälfte, gegen Krankheit versichert.

Nun soll eine neue Reform eingebracht werden. Da ist es nöthig, auf einen Umstand aufmerksam zu machen. Es giebt Kreise, die für diese Reform bestimmte Ziele aufstellen, ohne daß sie selbst versichert sind oder je versichert sein werden. Es sind die Aerzte; in fast jeder ihrer Zusammenkünfte beschäftigen sie sich mit der Frage der Arbeiterversicherung; die Augsburger Aerzte haben sogar ein dickes Buch darüber herausgegeben, das in dem Satze gipfelt: die Versicherung demoralisiert die Arbeiter und untergräbt die Existenz der Aerzte. Dem Sinne nach hört man dasselbe sehr oft von Aerzten, immer wird es so dargestellt, als sei die Existenz der Aerzte durch die Krankenversicherung vernichtet. Es ist eigenthümlich, daß sich gerade die Augsburger Aerzte da so hineinlegen, sie kennen die Kassen mit Selbstverwaltung doch nur vom Hörensagen. In Bayern waren unter den 4832 Kassen 4127 Gemeindekassen, 602 Betriebskassen und 3 Baukassen. Die eigentliche Krankenversicherung kennen also die Augsburger Aerzte aus eigener Erfahrung nicht. Sehen wir uns nun einmal die Statistik an. Seit 1894 ist die Zahl der Versicherten von 7 282 609 auf 9 520 763, also um 30,73 Prozent, gestiegen, die Zahl der Krankentage von 43 686 440 auf 64 916 827, also um 48,59 Prozent, das Arzthonorar von 22 209 891 M. auf 34 331 368 M., also um 54,58 Prozent, gestiegen. (Hört! hört!) 1894 erhielten die Aerzte für jeden Krankentag 50,8 Pf. Honorar, 1900 52,9 Pf. Da nicht für jeden Krankentag ein Arztbesuch anzunehmen ist, so muß man sagen, daß durchschnittlich soviel gezahlt wird, als die Aerzte sonst bei freier Praxis für die Behandlung derselben erhalten würden. Zumal wenn man bedenkt, daß ein großer Theil der Kranken ohne Krankenversicherung in Armenpraxis behandelt werden müßte. Allerdings ist eine erhebliche Nothlage in den Kreisen der Aerzte vorhanden, die Bevölkerung ist seit 1876 um 31 Prozent, also von 43 auf 56 Millionen gestiegen, die Zahl der Aerzte aber

von 13 728 auf 28 174, also um 105 Prozent gestiegen (Hört! hört!), da ist es begreiflich, weshalb sie immer mehr verproletarisiren. Aber es liegt keine Ursache vor, die Krankenversicherung so zu reformiren, daß sie zu einem Institut gegen die Proletarisierung der Aerzte wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun habe ich bereits erwähnt, daß speziell die Gemeindeversicherung immerhin einen wunden Punkt im Krankenversicherungs-Gesetz bildet. Durch die Gemeindeversicherung werden die betreffenden Versicherten auf dem gesetzlich zulässigen Minimum gehalten; die in den Gemeindeversicherungen zusammengeschlossenen Arbeiter haben selbst keinen Einfluß auf die Verwendung der Beiträge und sind ausgeschlossen vom Einfluß auf die anderen Versicherungsgesetze. Ich will hier einen kurzen Ueberblick geben über das eigenartige Wahlrecht, das dazu führt, daß ein Arbeiter mit im Reichsversicherungsamt sitzt, mit beräth und an den Beschlüssen theilnimmt; es ist vielen Arbeitern unbekannt. Zu den Generalversammlungen der zur Wahl zugelassenen Kassen — das sind alle Zwangskassen und alle über den Wahlbezirk nicht hinausgreifenden Freien Hilfskassen — wählen die Mitglieder Vertreter. Diese Vertreter wählen einen Vorstand (Gemeinde-Krankenversicherungen haben keinen Vorstand und keine Generalversammlung); dieser Vorstand und Personen, welche für die in den Gemeindekassen versicherten Arbeiter von den unteren Verwaltungsbehörden ernannt worden sind, wählen Vertreter, welche bei den unteren Verwaltungsbehörden, soweit sie bei der Durchführung der Invaliditätsversicherung mitzuwirken haben oder als Beisitzer bei den Rentenstellen zu fungiren haben. Diese Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden oder Beisitzer der Rentenstellen sind es, die den Arbeitervertreter in den Ausschuß der Invaliditätsversicherung, die die Beisitzer zu den Schiedsgerichten für die Arbeiterversicherung wählen, und endlich die Beisitzer bei diesen Schiedsgerichten wählen jene Vertreter beim Reichs-Versicherungsamt. Aber sie sind siebenmal gesiebt, bis sie schließlich bis in das Reichs-Versicherungsamt vordringen. Ich habe bereits gesagt, daß der Einfluß der Arbeiter für die Versicherten immerhin einen Vortheil hat, und zwar weil die Invaliditätsversicherung sich auch mit anderen Dingen als lediglich mit Rentenzahlen zu befassen hat und vielfach auf das Gebiet der Krankenversicherung übergreift. Wir sehen, daß im Allgemeinen da eine besondere Rückständigkeit vorhanden ist, wo das Krankenkassenwesen wenig ausgebildet ist. Wir sind ja gewohnt, zunächst nach Osten zu blicken, wenn wir die Erscheinungen besonderer Rückständigkeit suchen. In Ostpreußen wird wenig geleistet in Bezug auf Heilverfahren, Bekämpfung der Tuberkulose usw.; Ostpreußen hat wenig selbständige Krankenkassen und eine große Anzahl nicht versicherter Arbeiter, für die die unteren Verwaltungsbehörden die Ausschußmitglieder ernennen. Ich habe bei meinen Berechnungen als Einheit 100 000 gezahlte Wochenbeiträge genommen. In den Hansestädten werden 3408 M. für 100 000 wöchentliche Beiträge ausgegeben, in Ostpreußen nur 614 M., das Königreich Bayern hat aber noch weniger, nämlich nur 558 M. für 100 000 gezahlte Beiträge ausgegeben, es bleibt also noch 56 M. hinter Ostpreußen zurück. Nun sind zwei Versicherungsanstalten in Bayern, die mehr leisten, nämlich Oberbayern und Mittelfranken. Hinter Bayern bleibt schließlich noch Westpreußen zurück, das nur 463 M. zahlt. Aber dieser reaktionärste Bezirk Preußens ist noch geradezu verschwenderisch gegenüber Niederbayern, das nur 30 Mark 22 Pfennige zahlt (Hört! hört!). Es fragt sich, ob nicht gerade die Gemeinde-Krankenversicherung in erster Linie beseitigt werden muß, und da habe ich aus ziemlich sicherer Quelle gehört, daß während man in Preußen mit der Gemeindeversicherung tabula rasa machen will, daß Bayern die Gemeindeversicherung als Reservatrecht betrachtet, und daß das einer der Hauptgründe sein soll, weshalb jene seit Jahren versprochene Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes immer noch aussteht.

Nun haben wir weiter die Unfallversicherungs-Gesetze, das Gewerbe-, das Bau-Unfallversicherungs-Gesetz, das Unfallversicherungs-Gesetz für die Landwirthschaft, das See-Unfallversicherungs-Gesetz. Ich will lediglich den Grundgedanken dieser Versicherungen hervorheben, der allgemein immer als ein so „humaner" Gedanke gepriesen wird. Auf dem letzten internationalen Versicherungskongreß wurde wieder einmal mit diesem besonders „humanen" Gedanken geprotzt, daß ein Unfall auch dann entschädigt wird, wenn er durch Verschulden der Arbeiter herbeigeführt ist; nur die direkt absichtlich herbeigeführten Unfälle sind ausgeschlossen, ebenso die Unfälle, die bei Begehung strafbarer Handlungen erfolgt sind. Außerdem hat die Rechtsprechung noch einen anderen Ausweg gefunden, den des „sich außer Betrieb befindens". Aber es steht diesen humanen Grundgedanken gegenüber die Thatsache, daß man den betreffenden Verletzten keineswegs den vollen Schadenersatz, sondern nur angeblich 66⅔ Prozent gewährt, in Wirklichkeit werden aber auch nicht immer diese 66⅔ Prozent des Schadens ersetzt. Sobald zum Beispiel der Verdienst 1500 Mark übersteigt, erreicht der Schadensersatz diesen Prozentsatz nicht. Bei den ländlichen Arbeitern wird der anzurechnende Arbeitsverdienst von den unteren Verwaltungsbehörden festgesetzt, wobei derselbe ganz außerordentlich gering angenommen wird. Aber selbst wenn die 66⅔ Prozent erreicht werden, so kann man doch nicht annehmen, daß 33⅓ Prozent sämmtlicher Unfälle durch das Verschulden der Arbeiter herbeigeführt werden. So werden sämmtliche Unfälle zunächst einmal entschädigt auf Kosten Derjenigen, die zum Verschulden nicht beigetragen haben. Also nicht etwa die Unternehmer sind es, sondern die Krüppel, die Wittwen und Waisen, die hier entbehren müssen, was man Anderen zuwendet. Nun wird freilich mit dem Selbstverschulden ein eigenartiges Spiel getrieben. Alle zehn Jahre wird eine Zusammenstellung gemacht, in der sich eine ganze Reihe selbstverschuldeter Unfälle befindet. Unter ihnen ist Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit als Hauptursache mit 20 Prozent unter den 29 Prozent sogenannter selbstverschuldeter Unfälle zu bezeichnen. Unter den ungeschickten Arbeitern spielen merkwürdigerweise die Greise von über 60 Jahren eine erhebliche Rolle. Betrachten wir nun die Unfälle nach ihrer geographischen Vertheilung, so ergiebt sich die eigenartige Erscheinung, daß die meisten Unfälle nicht etwa in industriellen Bezirken vorkommen. An der Spitze stehen vielmehr die Regierungsbezirke Gumbinnen und Niederbayern (Hört! hört!), während das industrielle Rheinland einen sehr niedrigen Satz aufweist. Wir dürfen also wohl sagen, daß diese Unfälle auf den niedrigen Kulturzustand der betreffenden Gegenden zurückzuführen sind. Und da die Arbeiter an diesem niedrigen Kulturzustand keine Schuld haben, so kann man nicht von Selbstverschulden reden. Man braucht den Ausdruck nur, um es zu rechtfertigen, daß man dem Verletzten keinen vollen Ersatz für das giebt, was ihm an Lohn entgeht.

Ferner macht man immer einen Gegensatz zwischen Unfall und Berufskrankheit. Ich halte die Berufskrankheiten für Betriebsunfälle und stehe mit dieser Anschauung nicht allein, ein namhafter Gelehrter, Professor Lewin, bringt in einem Artikel „Die Vergiftung in den Betrieben und das Unfallversicherungs-Gesetz" den Nachweis, daß die Gewerbekrankheiten nichts anderes sind, als eine häufige Wiederholung fortwährender Betriebsunfälle. (Sehr richtig!) Diese Art Betriebsunfälle gehören mit in die Unfallversicherung hinein, und den Hinterbliebenen Derer, die an einer solchen Reihe von Unfällen zu Grunde gegangen sind, gebührt mit Fug und Recht die Unfallrente.

Wenn nun auf der einen Seite von den kolossalen Entschädigungen gesprochen wird, welche das Unfallversicherungs-Gesetz den Arbeitern gebracht hat — es sind 1885—1900 insgesammt 592 740 000 M. an Entschädigungsgeldern ausgezahlt — so muß man doch auf der anderen Seite fragen, was demgegenüber auf dem Schlachtfeld der Arbeit von Arbeitern an Leben und Ge-

sundheit eingebüßt ist, und da sehen wir, daß diese 592 Millionen bezahlt wurden für 90 333 Todesfälle, für 30 566 dauernd und völlig erwerbsunfähig Gewordene, für 477 447 theilweise und dauernd erwerbsunfähig und für 317 619 vorübergehend erwerbsunfähig Gewordene. Die Verletzungen, die in den ersten 13 Wochen geheilt wurden, sind hier nicht mit eingerechnet, ebenso wenig diejenigen Todesfälle, wo die See-Berufsgenossenschaften kein Sterbegeld zahlten, weil der Betreffende über Bord fiel und infolge dessen nicht beerdigt wurde. Also, auf der einen Seite kolossale Opfer an Leben und Gesundheit, auf der anderen Seite als Entschädigung nur einen Bruchtheil des entgangenen Arbeitsverdienstes.

Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung wird wieder ein anderes Verfahren eingeschlagen. Sie sehen daraus, wie buntscheckig die ganze Gesetzgebung ist. Die Krankenversicherung hat einen anderen Kreis Versicherter als die Unfallversicherung, und doch geht das Unfallgesetz von der Voraussetzung aus, daß jeder gegen Krankheit versichert ist. Viele Arbeiter sind gegen Krankheit und nicht gegen Unfall, andere gegen Unfall, aber nicht gegen Krankheit versichert. Statt eine Einheitlichkeit in die Versicherung hineinzubringen, experimentierte man fortwährend herum, und überall zeigt sich die Buntscheckigkeit. Zum Unfallversicherungs-Gesetz steigen die Verpflichtungen von Jahr zu Jahr, und als bei der letzten Reform eine Stärkung des Reservefonds beschlossen wurde, da liefen die Unternehmer dagegen Sturm, weil sie lieber die Zukunft auf Kosten der Gegenwart belasten wollten. Bei der Invaliditätsversicherung, wo das Prämienverfahren besteht, hat sich in den letzten zehn Jahren bereits die Summe von 847 Millionen angesammelt, so daß da nicht nur Deckung für die laufenden Verpflichtungen, sondern sogar eine reichliche Ueberdeckung vorhanden ist. Nun fragt es sich, was zu thun ist. Als vor der letzten Reform des Unfallversicherungs-Gesetzes diese Frage im Zentralverbande deutscher Industrieller diskutirt wurde, da war es Herr Jenke, der den Ausspruch that: Ja, wenn wir tabula rasa (freien Tisch) hätten, würden wir vieles anders machen. Ja, wenn selbst Herr Jenke einsieht, daß es viel besser gemacht werden kann, was hindert ihn denn dann, es besser zu machen? Die Krankenkassen haben für ihre laufenden Verpflichtungen vollauf Deckung, ebenso die Invaliditätsversicherung, nicht aber die Unfallversicherung. Nach meiner Meinung muß das Zahlen für die Unfallversicherung lediglich Sache des Betriebes sein, weil die Kosten des Betriebsunfalles unzweifelhaft zu den Betriebsunkosten mit hinzugerechnet werden müssen. Man könnte also die Unfallversicherung vorläufig aus der anderen herauslassen und darauf dringen, daß sie Deckung für ihre Verpflichtungen schafft und daß den Versicherten ein größeres Maß von Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im übrigen aber ist eine Vereinheitlichung der Versicherung anzustreben, weil ja eine Versicherung an sich die andere anschließt. Zunächst müßte die Krankenversicherung verallgemeinert werden, insofern, als sämmtliche Arbeiter und die ihnen gleichstehenden Personen ihr unterworfen werden. Die Leistungen müßten höher werden als heute, diese Mehrbelastungen sind sehr wohl zu tragen, und sie müßten getragen werden, weil sie nothwendig sind, denn es trägt doch nicht zur Genesung eines Kranken bei, wenn er während der Krankheit hungert und darbt; das muß er aber bei den gegenwärtigen Unterstützungsbeiträgen oder aber, wenn es wirklich gelingt, durch Schuldenmachen über die schwerste Zeit hinauszukommen, so ist der Rekonvalescent gewöhnlich zu der Zeit, wo er sich auf ärztlichen Rath schonen soll, gezwungen, Ueberstunden zu machen, um Schulden zu decken. Von einer selbstständigen Wöchnerinnen-Versicherung, wie sie auf der Frauenkonferenz angeregt wurde, möchte ich abraten, weil wir schon zu viel Versicherungen haben. Wird die Wöchnerin nicht ausreichend gepflegt, so ist das ein Mangel des Krankenversicherungs-Gesetzes. Der Wöchnerin müßte eine ausgiebigere Unter-

stützung als jetzt zu Theil werden. Man glaube nicht, daß sich durch die Erhöhung des Krankengeldes in demselben Maße auch die Lasten steigern. Nur vielfach schreitet der Gesundungsprozeß viel schneller vorwärts, wenn der Arbeiter während seiner Krankheit ausreichend zu leben hat, als wenn er darben muß, und darum wird eine Erhöhung des Krankengeldes vielfach eine Kürzung der Krankheitszeit zu Folge haben. Wenn die Versicherung einheitlich ist, wenn die Krankenversicherung in größeren Verbänden über weitere Kreise zusammengeschlossen ist, kann sie auch viel mehr zur Verhütung von Krankheiten thun.

Ebenso wie die Berufsgenossenschaften das Recht haben, Unfallverhütungs-Vorschriften zu erlassen, sollte man auch den Krankenkassen das Recht geben, Krankheitsverhütungs-Vorschriften zu erlassen. (Sehr richtig!) Denn das Verhindern von Krankheiten ist viel billiger als das Heilen. (Sehr wahr!) Die Krankenversicherung könnte sehr viel zur Verhinderung der öffentlichen Gesundheitspflege beitragen, und in Ausübung dieses Zieles könnte auch den Aerzten eine standesgemäße Stellung eingeräumt werden. Man fürchtet vielfach von dem Ausbau der Versicherung eine Stärkung des bureaukratischen Elements. Demgegenüber erinnere ich daran, daß einer der Zwecke des Ausbaues der Versicherungs-Gesetze die Bekämpfung der Sozialdemokratie war und trotzdem konnte Bismarck nicht umhin, gerade in dem Gesetz, wo am meisten zu thun ist, beim Krankenversicherungs-Gesetz, der Selbstverwaltung einen recht breiten Spielraum einzuräumen. Ja, warum haben Bismarck und Konsorten damals nicht den großen bureaukratischen Apparat geschaffen, dessen Einführung man heute fürchtet? Doch nicht, weil es ihnen an böser Absicht gefehlt hat, sondern lediglich, weil sie sich bewußt waren, daß eine solche Versicherung ohne Mitwirkung der Versicherten gar nicht durchzuführen ist. Je größere Gebiete man der Versicherung überweist, desto mehr Spielraum muß man der Selbstverwaltung lassen. Sahen wir doch, daß diejenigen Versicherungsorganisationen, von denen die Arbeiter möglichst ausgeschlossen sind, und wo man es mit dem bureaukratischen Apparat versucht, viel theurer arbeiten und nur nothdürftig das gewähren können, was das Gesetz vorschreibt. Und als wir seiner Zeit bei der Beratung des Unfallversicherungs-Gesetzes verlangten, daß von vornherein die Berufsgenossenschaften einzugreifen haben, da waren es gerade die größten Verehrer der berufsgenossenschaftlichen Organisation, die sagten, das geht nicht, das muß den Krankenkassen überlassen bleiben, die beweglicher sind. Bei der Invaliditätsversicherung glaubt man sogar, daß der Organismus selbst nach dreizehnwöchentlicher Krankheit noch nicht eingreifen kann, weil er zu schwerfällig ist. Wenn er aber schon schwerfällig ist, so sollte man wenigstens vermeinen, daß er billig ist. Aber umgekehrt, die Verwaltungskosten sind ausnahmsweise hoch. Die Unfallversicherung verbraucht 13½ Millionen, die Invaliditätsversicherung elf Millionen, aber die Krankenversicherung nur zehn Millionen, obwohl die Krankenversicherung noch in ganz anderen Fällen einzugreifen hat. Ich weise nur darauf hin, daß sie nicht, wie die Unfallversicherung, ihre Renten durch die Post auszahlen läßt. Mißt man ferner die Verwaltungsunkosten an den Entschädigungsbeiträgen, so findet man, daß die Krankenversierung 5,8, die Unfallversicherung 15,5 und die Invalidenversicherung 12,1 Prozent der Entschädigungsbeiträge als Verwaltungskosten verbraucht. Oder rechnet man nach Entschädigungsfällen, so kommt ein einziger Fall in der Krankenversicherung auf 2,51; in der Unfallversicherung auf 19,19; in der Invalidenversichetung auf 12,64 M. Also schon von rein kalkulatorischem Standpunkte aus, hat man auf die Selbstverwaltung beruhende Form zu wählen, weil sie die billigste ist; aber auch aus idealen Rücksichten, damit der beabsichtigte Zweck erreicht werden kann.

Soll aber die Versicherung auf voller Selbstverwaltung beruhen, so fragt es sich, ob man dann den anderen Gesellschaftsklassen noch zumuthen kann, Bei-

träge zu zahlen. Mit dem Beitragszahlen der anderen Klassen ist es eine eigenthümliche Sache. Diese Unternehmerbeiträge, mit denen man so protzt, was sind sie? Zahlen die Unternehmer sie aus ihrer eigenen Tasche? Die Unternehmer klagen sehr oft über die hohen Kosten der Versicherungsgesetze, aber diese hohen Kosten haben die deutsche Industrie nicht heruntergebracht, im Gegentheil, gerade. Bödiker hat auf dem letzten internationalen Versicherungskongreß darauf hingewiesen, daß seit Inkrafttreten der Versicherungsgesetze auch der große Aufschwung der Industrie einsetzte und daß dieser große Aufschwung nicht trotz, sondern wegen der Versicherungsgesetze eingetreten sei. Nicht mit Unrecht nannte er die Unternehmerbeiträge den feststehenden Theil des Lohnes. Bei einer auf Selbstverwaltung aufgebauten Versicherung werden die Arbeiter recht vorsichtig zu Werke gehen; es besteht doch jetzt schon oft eine große Neigung unter ihnen, da, wo wirkliche Kranke vorhanden sind, Simulanten zu suchen. (Sehr richtig!) Man wird den Arbeitern ohne Schädigung der Gesammtheit volle Selbstverwaltung gewähren können.

Es fragt sich weiter, ob die Versicherung auf weitere Gebiete auszudehnen ist. Wie ich schon in der Einleitung hervorgehoben habe, hat die Gesetzgebung schon theilweise das Existenzminimum anerkannt. Ferner ist es eine alte Erfahrung, daß je theurer gewisse Uebelstände den Menschen werden, sie umsomehr darauf versessen sind, dieselben aus der Welt zu schaffen. Eine ganze Reihe von Unfallverhütungs-Vorschriften wäre heute noch nicht erlassen, wenn wir nicht die Unfallversicherungsgesetze hätten. Verschiedene Vorschriften gegen die Feuersgefahr wären nicht da, wenn nicht die Feuerversicherung bestände. Darum eignen sich meiner Meinung nach gerade diejenigen Gegenstände, die man mildern, die man theilweise verhindern kann, am meisten zum Zwecke der Versicherung. und deshalb sollte die Kranken- und Unfallversicherung viel mehr ausgebaut werden zu einer Institution zur Verhinderung von Krankheit und Unfall. Wenn sich aber das Uebel nicht verhindern läßt, soll dem davon betroffenen wenigstens ausreichende Hilfe gewährt werden, damit er nicht nebenbei noch in Hunger und Armuth verfällt.

Fragt man sich nun, auf welche Zweige die Versicherung ausgedehnt werden soll, so steht obenan die Arbeitslosigkeit, ein Uebel, das die Armenkassen erheblich belastet, das ebenso schlimm wirkt, wie Krankheit und Invalidität, ja sehr oft Krankheiten verursacht. Ich habe bereits in der „Neuen Zeit" nachgewiesen, daß, wenn das Jahr 1895, in dem wir eine Arbeitslosenzählung hatten, ein Durchschnittsjahr der Arbeitslosigkeit war, man an jeden Arbeitslosen pro Tag der Arbeitslosigkeit 2 M. zu zahlen hätte. Dazu würde eine Summe von etwa 220 Millionen erforderlich sein. Würde man nun $^1/_3$ der Beiträge auf das Reich übernehmen, $^1/_3$ auf die Arbeiter und $^1/_3$ auf die Arbeitgeber, so hätten wir einen Beitrag zu erheben, der nur 15 Proz. höher wäre, als der zur Invaliditäts- und Altersversicherung. An der Finanzfrage würde also das Problem der Arbeitslosenunterstützung nicht scheitern. Dann aber wäre es auch möglich, daß wie die anderen Versicherungen als Hauptzweck den der Verhinderung haben, daß auch hier, sei es durch Inangriffnahme von Kulturarbeiten, sei es durch Verkürzung der Arbeitszeit, auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit hingewirkt werden könnte.

Ist nun eine solche Institution wünschenswerth, und zwar zunächst vom Standpunkte der Arbeiter? Nach meiner Meinung liegt sie im Interesse der Arbeiter, weil diese durch nichts mehr geschädigt werden als durch Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit bringt die Arbeiter körperlich und geistig herunter, ein großer Theil der Vagabunden und der Leute, die buchstäblich im Kote der Landstraße umkommen, würden nicht so weit gesunken sein, wenn rechtzeitig vorgebeugt wäre. Aber auch als Klasse werden die Arbeiter durch die Arbeitslosigkeit geschädigt, sie hat eine chronische Lohndrückerei zur Folge, in vielen Unternehmungen sind

am Schlusse einer Krisis die Löhne ganz erheblich gesunken, obwohl keine plötzliche Lohnreduzierung stattgefunden hat, sondern einzig und allein durch die fortgesetzte Einstellung billigerer Arbeitskräfte (Sehr richtig); diese chronische Lohndrückerei könnte verhindert werden und es würden dann auch den Gewerkschaften manche Kämpfe erspart werden, durch die sie das zurückerobern müssen, was ihnen hierdurch entrissen worden ist. (Sehr wahr.) Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt aber auch im Interesse der Gesammtheit. Als im England beim Streit um den Zehnstundentag gesagt wurde, daß in anderen Ländern die Leute länger arbeiten würden, hielt Macaulay dem entgegen: Die Länder mit der langen Arbeitszeit brauche man nicht zu fürchten, sie würden England nicht schaden; sollte England einmal von dem ersten Platz der Industrie verdrängt werden, so könne das nur geschehen durch ein Land mit einem kräftigeren und intelligenteren Arbeiterstande. Gerade durch die lange Arbeitszeit würden die Arbeiter entkräftet. Genau dasselbe gilt für die Arbeitslosigkeit, sie entkräftet den Arbeiter und bringt ihn körperlich und moralisch herunter. Wie geht man gegenwärtig mit der Arbeiterklasse um! Auf keinem Gebiet wird ein solcher Raubbau getrieben! (Sehr richtig!) Die Arbeitskräfte lassen sich ja leicht ersetzen. Würden die Großgrundbesitzer, die heute so verwegene Vorschläge, wie die Aufhebung der Freizügigkeit machen, einmal die Ursache der Landflucht untersuchen, so werden sie finden, daß es den Landarbeitern an dauernder Arbeit fehlt. Je mehr die Maschinen eingeführt werden, desto länger werden die Perioden der Arbeitslosigkeit. Will man dem entgegenwirken, so gebe man den Arbeitern wenigstens für diese Zeit ein Existenzminimum.

Für wesentlich halte ich es nun, daß die Versicherung selbst die Ursache zu wirthschaftlichen Reformen werden kann. Wir haben uns allerdings daran gewöhnt, daß wir England sklavisch nachahmen. England hat zuerst das Gebiet der Arbeitergesetzgebung betreten und man glaubt, genau so wie in England müsse es auch anderswo gemacht werden. Aber wer weiß, ob die Engländer, wenn sie die Arbeitergesetze noch einmal schafften, wieder in derselben Weise vorgehen würden? Doch sei dem, wie ihm wolle, eine derartige Ausbreitung der Versicherung könnte der Ausgangspunkt zu wirtschaftlichen Reformen sein. So lange die Arbeiter allein die Lasten der Arbeitslosigkeit zu tragen haben, wird man sich allerdings schwerlich entschließen, ernsthafte Reformen in Angriff zu nehmen. Dann dürfen wir auch nicht außer Acht lassen, wofür Neigung vorhanden ist. Wir müssen als Taktiker jede sich bietende Situation ausnutzen. Bei uns ist nun einmal die Versicherungs-Gesetzgebung ein Paradepferd gegenüber dem Auslande geworden. Hier ist der Widerstand der Bureaukraten keineswegs so stark wie auf anderen Gebieten und deshalb sollten wir mit auf diesem Wege versuchen, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden oder noch darüber hinaus zu erreichen. Haben wir zunächst als Basis eine Organisation, die alle Arbeiter umfaßt, so können sich nicht gut so mißliche Zustände wie in England entwickeln, wo leider die Arbeiter in zwei Theile gespalten sind, eine Aristokratie und eine an der Grenze des Lumpenproletariats stehende. Wir haben hier Maßnahmen zu ergreifen für die gesammte Arbeiterschaft. Da nun aber speziell für die Versicherung eine gewisse Neigung vorhanden ist, so müssen wir der Rechnung tragen. Glauben Sie nicht, daß bei der Vornahme der Arbeitslosenzählung auch die Ausdehnung der Versicherung auf dieses Gebiet bereits miterwogen worden ist? Ich sprach mit dem Direktor des statistischen Amts von Scheele darüber, ob es nicht möglich sei, einmal eine allgemeine Lohnstatistik aufzunehmen. Da sagte er, möglich wäre das schon, aber das Reich könne doch nicht umhin, wenn schreiende Mißstände ermittelt werden, einzugreifen, und was solle das Reich dann thun? (Heiterkeit.) Da sehen Sie also, aus welchem Grunde man vor Ermittelungen zurückscheut. Eine Arbeitslosenstatistik dagegen hat man veranstaltet und deshalb sollte man auch hier vorwärts drängen.

Allerdings giebt es Leute, die einer Arbeitslosenversicherung sehr abgeneigt sind. Der freisinnige Abgeordnete Lenzmann hat sie als „Prämie für Faulenzerei" bezeichnet. (Hört! Hört!) So denkt ein Freisinniger über Arbeiter. Warum nennt er denn nicht auch die Feuerversicherung eine Prämie für die Brandstiftung? (Heiterkeit.) Mißbräuchen bei der Arbeitslosenversicherung könnte man leicht vorbeugen. Auch von einem Zwang zum Streikbruch kann keine Rede sein; das Höchste, was man am Ende thun könnte, wäre die Entziehung der Unterstützung und dann wäre der Versicherte gerade so weit, wie er jetzt ohne Versicherung ist. Weiter wird befürchtet, daß durch eine derartige Ausdehnung der Gesetzgebung auf andere Gebiete, die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Entwickelung gehindert werden könnte. Diese Befürchtung ist ungerechtfertigt; ich will lediglich darauf hinweisen, daß doch die Kranken- und Invalidenversicherung es keineswegs gehindert hat, daß die bestorganisierte Gewerkschaft in Deutschland, die der Buchdrucker, erhebliche Summen für die Kranken- und Invaliditätsversicherung ausgegeben hat. Noch ein anderes Beispiel: zu den Zielen der Gewerkschaften gehört ja nicht allein die Arbeitslosen-Unterstützung, sondern auch Einflußnahme auf die Regelung der Arbeitszeit. Glaubt man nun etwa, daß durch den Erlaß der Bäckereiverordnung, die eine gewisse Abkürzung der Arbeitszeit für die Bäcker mit sich brachte, die Gewerkschaftsbewegung der Bäcker gelitten hat? Nein, im Gegentheil, dadurch ist sie erst recht in Fluß gekommen. (Zustimmung.) Es wird immer für die Gewerkschaften ein Ansporn bestehen ihren Mitgliedern mehr zu bieten, als durch die Gesetzgebung gegeben wird. Anders wäre es, wenn die eine Versicherung die andere ausschließen sollte, wenn die öffentlich rechtlich Versicherten nicht in privaten Versicherungen sein dürften und umgekehrt, dann würde allerdings eine Konkurrenz entstehen, die unter Umständen verhängnißvoll werden könnte.

Ich komme noch auf ein Gebiet der Versicherung, das in letzter Zeit viel diskutiert worden ist, und das jetzt von der Zentrumsfraktion benutzt werden soll, gewissermaßen als Feigenblatt zu dienen für die Sünden, die das Zentrum am Zolltarif gegen das Volk begeht, nämlich die Wittwen- und Waisenversicherung. Diese Versicherung ist keine Erfindung des Zentrums. Früher hat bereits Stumm sehr auf die Einführung einer solchen Versicherung gedrungen und es ist wiederholt in Reichstagsresolutionen in diesem Sinne beschlossen worden. Ganz gewiß ist es ungerechtfertigt, wenn die Wittwe eines Arbeiters, der an einer Krankheit, die er im Arbeitsprozeß erworben hat, zu Grunde gegangen ist, jetzt nach dem Tode ihres Mannes nichts mehr erhalten soll. Aber ich habe bereits vorhin gesagt, daß man die Erwerbskrankheiten ruhig der Unfallversicherung zuschreiben soll; es ist auch die Nothwendigkeit vorhanden, eine weitere Wittwen- und Waisenunterstützung einzuleiten Jedoch wäre ich geneigt, den Namen umzudrehen und lieber von Waisen- und Wittwen-Versicherungen zu sprechen, weil die Waisen nach meiner Meinung in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Hier zeigt sich das Zentrum wieder einmal in seiner vollen Glorie. Nach Trimborns Vorschlag sollte die Wittwe 100 M., jede Waise 33 M. erhalten. Wie sollen von einem so winzigen Betrage die Waisen leben? Würde man wenigstens das geben, was bei dem Tode eines Arbeiters durch einen Unfall jährlich gewährt werden muß. Wenn ein Jahresverdienst von 600 M. vorhanden war, so würden das 360 M. sein; es wären dann sofort 368 Millionen M. jährlich nöthig. In der Versicherung darf man — und darin sehe ich ihren Vorzug gegen die Armenpflege — niemals die Bedürftigkeit in den Vordergrund stellen, sondern ein anderes erkennbares Moment. Es ist nun nicht gerechtfertigt, eine Wittwe anders zu stellen als eine andere Frau; nehmen wir an, zwei Frauen von demselben Alter arbeiten zu demselben Lohn in derselben Fabrik; nun ist die eine Wittwe und die andere war nie verheiratet, weshalb soll nun die eine aus dem Grunde, weil sie Wittwe ist, eine Unterstützung erhalten? Nicht die Wittwen-,

die Waisen- und Kinderversicherung ist die Hauptsache. Wenn der gesetzliche Ernährer des Kindes, auch des unehelichen Kindes, stirbt, muß für die Waisen gesorgt werden. So kann auch der Kinderarbeit entgegengewirkt werden. Wittwen mit zahlreichen Kindern werden durch die Waisenversicherung ja an sich schon besser gestellt. Wenn Arbeitsunfähigkeit bei einer alleinstehenden Wittwe eintritt, dann muß die Invalidenversicherung entsprechend ausgebaut werden, weil sie hier einzutreten hätte. Während das Zentrum die Waisenversicherung in den Hintergrund schiebt, haben wir alle Ursache, sie besonders zu betonen, um so zu erträglichen Zuständen zu gelangen.

Wenn eine allgemeine Arbeiterversicherungs-Organisation über das ganze Reich geschaffen wäre, so hätte man sich nicht darauf zu beschränken, sie nur den Buchstaben des Gesetzes ausführen zu lassen, sie müßte vielmehr weiter mitarbeiten an dem Ausbau des ganzen Versicherungswesens. So wie den Ortskassen eine gewisse Latitude eingeräumt ist, so muß auch dieser allgemeinen Organisation die besondere Berücksichtigung örtlicher und gewerblicher Verhältnisse überlassen bleiben, ebenso die Sorge, neue Gebiete dem Versicherungswesen zuzuführen.

Ich habe Ihnen eine Resolution vorgeschlagen, die die Ausdehnung der Versicherung auf alle Kreise, die die Versicherung nöthig haben, vorschlägt und ihre Ausdehnung auf alle Gebiete anregt, wo durch die Versicherung überhaupt etwas geholfen werden kann, die schließliche volle Selbstverwaltung für die Versicherten fordert. Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall)

Die Mittagspause tritt ein. Schluß ¹/₂1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

2³/₄ Uhr. Den Vorsitz führt **Vollmar**.

Die Versammlung tritt in die Diskussion ein über Punkt 5 der Tagesordnung: **„Arbeiterversicherung"**. Zur Debatte stehen außer der Resolution **Molkenbuhr** (106) die dazu gestellten Abänderungsanträge **Hoch** (108), **Bernstein** (111), **Arons** (112) und **Elm** (113), ferner der Antrag **Windhoff** (109). Alle Anträge sind **genügend unterstützt**.

Das Wort erhält

Hoch-Hanau: Zunächst eine Bemerkung zum Antrag Elm. Ich meine, die Frage der Arbeitslosenversicherung ist zur Zeit noch so wenig geklärt, daß der Parteitag dazu jetzt noch nicht Stellung nehmen kann. Weiter möchte ich bemerken, daß in Zukunft die Resolution über eine derartige Frage nicht erst im letzten Augenblick, sondern schon früher vertheilt werden sollte, damit die Delegirten auch die Zeit haben, sich die Sache gründlich zu überlegen. Nun zu meinen Abänderungsvorschlägen. Davon bezieht sich der eine auf Ziffer 5 der Resolution und will an Stelle des Wortes Krankenversicherung setzen: Arbeiterversicherung. Ich kann nicht recht verstehen, warum man dieses Wort gewählt hat. Die Bekämpfung der Volkskrankheiten, der Tuberkulose z. B. erfolgt doch durch andere Arten der Arbeiterversicherung und deshalb ist es auch zweckmäßig zu sagen: Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung. Bedenklicher erscheint mir aber die Fassung der Ziffer 4 der Resolution Molkenbuhr: Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten. Diese Fassung sagt durchaus nicht, in welcher Weise die verschiedenen Klassen herangezogen werden sollen. Daraus könte man schließen, daß die Arbeiterklasse herangezogen werden solle und das würde damit gerechtfertigt, daß man sagte, wenn die Arbeiter an der Verwaltung theilnehmen wollen, sollen sie auch Beiträge zahlen. Diese Anschauung hat schon Molkenbuhr völlig widerlegt. Deshalb muß man also auch genauer hinschreiben, wie die Sache zu regeln ist. Wenn wir den Unternehmern die ganze Last auferlegen, so werden diese selbstverständlich bemüht sein, sie

auf die Arbeiter abzuwälzen; wie weit ihnen das möglich ist, das hängt von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Wenn aber der Staat dazwischen tritt, dann werden die Verhältnisse verschoben und die Arbeiter benachtheiligt. Dazu kommt, daß auch die Formulirung des Molkenbuhr'schen Vorschlages gar keine Richtschnur geben kann für die parlamentarische Stellung unserer Fraktion; es empfiehlt sich deshalb eine ganz klare und präzise Fassung und wir schlagen vor, daß die Kosten aufgebracht werden sollen durch eine progressive Einkommensteuer. Molkenbuhr hat ja die Auffassung vertreten, daß die Beiträge des Unternehmers ein Theil des Lohnes sind. Daraus ergiebt sich, daß jeder in demselben Maße zu den Kosten der Arbeiterversicherung beiträgt, als er Vortheile aus dem Erwerbsleben zieht, und das wird nur möglich durch die progressive Einkommensteuer. Ich bitte also meine Anträge anzunehmen und bemerke noch, daß ich genötigt wäre, gegen die ganze Resolution zu stimmen, wenn die Molkenbuhr'sche Fassung der Ziffer 4 stehen bleibt.

Zubeil-Berlin: Die Genossen, die die Absetzung des Punktes Arbeiterversicherung von der Tagesordnung beantragt hatten, werden jetzt wohl von ihrer Ansicht abgekommen sein. Besonders wichtig ist die Arbeitslosen-Versicherung. Da stehen sich zwei Ansichten gegenüber. Die einen wollen die Arbeitslosenversicherung dem Reich überweisen, die andern sagen, das ist Sache der Gewerkschaften und verlangen nur eine Subvention vom Reich oder der Gemeinde. Ich kann die letztere Ansicht nicht billigen. Wenn es richtig wäre, daß durch Uebernahme der Arbeitslosen-Versicherung durch das Reich der Gewerkschaftsbewegung ein großes Feld ihrer Thätigkeit entzogen würde, so würde es schlecht um sie stehen. Die Gewerkschaften werden trotzdem noch genug zu thun haben, und wenn man glaubt, daß die Arbeitslosen-Versicherung durch das Reich den Behörden Zwangsmaßregeln gegen die Arbeitslosen geben würde, so übersieht man den Einfluß unserer parlamentarischen Vertreter, deren Kritik die Regierungen zwingt, die Versicherungsgesetze besser zu gestalten. Ist doch auch die Reform der bisherigen Gesetze auf die Sozialdemokraten zurückzuführen! Ebenso wird es uns auch gelingen, in der Frage der Arbeitslosen-Versicherung den Forderungen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Vergessen Sie nicht, daß das Reich die Verpflichtung hat, für die Arbeitslosen einzutreten!

Raab-Pfungstadt: Molkenbuhr hat sich mit Recht auf den Standpunkt gestellt, daß die Berufskrankheiten eigentlich Betriebsunfälle seien. Das gilt in ganz besonderem Maße von den Zündholzarbeitern der Phosphorindustrie. In meiner Heimat Pfungstadt kann man eine große Anzahl von Arbeitern sehen, denen infolge der Phosphornekrose die Kinnladen herausgenommen werden mußten und die dadurch schrecklich entstellt sind. Leider hat auch die neue Unfallversicherungsnovelle immer noch nicht die Phosphornekrose als einen zu entschädigenden Betriebsunfall anerkannt. Die Betreffenden erhalten keine Entschädigung. Nun setzen die Betreffenden ihre Hoffnung auf die bevorstehende Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes. Ich möchte unserer Fraktion einen Hinweis geben, doch bei dieser Revision in dieser Richtung zu wirken. Im Uebrigen erkläre ich mich gern einverstanden mit dem Antrag 109 (Windhoff).

Frau **Lily Braun**-Berlin: Nicht um die vortrefflichen Ausführungen Molkenbuhr's zu bekämpfen, sondern um sie zu ergänzen, nehme ich das Wort. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Frauenkonferenz den Beschluß gefaßt hat, für die Erweiterung der Versicherung der Wöchnerinnen in der Weise einzutreten, daß nicht nur Wöchnerinnen, sondern auch Schwangere in einer gewissen Zeit vor der Entbindung eine Unterstützung in der vollen Höhe des ortsüblichen Lohnes erhalten sollen. Aber auch dies scheint mir noch nicht vollständig dem zu entsprechen, was wir zu wünschen haben. Meiner Ansicht nach sollte in der Wöchnerinnen- und Schwangeren-Versicherung — die wir zusammen mit dem allgemeinen Namen „Mutterschafts-Versicherung" bezeichnen können — noch mehr

inbegriffen sein. Aufgabe der Versicherung müßte es vor allen Dingen sein, Wöchnerinnen-Asyle, Säuglingsheime und dergleichen zu schaffen und auch eine Hauspflege der im Hause bleibenden Wöchnerinnen zu ermöglichen. Alle diese Dinge werden augenblicklich in ganz unzureichender Weise von Wohlthätigkeitsinstituten aller Art übernommen. Wir müssen, wenn wir die Frauen für unsere Ideen gewinnen wollen, nicht nur eine Unterstützung der Frauen von Reichswegen herbeizuführen suchen, sondern wir müssen auch jede Gelegenheit wahrnehmen, um dem entgegenzuarbeiten, daß diese Frauen den privaten Wohlthätigkeitsinstituten in die Hände fallen. Das ist besonders wichtig in allen solchen Gegenden, wo diese Wohlthätigkeitsinstitute in den Händen der Kirche, der Ultramontanen sind. Dort sind die Frauen am leichtesten allem von dieser Seite Gebotenen zugänglich, auf diese Weise wird das Selbstständigkeitsgefühl in ihnen erstickt und unsere Arbeit außerordentlich erschwert. Ich möchte deshalb bitten, daß eine Ergänzung in dieser Richtung von uns befürwortet werde. Es soll aber auch nicht den Gemeinden überlassen werden, solche Wöchnerinnenheime usw. einzurichten. Ich kenne eine deutsche Universitätsstadt, in der die Proletarierkinder im Säuglingsheim gewissermaßen die Versuchskaninchen für die ärztlichen Anfänger bilden. Das dürfen wir uns im Intersse unserer Kinder nicht gefallen lassen. Die Errichtung und Verwaltung dieser Asyle muß von der in diesem Sinne reorganisirten Krankenversicherung in die Hände genommen werden. Die bestehende Gesellschaft, die doch auch ein Interesse an einem gesunden, kriegstüchtigen, arbeitskräftigen Nachwuchs hat, würde sich wohl auch zu einer Mutterschafts-Versicherung bereit finden. Das größte Interesse aber haben daran natürlich wir selbst, denn unsere Kinder, die Kinder der Proletarier, sind diejenigen, die unsere Zukunft zu schaffen haben. Ich brauche wohl keinen besonderen Antrag zu formuliren, sondern es genügt wohl, wenn unsere Wünsche, in denen ich mich eins weiß mit den Genossinnen, der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wolf-Bochum: Bei den Krankenkassen ist leider die Tendenz vorhanden, auf die Aerzte einzuwirken, den Kranken vorzeitig gesund zu schreiben, wenn seine Krankheit der Kasse zu lange währt. Das ist recht kurzsichtig und rächt sich später an den Kassen selber, denen der schlecht kurierte Arbeiter dann häufiger zur Last fällt. Das geht auch hervor aus einem Bericht über die Thätigkeit des Knappschaftsvereins zu Bochum. Da sind auch die Grubenbeamten mit gegen Krankheit versichert. Auf je 100 Beamte fallen 8—9 Erkrankungen, aber 21 bis 30 Krankheitstage für den einzelnen Fall; auf 100 Arbeiter aber kommen 48—51 Erkrankungen mit nur 14 bis 18 Krankheitstagen. Obwohl die Beamten höheres Krankengeld erhalten, sind die Kosten, die sie der Kasse verursachen, um $^1/_4$—$^1/_3$ geringer als für kranke Arbeiter. Das vorzeitige Gesundschreiben bedeutet für den Arbeiter ein längeres Siechthum, das wieder auf die Kasse zurückfällt. Immer brennender wird die Aerztefrage, besonders im Kohlenrevier, wo die Knappschaftsärzte sich überhaupt nicht mehr herbeilassen, Gutachten gegen ein Urtheil der Vertrauensärzte abzugeben. Die staatliche Arbeitslosenversicherung wird von den Gewerkschaften nicht bekämpft, weil sie meinen, das Feld gehöre ihnen, sie sträuben sich, weil sie befürchten, daß der Staat eine solche Leistung nur unter Bedingungen übernehmen wird, die die gewerkschaftliche Thätigkeit bei Streiks und Aussperrungen lahm legen würden. Diese Bedenken sind durch Molkenbuhr nicht zerstreut worden. Immer heißt es: Zuckerbrot und Peitsche.

Vollmar: Es ist folgende Resolution E i t z e r o d t - Krefeld eingegangen: „In Anbetracht des Umstandes, daß innerhalb der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands die Ansichten über die Art und Weise der Einführung der Arbeitslosen-Versicherung völlig getheilt sind, beschließt der Parteitag, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages

zu setzen, in der Gewißheit, daß sich bis dahin die Meinungen geklärt haben werden." Die Resolution will meiner Meinung nach, daß Punkt 7 der Molkenbuhr'schen Resolution gestrichen wird.

Grünwald-Hamburg: In der Arbeitslosen-Versicherung haben wir es nicht nöthig, uns festzulegen; wir müssen den Reichstags-Abgeordneten freie Hand lassen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Elm abzulehnen. In der Fraktion sind ja alle Ansichten vertreten, es wird da schon das Richtige getroffen werden. Nachtheile für die Gewerkschaften durch die Reichs-Arbeitslosenunterstützung fürchte ich nicht, sie werden trotzdem ihre Bedeutung behalten. Was die Krankenversicherung betrifft, so ist in letzter Zeit gegen die freien Hilfskassen Stimmung gemacht; meiner Meinung nach sind die freien Hülfskassen heute noch ebenso nöthig, wie früher, da die anderen Kassen zu wenig leisten. Die Hülfskassen haben nach einer Statistik aus dem Jahre 1900 die höchsten Leistungen, sie zahlen durchschnittlich 34,6 Wochen, die Ortskrankenkassen 20 und die Gemeindekassen nur 13 Wochen. Die Durchschnittszahlung betrug bei ihnen 18, bei den andern 15 bezw. 8 M. Wenn die Orts-Krankenkassen die einzigen Träger der Versicherung sein sollen, so müßte man sie in verschiedene Gefahrenklassen eintheilen, damit die Arbeiter aus minder gefährlichen Betrieben nicht zu sehr belastet werden. Die Selbstverwaltung müßte so gestaltet werden, daß über Leistung und Gegenleistung die Arbeiter zu entscheiden hätten. Die einseitige Hetze gegen die freien Hülfskassen dürfen wir nicht mitmachen, wir sollten lieber den Fabrik-Krankenkassen, Knappschaftskassen u. dergl. unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

v. Elm-Hamburg: Es ist gesagt worden, der Parteitag solle sich bezüglich der Arbeitslosenunterstützung nicht binden. Wir hätten unseren Antrag nicht eingebracht, wenn nicht Molkenbuhr uns gegenüber bestimmt erklärt hätte, daß er mit seiner Resolution zum Ausdruck bringen will, daß eine einheitliche Reichsarbeitslosenversicherung eingeführt werden soll. Wenn Sie aber die Resolution Molkenbuhr auch bezüglich des Punktes Arbeitslosenversicherung annehmen, so haben Sie sich gebunden und sich in direkten Gegensatz zu dem Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses gesetzt. (Sehr richtig!) Nur deshalb, weil wir diese Bindung nach der Anschauung von Molkenbuhr, die von den Vertretern der organisirten Arbeitern bekämpft wird, nicht wollen, haben wir unseren Antrag gestellt. Es ist ferner beantragt, die Entscheidung dem nächsten Parteitag zu überlassen, aber auch im nächsten Jahre werden wir in dieser Frage noch genau so weit auseinandergehen wie in diesem Jahre. Eine volle Klärung wird auch dann noch nicht vorhanden sein und die Gewerkschaften würden es höchst erstaunlich finden, wenn sich der Parteitag in direkten Gegensatz zu ihrem Beschluß setzen würde. Eigentlich bin ich erstaunt, daß Molkenbuhr, der doch sonst kein so großer Optimist ist, bezüglich der Ausgestaltung des Versicherungswesens solchen Optimismus zur Schau trägt. Er glaubt, daß man die Selbstverwaltung gewähren werde, weil man ohne dieselbe nicht auskommen könne, und er hat auf die Krankenversicherung hingewiesen, wo auch ein gewisses Maß von Selbstverwaltung eingeführt worden sei. Das stimmt ja, aber um dies Maß der Selbstverwaltung handelt es sich doch vor allen Dingen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter legen ganz besonderen Werth darauf, daß ihnen bei der Arbeitslosenversicherung die volle Selbstverwaltung eingeräumt werde. Bei einer Reichs-Arbeitslosenunterstützung aber würde diese Selbstverwaltung unter keinen Umständen gewährt werden. Schon aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften Gegner einer Reichs-Arbeitslosenversicherung. Molkenbuhr will ein Drittel der Beiträge vom Reich, ein Drittel von den Arbeitgebern und ein Drittel von den Arbeitern bezahlt wissen. Nach dem in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Grundsatz, entsprechend dem Maß der Beiträge auch das Maß der Selbstverwaltung zu bestimmen, würde zweifellos die Regierung sich auf den Stand-

punkt stellen, daß, wenn Reich und Arbeitgeber zusammen zwei Drittel der Beiträge zahlen, sie auch zwei Drittel der Verwaltung ausüben, während den Arbeitern nur ein Drittel zukommt. Diesen Grundsatz würde man selbstverständlich in die Vorlage hineinbringen, die eventuell später einmal kommen wird. Wann sie kommen wird, darüber gebe ich mich nicht irgendwelchen Täuschungen hin, ich bin nicht so optimistisch wie Molkenbuhr. Ich glaube nicht, daß man so bald eine Arbeitslosen-Versicherung einführen wird, wenn auch die Reichsregierung gerade zu diesem Punkte der Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses einen Vertreter entsandt hatte. Wir haben noch sehr lange Zeit, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Für unsere endgültige Stellungnahme wird immer noch Zeit sein, wenn die Vorlage selbst vorliegt. Wir sollten aber jetzt doch den Grundsätzen zustimmen, die die Vertreter der Arbeiter selbst aufgestellt haben. Es ist doch darüber geredet worden, daß die Arbeiter selbst zur praktischen Arbeit, zur Lieferung des statistischen Materials usw. mit heranggezogen werden sollten. Hier, wo die Arbeiter in einer so wichtigen Frage einmal einen Beschluß gefaßt haben, will sich der Parteitag von vornherein in Gegensatz zu dem gefaßten Beschluß stellen. Das würde von den Arbeitern einfach nicht verstanden werden. Wenn das Reich eine Arbeitslosen-Versicherung einführte, würde gewiß eine ganze Reihe von Bedingungen dabei gestellt werden. Wir fürchten besonders, daß bei Streiks, Sperren, Arbeitsnachweis usw. derartige Bedingungen aufgestellt werden würden, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diese unter keinen Umständen annehmen könnten. Weil wir darin eine Gefahr für die Gewerkschaften sehen, deshalb sind wir konsequent und sagen: die Gewerkschaften müssen die Träger der Arbeitslosen-Versicherung sein, anders geht die Sachlage unter keinen Umständen. Auch wir wollen, genau wie Molkenbuhr, die Arbeitslosen-Versicherung für alle Arbeiter. Nur wollen wir das nicht plötzlich herbeiführen, sondern wir halten es zunächst einmal für richtig, daß das Reich sich an die Versicherung der Gewerkschaften anschließt und den Gewerkschaften zunächst einmal Zuschüsse zu der Arbeitslosen-Versicherung bezahlt. Durch diese Zuschüsse würden die Gewerkschaften gestärkt werden, und allmählich würde die allgemeine Basis für eine alle Arbeiter umfassende Versicherung geschaffen werden. Molkenbuhr meint, die Gewerkschaften könnten sich einer Reichs-Versicherung anpassen. Auch die Kranken-Versicherung habe die gewerkschaftliche Bewegung nicht gehemmt. Die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter sind zu einem großen Theil vollständig anderer Meinung; sie glauben allerdings, daß durch diese Zwangs-Krankenversicherung die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung wohl gehemmt worden ist. Dadurch wurde den Gewerkschaften ein Zweig der Unterstützung genommen, der damals schon von ihnen ausgebaut worden war. Wenn die Gewerkschaften heute auch ziemlich stark dastehen, so wäre ihre Entwicklung ohne die ständigen Unterbrechungen einerseits durch die Zwangs-Versicherung, andrerseits durch das Sozialistengesetz doch noch eine ganz andere gewesen. Die Buchdrucker, die älteste Organisation, können nicht als Beispiel gelten. Jetzt beginnen gerade die Gewerkschaften die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, so die Metallarbeiter und die Holzarbeiter. Welche Störung würde es wieder sein, wenn nun das Reich die Sache in die Hand nehmen würde! Molkenbuhr will hier das Pferd beim Schwanze aufzäumen, er will durch die Reichs-Arbeitslosenunterstützung die achtstündige Arbeitszeit und das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter erringen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Erst einmal das Koalitionsrecht für alle Arbeiter! Die Erziehung der Arbeiter zu selbstbewußt handelnden Menschen muß die Hauptsache sein, nicht eine Versicherungsart, bei der die Arbeiter doch das fünfte Rad am Wagen sein würden. Auch eine Korrumpirung der Gewerkschaften durch Reichs-Subventionirung ist nicht zu befürchten; sie können diese Unterstützung ja ablehnen, wenn sie ihnen nicht paßt. Wird ein Reichsgesetz geschaffen, so müssen sich die Gewerkschaften fügen, während

sie bei einem staatlichen Zuschuß es immer in der Hand haben, ihn abzulehnen. Eine Aristokratie der Arbeiterklasse will Molkenbuhr nicht. Die wollen auch wir nicht. Auch wir wollen nicht sklavisch nachahmen, was sich in England entwickelt hat — schon deshalb nicht, weil es ganz unmöglich wäre, dieselben Bahnen wie in England zu beschreiten. Es ist schon deshalb undenkbar, weil wir in Deutschland eine große selbstständige sozialdemokratische Arbeiterpartei haben und weil ein inniger Zusammenhang zwischen der Partei und den Gewerkschaftsorganisationen besteht. Im Interesse dieses Zusammenhanges bitte ich Sie: Setzen Sie sich nicht in Gegensatz zu den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses. (Bravo!)

Diehl-Frankfurt: Mit dem Referat Molkenbuhrs bin ich einverstanden bis auf seinen Vorschlag über die Arbeitslosenversicherung; ich meine, einem derartigen Vorschlage können wir nie unsere Zustimmung geben. Alles, was die Regierung zur Revision der sozialen Gesetzgebung thut, geschieht im Sinne und Interesse des Unternehmerthums. Wir sehen ja z. B., daß die Behörden immer sofort bei der Hand sind, neugebildeten Innungen die Errichtung von Krankenkassen zu genehmigen, obwohl diese meist gar nicht lebensfähig sind. Auch in das Loblied, das der Genosse aus Hamburg sang, können wir nicht einstimmen; im Gegentheil ist es nöthig, die Orts-Krankenkassen zu unterstützen, in denen auch die Dienstboten und die Hausindustrie versichert werden müßten. Auch bei der Unfallversicherung sehen wir, daß die Arbeiter dort nicht die nöthigen Rechte und den nöthigen Einfluß haben. Diesen Mißständen muß die Fraktion entgegenwirken, namentlich denen im Reichs-Versicherungsamt. Insbesondere aber ist das System der Vertrauensärzte, das auf das schärfste bekämpft werden muß, ebenso die Rentenquetschen, da den Arbeitern die Renten entzogen werden, wenn sie entgegen dem Willen der Berufsgenossenschaft nicht in diesen Anstalten verbleiben. Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß in der Alters- und Invalidenversicherung die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß haben.

Einen Geschäftsordnungs-Antrag Rudolph und Genossen, die Resolution Molkenbuhr und alle dazu gestellten Anträge einer sofort zu wählenden Redaktionskommission zu überweisen, begründet **Rudolph**-Nürnberg: Ich bedauere, daß die Resolution Molkenbuhr uns erst so spät zugegangen ist. Es besteht infolgedessen die Gefahr, daß bei der Abstimmung Zufallsmajoritäten zu stande kommen. Deshalb empfiehlt sich die Einsetzung einer Redaktionskommission, in die ja auch eine Anzahl hier anwesender Gewerkschaftler gewählt werden können.

Singer: Ich möchte im Interesse der Zeit des Parteitages von der Annahme des Antrages Rudolph abrathen. Wir erreichen damit thatsächlich nur, daß die Diskussion, die jetzt bereits über einen halben Tag währt, nach Eintreffen der neuen Resolution von Neuem beginnt. (Sehr wahr!) Wesentliche Meinungsverschiedenheiten haben sich bisher nur über Punkt 7 ergeben, alles Andere sind mehr oder weniger redaktionelle Aenderungen. Wollen Sie eine Redaktionskommission einsetzen, so thun Sie es, nachdem Sie materiell beschlossen haben, was der Parteitag will, und übertragen Sie der Kommission die Redigirung dieser Beschlüsse. Die Kommission, die Rudolph will, ist nichts weiter als eine Kommission zur Vorberathung einer neuen Resolution, die dann wieder verhandelt werden muß.

Rudolph: Die Ansicht von Singer ist falsch. Es handelt sich nicht nur um formelle, sondern auch um wichtige sachliche Bedenken, und die soll die Kommission berücksichtigen.

Der Antrag Rudolph wird hierauf abgelehnt.

Ed. Bernstein: Mein Amendement (111) hat rein redaktionelle Bedeutung und ist nur gestellt, um jeden berechtigten Einwand zu beseitigen. Molkenbuhr hat dieses Amendement akzeptirt, das ich anzunehmen bitte. In die andere Debatte

will ich nicht mit eintreten. Der Antrag Molkenbuhr drückt nach meiner Auffassung nur ganz im Allgemeinen ein Prinzip aus, daß die Arbeitslosen-Versicherung durch die Gewerkschaften nicht ausschließt. Ich kann mir keine Arbeitslosen-Versicherung ohne starke Heranziehung der Gewerkschaften denken. (Sehr richtig!) Ich kann mir auch keine ausreichende Arbeitslosen-Versicherung denken ohne das Eingreifen von Staat und Gemeinde. In der Resolution Molkenbuhrs wird nur das allgemeine Prinzip ausgesprochen, dem wir uns, vorbehaltlich aller Meinungsverschiedenheiten, anschließen können.

Dr. **Arons**-Berlin: Unter 112 haben wir vorgeschlagen, die „Organisation des Arbeitsmarktes" als Forderung in die Molkenbuhrsche Resolution mit aufzunehmen. Es würde zu weit führen, den engen Zusammenhang einer Organisation des Arbeitsmarktes mit der Kranken- und Invalidenversicherung ausführlich darzulegen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Organisation des Arbeitsmarktes die nothwendige Vorbedingung für die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung ist. Württemberg, Baden und Bayern sind in der Organisation des Arbeitsmarktes vorgeschritten; sie haben bereits Landesämter für den Arbeitsmarkt geschaffen. In Norddeutschland existiren meines Wissens nur in der Rheinprovinz Ansätze zu einer Zusammenfassung der Arbeitsvermittelung. Nothwendig ist es also sehr, daß der Parteitag sich dahin ausspricht, daß eine Arbeitsmarkt-Organisation eingeführt wird als Grundlage für die Arbeitslosen-Versicherung. In Bezug auf die Resolution Molkenbuhr kann ich mich Bernsteins Ausführungen vollkommen anschließen. Molkenbuhr meint nicht, daß ausschließlich eine Reichsversicherung Platz greifen soll. Es ist ein Vorzug seiner Resolution, daß sie nur den Zielpunkt: die Arbeitslosen-Versicherung, nicht aber den Weg dazu angiebt. Der Weg hängt nicht von uns allein ab. Jedenfalls wird die Fraktion unter der Mitwirkung der Gesammtpartei alles ausnutzen, was sich irgendwie bietet, um die Frage der Arbeitslosen-Versicherung in Fluß zu bringen.

Schrader-Bramsche: Darin sind wir, so sehr auch sonst die Ansichten auseinandergehen mögen, alle einig: Die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung ist eine unbedingte Nothwendigkeit. Ich bin anderer Ansicht als v. Elm. Wir legen uns nicht fest, wenn wir die Resolution Molkenbuhr annehmen. Damit unterschreiben wir durchaus nicht alles, was Molkenbuhr gesagt hat. Der Erörterung ist ein weiter Spielraum noch gelassen. Dagegen hätte Elm vor den Gewerkschaftskongreß treten und ihn veranlassen sollen, sich nicht in dieser Frage festzulegen. Denn das hat der Stuttgarter Kongreß gethan. Den Standpunkt, den Dr. Borchardt in der „Neuen Zeit" eingenommen hat, daß bestimmte Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung vom Reichszuschuß ausgeschlossen bleiben sollen, verstehe ich nicht. (Sehr richtig!) Von gewerkschaftlicher Seite wird immer gesagt: Wir erstreben zuerst die volle Koalitionsfreiheit. Ist dann das Gros organisirt, so wird allen die Arbeitslosen-Versicherung zu theil. Wenn wir aber erst einmal so erstarkt sind, dann brauchen wir uns mit solchen Fragen überhaupt nicht mehr zu befassen. Dann können wir die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus eigener Kraft regeln. (Sehr richtig!)

Dr. **Borchardt**-Charlottenburg: Ihrem Wortlaute nach bedeutet die Resolution Molkenbuhr allerdings keine Bindung, aber in seinem Referat hat er sich ausdrücklich auf unsere Programmforderung, Uebernahme der Versicherung auf das Reich, berufen. Das bedeutet doch eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosen-Versicherung. Allerdings ist das eine unserer programmatischen Forderungen, aber ein anderer Satz unseres Programms lautet, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Eine Arbeitslosen-Versicherung unter Umgehung der Gewerkschaften ist ganz unmöglich. Molkenbuhr glaubt, daß das Reich die Arbeitslosen-Zählung in der Absicht vorgenommen hat, der Frage der Versicherung näher zu treten, aber

daraus, daß das Reich 1900 die Verbindung einer Arbeitslosen-Zählung mit der allgemeinen Volkszählung abgelehnt hat, kann man im Gegentheil schließen, daß die maßgebenden Behörden des Reiches nicht gesonnen sind, dieser Frage näher zu treten. Die gewerkschaftliche Arbeiterversicherung kann sehr wohl alle Arbeiter umfassen, man muß nur mit dem Koalitionsrecht anfangen. Ich kann Ihnen also den Zusatz Elm nur empfehlen. Was meinen Artikel in der „Neuen Zeit" betrifft, so habe ich der Vermuthung Raum gegeben, gedrängt durch die Zeitumstände würden die Behörden der Frage der Arbeitslosen-Versicherung näher treten müssen, und zwar erwarte ich den Anstoß dazu nicht vom Reich, sondern von den Kommunen, schon weil ihr Armenetat dadurch wesentlich entlastet wird. Als etwas ganz Selbstverständliches habe ich es hingestellt, daß die Kommunen allerdings diese Unterstützung nicht den politischen Organisationen geben können, sondern nur den rein gewerkschaftlichen. Eine Organisation aber, die ihre Mitglieder auf ein bestimmtes Glaubensbekenntniß verpflichtet, ist keine rein gewerkschaftliche und muß ausgeschlossen bleiben.

Frau **Zietz**-Hamburg: Heute morgen hat Molkenbuhr betont, er halte es nicht für richtig, wenn der Anregung der Frauenkonferenz bezüglich einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung Folge gegeben werde. Die Konferenz hat einer solchen Anregung aber ebenfalls keine Folge gegeben, sondern ihre Ansichten in einer Resolution niedergelegt, die sich mit dem deckt, was Molkenbuhr heute hier vorgetragen hat. Auf der Konferenz wurde allgemein anerkannt, daß die Erreichung dieses Zieles wünschenswerth sei, daß es sich um die Verwirklichung des Gedankens der menschlichen Solidarität in seiner weitesten Form handelt. Allein in der heutigen Gesellschaft, die die Dienste, die ihnen die Frauen durch die Mutterschaft leisten, nicht zu würdigen versteht, ist an die Einführung der allgemeinen Mutterschaftsversicherung natürlich nicht zu denken. Wir beantragen nun, als Punkt 6 in die Resolution einzuschalten: „Verbot der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen vier Wochen vor und resp. sechs Wochen nach der Entbindung, sowie Zubilligung eines Krankengeldes für sie in dieser Zeit in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes." Damit wäre dem Ausdruck gegeben, was wir von der Krankenversicherung vorläufig fordern. Wir müssen das jetzt festlegen, weil eine Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes in Aussicht steht, und wir haben nicht mehr verlangt, als was uns jetzt schon bewilligt werden kann. Während der Bourgeoisfrau während ihrer Schwangerschaft jedes Steinchen aus dem Wege geräumt wird, muß die Proletarierin, durch die Noth gezwungen, bis zum letzten Augenblick arbeiten. Gleich nach der Entbindung müssen die Arbeiterinnen wieder zur Arbeit gehen, und wenn sie dabei auch ihre Gesundheit zu Grunde richten. Wir halten es für eine Pflicht der Gesellschaft, die die Proletarierin so rücksichtslos ausnutzt, daß sie ihr wenigstens so viel giebt, wie sie zu ihrer nackten physischen Existenz braucht. Da die Arbeiterinnen in den Krankenkassen, wenigstens in den Fabrikkassen keine Vertretung ihrer Interessen haben, so muß bei der Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes dahin gewirkt werden, daß in dieser Richtung eine Aenderung eintritt. Wir verlangen, daß die Arbeiterin in der nächsten Zeit nach der Entbindung, wo sie so sehr der Schonung bedarf, nicht sofort wieder zur Arbeit hinaus muß und dadurch ihre Gesundheit ruinirt. Dadurch wird auch eine außerordentliche Entlastung der Krankenkassen eintreten, da viele nachträgliche Erkrankungen vermieden werden. Wir verlangen, daß die Gesundheit der proletarischen Mutter und des proletarischen Kindes geschützt werde. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung erklärt

Molkenbuhr: Ich glaube zur Abkürzung der Debatte beizutragen, wenn ich erkläre, daß meine Resolution nur die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung verlangt, aber die Frage über die Form offen läßt. Mit Ausführungen,

die ich außerhalb des Parteitages gemacht habe, hat die Resolution nichts zu thun.

v. Elm zieht in Folge dieser Erklärung seinen Antrag zurück, ebenso **Eitzerodt** (Krefeld) seine Resolution (Siehe S. 193).

Bömelburg-Hamburg: Im Punkt 6 seiner Resolution verlangt Molkenbuhr den weiteren Ausbau der Unfallverhütungs-Vorschriften. Das brauchen wir nicht zu fordern, die Berufsgenossenschaften, die heutigen Träger der Unfallversicherung, arbeiten schon seit Jahren an einer Verbesserung der Vorschriften, und thatsächlich haben sie mit der Zeit schon eine wesentliche Verbesserung erfahren. Es kommt nicht darauf an, ob wir gute Vorschriften haben, sondern im wesentlichen darauf, ob diese Vorschriften befolgt werden. Würden die heute schon bestehenden Vorschriften befolgt, so würde die Zahl der Unfälle weit kleiner sein. Die Vorschriften werden von den Unternehmern aber nur dann befolgt werden, wenn durch die Gesetzgebung Einrichtungen geschaffen sind, die uns ihre Durchführung garantiren. Wir haben heute Fabrikinspektoren, wir haben für das Baugewerbe in einer ganzen Anzahl von Orten Polizeivorschriften, aber alles steht nur auf dem Papier. Das einzige Mittel, das in Wirklichkeit die Verhütung von Unfällen garantirt, besteht darin, daß es durch die Gesetzgebung den Arbeitern ermöglicht wird, sich selbst an der Kontrolle zu betheiligen. (Sehr richtig!) Würden die Arbeiter an der Kontrolle der Fabriken betheiligt sein, so wäre es nicht möglich, daß die Inspektoren sich vorher anmelden, damit alles hübsch in Ordnung ist, während nachher diese Vorkehrungen beseitigt werden, weil sie beim Betriebe hinderlich sind. Insbesondere ist die Einführung von Arbeiter-Kontrolleuren im Baugewerbe nöthig. Wir müssen vor allem fordern, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben ist, die Innehaltung der Vorschriften zu kontrolliren. Das ist für mich der springende Punkt, so lange das nicht geschieht, ist eine Besserung völlig ausgeschlossen. Ich erinnere daran, daß man gerade in Bayern mit den Arbeiter-Kontrolleuren die besten Erfolge erzielt hat. (Hört! hört!) Ich schlage Ihnen deshalb folgende Fassung (Antrag 114) des Punktes 6 der Resolution Molkenbuhr vor:

> 6. weiterer Ausbau der Unfallverhütung, insbesondere zu diesem Zweck, Einführung einer Kontrolle durch seitens der versicherten Arbeiter gewählte und aus Reichsmitteln besoldete Beamte; Verbesserung der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten; voller Schadenersatz der Verletzten und der Hinterbliebenen.

Ich bitte Sie, dieser Aenderung zuzustimmen, Sie schließen sich damit den Forderungen an, die der Bauarbeiterschutz-Kongreß schon vor vier Jahren erhoben hat. Das Unternehmerthum ärgert sich über nichts mehr wie darüber, daß wir die Hinzuziehung von Arbeiter-Kontrolleuren fordern, weil es weiß, daß dann die bisherige Schlamperei ein Ende hat. (Beifall.)

Windhoff-Düsseldorf begründet seinen Antrag 109. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die vorzüglichen Ausführungen Molkenbuhr's der ganzen Arbeiterschaft bekannt werden. Die Broschüre muß so billig sein, daß die Gewerkschaften sie in großen Massen erwerben und verbreiten können.

Stubbe-Hamburg: Ich hätte nicht erwartet, daß die Freien Hülfskassen bei diesem Punkte der Tagesordnung so herausgerissen werden würden, wie es hier geschehen ist. Es ist aber nicht bewiesen worden, daß die Freien Hülfskassen mehr leisteten als die Zwangskassen. Den Arbeitern sind in den Freien Hülfskassen eine ganze Reihe von Rechten genommen. Wir haben keine Ursache, uns besonders für die freien Hülfskassen ins Zeug zu legen. Meiner Meinung nach wäre es das Beste, wenn die Freien Hülfskassen mit den Gewerkschaften vereinigt würden. Betreffs der Arbeitslosen-Versicherung bin ich der Meinung, daß wir uns mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz nicht ohne weiteres einverstanden erklären können. Diese Frage ist noch nicht genügend geklärt. Man hätte

Punkt 7 der Resolutoin streichen und die ganze Frage einem späteren Parteitage vorbehalten sollen. Ich kann mich nicht mit dem Gedanken befreunden, daß das Reich nur für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Zuschüsse zahlen soll. Man sollte diese Frage vorläufig vertagen. Ich glaube auch nicht, daß eine Reichs-Arbeitslosen-Versicherung eine Verwirrung bei den Gewerkschaften hervorrufen könnte. Beide Arten von Arbeitslosen-Versicherung könnte neben einander bestehen; neben der Reichsversicherung könnten Zuschußkassen der Gewerkschaften bestehen. Ich möchte Molkenbuhr anheim geben, Punkt 7 zurückzuziehen und die Frage einem späteren Parteitage vorzubehalten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Heine befürwortet, von Dr. Rothe-Luckenwalde bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß das Zietz'sche Amendement in seinem vorliegenden Wortlaut nicht angenommen werden könne, wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Molkenbuhr: Ich habe nur sehr wenige Einwendungen zu machen, nachdem der Hauptdifferenzpunkt ausgeschieden ist. Ich gebe Hoch darin recht, daß es passend ist, anstatt „Krankenversicherung" in Punkt 5 zu sagen „durch die Arbeiterversicherung". Wenn man die Vereinheitlichung der Versicherung hat, wird man ja allerdings nicht mehr verschiedene Zweige der Versicherung zu unterscheiden haben. Aber die Krankenversicherung muß dasselbe Recht haben wie die Unfallversicherung. Ich wollte ferner hervorheben, daß die Kranken-Versicherung sich viel besser dazu eignet als die Unfallversicherung. Ob man besser sagt: die Beiträge müssen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht werden, oder: „Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten", ist meiner Meinung nach vollständig unentschieden. Gewiß müssen in irgend einer Form alle Klassen herangezogen werden. Die progressive Einkommensteuer ist ja die vollendetste Steuererhebung, die wir bisher kennen. Will aber Hoch auch so weit gehen, die Versicherung auf die gesammte Bevölkerung auszudehnen, sodaß also auch der Millionär ein Recht auf Krankenversicherung hätte? Was die Einwendungen Grünwalds anlangt, denen von Stubbe widersprochen worden ist, so stehe ich mehr auf dem Standpunkt Grünwalds. Ich erkenne an, daß, wenn die vollständige Vereinheitlichung der Krankenversicherung durchzuführen ist, in diesem Fall auch die eingeschriebenen Hülfskassen von der Bildfläche verschwinden werden. Die Betriebskassen, die Baukassen führen sehr oft zu Schädigungen der betreffenden Arbeiter, weil sie häufig ein Hinderniß sind, daß ein gesundheitlich nicht recht fester Arbeiter Arbeit findet. Die Innungskassen sind hauptsächlich nur aufrecht erhalten worden, um die Innungen zu stützen. Die Gemeindekassen sind nicht allein nur überflüssig, sondern haben am allerersten von der Bildfläche zu verschwinden. Aus diesem Grunde muß die Vereinheitlichung der Versicherung durchgeführt werden. Nun sind die Regierungen geneigt, die Gemeindekassen und die Freien Hülfskassen zu beseitigen. So lange die Betriebskassen bestehen, sind aber die Freien Hülfskassen eine Nothwendigkeit. Sie können schließlich mit als Handelsobjekt benutzt werden, um dann in denselben Sarg wie die Freien Hülfskassen auch die Betriebs-, Bau- und Innungskassen einzusargen. — Auf die verschiedenen Ausführungen von Elm's brauche ich nicht einzugehen, weil ja die Anträge, zu deren Begründung er gesprochen hat, nicht mehr vorliegen. Was die Anregung Bernsteins betrifft, so habe ich mich nach flüchtiger Lesung seines Amendements allerdings damit einverstanden erklärt. Seine Aenderung ist aber doch nicht lediglich redaktioneller, sondern auch sachlicher Natur. Es giebt doch zahlreiche Fälle, wo eine Schadenersatzpflicht des Unternehmers garnicht in Betracht kommt, wo eine Unfallrente garnicht gewährt wird. So haben die Ascendenten z. B. nur dann einen Anspruch auf Rente, wenn der beim Unfall Verstorbene die Ascendenten ganz oder theilweise ernährt hat. Es ist also doch besser, zum Ausdruck zu bringen, daß ein Schadenersatz nicht geleistet wird, sondern

daß lediglich durch die Versicherungsbeiträge eine Ablösung des Schadenersatzes stattfindet. Was den Antrag Arons anlangt, so gebe ich zwar zu, daß die Organisation des Arbeitsmarktes in einem recht engen Zusammenhang mit der Arbeiterversicherung steht, aber sie bildet doch nicht eigentlich einen organischen Theil derselben. Die Organisation des Arbeitsmarktes könnte auch in einem anderen Gesetz untergebracht werden. Allerdings kann die Organisation des Arbeitsmarktes ein Theil der Arbeitslosen-Versicherung sein. Aber ich weiß doch nicht, ob es gerade passend ist, sie in dieser Resolution mit unterzubringen. Dem Genossen Bömelburg stimme ich darin zu, daß wir statt Unfallverhütungs-Vorschriften Unfallverhütung und entsprechend auch Krankheitsverhütung sagen können. Dagegen habe ich Bedenken, ob es praktisch ist, wie er vorschlägt, hier auf nähere Einzelheiten einzugehen. Die Betheiligung der Arbeiter an der Ueberwachung der Betriebe haben wir wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten gefordert. Für den Ausbau der Unfallverhütung aber kommen noch andere Einzelheiten in Betracht, die Bömelburg nicht erwähnt. Wenn wir nun nur einzelne Forderungen namhaft machen, kann es den Anschein erwecken, als ob wir andere ebenso wichtige nicht erheben. Der Antrag der Frau Zietz gehört nach meiner Meinung weniger in das Versicherungsgesetz als in die Gewerbe-Ordnung. Gegenwärtig haben wir ja in der Gewerbe-Ordnung ähnliche Bestimmungen. Das Verbot für Schwindsüchtige, in gewissen Betrieben zu arbeiten, steht nicht im Krankenversicherungs-Gesetz, sondern in der Gewerbe-Ordnung. Ob die Forderungen im Amendement der Frau Zietz praktisch durchführbar sind, erscheint mir zweifelhaft. Ein bestimmter Zeitraum vor dem Eintritt der Entbindung läßt sich schwer festsetzen. Dagegen sollten wir bei der Reform der Kranken-Versicherung fordern, daß in dem Augenblick, wo die Schwangere in Folge ihres Zustandes die Arbeit nicht mehr verrichten kann, sie Anspruch auf Unterstützung hat, unbeschadet, ob das nun vier, sechs oder acht Wochen vor der Entbindung ist. Die einen sind noch unmittelbar vor der Entbindung arbeitsfähig, die andern nicht. Es wäre vielleicht wünschenswert, daß über den materiellen Inhalt der einzelnen Anträge abgestimmt und dann versucht würde, das Resultat in die Resolution hineinzuarbeiten; eine Schlußabstimmung über diese veränderte Resolution müßte natürlich noch erfolgen. (Beifall.)

Rudolph-Nürnberg schlägt vor, nach der materiellen Abstimmung über die einzelnen Anträge eine Redaktionskommission zu wählen.

Dieser Antrag wird angenommen.

In der Abstimmung wird das Amendement Bernstein (111) abgelehnt und der erste Absatz der Resolution Molkenbuhr unverändert angenommen. Die Ziffern 1, 2 und 3 der in der Resolution erhobenen Forderungen sind nicht bestritten und werden angenommen. Zu Ziffer 4 wird der Antrag Hoch (108) abgelehnt und Ziffer 4 unverändert angenommen. Dagegen wird in Nummer 5 auf Antrag Hoch's das Wort „Kranken-Versicherung“ durch „Arbeiter-Versicherung“ ersetzt. Zu Nummer 6 wird der Antrag Bömelburg (114) angenommen, ebenso das Amendement Zietz (115), das dahin geändert ist, daß hinter dem Wort „vor“ eingefügt ist „der wahrscheinlichen Entbindung“. Der so veränderte Punkt 6 wird genehmigt. Als Punkt 7 wird durch Annahme des Antrags Arons (112) eingefügt: „Organistion des Arbeitsmarkts“, Punkt 7 der Resolution Molkenbuhr wird als Punkt 8 angenommen, ebenso Punkt 8 als Punkt 9.

Angenommen wird schließlich der Antrag Windhoff mit einem Amendement Singer, wonach die ganzen Verhandlungen in Form einer Agitationsbroschüre erscheinen sollen.

Singer hatte begründend darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften, die bei dem Massenabsatz der Agitationsbroschüre in Frage kommen, ein bedeutendes Interesse daran haben, zu erfahren, was ihre Vertreter gesagt haben.

In die Redaktionskommission werden auf Antrag Hoffmann-Berlin gewählt: Segitz, Bömelburg, Molkenbuhr, Dr. Rothe und Frau Zietz. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Als nächster Punkt wird der **internationale Arbeiterkongreß 1903** vorweg genommen.

Berichterstatter **Singer**: Die deutsche Partei hat ihre internationale Solidarität so oft bewiesen, daß ich mir nicht denken kann, daß irgend ein Zweifel darüber besteht, ob wir den nächsten internationalen Kongreß beschicken sollen. Unsere Stellung ist festgelegt in den Sätzen unseres Programms:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiter ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder."

Dieser Satz unseres Programms beweist, daß wir den internationalen Kongressen die größte Aufmerksamkeit zu schenken haben, weil auf denselben sowohl Fragen für das internationale Proletariat als auch für das Proletariat der einzelnen Ländern berathen werden. Entsprechend ihrer programmmäßigen Aufgabe hat die deutsche Sozialdemokratie bisher alle internationalen Kongresse beschickt. Der vorige Kongreß in Paris hat beschlossen, den nächsten Kongreß im Jahre 1903 in Amsterdam abzuhalten. In Paris ist eine neue Einrichtung für die Arbeiter aller Länder geschaffen, das internationale Bureau, und ohne dem von dem Sekretariat zu erstattenden Bericht vorzugreifen, kann ich doch heute schon konstatiren, daß diese Gründung keine vergebliche gewesen ist. Das internationale Bureau hat außerordentlich fleißig gearbeitet, es haben Konferenzen stattgefunden, auf denen eine Reihe von Fragen für den nächsten Kongreß vorbereitet sind. In diesem Jahre wird noch eine Konferenz zur Vorberatung des nächsten internationalen Kongresses stattfinden, und die Arbeiter aller Länder werden Kenntniß bekommen von den Vorschlägen, die ihnen das internationale Bureau als Verhandlungsgegenstände empfiehlt. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Arbeiter der einzelnen Länder ihrerseits Vorschläge für die Tagesordnung machen können. Ich glaube damit die Notwendigkeit und Nützlichkeit der internationalen Kongresse nachgewiesen zu haben. Ich würde es als Zeichen der Schwäche ansehen, wenn man es in diesem Saal für notwendig erachtete, über die Beschickung des nächsten internationalen Kongresses lange zu debattieren. Die wirthschaftliche und politische Weltlage erfordert mehr denn je ein festes Zusammenschließen der Arbeiter aller Länder, den politischen Bündnissen, welche die Regierungen, die die Interessen der Bourgeoisie wahrzunehmen haben und die hinauslaufen auf militaristische, marinistische eroberungssüchtige Pläne, Bestrebungen, welche die Regierungen als Vertreter der Bourgeoisie gegen die Vertreter der Arbeiterklasse planen — ich brauche blos an die Verfolgung unserer russischen Brüder zu erinnern, Verfolgungen, bei denen die preußische Regierung sich dazu hergiebt, Opfer des Zarismus an die russische Regierung auszuliefern — ich sage, die politische Weltlage erfordert mehr denn je, daß so, wie die Bourgeoisie sich zusammenfindet in ihren Regierungen, auch die Arbeiter sich zusammenfinden auf internationalen Kongressen, um den Bündnissen der herrschenden Klasse das eine große Bündniß der Arbeiter aller Länder entgegenzusetzen. Diesen Gedanken zu pflegen, die praktischen Konsequenzen zu ziehen,

die sich aus diesem Bündniß ergeben, ist die Aufgabe der internationalen Kongresse. Sind auch vielleicht nicht alle befriedigt von den Erfolgen der bisherigen Kongresse, so soll und darf uns das nicht abhalten, wie bisher so auch in Zukunft zu zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie bereit und gewillt ist, alles zu thun, um das internationale Proletariat zu einheitlicher und einiger Arbeit aufzufordern und es darin zu unterstützen. (Beifall.) Immer besser werden sich die internationalen Kongresse ausgestalten, immer mehr werden auch dort die praktischen Forderungen zur Geltung kommen. Deshalb sollten wir im nächsten Jahre so zahlreich als möglich nach Amsterdam gehen, um dort im Verein mit den Arbeitern aller Länder aufs Neue unsere Ansichten zu klären und dafür zu sorgen, daß auch von dort aus der Ruf in die Welt dringt, daß die Sozialdemokratie, so wie sie national einig ist, auch international einig ist zur Befreiung des Proletariats, zur Befreiung der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.) Ich empfehle Ihnen daher die Annahme der Resolution: „Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu beschicken." Durch einstimmige Annahme dieser Resolution werden Sie aufs Neue vor aller Welt und unsern Brüdern im Auslande bekunden, daß da, wo es dem Kampfe für das Proletariat gilt, die deutsche Sozialdemokratie immer ihren Mann stellt. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Ohne Debatte gelangt die **Resolution Singer einstimmig zur Annahme.**

Vollmar schlägt vor, nunmehr in die Berathung des Punktes **„Kommunalpolitik"** in Verbindung mit den Anträgen 58, 86, 88 und der Resolution 110 zu treten.

Zur Geschäftsordnung beantragt

Heine-Berlin die Vertagung dieses Punktes bis morgen, da das Referat zu wichtig sei, um jetzt noch, im Zustande der geistigen Ermüdung, angehört zu werden.

Singer: Ich weiß nicht, ob Heine den geistigen Zustand der Versammlung richtig taxirt. (Heiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß der Parteitag noch recht gut in der Lage ist, das Referat zu hören. Wenn die Genossen sich dann bis morgen an der Hand des Gehörten und der Resolution Klarheit zu verschaffen suchen, so wird das wesentlich zur Förderung unserer Verhandlungen beitragen. Ich bitte Heine, seinen Widerspruch zurückzuziehen.

Da **Heine** den Widerspruch aufrecht erhält, muß über seinen Vorschlag abgestimmt. Derselbe wird abgelehnt und das Wort erhält

Dr. Lindemann-Stuttgart: Ich will mich darauf beschränken, eine Reihe von Punkten zu behandeln, die strittiger Natur sind und die bisher in unserem Kommunalprogramm und in unserer Presse eine stiefmütterliche Behandlung erfahren haben. Vorher wird aber es nöthig sein, daß wir uns über die Grenzen unserer Kommunalpolitik klar werden, über die Grenzen, die dadurch gezogen sind, daß die Gemeinde als ein kleiner Gebietskörper in den großen Rahmen des Staates eingefügt ist und als solcher durch tausend Fäden mit den übrigen Gemeinden und dem gesammten Staatskörper zusammenhängt. Jeder Fortschritt auf kommunalem Gebiete ist sowohl in wirthschaftlicher als politischer Beziehung bedingt durch die Zustände, wie sie sich innerhalb des Staatswesens finden. Es liegt auf der Hand, daß wir Gewerbe und Betriebe nicht munizipalisiren können, falls sie in ihrer privatkapitalistischen Organisation noch nicht reif dafür sind. Die einzelne Gemeinde ist abhängig von der wirthschaftlichen Konstruktion des Staatswesens, nicht allein die Machtverhältnisse innerhalb der Gemeinde sind für den Fortschritt entscheidend, sondern auch die Machtvertheilung der Klassen innerhalb des gesammten Staatswesens. So wenig wie wir eine kommunistische Kolonie gründen können, können wir

eine kommunistische Gemeindeverwaltung innerhalb unseres heutigen Staatswesens haben, Regierung und Gesetzgebung würden derartigen Experimenten sehr schnell ein Ende machen. Wie in der Staatsverfassung und -Verwaltung die Machtverhältnisse der Klassen sich ausprägen, so prägen sie sich auch aus in der Gemeindeverfassung und -Verwaltung. Beide werden benutzt nach den Interessen der herrschenden Klassen und deren Zwecken gemäß gestaltet. Es kann daher der Fortschritt der Gemeindeverfassung und -Verwaltung kein schnellerer sein als der des staatlichen und wirthschaftlichen Lebens, sie kann beiden niemals um ein bedeutendes Stück voraus sein, und so erscheint denn die staatliche Organisation und Verwaltung in vieler Beziehung als ein Hemmschuh des kommunalen Fortschritts. Aber wie der Staat auf die Gemeinde wirkt, so wirkt auch andererseits die Gemeindeverwaltung auf den Staat zurück. Den Fortschritten auf den verschiedensten Gebieten, die sich innerhalb der Gemeinde vollziehen, kann sich auf die Dauer auch der Staat nicht entziehen, alle staatlichen und wirthschaftlichen Neu-Organisationen können sich eben nur von unten auf, von den Zellen, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf, vollziehen. Die Geschichte berichtet von Versuchen, wirthschaftliche und staatliche Organisationen zentralistisch zu dekretiren. Aber diese Gesetze sind immer auf dem Papier stehen geblieben. An Beispielen dafür fehlt es nicht. Wir brauchen nur die Wohnungsgesetze anzusehen, die Wohnungserlasse der preußischen Regierung, die Wohnungs-Verordnungen der württembergischen Regierung 2c. Alle diese Verordnungen sind sehr schön, aber zu einer Ausführung ist es nicht gekommen. Ist dagegen der Boden in den kleinsten Zellen, in denen sich das öffentliche und Verwaltungsleben abspielt, bereitet, dann wird die Saat, die von der staatlichen Gesetzgebung gestreut ist, auch aufgehen und Früchte tragen. Wenn wir in den Gemeinden die Aufklärungsarbeit gethan haben, so kann sich den Forderungen nach Fortschritten der Staat auf die Dauer nicht entziehen. Auch das beweist die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die intensivste Theilnahme unserer Partei an der Kommunalverwaltung nothwendig und diese Theilnahme ist direkt wirkungsvoller und trägt direktere Früchte als die Theilnahme an der staatlichen Gesetzgebung. Die Gemeinde steht ihrer Verwaltung viel näher, als das in dem Staat der Fall ist, der Angriffspunkt liegt in nächster Nähe, während bei der Staatsverwaltung sich die staatliche Bureaukratie dazwischen schiebt und den Stoß schwächt. Ganz anders bei den Gemeinden, wo die Wahlen sich innerhalb kurzer Perioden wiederholen, wo die Gemeinde-Angehörigen durch die Presse auf ihre Vertreter einwirken, rückschrittliche Handlungen derselben korrigiren und sie zu sozialpolitischen Fortschritten zwingen können. Die wesentliche Vorbedingung einer solchen direkten Einwirkung auf die Gemeindevertreter aber ist, daß sich innerhalb der Gemeinden keine kommunale Bureaukratie entwickelt, denn sonst wird die direkte Einwendung, unter der die Gemeindevertretung steht, ganz bedeutend abgeschwächt.

Unser öffentliches Recht quält sich damit ab, den Gegensatz zwischen Staats- und Gemeindeverwaltung festzustellen, es sucht da Unterschiede zu konstruiren, die thatsächlich nicht vorhanden sind. In der That lassen sich diese beiden Gebiete nicht von einander abgrenzen, und der Unterschied, der da von der offiziellen Staatswissenschaft gemacht wird, muß von Tag zu Tag um so lächerlicher werden, je mehr der Staat staatliche Aufgaben von sich auf die Gemeinden abwälzt und die Gemeinden direkt zur Staatsverwaltung heranzieht, je mehr sich herausstellt, daß der Staat ohne die Kommune hilflos wäre und die gesammte öffentliche Verwaltung kläglich bankerott machen müßte. Diese Unterscheidung ist noch ein Rest aus der Zeit des absoluten Polizeistaates. Historisch läßt sie sich sehr schön erklären, aber sie wird dadurch nicht sinnreicher und werthvoller für das öffentliche Leben. Das offizielle Staatsrecht

hält immer noch fest an den staatlichen Hoheitsrechten, die dem Staat eigen sind und die, wenn sie auch auf die Gemeinden übertragen werden, doch staatliche Hoheitsrechte bleiben. Sehr klar tritt die Absurdität dieser Unterscheidung in der württembergischen Gemeindeverfassung hervor, wo den Gemeinden durch Gesetz verboten ist, die Verwaltung der Polizei an eine staatliche Behörde zu übertragen, wo aber andererseits der Gemeindevorsteher die örtliche Polizei ausschließlich im Auftrage des Staates ausübt und nicht der Gemeindevertretung, sondern nur den staatlichen Behörden verantwortlich ist. Auch politisch läßt sich diese Unterscheidung sehr leicht erklären. Sie bietet ja eine Handhabe, die Selbstverwaltung der staatlichen Behörde zu unterwerfen, die da mit einer Hand nimmt, was sie mit der anderen nur widerwillig den Gemeinden gegeben hat. Diese ganze Unterscheidung zwischen dem übertragenen und dem eigenen Wirkungskreis der Gemeinden ist nur ein politisches Machtmittel der staatlichen Bureaukratie. Man geht aus von den Verwaltungsorganen, statt von der Natur der Verwaltungsgebiete. Statt daß man das Wesen des einzelnen Verwaltungsgebietes erforscht und daraus die nöthigen Folgerungen zieht, ob die Verwaltung der zentralen Bureaukratie oder dem Verwaltungskörper zu übertragen sei, hält man sich an die Thatsache, daß einzelne Gebiete von staatlichen Organen, andere von lokalen Körperschaften verwaltet werden und benutzt diesen Gegensatz, um die Autorität der Gemeinden in der weitgehendsten Weise zu beschränken. Gegenüber diesem Unterschiede stellen wir nun die Forderung auf, daß kein Gegensatz zwischen staatlicher und kommunaler Verwaltung existiren soll. Es soll infolgedessen auch kein Rangunterschied zwischen Staat und Gemeinde bestehen, es soll nicht die Gemeindeverwaltung der Staatsverwaltung subordinirt sein, wie es heutzutage in allen unseren Gemeindegesetzen ausgesprochen ist. Ob eine Verwaltungsfunktion von staatlichen oder kommunalen Beamten ausgeübt wird, ist ohne Einfluß auf die Funktion oder ihr Wesen selbst. Dagegen fließt aus dem lokalen oder dem über die engere Lokalität hinausgreifenden Wesen einer Verwaltungsfunktion die Entscheidung, ob sie der staatlichen oder der kommunalen Behörde zur Verwaltung zu übertragen ist. Daraus fließt ferner der ebenso wichtige Satz, den wir unserem ganzen Programm zu Grunde legen müssen, daß die Gemeinden a priori ein Recht auf die Verwaltung ihrer gesammten öffentlichen Angelegenheiten haben. Diesem aprioristischen Recht der Gemeinden gegenüber muß die Zuständigkeit der staatlichen zentralistischen Bureaukratie stets durch ein besonderes Gesetz begründet werden. Sprechen wir den Gemeinden dies Recht auf die Verwaltung aller öffentlichen Angelegenheiten zu, so folgt daraus ferner, daß diese Verwaltung in eigener Zuständigkeit geschieht und ihnen nicht erst übertragen zu werden brauche. Während im absolutistischen Polizei- und Beamtenstaat, von dem sich ja ein ganz bedeutendes Stück in unseren konstitutionellen Staat hinübergerettet hat, die eigentlich staatliche und die lokale Verwaltung in den Händen der Bureaukratie liegt, müssen sich die Verhältnisse mit der Entwickelung der kapitalistischen Produktion radikal ändern. Die stets komplizirter werdenden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung gehen über die Kräfte der staatlichen Bureaukratie hinaus; die Folge ist, daß die gesammte öffentliche Verwaltung eines Staates verkommt und hoffnungslos dahin stagnirt. So haben wir zu Anfang des vorigen Jahrhunderts den vollständigen Bankerott der staatlichen Bureaukratie in Preußen, der sich 1806 in so plötzlicher Weise manifestirt hat; wir haben diesen Bankerott ausgedrückt in der Städte-Ordnung von 1808 in der jede Zeile nach Selbstverwaltung schreit. Aber nicht nur das, die wirthschaftlich erstarkte Bourgeoisie will herrschen und regieren, es entwickelt sich die Finanzkontrolle in den Parlamenten und parallel damit die kommunale Selbstverwaltung durch die in den lokalen Körperschaften herrschende Bourgeoisie. In England wurde der Kampf um die lokale öffentliche Verwaltung von dem Grundbesitzer geführt, der dann

von der Bourgeoisie und zum Theil auch von der Arbeiterklasse abgelöst wurde. In Deutschland hat es die Bourgeoisie nur zu einem lahmen Kompromiß mit Königthum und Staatsbureaukratie gebracht, wobei alle Macht bei dieser und dem Königthum geblieben ist. Es ist für die deutschen Zustände charakteristisch, daß die Bourgeoisie zwar herrschen, aber die Regierungsarbeit nicht selbst leisten will aus Furcht vor der Demokratie und der Arbeiterschaft. Der doppelte Verwaltungskörper, in dem der Magistrat die thatsächliche Uebermacht hat, die Stellung der Bürgermeister, das Bestätigungsrecht der Regierungen, ihr Aufsichtsrecht nicht nur über die Gesetzmäßigkeit, sondern auch über die Zweckmäßigkeit kommunaler Akte, die Disziplinargewalt des Staates — all das beweist, daß die Bourgeoisie auf das Regieren verzichtet hat, soweit sie das kann, ohne ihre Existenz zu negieren.

Unsere Aufgabe muß es nun sein, die Grundsätze der Demokratie zur Durchführung zu bringen auch in einer Neugestaltung der Gemeindeverfassung. Zu diesem Zweck stellen wir an die Spitze unserer Forderungen, die wir auf dem Gebiete des Gemeindeverfassungswesens erheben, die Forderung nach dem Rechte der Selbstverwaltung, d. h. die Führung der gesammten öffentlichen Verwaltung einer Gebietskörperschaft durch eine Vertretung, die von der Einwohnerschaft gewählt wird. Damit wird die Gemeindevertretung zur Trägerin der gesammten lokalen Verwaltung, mag dieselbe ihr durch spezielle Gesetze übertragen werden oder freiwillig von ihr übernommen sein durch Ueberführung von privaten Betrieben oder ihr zustehen, nach dem Satze, daß alle lokale Verwaltung ihr aus eignem Rechte zukommt. Das ist eine außerordentlich wichtige Forderung. Heutzutage wird in den meisten Gemeindeverfassungs-Gesetzen nur der eigentliche Wirkungskreis dem Bürgermeister und den Stadtverordneten oder dem Magistrat und den Stadtverordneten übertragen, während der sogenannte übertragene staatliche Wirkungskreis der Gemeinden nicht von den Gemeinden oder der Gemeindevertretung, sondern von kommunalen Beamten im Auftrage des Staates ausgefüllt wird. Das sind je nach den verschiedenen Bundesstaaten die Bürgermeister oder die Magistrate. Es liegt auf der Hand, daß diese kommunalen Beamten durch eine derartige eigenthümliche Gestaltung ihrer Stellung in einen Konflikt kommen. Sie bekleiden die doppelte Stellung von Gemeindebeamten und Staatsbeamten, und wenn der Bürgermeister auf der einen Seite als der Verwalter der Ortspolizei jeden Befehl seiner vorgesetzten staatlichen Behörde nachzukommen hat, so hat er auf der anderen Seite als der oberste Beamte der kommunalen Verwaltung in Konflikten zwischen der Gemeinde und der staatlichen Behörde die Rechte der Gemeinde zu wahren. Die Menschen müssen aber erst noch gefunden werden, die eine derartige Doppelstellung in befriedigender Weise bekleiden können. Das Resultat ist dann auch immer das, daß der kommunale Beamte die Aufträge der staatlichen Behörde in erster Linie ausführt, weil er eben unter dem direkten Disziplinarrecht und der Disziplinarbefugniß der staatlichen Behörde steht, während er erst in zweiter Linie daran denkt, die Rechte und Kompetenzen der Gemeinde gegenüber den staatlichen Behörden zu wahren.

Bezüglich des Wahlrechts stellen wir weiter die Forderung auf, daß die Einwohnerschaft einer Gemeinde zugleich die Wählerschaft sein soll, daß die Einwohner einer Gemeinde, soweit sie mündig sind, das aktive und passive Wahlrecht besitzen sollen ohne Unterschied des Geschlechts, der Steuerleistung und der Staatszugehörigkeit. Wir erklären uns also hiermit gegen das Prinzip der Bürgergemeinde, wie es noch in einer Reihe von deutschen Gemeindeverfassungs-Gesetzen enthalten ist, und zwar erklären wir uns deshalb gegen die Bürgergemeinden und stellen uns auf den Boden des Prinzips der Einwohnergemeinde, weil die Entwickelung der Industrie die Ansässigkeit der Gemeindebürger zerstört hat, weil ein großer Theil der früheren Gemeinde-

bürger die Ansässigkeit verloren hat und durch die Bedürfnisse der Großindustrie bald hierhin, bald dorthin auf längere oder kürzere Zeit verschlagen wird. Ist einmal durch die Entwickelung der Industrie diese Stabilität der Gemeindebürger zerstört, so müssen wir auch aus dieser wirthschaftlichen Thatsache die Konsequenz für unsere Gemeindeverfassung ziehen und die Bürgergemeinde durch die Einwohnergemeinde ersetzen. Die nothwendige Folgerung ist dann, daß alle Bürgerrechtsgebühren fortfallen und daß das Institut der Bürgernutzungen ebenfalls aufgehoben wird und diese Bürgernutzungen in die allgemeine Gemeindekasse übergeführt werden. Wenn wir sagen, daß die mündige Einwohnerschaft das aktive und passive Wahlrecht besitzen soll, so versteht es sich von selbst, daß auch die Frauen in gleicher Weise aktiv wie passiv wahlberechtigt sein sollen, ebenso daß sämmtliche Privilegien, die sich auf einem gewissen Zensus oder auf dem Hausbesitz aufbauen, aus der Gemeindeverfassung heraus sollen. Wir haben, wenn wir diese Forderung durchgeführt haben, ein sehr weitgehendes Wahlrecht. Die einzige einschränkende Bestimmung wäre die, daß eine gewisse Aufenthaltsdauer innerhalb der Gemeinde vorgeschrieben werden muß. Die wirthschaftliche Entwickelung hat es ja dahin gebracht, besonders in den Betrieben, die auf Wanderarbeiter angewiesen sind, daß große Massen von Arbeitern auf ganz kurze Zeit sich in anderen Gemeinden ansiedeln müssen und dort ihren Wohnsitz für Perioden von vier, drei und weniger Monaten nehmen. Es liegt auf der Hand, daß wir einer solchen zugewanderten Arbeiterschaft niemals das Wahlrecht in der Gemeinde ihrer Zuwanderung geben können. Deshalb werden wir eine bestimmte Aufenthaltsdauer festsetzen müssen.

Als weitere Forderung ist zu erheben die Forderung eines Proportional-Wahlrechtes. Diese Forderung ist ja schon in dem neuen Entwurf einer Gemeinde-Ordnung, der jetzt in Württemberg auf der Tagesordnung steht, aufgestellt worden. Da ist die Proportional-Vertretung für die größeren Stadtgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern bereits aufgenommen. Dies Proportional-Wahlrecht hat natürlich nicht nur für die Gemeinde-Vertretungen selber, sondern auch für die von diesen Gemeinde-Vertretungskörpern gewählten Deputationen zu gelten.

Was die **Organisation der Gemeindekollegien** angeht, so so haben wir ja in Deutschland zwei große Gruppen nebeneinander. Die eine ist die Gruppe der Gemeinden mit Magistrats-Verfassung, die andere die Gruppe der Gemeinden mit Bürgermeisterei-Verfassung. Bei der Magistrats-Verfassung gehen die Stadtverordneten aus direkten Wahlen hervor, während der Magistrat aus indirekten Wahlen hervorgeht, d. h. vom Stadtverordneten-Kollegium gewählt wird. Die Stadtverordneten sind nur ein Beschluß- und Kontrollorgan, während die eigentliche Verwaltung in den Händen des Magistrats liegt. Der Magistrat ist dann zugleich auch der Ortsvorstand und untersteht als solcher der Disziplinargewalt der Regierungsbehörden. Die Bürgermeisterei-Verfassung unterscheidet sich von der Magistrats-Verfassung dadurch, daß in der ersteren der Bürgermeister alle Funktionen hat, die der Magistrat in der anderen Gruppe besitzt. Durch diese Häufung von Funktionen in den Händen des Bürgermeisters erhält derselbe ein so weitgehendes Uebergewicht, daß diese Bürgermeisterei-Verfassung an das schlimmste französische Präfektensystem erinnert. Für das Zweikammer-System, eben die Magistratsfassung, ist es charakteristisch, daß zwei Organe neben einander bestehen, von denen das eine Beschluß- und Kontrollorgan ist, während das andere, der Magistrat, Beschluß- und Verwaltungsorgan ist. Die Folge des Nebeneinanderarbeitens der beiden Organe ist die, daß sich zwischen beiden fortgesetzt Konflikte und Reibungen ergeben. Die Geschichte preußischer kommunaler Körperschaften liefert dafür ein reichhaltiges Material. Eine weitere Folge des Zweikammer-Systems ist der schwerfällige Geschäftsgang in der Gemeindeverwaltung. Dieser schwerfällige Instanzenzug,

der von den Deputationen zum Magistrat und vom Magistrat zur Stadtverordneten-Versammlung geht, muß sich besonders lästig bemerkbar machen, wo es sich um die Verwaltung von wirthschaftlichen Instituten handelt. Da nun unser Ziel und unsere Aufgabe dahin geht, die weitgehende Uebertragung wirthschaftlicher Funktionen auf die Gemeinde zu erreichen, so haben auch wir das größte Interesse daran, dies Zweikammersystem zu ersetzen durch ein Einkammersystem. Durch Auftheilung der gesammten Verwaltungsarbeit unter die Deputationen läßt sich die Gemeindeverwaltung in einfacherer Art und Weise führen, als wenn die einzelnen Deputationen nun wieder dem Magistrat verantwortlich sind und der Magistrat seinerseits der Kontrolle des Stadtverordneten-Kollegiums unterstellt ist. Das Einkammersystem hat den großen Vorzug, diesen Instanzenweg innerhalb der Gemeindeverwaltung abzukürzen und in Verbindung mit dem System der Kommissionen hat es den weiteren Vorzug, daß es sich den Bedürfnissen der Gemeinden, der großen wie der kleinen Gemeinden, in der vorzüglichsten Weise anschmiegt.

Von nicht minderer Bedeutung ist ferner die Regelung des **Verhältnisses zwischen Gemeinde und Staat**. Die staatliche Macht kommt zum Ausdruck in dem Aufsichtsrecht und in dem Bestätigungsrecht, welch letzteres von den staatlichen Behörden rein nach ihrem Ermessen ausgeübt wird. Nur in Württemberg besteht die Bestimmung, daß die staatliche Bestätigung der gerichtlichen Entscheidung in gewissen Fällen unterworfen werden darf. In allen übrigen Staaten entscheidet die Regierung ohne Angabe von Gründen nach Willkür. Die Forderung der Beseitigung des Bestätigungsrechtes ist nur eine Folge unserer Auffassung der Gemeinde als einer selbstverwalteten Gebietskörperschaft. Was das Aufsichtsrecht des Staates anlangt, so ist die Gemeinde eingegliedert in den Staat; ihre Thätigkeit unterliegt der staatlichen Gesetzgebung. Daraus folgt, daß dafür gesorgt werden muß, daß die Gemeinden die Gesetze beobachten. Um diese Gesetzmäßigkeit zu garantieren, genügt das Recht der Kenntnißnahme der kommunalen Akte, das Recht der Inspektion. In allen diesen Fällen, wo es sich um die Prüfung der Gesetzmäßigkeit handelt, ist eine gerichtliche Nachprüfung möglich. Dagegen ist nichts einzuwenden. Anders steht es bei der staatlichen Aufsicht über die Zweckmäßigkeit kommunaler Verwaltungsakte. Hier steht das reine Ermessen der staatlichen Behörde, d. h. der höheren Selbstverwaltungsbehörde gegenüber dem Gemeindebeschluß. Die heutige Gesetzgebung geht aus von einem Subordinations-Verhältniß, das zwischen Staat und Gemeinde bestehen soll. Das ist ein Irrthum. Zwischen Gebietskörperschaften, von denen die eine der anderen eingegliedert ist, kann es selbstverständlich kein Subordinations-Verhältniß geben. Subordination ist nur möglich in einem Beamtenkörper. Zwischen Staat und Gemeinde kann es sich nur um die Abgrenzung von Kompetenzen und um die Aufsicht der größeren Gebietskörperschaften über die kleineren rücksichtlich der Gesetzmäßigkeit ihrer Akte handeln.

Erst auf diese Art und Weise gewinnen die Gemeinden die Autonomie, die heute in Deutschland nur auf dem Papier steht, von den Regierungen aber im Munde geführt wird, während sie ebenso oft auf sie Attentate machen.

Ich komme nunmehr zu der nicht minder wichtigen Frage nach den **Mitteln und Wegen**, auf denen die **Gemeinde ihre Aufgaben erfüllen kann**. Wir müssen der Gemeinde die nothwendigen Mittel liefern. Das erste Mittel hierzu ist die Bildung leistungsfähiger Gemeinden, der Zusammenschluß der zahllosen Zwerg-Gemeinden, die es in Deutschland giebt, zu Großgemeinden für bestimmte Verwaltungszwecke. Die Wohnungs-Inspektion kann z. B. kleinen Gemeinden gar nicht übertragen werden, weil hier nicht die Männer gefunden werden können, die eine erfolgreiche Inspektion vornehmen können. Dann stehen der Gemeinde zur Verfügung als finanzielle Mittel die Erträgnisse des Gemeindevermögens, ihrer wirthschaftlichen Unter-

nehmungen, die Gebühren für die Benutzung einer Reihe von Gemeinde-Einrichtungen, die Zuschüsse des Staates und die Steuern. Betrachten wir die Einnahmen der Gemeinden aus den wirthschaftlichen Unternehmungen, so müssen wir untersuchen, ob die Gemeinden ihre Betriebe so betreiben sollen, daß sie Ueberschüsse abwerfen, oder ob die gesammten Ueberschüsse in Preisreduktionen den Konsumeten, den Einwohnern, zu gute kommen sollen, wobei selbstverständlich Rücklagen für die Amortisation des aufgewendeten Kapitals mit in Rechnung zu stellen sind. Durch die Munizipalisirung gewerblicher Betriebe wird an ihrem kapitalistischen Charakter an und für sich nichts geändert. Dazu wäre es nöthig, daß der Profit, den sie abwerfen, aus der Welt geschafft wird. Die Gemeinden sollen nach unserer Auffassung nicht nach dem Grundsatz verfahren, den größten Betrieb aus ihren Betrieben herauszuschlagen, sondern sie sollen die Leistung von Diensten und die Produktion von Waren durch die Regieübernahme aus dem Gesammtgebiet der kapitalistischen Produktion herausheben und zu einem Theil der öffentlichen Leistungen umgestalten. Damit ist eine Profitwirthschaft natürlich nicht vereinbar. Wir müssen nun untersuchen, welche Wirkungen die im Interesse eines Ueberschusses höher eingesetzten Preise ausüben, ob es gerecht ist, die Ueberschüsse zur Steuererleichterung oder zur Deckung des Defizits anderer Anstalten zu verwenden. Sehr interessant ist in dieser Beziehung die Frage der Ueberschüsse der Gas- und Elektrizitätswerke. Zu den Gaskonsumenten gehören zahlreiche kleine Handwerker und Beamte, zu den Elektrizitätskonsumenten sehr kapitalkräftige Leute. Wir stehen vor der Thatsache, daß beim Profitbetrieb die kleinen Gaskonsumenten für das Defizit zahlreicher Elektrizitätswerke aufkommen oder, wenn die Elektrizitätswerke Ueberschüsse abwerfen, in den Ueberschüssen der Gaswerke die reichen Leute vor höherer Steuerbelastung schützen müssen. Die Gasautomatenbesitzer gehören ohne Zweifel nicht zur besitzenden Klasse. Der durchschnittliche Verbrauch eines Gasautomaten ist auf 275 Kubikmeter im Jahre anzunehmen. Es giebt nun Städte, die 8,5 Pf. Ueberschuß pro Kubikmeter aus dem Gas herauswirthschaften. Das bedeutet also für den Gasautomatenbesitzer eine jährliche Belastung von 24 M. Diese kommunale Ueberschußwirthschaft bedrückt die nichtbesitzenden Klassen. Die angeblichen Gründe für die Ueberschußwirthschaft sind erstens die Möglichkeit, Profit zu machen, die als Ansporn der Direktion dienen soll, zweitens die Entschädigung für das Risiko, das aber von den Konsumenten getragen wird. Das Geheimniß der Ueberschußwirthschaft ist aber thatsächlich das gleiche wie bei den indirekten Steuern. Zahlreiche neue Bedürfnisse entstehen in den Städten, die Geld kosten. Die Kommunen scheuen sich, ihre reichen Einwohner stärker heranzuziehen.

Die Hauptsache für uns ist die sozialpolitische Gestaltung der Tarife. Bei Einrichtungen der Volkshygiene muß der Tarif die Benutzung durch das Publikum sichern, bei solchen der Wirthschaftspflege die kleinen Konsumenten mindestens nicht schlechter stellen als die großen Konsumenten. Heute aber wird bei den Wasserwerken den großen Abnehmern manchmal ein Rabatt bis zu 50 Proz. gewährt. Wir müssen mit dieser Rabattwirthschaft aufräumen, denn der Einwurf, daß sie nothwendig sei, um die großen Konsumenten von der eigenen Herstellung abzuhalten, ist hinfällig: zahlreiche Städte besitzen einen Einheitstarif, ohne daß diese Folge bei den großen Konsumenten eingetreten wäre.

Bei der Regelung des kommunalen Steuerwesens werfen sich eine ganze Reihe wichtiger Fragen auf. So entsteht zunächst die Frage, ob die absolute Steuerautonomie der Gemeinde richtig ist oder die staatliche Regelung des kommunalen Steuerwesens. In der Resolution treten wir für die zweite Regelung ein. Die Erfahrungen, die sächsische Städte mit der Finanzautonomie bieten, sprechen nicht für den Grundsatz der absoluten Gemeinde-Autonomie.

Die zweite wichtige Frage ist, ob die kommunale Steuerleistung nach der Leistungsfähigkeit oder nach dem Interesse erfolgen solle. Die Resolution stellt

die Steuerleistung nach der Leistungsfähigkeit voran. Es handelt sich dabei um die Einkommen-, Vermögens- und Erwerbssteuer. Die Besteuerung nach dem Interesse ist aber als Ergänzung nothwendig, vor allem, wo es sich um die Werthsteigerung des Grund und Bodens handelt, die für die Gemeinden abgefangen werden muß. Die bürgerlichen Kommunalsteuer-Reformer haben eine große Reihe von Vorschlägen gemacht, die sich mit der Abfangung dieser Werthsteigerung beschäftigen. Sie haben Steuern auf den gemeinen Werth des Grund und Bodens, die Bauplatzsteuer und die Immobilar-Umsatzsteuer, vorgeschlagen. Leider ist es mir nicht möglich, im einzelnen auf alle diese Steuern einzugehen. Den größten Vorzug räume ich der Immobiliar-Umsatzsteuer ein, sobald sie freigemacht ist von den fiskalischen Beschränkungen, proportional dem Werthzuwachs bemessen wird und nicht nur die onerosen Geschäfte, sondern auch den Besitzwechsel durch Erbgang trifft. Diese Steuer hat den großen Vorzug, daß sie nicht abgewälzt werden kann, da sie nicht alle Grundstücke gleichmäßig proportional dem Werthe trifft, sondern ein Grundstück so oder so nach dem Werthzuwachs. Die Grundstücke haben eine bestimmten Marktwerth, der sich nicht individuell bei den einzelnen Grundstücken um die Höhe der Steuern steigern läßt. Mit den Steuern und Ueberschüssen der gewerblichen Unternehmungen allein ist es der Gemeinde nicht möglich, alle ihre Aufgaben zu erfüllen. Es ist nothwendig, daß der Staat mit seinen reicheren Mitteln eingreift und Zuschüsse gewährt. Dabei wird es sich vor allem um die Gebiete handeln, die mit dem allgemeinen staatlichen Interesse in einer gewissen Beziehung stehen, also um die Volkshygiene, um das Schulwesen, um die Armenpflege.

Sollen die staatlichen Zuschüsse nun allen oder nur den bedürftigen Gemeinden zugewendet werden? Auf jeden Fall muß das Ermessen der Regierungsbehörde ausgeschlossen werden. Es müssen gesetzliche Normen für die Fälle der Bedürftigkeit der Gemeinden festgelegt werden. Weiter müßte Fürsorge getroffen werden, um die Selbstständigkeit der Kommunen gegenüber der staatlichen Aufsicht bei der Verwendung staatlicher Zuschüsse zu sichern. Die Zuschüsse müssen den Gemeinden zur freien Verwendung übergeben werden nach den gesetzlichen Vorschriften. Bei ungesetzlicher Verwendung müßte der Staat auf Rückzahlung klagen. Die Bedeutung der staatlichen Zuschüsse liegt darin, daß sie der einzige Weg sind, den leistungsunfähigen Gemeinden die nothwendige Hülfe zu gewähren. Diese Leistungsunfähigkeit der Gemeinden hat ja zu der Forderung geführt, das Schulwesen, die Armenpflege zu verstaatlichen. Gewähren wir den leistungsunfähigen Gemeinden Staatszuschüsse, so entfällt damit einer der Hauptgründe, den Gemeinden die Verwaltung dieser wichtigen Gebiete zu nehmen.

Ich komme nun zur Besprechung einer Reihe von Einzelpunkten, die ich herausgreifen will aus dem gesammten Abschnitt, der die einzelnen Forderungen enthält, die wir an die Gemeinden stellen. In der Resolution wird den Gemeinden die Fürsorge für die Ernährung überwiesen. Die Gemeinden sollten so weit als möglich die Käufer vor Uebervortheilung schützen, dem Lebensmittelverkehr geregeltere Bahnen anweisen und so dafür sorgen, daß die Ströme des Verkehrs in ausreichender Stärke die einzelnen Theile des Gemeinwesens durchfluthen; sie sollen aber noch weiter gehen und selbst in die Produktion der Lebensmittel eingreifen. Dafür spricht einmal die Rücksicht auf die Volksgesundheit. Trotz der Nahrungsmittel-Aemter in den einzelnen Gemeinden, ist das Publikum Fälschungen gegenüber hülflos. So hat z. B. die städtische Milchkontrolle einen vollständigen Bankerott erlitten. Ein zweiter Grund ist die Billigkeit der Produkte. Diese werden theils in monopolistischen Riesenbetrieben hergestellt, theils in Kleinbetrieben. Befindet sich das Publikum bei ersteren geradezu Monopolen gegenüber, so werden bei den Kleinbetrieben die Produkte in Folge der Zünfte vertheuert und verschlechtert. Dazu kommt, daß sich in den letzten Jahrzenten der Kampf zwischen Stadt und Land in einer Weise ausgebildet hat,

wie nie zuvor. Die Städte sehen sich agrarischen Ringen gegenüber, die nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den Kleinhändlern der Städte selbst Unterstützung finden. Nicht überall liegen die Verhältnisse so wie in Berlin, wo die Milchhändler sich im eigenen Interesse gegen die Monopolbestrebungen des agrarischen Ringes wehren. In anderen Städten haben wir beobachten können, daß die Kleinhändler mit den Monopolisten zusammen die Preise vertheuern. Gegen derartige Bestrebungen müssen die Gemeindeverwaltungen einschreiten, um ihr Bürger zu schützen. Dadurch wird die Thätigkeit der Gemeinden zu einer wirthschaftlich organisatorischen. Aber gerade wegen dieses Charakters stößt sie auf die größten Hindernisse und Schwierigkeiten. Die Produktion der Lebensmittel und der Verkehr mit ihnen sind so in den kapitalistischen wirthschaftlichen Mechanismus hineingewachsen und so sehr Bestandtheile desselben geworden, daß jeder Versuch, sie stückweise herauszuheben aus dem schädlichen Boden, auf die erbitterste Feindschaft der Interessenten stößt. Bei diesem Kampf vergißt selbst das Kleinhändlerthum in den Reihen unserer Partei sehr oft die Zusammengehörigkeit mit der Gesammtpartei. In welcher Weise die Gemeinden die Privatwirthschaft zu ersetzen vermögen, ist eine Frage, die einer speziellen Untersuchung bedarf. Es sei nur betont, daß die Gemeinden sich auf die Produktion der Massengüter beschränken müssen, d. h. von Waren, die in ziemlich gleichbleibenden Quantitäten und in wenigen Qualitäten in großer Masse von der Bevölkerung konsumirt werden, wie Milch, Brot, Fleisch und Bier.

Wegen der vorgerückten Zeit bricht Redner sein Referat ab, um es in der nächsten Sitzung fortzusetzen. Begrüßungs-Telegramme sind eingesandt vom Deutschen sozialistischen Leseklub in Paris und vom Verband der Hafenarbeiter, Mitgliedschaft Schauerleute, Altona. Schluß 7 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 19. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8¾ Uhr. Den Vorsitz führt Genosse Vollmar.

Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein London.

Dr. Lindemann fährt in seinem Referat über Punkt 6 der Tagesordnung: **Kommunalpolitik** fort:

Mit dem nächsten Punkt, den ich zu behandeln habe, dem Städtebau- und Wohnungswesen, hat sich bereits der vorjährige Parteitag beschäftigt, so daß ich nicht nothwendig habe, auf die große Frage des Städtebauwesens und des Wohnungswesens in allen Einzelheiten einzugehen. Ich beschränke mich daher darauf, einige strittige Punkte einer kürzeren Besprechung zu unterziehen. Die Resolution beginnt mit der Forderung einer gesunden Bodenpolitik durch die Gemeinden und sie empfiehlt als die wesentlichsten Mittel für ihre Durchführung die Erwerbung von Grund und Boden seitens der Gemeinden, die Umgestaltung und Ausbildung der Bebauungspläne und Bauordnungen und endlich den Ausbau und Betrieb kommunaler Straßenbahnnetze. Das sind ja nur Palliativmittel; es kann wohl etwas damit erreicht werden, aber nicht alles. Das große Mittel, die Enteignung von Grund und Boden, wird den Gemeindeverwaltungen sobald nicht in den Schoß fallen, und so lange dieses Mittel fehlt, muß versucht werden auf anderem Wege dem Ziele näher zu kommen. Dazu dient in erster Linie der Ankauf von Grund und Boden durch die Gemeinde. Die Gemeinden müssen da selber auf dem Markt als Spekulanten erscheinen und sich in den Besitz möglichst zahlreicher Terrains setzen. Sie müssen durch besondere Maßregeln den Preis des Grund und Bodens möglichst niedrig zu halten suchen. Hier ist es vor allem der Bebauungs

plan und die Bauordnung, durch die es möglich ist, die Bodenausnützung zu beschränken, die Miethskaserne, dieses scheußlichste Produkt des Städtebaues, zu bekämpfen und den Kleinbau zu fördern. Bei der Festlegung von Bebauungsplänen und dem Erlaß von Bauordnungen drängt sich zunächst die sehr wichtige Frage auf, inwiefern eine weiträumige Bebauung des Gemeindegebietes stattfinden soll, und hier begegnen wir in den Reihen, nicht nur der deutschen, sondern auch der ausländischen Sozialdemokratie einer Meinungsverschiedenheit. Die einen wenden sich gegen eine weiträumige Bebauung, weil sie der Ansicht sind, daß dadurch die Miethspreise gesteigert werden, sie treten ein für hohe Häuser, ja sogar Dachwohnungen. Vom volkshygienischen Standpunkt aus müssen wir die Miethskasernen ohne weiteres verwerfen. Wir trachten danach, daß nicht nur die oberen Zehntausend, sondern auch die Arbeiter dessen theilhaftig werden, was die moderne Bautechnik den Reichen zur Verfügung stellt. Es kann doch nicht unser Grundsatz sein, für die Herren die Villen, für die Arbeiter die Miethskasernen zu schaffen. Von dem Bauunternehmerthum, von dem Hausbesitz wird die Verbilligung der Miethen ins Feld geschickt, um dahinter durch große Bodenausnützung und den Bau von Miethskasernen die Grundrente in die Höhe zu treiben und als Folge davon die Miethen zu steigern. Die fingirte Arbeiterfreundlichkeit der Bauunternehmer und Bodenbesitzer tritt ein für die Miethskasernen, weil sie angeblich der Arbeiterklasse ein zentraleres und billigeres Wohnen gestatte. Wir dürfen uns durch diese fingirte Arbeiterfreundlichkeit nicht täuschen lassen. Es ist durchaus nicht wahr, daß die Wohnungen in den Miethskasernen billiger sind als in den kleinen Häusern. Wenn wir die Miethspreise solcher Städte, in denen die Miethskaserne vorherrscht, vergleichen mit den Miethspreisen solcher Städte, in denen das kleine Wohnhaus vorherrscht, so liegt der Vortheil durchaus auf seiten der Städte mit Miethskasernen. In London entfallen auf ein Wohnhaus im Durchschnitt 8 Personen, in London muß eine Familie durchschnittlich $^1/_{10}$—$^1/_8$ ihres Einkommens für die Miethe aufwenden. In Berlin, wo auf ein Haus etwa die sechsfache Bewohnerzahl entfällt, steigt der Theil des Einkommens, der für die Miethe aufgewendet werden muß, auf ein $^1/_4$—$^1/_3$. Es ist also durchaus nicht wahr, daß die Miethskaserne die Preise verbilligt. Damit entfällt das wichtigste Moment, das für eine enge, geschlossene Bebauung des Städtegebietes spricht. Wahr ist nur, daß da, wo einmal die Miethskaserne die herrschende Wohnform ist, wo die gesammte Bauordnung auf die Miethskaserne zugeschnitten ist, natürlich der Kleinhäuserbau konkurrenzunfähig ist, weil eben der Grund und Boden für die Errichtung von kleinen Häusern zu theuer wird. Um nun den Kleinbau, unter dem man sich nicht ausschließlich den Bau von Einfamilienhäusern zu denken braucht, wieder konkurrenzfähig zu machen, muß auf gesetzgeberischem Wege eingegriffen werden. Es muß der Grad der Bodenausnützung durch Ortsstatute beschränkt werden durch Vorschriften, die die hygienisch vortheilhafte weiträumige Art der Bebauung vorschreiben und die Miethskasernen einschränkende Bestimmungen enthalten. Selbst wenn durch derartige Beschränkungen der Bodenausnützung die Miethen nicht billiger würden, so würden die Arbeiter doch gesünder und besser wohnen als in den Miethskasernen, wie sie sich heute in den modernen Großstädten bis auf weit hinaus in die Vororte aufthürmen. Ueber die Frage der **Wohnungsämter** kann ich wohl hinweggehen, da über die Einrichtung, die Aufgaben, die solchen Wohnungsämtern zuzuweisen sind, keine Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei bestehen. Dagegen will ich noch mit einigen Worten auf die Frage der **Baugenossenschaften** und speziell der Unterstützung derselben durch die Gemeinden eingehen. Der Lübecker Parteitag hat in seiner Resolution über die Wohnungsfrage sich gleichfalls mit den Baugenossenschaften beschäftigt und hat eine qualifizirte Empfehlung derselben gegeben. Ueber die Frage, ob wir für eine

finanzielle Unterstützung der Baugenossenschaften einzutreten haben, hat sich der Lübecker Parteitag nicht ausgesprochen. In dieser Frage stehen sich bei unseren Genossen zwei Ansichten gegenüber, von denen die eine sich gegenüber dem gesammten Baugenossenschaftswesen ablehnend verhält, während die andere, zahlreicher vertretene, sich für eine finanzielle Unterstützung derselben durch die Gemeindeverwaltungen ausspricht. Die Programme von Braunschweig, Schleswig-Holstein, Hessen u. s. w. fordern alle eine Unterstützung des Baugenossenschaftswesens durch die Gemeinden. Die Ansicht, die jede Unterstützung von Baugenossenschaften ablehnt, geht doch wohl zu weit, es kommt auf den einzelnen Fall an; immer wird zu untersuchen sein, aus welchem Personenkreis sich eine solche Genossenschaft zusammensetzt, wie die Eintrittsbedingungen, die Beiträge sind, ob das Prinzip des Gesammteigenthums gewahrt bleibt. Vor allem ist zu fragen: wie stellt sich die Baugenossenschaft zu dem Grundsatz, daß die Miethen prinzipiell so zu bemessen sind, daß sie nur die Kosten und die Amortisation decken. Nach Beantwortung dieser Fragen ist unsere Stellung zu bemessen.

Wir kommen nun zur Volksbildung. Ich beginne mit einer Besprechung der Forderung, welcher wir in sehr vielen Kommunalprogrammen begegnen und ein beliebtes Schlagwort auch in unserer Landtagspolitik ist, der Forderung nach der Verstaatlichung der Volksschule. Was ist damit gemeint? Soll damit gemeint sein, daß die Volksschule nicht von Privatunternehmern, sondern von öffentlichen Gebiets-Korporationen verwaltet werden soll? Nein, man versteht unter dieser Forderung die Uebernahme der Lasten des Volksschulwesens auf den Staat, die Uebertragung der Verwaltung des gesammten Volksschulwesens auf eine staatliche Bureaukratie. Diese beiden Dinge lassen sich nicht trennen. Die Uebernahme der Kosten bedingt auch die Uebernahme der Verwaltung. Der Staat würde sich die Verwaltung oder doch wenigstens eine weitgehende Beaufsichtigung der Volksschule ausbedingen. Können wir dafür eintreten? Der leitende Gedanke muß immer der sein, daß die Gemeinde von vornherein das Recht auf die Führung der lokalen Verwaltung hat. Ist nun das Volksschulwesen eine solche lokale Angelegenheit? Ohne Zweifel! Allerdings hat der Staat ein großes Interesse an dem guten Zustande des Schulwesens in den Gemeinden, das kommt zum Ausdruck im Schulgesetz und im Aufsichtsrecht. Das Hauptinteresse am Schulwesen aber hat doch die Einwohnerschaft eines Ortes. Zwischen ihr und der Volksschule laufen so enge Fäden, daß wir sie nicht ohne weiteres durch Uebertragung an eine staatliche Bureaukratie zerschneiden wollen. Auch im Wesen der Volksschule ist diese Uebertragung nicht begründet. Der Bau von Volksschulen, die Einrichtung von Turnhallen, Spielplätzen, Brausebädern kann die Gemeinde ebenso gut vornehmen wie der Staat. Fortschritte, wie die Anstellung von Schulärzten, sind viel eher von der Gemeinde zu erwarten, als von der staatlichen Bureaukratie, die das „Ruhende nicht bewegen" will. Zudem ist noch die Zustimmung des Landtages erforderlich, und wie da die Majoritäten beschaffen sind, wissen wir. Wie es mit der staatlichen Verwaltung aussieht, kennen wir bei der Ortspolizei. Der Hauptgrund, der für die „Entkommunalisirung" der Volksschule angeführt wird, ist: daß sie unter staatlicher Verwaltung außerordentliche Fortschritte machen würde. Das wage ich zu bezweifeln, der Staat betreibt seine Verwaltung nach dem Grundsatz der geringsten Kosten. Vielleicht würde etwas gebessert werden bei den Landschulen, aber nur soviel, als die leitenden Gewalten auf dem Lande, die Junker, gestatten, und das ist sehr wenig. Dagegen würden die Volksschulen der großen Städte leiden, eine Stagnation würde eintreten. Schon im Interesse unserer Partei, deren Kerntruppe doch das Proletariat der großen Städte ist, haben wir hier den kulturellen Fortschritt der Entwickelung des Volksschulwesens zu fördern. Man könnte mir entgegenhalten, daß z. B. Berlin von den staatlichen Behörden zur Einführung der achten Schulklasse gezwungen werden

mußte. Drehen wir einmal die Sache um und fragen wir: Hätte der Staat, wenn er das gesammte Schulwesen verwaltet, das achte Schuljahr eingeführt? Darauf werden wir alle nur mit Nein antworten können. Wichtig ist auch noch der politische Grund, der uns abhalten muß, eine neue Bureaukratie zu schaffen Die Bureaukratie ist der hartnäckige Gegner unserer Bestrebungen, wir haben sie nicht zu stärken. Weist man all demgegenüber auf die mangelnde Leistungsfähigkeit und die Rückständigkeit vieler Gemeinden hin, so sagen wir: die mangelnde Leistungsfähigkeit beseitigen wir durch staatliche Zuschüsse, die Rückständigkeit der Gemeinde aber bekämpfen wir durch die Aufklärung und Agitation, die von unserer Partei ausgeht.

Alles, was ich eben gegen die Verstaatlichung des Volksschulwesens ausgeführt habe, gilt auch gegen die Verstaatlichung der Armenpflege. Hier kommt noch der neue Einwand hinzu: Wie will die staatliche Verwaltung diejenige Individualisirung durchführen, die doch das charakteristische Kennzeichen der Armenpflege ist? Es würde dazu ein so ungeheures Beamtenheer nothwendig sein, daß die Kosten sich vielleicht auf das Doppelte und Dreifache belaufen würden, und das Resultat würde doch ein unbefriedigendes sein. In kleinen Gemeinden müßte der Staat doch auf die Gemeindebeamten zurückgreifen. Da ist es schon richtiger, die Armenpflege den Gemeinden zu übertragen und dafür zu sorgen, daß diese leistungsfähig werden für die Ausführung ihrer Aufgaben, dafür zu sorgen, daß ihre Thätigkeit von sozialpolitischen Gedanken durchtränkt wird, statt ihnen ohne weiteres ein großes, wichtiges, aufs engste mit der Lokalität verbundenes Arbeitsgebiet zu nehmen und auf staatliche Behörden zu übertragen, die durchaus nicht geeignet dafür sind.

Ein anderer Punkt, über den unter den Parteigenossen Meinungsverschiedenheiten herrschen, das ist unsere Stellung zum höheren Schulwesen. Die Programme von Brandenburg und Sachsen fordern im Anschluß an unser allgemeines Programm die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschule, die zu weiterer Ausbildung fähig sind. Dagegen forderte der Braunschweiger Programm-Entwurf die Abschaffung aller Aufwendungen für höhere Bildungsanstalten, die dem Volksschüler eine solche Ausbildung nicht ermöglichen. Da dies heutzutage noch nirgends der Fall ist, so wäre die Konsequenz, daß unsere Braunschweiger Vertreter die Etats der höheren Schulen in den Gemeinden abzulehnen hätten. Diese Stellungnahme ist ja eine sehr einfache und bequeme, aber sie ist höchst bildungsfeindlich. (Sehr richtig!) Derselben Art sind auch die Bestrebungen, die dahin gehen, das Schulgeld für die höheren Schulen zu vertheuern aus dem Grunde, weil die Gemeinden für höhere Schulen pro Kopf und Schüler mehr aufwenden als für die Volksschulen. Was wird aber dadurch erreicht, daß wir die Etats der höheren Schulen ablehnen oder das Schulgeld noch mehr in die Höhe treiben? Dadurch wird thatsächlich nur das Privileg der besitzenden Klassen vergrößert, und es ist eine eigenthümliche Logik, die höheren Schulen ihres Klassencharakters wegen anzugreifen, andererseits aber selbst dafür zu sorgen, daß dieser Klassencharakter noch verschärft und über alles Maß hinaus gesteigert wird. (Sehr wahr!) Durch die Erhöhung des Schulgeldes wird ferner den Talenten der weniger besitzenden Klassen, des Kleinbeamtenthums, der kleinen Kaufleute und auch der Arbeiter der Zugang zu den höheren Schulen versperrt. Die Plätze werden für die Mittelmäßigkeit und Unfähigkeit der Reichen reservirt. Das Resultat ist, daß das Niveau aller der Berufsstände, die sich aus den höheren Klassen rekrutiren, herabgedrückt wird, und daß in diesen Kreisen die geistige Stagnation noch wächst, daß der politische Gegensatz zwischen den Massen ein noch schärferer wird, und daß die regierenden Kreise, die sich aus den höheren Schulen rekrutiren, jedes sozialpolitische Verständniß verlieren. Unser Ziel ist ja, daß nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern die Befähigung

der Kinder für den Besuch der höheren Schulen entscheidend sein soll. Es wird allerdings noch lange dauern, ehe wir den Ausschluß der unfähigen Schulkinder von reichen Eltern durchsetzen können. Mit um so größerer Energie müssen wir aber dem anderen Theil unseres Zieles zustreben: den Zugang zu den höheren Schulen den Befähigten zu eröffnen, ohne jede Rücksicht auf das Einkommen der Eltern. Ein Mittel dazu wäre die Abstufung der Schulgelder nach der Höhe des Einkommens, wie es in einigen deutschen Städten schon der Fall ist. Werden die Minimalsätze niedrig genug gegriffen, so eröffnen wir den Zugang einer weiten, heute ausgeschlossenen Schicht. Aber selbst mit der Aufhebung des Schulgeldes und Gewährung freier Lehrmittel ist den Kindern der Arbeiterklasse noch nicht geholfen, es muß auch der Unterhalt der die höheren Schulen besuchenden Kinder des Volkes seitens der Gemeinde gedeckt werden. Deshalb muß das Stipendienwesen so umgestaltet werden, daß einmal die Stipendien erhöht und daß zweitens die Vergebung von Freistellen nicht, wie heute, nach Willkür und Laune erfolgt, sondern daß in einem freien Wettbewerb den Besten und Fähigsten der Besuch der höheren Schulen ermöglicht wird. An die Freistellen für höhere Schulen hätten sich dann solche für die Universitäten anzuschließen. Auf diese Weise hätten wir eine Leiter gebaut, die von den Volksschulen über die höheren zur Universität reicht, mit der es möglich ist, die befähigten Kinder des Volkes theilnehmen zu lassen an den Gütern der Wissenschaft und Kultur, die bisher nur für die besitzenden Klassen reservirt waren.

Ich brauche mich hier auf einem sozialdemokratischen Parteitag nicht in längeren Ausführungen darüber zu ergehen, daß wir die kommunale Regie von Wasserwerken, Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, sowie von Straßenbahnen aller Orten fordern. Darüber herrscht bei uns volle Uebereinstimmung; ich wende mich deshalb sofort zu dem Kapitel Sozialpolitik. Die Resolution theilt die Forderungen in zwei Theile, in Forderungen für die gesammte Arbeiterschaft der Gemeinde und in solche für die im Lohnverhältniß zu der Gemeinde stehenden Arbeiter. An die Spitze unserer allgemeinen sozialpolitischen Forderungen wäre die Errichtung von Arbeitsämtern zu stellen. Heute haben wir bereits in einer Reihe von Städten Arbeitsämter, aber sie sind thatsächlich nichts weiter als Arbeitsnachweise. Die Vorgänge des letzten Winters, die Arbeitslosenzählungen, die in einzelnen Städten vorgenommen wurden, theils von Gewerkschaften, theils von kommunalen statistischen Aemtern, haben die Nothwendigkeit bewiesen, die heutigen Arbeitsnachweise weiter auszubauen und zu Zentralstellen der kommunalen Arbeiterpolitik auszubilden. Diesen Arbeitsämtern, die Theile der kommunalen Verwaltung sind, zu denen aber Beisitzer aus den Kreisen der Arbeiterschaft und des Unternehmerthums hinzuzuziehen wären, ist zuzuweisen das gesammte Gebiet der Arbeiterstatistik, die Ausarbeitung sozialpolitischer Gutachten, der Arbeitsnachweis, die Arbeitslosen-Fürsorge und die Ueberwachung der sozialpolitischen Gebahrung der gesammten kommunalen Verwaltung. Die Forderung kommunaler Arbeitsämter steht durchaus nicht im Widerspruch mit der unseres allgemeinen Programms, der Errichtung von Reichs-Arbeitsämtern, denn selbst wenn wir ein Reichs-Arbeitsamt schaffen, müssen doch unter dieser zentralen Behörde lokale Arbeitsämter vorhanden sein, und diese werden ohne Zweifel am besten angeschlossen an die Gemeinde-Verwaltungen. In einigen Programmen wird den Arbeitsämtern ferner das Gebiet der Auskunftsertheilung überwiesen, also eine Aufgabe, die bisher die Arbeiter-Sekretariate erfüllten. Die Arbeiter-Sekretariate sollten als Schöpfung der organisirten Arbeiterschaft in erster Linie den organisirten Arbeitern zu gute kommen. Im Laufe der Zeit haben auch die nichtorganisierten Arbeiter dieselben benutzt und häufig sogar in größerer Ausdehnung als die organisirten Arbeiter. In Folge dessen haben die Kosten ihrer Verwaltung sich gesteigert und sind für die Gewerkschaften eine schwere finanzielle Last geworden. Es sind in Folge dessen aus Kreisen der Ge-

werkschaften ja auch Forderungen an die Gemeindeverwaltungen gestellt worden, es sind Subventionen für die Arbeiter-Sekretariate gefordert worden, es ist sogar ferner erörtert worden und es wird in den Programmen gefordert, daß diese Arbeiter-Sekretariate in die kommunale Verwaltung übergehen sollen. Das wäre allerdings der einfachste Ausweg, um den Gewerkschaften diese Last abzunehmen, aber es scheint mir zweifelhaft, ob er auch der beste ist. Die Thätigkeit der Arbeiter-Sekretariate beschränkt sich ja nicht nur auf die Auskunftsertheilung, ihr Einfluß geht viel weiter, sie gewinnen die nicht organisirten Arbeiter für die Gewerkschaften, führen sie den Gewerkschaften zu. Diese Thätigkeit würde durch die Ueberführung der Arbeiter-Sekretariate in kommunale Verwaltung ohne weiteres aufhören. Ein besserer Ausweg scheint mir zu sein, daß wir eine Theilung der Zuständigkeit nach der Art der Auskünfte vornehmen. Ein großer Theil der Auskünfte beschäftigt sich nicht mit den Fragen des speziellen Arbeiterrechts, sondern betrifft das Gebiet des allgemeinen Rechts, des Bürgerlichen Gesetzbuches usw. Nach dem letzten Jahresbericht des Stuttgarter Sekretariats betrafen von 8408 Auskünften 3076 nicht das spezielle Arbeiterrecht, sondern das Eherecht, das Familienrecht im allgemeinen usw. Wenn wir nun die spezifisch arbeiterrechtlichen Auskünfte den Arbeiter-Sekretariaten vorbehalten und die Auskunftsertheilung über andere Gebiete den städtischen Arbeitsämtern zuweisen, so nehmen wir damit eine Scheidung vor, die nur im Interesse der Arbeiter-Sekretariate liegt. Es wird ihnen dadurch eine ungeheure Arbeitsleistung abgenommen, sie werden frei für andere, wichtigere Aufgaben. Mit der Einrichtung solcher Arbeitsämter wurden natürlich die sozialen Kommissionen, die in einer Reihe von Städten vorhanden sind, überflüssig; sie führen ja auch heute schon ein recht beschauliches Dasein; von ihrer Thätigkeit merkt man nur sehr wenig.

Eine wichtige Forderung, der in sehr vielen Programmen ein fast ungebührlicher Platz eingeräumt ist, ist die Regelung des Submissionswesens. Wir können da zwei Gruppen von Forderungen unterscheiden. Die eine Gruppe dient den Interessen der Arbeiterschaft, die andere, mag das nun den Verfassern der betreffenden Programme bewußt oder nicht bewußt gewesen sein, den Interessen des Kleinhandwerks und des Mittelstandes, und zwar direkt im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter. Die Hauptforderung, die wir auf diesem Gebiete im Interesse der Arbeiterschaft erheben müssen, ist die Einführung der sogenannten anständigen Lohnklausel, d. h. einer Bestimmung, wonach in den Verträgen der Gemeinde, mögen es nun Arbeits- oder Waarenlieferungs-Verträge sein, den Unternehmern die Einhaltung der Arbeitsbedingungen auferlegt wird, welche die Gewerkschaften festsetzen. Es handelt sich bei der Lohnklausel nicht ausschließlich um die Festsetzung von Minimal- oder Gewerkschaftslöhnen, sondern ebenso sehr um die Festsetzung der anderen Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, um die Sicherstellung des Lohnes durch Kautionen, um die Ausstattung der Arbeitsplätze, um den Schutz der Arbeiter bei der Weitervergebung von Verträgen, ferner um die Streikklausel und um die Anerkennung der Arbeiterorganisation. Die „anständige Lohnklausel" umfaßt also ein sehr weites Gebiet, das ganze Gebiet der Arbeiterpolitik. Gelingt es, die Lohnklausel in allen Gemeinden in diesem Umfange durchzuführen, dann dürfte ein sehr großes Stück Arbeiterpolitik geschafft sein. Ein Theil der Bestimmungen der Lohnklausel ist ja schon in die Submissionsbedingungen auch der deutschen Städte aufgenommen worden. Der Schutz der Arbeiter gegen nicht zahlende Unternehmer ist in den meisten Submissionsbedingungen großer Städte enthalten. Ebenso trifft das zu auf die Sorge für das Unterkommen der Arbeiter, auf die Sicherung der Krankenversicherungs-Beiträge u. s. w. Am mangelhaftesten sind die städtischen Submissionsbedingungen, soweit es sich um die Sicherung der gewerkschaftlichen Arbeitszeit und der gewerkschaftlichen Ar-

beitslöhne handelt. In diesen beiden Punkten sind die deutschen Städteverwaltungen gegenüber den Städteverwaltungen Frankreichs, Englands und Hollands ganz außerordentlich zurückgeblieben. Ich kenne nur eine deutsche Stadt, Wiesbaden, die in dieser Beziehung unseren Forderungen entspricht. Eine Reihe von anderen Städten erkennt zwar den Lohntarif der Buchdrucker an, während die übrige Arbeiterschaft solcher Schutzbestimmungen noch entbehrt. Der leitende Gedanke bei dieser Lohn- oder besser Arbeitsklausel ist der, daß die Veränderlichkeit der Löhne und der Arbeitsbedingungen beschränkt werden soll. Es soll eine feste Grenze für alle von der Stadt indirekt beschäftigten Arbeiter nach unten hin gezogen werden, um zu verhindern, daß die Arbeitslöhne und die Arbeitsbedingungen unter das gewerkschaftliche Niveau herabgedrückt werden. Thatsächlich vollzieht sich der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmern, und speziell der Konkurrenzkampf zwischen dem Groß- und Kleinbetrieb, zum guten Theil auf Kosten der Arbeitslöhne und der Arbeitsbedingungen, besonders der Kleinbetrieb sucht durch Drücken der Löhne, durch Vernachlässigung der Arbeitsplätze seine technische und wirthschaftliche Rückständigkeit im Konkurrenzkampf gegenüber dem Großunternehmerthum wettzumachen. Durch die Lohnklausel werden die Arbeiter gegen eine derartige Ausbeutung geschützt. Es wird dadurch allerdings der technisch rückständige und wirthschaftlich unterlegene Kleinbetrieb schwer belastet, und es wird ihm das Hauptmittel, konkurrenzfähig zu bleiben, genommen. Zu der Lohnklausel stehen in einem ganz merkwürdigen Gegensatz die Forderungen, deren Ziel gerade die Erhaltung des Kleinhandwerks, des Mittelstandes ist. Die ganze Musterkarte der Mittelstandsforderungen auf dem Gebiete des Submissionswesens hat z. B. das Braunschweiger Programm aufgenommen. Gegen die öffentliche Ausschreibung des Submissionswesens ist ja nicht sehr viel einzuwenden. Weitere dieser mittelstandsretterischen Forderungen betreffen die Vergebung nicht ausschließlich an den Mindestfordernden, einen abgestuften Mittelpreis, die turnusmäßige Vergebung der Lieferung an Kleingewerbetreibende und so weiter. Bei einer Durchführung der Lohnklausel in dem von mir skizzirten Umfange hat aber die sozialdemokratische Partei gar keinen Anlaß, von dem Prinzip des Mindestfordernden abzugehen. (Sehr richtig!) Gegen eine Drückung der Arbeitslöhne sind die Arbeiter ja dann geschützt durch die Lohnklausel. Alle jene Klagen sind im ganzen nichts anderes als die Klagen des Kleingewerbes gegen die technische und wirthschaftliche Ueberlegenheit des Großbetriebes; wir wollen aber den technischen Fortschritt nicht aufhalten, und wir wollen die Konkurrenz nicht bekämpfen durch Rückfall in das Zünftlerthum, sondern durch den Fortschritt zum Sozialismus. Das Verlangen aber, den Mindestfordernden immer auszuschließen, wie es z. B. bei dem Mittelpreisverfahren der Fall ist, läuft im Grunde auf eine Prämiirung der technischen Rückständigkeit hinaus. Gerade in diesem Mittelpreisverfahren kommt die Mittelstandsretterei am schärfsten zum Ausdruck. Die höchsten und die niedrigsten Gebote werden abgelehnt, und es wird ein Durchschnitt gezogen, der über die technische Fähigkeit der Unternehmer auch nicht den geringsten Aufschluß giebt. Sicher ist dabei nur, daß die technisch überlegenen Betriebe zurückgestellt und die Lieferungen für die Gemeinden bedeutend vertheuert werden. Ebenso schädlich ist die turnusmäßige Vergebung an Handwerker der Gemeinde. Die Stadt ist dadurch an unfähige Handwerker gebunden und es resultirt daraus nichts anderes als eine Vertheuerung der Preise, vor allem, da die Einheitspreise in Verbindung mit den Meistern festgesetzt werden sollen. Es wird ferner durch diese Vergebung im Turnus an die ansässigen Meister des Ortes die auswärtige Konkurrenz ausgeschlossen. Es wird eine Mauer um die einzelnen Gemeinden aufgebaut. Die Stadt soll doch kein Objekt sein, das von den ansässigen Handwerkern ausgebeutet wird, ebenso wenig wie wir zugeben, daß die Gemeinden

vom Großunternehmerthum ausgebeutet werden. Wir können nicht dafür eintreten, daß dem kleinen Handwerkerthum, ohne Rücksicht auf die Kosten, die Arbeiten übertragen werden, daß wir den Großbetrieb ausschalten, nur weil der kleine Handwerker in der Stadt ansässig und eben Kleinhandwerker ist. Gegen diese mittelstandsretterischen Forderungen, gegen die Vertheuerung gewährt das Submissionswesen allein Schutz, und soweit nicht die eigene Regie, die wir ja prinzipiell fordern, durchgeführt wird, müssen wir an den Submissionen und an der Ertheilung an die Mindestfordernden festhalten. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß die Lohnklausel in dem weiten Umfang, wie wir sie verstehen, in den Gemeinden zur Durchführung gelangt ist.

In engem Zusammenhang mit dem Submissionswesen steht die Forderung, daß es den Gemeindevertretern verboten sein soll, Gemeinde-Arbeiten und Lieferungen zu übernehmen oder sich an gewerblichen Unternehmungen zu betheiligen, die im Vertragsverhältniß zu den Gemeinden stehen. Es wird eingewendet werden, daß besonders in kleinen Gemeinden fähige Parteigenossen dadurch ausgeschlossen werden von der Theilnahme an der Verwaltung und es wird ferner angeführt, daß es doch etwas merkwürdig ist, den Männern, denen wir durch unsere Wahl unser Vertrauen ausdrücken, zugleich durch unsere Forderung das tiefste Mißtrauen auszusprechen. Diese beiden Einwendungen haben etwas Richtiges, aber trotzdem müssen wir unsere Forderung festhalten, denn wir wollen vermeiden, daß die Gemeindevertreter in Abhängigkeit von der Verwaltung geraten. Das gilt besonders da, wo wir eine Magistratsverfassung haben und wo der Magistrat über die Vergebung von Submissionen entscheidet. Ein Gemeindevertreter, der auf die Uebernahme von Gemeinde-Lieferungen reflektirt, kann natürlich nicht in derselben Weise Opposition machen gegenüber dem Magistrat und der leitenden Partei, er wird versuchen, sich durch sein Wohlverhalten die Berücksichtigung zu erkaufen. Freilich kann die öffentliche Kontrolle sehr viel machen, aber selbst in Ländern, wo die gesammte Gemeindeverwaltung sich auf dem vollen Boden der Oeffentlichkeit vollzieht, hat es sich als nothwendig herausgestellt, unsere Forderungen mit aller Schärfe durchzuführen. In englischen Städten ist in den letzten Jahren ein außerordentlich heißer Kampf gegen das Korruptionswesen in Folge der Theilnahme von Gemeindevertretern an Lieferungen geführt worden, und eine Anzahl von Gemeinden hat Beschlüsse gefaßt, die noch weit über unsere Vorschläge hinausgehen. Hinter den bürgerlichen Parteien aber können wir doch unter einen Umständen zurückstehen. (Sehr richtig!)

Ueber unsere Forderungen auf dem Gebiete der speziellen Sozialpolitik besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Was schließlich die Armenpflege betrifft, so habe ich einen Theil unserer Forderungen schon bei der Verwaltung des Volksschulwesens mit besprochen und die übrigen Punkte dürften keinen Widerspruch finden. Ich bin also am Ende meiner Ausführungen und kann Ihnen zum Schluß nur noch die von mir vorgeschlagene Resolution zur wohlwollenden Prüfung empfehlen. Ich hatte mir das Ziel gesteckt, einmal die große gewaltige Bedeutung der Kommunalpolitik zu zeigen und ferner hervorzuheben, daß über einzelne Punkte zahlreiche Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden sind, deren Beseitigung unbedingt erforderlich ist. Auf keinem anderen Gebiet unserer Parteithätigkeit ist die Gefahr größer, daß die großen demokratischen und sozialistischen Grundlinien unserer Politik verschüttet werden unter der kleinen Detailarbeit. Um so wichtiger ist es, daß wir über die Grundlinien und die Art ihrer Durchführung in der Kommunalpolitik zur Klarheit kommen, denn nur aus der Klarheit wird die Einheit der praktischen Aktion geboren, deren wir im Kampfe um die Kommunalverwaltung ebenso dringend bedürfen wie im Kampfe um die Staatsgewalt. (Lebhafter Beifall.)

Die **Debatte** wird eröffnet. Außer der Resolution und den Anträgen 58, 86, 88 werden noch folgende Amendements mit zur Diskussion gestellt: 1. Amendement **Zetkin**, den Punkt 2a folgendermaßen zu fassen: Durchführung des Prinzips der Einwohnergemeinde mit allgemeinem, gleichem direkten und geheimem Wahlrecht für die mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts. Aufhebung aller Besitzprivilegien. 2. Amendement **Hoffmann**-Hamburg: Unter e) 1 statt Regelung des Submissionswesens zu sagen: Beseitigung des Submissionswesens und Uebernahme aller Arbeiten in eigene Regie. 3. Amendement **Schubert**-Berlin: Unter e) 2 hinter spezielle Sozialpolitik einzufügen: Volle Koalitionsfreiheit für die städtischen Arbeiter und Beamten. 4. Amendement **Schulz**-Magdeburg: Unter c) 1 statt Einheitsschule zu sagen: Staatliche Einheitsschule, Besoldung der Lehrer durch den Staat.

Frohme-Hamburg: Im Anschluß an die Ausführungen des Referenten gestatte ich mir, einiges über die Stellung unserer Partei zur Kommunalpolitik zu bemerken. Es herrschen darüber ganz falsche Vorstellungen. Wir haben es in letzter Zeit erlebt, daß ein bürgerlicher Sozialpolitiker uns in seinem Buch „Die Arbeiterfrage" vorhielt, die deutsche Sozialdemokratie habe sich herzlich wenig um die Gemeinde bekümmert, sie begnüge sich damit, in ihrem Programm die sozial bedeutungsvollen Aufgaben der Gemeinde, wie Schul- und Armenwesen, einfach dem Staate zu überantworten; noch kein Parteitag der Gesammtpartei habe sich mit einer Erörterung darüber befaßt, welche Stellung die Sozialdemokratie in den kommunalen Fragen einnehmen solle; erst seit den von der englischen und französischen Arbeiterbewegung erzielten Erfolgen sei ein Wandel eingetreten. Wir wissen nun sehr wohl, daß in den letzten Jahren die bürgerlichen Sozialpolitiker an die Frage der Sozialpolitik herangetreten sind, um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. In Deutschland beschäftigt sich aber seit neuerer Zeit, wenn auch nicht durchaus, so doch an vielen Orten die Partei sehr eingehend damit; daß dies nicht schon früher geschah, liegt an der Entwickelung, die die Sozialdemokratie als eine Kampfpartei genommen hat. Erst in neuer Zeit trat in Folge der organischen Entwickelung die Bedeutung der Gemeindepolitik mehr und mehr in den Vordergrund. Ohne daß ein Parteitag die Direktiven dazu gab, sind die Genossen in den einzelnen Orten nach und nach in die Kommunalpolitik eingetreten und haben dabei ganz respektable Erfolge erzielt. Es ist kein Fehler, daß diese Entwickelung ohne Mitwirkung eines Parteitages gekommen ist. Es ist richtig, daß in verschiedenen Gemeindeprogrammen einzelne Forderungen nicht mit unseren allgemeinen Prinzipien übereinstimmen; aber das ist nach und nach beseitigt worden und jetzt ist uns kein Programm mehr bekannt, das sich nicht mit unseren Grundsätzen deckt. Es ist nun in den Kreisen der Parteigenossen hier und da die leise Befürchtung ausgesprochen worden, daß die allgemeine Betheiligung der Partei an der Kommunalpolitik unsere allgemeine große Parteibewegung schädigen könne. Ich habe aber die Ueberzeugung, daß dem nicht so ist. Es ist ferner in weiteren Kreisen schmerzlich empfunden worden, daß noch nicht ein früherer Parteitag Direktiven auf diesem Gebiete gegeben hat, nicht etwa, weil das an sich besonders nöthig ist, sondern weil die Gegner vielfach behaupten, die Partei sei gleichgültig in Bezug auf die Kommunalpolitik, und es empfiehlt sich deshalb aus taktischen Rücksichten, daß der Parteitag eine Deklaration der bedeutenden Grundsätze und Forderungen der sozialdemokratischen Gemeindepolitik im Zusammenhange mit dem Parteiprogramm giebt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es zu begrüßen, daß sich der Parteitag jetzt anschickt, bindende Stellung zu nehmen; dabei hätte ich allerdings gewünscht, daß uns eine weniger umfangreiche Resolution vorgelegt worden wäre, wenn auch anzuerkennen ist, daß der Referent vom besten Willen beseelt

war. Die einzelnen Punkte der Resolution kann man gelten lassen unter Voraussetzung, daß es sich im allgemeinen nur um eine Richtschnur handelt. (Sehr richtig!) Nicht alle Punkte sind ohne weiteres für jedes Kommunalprogramm verwendbar, man muß Rücksicht darauf nehmen, daß ein Unterschied zu machen ist zwischen großen und kleinen Orten, zwischen den Gemeinden, die unter der Städte-Ordnung, und denen, die unter der Landgemeinde-Ordnung stehen; doch brauchen wir darüber keinen großen Streit entbrennen zu lassen. Mit allem Ernst und allem Nachdruck aber müssen wir die Frage der Kommunalpolitik selbst behandeln, da uns sonst die bürgerlichen Sozialpolitiker viel Wind aus den Segeln nehmen würden. Es kommt weniger auf die Form an sondern darauf, daß wir der Sache selbst genügen, und dazu wird beitragen, daß sich die Partei mehr als bisher diesem Gebiete zuwendet. Es ist eine Wahrheit, die Dr. Sinzheimer in München ausgesprochen hat, daß die Gemeinden in ganz hervorragendem Maße an der Umgestaltung der ganzen sozialpolitischen Verhältnisse mitwirken und einen ganz neuen sozialpolitischen Organismus schaffen können, und die kommunale Selbstverwaltung ist ein Mittel, das zur Begründung einer neuen Gesellschaftsordnung mitwirkt. (Bravo!)

Hoffmann-Hamburg vertritt seinen Antrag, statt Regelung zu sagen: **Beseitigung** des Submissionswesens und Uebernahme aller Arbeiten in eigne Regie. Seit annähernd sechs Jahren betheiligen sich auch die Hamburger Genossen auf Grund eines Aktionsprogramms am Gemeindeleben. Dieses Programm ist im allgemeinen in Uebereinstimmung mit der Resolution, die einen Leitfaden für die Arbeit unserer kommunalen Vertreter darstellen soll. Es kann sich nicht darum handeln, das Submissionswesen zu regeln, sondern zu beseitigen. Redner verweist auf die großen Differenzen zwischen Mindest- und Höchstgebot. Der Kleinunternehmer kann seine Arbeiten oft nicht berechnen, die Folge ist, daß der Unternehmer bei hohem Zuschlag einen großen Rebbach macht oder daß bei niedrigem Zuschlag alles auf die Arbeiter abgewälzt wird, schlimmste Lohndrückerei ist die Folge; dazu kommen die anderen Schäden, Hintergehung der Gemeinden usw. In München liefern die Schlächter der Garnison das Fleisch für 40 Pf., sie erhält das Fleisch, das das Publikum nicht mehr nehmen will, aber für Militärlieferungen noch gut ist. In Hamburg ist das Gaswerk in eigener Regie, die Kohlen aber werden nicht direkt, sondern durch einen Vermittler, den liberalen Bürgerschaftsvertreter Paradon Müller bezogen; natürlich sind die da theurer. Es ist richtig, daß kleinere Gemeinden nicht in eigener Regie herstellen können, aber die Zielpunkte müssen doch klar ausgesprochen werden. Die Stadt ist kein Objekt, um von den Großunternehmern tributpflichtig gemacht zu werden, und auch nicht dazu da, die kleinen Unternehmer auf Kosten der Arbeiter zu erhalten.

v. Vollmar: Es sind zwei weitere Anträge eingelaufen:

Leutert beantragt unter Punkt f) Armenpflege mit aufzunehmen: **ohne Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts.**

Eichhorn beantragt, Punkt 2b) zu fassen: „**Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes**" und die weiteren Sätze dieses Punktes zu streichen.

Stolle-Gesau vermißt eine Forderung in der Resolution, die zu verschiedensten Malen von uns aufgestellt worden ist. Es heißt in der Resolution: 3. Bau von Wohnungen und Verwerthung derselben zu Miethpreisen, durch welche nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten, sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt wird. Wir haben gar keinen Anlaß, diese Amortisation zu fordern und die Gegenwart zu Gunsten der Zukunft zu belasten. Die Haupteinwendungen aber richten sich gegen die Aufstellungen der Resolution in der Schulfrage. Ich bin erstaunt, den Referenten hier reaktionäre Anschauungen vertheidigen zu hören, wie sie aus dem Munde der Ackermann und Mehnert gekommen sind. Genau dieselben Gründe machen auch diese Herren gegen die

Verstaatlichung der Volksschule geltend. Der Referent erhebt auch nicht die Forderung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts, die ein Dorn im Auge unserer Reaktionäre ist. Um so weniger dürften wir darauf verzichten. Weshalb hat der Referent nicht Schulforderungen unseres sächsischen Kommunalprogramms übernommen? Sie lauten: Gefordert wird vom Staate: 1. Weltlichkeit der Schulen, 2. Einheitlichkeit der Volksschule, 3. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zu weiterer Ausbildung geeignet erachtet werden, 4. obligatorischer dreijähriger Fortbildungsunterricht für beide Geschlechter. Was Referent diesen Forderungen entgegengestellt hat, ist nicht sehr stichhaltig, er sprach genau wie unsere Reaktionäre von den engen Beziehungen zwischen Gemeinde und Schule. Der Staat hat auch, wenn er Zuschüsse zahlt, nach unserer Auffassung nicht das Recht zu Eingriffen und Beschränkungen der Selbstständigkeit der Gemeinden. Wer ein Freund der Volksschule und der Lehrer ist, muß für ihre Verstaatlichung eintreten. (Sehr richtig!) Erhalten die Lehrer ihren Gehalt von den Gemeinden, so gerathen sie in unwürdige Abhängigkeit von den kleinlichen Ränkereien der Spießbürger. Können denn die armen Gemeinden unsere Forderungen nach einer guten geläuterten Volksschule überhaupt erfüllen? Wir müssen aber für den Fortschritt nicht nur in den großen, sondern auch in den tausenden von kleinen Gemeinden eintreten. Ich bin weiter erstaunt, daß der Referent die Unentgeltlichkeit des Unterrichts an höheren Schulen nicht verlangt hat. Ich **beantrage** folgende Fassung des Punktes über die **Volksbildung**: 1. Einheitlichkeit der Volksschule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zu weiterer Ausbildung für geeignet erachtet werden. 2. Festsetzung der Klassenfrequenz, der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundsätzen der Schulhygiene und Pädagogik. 3. Obligatorischer dreijähriger Fortbildungsunterricht für beide Geschlechter. 4. Aerztliche Beaufsichtigung des Schulwesens. 5. Verbot jeder Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder; an deren Stelle tritt Handfertigkeitsunterricht zu erzieherischen Zwecken. In der Armenpflege vermisse ich in der Resolution die „Uebernahme der Armenlasten durch den Staat". Wie können die armen Gemeinden die ausreichenden Unterstützungen zahlen, wie wir sie fordern, zumal in den Tagen des Brotwuchers.

Singer: Es wäre für mich sehr verlockend, in eine Diskussion der einzelnen Forderungen der Resolution einzutreten. Ich möchte aber für mein Theil sagen: Die Hauptbedeutung dieser Diskussion liegt darin, daß wir endlich einmal für die Gesammtpartei Deutschlands die Kommunalpolitik als einen Gegenstand erklären, der ebenso wie alles andere seine Direktive von der Gesammtpartei erhalten hat. Es hat in seinem prinzipiellen Theil die Stellung eingenommen, die nach meiner Meinung ganz unanfechtbar ist. Was die Einzelforderungen anlangt, so möchte ich hervorheben, wie auch der Referent bereits gethan hat, daß es keine schwierigere Aufgabe giebt als eine programmatische Zusammenfassung der Forderungen für die Gemeindepolitik. Die Vielgestaltigkeit des Gemeindelebens, die kolossale Verschiedenheit der materiellen und intellektuellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden, der großen, der mittleren, der kleinen Städte, der Dorfgemeinden, läßt es als fast ausgeschlossen erscheinen, für Alle gültige Programmforderungen aufzustellen. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, unsere Grundsätze auch bei dem Gemeindeprogramm zur Geltung zu bringen, wobei es selbstverständlich ist, daß diejenigen Gemeinden, die entweder die einzelnen Einrichtungen für sich nicht brauchen können oder materiell nicht in der Lage sind, sie einzurichten, nur insoweit von dem Programm Gebrauch machen, als es ihrem Bedürfnisse entspricht, um alles, was sie thun, in dem

Geiste und dem Sinne dieses Programms zu thun. Wir wollen durch die Aufstellung des Programms veranlassen, daß unsere Genossen in den Gemeindevertretungen sich immer wieder bewußt sind, daß sie als Sozialdemokraten in diesen Gemeindevertretungen sitzen. Der Referent hat ja richtig darauf hingewiesen, daß bei diesen Gemeindevertretern die Gefahr besteht, von der Kleinarbeit erdrückt zu werden. Deshalb will das Kommunalprogramm als ihr Leitstern sie immer wieder darauf hinweisen, welche Pflichten sie gegenüber der Partei zu erfüllen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommt also viel weniger darauf an, jede einzelne Forderung in das Programm hineinzubringen, als die Grundsätze aufzustellen, nach denen die Kommunalpolitik geleitet werden muß. Dabei ist selbstverständlich, daß man auch für die einzelnen Gebiete der Gemeindethätigkeit, wie es in der Resolution geschehen ist, Forderungen aufstellt. — Die Klage der Genossen darüber, daß das Programm ihnen etwas spät in die Hände gekommen ist, muß ich als berechtigt anerkennen. Diese Thatsache sowohl wie die zahlreichen eingegangenen Anträge, die Reihe von Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Zusätze und Streichungen — es sind noch 23 Redner zum Worte gemeldet — müssen uns zum Bewußtsein bringen, daß wir diese für die Partei überaus wichtige Frage im gegenwärtigen Stadium unserer Verhandlungen nicht zu Ende bringen können. (Vielfaches sehr richtig!) Diese Fragen sind viel zu wichtig, als daß man sie, um ein Programm zu haben, über das Knie brechen könnte. Sind wir so lange ausgekommen, so kommen wir auch ein oder zwei Jahre länger aus. (Zustimmung!) Wir müssen uns vertraut machen mit dem Gedanken, daß wir die Sache heute nicht zum Abschluß bringen können, und deswegen gestatte ich mir folgenden Antrag einzubringen. Ich bin der Meinung, daß das außerordentlich anregende, lichtvolle Referat für die spätere Bearbeitung dieser Frage von großem Werthe sein wird, und beantrage ich folgende Resolution, die ich als einen Geschäftsordnungs-Antrag einbringe:

> „In Erwägung, daß die Einzelberathung der vorliegenden Resolution zur Zeit unthunlich erscheint, beschließt der Parteitag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen,

nicht über den Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen, dazu ist er doch zu wichtig,

> und beauftragt den Parteivorstand, das Referat, die Resolution und die eingelaufenen Anträge, sowie das in dem bereits vorhandenen Kommunalprogramm enthaltene Material zur Ausarbeitung von Forderungen für die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu verwenden und einem der nächsten Parteitage zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Diese Vorlage ist so zeitig zu veröffentlichen, daß vor dem Beschlusse des Parteitages eine ausreichende Diskussion innerhalb der Partei erfolgen kann."

Wenn diese Resolution angenommen wird und der Gegenstand damit für heute von der Tagesordnung abgesetzt wird, dann wird erreicht, was eigentlich erst einmal in der Berathung eines solchen Gegenstandes erreicht werden kann, d. h. die Partei ist eingetreten in die Vorberathung eines für die Gesammtpartei gültigen Kommunalprogramms; und wenn ich mir gestattet habe, für den Vorstand nicht die Verpflichtung auszusprechen, daß er die Vorlage bereits dem nächsten Parteitage bringen wolle, so hat das darin seinen Grund, daß wir einem sehr arbeitsreichen Jahre entgegengehen und es vielleicht nicht möglich ist, diese Aufgabe zu erfüllen, weil anderweitige Interessen der Partei zunächst gewahrt werden müssen. Ich möchte bitten, die Resolution anzunehmen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die Veröffentlichung so zeitig erfolgt, daß eine ausgedehnte Diskussion möglich ist. (Sehr richtig!) Noch ein paar Worte, wie ich mir die Ausführung dieser Bestimmung denke. Der Parteivorstand ist durchaus nicht der Meinung, daß er in seinen Mitgliedern die unergründliche Weisheit alle zu können, in sich schließt. (Heiterkeit.) Nach

meiner Meinung soll, wie bei allen anderen Fragen, auch hier der Parteivorstand nur diejenige Stelle sein, von der die Sache ausgeht, gefördert und gewahrt wird. Ich denke mir, daß diejenigen, die schließlich an die Arbeit gehen, sich zusammensetzen aus Genossen möglichst aller Landestheile, selbstverständlich dem Referenten, einer Reihe in praktischer Arbeit bewährter Genossen, namentlich aber auch Genossen aus den verschiedenartigsten Gemeinden in Bezug auf großer und materieller Leistungsfähigkeit. Wenn diese zusammenarbeiten, und das Ergebniß ihrer Arbeit einige Monate lang in der Presse und in den Versammlungen diskutirt wird, dann kommen wir zu einer Vorlage, die ermöglicht, ein für alle Theile gültiges, theoretisch und praktisch brauchbares Kommunalprogramm zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist noch ein Antrag **Auer-München**: In dem Abschnitt „Sozialpolitik" unter Ziffer 1 der Resolution folgenden Passus zu streichen: „Verbot der Uebertragung von Gemeinde-Arbeiten und Lieferungen an Gemeindevertreter ꝛc."

Der Geschäftsordnungs-Antrag Singer, der präjudizieller Natur ist, und alle übrigen Anträge, sowie die ganze weitere Debatte und das Schlußwort des Referenten erledigt, wird mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität angenommen.

Damit ist Punkt „Kommunalpolitik" erledigt.

Es folgt nunmehr seitens der Kontrolleure die Berichterstattung über die Beschwerde des Korrektors Vieth vom „Vorwärts".

Meister: Ich habe bereits mitgetheilt, daß kurz vor dem Zusammentritt des Parteitages noch eine Beschwerde des Korrektors Vieth einging, weil ihm seine Stellung seitens der Betriebsleitung gekündigt wurde. Die Kontrolleure haben die Sache untersucht und können nur ihr Bedauern aussprechen, daß die Kündigung nicht schon vor 5—6 Jahren erfolgte. Andererseits müssen sie aussprechen, daß die Kündigung im allgemeinen Interesse unbedingt erfolgen mußte, da das Verhältniß Vieths zu seinen Kollegen und zur Betriebsleitung ein völlig unhaltbares war. Vieth hatte auch keinerlei Ursache, sich irgendwie zu beschweren, denn die Betriebsleitung hat eine Langmuth gegen ihn bewiesen, wie sie wohl selten vorkommen wird, und auch in materieller Beziehung ist mehr geschehen, als er erwarten durfte. Ich bitte deshalb, die Beschwerde zurückzuweisen.

Der Antrag der Kontrollkommission wird ohne Debatte genehmigt.

Es wird sodann in die Behandlung des 4. Punktes der Tagesordnung: **Die bevorstehende Reichstagswahl** eingetreten. Außer der Resolution Bebel (101) sind hierzu einschlägig die Anträge 10 und 11.

Singer giebt zu bedenken, daß für das Verhalten bei Stichwahlen die Resolution Bebel schon Direktiven giebt, er stellt es deshalb den Antragstellern frei, sich der Resolution anzuschließen und ihre Anträge zurückzuziehen; anderenfalls würden diese als Amendements zu behandeln sein.

Die Anträge 10 und 11 werden nicht hinreichend unterstützt, so daß nur die Resolution Bebel zur Debatte steht.

Den Bericht erstattet

Bebel: Die laufende Legislaturperiode des Reichstags hat am 16. Juni nächsten Jahres ihr Ende erreicht. In der bürgerlichen Presse ist die Frage aufgetaucht, ob dieser Schlußtermin, der 16. Juni, nach dem Wortlaut der Verfassung als der richtige angesehen werden kann, man hat in Rücksicht auf gewisse Pläne die Behauptung aufgestellt, daß die Legislaturperiode des alten Reichstags an dem Tage ende, an dem der neue Reichstag in seine erste Session eintrete. Aus den Erklärungen der offiziösen Presse aber geht hervor, daß die maßgebenden Kreise anderer Ansicht sind und an der bisherigen Auffassung fest-

halten, daß die neue Legislaturperiode mit dem Wahltage beginnt und nach fünf Jahren schließt. Nur das ist zweifelhaft, ob die Wahlen unmittelbar am 16. Juni 1903 stattfinden werden oder an einem späteren Termin. Welche Gründe die Regierung schließlich bestimmen werden bei der Festsetzung des Wahltages, kann niemand sagen, doch scheint es mir bei der Situation in der gesammten Kulturwelt äußerst wahrscheinlich, daß kaum eine sich die Dinge einigermaßen überlegende Regierung die Verantwortung übernehmen wird, längere Zeit vergehen zu lassen zwischen dem Ende der Legislaturperiode und dem Wahltage eines neuen Reichstages; man kann nie wissen in diesem Zeitalter der Plötzlichkeiten, was hereinschneit an Ereignissen, die die sofortige Einberufung des Reichstages nöthig machen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube also, wir können damit rechnen, daß im Juni die allgemeinen Wahlen sein werden, wenn nicht, was nach gewissen Vorgängen der letzten Tage nicht ganz ausgeschlossen erscheint, sogar noch früher infolge einer Reichstags-Auflösung Neuwahlen nothwendig sein sollten.

Als der Kartell-Reichstag 1887 die Verlängerung der Legislaturperioden beschloß, da führten die Antragsteller als Grund an, man solle das Volk so wenig wie möglich an die Wahlurne rufen, das Volk sei müde, es wolle nicht so oft die Aufregung der Wahl. Die Antragsteller verwechselten offenbar ihre eigenen Bedürfnisse mit denen der Wähler, denn je seltener das Volk an die Urne gerufen wird, desto besser für die Gewählten. Je länger die Legislaturperiode dauert, desto leichter werden die Versprechungen vergessen, die man während der Wahlkampagne zu machen sich genöthigt sah. Selbstverständlich werden alle bürgerlichen Parteien sich bei Eintritt einer Wahl nach Möglichkeit hüten, daß dabei Fragen auftauchen, die geeignet wären, die Massen in ganz besondere Aufregung zu versetzen. Anders ist es, wenn die Regierung sich genöthigt sieht, den Reichstag nach Hause schicken. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß der Zolltarif eine Frage ist, die im höchsten Maße geeignet ist, die ganze Bevölkerung, nicht nur eine einzelne Klasse, in Aufregung zu versetzen. Es werden durch diesen Entwurf die Interessengegensätze innerhalb der verschiedenen Klassen in einer Weise gegen einander wachgerufen, wie es bisher, so lange das Reich existirt, nicht der Fall war. Daher ist es verständlich, wenn die große Mehrheit des Reichstags den allerdringendsten Wunsch hat, eine solche Frage vor den nächsten Wahlen aus der Welt zu schaffen. Diese Auffassung hat den ganzen Sommer hindurch bei den maßgebenden Parteien bestanden. Aber es scheint, daß den Majoritätsparteien von einem großen Theil ihrer Wähler wider Erwarten ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. Hier zeigt es sich einmal so klassisch, wie nie zuvor, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrer Auffassung hat, daß es in erster Linie die materiellen Fragen sind, die die Basis des ganzen öffentlichen Lebens bilden. Die materiellen Fragen, die bei dem Zollgesetz-Entwurf alle Schichten der Bevölkerung, die einen in dieser, die anderen in jener Weise berühren, haben es thatsächlich zuwege gebracht, daß namentlich auch von agrarischer Seite eine Agitation ins Werk gesetzt worden ist, die bis in die kleinsten Bauerndörfer, bis in die entferntesten Gebirgshöfe gedrungen ist und dort den Gedanken erweckt hat, jetzt sei es an der Zeit, daß das Reich durch große Maßnahmen die Landwirthschaft aus ihrer sogenannten Nothlage befreie. Ich will diese Noth der Landwirthschaft bis zu einem gewissen Grade nicht bestreiten, aber in dem Maße, wie sie behauptet wird, ist sie unter keinen Umständen vorhanden. (Sehr richtig.) Doch das hier nachzuweisen, ist nicht meine Aufgabe, darüber haben wir wiederholt gesprochen, wir werden bei Zusammentritt des Reichstages darüber sprechen, und ich hoffe, das letzte Wort werden die Wähler zu sprechen haben. (Sehr gut!) Ein großer Theil der Majoritätsparteien scheint jetzt selbst auf eine solche Gestaltung der Dinge hinzuarbeiten, daß die allgemeinen Wahlen über die Zoll-

frage zu entscheiden haben. Mit vollem Recht hat Auer neulich darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die maßgebendste Partei, das Zentrum, nicht so einfach ist, wie sich das mancher unter uns vorstellt. Das Zentrum ist aus verschiedenen sehr heterogenen Elementen zusammengesetzt. Es ist in Oberschlesien ganz anders als am Rhein und in Süddeutschland. Ganz recht. Aber der eigentliche Stamm der Zentrumsanhänger, das Bauernthum, die landwirthschaftlichen Berufsschichten sind sich über die Frage des Zolltarifs in ganz Deutschland vollkommen einig. Ob schlesischer Magnat oder polnischer Schlachzize, westpreußischer Bauer oder christlicher Bauernvereinler am Rhein und in Süddeutschland, in dieser Frage sind sie einig, da ist alles dieselbe Kouleur. Ja, noch mehr! Wir haben bei den Eingaben an den deutschen Reichstag anläßlich der Berathung des Zolltarif-Entwurfs aus landwirthschaftlichen Kreisen aus allen Gegenden Deutschlands die überraschende Thatsache erlebt, daß in Bezug auf agrarischen Forderungen die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland die Maßlosigkeiten des Bundes der Landwirthe noch übersteigen. (Hört! hört!) Wir sehen, daß in der Forderung exorbitanter Getreidezölle das Zentrum einig ist. Wir haben aber auch weiter gefunden, daß die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland sogar vielfach noch über die Forderungen des Bundes der Landwirthe hinausgehen. Es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß es keine egoistischere, rücksichtslosere, brutalere, aber auch keine bornirtere Klasse giebt als unsere Agrarier. (Sehr richtig!) Die Agrarier sehen zwischen sich und der städtischen Bevölkerung den denkbar schärfsten Gegensatz, für sie ist die gesammte städtische Bevölkerung eine einzige unterschiedslose Masse; aus der Thatsache, daß die Städte gepflasterte Straßen, Gas- oder elektrisches Licht, Theater, Kunstinstitute und dergleichen haben, daß es der städtischen Bevölkerung im Vergleich zu der ländlichen außerordentlich wohl gehe und daß es deshalb die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierungen sei, dafür zu sorgen, daß es auch ihnen möglichst gut gehe. Dieser Gedanke hat sich so bei ihnen eingewurzelt, daß alle Bemühungen des Zentrums — und es liegt auf der Hand, daß die Zentrumsführer bemüht sind, mit der Regierung in friedlicher Weise die Frage zu lösen — ihr Ziel nicht erreichen. So hat vor einigen Tagen in Düsseldorf der rheinische Bauerntag mit großer Majorität eine Verständigung mit dem Bunde der Landwirthe beschlossen. Das bedeutet für das Zentrum einen härteren Schlag als alle Schläge, die es wegen seiner Zollpolitik von seinen ihm anhängenden Arbeitern erhalten hat. Auf der anderen Seite sehen wir, daß in demselben Rheinland, im Wahlkreis des Abg. Hitze, in München-Gladbach, Zentrumsmänner aller Richtungen zusammengetreten sind, um auf das energischste gegen das Benehmen der Zentrumsfraktion in der Zollfrage zu protestiren. Wir sehen also,, daß da, wo es sich um materielle Fragen handelt, auf die Dauer auch die Zentrumsleute nicht bei der Fahne zu halten sind. Naturgemäß will die städtische Bevölkerung von den Zöllen nichts wissen, während nach Ansicht der Agrarier darin garnicht genug gethan werden kann. Sind doch auch bereits vor sieben Jahren einzelne Zentrumsabgeordnete mit aller Energie für die Verwirklichung des Antrages Kanitz eingetreten. Diese Gegensätze treten in der Zollfrage so scharf zu Tage, daß sie sich nicht mehr verkleistern lassen, und ein Theil der Arbeiter des Zentrums hat auch bereits gegen die alte Richtung Front gemacht. Das Zentrum, die maßgebendste Partei des Reichstages, ohne welche überhaupt keine Majorität zu erlangen ist, steht im Reichstag vor einer Krisis, wie es sie noch nie erlebte und ich hoffe, daß es sie nicht überwindet, ohne daß dabei der Zentrumsthurm ins Wanken geräth. (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum steht jetzt vor der Frage, was thun? Es muß sich sagen: Wir haben 300 000—400 000 Arbeiter auf der einen und 700 000—800 000 bäuerliche Wähler auf der anderen Seite, für wen sollen wir uns also entscheiden? Die Arbeiter, die trotz aller üblen Er-

fahrungen bis heute noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten, hofft das Zentrum auch ferner an der Nase herumführen zu können. (Sehr richtig.) Es hofft namentlich mit Hülfe der Kirche nach wie vor den weitaus größten Theil der katholischen Arbeiter in Abhängigkeit erhalten zu können. Mit dem Bauer ist das anders. Der Bauer sagt: „Jawohl, ich folge den Dienern der Kirche, so lange diese auch für mich sorgen. Thun sie das nicht, so gehen eben ihre und meine Interessen auseinander.“ Kurz und gut, die Bauern des Zentrums sind der Ansicht — das kann man ohne Uebertreibung sagen —, daß im Bund der Landwirthe ihre wirthschaftlichen Interessen am auskömmlichsten vertreten werden und deshalb neigen sich ihre Sympathien zu diesem. Aus diesem Grunde sieht sich auch das Zentrum immer mehr genöthigt, sich diesen Forderungen anzuschließen. Es ist ein durchaus natürlicher Prozeß, daß, wenn die Agrarfrage fernerhin eine Reihe von Jahren die Oeffentlichkeit in der bisherigen Weise beschäftigt, die verschiedenen Elemente innerhalb der agrarischen Bewegung sich mehr und mehr an einander schließen und wir eine große agrarische Partei bekommen, die auch geschlossen innerhalb des deutschen Reichstages auftritt. Wir Sozialdemokraten können das nur begrüßen: je schärfer die Gegensätze zum Ausdruck gelangen, desto besser für uns. (Sehr wahr!) Das Zentrum sieht sich vor die Frage gestellt, ob es 100 000 Arbeiter springen lassen soll oder sich der Gefahr aussetzen will, lieber viele 100 000 Bauern zu verlieren. (Sehr richtig!) Diese Frage ist beantwortet worden, wie sie beantwortet werden mußte: das Zentrum ist vor einigen Tagen im Reichstag zusammengetreten — 78 von seinen 106 Abgeordneten waren anwesend — und hat nach den Zeitungsberichten einstimmig beschlossen, es bei den Beschlüssen der Zolltarifkommission in erster Lesung zu belassen und nur hier und da gewisse Widersprüche in den gefaßten Beschlüssen zu einem Ausgleich zu bringen. Das schafft allerdings eine klare Position. Die offiziöse Presse und insbesondere auch die Regierungsvertreter haben es nicht daran fehlen lassen, mit allem Nachdruck zu erklären, daß sie die Hauptpositionen unter keinen Umständen ändern könnten, nur in kleinen Punkten, nicht in großen könne die Regierung mit sich handeln lassen. In der That können die Regierungen nicht weiter mit sich handeln lassen, denn die Regierungsvertreter müssen sich doch darüber klar sein, daß die Regierungsvorlage die äußerste Grenze dessen bildet, wobei überhaupt noch Handelsverträge abgeschlossen werden können. (Sehr richtig!) Aber auch hierbei nur noch unter sehr ungünstigen Bedingungen für die Industrie und die Masse der arbeitenden Bevölkerung! Diese schon jetzt in höchstem Maße ungünstige Basis noch ungünstiger gestalten zu wollen, hieße einfach Selbstmord treiben.

So sehr nun unsere Regierungen bemüht sind, die Interessen der herrschenden Klasse zu vertreten, so müssen sie sich doch sagen, daß bereits viele Millionen, ja die große Mehrheit der Bevölkerung, auch ihre Interessen kennt und sehr genau darauf aufpaßt, wie regiert wird. Die Schädigung der Interessen dieser Massen muß eine ungeheure Opposition hervorrufen. Wir sind der Meinung und haben dieser Ansicht auch in Lübeck Ausdruck gegeben, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf der Regierung eine so schwere Schädigung der Lebenshaltung der Arbeiter bedeutet, eine so schwere Benachtheiligung ihrer ganzen wirthschaftlichen Existenz in sich schließt, insbesondere auch für die Zukunft der wirthschaftlichen Entwickelung Deutschlands und in Bezug auf den Abschluß von Handelsverträgen so große Gefahren birgt, daß wir ihn mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Nun hat aber die Kommission die Grundlage der Regierungsvorlage noch bedeutend verschlechtert. Sie hat in erster Linie die Getreidezölle sehr erheblich erhöht, nicht nur die Getreidezölle im Generaltarif, sondern auch in Bezug auf die Bindung. Während die Regierungsvorlage für Roggen und Weizen 5 M. beziehentlich 5,50 M. Zoll verlangte, haben die Agrarier in der Kommission noch erhöht und weiter hohe Minimalzölle für Gerste und Hafer

aufgenommen, denen die Regierungen unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben können. Die Zölle der Regierungsvorlage würden, wenn sie bei künftigen Handelsverträgen in Kraft treten, die Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung in außerordentlicher Weise vertheuern. Wenn z. B. Roggen künftig einen Minimalzoll von 5 M. zu zahlen haben soll, so wird die deutsche Bevölkerung, da der Weltmarktspreis der Tonne Roggen durchschnittlich 100 bis 105 M., allerhöchstens 108 bis 110 M. beträgt, alsdann einen Zollzuschlag für Roggen zu zahlen haben, der den Preis der Tonne auf mindestens 155 M. treiben würde. (Hört! hört!) Wir haben schon im gegenwärtigen Augenblick bei einem Zollsatz von 3,50 die höchsten Getreidepreise der Welt. Kein Volk bezahlt sein Brot und Fleisch theurer als das deutsche. Die Regierungsvorlage geht noch weit über den bestehenden Zustand hinaus, sie hat eine viel höhere Grenze angenommen, als bisher im allgemeinen Tarif enthalten war; das gilt auch für Fleisch und für alle übrigen Lebensmittel. Die Kommission hat aber nicht nur eine ganze Reihe von Lebensmittelzöllen noch weit über die Regierungsvorlage hinaus erhöht, sondern auch eine Reihe von Positionen neu aufgestellt, die selbst die Regierungen im Interesse der allgemeinen Volksernährung von Zöllen freizulassen sich genöthigt sahen.

Wenn wir es in einer solchen Situation nicht verständen, um jeden Preis, koste es was es wolle, mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken, daß das deutsche Volk selbst Gelegenheit bekomme, zu sagen, wie es über diesen Tarif denkt, so würden wir uns der allerschwersten Pflichtverletzung schuldig machen. (Zustimmung.) Wir würden Verrath an unseren Wählern üben, und wenn als Antwort auf unseren Verrath unsere Wähler uns bei den nächsten Wahlen gründlich durchkrachen ließen, so wäre das die rechte Antwort. (Sehr richtig!) Bei so außerordentlich wichtigen Lebensfragen, wie sie hier durch den Zolltarif zur Entscheidung gebracht werden, muß das Volk seine Meinung zum Ausdruck bringen können. Wir werden also alles aufbieten, damit der Zolltarif zur Wahlparole der nächsten Reichtagswahlen werde. Wie wir das im Reichstage anstellen, darüber haben wir hier selbstverständlich nichts zu sagen (Heiterkeit und Beifall), daß wir es aber fertig bringen, wenn wir wollen, darüber ist gar kein Zweifel. (Lebhafter Beifall.)

Nun steht die Sache so — und dadurch verbessert sich unsere Position nicht wenig — daß wir offenbar Bundesgenossen von der anderen Seite, vom extremen Agrarierthum, bekommen. Die Agrarier verlangen noch mehr, sie sind mit den Beschlüssen der Kommission noch nicht zufrieden. Wenn es nun in der zweiten Lesung der Kommission bei den Beschlüssen der ersten Lesung bleibt, so können die Regierungen diesen Entwurf nicht annehmen. Wenn wir nun im Oktober im Plenum zur Berathung kommen und in der eklatantesten Weise sich herausstellt, daß die Majorität des Reichstags mindestens das verlangt, was die Majorität der Kommission in ihren Beschlüssen gut geheißen hat, so kann eine parlamentarisch handelnde Regierung garnichts Anderes thun, als, weil sie die feste Ueberzeugung gewinnen muß, daß mit diesem Reichstage nicht mehr auszukommen ist, den Reichstag aufzulösen und nach Hause zu schicken. Dieser Moment kann eintreten; lebten wir in einem konstitutionell regierten Staate, so würde er sogar eintreten, so bestimmt wie zweimal zwei vier ist. Wir würden uns also dann auf eine Reichstags-Auflösung im Oktober einrichten und uns so rasch wie möglich auf die Wahlen vorbereiten müssen. Wir wollen also auch dies im Auge behalten. Es kann sein, daß die Regierungen, zur Verzweiflung getrieben, sich fragen, ob nicht angesichts der agrarischen Opposition ein neuer Reichstag zu stande kommen könne, der in seiner Mehrheit minder agrarisch ist als der jetzige. Diese Lösung der Frage ist möglich und wir müssen damit rechnen.

Nun ist aber die Situation noch bedeutend komplizirter geworden, und zwar abermals zu unseren Gunsten. Hier gilt einmal wieder das bekannte Wort des Abgeordneten Gröber, das eine Jahrzehnte lange Erfahrung für sich hat: die Sozialdemokratie hat riesiges Schwein! (Große Heiterkeit), — erfüllt die Regierung eine Forderung von uns, dann haben wir gewonnen und wir rühmen uns dessen; erfüllt sie unsere Forderungen nicht, dann hauen wir auf sie los und machen ihr Opposition. (Heiterkeit.) Was immer sie macht, sie kommt bei uns nicht auf ihre Rechnung, schließlich schlägt alles zu unserem Vortheil aus. Auch jetzt wieder. Die ganze Situation hat sich auch durch die Fleischnoth verschärft, die in den letzten Wochen und Monaten in immer akuterer Gestalt hervorgetreten ist. Daß diese Situation kommen mußte, darüber konnte kein Zweifel bestehen. Es ist nur gut, daß sie gerade jetzt kommt. (Sehr richtig!) In diesem Moment, wo ein ganzer Komplex von Fragen der bedenklichsten Art auf der Tagesordnung steht. Die Fleischnoth mußte kommen aus dem einfachen Grunde, weil die deutsche Landwirthschaft, so lange sie nicht in allen ihren Zweigen auf der höchsten technischen Stufe betrieben wird, niemals im stande sein kann, den Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln aus eigenen Kräften zu decken. Ich habe erst in den letzten Wochen darüber sehr interessante Ausführungen gelesen. Kein Zweifel, daß mit Hilfe der modernen Technik es in Bezug auf den Getreidebau wie in Bezug auf die Viehzucht möglich sein werde, falls der gesammte deutsche Grund und Boden dementsprechend bewirthschaftet würde — das ist aber nur möglich in einer sozialistischen, nicht in einer kapitalistischen Organisation —, für rund 150 Millionen Deutsche Nahrungsmittel zu liefern. Heute aber reicht die Produktion nicht einmal für 56 Millionen. Diese Berechnung ist von Männern, die Großagrarier sind, angestellt worden. Die gegenwärtige deutsche Landwirthschaft ist unfähig, die nöthige Masse von Nahrungsmitteln zu erzeugen sowohl in Bezug auf Brotgetreide wie auf die übrigen Lebensmittel, besonders die Fleischnahrung. Dazu kommt die Vermehrung der deutschen Bevölkerung um durchschnittlich 750 000 Köpfe jährlich. Wir sind also darauf angewiesen, einen großen Theil unseres Nahrungsmittelkonsums durch Zufuhr vom Auslande zu decken. Die gegenwärtige Fleischnoth ist nun auf das schlimmste verschärft worden durch die Sperrmaßregeln, die die Regierung im Interesse der Agrarier getroffen hat. Dazu gehören erstens diejenigen Sperrmaßregeln, die im Wege der Verordnung eingetreten sind, und zweitens die Maßregeln, die durch das famose Fleischschaugesetz eine gesetzliche Grundlage erhalten haben. Mir war es schon bei der Berathung des Fleischschaugesetzes völlig klar, daß wir in Bezug auf die Volksernährung vor einer Katastrophe ständen. Die Vollmachten, die die Regierungen auf Grund dieses Gesetzes bekommen haben, ließen das als selbstverständlich erscheinen. Wie ungeheuer ist im Laufe der Jahre der Konsum der Bevölkerung an amerikanischen Pökelzungen, amerikanischem Pökelfleisch, ferner dem sogenannten Corned beef, an Würsten ꝛc. gestiegen. Die Einführung aller dieser Artikel nach Deutschland wird jetzt unmöglich gemacht. Schon seit vielen Jahren ist die deutsche Wurstfabrikation ganz außer stande, die Massen von Zungen, Lebern und Lungen, die sie gebraucht, aus dem Inlande zu decken. Mit dem 1. April 1903 hört die Zufuhr aller dieser Artikel ebenfalls auf. Weit entfernt also, daß die Fleischtheuerung schon gegenwärtig ihren Höhepunkt erreichte, sie wird vielmehr noch verschärft werden. Diese Vertheuerung wird eintreten, trotzdem infolge der Krisis die Arbeiter in ihrer Konsumfähigkeit an Fleisch ganz erheblich beschränkt sind. (Sehr richtig!) Durch die Brotvertheuerung, die die Arbeiter sehr drückt, werden die wohlhabenderen Klassen nicht in dem Maße berührt. Wenn man einmal prüft, wie viel Brot in einer wohlhabenden Familie im Vergleich zum Fleisch verzehrt wird, so stößt man auf ein arges Mißverhältniß. Jetzt aber bei der

Fleischtheuerung wird auch der Mittelbürger rebellisch und die städtischen Vertretungen dieses Mittelbürgers, die bisher gegenüber der Erhöhung der Getreidezölle sich kaum bemerkbar gerührt haben, rühren sich jetzt überall und fassen gegen die Fleischnoth Resolutionen von einer Energie und Klarheit des Wortlautes, wie wir es seit langen Jahren von ihnen nicht zu hören bekommen haben. (Heiterkeit.) Ich verstehe nur nicht, daß die Regierungen die Sachlage nicht begreifen, aber es bleibt ewig wahr das Wort des alten Oxenstjerna: Du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Hier hätten die Regierungen allerdings die Möglichkeit, in erheblichem Maße einen mildernden Einfluß auszuüben, aber sie thun es nicht aus Angst vor den Agrariern. Wir bedauern ja, daß weite Schichten der Bevölkerung schwer unter diesen Umständen leiden müssen, aber wir freuen uns auch auf der anderen Seite, daß wenigstens politisch daraus Folgen erwachsen, die Denjenigen, die solche Maßregeln gutheißen und in derem Interesse sie liegen, für die Zukunft sehr schlecht bekommen werden. Es kommt noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu: die Herren von der Regierung erklären: diese Maßregeln sind im allgemeinen Gesundheitsinteresse nothwendig, das ausländische Vieh bedroht unseren Viehstand und die Gesundheit der Menschen. Wir sind wenig gewohnt, daß unsere hohen regierenden Herren in so vorsorglicher Weise um das Wohl und die Gesundheit der arbeitenden Klassen bekümmert sind. Auch liegt doch die Frage nahe: wenn diese Einfuhr von Vieh und Fleischprodukten so ungeheure Gefahren für die Gesundheit der deutschen Bevölkerung haben soll, warum in aller Welt können denn die anderen Völker diese Produkte sehr gut vertragen, ohne an ihrer Gesundheit Schaden zu nehmen? (Sehr gut!) Das amerikanische Büchsenfleisch z. B. wird in der Schweiz, in Belgien, Holland und besonders in England in großen Quantitäten verzehrt, und man befindet sich dort dabei so gesund wie ein Fisch im Wasser. (Heiterkeit.) Auch hat die deutsche Marine zum Aerger der Agrarier große Quantitäten amerikanischen Fleisches in ausländischen Häfen aufgestapelt und die deutschen Marinesoldaten befinden sich ebenfalls sehr wohl dabei. Aber wenn wir Reichsdeutschen das Fleisch genießen, so ist unsere Gesundheit im höchsten Grade bedroht. Wenn wir also den Regierungen ins Gesicht sagen, daß wir an der Aufrichtigkeit ihrer Vorsorge nicht glauben, so können sie uns das nicht übel nehmen. Bisher wenigstens sind die Regierungen unserer fortgesetzten Forderung, statistische Belege für ihre Behauptungen zu bringen und die Erkrankungen nachzuweisen, in keiner Weise nachgekommen.

Ungeheure Nachtheile erwachsen für die Arbeiterklasse aus diesem Komplex von Maßregeln; auf der anderen Seite hat die Sachlage womöglich ein noch bedenklicheres Gesicht, insoweit es sich auf die Einwirkung aller dieser Maßregeln auf die internationalen und insbesondere die handelspolitischen Beziehungen handelt. Ich kann hier nur in aller Kürze auseinandersetzen, wie die Entscheidungen der Zollkommissionen, die aller Voraussicht nach die Zustimmung des Reichstagsplenums finden werden, auf den Abschluß künftiger Handelsverträge wirken müssen. Von allen Nationen, mit denen wir gegenwärtig in intimen Handelsbeziehungen stehen, giebt es keine einzige, die nicht in ihren Lebensbedingungen durch die Erhöhung der deutschen Zölle sowohl auf Lebensmittel wie auf Industrieprodukte geschädigt wird und dadurch genöthigt werden würde, ihrerseits die Bedingungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit uns in einer weit ungünstigeren Weise zu formuliren als bisher. Der Zoll auf Gerste, auf Hafer, auf Mais usw. ist riesig erhöht worden, über die Regierungsvorlage hinaus, ebenso der Eier-, der Butter-, der Geflügelzoll usw. Obstzölle, die wir früher gar nicht kannten, sind eingefügt worden. Wenn wir nun z. B. mit Rußland in Handelsvertrags-Verhandlungen eintreten, so werden der russische Roggen, die russische Gerste, die russische Schweine-Einfuhr, soweit sie nicht

schon durch die Einfuhrverbote getroffen ist, ebenso russisches Holz, Eier, Geflügel in einer Weise mit Zöllen belegt, daß die russische Regierung sich sagen muß: Dabei sind die bisherigen Handelsbeziehungen nicht mehr möglich! Sie wird selbstverständlich antworten mit erhöhten Zöllen auf diejenigen Artikel, die wir bisher in Mengen nach Rußland ausgeführt haben. Diese Ausfuhr wird so gut wie vollständig abgeschnitten werden. Was das für Folgen für die gesammte Industriebevölkerung, zumal in einer Periode der Krise, von der vorläufig kein Ende abzusehen ist, haben muß, brauche ich Ihnen nicht erst auseinanderzusetzen. (Sehr richtig!) Weiter: Oesterreich-Ungarn ist mit bedeutenden Beträgen an der Einfuhr von Gerste, Hopfen, Jungvieh, speziell Ungarn an der Einfuhr von Eiern und Geflügel interessirt. Auch diese Einfuhr wird durch die exorbitanten Zölle unseres Zolltarifes künftig fast unmöglich gemacht und Oesterreich-Ungarn wird selbstverständlich Repressalien ergreifen. Auch Schweizerkäse, Butter, Milch, Seidenstoffe, Maschinen sind gegenüber den bisherigen Tarifsätzen mit exorbitanten Erhöhungen bedacht worden. Die Schweiz hat bereits ihren Gegenentwurf ausgearbeitet und wer ihn sich angesehen hat, muß sagen: Das ist die entsprechende Antwort! Aber auf dieser Basis Handelsverträge abzuschließen, muß sowohl dem Schweizer wie dem deutschen Volke zum größten Schaden gereichen. Weiter tritt mit jedem Tage mehr hervor: Die Frage der Regelung unserer Handelsbeziehungen zu Nordamerika. Wir haben bisher von Nordamerika ungeheure Quantitäten von Weizen, Mais, Fleisch aller Art und Petroleum bezogen. Jetzt soll ja auch der Petroleumzoll stark erhöht werden, obgleich Petroleum doch nicht von den Agrariern in Deutschland produzirt wird. Der Mais ist ein für unsere ganze Vieh- und Geflügelzucht sehr wichtiges Produkt. Nun ist auch der Maiszoll in einer Weise erhöht worden, daß damit unsere Vieh- und Geflügelmast fernerhin fast unmöglich gemacht wird. Ich habe mir bis heute den Kopf vergeblich darüber zerbrochen, wie man und weshalb man ungeheure Zölle auf Produkte legt, ohne die die deutsche Landwirthschaft selbst nicht auskommen kann. Es werden ferner durch die erhöhten Zölle Holland und Dänemark auf das schwerste geschädigt. Die Schweiz, Holland und Dänemark sind aber die drei Länder, mit denen wir in einer Handelsbilanz leben, wie sie das Ideal der Agrarier ist, d. h. unsere Ausfuhr nach diesen Ländern übertrifft bei weitem das uns von ihnen Gelieferte. Auch diese drei Länder werden aufs allerschwerste durch neue Zölle getroffen.

Diese summarische Uebersicht zeigt, Parteigenossen, was zur Entscheidung steht und daß es nicht zur Entscheidung kommen kann, ohne daß das Volk befragt wird. Dafür muß unter allen Umständen gesorgt werden. Das allein rechtfertigt es, daß wir bei dem künftigen Wahlkampf unsere vollste Schuldigkeit bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und materiellen Kräfte thun müssen. (Lebhaftes Bravo!)

Im Laufe der nächsten Legislaturperiode werden noch andere wichtige Fragen in den Vordergrund treten. Die Finanzverhältnisse des Reiches befinden sich in äußerst trauriger Verfassung. (Sehr richtig!) Durch Erhöhung der Matrikularbeiträge ist nichts mehr zu holen, die Einzelstaaten leiden am finanziellen Dalles. (Heiterkeit.) Sie wissen nicht, wie sie die eigenen Ausgaben decken sollen. Wir wüßten's freilich, aber wir haben nichts to seggen, die Steuergesetze macht die Mehrheit, machen die Vertreter der herrschenden Klassen. Daß dieselben den eigenen Geldbeutel schonen, ist das oberste Gesetz der Klassenherrschaft. (Lebhaftes sehr richtig!) Daran können wir nichts ändern, nur aufklären müssen wir diejenigen, die das noch nicht wissen. (Sehr gut.) Die Finanzfrage wird auch wichtig werden für die kommende Wahlagitation. 1878 wurde beim Zolltarif auf Betreiben des Zentrums die lex Frankenstein eingefügt. Sie bestimmt, daß alles, was von bestimmten indirekten Steuern und Zöllen über 130 Millionen Mark jährlich eingeht, an die Einzelstaaten nach Maß-

gabe ihrer Bevölkerungsziffer vertheilt werden muß. Damals war man der Meinung, daß die Einzelstaaten mehr bekommen würden, als sie an Matrikularbeiträgen zu bezahlen hätten. Während einer Reihe von Jahren war das auch der Fall. Im Reichstag aber hat man, seit die wunderbar diplomatische Partei, das Zentrum, die Macht in Händen hat, wie ein Schuldenmacher und Bankrotteur gewirthschaftet. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es möglich wäre, dem Reichstage einen Kurator zu stellen, so wäre es sehr angebracht. (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Die Majorität wirthschaftet wie eine Gesellschaft leichtfertiger Verschwender darauf los und entdeckt dann, daß keine Einnahmen zur Deckung der Ausgaben vorhanden sind. Die Reichseinnahmen haben sich zwar erhöht, aber Marinismus und Militarismus sind Ungeheuer, die sich immer dicker fressen, das Reich auspowern und seine Kasse leer machen. (Sehr richtig.) Das war so selbst in den Jahren der größten Prosperität. Die Einnahmen sind sehr gestiegen, die Ausgaben aber noch viel mehr. In den Jahren des reichsten Ueberflusses ist nicht nur der Ueberfluß verzehrt, sondern Schulden sind dazu gemacht worden. Beim Regierungsantritt des jetzigen Herrn beliefen sich die Reichsschulden auf 800 Millionen, 1902/3 wird die Schuldenlast auf 3000 Millionen steigen. In diesen 14 Jahren werden wir also 2200 Millionen Mark neue Schulden machen, neben und trotz der kolossalen Mehreinnahmen. Wie das Finanzverhältniß zu den Einzelstaaten sich geändert hat, zeigt Sachsen. Vergleichen wir die Ueberweisungen mit den Matrikularbeiträgen, so hat es empfangen 1898 33 878 500 M. und gezahlt 33 046 600 M., es hatte also einen Ueberschuß von 800 000 M., 1899 empfing es 34 551 000 M. und zahlte 35 465 300 Mark, der Ueberschuß war also fast verschwunden, 1900 empfing es 36 840 000 Mark, und zahlte 38 144 500 M., 1901 und 1902 war das Verhältniß ebenso. Sachsen legt jetzt fast drei Millionen zu. So ist es bei allen deutschen Staaten, sie haben mehr an die Reichskasse zu zahlen, als sie an Ueberweisungen erhalten. Nun ist Holland in Nöthen, man weiß nicht aus noch ein und die allerdringendsten Kulturaufgaben leiden in unerhörter, in skandalöser Weise Noth. (Sehr richtig!) Bereits im vorigen Jahre hat bei der Aufstellung der Etats der Schatzsekretär zugegeben, er habe bereits über 57 Millionen von den Forderungen gestrichen, die an ihn herangetreten seien. Aber diese Forderungen sind deshalb nicht endgiltig beseitigt, sie kommen wieder und neue hinzu. So marschiren wir, selbst wenn die 1900 Millionen neuer Einnahmen aus den Zollerhöhungen hinzukommen, dem dauernden Defizit entgegen. Dann hat der Reichstag selber noch den Rothstift genommen und 25 Millionen gestrichen, um neuen Schulden zu entgehen. Aber eine böse Rechnung kommt noch hinten nach, es stellte sich heraus, daß wir einen sehr ungünstigen Finalabschluß in der Reichskasse haben. 21 Millionen Mark sind mehr ausgegeben worden, als der Reichstag bewilligte, und über 27 Millionen M. sind weniger eingekommen, als veranschlagt waren. Das ist ein Defizit von über 48 Millionen M., das die Einzelstaaten nachträglich zu decken haben. Die Etatsüberschreitungen sind ein grober Unfug, der trotz aller Beschlüsse immer mehr zunimmt; früher war so etwas nicht da, wahrlich, man fängt an eine Art Respekt vor Bismarck zu bekommen. (Heiterkeit.) So lange er am Ruder war, war es anders, aber jetzt sind wir modern — modern wie im Rom der Cäsaren. (Sehr gut.) 1902/1903 werden die Verhältnisse nicht günstiger werden. Wir haben mit einem Defizit von über 100 Millionen zu rechnen.

Trotzdem treten immer neue Ansprüche auf. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unsere in den 70er Jahren mit hunderten von Millionen bezahlten Festungen vollständig unbrauchbar geworden sind. Sie taugen nichts mehr, sie können in keinem modernen Kriege mehr standhalten. Die Franzosen haben es klüger gemacht. Gewitzigt durch die Erfahrungen des Krieges von 1870/71 haben sie Sperrforts gebaut, eine Reihe riesiger Erdwerke, hinter denen ganze Armeen

den stärksten Feind ruhig erwarten können. Damals haben unsere Generale über diese Sperrforts gelacht, jetzt machen wir sie den Franzosen nach. Metz, Köln, Straßburg, Königsberg sollen freigelegt werden, Posen ist es bereits, über halbe Provinzen sollen Sperrforts gezogen und mit Positionsgeschützen versehen werden, die auch wieder Hunderte von Millionen kosten werden. Ein Theil der Kosten dürfte durch den Verkauf der freiwerdenden Festungsterrains aufgebracht werden, aber der Rest muß aus Reichsmitteln gedeckt werden. Ueber die Kanonenfrage haben wir schon in Hamburg gesprochen. Die fremden Militärattachés wurden 1898 durch die neuen Geschütze der deutschen Artillerie, die plötzlich vorgeführt wurden, überrascht. Gefreut hat man sich damals wie die Kinder über die verblüfften Gesichter der Militärattachés. Jetzt aber stellt sich heraus, daß die neuen Kanonen zwar besser sind als die alten, aber bereits wieder überholt. Das Geschütz der Franzosen übertrifft das unserer Artillerie bei weitem. Kein Zweifel, sie sind uns mit dieser wichtigsten Waffe in einem Kriege voraus. Das ist wieder eine Folge unserer Uebereilung. Wenn bei uns ein Gedanke kommt, muß er gleich in der nächsten Stunde ausgeführt werden. (Heiterkeit.) Es handelt sich da um sehr mächtige Einflüsse. Die Budgetkommission war seiner Zeit verpflichtet worden, nichts über die Neubewaffnung der deutschen Artillerie in der Oeffentlichkeit verlauten zu lassen. Wir haben das Staatsgeheimniß gewahrt; mögen sie immer von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie reden, was wir als Ehren-Männer zu thun haben, das wissen wir selbst. (Bravo!) Also wir haben das Geheimniß bewahrt, aber mittlerweile ist der Zustand der deutschen Artillerie bekannt geworden, und es steht heute fest, daß die neue deutsche Artillerie, die zirka 170 Millionen gekostet hat, nicht auf der Höhe der Zeit steht, und daß wir vielleicht sehr bald eine vollständig neue Artilleriebewaffnung haben müssen. Dazu kommt, daß immer eine Erfindung die andere treibt. Erst gestern las ich, daß in England ein Marinegeschütz erfunden sein soll, das alles andere in Schatten stellt. Ich weiß nicht ob es wahr ist; ist es aber wahr, dann erwachsen uns auch nach dieser Richtung neue Ausgaben. Weiter heißt es auf einmal, wir brauchen eine Verstärkung der Kavallerie, nicht etwa aus militärischen Gründen, sondern zur Bekämpfung des Polenthums. Wir müssen Kavallerie-Regimenter in die Städte des Ostens legen, um den kleinen deutschen Handwerkerstand zu stärken. (Heiterkeit.) Ja, warum nimmt denn nicht der preußische Staat aus seinem Polenfonds die Mittel dazu? (Sehr gut!) Aber wir wissen, daß es anders liegt. Daß eine neue Vorlage kommen würde, wissen wir schon seit Jahren, dafür spitzen wir in der Budgetkommission unsere Ohren. Schon aus Anlaß des Boerenkrieges sprach man von der Nothwendigkeit einer Vermehrung der Kavallerie. Wir sind dem sofort entgegengetreten und haben gesagt, daß der Boerenkrieg gerade das Gegentheil bewiesen hat. (Sehr richtig!) Nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Kavallerie ist angebracht. Aber wir wissen ja, daß es mächtige und einflußreiche Kreise giebt, die von je in der Kavalleriewaffe die vornehmste Waffe gesehen und auf die Vermehrung gedrängt haben. Diese Vorliebe zeigte sich auch bei den Kavallerie-Manövern, wie solche erst kürzlich bei Frankfurt a. O. stattgefunden haben. Auswärtige Offiziere freilich sollen gemeint haben, es sei sehr schön, nur wäre es kein Krieg gewesen, mit anderen Worten: würde man im Ernstfall so vorgehen wollen, so könnte das ein militärisches Debacle herbeiführen, wobei alles bisherige ein Kinderspiel ist. (Sehr richtig!) Darüber, daß so nicht gekämpft werden kann, herrscht in der ganzen Welt bei Laien und Sachverständigen nicht der geringste Zweifel. Trotzdem aber wird die neue Kavallerieformierung kommen und es werden uns gewaltige Mehrausgaben erwachsen. Und damit noch nicht genug. Der Boerenkrieg hat ja den Erfolg gehabt, wie alle Volkskriege der Welt, eine neue Kriegstaktik zu lehren. Es ist charakteristisch, daß gerade die nichtmilitärischen Elemente die neuen Bahnen

schaffen; das ist in den letzten 40 Jahren durch zwei Volkskriege glänzend bewiesen worden, durch den großen Amerikanischen aus den sechziger Jahren und jetzt durch den Boerenkrieg. Alle Kriege bis zum letzten Spaziergang nach China hin haben für die militärische Wissenschaft nicht so viel Ausbeute geliefert in Bezug auf Aenderung der Technik wie diese beiden Kriege. Das hat man eingesehen und in Folge dessen neuerdings die Manöver in der Gegend von Mainz nach Boerenmanier eingerichtet. Will man aber die künftigen Kriege nach Boerenmanier führen, dann müssen die Soldaten auch nach Boerenmanier uniformirt sein. Das hat einer der ersten Generale der französischen Armee, General Négrier, ganz offen in einer militärischen Revue ausgesprochen. Er sagt, es hilft alles nichts, mit der militärischen Romantik ist es zu Ende, die schönen Uniformen wären in einem Kriege unser größtes Unglück. Wir haben das seit 15 Jahren im Reichstag gesagt, aber da hat man uns ausgelacht, verspottet und verhöhnt und jetzt neigen die Herren selbst dieser Ansicht zu. Finanziell würde das schließlich eine große Ersparniß bedeuten, wenn auch die erste Anschaffung kostspielig ist. Sie sehen auch daraus, welche Ausgaben in den nächsten 5 Jahren an den Reichstag herantreten werden.

Der Militärpensions-Etat wächst von Jahr zu Jahr, die Zahl der völlig diensttauglichen Leute, die pensionirt werden, nimmt von Jahr zu Jahr um so und soviel Tausend zu. Für den Friedensbedarf sind die Leute unbrauchbar, aber wenn es zum Krieg kommt, sind sie wieder brauchbar. Vorläufig haben wir die erhöhten Pensionskosten zu zahlen. Diese sind von 1890 bis jetzt für Heer und Marine von 37 700 000 auf 72 600 000 M. gewachsen, also eine Zunahme von rund 35 Millionen oder nahezu 100 Proz. Nun aber klagen die Offiziere darüber, daß mit den jetzigen Pensionssätzen nicht mehr zu leben sei. Erst dieser Tage traten pensionirte Offiziere in Dresden zu einer Versammlung zusammen, (Zuruf), ja, streiken können sie nicht mehr (Heiterkeit), man hat sie ja zur Arbeitslosigkeit verdammt, und sie vermehren die Zahl der Arbeitslosen. (Heiterkeit.) Also die Offziere können mit den Unterhaltungskosten nicht mehr auskommen und der Staatssekretär hat schon eine Aenderung des Pensionsgesetzes für nöthig erklärt. Werden die Pensionen nur um 15 Proz. erhöht, so bedeutet das eine Mehrausgabe von 12 Millionen per Jahr und diese Ausgabe steigert sich in demselben Maße wie der Pensionsetat auf Grund der bestehenden Einrichtungen wächst.

Dazu kommt, daß mit den vermehrten Schulden auch der Etat der Reichsschulden-Zinsen wächst, der für Armee- und Marinezwecke in den letzten zwölf Jahren bereits von 30 auf 76 Millionen, also um mehr als 100 Proz. gestiegen ist. Die Bedürfnisse des Reichs werden in den nächsten Jahren voraussichtlich so zunehmen, daß selbst die Einnahmen aus den höheren Schutzzöllen, wenn sie durchgehen sollten, kaum zu ihrer Befriedigung ausreichen dürften. Nebenbei treten natürlich auch gar nicht zurückzuweisende Kulturaufgaben an das Reich heran. So wächst der Reichszuschuß zur Arbeiter-Versicherung von Jahr zu Jahr. All das müssen wir in Betracht ziehen, um uns zu vergegenwärtigen, wie die Dinge stehen. Damit sind wir aber noch nicht am Ende. Die Marine hat namentlich in den letzten Jahren in Folge der einfach skandalösen Handlungsweise des Zentrums — man mag über die Nationalliberalen sagen, was man will, aber einen so schmählichen Verrath wie ihn das Zentrum in der Flottenvorlage begangen hat, kennt die Geschichte nicht, — und ich sage, die Marine hat von 1889—1902 eine Ausgabenvermehrung von 51 auf 217 Millionen aufzuweisen und so geht das weiter. Ich erinnere Sie an den Tirpitz-Erlaß, worin mit dürren Worten gesagt ist: falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reichs dies irgendwie gestatten, wird man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwickelung der Indiensthaltungen in den Jahren 1906 bis 1910

dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der fortdauernden Ausgaben in den Berechnungen vorzusehen! Aus diesem Erlaß haben wir geschlossen, daß man dem Reichstag nicht die volle Wahrheit gesagt hat und die Zukunft wird lehren, daß wir Recht hatten. Ebenso steht fest, daß die Auslands-Schlachtflotte eine Flotte von großen Panzern wird, das wird wieder die einmaligen und dauernden Ausgaben vermehren. Nachdem wir einmal den Spaziergang nach China gemacht haben, um christliche Zivilisation und Religion dorthin zu tragen, haben wir auch dort erhöhte dauernde Ausgaben. Wir haben gegenwärtig auf absehbare Zeit eine Mehrausgabe von 20 Millionen, die nicht in die Kriegskosten eingerechnet sind, neben 12 Millionen für Kiautschou. Diese Ausgaben stehen im ärgsten Mißverhältniß zu dem Ergebniß unseres Handels mit China. Der chinesische Handel wird von Jahr zu Jahr immer schlechter, unsere Ausfuhr nach Kiautschou belief sich 1900 noch über 5 Millionen M., aber sie wurde hauptsächlich hervorgerufen durch die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen und Eisenbahnmaterial. Die Einfuhr von Kiautschou belief sich 1900 auf lumpige 82 000 M. (Hört! Hört!) und 1901 auf 21 000 M. Im nächsten Jahre haben wir möglicherweise garnichts mehr (Heiterkeit) und das soll eine der aussichtsvollsten Kolonien des Reiches sein!

Und wie steht es mit der Weltpolitik! Bei den Berathungen der Flottenvorlagen haben wir immer gesagt: Ihr glaubt wohl, wie Ihr heute auf dem Festlande mit Eurer Armee die erste Geige spielen zu können vermeint, so werdet Ihr auch auf dem Meere es fertig bringen, England gegenüber die erste Geige spielen zu können? Man hat bestritten, daß unsere Flottenrüstungen sich gegen England richteten. Heute kann man es nicht mehr bestreiten. Zwar treten die Leiter unserer Politik England gegenüber in der zuvorkommendsten Weise auf. Ich erinnere nur an die Dekorirung des Lord Roberts mit dem Schwarzen Adlerorden und an die Einladung der englischen Generale zu den diesjährigen Manövern. Als man das sah, hätte man wirklich einen Augenblick glauben können, wir hätten uns in unserer Auffassung über die Zwecke unserer auswärtigen Politik geirrt. Freilich sind diese Liebesbezeugungen nichts Neues. Wir haben dasselbe Nordamerika und Rußland gegenüber gesehen. Man kommt Rußland sogar in politischer Beziehung — ich erinere nur an die Ausweisungen — in einer Art entgegen, daß auch heute das Wort am Platze ist, das einst die „Kölnische Zeitung" gegenüber Bismarck prägte: man übt sich im Wettkriechen vor Rußland. (Sehr gut.) Wir werden über diese Dinge im Reichstag noch ein Wort mit einander zu reden haben. Also nach allen Seiten hin Austausch von Liebenswürdigkeiten in Hülle und Fülle, so daß man glauben könnte, es sei alles aufs Schönste bestellt und sich fragen muß: Wozu die kolossalen militärischen Rüstungen? Aber sehr bezeichnend ist das Telegramm des deutschen Kaisers an den Zaren: der Admiral des Atlantischen Ozeans an den Admiral des Stillen Ozeans. Was mögen England, was die Vereinigten Staaten beim Lesen dieses Telegramms denken! Glaubt man vielleicht, damit die jetzige größte Seemacht der Welt und die werdende Großmacht jenseits des Ozeans von der Karte streichen zu können? (Sehr gut!) Wären wir nicht in Europa, wo die Verantwortung für einen Krieg eine furchtbare ist, wo die Folgen eines großen europäischen Krieges geradezu furchtbar sind, so wären solche Vorgänge sehr wohl geeignet, bedenkliche politische Verwickelungen herbeizuführen. Vor allen Dingen aber wird sich der deutsche Reichstag zu fragen haben, ob er angesichts so klar ausgesprochener Tendenzen seine bisherige Weltmachtspolitik fortsetzen will. Wir müssen auch nach dieser Richtung hin auf dem Posten sein. Freilich, an den entscheidenden Stellen läßt man sich durch solche eigenthümliche Wahrnehmungen weder irre machen, noch einschüchtern. Roosevelt hat wiederholt die Gelegenheit benutzt, den Völkern die Monroe-Doktrin ins Gedächtniß zu rufen,

und wir sind nicht nach Haiti gegangen, bevor wir nicht wußten, daß man in Washington nichts dagegen einzuwenden hätte. Gegen Haiti trat man natürlich anders auf als gegen Rußland. (Sehr richtig!)

Weitere hohe Zuschüsse erfordert die Kolonialpolitik. Es gab ja auch bei uns Männer, die glaubten, aus der Kolonialpolitik könne etwas werden. Aber die deutsche Kolonialpolitik hat sich weit unglücklicher entwickelt als selbst ich, einer der größten Pessimisten in dieser Frage, es je für möglich gehalten hätte. Unsere ganz Kolonialpolitik ist ein Debacle (Sehr wahr!) Sagt doch selbst Peters, vor wenigen Jahren einer ihrer fanatischsten Vertreter, daß in der durch seinen Einfluß geschaffenen Kolonie Ostafrika nichts zu machen sei. So ist es auch mit anderen Kolonieen. Wir haben den Spaniern durch die Marianen-, Ladronen- und Pellaninseln eine ganze Reihe dieser Inseln abgekauft. Wie können die Spanier lachen, sie haben ein vorzügliches Geschäft gemacht, während wir zu den Zinsen noch jährlich so und so viele Tausende in den Stillen Ozean werfen. Auch in Samoa, das so lange Jahre Gegenstand des Streites war, stehen die Erfolge im schärfsten Widerspruch zu den Opfern. Wir haben den großen Zug nach dem Osten gemacht, um christliche Zivilisation in China zu verbreiten, und nun stellt sich heraus, daß wir bei uns viel chinesischer sind als die Chinesen. (Heiterkeit.) Ehe-Ordnungen, wie sie heute in Preußen bestehen, würden selbst die Chinesen nicht schaffen. (Sehr gut!) Die Regierungen geben zu, daß die Kolonialpolitik in Ostafrika hoffnungslos geworden ist, sie setzen ihre letzten Hoffnungen auf die Zentralbahn.

Große Ausgaben erwachsen uns, wenn wir im Reichstag den hier gefaßten Beschlüssen Geltung verschaffen wollen. Vor allem ist bei der in Aussicht stehenden Reform der Krankenversicherung die Anwesenheit zahlreicher Sozialdemokraten im Reichstage eine dringende Nothwendigkeit. (Sehr richtig!) Die Arbeitslosen-Versicherung wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden; wie sie gelöst wird, weiß heute kein Mensch. Es ist ferner leicht möglich, daß wenigstens gegen Ende der Legislaturperiode die Reform des Strafgesetzbuches in Angriff genommen werden wird. Auch ein Gegenstand von eminenter Wichtigkeit, gerade für die Sozialdemokraten. Die Frage der Vereinheitlichung der Versicherungs-Gesetzgebung wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. Weiter wird die Fraktion mit aller Energie auf die Anerkennung der Gewerkschaften hinarbeiten müssen. Die deutsche Arbeiterklasse muß endlich das erlangen, was die Arbeiter anderer Länder längst erlangt haben. Andere wichtige Fragen sind die Erringung eines Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gewerbe-Inspektion, ferner die Regelung der Hausindustrie, die Schaffung eines Normalarbeitstages. Wenn wir die Gesetzgebung zwingen könnten, das Prinzip des Normalarbeitstages anzuerkennen, sei es auch des zehnstündigen, so wäre das als ein großer Fortschritt anzuerkennen. (Sehr wahr!) Nach wie vor wird es sich ferner darum handeln, die Soldatenmißhandlungen zu erörtern, die Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts den Arbeitern gegenüber zu kritisiren, mit gewissen richterlichen Urtheilen ins Gericht zu gehen, wir werden die Ausweisungen zu besprechen haben; kurz, wir werden alles Unrecht und alle Gewalt, die ja bis heute nicht aufgehört haben, in Deutschland regierende Faktoren zu sein, zur Sprache bringen und auf Abhülfe dringen müssen.

Für all das ist eine möglichst starke sozialdemokratische Fraktion absolut nothwendig, und angesichts dieser Aufgaben haben wir die dringendste Pflicht, ungesäumt, ohne auch nur einen Tag zu zögern, in die Wahlagitation einzutreten, vor allem in die Wahlorganisation. Seit den letzten Wahlen ist glücklicher Weise das Verbindungsverbot gefallen, wir müssen also jetzt in allen Wahlkreisen, soweit irgend das Menschenmaterial dafür vorhanden ist, Vereine gründen, Verbindungen schaffen und Vertrauenspersonen wählen, die die Bindeglieder für die Agitation bilden. Wir müssen die Geldsammlungen betreiben. Ich bitte Euch,

Parteigenossen, dringend, rechnet nicht auf die große Kriegskasse in Berlin, sie ist nicht sehr gefüllt, das habt Ihr gehört, aber wenn auf dem nächsten Parteitage unser Berichterstatter in die gleiche Lage kommen sollte, wie ich auf dem Parteitage in Halle 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes, woselbst ich mittheilen konnte, daß wir drei Tage nach der Wahl reicher wären als vor der Wahl, nun dann um so besser! Jedenfalls sollten die Wahlkreise die Kosten nach Möglichkeit selbst aufbringen. Die Erfahrungen im Jahre 1898 haben uns gezeigt, daß in einzelnen Kreisen ganz unverantwortlich viel verbraucht wird, daß wir uns bisweilen bezüglich der Ausgaben wie Großkapitalisten benehmen und nicht wie Proletarier. (Sehr richtig!) Ich habe jüngst die Akten des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei aus dem Jahre 1870, dem Jahre der Kriegswahlen, studirt. Geld war so gut wie gar nicht vorhanden. Da liest man daß der eine Wahlkreis 5 Thaler, der andere 10 empfangen habe. Allerhöchstens wurden 20 Thaler gegeben. Heute können wir damit natürlich nicht auskommen, aber wir haben uns doch an eine zu großspurige Weise im Geldausgeben gewöhnt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wird zuviel Papier verbraucht, öfter ließe sich mit der Hälfte der Flugblätter auskommen. (Sehr richtig!) Ein anderes haben wir allmählich ganz verlernt, und da müssen wir wieder an die guten Traditionen der vorsozialisten-gesetzlichen Zeit anknüpfen. Die Agitation für unsere Organisationen und unsere Presse muß mit dem Wahlkampf verknüpft werden. Früher war es guter Gebrauch, daß jeder Redner an dem Schluß seiner Rede mit der Aufforderung schloß, sich der Partei-Organisation anzuschließen, wozu Gelegenheit gegeben wurde, und auf unsere Blätter zu abonniren; es wurden Probenummern vertheilt und Zettel mit der Aufforderung zum Abonnement gingen herum. In dem bevorstehenden Wahlkampfe werden wir in unseren Versammlungen Millionen von Frauen und Männern sehen. Es müßte doch sonderbar zugehen, wenn wir dabei nicht 100—200 000 neue Zeitungs-Abonnenten herausschlagen sollten. (Lebhafter Beifall.)

Daß wir keine Bündnisse bei der Hauptwahl schließen, versteht sich von selbst. (Bravo!) Wir treten selbstständig auf und wenn wir in einem Kreise auch nur zehn Stimmen bekommen. Erst bei den engeren Wahlen, wenn wir ausgefallen sind, haben wir uns zu fragen, wer von den übrig bleibenden Kandidaten für uns wählbar ist. Parteigenossen! Geben wir uns keinen Illusionen hin. Der Kreis derjenigen bürgerlichen Kandidaten, die wir, auch wenn wir noch so bescheiden in unseren Forderungen sind, wählen dürfen, wird mit jeder Legislaturperiode kleiner. Wenn etwas zeigt, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern schärfer werden, dann sind es die Wahlen. (Sehr richtig!) Wir müssen unsere Bedingungen ständig herabsetzen, weil wir sonst überhaupt niemand finden, für den wir bei den Stichwahlen noch stimmen können. Das Zentrum fällt ganz aus, kein Zentrumsmann darf eine Stimme von uns erhalten bei den nächsten Wahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Früher war das anders. Die Nationalliberalen fallen aus, Konservative, Antisemiten kommen gar nicht in Betracht; ja, heut entsteht die Frage: ob wir alle Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volkspartei bei Stichwahlen wählen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Verhandlungen über den Zolltarif stellt sich leider heraus, wie wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist — leider —, denn uns wäre eine stark liberale Partei, die quasi als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, ganz angenehm. Im württembergischen Landtage sitzen 6 Volksparteiler, die für Erhöhung der Lebensmittelzölle sind. Dürfen wir für solche Leute bei den Stichwahlen stimmen, nur weil sie sich Volksparteiler nennen?

Ich habe mich bei den Bedingungen für die Stichwahl-Unterstützung in meiner Resolution auf das Nothwendigste beschränkt. Die Ihnen vorliegende Resolution giebt die unerläßlichsten Bedingungen an, die gegnerischen Kandidaten erfüllen müssen, falls wir für sie bei der Stichwahl eintreten sollen: sie müssen

eintreten für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts, gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel; — falls wir sagen wollten, daß sie überhaupt gegen Lebensmittelzölle stimmen müßten, so fänden wir keinen einzigen bürgerlichen Kandidaten, den wir unterstützen könnten. Eine weitere Bedingung ist, daß die Kandidaten eintreten gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung, ferner gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes, endlich gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Kosten erfordert. Ich möchte Sie dringend bitten, den Kreis der Forderungen nicht zu erweitern, das hätte gar keinen Sinn und Zweck; wir werden froh sein müssen, wenn auf diese Forderungen hin Kandidaten vorhanden sind, die wir unterstützen können. Auch diese Thatsache zeigt, wie die Zustände im deutschen Reich täglich unerträglicher werden, und wie heute allein die Sozialdemokratie es ist, die man als die wahre Kulturträgerin der Zukunft ansehen kann. Daß wir die einzige Partei sind, die unentwegt für den Fortschritt der Menschheit kämpft!

Wenn wir angesichts dieser Zustände unsere Aufgabe richtig auffassen, Parteigenossen, so seid Ihr die Macht, die hämmert jung das alte morsche Ding, den Staat, Ihr, die Ihr von Gottes Zorne seid, das Proletariat!

Parteigenossen! Schließt die Reihen! Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm von der Parteivertretung der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs. (Beifall.)

Schluß 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrolleure sind abgegeben.

Die Wahl wird für geschlossen erklärt.

Die Debatte über den Punkt der Tagesordnung: **Die bevorstehende Reichstagswahl** wird eröffnet.

Welcker-Wiesbaden unterbreitet einige Wünsche des 21. nassauischen Reichstagswahlkreises in Bezug auf die Entsendung von Rednern in diesen Wahlkreis. Der Prophet gilt nicht viel im Vaterlande. Redner will den Antrag 30 begründen, wird aber vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Antrag gesondert zur Verhandlung gelangt. Uns hat die Erfahrung gelehrt, daß es zum Kampfe gegen das Zentrum nicht genügt, sich auf politischen und sozialen Boden zu stellen. Die Kirche ist das Haupthinderniß im Befreiungskampfe der Menschheit. Sie ist das Bollwerk des Alten. Wollen wir dieses Bollwerk erschüttern, so müssen wir uns auf die religiöse Aufklärungsarbeit verlegen. Das ist nothwendig in protestantischen, ganz besonders aber in katholischen Gegenden. Gewiß leistet auf diesem Gebiete die sozialdemokratische Presse viel, aber das kommt doch nur deren Lesern zu gute. Deshalb muß man auf anderem Wege, durch Flugblätter, den Kirchenglauben zu erschüttern suchen, ferner durch die Kleinarbeit in den Werkstätten, am Biertisch ꝛc. Ohne geistige und religiöse Freiheit ist auch die politische Freiheit unmöglich. (Rufe: Schluß mit dem Unsinn!) Redner befürwortet schließlich eine Resolution, die empfiehlt, die religiöse Aufklärungsarbeit besonders in den Zentrumsbezirken zu betreiben und zu unterstützen.

Die Resolution wird zur Unterstützung gebracht; es erheben sich zwei Hände, die Unterstützung reicht nicht aus.

Geyer-Leipzig bespricht die Frage des Zolltarifes und die Stellungnahme der verschiedenen Parteien dazu. Wenn die Genossen Material in dieser Frage

haben wollen, so brauchen sie nur die Berichte der Zolltarif-Kommission zur Hand zu nehmen, dann haben sie Material genug. (Sehr wahr!) Und was die Bekämpfung des Zentrums anbelangt, dann braucht man nur die wirthschaftlichen Verhältnisse ins Auge zu fassen, dann findet man ebenfalls genügend Agitationsstoff. In der Frage des Zolltarifs hat das Zentrum die Führung der bürgerlichen Parteien übernommen und selbst die lautesten Schreier unter den Agrariern haben sich dieser Führung anvertraut. Dabei denkt das Zentrum gar nicht daran, die agrarischen Ueberforderungen zu erfüllen, hat es doch mit der Rebellion im eigenen Lager zu kämpfen. Auch zwischen den Agrariern ist ja schon ein Streit entbrannt, aus dem wir ersehen, daß sie ein Kompromiß mit dem Zentrum schließen wollen. Die Folge wird sein, daß man sich schließlich auf die Regierungsvorlage zurückzieht. Wenn das Zentrum kürzlich auch den Beschluß gefaßt hat, auf den Beschlüssen der ersten Lesung stehen zu bleiben, so ist dieser Beschluß doch nicht unabänderlich. Es wird jetzt nur darauf bedacht sein, den Rückzug bis zur zweiten Lesung vollständig zu machen; man will zu keinem Konflikt mit der Regierung kommen. Betrachtet man sich den Streit, der zwischen den Zöllnern in der Kommission entbrannt ist, so findet man dafür verschiedene Gründe. Es ist vor allem der Parteineid, die Landbündler wollen dem Zentrum Terrain streitig machen und haben deshalb Ueberforderungen gestellt. Was die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung betrifft, so glaube ich nicht daran. Das Zentrum hätte dabei zu viel zu riskiren und wird es deshalb nicht so weit kommen lassen, besonders wenn wir Sozialdemokraten so wie bisher auf dem Posten sind. Wir hoffen, daß der Zolltarif zu Fall kommt. Aber ehe er zu Fall kommt, hat unsere Partei noch alle Register zu ziehen, und wenn es zu Neuwahlen kommt, dann müssen wir auf dem Platze sein. (Beifall.)

Hengsbach-Köln: Bebel hat in seinem vortrefflichen Referate das Thema der Zentrumspartei angeschnitten. Mit dieser Partei werden wir uns allerdings in der Hauptsache bei den bevorstehenden Reichstagswahlen auseinanderzusetzen haben. Darin, daß die Resolution Welcker nicht genügend unterstützt ist, zeigt sich, daß es uns mit dem Punkt unseres Programms, worin die Religion zur Privatsache erklärt wird, ernst ist. Wohin sollte es führen, wenn man sich in der Bekämpfung des Zentrums auf eine so schiefe Ebene begeben wollte? (Sehr richtig!) Wir im Rheinland dürfen wohl eine genaue Kenntniß des Zentrums für uns in Anspruch nehmen. Wir kennen das volksverrätherische Treiben des Zentrums, aber wir wissen auch, daß es daran noch immer nicht zu Grunde gegangen ist. Das Zentrum ist so vorzüglich organisirt, daß der Kampf gegen diese Partei nicht so einfach ist. Man darf auch nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß die Zolltarif-Vorlage dem Zentrum so vollständig den Wind aus den Segeln nehmen wird, wie vielfach geglaubt wird. Wir haben ähnliche Erfahrungen schon oft gemacht. Auf die christlichen Arbeiter können wir uns in keiner Weise verlassen. Alle persönlichen Zwistigkeiten in den Wahlkreisen müßten jetzt zurückgestellt werden und alle einig sein zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner. Die Organisationen müssen schon jetzt ausgebaut und schon jetzt die Parteifinanzen der einzelnen Kreise gestärkt werden, damit nicht immer auf den großen Parteisäckel spekulirt wird. Bei den Stichwahlen werden wir wohl meistens Stimmenthaltung üben müssen.

Kittler-Heilbronn: Ich warne gleichfalls davor, den religiösen Boden zu betreten. Im Kampfe gegen das Zentrum stehen uns ganz andere Mittel zu Gebote. Fragen wir die Herren nur immer, was sie für das Volk gethan haben und thun. Das Zentrum besitzt eine Art Handbuch. Darin finden die Zentrumsagitatoren ihr Material gegen uns. Das sind Sätze aus den Reden unserer Abgeordneten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, Stellen aus Broschüren, deren Sinn ins Gegentheil verkehrt werden. Dagegen sollte unsere Agitation

gewappnet sein. Das Handbuch für die sozialdemokratischen Reichstagswähler wird ja sicherlich wieder erscheinen. Vielleicht läßt sich in einem Anhang das Material für die Richtigstellungen der Zentrumsbehauptungen geben.

Frau **Zetkin**: Bebel hat in meisterhafter Weise dargelegt, aus welchen wirthschaftlichen Gründen das Proletariat seine Kräfte mit schärfster Energie gegen den Zollwucher einsetzen muß. Der Zollwucher ist aber zu bekämpfen nicht nur mit Rücksicht auf das Massenelend, das er im Gefolge haben müßte, sondern auch vom Standpunkte des Kampfes um die politische Macht. Das Junkerthum will den Zollwucher nicht nur durchdrücken, um den Beutezug auf die Taschen des Proletariats unternehmen zu können, sondern auch um seine politische Machtstellung in Staat und Gesellschaft zu stärken und womöglich zu verewigen. Im Kampfe gegen die Herrschaftsgelüste des Junkerthums hat das Proletariat aus bürgerlichen Kreisen heraus auf keinen zuverlässigen Bundesgenossen zu hoffen. Der mächtigste Theil der Bourgeoisie hat sich bereits mit den agrarischen Zollwucherern verbündet. Bis tief in die Reihen des Nationalliberalismus, ja bis in die Reihen der süddeutschen Volkspartei hinein finden sich verschämte Zollwucherer und der sogenannte Freisinn leistet der politischen Machtstellung des Junkerthums Vorschub. Als die Frage des bevorstehenden Zollwuchers zum ersten Male im Reichstage angeschnitten wurde, warf der Freisinnige Georg von Siemens die Frage auf, ob nicht vielleicht trotz aller wirthschaftlichen Schädigung die Lasten dem deutschen Volke aufgebürdet werden müßten, um den Adel als herrschende Klasse zu erhalten. Das Charakteristische ist, daß er diese Frage nicht mit allem Nachdruck verneint hat. Unsere ganze deutsche Geschichte ist aber ein einziger Beweis dafür, daß unser Adel nicht nur unfähig, sondern auch unwürdig ist, die herrschende Klasse zu sein. Indem das deutsche Bürgerthum durch einen seiner Vertreter damals die Frage aufwarf, ohne sie sofort zu verneinen, hat es sich von vornherein zum Verrath an dieser Sache bereit erklärt. Die Konsequenzen dieser Stellungnahme zeigten sich denn auch bereits bei den Wahlen in Memel-Heydekrug, in Kulmbach-Forchheim u. s. w. Die Bourgeoisie hat auf die Durchführung ihrer historischen Aufgabe, die politische Macht des Junkerthums zu brechen, verzichtet, und bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein hat das Junkerthum mehr oder weniger schlecht geschminkte Anhänger. Die Bourgeoisie verzichtet auf diesen Kampf, weil sie sich des Junkerthums als des politischen Hausknechtes gegen das Proletariat bedienen will. Sie greift zur Politik der Hochschutzzöllnerei als Konsequenz ihrer reaktionären Politik der Arbeiterklasse gegenüber. Die Politik der gepanzerten Faust der Arbeiterklasse gegenüber, die Zuchthaus-Vorlage, der Stillstand der Sozialreform — das Alles drängt mit Nothwendigkeit zur Hochschutzpolitik gegenüber dem Auslande. Wir können nur alle bürgerlichen Parteien in derselben Weise behandeln. Die bürgerlichen Parteien erklären bereits jetzt: die Parole darf nicht lauten: „Gegen den Zolltarif", sondern: „Für Handelsverträge!" In dieser Parole tritt uns der vollzogene Rückzug aus dem Kampfe gegen das Junkerthum klar entgegen. Das Zentrum wird im Kampfe die ausschlaggebende Rolle spielen; es wird wieder mit allen schäbigen Mitteln der Lüge und der Verdrehung hervortreten. Ich möchte deshalb den Antrag Singer (126) empfehlen, daß der Redaktion des „Vorwärts" alle gegnerischen Flugblätter, zumal aus Zentrumskreisen, zugeschickt und gesammelt werden und daß dann die gehörige Antwort darauf erfolgt. Auch ich bin durchaus pessimistisch in Bezug der Hoffnung auf Zerbröckelung des Zentrumsthurmes. Der geistunterdrückenden Macht des Zentrums gegenüber müssen wir nicht nur unsere politischen Forderungen geltend machen, sondern auch alle die hohen geistigen und sittlichen Kulturwerthe des Sozialismus ins Feld führen, die so herrlich sind, wie sie das Christenthum nie herrlicher zur Entfaltung gebracht hat. Auf in den Kampf und vorwärts zum Siege! (Lebhafter Beifall.)

Leyendecker-Höchst: Es wäre sehr nöthig gewesen, den Kampf mit dem Zentrum als besonderen Punkt zu behandeln. Der Vorstand und der Parteitag scheinen die Zentrumsgefahr zu unterschätzen. (Pfannkuch: O nein!) Jedenfalls müssen wir unsere Waffen gegen das Zentrum schärfen. Es müßte ihm viel mehr auf die Finger gepaßt werden. Das Zentrum und dessen Agitatoren verstehen es vortrefflich, unsere Agitatoren zu verleumden. Da sollte der „Vorwärts" und die Provinzpresse sich besser darum kümmern. Kräfte und Geld sollten nur auf die aussichtsvollen Kreise verwandt werden.

v. Vollmar-München: Das Wenige, was sich über die Wahlbetheiligung sagen läßt und was darüber zu sagen ist, hat Bebel in einer Weise vorgetragen, daß ich nichts mehr hinzuzufügen habe, und über den Rest können wir heute nicht sprechen; das wird der Kampf selbst ergeben. So sehr einerseits die Ausführungen Welckers gezeigt haben, daß er da wieder anfangen will, wo wir vor ungefähr 25 Jahren aufgehört haben (Lebhafte Zustimmung), so hat seine Resolution doch das Gute gehabt, uns Gelegenheit zu geben, zu äußern, wie wir über die Erklärung der Religion zur Privatsache denken. Darüber, daß wir religiöse Aufklärungsarbeit zu betreiben haben und was sonst Schönes in dieser Beziehung gesagt ist, will ich kein Wort mehr verlieren. Das haben uns vor einem Jahrzehnt schon und länger Dr. Rüdt und ähnliche Herren gesagt. (Sehr richtig!) Damit wollen Sie das Zentrum bekämpfen? Wollen Sie dem Zentrum einen großen Gefallen thun, so machen Sie es nur so. Wir, die wir jahrzehntelang das Zentrum in allen Erscheinungsformen studiren, die wir tagtäglich mit ihm zu thun haben, wir wissen am genauesten, daß diese Partei, wenn man sie sachlich verfolgt, sehr bald am Ende ihres Lateins ist und dann jedesmal zur lieben Religion greift. (Sehr richtig!) Mögen die Freireligiösen ihre Kulturkampfpaukereien und Pfaffenfressereien doch in ihren freireligiösen Gemeinden betreiben! (Sehr richtig!) Aber unsere Partei, unsere politische und wirthschaftliche Bewegung mögen sie damit ungeschoren lassen. (Lebhafter Beifall.) Leider ist auch unsere Parteipresse in den letzten Jahren nicht von ähnlichen Anwandlungen frei geblieben; ich weise auf die bekannten Schriften von Losinsky hin, die zum Theil den alleroberflächlichsten Aufkläricht darstellen. Hoffentlich wird die Kritik, die diese Schriften in einem großen Theile der Presse gefunden haben, hinreichen, um uns vor einer Wiederholung ähnlicher Dinge zu bewahren. Die Resolution Welcker ist ja erledigt, aber es muß doch gesagt werden, daß sie absolut nicht unserem Programm entspricht. Der Punkt des Programms über die Religion ist genau so bindend wie jeder andere, er ist nicht aus taktischen Gründen aufgenommen, sondern es ist uns ernst mit unserer Stellung zur Religion. Und was würde daraus, wenn wir derartige Kulturkämpferei treiben würden? Nach unserem Programm ist Religion Privatsache, d. h. jeder hat vollkommene Meinungsfreiheit in religiösen Dingen, seine religiöse Meinung hat mit politischen und wirthschaftlichen Dingen nichts zu thun. Dieser Satz giebt natürlich jedem das Recht, seine eigene private religiöse oder antireligiöse Meinung auszusprechen, aber auf der anderen Seite muß der Sozialdemokrat in Bezug auf diese Frage möglichst zurückhaltend sein. Gebe ich jemand das Recht, seine private Meinung, das Freigemeindethum, den Atheismus, das Antikirchenthum zu propagiren, so muß ich naturgemäß auch demjenigen, der positive Religion hat, das Recht geben, seine Meinung zu propagiren. Wir können sonst zu ähnlichen Zuständen kommen wie in England, und darunter würde das Partei-Interesse leiden. Also hier heißt es, Zurückhaltung üben und sich beschränken auf das, was den Inhalt unserer Existenz ausmacht, die sozialen, die wirthschaftlichen und politischen Dinge. Hier heißt es, sich konzentriren. Wenn Sie zeigen wollen, daß die Religion vom Zentrum oder einer anderen Partei mißbraucht wird, so ist das etwas anderes. (Sehr richtig!) Aber das Gebiet der religiösen Vorstellungen hat mit unserem Kampf

nicht das geringste zu thun, und der hier anders vorgeht, der unterstützt nur unsere Gegner. Ein Agitator, der nicht ganz sicher ist, sollte sich lieber zurückhalten und sich vergegenwärtigen, daß unser Programm die volle Neutralität bedeutet gegenüber dem religiösen Gefühl als Herzenssache, daß dagegen, soweit die Religion zur Unterdrückung benutzt wird, gegen die, die das thun, in erster Linie das Zentrum, energisch vorgegangen werden muß. Mit einem einzigen Punkt, den Sie von den Unthaten des Zentrums auf sozialpolitischem Gebiet herausgreifen, werden Sie hundertmal mehr erreichen, als wenn Sie in einer thörichten Aufklärungsweise vorgehen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Neumann begründet und Leber bekämpft, wird abgelehnt.

Krohn-Konstanz: Auch bei uns haben wir mit dem Zentrum zu kämpfen. Ich theile ganz die Ansichten Vollmars und freue mich, daß der Antrag Wiesbaden gar keine Unterstützung gefunden hat. Gut wäre es, wenn das Material gegen das Zentrum zusammengestellt würde, damit dieser Partei ihre Arbeiterfeindlichkeit sofort unter die Nase gerieben werden kann. Daß im vorigen Wahlkampfe Geld verpulvert worden ist, muß ich entschieden bestreiten. Hoffentlich wird die Bebelsche Warnung vor überflüssigen Flugblättern nicht falsch verstanden, so daß der Opfermuth der Genossen nicht erlahmt. Die Stichwahltaktik ist sehr komplizirt. Enthalten wir uns der Stimme bei der Stichwahl in unserem Wahlkreise, so siegt der Zentrumsmann. Das Zentrum aber hat gar keine Sympathie, und viele Genossen würden es mit Freuden begrüßen, wenn es gelänge, ihm 5 bis 10 Mandate zu nehmen. Kommt dadurch ein Nationalliberaler mehr hinein, so hindert das ja nicht den Zusammenbruch dieser Partei. Ich möchte also Bebel ersuchen, den einzelnen Wahlkreisen etwas mehr Spielraum zu lassen, damit die besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden können.

Ein Schlußantrag, den Eitzerodt begründet, Hoffmann-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Singer: Der nächste Redner ist Ledebour, ihm folgt Hoffmann. (Große Heiterkeit.)

Ledebour: In der Frage der Bekämpfung der Zentrumspartei hat Vollmar das Nothwendige gesagt. Ich möchte nur Einiges zur Beleuchtung der politischen Situation beitragen und einige allgemeine Lehren daraus ziehen. Bebel erinnerte an Oxenstjernas Wort von dem geringen Verstand, der dazu gehört, die Welt zu regieren. Es liegen Anzeichen vor, als ob sich diese Eigenart der Regierenden noch verschärft hätte. Es ist das ein beständiges Zeichen des Verfalls. In der Zeit der Dekadence vermindert sich die Intelligenz der regierenden Klassen, und so ist es keineswegs ein Zufall, wenn vor einiger Zeit die Scharfmacherpresse zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Forderungen an die Qualität der Minister stellte, die sich zusammenfassen lassen in das Wort: dumm, aber stark. (Heiterkeit.) Dieses Ideal der modernen Staatsweisheit ist bisher nur theilweise erreicht worden. Sie werden mir zugeben, daß ein Minister, der in beständiger Angst lebt, daß ihm mit dem „Lausekanal“ vor den Bauch gestoßen wird, zu den starken Männern jedenfalls nicht gehört. Diese Situation ist überaus günstig für die Sozialdemokratie. Damit wir sie aber ausnutzen, dürfen wir uns nicht flau machen lassen (Sehr richtig!) durch Bedenken und Bedenkenerreger. Selbst Flaumachereien, an denen es auch in unserer Partei nicht gefehlt hat (Sehr richtig!), sind durch die thatsächliche Entwickelung vollständig in ihr Nichts aufgelöst worden. Ich glaube nicht, daß noch irgend jemand jetzt bei uns vorhanden ist, der vor dem großen Entscheidungskampf mit Flaumachen kommen wollte. Würde heute noch jemand die Besetzung von Kiautschou nicht als schlechtesten Streich der Bülowschen Politik bezeichnen? Das hat der zitatenfrohe Minister v. Bülow sich im Reichs-

tage natürlich gleich an die Mütze gesteckt. Wird noch jemand wagen, der deutschen Sozialdemokratie die Methode der englischen Arbeiterbewegung nach der chartistischen Niederlage anzurathen, wo sie sich ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien begaben? Jetzt schließen unsere Liberalen Wahlbündnisse mit nationalliberalen und reaktionären Parteien. (Sehr richtig!) Ein solcher Gedanke würde mit Hohngelächter von der ganzen Partei begraben werden. (Sehr richtig!) Die gesammte Partei ist sich vollständig klar über die Situation und will den entschiedensten Kampf auf Grund der revolutionären Prinzipien der Partei. Was ich bei diesen Auseinandersetzungen am allermeisten bedauere, sind nicht die Verhandlungen dieser Tage, auch nicht die Polemiken von Lübeck. Das gefährlichste Moment, das allerdings überwunden worden ist, war die Gefahr, daß die große Masse der Arbeiterschaft sich wirklich hätte flau machen lassen. (Lebhafter Widerspruch.) Ich sage ja, daß das absolut nicht eingetreten ist. (Zurufe: Natürlich nicht!) Glücklicherweise nicht, weil es nichts genützt hat. Unsere Gegner haben selbst hierzu beigetragen durch die unglaublichen Regierungsmethoden, deren sie sich bedienen. Unsere Minister halten Hasenreden. Herr von Rheinbaben setzt seine Löhning-Aktion in Szene u. s. w. So armselig wie in einem Ministergehirn sieht es in einem Arbeiterverein wirklich nicht aus. Wenn die Arbeiterklasse mit dem nöthigen Selbstbewußtsein in den Wahlkampf eintritt, so muß sie unbedingt den Sieg gewinnen. (Beifall.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Die Antwort, die Vollmar dem Genossen Welker gab, veranlaßt mich, das Wort zu nehmen. Wenn ich auch die Meinung theile, daß man die Religion als Privatsache zu betrachten hat, so sollte Vollmar doch auch den Freireligiösen, den Freidenkern gegenüber Toleranz üben. (Vollmar ruft: Selbstverständlich!) Vollmar hat in seiner Antwort auf Welkers Rede alles in einen Topf geworfen, was überhaupt mit dem Freidenkerthum zusammenhängt. Dagegen muß ich mich verwahren. Vollmar sagt, in unserem Programm stehe: Religion ist Privatsache. Das steht nicht darin, sondern nur die Erklärung der Religion zur Privatsache. Wäre sie schon Privatsache, so brauchten wir nicht mehr darüber zu reden; sie soll es aber erst werden. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit daran, welche Stellung ein bekannter Genosse im alten Züricher „Sozialdemokrat" zu dieser Frage eingenommen hat. Nach seiner Ansicht sollten wir der Kirche überall da entgegentreten, wo sie sich zum Schleppträger der herrschenden Gesellschaft macht. Denselben Standpunkt haben wir auch heute noch zu vertreten. Wir wollen Aufklärung auf allen Gebieten schaffen. Dabei sollte man auch die Arbeit der Freidenker dankbar anerkennen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt Welkers; ich hätte gewünscht, Welker hätte erst in der Partei gelernt und wäre dann auf einem Parteitag aufgetreten. Man wird nicht dadurch Sozialdemokrat, daß man in einen Wahlverein eintritt und dann auf den nächsten Parteitag geht und in einer ungeschicktesten Weise Freidenker-Ideen vertritt, wie es uns mehr schaden als nützen kann.

Welker-Wiesbaden: Der intelligentere Theil des Proletariats weiß, daß unser Kampf ein Kampf gegen Windmühlen ist, so lange man die Kirche mit Glaceehandschuhen anfaßt. (Widerspruch.) Diese Ansicht vertritt auch Bebel in dem Vorwort zur neuesten Auflage seiner Schrift über Christenthum und Sozialismus. Wie werthvoll für die herrschende Klasse die Abhängigkeit der Massen von der Kirche ist, sehen Sie daraus, daß neben jedem Purpur der Talar zu finden ist und daß noch mehr neue Kirchen gebaut werden als Kasernen. Wo die Kirche mächtig ist, stehen die Erwachsenen völlig unter ihrem Bann. Wollen wir die Religion zur Privatsache machen, so genügt nicht eine Trennung des Staates von der Kirche, sondern wir müssen die Macht der Kirche über die Gemüther brechen; wir müssen der Vergewaltigung der Kinder durch Staat, Kirche, Schule und Eltern ein Ende machen. Eröffnen Sie den Kampf auf der ganzen Linie, nicht nur den Kampf gegen die Kirche, sondern auch den Kampf

gegen die objektive Gewissenlosigkeit der Eltern, die das religiöse Leben ihrer Kinder vergewaltigen durch Ueberweisung derselben an eine Religionsgemeinschaft, bevor sie lernen zu unterscheiden, was rechts und links ist. Ecrasez l'infâme! (Vereinzeltes Gelächter.)

Eberhardt-Charlottenburg stellt einen Schlußantrag und begründet diesen mit der Bemerkung, die Ausführungen der letzten Redner hätten gezeigt, daß Sachliches nicht mehr vorzubringen sei.

Der Antrag wird angenommen.

Leyendecker-Höchst wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Krohn-Konstanz und empfiehlt diesem, sich an den Parteivorstand zu wenden, wenn er wissen wolle, welche Kreise bei den Wahlen unnöthig Geld verpulvert haben.

Persönlich bemerkt ferner

Vollmar: Gegenüber dem Genossen Hoffmann möchte ich bemerken, daß es mir nicht im Traume eingefallen ist, die freireligiöse Gesinnung anzugreifen; ich stelle es jedem frei, auch diese Ueberzeugung zu vertreten, aber nicht innerhalb der Partei und zwar ebensowenig wie irgend eine andere religiöse Ueberzeugung.

Ein von den Genossen Straub-Bamberg und Herenau-Würzburg eingebrachter Antrag verlangt, die Rede Bebels möge ebenso wie das Referat Molkenbuhrs als Broschüre herausgegeben werden.

Das Schlußwort erhält

Bebel: Es war meine Absicht, kein Wort mehr zu sagen, weil ich glaubte, daß alles Nothwendige bereits vorgebracht sei. Nur eine Bemerkung des Genossen Krohn hätte mich eine Minute in Anspruch genommen. Nun hat aber Welker in seiner zweiten Rede Bezug genommen auf Aeußerungen einer Broschüre, die ich herausgegeben habe. Darauf muß ich mit einigen Worten eingehen.

Krohn meinte, ich möchte quasi gestatten, bei der Wahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Zentrumsmann einem Nationalliberalen die Stimme zu geben. Es sei doch besser, wenn das Zentrum 5 oder 6 Leute verliere, während auf der anderen Seite ein Gewinn der Nationalliberalen bei der Unbedeutenheit der Partei nichts zu sagen habe. Ich habe bereits erklärt, daß das, was ich in meiner Resolution (101) zum Ausdruck bringe — und diese Forderungen sind in keiner Weise angefochten worden — das Minimum dessen sei, was wir fordern müßten. Wenn nun ein Nationalliberaler und ein Zentrumsmann zur Wahl stehen, so habe ich allerdings die Ueberzeugung, daß weder der eine noch der andere die Anforderungen der Resolution, so geringfügig sie sind, wenn er ehrlich ist, acceptiren kann. Dann sehe ich aber auch nicht ein, warum wir uns gerade für einen Nationalliberalen oder in einem anderen Fall für den Zentrumsmann erwärmen wollen. Der eine ist in der That so viel werth wie der andere. In allen den Fragen, bezüglich derer die Resolution eine Erklärung von den gegnerischen Kandidaten verlangt, sind das Zentrum und die Nationalliberalen während der letzten Jahre stets Hand in Hand gegangen. Wenn das der Fall ist, wenn es gehauen wie gestochen ist, dann haben wir einfach die beiden untereinander ihren Kampf ausfechten zu lassen, dann haben wir kategorisch Stimmenthaltung zu erklären und diese Stellung nöthigenfalls zu motiviren. Nun weiß ich freilich: Wir können die Wähler nicht kommandiren. Wenn ein Theil der Wähler, trotzdem offiziell Wahlenthaltung proklamirt worden ist, seine Stimme für einen der beiden Kandidaten abgiebt, so können wir nichts dafür. Dabei werden sehr oft persönliche und andere Gründe maßgebend sein. Wir müssen aber alles aufbieten, um unsere Wähler zu erziehen. Mehr kann nicht verlangt werden. Eine andere Auskunft kann ich

auf die Anfrage Krohns nicht geben; die einzelne Person kommt dabei ja überhaupt nicht in Betracht, sondern wir beschließen als Parteitag.

Welker hat sich auf einige Sätze meiner Broschüre „Christenthum und Socialismus" bezogen. Ich habe mir nie eingebildet, daß diese nach meiner Auffassung sehr klaren Schlußsätze eine solche Auslegung finden könnten. Dagegen muß ich auf das allerentschiedenste Verwahrung einlegen. Wenn nicht schon die übrigen Worte Welkers mich dazu veranlaßten, so die Worte, mit denen er seine Rede schloß: „Ecrasez l'infâme!" (Sehr richtig!) Das ist das bekannte Wort, mit dem Voltaire zur Vernichtung der Kirche aufforderte. Na, das sollte eine schöne Sache werden, wenn ein solcher Wahlspruch der Wahlspruch der sozialdemokratischen Partei würde. (Sehr richtig!) Welker hat im Eingang seiner ersten Rede ausdrücklich erklärt, es sei nothwendig, die Widersprüche innerhalb der kirchlichen und religiösen Anschauungen darzulegen, d. h. mit anderen Worten — das hat auch Vollmar ganz richtig hervorgehoben — Welker verlangt, wir sollten uns in eine Art Kulturkampf einlassen. Unsere Partei würde dabei vollständig ihren Charakter abstreifen und wir würden eine Art kirchliches Konzil werden. (Sehr richtig!) Daß das gegen den Wortlaut unseres Programms verstößt, das kann doch niemand zweifelhaft sein. „Religion ist Privatsache" — das steht nicht in unserem Programm, weil es selbstverständlich ist, und zwar deshalb selbstverständlich, weil nirgends im Programm gesagt wird, daß wir nach der religiösen Ueberzeugung eines Parteigenossen fragen. Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Materialist und Atheist sein, das geht keinem Menschen innerhalb der Partei etwas an. Nur wenn er für seine religiöse Ueberzeugung als Sozialdemokrat Propaganda machen will, treten wir ihm energisch entgegen, denn dann verletzt er den für uns selbstverständlichen Grundsatz: „Religion ist Privatsache". (Sehr gut!) Außerdem erläutert unser Programm klar und deutlich, wie wir uns die Forderung der Erklärung der Religion zur Privatsache denken. Wir treten der Vermengung der kirchlichen und staatlichen Gewalt entgegen und verlangen die absolute Trennung dieser Gewalten. Wir vertreten die Anschauung, daß der Staat ein rein weltlicher Staat ist und daß die Religions-Gemeinschaften Privatgesellschaften sind. Wir erklären uns auf das entschiedenste dagegen, daß der Staat kraft der Gesetzgebung und seiner Zwangsmittel irgend einen Menschen nöthigt, zu einer Gemeinschaft zu gehören oder Mittel zur Unterhaltung dieser Kirchengemeinschaft herzugeben oder daß der Staat selbst seine eigenen, aus dem allgemeinen Steuersäckel gewonnenen Mittel für kirchliche Gemeinschaften hergiebt. Ich bin daher auch der Meinung, daß bei der späteren Berathung der Anträge, die die Beschaffung von Agitationsmaterial gegen das Zentrum verlangen, besonders darauf hingewiesen wird, daß es erwünscht ist, wenn in einer Broschüre einmal in durchaus klarer und objektiver Weise gesagt wird, was wir unter der Forderung der Ziffer 6 in unserem Programm, der Erklärung der Religion zur Privatsache verstehen. (Sehr gut!) Es soll mit diesem Programmpunkt in keiner Weise den religiösen Anschauungen Einzelner zu nahe getreten werden, wir stehen im Gegentheil — und das ist unsere heiligste Ueberzeugung — auf dem Standpunkt, daß wir in religiösen Glaubensfragen absolute Neutralität und nichts als Neutralität zu beobachten haben. (Sehr gut!) Ich erkläre mich auf das entschiedenste dagegen, daß Welker irgendwelchen Grund hatte, meine von ihm angezogenen Sätze in seinem Sinne auszulegen, und ich bitte ihn dringend, daß er die heute von mir gehörten Worte beherzige und nicht etwa draußen in der Agitation in denselben Fehler verfalle, in den er heute hier verfallen ist. Ich kann ihm nur sagen, daß, wenn er etwa Kandidat in einem bestimmten Wahlkreise sein sollte — was ich nicht weiß —, in dem namentlich das katholische Element vertreten ist, er allerdings mit dieser Art des Auftretens kein besonderes Glück haben würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Das was Weller von seinem Standpunkt aus als einen Fehler der Partei bezeichnete, ist gerade ihr größter Vorzug. Er meinte, man hätte bisher falsch agitirt und daher wenig Einfluß auf die Wählerkreise des Zentrums gewonnen. Wo ist denn aber der Einfluß, den er und seine Freunde auf das Zentrum in der jahrzehntelangen Agitation gewonnen haben? (Sehr gut!) Will er bestreiten, daß der Boden für die Art der Agitation immer mehr schwindet? Bayern ist ein katholisches Land, in dem das Zentrum stark vertreten ist. Und da hat die Haltung, die die bayerischen sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten z. B. kürzlich in der Frage des Wohnungsgeld-Zuschusses für die unteren Beamten eingenommen haben, für die sozialdemokratische Partei dem Zentrum gegenüber unendlich mehr propagandistisch gewirkt als tausend Reden, die Weller in der von ihm heute vertretenen Art der Agitation halten würde. (Lebhafte Zustimmung.) Das zeigt sich nicht nur in dieser Frage, sondern auch in anderen. An solchen praktischen Fragen läßt sich unser Standpunkt deutlich klar machen, läßt sich zeigen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, allen Unterdrückten zu helfen. Das ist die wirksamste Propaganda. (Lebhafter Beifall!)

Die Bebel'sche Resolution (101) wird hierauf einstimmig angenommen. Der Antrag Singer (126) (Einsendung aller Wahlflugblätter und Programme an die „Vorwärts"-Redaktion) wird gleichfall angenommen, ebenso der Antrag, die Rede Bebel's als Agitationsbroschüre zu verbreiten.

Die Schlußabstimmung über die von der Redaktions-Kommission bearbeitete **Resolution Molkenbuhr über Arbeiter-Versicherung** (106) ergiebt die Annahme in folgendem Wortlaut:

Die Versicherungsgesetze des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirthschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirthschaftlich gleichstehende Personen;
2. Vereinheitlichung der Versicherung;
3. volle Selbstverwaltung durch die Versicherten;
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten;
5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Arbeiter-Versicherung;
6. weiteren Ausbau der Unfallverhütung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten; insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden; vollen Schadenersatz den Verletzten und deren Hinterbliebenen.
7. Unterstützung von Schwangeren, sobald im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren, und von Wöchnerinnen für die Dauer von wenigstens sechs Wochen vom Tage der Entbindung an.
8. Organisation des Arbeitsmarktes.
9. Einführung der Arbeitslosen-Versicherung.
10. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

Es folgt die Verhandlung über Punkt 9: **„Anträge zum Programm und Organisation."** Verhandelt werden zunächst die Anträge zur **Organisation:**

Nr. 17—27, 27a, 99 und 127. Antrag 17 wird von den Magdeburgern zurückgezogen, weil sie durch Auer's Ausführungen in seinem Referat zum Vorstandsbericht überzeugt worden sind. Unterstützung fanden nur die Anträge 18, 23, 24, 27, 27a, 99 und 127.

Zur Verhandlung kommt zuerst Antrag 18, der nicht begründet wird.

v. Vollmar: In Nürnberg sind mehrere Genossen aus dem sozialdemokratischen Verein ausgeschlossen worden, sie versuchten aus Trotz, sich in andere Organisationen einzudrängen, einer von ihnen ließ sich sogar als Reichstagskandidat proklamiren. Die Folge davon war ein Beschluß für Bayern, daß jeder Genosse demjenigen Wahlverein beitreten müsse, der an seinem Wohnsitz besteht. Nun hat Auer in seinem Bericht neulich auch auf diesen Fall hingewiesen und den Bayern vorgeworfen, daß sie den Ausgeschlossenen kein genügendes Beschwerderecht geben. Darin irrt sich Auer, der Ausgeschlossene hat bei uns sogar mehr Instanzen, die er anrufen kann, als nach dem allgemeinen Organisationsstatut. An und für sich ist die Sache für uns ganz unwichtig; jahrzehntelang hatten wir mit solchen Dingen uns gar nicht zu befassen und hoffentlich wird es Jahr und Tag dauern, ehe so etwas wieder vorkommt. Daß wir den Ausschluß aus der Gesammtpartei nicht beantragt haben, geschah im Interesse der Ausgeschlossenen; es sind alles Leute, die große Verdienste um die Partei hatten, die sich aber einen Verstoß, allerdings sehr arger Art, zu Schulden kommen ließen. Wir wollen den Betreffenden Gelegenheit geben, wenn sie Buße gethan haben, wieder dem Verein beizutreten. Das wird aber nicht möglich sein, wenn Sie den vorliegenden Antrag annehmen.

Dickreiter-Ludwigshafen: Auch ich bitte, den Antrag abzulehnen. Es kommt vor, daß Genossen aus örtlichen Wahlvereinen ausgeschlossen werden, daß aber kein Grund vorliegt, ihnen die Parteizugehörigkeit abzusprechen, weil ihr Vergehen nur geringfügiger Natur ist.

Pfannkuch: Nach den Ausführungen von Vollmar ist ja eigentlich den Ausgeschlossenen durch die Herzensgüte der Bayern großes Heil widerfahren. Aber nach dem Ludwigshafener Beschluß sind die Genossen aus der bayerischen Organisation ausgeschlossen, aus der Gesammtpartei aber nicht. Das ist ein eigenartiger Zustand. Parteigenössische Rechte können die Genossen in ganz Bayern nicht ausüben, an der Erfüllung ihrer Pflichten kann sie natürlich niemand hindern; sie sind in Bayern Genossen zweiter Klasse, im übrigen Deutschland volle Genossen. Sie können sogar von einem außerbayerischen Kreise ein Mandat für den Parteitag erhalten. Ist das nicht ein ganz unhaltbarer Zustand? Was den Genossen in Deutschland recht ist, muß ihnen auch in Bayern billig sein. Das bayerische Organisationsstatut kollidirt eben mit dem allgemeinen. Werden die Genossen aus Bayern ausgeschlossen, so muß ihre Verfehlung so schwer sein, daß auch im übrigen Deutschland ihres Bleibens in sozialdemokratischen Vereinen nicht sein kann. Wollen die Bayern die Konsequenz nicht ziehen, so wäre es richtiger, den Antrag anzunehmen. Es geht nicht, daß man sagt, was für Bayern nicht gut genug ist, ist für das übrige Deutschland noch gut genug. Die Toleranz, die der bayerische Landesvorstand geübt hat, wird die Gesammtpartei auch üben. Ich bitte Sie um Annahme des Antrages und bemerke noch, daß es dazu, da es sich um die Aenderung des Organisationsstatuts handelt, einer Dreiviertelmehrheit bedarf.

Singer: Die Frage, die Pfannkuch eben angeschnitten hat, wollte auch ich Ihrer Entscheidung unterbreiten. In Betracht kommt hier der Paragraph 19 des Organisations-Statuts: „Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären. Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb den Fristen,

welche die Paragraphen 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangen. Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden." Ich weiche nun von der Auffassung Pfannkuchs ab. Nach meiner Meinung entspricht der Antrag 18, der ordnungsgemäß veröffentlicht ist, den Anforderungen des Statuts. In Frage könnten nur die Anträge Zietz (99) und Kimmel (127) kommen. Diese beiden Anträge werden zwar bei dem Punkt Organisation behandelt, sie bezwecken aber keine Abänderung, sondern nur eine Deklarirung des Statuts. Ich gebe diese Erklärung ab, damit man nicht schließen kann, wir hätten das Organisationsstatut verletzt.

Mit dieser Auslegung Singer's erklärt sich der Parteitag einverstanden.

Timm-München: Die Sache ist in der That so gelagert, daß eine klare Entscheidung herbeigeführt werden sollte. Vollmar hat es mit den ausgeschlossenen Genossen ganz gut gemeint. Es können aber Fälle eintreten, die zu allerhand Kombinationen führen. Wir haben ja auch in München schon einmal einen ähnlichen Fall gehabt. Damals war unser Landesstatut so gefaßt, daß Mitglieder eines Vereins über einen eventuellen Ausschluß zu entscheiden hatten. Damals wurden wir uns im Schiedsgericht, das über den betreffenden Fall zu beschließen hatte, nicht darüber klar, ob das Statut der Landes-Organisation oder das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Anwendung zu kommen hat. Deshalb ist dann der Parteitag zu Fürth zu dem Entschluß gekommen, diese Bestimmung zu streichen. Da nun alle möglichen Auffassungen Raum gewinnen können, so wird die Frage am besten gelöst, wenn in allen Fällen, wo es sich um einen Ausschluß handelt, das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Anwendung zu kommen hat. Es werden alle Schwierigkeiten vermieden, wenn dann nach dem Paragraph 2 des Statuts gehandelt wird; es sind drei Instanzen gegeben, die völlig ausreichen müssen. Nehmen wir aber den Antrag 18 an, so führt das zu Unzuträglichkeiten, zu denen wir nicht die Hand bieten wollen. Deshalb müssen unter allen Umständen die Statuten der Landesorganisationen mit dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Einklang gebracht werden, damit sich die einzelnen Organisationen mit ihren Entscheidungen nicht in Widerspruch setzen. (Zustimmung).

Weinschild-Offenbach: Die ganze Sache wird erleichtert, wenn in das Organisationsstatut die Bestimmung aufgenommen wird, daß die Landesorganisationen, wenn sie einen Genossen ausschließen, dann auch gleich einen Ausschlußantrag an den Parteivorstand zu stellen haben. Es kann sonst z. B. vorkommen, daß wir in Offenbach einen ausschließen, der geht dann zehn Minuten hinüber nach Frankfurt, läßt sich dort in den Verein aufnehmen und tritt somit in alle Rechte der Parteizugehörigkeit ein, trotzdem er sich bei uns gegen die Parteidisziplin vergangen hat.

Vollmar: Nach meiner Meinung ist die Sache mit viel zu viel Formalismus beladen worden; sie ist die viele Zeit, die wir darauf verwenden, nicht werth. Wenn ich trotzdem noch einmal dazu das Wort nehme, so geschieht es, weil ich mich als Landesvorstand dazu für verpflichtet halte. Was den Nürnberger betrifft, — ein genaues Bild kann ich Ihnen davon mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit nicht geben — so will ich nur bemerken, daß an Stelle eines Schiedsgerichtes, wie es sonst üblich ist, unsere ganze Landtagsfraktion hinreiste, nicht aus eigenem Ermessen, sondern auf Antrag sämmtlicher Betheiligter; erst daraufhin ist der Ausschluß erfolgt. Wenn wir dem Parteitag nun die Akten des Falles vorlegten, so würden auch Sie zweifellos den Ausschluß verfügen. So wie die Sachen jetzt liegen, ist in die Befugniß des betreffenden Vereins gelegt, die Ausgeschlossenen eventuell nach einem halben oder einem

ganzen Jahre wieder aufzunehmen, wenn sie dessen wieder würdig sind. Das ligt also doch gewiß im Interesse der Ausgeschlossenen und wenn dann der Antrag 18 durchgeht, so haben die Ausgeschlossenen keine andere Gelegenheit, wieder einzutreten, als wenn sie an den Parteitag einen Antrag stellen. Dabei kann aber von einem einzelnen ihre ganze Angelegenheit vor der Oeffentlichkeit breitgetreten werden. Pfannkuch hat gemeint, es ist doch eigenthümlich, daß ein in Bayern Ausgeschlossener für das übrige Deutschland gut genug sein soll. Es handelt sich aber doch nur darum, daß jemand, der in Nürnberg wohnt und dort ausgeschlossen wird, in Ludwigshafen oder einer anderen Stadt wieder eintreten kann. Es wäre doch sehr merkwürdig, wenn ein solcher Mann von einer außerbayerischen Organisation oder Versammlung delegirt werden wollte. Wir wollen nur eine Handhabe besitzen, gegen einen Ausgeschlossenen, wenn er so taktlos ist, sich nicht zu fügen.

Hoffmann-Hamburg: Ich gehörte dem Hamburger Schiedsgericht über die Accordmaurer an und bin derjenige, den Genosse Auer als ein vierschrötiges Ungeheuer bezeichnete. (Heiterkeit.) Ich kann der Meinung Vollmar's nicht beitreten und bin der Ansicht, daß das Statut der Gesammtpartei über den Landesstatuten steht und wenn der Parteitag entscheidet, daß ein Ausschluß zu Unrecht erfolgte, so hat sich der betreffende Verein zu fügen und den Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen. Man soll eben bei den Ausschlüssen die nöthige Vorsicht walten lassen. Bei den Hamburger Accordmaurern haben wir — ich persönlich war gegen den Ausschluß — die Erfahrung gemacht, daß diese Leute in Folge ihres späteren Gebahrens nicht zu uns gehören. (Singer ersucht den Redner, nicht auf die längst erledigte Angelegenheit einzugehen.) Ich wollte nur beweisen, daß wir damals im Recht waren. (Singer: Ich kann durchaus nicht zugeben, daß Sie nochmals auf die Angelegenheit der Accordmaurer eingehen.) Dann rede ich vom Parteivorstand. (Große Heiterkeit.) Die Leute suchten also durch eine Hinterthür wieder hineinzukommen, indem sie Beiträge an die Partei ablieferten. Dann begingen sie aber die Dummheit, Marken zu verschleißen und nun konnten wir nachweisen, daß der Versuch einer zweiten Organisation vorlag, nun mußte der Vorstand die Annahme der Gelder verweigern.

Ein **Antrag Weinschild**, bei jedem Ausschluß sei auch ein Ausschlußantrag an den Parteivorstand zu stellen, wird **nicht genügend unterstützt.**

Gerisch: Die Angelegenheit hat doch eine größere Bedeutung, als Vollmar anzunehmen scheint. In der früheren Organisation unter dem Vertrauensmann konnte der Betreffende ruhig aus dem Verein ausgeschlossen sein, aber doch Parteigenosse bleiben. Jetzt, wo die Geschäfte in den Wahlverein gelegt sind, bekommt die Sache ein anderes Aussehen. Wir werden schließlich nicht umhin können, das Organisationsstatut zu ändern, aber es wird uns heute kaum gelingen, die richtige Form zu finden. Am besten ist es, die Antragsteller ziehen für heute ihren Antrag zurück.

Rudolf-Nürnberg: Der Antragsteller ist hier nicht anwesend, der Antrag kann also nicht zurückgezogen werden. Wir haben in Nürnberg lange darüber berathen, ob die Betreffenden aus der Partei oder aus dem Wahlverein ausgeschlossen werden sollten. Wir wollten ihnen die Möglichkeit einer Rehabilitation geben und stellten deshalb keinen Antrag auf Ausschluß aus der Partei. Die Betreffenden sind schwer genug bestraft durch den Ausschluß aus dem Verein. Es ist einer unserer ältesten Genossen darunter, dem wir wenigstens die Möglichkeit gelassen haben, in seiner gewerkschaftlichen Organisation thätig zu bleiben. Das hört aber auf mit dem Augenblick, wo ein Schiedsgericht eingesetzt wird, das zweifellos den Ausschluß aus der Partei beschließen würde. Es liegt im Interesse der Ausgeschlossenen, wenn Sie den Antrag ablehnen.

Pfannkuch: In Aenderung meiner früheren Auffassung bin ich damit einverstanden, daß wir die Angelegenheit noch ein Jahr auf sich beruhen lassen.

Ein Antrag Gerisch-Arons beauftragt den Parteivorstand, unter Ablehnung des Antrags 18 eine zweckentsprechende Aenderung des Organisationsstatuts vorzubreiten.

Dieser Antrag wird angenommen, womit Antrag 18 erledigt ist.

Es folgt die Berathung des Antrags 23.

Leopold-Zeitz: Genosse Mittag, der den Antrag im Auftrage der Merseburger Kreiskonferenz begründen sollte, ist an einem Ohrenleiden erkrankt. Er hat mich gebeten, ihn zu vertreten. Auf jener Konferenz ist der Fall Dr. Berthold zur Sprache gekommen, der eine gegnerische Zeitschrift redigirt hat, in der Artikel erschienen sein sollen, die die Partei beschimpfen. Der Fall hat ja dem Parteivorstand vorgelegen. Im übrigen kann ich Sie nur ersuchen, den Antrag 23 abzulehnen. (Heiterkeit.) Es steht im Organisationsstatut, daß der Ausschluß eines Parteigenossen bei einem vom Vorstand zu berufenden Schiedsgericht zu beantragen ist. Das genügt vollständig. Wir können nicht allgemeine Beschlüsse fassen in Dingen, bei denen immer von Fall zu Fall entschieden werden muß. (Lebhafte Zustimmung.)

Gerisch: Ich schließe mich dem Wunsche meines Vorredners an und bitte, wie er, um die Ablehnung des Antrages, weil er offene Thüren einrennt. (Sehr richtig!) Es ist ja selbstverständlich, daß ein Mensch, der sich als Sozialdemokrat bekennt, nicht eine gegnerische Zeitung redigiren und von dort aus die eigene Partei bekämpfen kann. Wer das thut, stellt sich von selbst außerhalb der Reihen der Partei. Der Fall des Dr. Berthold hat nicht den Vorstand als solchen, sondern ein ordnungsgemäß nach den Wünschen der beiden Parteien zusammengesetztes Schiedsgericht beschäftigt. In diesem Schiedsgericht ist die Frage des Ausschlusses des Dr. Berthold ernsthaft erwogen worden. Wenn die Dinge so glatt lägen, wie von den Merseburger Genossen angenommen wird, dann würde kein Mitglied des Schiedsgerichts auch nur ein Wort verloren haben, sondern Berthold wäre einstimmig ausgeschlossen worden. Die Dinge liegen aber anders, es hat sich um einen Parteigenossen gehandelt, der eine ganz eigenartige seelische Organisation hat. Seine Handlung mußte unter Berücksichtigung aller Umstände beurtheilt werden, und da war die Mehrheit des Schiedsgerichts der Meinung, während die Minderheit auf ihre Meinung beharrte, daß der Ausschluß, der nach dem Statut nur wegen einer ehrlosen Handlung erfolgen kann, nicht ausgesprochen werden durfte, weil der Handlung des Dr. Berthold ehrlose Motive nicht zu Grunde gelegen haben, sondern nur das Motiv einer falsch verstandenen Freundschaft, wobei der Genosse Berthold sich dadurch gedeckt glaubte, daß er seiner verantwortlichen Zeichnung der betreffenden Zeitschrift ein J. V. (in Vertretung) voransetzte. Das Schiedsgericht war in seiner Mehrheit der Auffassung, daß im vorliegenden Fall, wo dem Betreffenden so außerordentlich viele Entschuldigungsgründe zur Seite standen, es sich mit dem schärfsten Tadel des Betreffenden genügen lassen sollte. Der Ausschluß ist doch schließlich das Schlimmste, was einem Parteigenossen passiren kann, und die Sache lag nicht so, daß man bei diesem ersten Fall gleich zum schärfsten Mittel greifen sollte. Alle Umstände müssen erwogen werden, der ganze Sachverhalt human beurtheilt werden, sowie wir es auch von den bürgerlichen Gerichten verlangen. Dem Dr. Berthold ist der schärfste Tadel ertheilt worden, der einem Parteigenossen ertheilt werden kann. An dem Urtheil selbst kann der Parteitag nichts ändern, denn das Schiedsgericht ist in seinem Urtheil souverän. Es wird in der Partei ja überhaupt einen zweiten Dr. Berthold nicht geben. Dieser Persönlichkeit, dieser Individualität glaubte die Mehrheit des Schiedsgerichts Rechnung tragen zu müssen. Deshalb liegt keine Gefahr vor, daß sich ähnliche Fälle wiederholen werden, um

so mehr, als der Tadel so eindringlich und scharf gefaßt war, daß er eine Warnungstafel darstellt, die jeden, der aus Unkenntniß so etwas noch einmal versuchen wollte, verhindern wird, einen derartigen Versuch zu machen. In jedem anderen Falle würde der Ausschluß, wenn nicht abnorme Verhältnisse vorliegen, selbstverständlich erfolgen.

Der Antrag 23 wird abgelehnt.

Ueber den Antrag 24 beantragt

Thiel-Kassel Uebergang zur Tagesordnung.

Kiesel-Berlin spricht gegen den Uebergang; man müsse doch mindestens die Gründe der Antragsteller hören.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Paul Hoffmann-Hamburg: Persönlich bin ich von der Richtigkeit des Antrages nicht überzeugt (Heiterkeit); es sind nur drei Genossen hier, auf die der Antrag zutreffen würde. Es wäre gar kein Unglück, wenn die Genossen, die doch in der Partei mitarbeiten, auch mal mitstimmen. Ich habe den Antrag begründet, weil ich es mußte. (Heiterkeit.)

Ad. Hoffmann-Berlin: Der Antrag ist doch ernster, als es der Vorredner darstellt; denn oft kommt es bei der Abstimmung auf wenige Stimmen an. Es wäre überhaupt an der Zeit, daß der Parteivorstand einmal den § 9 des Organisationsstatuts einer Revision unterzieht. Es sind hier 12 Kreise mit 3, 25 mit 2 und 113 mit 1 Delegirten vertreten. Unter den mit 3 Delegirten vertretenen befinden sich Berlin, München, Nürnberg, Teltow-Beeskow, Leipzig-Stadt und Land, Chemnitz, Straßburg — und Rosenheim. (Heiterkeit.) Als Delegirte für Rosenheim ist u. a. Frau Lily Braun aus Berlin hier anwesend. Ich bin ja überzeugt, daß Frau Braun nicht aus irgend einer liebenswürdigen Freundschaft das Mandat erhalten hat (Heiterkeit), sondern für ihre Verdienste um die Landagitation. Mich freut das sogar, denn das zeigt, daß wir Norddeutsche unrecht haben, wenn wir immer glauben, die Bayern sind Preußenfeinde (Heiterkeit.) Sie holen sich sogar ihre Delegirten aus Preußen, mehr kann man nicht verlangen. (Heiterkeit.) Sie wissen aber auch, daß Leute mit Mandaten zum Parteitag kommen, von deren Existenz wir bis dahin keine Ahnung hatten, die wohl die Ehre der Vertretung, aber nicht die Last der Mitarbeit auf sich laden wollen. Wenn wir sehen, daß ein Kreis mit 2854 Stimmen eben so viel Delegirte haben kann wie einer mit 58 000, dann sollten wir veranlaßt werden, Wandel zu schaffen und ein Wahlrecht einzuführen, das als proportionales bezeichnet werden kann. Das ist heute nicht möglich, wohl aber können Sie den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überweisen. Auch die Frage, ob die Reichstags-Abgeordneten Stimmrecht haben sollen, könnte dann erledigt werden. Ebenso müßte mal die Frage erörtert werden, ob nicht die Delegationskosten auf die Gesammtpartei übernommen und Sammellisten für das ganze Reich vom Parteivorstande herausgegeben werden könnten. Jedenfalls entspricht die Vertretung und die Art und Weise, wie manchmal Mandate zu Stande kommen, nicht der Würde des Parteitags. (Zustimmung.)

Bérard-Hamburg: Die Worte des Vorredners veranlassen mich, da ich als Vertreter des Hamburger Parteigeschäfts hier bin, zu erklären, daß in einem Falle, wo meine Abstimmung entscheidend gewesen sein soll, die Ablehnung mit 158 gegen 72 Stimmen erfolgt ist. Meine Stimme kam also garnicht in Betracht. Diejenigen, die sich über ihre Geschäftsführung zu verantworten haben, müssen doch auch das Recht haben, hier zu sein.

Gerisch: Der Antrag geht weiter, als es scheint, er bezweckt, den Abgeordneten, den Kontrolleuren und den Vorstandsmitgliedern das Recht der Theilnahme an den Abstimmungen zu nehmen. Ich gebe zu, daß die gegenwärtige Art der Vertretung keine ideale ist; Fälle, wie sie Hoffmann angeführt hat, sind

bis jetzt noch auf jedem Parteitag vorgekommen. Aber das darf uns nicht veranlassen, so grundlegende Abänderungen am Organisations-Statut vorzunehmen, und am allerwenigsten sollten wir die Rechte der Reichstags-Abgeordneten verkümmern. Es wäre doch geradezu unerhört, diejenigen Parteigenossen, denen Sie die gewaltige Arbeit im Parlament aufhalsen, nicht als vollberechtigte Mitglieder des Parteitages anzuerkennen. In den Statuten anderer Parteien finden sich ähnliche Bestimmungen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag nicht dem Vorstand zu überweisen, sondern ihn abzulehnen. Die jetzige Form des Statuts ist seiner Zeit nach jahrelangen Erwägungen gewählt worden und wir sollten das, was sich bis jetzt als gut bewiesen hat, nicht deshalb über Bord werfen, weil nicht alles ganz vollkommen ist. Auch der Genossin Braun wird niemand bestreiten können, daß sie in ihrer Weise sehr thätig für die Partei ist.

Vollmar: Ich will über den Antrag selbst kein Wort verlieren, ebensowenig will ich die Gelegenheit benutzen, dem Genossen Hoffmann-Berlin die Antwort zu geben, die ihm eigentlich gebührt. (Sehr gut!) Die Angelegenheit ist schon zu vielfach auf Parteitagen erörtert worden, als daß man darüber noch viel diskutieren sollte. Ich will nur zwei Bemerkungen machen. Es ist Hoffmann merkwürdig vorgekommen, daß der Kreis Rosenheim von einem ihm statutarisch zustehenden Recht, drei Delegirte zu schicken, Gebrauch gemacht hat. Es schien fast so, als wenn Hoffmann bei dieser Gelegenheit den Namen Rosenheim zum erstenmal gehört hätte. (Heiterkeit.) Der Kreis Rosenheim ist nun der beste Landwahlkreis, den wir in Altbayern überhaupt haben. Wir haben dort eine sehr gute Organisation, so daß, wenn einer unserer altbayerischen Landwahlkreise außer dem formellen auch ein sachliches Recht zu einer derartigen Vertretung hat, es gerade dieser Kreis ist. Es schien Hoffmann nicht recht gefallen zu haben, daß Frau Lily Braun dort gewählt worden ist. (Heiterkeit und Beifall! Ruf: Im Gegentheil!) Natürlich, das kennen wir ja! (Heiterkeit und Beifall.) Er hat allerdings gesagt, es sei nett, daß die Bayern sich ihre Delegirten sogar aus Preußen holen. Ich möchte ihm sagen: es kommt nur darauf an, was für oane *es* sind! (Große Heiterkeit und Händeklatschen.) Ob aber Genosse Hoffmann genommen worden wäre aus Preußen, ist mir zweifelhaft. (Erneute große Heiterkeit.) Genossin Lily Braun ist auch nicht aus Preußen geholt worden, sondern ist im Wahlkreise Rosenheim längere Zeit, eine Reihe von Wochen oder Monaten aufhältlich gewesen, sie hat von dort aus, von Birkenstein aus, 2 Versammlungen abgehalten, die den Rosenheimern so gut gefallen haben, daß sie sich darauf die Freiheit genommen haben, ohne erst beim Genossen Hoffmann anzufragen, die Genossin Lily Braun zu delegiren. (Große Heiterkeit und Beifall, Zuruf Hoffmanns.) Es wäre doch besser gewesen, diese Bemerkungen über das Zustandekommen von Mandaten von Leuten, die gerade dem einen oder anderen nicht passen, zu unterlassen. Wenn Hoffmann irgend etwas weiß, was zu Ungunsten des Mandats spricht, was zeigt, daß das Mandat der Genossin Lily Braun nicht mit rechten Dingen zu Stande gekommen ist, dann mag er es sagen, wenn er das aber nicht weiß, mag er schweigen. (Große Heiterkeit und Beifall. Zuruf: König von Bayern!)

Krause-Chemnitz: Hoffmann hat sich auch über die Zahl der Chemnitzer Mandate aufgehalten. Die Chemnitzer aber haben mit ihrer Delegirung nur von ihrem Rechte Gebrauch gemacht.

Hoffmann-Hamburg: Wenn die Fassung des Antrags die Deutung zugelassen hat, die ihr Gerisch gegeben, so mag das an seiner unglücklichen Formulirung liegen. Der Antrag soll keine Aenderung des Organisations-Statuts enthalten. Er kann nur so interpretirt werden, daß er verhindern soll, daß diejenigen, die kein Mandat haben, an der Abstimmung theilnehmen. Es ist mitunter schwer festzustellen, ob jemand Delegirter ist oder nicht. Bei den Parteitagsverhandlungen setzen sich sehr oft andere Genossen zwischen die Delegirten, so daß man

schwer kontrolliren kann, ob die Abstimmung richtig ausfällt. (Sehr richtig!) Es soll also in keiner Weise eine Aenderung des Organisations-Statuts herbeigeführt werden. Wir würden uns ja selbst ins Gesicht schlagen, wenn wir ein solches Mißtrauensvotum gegen Parteivorstand und Fraktion aussprechen wollten. Für so dumm müssen Sie die Hamburger nicht halten. (Heiterkeit.)

Der Antrag 24 wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt der Antrag 27.

Singer: Die Materie dieses Antrages gehört gar nicht zu den Obliegenheiten des Parteitages. (Sehr richtig!) Die Kreis- und Provinzial-Organisationen sind durchaus selbstständig. Wenn sie nicht gegen das Organisations-Statut verstoßen, so haben wir von hieraus keinen Anlaß einzugreifen. Eine Aenderung des Organisations-Statuts aber ist nicht beantragt. Wir sollten uns also doch überlegen, ob wir diesen Antrag zur Verhandlung stellen können. Ich frage, ob der Parteitag genöthig ist, den Antrag zu diskutiren.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung über Antrag 27 beantragt.

Welcker-Wiesbaden: Ich halte den Uebergang zur Tagesordnug nicht für gerechtfertigt. Ich würde ja den Antrag gern zurückziehen, aber ich habe den Auftrag von den Antragstellern übernommen, ihn zu begründen. Wenn Sie mich durch Uebergang zur Tagesordnung davon befreien wollten, so wäre ich ganz froh darüber. (Heiterkeit.)

Singer: Ich konstatire, daß dem Genossen Welker ein Gefallen geschieht, wenn dieser Antrag nicht zur Verhandlung kommt. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag 27 wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Es folgt Antrag 27a.

Singer: Nach meiner Meinung ist dieser Antrag durch den vorher gefaßten Beschluß erledigt. (Sehr richtig!)

Antrag 27a wird durch die vorhergehende Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Es folgen die Anträge Zietz (99) und Kimmel (127).

Frau Zietz: Der Mainzer Parteitag hat bekanntlich nach der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine eine Neorganisation der Partei vorgenommen. Die von uns dort eingebrachte und vom Parteitag angenommene Resolution ist von einigen Leuten in Hamburg so verstanden worden, als sollte in den Staaten, wo die Frauen Mitglieder der politischen Vereine der Männer werden dürfen, wie in Hamburg, das System der weiblichen Vertrauenspersonen aufgehoben sein. Davon war aber doch keine Rede. So dumm sind wir Frauen doch nicht, wenn man uns auch manchmal für ein bischen dumm hält, daß wir selbst einen Antrag auf Einschränkung unsrer Rechte einbrächten. Das Gros der Hamburger Genossen hat sich dieser meiner Auffassung auch angeschlossen. (Stubbe-Hamburg ruft: Nein! Nicht doch!) Es wird jetzt von Stubbe bestritten, aber es wird mir von Kimmel und Koenen und Heine zugegeben werden (Heine-Hamburg: Nein! — Große Heiterkeit.) So konstatiere ich es trotzdem. (Erneute große Heiterkeit.) Ich habe meine Resolution nicht eingebracht, um speciell für die Hamburger Verhältnisse eine Entscheidung herbeizuführen, sondern um eine Interpretation unserer Mainzer Resolution im Allgemeinen zu geben. Ich bitte Sie um die Annahme. (Sehr richtig.) Die ganze Agitation der Frauen ist stets im Rahmen und zum Nutzen der gesammten Agitation der Partei erfolgt. (Bravo!) Den Antrag Kimmel bitte ich abzulehnen.

Die Weiterberathung der beiden Anträge wird auf morgen vertagt.

Singer ertheilt hierauf das Wort zu einer nachträglichen persönlichen Bemerkung zu Antrag 24 an Hoffmann-Berlin, wobei er ausdrücklich bemerkt, daß durch diese Worterteilung kein Präzedenzfall geschaffen werden soll gegen-

über der Geschäftsordnung, wonach persönliche Bemerkungen am Schlusse der Debatte über den betreffenden Gegenstand gemacht werden müssen.

Richard Fischer-Berlin erhebt prinzipiellen Widerspruch.

Der Parteitag bestätigt die Wortertheilung für den Ausnahmefall.

Adolf Hoffmann-Berlin: Vollmar hat mich gänzlich mißverstanden. Ich wollte dem Kreise Rosenheim nicht das Recht bestreiten, die Delegirten zu senden, die ihm passen. Vollmar hatte also keine Ursache, mich zur Zielscheibe seiner billigen Witze zu machen. (Widerspruch. Sehr richtig!) Daß er mich nicht widerlegt hat, hat die Annahme meines Antrages bewiesen.

Schluß 7 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8¾ Uhr; den Vorsitz hat **Singer**.

Welker-Wiesbaden hat unter Genehmigung des Bureaus folgende schriftliche Erklärung abgegeben: „Der Abgeordnete Bebel hat mir vorgeworfen, mit meinen Ausführungen die Glaubensfreiheit angegriffen zu haben. Das Gegentheil ist der Fall. Ich habe behauptet, daß die Gewissensfreiheit noch nicht garantirt ist durch die Trennung von Kirche und Staat, daß außerdem die große Gewalt, die die Kirche auch ohne die staatliche Unterstützung über die Gemüther ausübt, gebrochen werden muß, daß auch die Eltern kein Recht haben dürfen, das Innenleben ihrer Kinder zu vergewaltigen durch die Ueberweisung derselben an eine Religionsgemeinschaft."

Seitens des Vorsitzenden einer gestern Abend in München abgehaltenen öffentlichen Versammlung ist dem Parteitag die Mittheilung zugegangen, daß diese Versammlung die Annahme der Resolution 88 a (daß die Parteipresse auf die Schädlichkeit des Alkohols hinweisen soll) empfiehlt.

Die Diskussion über die Anträge Zietz (99) und Kimmel (127) wird fortgesetzt. Zur Begründung seines Antrages erhält das Wort

Kimmel-Hamburg: Ich bin nicht der Ansicht, der Frau Zietz gestern Ausdruck gegeben hat, und wir haben auch in Hamburg eine ganze Reihe von Genossinnen, die die Meinung der Frau Zietz nicht theilen, sondern ihren Standpunkt sogar verurtheilen. Die Frauen müssen, wenn sie wirksam agitiren wollen, sich doch immer wieder an uns wenden. Der Antrag Zietz würde zur Folge haben, daß eine weibliche und eine männliche Organisation entsteht und daß die Kräfte zersplittert werden. Auch in den Gewerkschaften wirken doch Personen beiderlei Geschlechts zusammen. Frau Zietz ist ja Vertrauensperson für Hamburg, aber in organisatorischer Beziehung läßt ihr Vorgehen manches zu wünschen übrig. Das hat sich erst neulich bei der Einberufung der Versammlung in Hamburg gezeigt, wo Frau Zetkin das Referat hielt, da hat sie einen schönen Kuddelmuddel angerichtet. Sie hatte eine Sekretärin, die eine Vertreterin, diese Vertreterin hatte eine andere Vertreterin, die aber verreist war, und schließlich hat der Mann der Vertreterin die Versammlung organisiren müssen. (Heiterkeit.) Wo es den Frauen möglich ist, die Mitgliedschaft in Wahlvereinen zu erwerben, müssen sie mit uns zusammen marschiren und ihre Sonderbündeleien lassen.

Koenen-Hamburg: Ich bedauere sehr, daß wir uns hier mit dieser rein lokalen Angelegenheit beschäftigen müssen. Da aber Genossin Zietz die Sache hier vorgebracht hat, so müssen wir, die wir die Sache in Hamburg miterlebt haben, uns an der Debatte betheiligen. Frau Zietz berief sich gestern auch auf mich für ihre Behauptung. Wir hatten uns verständigt, es ist aber nicht wahr, daß wir uns im Sinne der Frau Zietz verständigt hatten. Als wir in Hamburg durch die Mainzer Beschlüsse in die Lage kamen, das Vertrauensmännersystem für die Männer zu beseitigen, setzte Frau Zietz es durch, daß trotz jener Mainzer

Reorganisation die weiblichen Vertrauenspersonen beibehalten werden. Ein großer Theil der Hamburger Parteigenossen ist der Meinung, daß diese Beibehaltung nur um deswegen so sehr gewünscht wurde, um, wenn man von der allgemeinen Organisation kein Mandat erhalten würde, sich von der Frauenversammlung ein Mandat ausstellen zu lassen. Das habe ich auch Frau Zietz gesagt. Sie fühlte sich dadurch allerdings schwer beleidigt. Trotzdem ist dies die Meinung vieler Hamburger Genossen. Man hat sich ein besonderes Mandat nach Paris ausstellen lassen von einer Frauenversammlung u. s. w. Dabei haben wir Hamburger uns gegenüber der Frauenmitarbeit nie ablehnend verhalten. Wir haben die Genossinen Zetkin, Zietz, Baader und Luxemburg in Hamburger Versammlungen gehört. Wir haben sie schlecht und recht gehört, hoch und niedrig, erster und zweiter Güte, wir haben sie so genommen wie sie waren. (Große Heiterkeit.) Natürlich wird man uns nachher immer in schmetternden Trompetenstößen verkünden, das seien die Erfolge der Frauen gewesen. Die Thätigkeit der Frauen ist bei der Delegirtenwahl von den Parteigenossen ganz richtig eingeschätzt worden. Wir konnten mit der Thätigkeit der Frauen unter keinen Umständen einverstanden sein. Kimmel hat bereits gesagt, wie es mit der Thätigkeit der Frau Zietz aussieht. Frau Zietz, die Hamburger Vertrauensperson, kann ihre Stellung in Hamburg nicht ausfüllen, wenn sie sich auf den Triumphzügen ihrer Agitationsreisen durch Deutschland befindet. In einer Versammlung, die unter dem Druck eines Ereignisses stand, wie es glücklicherweise nicht alle Tage vorkommt, hat Frau Zietz versucht, im Trüben zu fischen. Wenn eine Verständigung zu Stande kommen soll, so muß dies auf ganz anderer Grundlage geschehen.

Singer erklärt, daß er heute, um möglichst allen vorliegenden Anträgen gerecht werden zu können, streng an der durch die Geschäftsordnung bestimmten Redezeit für die einzelnen Reden festhalten werde. Die vorliegende Frage möge doch etwas aus den rein lokalen Verhältnissen herausgehoben und mehr auf das Gebiet allgemeiner Gesichtspunkte hinübergeleitet werden.

Frau Zetkin-Stuttgart: Ich befinde mich leider in der Lage, einiges ganz Lokales und Persönliches hier festzustellen. Ich muß gegen die Vorwürfe, die Genosse Koenen der Genossin Zietz machte, entschieden Verwahrung einlegen. Er hat spöttisch gemeint, ihre Agitationsreisen seien ja wahre Triumphzüge. Wer da weiß, wie die Genossin Zietz arbeitet und die aufreibendste und anstrengendste Agitationsarbeit leistet (Sehr richtig!), der wird mir beistimmen, daß es nicht angebracht ist, in diesem wegwerfenden Tone zu reden. Wer so fleißig ist und zu jeder Zeit so auf der Schanze steht wie die Genossin Zietz, der hat es wahrlich nicht nötig, sich einen Posten als Vertrauensperson zu schaffen, um zu einem Mandat zu kommen. Was nun den Antrag Zietz betrifft, so handelt es sich nicht darum, eine eigne weibliche Sonderorganisation zu schaffen, sondern nur einen Mittelpunkt für die agitatorische Kleinarbeit, damit wir die Frauen in die allgemeine Bewegung einführen können. Es handelt sich also nicht um eine weibliche Nebenregierung, um einen Weiberstaat im allgemeinen Staate, sondern nur darum, ein für die Organisation des weiblichen Proletariats geeignetes Organ zu schaffen. Die Eigenart des weiblichen Charakters, die Sonderstellung, welche die Frau im Hause einnimmt, verlangt, daß man ihr mit ganz anderer Kleinarbeit nachgehen muß als den Männern, die in den Kneipen, Werkstätten u. s. w. zu fassen sind, während die Frauen, sobald sie Haussklavinnen werden, davon ausgeschlossen sind. Auch die sozialdemokratischen Vereine werden erst dann mehr weibliche Mitglieder bekommen, wenn wir weibliche Vertrauenspersonen besitzen. Hamburg hat jetzt schon über 900 weibliche Mitglieder. Bedenken Sie, daß wir durch die Aufklärungsarbeit in den Versammlungen immer mehr Frauen werben, daß sich darunter Hunderte befinden, die den Mann im Kampfe um seine Ideale im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe nicht mehr zu hindern suchen

und daß unter den sozialdemokratischen Frauen Tausende sind, die ihre Kinder zu den Idealen des Sozialismus erziehen. Sie wehren dem Mann seinen schlimmsten Feind ab, der am häuslichen Herd in Gestalt der Frau sitzt. Bedenken Sie endlich, daß wenn wir die Kinder erobern, wir auch die Zukunft erobern. (Lebhafter Beifall.)

Stubbe-Hamburg: Die Behauptung der Genossin Zietz, daß die Hamburger sich in einer Versammlung ihrer Meinung angeschlossen hätten, ist unzutreffend. In der Versammlung wurde über den hier vorliegenden Antrag garnicht berathen. Ich halte den Antrag Zietz für ganz überflüssig, nur im Verein mit uns werden die Frauen etwas erreichen. Wir haben in Hamburg 900 organisirte Genossinnen, aber nur eine ganz kleine Zahl von ihnen betheiligt sich an der Agitation. In der Versammlung machen sie uns Vorwürfe, aber selbst mitarbeiten wollen sie nicht. Höhere Posten nehmen sie ja an, doch in kleineren Stellungen, z. B. die von Distriktsleitern, wollen sie nicht hinein. In Folge des Vorgehens der Frauen, die Versammlungen einberufen an denselben Tagen, wo wir welche abhalten, hat sich in Hamburg schon eine Nebenregierung entwickelt. Wie kommt eigentlich Frau Zietz dazu, uns vorzuwerfen, daß wir die Frauenagitation nicht unterstützen? Ich kann nur bitten, die beiden vorliegenden Anträge abzulehnen und es bei der Resolution 72 von Mainz zu belassen. In Hamburg ist es bisher nicht zu Differenzen gekommen, man vermeide es daher, Differenzen heraufzubeschwören.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Frau **Zietz**: Sie habe den Männern nicht mangelhafte Unterstützung der Frauen vorgeworfen. Gegen die Unterstellungen, sie lasse sich nur deshalb zur weiblichen Vertrauensperson wählen, um ein Mandat zum Parteitag zu erhalten, müsse sie sich entschieden verwahren. Auf die übrigen persönlichen gehässigen Vorwürfe zu antworten, halte sie unter ihrer Würde. (Bravo!)

Die Abstimmung ergiebt die Annahme des Antrages **Zietz** (99). Der Antrag Kimmel (127) ist dadurch erledigt.

Weitere Anträge zu Punkt 9 liegen nicht vor.

Es folgt Punkt 10: **„Sonstige Anträge"**.

Singer schlägt vor, die vorliegenden Anträge folgendermaßen einzutheilen: a) Parteipresse, b) Agitation, c) Alkoholfrage, d) Tagesordnung des nächsten Parteitages, e) Ort des nächsten Parteitages. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Zum Punkt „Parteipresse" liegen vor die Anträge 32, 37, 38, 39, 42, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58a, 81, 82, 89, 94. Antrag 81 erledigt sich dadurch, daß bereits jetzt entsprechend verfahren wird.

Zu Antrag 89 (Beilegung der „Neuen Welt" für Reuß ä. L.) erklärt **Förster** zur Geschäftsordnung, daß die Parteigenossen von Reuß in ihrer Gesammtheit von diesem Antrag durchaus nichts wissen. Der Antrag findet keine Unterstützung.

Unterstützt werden die Anträge 37, 39, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 55 und 94.

Antrag 37 (Unterstützung der „Gazeta Ludowa") wird begründet von

Gogowski-Posen: Wir sind unseren polnischen Genossen schuldig, ihnen das vorliegende Agitationsmaterial, z. B. das auf dem Parteitag gebotene, in ihrer Muttersprache zugänglich zu machen. Das wird nur möglich durch eine finanzielle Unterstützung, wie sie dieser Antrag verlangt. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Bebel: Ich bitte den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen und nicht zu beschließen, daß dies Blatt, die „Gazeta Ludowa", unter allen Umständen unterstützt werden müsse. Sie haben aus den Ausführungen

Auer's entnommen, zu welchen Konsequenzen es führen könnte, wenn wir zwei Blätter unterstützen. Ich wünsche nur, daß für den Fall, daß die angenommene Polenresolution zu keinem Resultat, zu keiner Verständigung führen sollte, alsdann der Parteivorstand die Möglichkeit habe, sich in dem neugegründeten Polenorgan ein Organ zu verschaffen, das die Richtung, die der Parteivorstand in dieser Frage vertritt, zur Geltung bringen kann. Aber nur für den Fall, daß eine Verständigung nicht erzielt werden kann, wollen Sie den Antrag zur Erwägung überweisen.

Winter-Beuthen: Ich bin der Meinung, daß wir die Erledigung der ganzen Angelegenheit auf die bevorstehende Konferenz über die polnischen Angelegenheiten verlegen müssen und daß dieser Antrag am besten dem Parteivorstande übergeben wird zur Erledigung auf dieser Konferenz. (Singer: Das ist ja eben beantragt.) Dann ziehe ich diesen Antrag zurück.

Antrag 37 wird entsprechend dem Vorschlage Bebel's dem **Parteivorstand** zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 39 (Lieferung von Reichstagsberichten) begründet

Kolb-Karlsruhe: Die Provinzpresse ist nicht in der Lage, einen den Wünschen der Genossen entsprechenden Parlamentsbericht zu bringen. Wir zum Beispiel müssen den telegraphischen Bericht aus einem bürgerlichen Blatt abdrucken. Auf die Dauer geht das nicht, ich bitte deshalb, den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Für selbstverständlich halte ich es, daß die Provinzpresse für die Kosten aufkommt.

Der Antrag 39 wird dem **Parteivorstand** zur Erwägung überwiesen.

Zur Begründung des Antrages 47 (Umwandlung der „Neuen Zeit" in eine Monatsschrift) führt

Kolb-Karlsruhe aus, daß die Klagen über die „Neue Zeit" in der Hauptsache darauf zurückzuführen sind, daß sie wöchentlich erscheint. Diese Erscheinungsweise entspreche in keiner Weise mehr den Bedürfnissen der Zeit. Der Leserkreis lasse sich nicht mehr ausdehnen, weil das Blatt für das Gros der Genossen viel zu theuer sei. Wenn es den Bedürfnissen mehr entsprechen werde, wie das bei den „Socialistischen Monatsheften" der Fall sei, dann würde es auch gelingen, mehr Abonnenten zu gewinnen, was es andererseits wieder ermögliche, mehr zu bieten. Es scheine auch, daß in der Redaktion mehr gespart werden könne und daß die Redaktionskosten in keinem Verhältniß zu den Leistungen stünden.

Kautsky-Berlin: Ich habe den Antrag unterstützt, bitte aber, ihn abzulehnen. Die Unterstützung habe ich nur deshalb gewährt, um Gelegenheit zu haben, auf die Redaktionsverhältnisse der „Neuen Zeit" einzugehen. Es sind hier Stimmen laut geworden, unser Redaktionsetat sei zu hoch, es ist ein Vergleich zwischen unserem Etat und dem der „Socialistischen Monatshefte" gezogen worden. Ja, es wurde sogar in auffälliger Weise Aufklärung verlangt über die Verhältnisse der „Neuen Zeit". Würde ich diese Auskunft verweigern, so könnte der Anschein erweckt werden, als hätten wir Veranlassung, irgend etwas zu verheimlichen. Unser Redaktionsetat beträgt 10 400 M. pro Jahr, davon entfallen 3000 M. auf Mehring, 2400 M. auf Wurm und 5000 M. auf mich. Der Gehalt von Mehring müßte eigentlich auf den Mitarbeiter-Etat gelegt werden. Wohl wirkt Mehring in dankenswerther Weise an der Redaktion mit, aber der Haupttheil seiner Thätigkeit liegt in den Berliner Briefen. Es ist gesagt worden, gerade die regelmäßigen Mitarbeiter belasten die „Neue Zeit" sehr. Dieser Vorwurf soll hoffentlich nicht seine Spitze gegen die Tendenzen von Mehring richten. Es wäre etwas ganz Neues, wenn man die politischen Tendenzen eines Parteigenossen in der Weise bekämpfen wollte, daß man ihm den Brotkorb höher hängt. Finden Sie aber das Gehalt von Mehring zu

hoch, so richten Sie damit einen indirekten Vorwurf auch gegen diejenigen Genossen, die früher unsere regelmäßigen Mitarbeiter gewesen sind. (Namen! Namen!) Ich werde sie nennen; es ist mir das Gerücht zu Ohren gekommen, daß zu unseren regelmäßigen Mitarbeitern auch Bebel gehört, der angeblich für zwei Artikel jährlich 3000 M. bekommen soll, also für jeden Artikel 1500 M. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich in der Lage wäre, Bebel jeden Artikel mit 1500 M. honoriren zu können, ich würde es auch nicht als Schande ansehen, wenn Bebel regelmäßiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ wäre; aber er ist es nicht, er hat nie einen Pfennig Gehalt bezogen, ja er hat sogar niemals einen Pfennig Honorar für seine Artikel bekommen. (Hört! hört!) Die anderen beiden, die als regelmäßige Mitarbeiter genannt sind, sind Bernstein und Schippel. Sie haben das gleiche Gehalt bezogen wie Mehring, und wer das Gehalt von Mehring zu hoch findet, der richtet damit indirekt einen Vorwurf gegen Bernstein, denn Sie werden doch nicht zugeben wollen, daß die Arbeit Mehring's quantitativ oder qualitativ hinter der Bernstein's zurücksteht. (Sehr wahr!) Die eigentlichen Redaktionsgeschäfte besorgt Wurm. Nun könnte man ja sagen, zwei Redakteure sind zu viel für eine Wochenschrift. Das wäre richtig, wenn wir nichts Anderes zu thun hätten, als dafür zu sorgen, daß jede Nummer regelmäßig erscheint und daß in ausreichender Zahl Manuskripte vorhanden sind. Aber unsere Zeit wird noch durch eine andere Thätigkeit in Anspruch genommen. Mehr und mehr hat sich die Gewohnheit herausgebildet, daß wer eine Broschüre schreibt, einen Vortrag halten oder sonst Aufklärung haben will, sich an die Redaktion der „Neuen Zeit“ um Rath wendet. Es ist vielleicht unvorsichtig, das hier auszusprechen, denn ich fürchte, es wird jetzt eine Fluth von Anfragen sich über uns ergießen. (Heiterkeit.) Die Redaktion der „Neuen Zeit“ hat sich zu einem Arbeitersekretariat, zu einem Studentensekretariat, ja sogar zu einem Doktorensekretariat, und ich kann Ihnen mittheilen — allerdings unter dem Siegel der Verschwiegenheit (Heiterkeit) — auch zu einem Professorensekretariat entwickelt, und unsere Thätigkeit erstreckt sich nicht nur auf Deutschland. Die Bedeutung der „Neuen Zeit“ ist eine internationale, sie wird in allen Ländern gelesen, und aus allen Ländern kommen Anfragen an uns, namentlich seit dem Tode Liebknecht's. Aber damit ist die Thätigkeit der Redaktion noch nicht erschöpft. Könnten wir die Manuskripte einfach zurücksenden, so wäre es sehr bequem, aber wir sind doch nicht blos Redakteure, sondern auch Parteigenossen. Die Redaktion hat auch die Aufgabe, einen schriftstellerischen Nachwuchs heranzubilden; diese unbrauchbaren Manuskripte stammen oft von jungen Leuten, die vorläufig nicht in der Lage sind, Brauchbares zu leisten, die aber sehr viel versprechen und denen wir unter die Arme greifen müssen. Das ist eine sehr anstrengende und undankbare Aufgabe, undankbar, weil die jungen Leute oft nicht das halten, was sie versprechen. Namentlich mit den Studenten haben wir traurige Erfahrungen gemacht, sie werden Doktoren, Privatdozenten und dann kommt ihnen die wissenschaftliche Erkenntniß und was sie bei der Sozialdemokratie gelernt haben, benützen sie, um sie zu bekämpfen. Wurm hat außer seiner redaktionellen Thätigkeit auch noch eine Reihe von Beiträgen zu liefern, die nicht extra bezahlt werden. Mein Gehalt beträgt 5000 Mark. Ich gebe zu, eine ansehnliche Summe, aber wenn das Gehalt zu hoch ist, so bin ich nicht daran schuld, denn ich habe in den 28 Jahren, welche ich in der Partei thätig bin, niemals eine Forderung gestellt. Was mir gegeben ist, ist mir freiwillig gegeben worden, ich habe früher sehr gern für die „Neue Zeit“ für einen Monatsgehalt von 150 Mk. gearbeitet. Dietz hat mein Gehalt immer freiwillig erhöht. Aber die 5000 M. sind kein reines Honorar, es muß eine Reihe von Ausgaben daraus bestritten werden. Bücher und Zeitschriften werden mir nicht geliefert. (Hört! hört!) Auch einen Theil der Portokosten muß ich selbst bestreiten, ich bekomme jährlich 120 M. Portogeld, wir haben aber durch-

schnittlich 1000—1200 Briefe zu schreiben, darunter einen großen Theil Doppel- und Auslandsbriefe, ferner einige hundert Postkarten, Bücherpakete und Kreuzbandsendungen. Ich muß vielleicht 150 M. jährlich auf die Porto-Entschädigung zulegen. Endlich werden auch meine Beiträge nicht besonders honorirt, auch sie fallen auf das Redaktionskonto. Die festen Gehälter aber, die wir beziehen, bilden die materielle Grundlage, die es uns ermöglicht hat, eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten zu leisten, das gilt natürlich auch für Schippel und Bernstein. Wissenschaftliche Arbeiten kann nur Derjenige liefern, der entweder Vermögen besitzt oder eine feste Stellung hat. Für uns kommen nur zwei Arten fester Stellungen in Betracht: Redaktion oder Gefängniß. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, zu welcher Art fester Stellung Sie die „Neue Zeit" rechnen, aber jedenfalls bildet das feste Gehalt für Mehring und mich ebenso wie früher für Bernstein und Schippel die materielle Grundlage für die wissenschaftlichen Arbeiten. Wie Sie die wissenschaftlichen Arbeiten beurtheilen, weiß ich nicht; sind Sie der Ansicht, daß diese Arbeiten nur Spintisirereien sind, so wäre es ganz überflüssig, unser Gehalt zu reduziren. Dann sägen Sie uns lieber ab. Glauben Sie jedoch, daß unsere Thätigkeit von Nutzen ist, so sehe ich Ihrem Verdikt mit Ruhe entgegen. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Singer: Ich glaube, Sie werden mit mir der Ansicht sein, daß es Pflicht des Parteitages war, sich über das Redaktionsbudget der „Neuen Zeit" Klarheit zu verschaffen. Ich schlage deshalb vor, Kautsky von neuem zehn Minuten Redezeit zu gewähren, um sich über den Antrag selbst zu äußern. (Zustimmung.)

Kautsky (fortfahrend): Ich gehe nun zu dem Antrage über, die „Neue Zeit" in eine Monatsschrift zu verwandeln. Dieser Antrag kann nach zwei Seiten hin verstanden werden. Entweder wollen Sie die „Neue Zeit" billiger machen als sie jetzt ist, um sie mehr in die Massen zu bringen, oder Sie wollen sie blos erweitern. Wollen Sie die „Neue Zeit" verbilligen, so müssen Sie auch ihren Raum erheblich verkleinern; wir geben jetzt 4 Bogen um 50 Pf.; wenn der Preis der „Neuen Zeit" 50 Pf. sein soll, so muß auch der Umfang der „Neuen Zeit" als Monatsschrift auf 4—4½ Bogen beschränkt werden, in 4 Bogen aber kann man nicht viel leisten. Allerdings, früher hatte die „Neue Zeit" als Monatsschrift nur 3 Bogen, aber damals wurde sie ergänzt durch den „Sozialdemokrat" in Zürich. Seit dem Eingehen des „Sozialdemokrat" mußte die „Neue Zeit" erweitert werden. Wir glauben, daß die „Neue Zeit" am ersten in die Massen kommt durch eine Wochenausgabe, die nur 25 oder, wie es am Anfang war, 20 Pfennig kostet. Nun wird immer der Vergleich mit den „Soz. Monatsheften" gezogen, es wird gesagt, durch die Umwandlung der „Neuen Zeit" in eine Monatsschrift müsse sie ebenso interessant und mannigfaltig werden wie die „Sozialistischen Monatshefte". Die „Sozialistischen Monatshefte" erscheinen aber unter ganz eigenartigen Umständen, sie haben einen reichen Mann hinter sich, der ihr Defizit zahlt, während wir den Parteivorstand und den Parteitag hinter uns haben, der uns unser Defizit so viel wie möglich beschneiden will. Ich bitte also, die „Neue Zeit" nicht mit den „Sozialistischen Monatsheften" zu vergleichen. (Sehr richtig!) Ich meine nicht in Bezug auf den Inhalt, sondern geschäftlich. Sie würden erstaunen, wenn Sie das Defizit der „Sozialistischen Monatshefte" kennen würden — ich kenne es auch nicht, aber ich kann rechnen. So groß wie das Defizit der „Sozialistischen Monatshefte" werden Sie das Defizit der „Neuen Zeit" auf keinen Fall machen wollen. Das Defizit der „Neuen Zeit" ist eine Erscheinung, mit der Sie sich abfinden müssen und die Sie auf keinen Fall nervös machen darf. Das Defizit der „Neuen Zeit" existirt so lange wie das Blatt selbst, auch alle übrigen wissenschaftlichen Zeitschriften machen Defizit. Die Wissenschaft ist eben in der heutigen Gesellschaft ein schlechtes Geschäft, auch das Handbuch von Schippel macht Defizit. Erst vor einigen Tagen äußerte ein Parteigenosse, der früher

Buchhändler war, sein Erstaunen über die Geringfügigkeit des Defizits der „Neuen Zeit". (Sehr richtig!) Wenn Reformvorschläge zur Verringerung des Defizits der „Neuen Zeit" gemacht werden, so will ich als der erste freudig für solche Vorschläge eintreten, der vorliegende Antrag aber würde die „Neue Zeit" entweder verkümmern oder das Defizit vermehren. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm-Hamburg: Ich bin für den Antrag 47. Die Frage des Redaktionsetats der „Neuen Zeit" hängt eng damit zusammen, ob es möglich sein wird, das Defizit wesentlich herabzumindern, wenn wir die „Neue Zeit" monatlich erscheinen lassen. Sie haben auf die Anfrage, die seitens einiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte", der Genossen Südekum, Paul Müller und meiner Person gestellt worden ist, jetzt durch die Rede des Genossen Kautsky die nothwendige Aufklärung erhalten. Diese Anfrage hat bei einzelnen Parteigenossen hier große Entrüstung hervorgerufen. Ich kann hier nur zugleich im Namen der übrigen Fragesteller erklären: unsere Anfrage enhält durchaus kein Mißtrauen gegen den Parteivorstand und gegen die Redaktion der „Neuen Zeit". Sie dient auch nicht der Absicht, von ihrem Redaktionsetat etwas herabzumindern. Aber wie es häufig auf Parteitagen geschieht: man dreht den Spieß um, man beschuldigt uns, daß wir Schuld am Defizit der „Neuen Zeit" tragen. Selbstverständlich haben wir, die wir in der Debatte nicht mehr zum Wort gekommen sind, uns daraufhin die Anfrage erlaubt: wie steht es mit den Verhältnissen der „Neuen Zeit"? Die Erklärung, die wir erhalten haben, ist der Beweis, wie absolut unschuldig die Mitarbeiter der „Monatshefte" an dem Defizit der „Neuen Zeit" sind. (Sehr richtig!) Das klarzustellen, haben wir beabsichtigt. Wir haben uns weiter nach der Kontrolle des geistigen Inhalts der „Neuen Zeit" erkundigt. Wie kann man sich entrüsten über eine solche Anfrage, wenn der Parteibericht kein Wort darüber enthält? (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich bitte den Redner, nicht auf bereits erledigte Dinge zurückzukommen. Wir verhandeln über die Frage, ob die „Neue Zeit" in eine Monatsschrift verwandelt werden soll. Ich habe Ihnen Gelegenheit gegeben, zu begründen, weshalb Sie die Anfrage gestellt haben. Damit ist die Angelegenheit doch erledigt.

v. Elm (fortfahrend): Ja, wir mußten auch danach uns erkundigen, wie die Kontrolle beschaffen ist. Es handelte sich bei unserer Anfrage nicht um einen Angriff gegen die Leitung der „Neuen Zeit", sondern um die Absicht, Klarheit zu schaffen. Es ist durch Beantwortung unserer Anfrage nicht nur festgestellt, daß eine finanzielle Kontrolle der „Neuen Zeit" nur durch den Parteivorstand erfolgt und nicht durch die Kontroleure und daß die geistige Kontrolle nicht anders ausgeübt wird als wie auch bei den „Monatsheften", nämlich durch die Masse der Parteigenossen. — Das Gehalt der Redakteure finde ich nicht zu hoch. Nur in anderer Beziehung erscheint mir eine Aenderung möglich. Wenn die Redakteure noch andere wissenschaftliche Arbeiten zu leisten haben, so müssen sie dafür extra bezahlt werden, die Bezahlung kann nicht auf den Redaktionsetat übernommen werden. Wir thun überhaupt nicht genug auf diesem Gebiete, die Wissenschaftler in unseren Reihen müssen für ihre Arbeiten anständig bezahlt werden. Darunter verstehe ich nicht nur Kautsky, sondern auch andere Genossen, die nicht von der Partei durch eine Redaktionsstelle dotirt werden. Darüber sollte der Parteivorstand mit den Kontroleuren einmal in Erwägung eintreten. Es ist auch nicht immer dienlich, Wissenschaftler zu Redakteuren zu machen. Kautsky ist gewiß ein bedeutender Mann auf dem Gebiete der Wissenschaft, ich möchte seine Arbeiten nicht entbehren. Aber trotz dieser wissenschaftlichen Befähigung ist Kautsky nach meiner Meinung ein schlechter Redakteur. (Oho!) Es ist hier viel geredet von einem Boykott der „Neuen Zeit". Ich habe mich nie geweigert, für die „Neue Zeit" zu arbeiten. Wurm hat mich gestern aufgefordert und zwar

zum ersten Male in der richtigen Weise, indem er mir ein spezielles Thema sagte; ich habe da mit Freuden zugesagt. Wir sind ja keine berufsmäßigen Schriftsteller, wir müssen zum Arbeiten erst veranlaßt werden, es muß uns nachgewiesen werden, daß gerade wir über eine bestimmte Frage schreiben müssen. Ich bin so beschäftigt, daß ich nur Nachts und Sonntags zum Schreiben die Zeit finde. Ich mache diese Arbeiten auf Kosten meiner Gesundheit, aber nicht des Geldes wegen. Eine Reihe Artikel für die „Monatshefte“ habe ich unentgeltlich geliefert. Wenn gute Mitarbeiter für die „Neue Zeit“ auf die jetzt angewandte Art gewonnen werden, dann würde die Sache ein anderes Gesicht bekommen, aber bis jetzt war weder Kautsky noch Wurm dazu zu bewegen. Dann kann die „Neue Zeit“ auch besser ausgestaltet werden. Ich bin für ihr Erscheinen als Monatsschrift, weil sich so viel Besseres bieten läßt, dem wissenschaftlichen Bedürfniß kann durch eine Monatsschrift weit besser Rechnung getragen werden als durch eine Wochenschrift.

Dr. **David** (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat eben den Versuch gemacht, Ausführungen Elms, die direkt Ausführungen Kautsky's betrafen, zu verhindern; sollte es beabsichtigt sein, die Besprechung der Ausführungen Kautsky's nicht zuzulassen, so könnte ich das nicht als eine unparteiische Geschäftsführung ansehen. (Unruhe.)

Singer: Ich finde es sehr erstaunlich, daß Dr. David über Dinge, die garnicht geschehen sind, hier ein Urtheil abgiebt. (Sehr richtig!) In der Sache habe ich den Genossen v. Elm in keiner Weise verhindert, auf die Ausführungen Kautsky's einzugehen (Sehr richtig!), ich habe nur verhindert, daß auf eine abgethane Sache in einer Weise wieder eingegangen wird, die die Zeit des Parteitages wesentlich beeinträchtigt, seine Zeit, die er nicht ausschließlich einer Frage, die eine Reihe werther Parteigenossen besonders interessirt, widmen kann, sondern allen Anträgen, die vorliegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein Schlußantrag findet nicht genügende Unterstützung.

Fischer-Hannover: Auf vielen Seiten wird das Bedürfniß gefühlt, die „Neue Zeit“ mehr in den Kreisen der Arbeiter zu verbreiten, denen die Kenntniß wissenschaftlicher Artikel wirklich nichts schadet; ihre Verbreitung ist leider sehr beschränkt, die Ursache liegt darin, daß viele Artikel der „Neuen Zeit“ zu wissenschaftlich gehalten sind. Wären sie populärer, so würde das nicht schaden. Die Hauptsache aber ist, daß die „Neue Zeit“ zu theuer ist. 13 Mark pro Jahr ist zu viel, daß eine solche Ausgabe nur wenige Arbeiter sich leisten können. Um den Preis herabzusetzen, sollte die „Neue Zeit“ wieder monatlich erscheinen; wenn darunter die Aktualität leidet, so schadet das nicht.

Leutert-Apolda bittet den Antrag abzulehnen. Seit 18 Jahren verfolge ich die Entwickelung der „Neuen Zeit“, Alles gelesen habe ich natürlich nicht; die „Neue Zeit“ darf nicht zu wissenschaftlich gemacht werden. Sie dürfen die „Soz. Monatshefte“ nicht mit der „Neuen Zeit“ verwechseln (Rufe: Thun wir auch nicht!) Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind ein Sammelpunkt für freie Schriftsteller, die für sozialistische Zwecke Propaganda machen wollen und die entweder schon gute Parteigenossen sind oder es werden wollen. Die „Neue Zeit“ ist ein Partei-Organ, das ganz andere Zwecke erfüllen muß, sie muß aktuell sein und deshalb auch wöchentlich erscheinen. Seit wir Leitartikel haben, die die politische Situation überschauen, ist es für uns möglich, bei ihrem bequemen Format die „Neue Zeit“ in die Tasche zu stecken (Große Heiterkeit), sie mitzunehmen, wenn wir eine Versammlung abhalten und den Artikel auf der Eisenbahn zu lesen (Stürmische Heiterkeit); man findet das lächerlich, das begreife ich nicht, wir stehen doch auch schon 18 Jahre in der Oeffentlichkeit (Verstanden wird 80 Jahre, stürmische Heiterkeit) und ich kenne in Thüringen noch verschiedene Genossen, die es auch so machen wie ich (Große Heiterkeit);

ein großes Heft kann man nicht mit sich herumschleppen, als Monatsschrift würde die „Neue Zeit" ihr Aktualität einbüßen.

Dr. David-Mainz: Auch ich bin der Meinung, man sollte den Antrag ablehnen. Wir brauchen eine wissenschaftliche Wochenzeitschrift und daneben eine Monatszeitschrift. Durch die Ausführungen von Kautsky ist klargestellt, daß das Defizit der „Neuen Zeit" nicht verschuldet worden ist durch die „Monatshefte". Der Vorwurf, daß die nur für die „Monatshefte" schreibenden Genossen die Zentralkasse in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt haben, Zuschüsse für die „Neue Zeit" zu leisten, ist also unberechtigt. Es war Adolf Hoffmann, der mit diesem Vorwurf die ganze Frage aufgerollt hat; es ist durchaus falsch, wenn man den sogenannten Revisionisten die Schuld giebt, daß sie diese Erörterung veranlaßt haben. Erst durch die Anschuldigungen von Hoffmann ist die Frage entstanden: worauf beruht denn das Defizit der „Neuen Zeit", wenn es nicht durch die „Monatshefte" verursacht ist. Es ist dadurch die Frage nach der finanziellen inneren Lage der „Neuen Zeit" entstanden, die nun ja in dankenswerther Weise beantwortet worden ist. Aber die Sonne war noch nicht untergegangen über diesen Verhandlungen, da hat schon Jemand geglaubt, er müsse Denjenigen, die diese Frage gestellt haben, vor der ganzen Partei den Vorwurf der Verdächtigung anhängen. Der Vorwurf, die Betreffenden hätten in unzulässiger Weise hier Fragen gestellt über Dinge, nach denen nicht gefragt werden dürfe, ist in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" ... (Große Unruhe.)

Singer (unterbrechend): Ich bedauere sehr, im Rahmen dieser Debatte auf eine Verhandlung darüber nicht eingehen zu können. Ich gebe dem Genossen **David** anheim, wenn er diese Frage behandeln will, sie zu einem Antrag zu verdichten, der wird ordnungsgemäß behandelt werden; im Rahmen dieser Verhandlung kann darauf nicht zurückgegriffen werden. Im übrigen will ich, um weiteren Kontroversen aus dem Wege zu gehen, einen Beschluß des Parteitages herbeiführen, da ich gar keine Lust verspüre, mich mit einem sonst sehr lieben Genossen hier etwa herumzustreiten. Wenn der Parteitag anders beschließt, so liegt mir gar nichts daran, ich bitte Diejenigen, die meiner Auffassung über die Art der Verhandlung zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die große Mehrheit. Ich bitte demgemäß zu verfahren.

Dr. David (fortfahrend): Ich weiß eigentlich nicht, was diese Unterbrechung beabsichtigen wollte, ich habe ja gar nichts vor ...

Singer: Sie haben eben die „Leipziger Volkszeitung" zur Hand genommen, um über einen Artikel dieses Blattes, der eine bereits erledigte Frage behandelt, zu sprechen. Das wünschen wir im Rahmen dieser Verhandlung nicht. Ich habe ja gar nichts dagegen, daß die Sache verhandelt wird. Sie brauchen blos drei Zeilen zu schreiben: „Der Parteitag wolle beschließen, in eine Diskussion über diese Frage einzutreten". Wenn das beschlossen wird, so kann es geschehen. Bei diesen Verhandlungen aber geschieht es nicht!

Dr. David: Diejenigen, die die Frage nach der finanziellen Lage der „Neuen Zeit" gestellt haben, haben damit keine verdächtigenden Anspielungen machen wollen; sie haben keine Fragen gestellt, die gehalten waren, daß die Verdächtigten sich nicht hätten dagegen vertheidigen können. Wenn Sie diese Ueberzeugung theilen, so ist bereits das gesagt, was ich bezüglich der „Leipziger Volkszeitung" sagen wollte. (Sehr gut!) Mehr wollte ich garnicht sagen, ich wollte nur den ganz unqualifizirbaren Vorwurf zurückweisen, als ob man habe mit dieser Anfrage Verdächtigungen vorbringen wollen, auf die den Angegriffenen die Möglichkeit der Abwehr nicht gegeben worden wäre. So aber steht es wortwörtlich in diesem Artikel, das ist eine Perfidie, die ich zurückweisen wollte. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist, glaube ich, das Nöthige in dieser Sache gesagt worden. Es ist ja aus den Ausführungen hervorgegangen, daß nirgends goldene Schätze erworben werden, daß bei der wissenschaftlichen Arbeit hüben

wie drüben von kapitalistischen Interessen und derartigen Dingen nicht die Rede sein kann, sondern daß Opfer gebracht werden müssen und gebracht werden. Wenn Sie in diesem Sinne die Existenz einer anderen Zeitschrift neben der „Neuen Zeit" ansehen wollen, so war das der Zweck meiner Ausführungen. (Bravo!)

Vogt-Sommern: Wenn das Defizit der „Neuen Zeit" überhaupt gedeckt werden kann, so kann dies nur durch die Annahme des Antrags 47 geschehen. Die „Neue Zeit" soll nicht nur ein Organ für die Wissenschaftler, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter sein. Ich bin lange Zeit Abonnent der „Neuen Zeit" gewesen. Als dann die „Sozialistischen Monatshefte" erschienen, habe ich auch diese gelesen. Es wird uns aber schwer, beide Zeitschriften anzuschaffen, und ich mußte schweren Herzens mein Abonnement auf die „Neue Zeit" aufgeben. Es könnten doch alle Diejenigen, die für die „Sozialistischen Monatshefte" schreiben, ihre Artikel einfach mit in der „Neuen Zeit" unterbringen. (Heiterkeit!)

Singer (unterbrechend): Ich bitte, auf diese Frage nicht einzugehen, wir sind in keiner Debatte darüber, ob die „Sozialistischen Monatshefte" oder die „Neue Zeit" vorgezogen werden sollen, sondern nur darüber, ob die „Neue Zeit" in eine Monatsschrift umgewandelt werden soll.

Vogt (fortfahrend): Ich spreche nicht darüber, welches von beiden Blättern vorzuziehen ist, ich will nur befürworten eine Umgestaltung der „Neuen Zeit" in der Weise, daß sie von dem praktischen Agitator benutzt werden soll. Deswegen ziehe ich einen Vergleich zwischen den beiden Blättern, das muß mir unter allen Umständen gestattet sein. (Sehr gut!)

Singer: Im Rahmen unserer jetzigen Diskussion aber liegt das nicht.

Vogt: Sonst wird es einem Arbeiterdelegirten zur Unmöglichkeit gemacht, auf unseren Parteitagen hier jemals das Wort zu ergreifen. (Sehr richtig!) Ich ersuche Sie den Antrag 47 anzunehmen.

Grunwald-Erfurt: Warum und in welcher Art diese zum Theil sehr persönliche Debatte über die Einzelheiten der Besoldungsverhältnisse der leitenden Kräfte der „Neuen Zeit" hier angeschnitten worden und detektivartig provozirt worden ist, darüber wird sich trotz der Ausführungen David's und von Elm's Jeder einen Vers machen können. Die ganze Art, wie die Sache provozirt worden ist, würde ungefähr auf derselben Stufe stehen, als wollten wir uns nach den speziellen Besoldungsverhältnissen des Chefredakteurs der „Sächsischen Arbeiterzeitung", des Herausgebers der „Kommunalen Praxis", des Sonder-Berichterstatters des „Vorwärts" nach Brüssel und des Uebersetzers des Edelheim'schen Verlags erkundigen. (Unruhe.) Auf diese Stufe aber wollen wir nicht hinabsteigen, ich halte es für durchaus unangebracht, daß man in dieser Weise hochverdiente, alte, wissenschaftlich thätige Parteigenossen bezüglich ihrer Magenfrage auf den Präsentirteller legt. (Große Heiterkeit.) Wenn der Parteitag Grund hat, auf irgend etwas stolz zu sein, so sind es die leitenden Mitarbeiter und die Thätigkeit der „Neuen Zeit". (Bravo!)

Bader-München: Wenn die „Sozialistischen Monatshefte" eine Wochenschrift wären und die „Neue Zeit" eine Monatsschrift, so würde unfehlbar der Antrag gekommen sein, die „Neue Zeit" in eine Wochenschrift zu verwandeln. (Heiterkeit.) Dem Antrage 47 liegt nur der Erfolg der „Sozialistischen Monatshefte" zu Grunde. Daß aber das Defizit der „Neuen Zeit" nicht in ihrer Erscheinungsform beruht, das ist schon genügend auseinander gesetzt worden. Ich würde es für Recht halten, wenn dem Parteivorstand ein Fonds zur Verfügung gestellt würde, der es ermöglichte, daß Genossen wissenschaftlich thätig sind auch ohne daß sie einer Redaktion angehören. Die Anregung heute hier zu einem Antrag zu verdichten, halte ich aber nicht für richtig. Es besteht unter den Genossen die Ueberzeugung, daß in der Partei viel zu viel theoretisirt

wird, andererseits sind wir eine wissenschaftliche Partei und haben die Verpflichtung, diejenigen Parteigenossen, die wissenschaftlich arbeiten können, in den Stand zu setzen, wissenschaftlich thätig zu sein, ohne daß sie deswegen in irgend eine Redaktion eintreten müssen. Ich bitte im Uebrigen, den vorliegenden Antrag abzulehnen, da dadurch an den bestehenden Zuständen nicht das Geringste geändert würde.

Wurm: Die Anklagen gegen die „Neue Zeit" entspringen der Anschauung: erstens, daß die Zeitschrift eine falsche Erscheinungsform habe, zweitens, daß sie eine Anzahl von Mitarbeitern entbehre, die in eine andere Zeitschrift hinübergeflüchtet, drittens, daß der Preis zu hoch sei und viertens, daß sie nicht genügend die Interessen der großen Masse der Leser vertrete. Was zunächst den Punkt anlangt, daß die „Neue Zeit" zu streng wissenschaftlich, zu abstrakt gehalten sei, so muß ich doch die verehrten Genossen bitten, sich die „Neue Zeit" einmal anzusehen und das Register zu prüfen. Wir werden ja demnächst ein Register herausgeben, das 20 Jahrgänge der „Neuen Zeit" umfaßt — darin ist eine solche Fülle von Erörterungen praktischer Tagesfragen enthalten, daß sich auf den Raum, der uns zur Verfügung steht, garnicht mehr unterbringen läßt. Es ist früher und auch nach dem Erscheinen der „Sozialistischen Monatshefte" keine einzige Frage aufgetaucht, die nicht auch von uns behandelt worden wäre und zwar meist von uns zuerst. Wenn es trotzdem eine Anzahl von Personen giebt, die das Bedürfniß empfinden, die „Sozialistischen Monatshefte" zu lesen, so spielt dabei die Vermuthung eine große Rolle, daß es Leute gebe, die etwas zu sagen haben, was man in der „Neuen Zeit" nicht sagen kann oder will. Man erwartet in jeder Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" irgend etwas zu finden, was Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei bieten könnte. (Sehr gut! Lebhafte Zustimmung.)

Singer (unterbrechend): Ich möchte auch diesen Redner bitten, im Rahmen unserer Diskussion zu bleiben. (Sehr gut!).

Wurm (fortfahrend): Ich bemühe mich, in diesem Rahmen zu bleiben. Diese Sonderstellung der „Sozialistischen Monatshefte" ist übrigens in den meisten Fällen nur eine vermuthete; meistens hat diese Vermuthung nicht zugetroffen. Was die Frage der Verbilligung und der damit nothwendig verbundenen Reduzirung des Raumes anlangt, so muß ich als Redakteur der „Neuen Zeit" sagen, wir wären nicht mehr existenzfähig, wenn wir unseren Raum reduziren müßten. Wir leiden nicht an Artikelmangel, sondern an Raummangel. Wir müssen viele gute Artikel zurückweisen, weil wir keinen Platz haben. Da hat es sich denn mitunter getroffen, daß die so sehr gerühmten „Monatshefte" Artikel brachten, die wir vorher zurückgewiesen hatten, theils aus Raummangel, theils aus anderen Rücksichten. (Hört! hört!) Wenn es nach meinem Wunsch ginge, so sollten Sie uns gütigst bewilligen, daß die „Neue Zeit" wöchentlich statt 2 Bogen 3 Bogen gebe. Auch den Vorwurf, daß wir kein Material für die Agitation brächten, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es ist ferner gesagt worden, daß man die „Neue Zeit" verbilligen müsse, um sie in weitere Kreise der Arbeiter hineinzubringen. Ja, da müssen Sie mit dem Verleger sprechen und ihm die Möglichkeit zeigen, wie man eine solche Menge Papier, Druck und Inhalt für noch weniger Geld liefern kann. Allerdings die „Sozialistischen Monatshefte" geben 7 Bogen für 50 Pfg., während wir für 8 Bogen 1 Mk. nehmen. Wir kennen ja das Geheimniß des Verlags der „Monatshefte" nicht.

Singer (unterbrechend): Ich muß dringend bitten, sich danach zu richten, was vom Parteitage beschlossen worden ist. Ich begreife das Interesse, das Einzelne an der Sache haben, aber das Interesse des Parteitages geht vor.

Wurm: Ich kann nicht widersprechen, aber ich konstatire, daß diese Fragen unlöslich mit einander verknüpft sind; ich kann nur darüber sprechen, warum

die „Neue Zeit“ nicht noch mehr Raum für denselben Preis wie jetzt enthalten kann, wenn ich auf die wirthschaftlichen Ursachen dieser Möglichkeit bei den „Monatsheften“ eingehen kann.

Singer: Es steht nicht zur Diskussion, warum die „Sozialistischen Monatshefte“ 7 Bogen für 50 Pfg. geben können. (Heiterkeit.)

Wurm: Es steht aber zur Diskussion, daß wir zu theuer sind, unser Blatt soll verbilligt werden. Wir müssen da doch nachweisen können, daß es uns nicht möglich ist, billiger zu liefern.

Singer: Das haben Sie gethan, indem Sie gesagt haben, man solle den Verleger fragen, ob er mehr Papier, Satz und Druck geben könne!

Wurm: Die Parteigenossen werden mich verstanden haben. Fischer-Hannover sagte, wir sollten noch populärer schreiben, damit uns alle Arbeiterleser verstehen könnten. Es giebt aber Gegenstände, die nicht von Jedermann ohne Vorkenntnisse verstanden werden können. Es ist das Recht einer wissenschaftlichen Zeitschrift wie die „Neue Zeit“, in jeder Nummer auch solche Dinge zu bringen, die allerdings nur für einen kleinen Theil von Fachgelehrten berechnet sind. Kautsky und ich sind uns darüber klar, daß es das Beste wäre, wenn uns eine monatlich erscheinende wissenschaftliche Revue geschaffen würde, die nur wissenschaftliche Artikel enthielte und für einen kleinen Leserkreis von 500—600 Personen berechnet wäre. Daneben müßte dann die „Neue Zeit“ ausgebaut werden zu einem Organ, das sich lediglich mit Fragen des Tages und der praktischen Sozialreform beschäftigte. Da wir aber jetzt in der „Neuen Zeit“ ein Konglomerat aller dieser Dinge haben, so müssen wir darin wissenschaftliche und populäre Artikel neben einander bringen. Helfen Sie uns die „Neue Zeit“ auszubauen, aber muthen Sie uns nicht zu, daß wir zu redaktionellen Gepflogenheiten greifen, zu einer Manier des Anreißerthums, wie sie früher auf dem Mühlendamm üblich war. Solche Gepflogenheiten sind allerdings nicht nach Jedermanns Geschmack. (Bravo und große Unruhe.) Meiner Meinung nach genügt es, wenn man den schriftstellerisch thätigen Genossen die Frage vorlegt: Sag' mal, könntest Du nicht für uns etwas schreiben? Das muß genügen für Jemand, der wirklich ein Interesse an der Sache hat. Aber den Leuten auf die Bude rennen, ihnen Telegramme schicken und Tag für Tag Briefe senden, sie fortwährend animiren, — das ist nicht unsere Sache. Eine Animir-Redaktion haben wir nicht in der „Neuen Zeit“ und wollen sie nicht haben. (Sehr gut.) Ich muß aber doch an das bessere Gedächtniß von Elms appelliren: Ich habe ihn nicht gestern zum ersten Mal aufgefordert, etwas zu schreiben, sondern ich habe ihn im Laufe des vergangenen Semesters mehrmals dazu aufgefordert, da habe ich aber die Antwort bekommen, ich habe keine Zeit, ich bin mit einem Artikel für die „Monatshefte“ beschäftigt. Wenn Sie die „Neue Zeit“ hochbringen wollen, geschieht das am besten dadurch, daß Sie das große Publikum auf den werthvollen Inhalt der „Neuen Zeit“ aufmerksam machen. Wenn es aber vorkommt, daß Artikel aus der „Sozialen Praxis“ und anderen Zeitschriften in Partei-Organen veröffentlicht werden, so möchte ich es für richtiger halten, daß man gute Artikel aus der „Neuen Zeit“ in unserer Parteipresse erwähnen und abdrucken möchte.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion, von Engler befürwortet, von Stadthagen bekämpft, wird abgelehnt.

Bebel: Der Antrag ist von zwei entgegengesetzten Seiten gestellt worden, von Karlsruhe und von Hannover. Von den Hannover'schen Genossen weiß ich, daß sie sich die erdenklichste Mühe gegeben haben, die „Neue Zeit“ zu verbreiten und daß die Hindernisse, die sie dabei gefunden haben, sie zur Stellung ihres Antrages veranlaßten. Von Karlsruhe weiß ich, daß man für die „Neue Zeit“ bisher nichts gethan hat. (Sehr wahr!) Ich weiß sogar, daß man gegen die „Neue Zeit“ agitirt hat. (Hört! hört!) Ja, ich weiß noch mehr, will es aber

nicht sagen. (Heiterkeit.) Nur die Tendenz des Antrages wollte ich charakterisiren. Im Uebrigen bitte auch ich, den Antrag abzulehnen und es bei dem bisherigen Zustand zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß es schwer ist, eine solche Angelegenheit nach kurzer Debatte auf einem Parteitag zu entscheiden, wo wichtige Lebensinteressen der Partei auf dem Spiele stehen, sprechen aber auch sachliche Gründe gegen den Antrag. Der Genosse aus Hannover hat selbst dargelegt, wie unmöglich es für den größten Theil der Arbeiter sei, ein Wochenblatt wie die „Neue Zeit“ bezahlen und lesen zu können. Nun, allen Denen, die von diesem Gesichtspunkte ausgehend, das monatliche Erscheinen der „Neuen Zeit“ wünschen, erkläre ich, daß ich ihre Gründe begreife und von ihrem Standpunkt aus billige, aber wir müssen im Auge behalten, daß ein wissenschaftliches Organ, das wirklich auf der Höhe der Zeit steht, niemals so gehalten sein kann, daß es wie heute die Verhältnisse liegen, bei der großen Masse das nöthige Verständniß findet. Auf der anderen Seite kommt Mangel an Zeit und Mitteln hinzu. Dem Antrag steht weiter die Thatsache gegenüber, daß bisher die „Neue Zeit“ nicht über Mangel an Stoff klagen konnte, und die weitere Thatsache, daß wir eine wissenschaftliche Revue brauchen, und von diesem Gesichtspunkt aus ist die Existenz der „Neuen Zeit“ als Wochenblatt absolut nothwendig. Man sagt, das Defizit ist zu groß, es soll nach Möglichkeit herabgesetzt werden, aber giebt es denn kein Mittel, um Beides zu vereinigen, auf der einen Seite das Defizit herabzusetzen, auf der anderen Seite den Kreis der „Neuen Zeit“ zu erweitern? David und Elm sagten, es sei ihnen mit Unrecht vorgeworfen, daß sie durch ihre Mitarbeit an den „Monatsheften“ die „Neue Zeit“ geschädigt hätten. Auch ich halte diesen Vorwurf nicht für berechtigt, aber durch den Umstand, daß eine Reihe der hervorragendsten und bekanntesten Genossen seit Jahren systematisch vermeiden, für die „Neue Zeit“ zu schreiben, erwecken sie den Anschein, als ob sie Gegner der „Neuen Zeit“ sind und ihren Boykott wünschen. (Sehr richtig!) Weiter sage ich: Das Blatt kann sein, wie es will, es kann nicht Jedem gerecht werden, aber wenn die Genossen in der Partei und in den Gewerkschaften es für ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit hielten, in ihren Lokalen die „Neue Zeit“ aufzulegen, sie in ihren Bibliotheken zu halten, sie denjenigen Personen, die die Kämpfe zu führen haben, auf allgemeine Kosten zu liefern oder doch ihnen einen Zuschuß zu gewähren, so wäre es ein Leichtes, über Jahr und Tag 2000 neuer Abonnenten zu haben und das Defizit wäre sehr bald aus der Welt geschafft. (Sehr richtig!) Was nun den angeblich zu hohen wissenschaftlichen Inhalt der „Neuen Zeit“ betrifft, so möchte ich mir erlauben, Ihnen den Inhalt von drei Nummern zu verlesen, die ich zufällig, weil ich sie für eine andere Debatte nöthig zu haben glaubte, mitgebracht habe. Nr. 9 der „Neuen Zeit“ enthält als Berliner Brief einen Artikel „Borussische Germanisirung“; ich glaube, es giebt kaum einen Arbeiter, der diesen Artikel nicht versteht. Dann kommt eine Abhandlung von August Bebel: „Kritisches. 1. Wahlreform in Bayern. 2. Das sozialdemokratische Reichstags-Handbuch.“ Von dem ersten Artikel ist sogar in der Polemik gesagt worden, was der eigentlich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift zu suchen habe; auch glaube ich, meine Artikel leiden nicht daran, daß sie unverständlich sind. (Sehr richtig!) Ein weiterer Artikel von Rosa Luxemburg lautet: „Und zum dritten Male das belgische Experiment.“ Das mag ja Manchen nicht interessiren, aber verständlich schreibt die Rosa sehr. (Heiterkeit.) Dann folgt die wirthschaftliche Umschau von Cunow, die sehr verständlich ist, und dann kommt schließlich die literarische Rundschau. Nr. 17 enthält neben dem Berliner Brief: „Unzeitige Romantik“ einen Artikel von W. Liebknecht: „Minimallohn und Arbeiter-Beamtenthum“, der sehr interessant ist und den Jeder verstehen wird. Dann folgt Rollwagen: „Zur bayerischen Wahlrechtsreform“, auch sehr verständlich. Der nächste Artikel von Löbe: „Die sozialistische Partei Brasiliens“, leidet gleichfalls nicht an Ueberfluß von wissenschaftlicher

Unverständlichkeit, weiter enthält die Nummer einen Beitrag zur Parteigeschichte in Oesterreich von Stein und einen Artikel von Diedrich: „Vom Naturalismus im Roman". Das ist vielleicht ein Artikel, für den sich nicht Jeder interessirt, aber das komt doch überall vor, und endlich folgen im Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Kugelmann. Nummer 24 schließlich beginnt mit einem politischen Leitartikel: „Ein freisinniger Staatsstreich"; dann folgen: „Galizien, Reise-Eindrücke und Studien von Karski", „Ueber den geistigen Zustand Englands" von Beer, „Krankenversicherung und Krankenkassenschwindel" von Mattutat, „Hamburger Kommunalpolitik" von Radloff, und die „Wirthschaftliche Umschau". Alle diese Artikel sind sehr verständlich geschrieben. Diejenigen, die über die „Neue Zeit" reden, machen immer den Fehler, daß sie ein Monatsheft, das die Produkte eines ganzen Monats enthält, mit einer Wochennummer der „Neuen Zeit" vergleichen, die doch nur die Produkte einer Woche bringt. Nun seid aber mal so gut und nehmt die Hefte eines ganzen Monats der „Neuen Zeit" zur Hand und vergleicht diese mit einer Nummer der „Monatshefte". Erst dann bekommt man einen richtigen Ueberblick und dann steht die Sache anders. Ein Defizit wird, wie bereits gesagt, bei allen derartigen Journalen gemacht; soweit sie nicht auf Sensation berechnet sind, wie etwa die „Zukunft", giebt es in Deutschland kein Journal, das nicht ein großes Defizit hat, und ich bin überzeugt, mancher Buchhändler wird sich, nachdem er Aufschluß über den finanziellen Stand der „Neuen Zeit" erhalten hat, sagen: Ich wäre froh, wenn es bei mir nicht schlimmer wäre. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, für den Baudert-Apolda, gegen den Grenz-Leipzig spricht, wird angenommen.

Persönlich bemerkt **v. Elm**: Nicht wir haben provozirt, wie Grunwald meint, sondern andere Leute. Irgend welche Stockprügel auf den Magen haben wir nicht beabsichtigt. Das ist von uns ausdrücklich erklärt worden, und unsere Erklärung, daß wir dem Parteivorstand kein Mißtrauen ausdrücken und auch nicht gegen die Redakteure der „Neuen Zeit" vorgehen wollten, muß uns aufs Wort geglaubt werden. Die Art, wie Grunwald polemisirt, ist ganz ungehörig. Wurm gegenüber bemerke ich, daß das Thema, das ich für die „Monatshefte" behandelte, von ihm bereits in der „Neuen Zeit" behandelt war. Durchaus unrichtig ist es, wenn Bebel meint, wir hätten den Eindruck hervorgerufen, als ob wir für die „Neue Zeit" nicht mehr schreiben wollten. Ich habe immer erklärt: Ich bin bereit, aber ich wünsche, daß ich dann auch aufgefordert werde, über einen bestimmten Gegenstand zu schreiben. Es ist auch eine unangenehme Sache, wenn man in der „Neuen Zeit" angegriffen wird.

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf nichts Anderes antworten, als was hier in der Debatte gesagt ist.

v. Elm: Ein systematischer Boykott liegt nicht in unserer Absicht, ich will nur erklären, weshalb ich nicht ohne Aufforderung für die „Neue Zeit" schreibe.

Singer: Sie haben das Recht, zu erklären, daß Sie keinen Boykott beabsichtigen, aber die Gründe, weshalb Sie nicht für die „Neue Zeit" schreiben, können Sie hier nicht anführen.

v. Elm: Damit ist doch noch nichts erklärt.

Singer: Wir scheinen uns über den Begriff der persönlichen Bemerkung nicht einigen zu können. Diese hat keinen anderen Zweck, als das, was über Jemanden in der Debatte gesagt ist, richtig zu stellen.

Adolf Hoffmann (persönlich): David hat heute zum zweiten Male behauptet, ich hätte gesagt, das Defizit der „Neuen Zeit" sei durch die „Monatshefte" entstanden. Ich habe nur gesagt, daß nach meiner Ueberzeugung das Defizit der „Neuen Zeit" durch den Boykott einzelner Schriftsteller entstanden sei.

Südekum (persönlich): Die Bemerkungen, die Grunwald gegen mich gemacht hat, entheben mich eigentlich der Verpflichtung, darauf zu antworten,

weil sie Grunwald gemacht hat. (Heiterkeit.) Ich möchte nur hervorheben, daß ich die Uebersetzung der sehr verdienstvollen Arbeit von Vandervelde, die bei Edelheim erschienen ist, vorher zwei Parteiverlegern angeboten habe, die es aber, weil sie glaubten, daß damit kein Geschäft zu machen sei, abgelehnt haben. (Hört, hört!) Ferner möchte ich Grunwald erwidern, daß, wenn er mit Wallfisch und mir sich in das Defizit der „Kommunalen Praxis" theilen wollte, er uns sehr angenehm sein würde als Dritter im Bunde. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Heine (persönlich): Kautsky meinte, die Frage nach dem Redaktionsetat der „Neuen Zeit" sei von Denen angeschnitten, welche die Gehälter der Redakteure zu hoch fänden. Ich bin der, der gerade mit dem Ausdrucke Redaktionsetat diese Frage aufgerollt hat. Also geht auch Kautsky's Anzapfung gegen mich. Nach dem Bericht des „Vorwärts" habe ich gesagt, das Defizit der „Neuen Zeit" erklärt sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenschrift geworden ist, daß sie sich mit ständigen Mitarbeitern belastet hat, die, was ich für selbstverständlich halte, anständig bezahlt werden. Ich habe also das Honorar der drei Herren nicht für zu hoch erklärt, sondern das Gegentheil gesagt. Der Zweite, gegen den ich eine persönliche Bemerkung machen muß, ist Wurm. Er hat meiner scherzhaften Benennung Blochs als einen unausstehlichen Menschen die Wendung gegeben, als hätte ich Bloch eines unanständigen Anreißerthums bezichtigen wollen. Er hat vom Mühlendamm gesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß Bloch sich leider nicht selbst vertheidigen kann, halte ich es für angebracht zu erklären, daß ich meine Ausführungen nicht so verstanden habe und daß Niemand sie so auffassen konnte. Das ist nur eine der beliebten Verdrehungen gewesen, um gegen Bloch Stimmung zu machen. Ich habe nur sagen wollen, daß Bloch seine Pflicht als eifriger Redakteur thut, um Mitarbeiter zu gewinnen. Das Dritte, worauf ich eingehen muß, ist Folgendes. David hat einen Artikel erwähnt und ist dabei, mit Recht, wie ich glaube, von näheren Ausführungen zurückgehalten worden; weil aber dieser Artikel sich auch gegen mich richtet, ist der Glaube entstanden, als ob David in Uebereinstimmung mit mir vorgegangen sei. Um einen Irrthum auszuschließen, möchte ich erklären, daß ich eine Antwort auf diesen Artikel für unter meiner Würde gehalten habe. (Beifall und Unruhe.)

Grunwald-Erfurt (persönlich): Den einleitenden Witz, den sich Genosse Südekum gegen mich erlaubte und der für ihn sehr charakteristisch war, hat er ja selbst widerlegt und das genügt mir. Was das Uebrige betrifft, das Südekum gegen mich vorbrachte, so war, um es so wie geschehen auszulegen, eben seine Taktik nothwendig. Ich habe lediglich die Methode klarstellen wollen, durch die hier die Debatte über die persönlichen Verhältnisse der leitenden Kräfte der „Neuen Zeit" provozirt wurde, und dabei bemerkt, sie wäre genau so, als wenn wir etwa darnach fragen sollen, was Südekum als der Chefredakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung" und in seinen weiteren Eigenschaften für Einkommen beziehe. Ob er dabei verdient oder verliert, käme für die Methode der Fragestellung garnicht in Betracht. Ich habe ja auch gerade betonen wollen, daß die leitenden Kräfte der „Neuen Zeit" in bürgerlichen Verlagen das Dreifache an Gehalt bekommen würden, also in Allem so ziemlich das Gegentheil gesagt von dem, was Südekum glücklich herausgeschnüffelt hat.

David (persönlich): Heine irrt, wenn er glaubt, ich wollte dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" eine längere Rede widmen. Es war nicht meine Absicht, mehr darüber zu sagen, als ich gesagt habe.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten, deren Resultat die **Ablehnung** des **Antrages** 47 ist.

Zur Debatte werden gestellt die **Anträge** 48 und 49.

Heymann-Breslau begründet den Antrag 49. Durch den Inhalt der Inseraten-Beilage fühlen sich viele Parteigenossen verletzt. Ich meine aber, wir sollten doch nicht gar so zimperlich sein. Die „Neue Welt" kann unter keinen Umständen mehr ohne die Inseraten-Beilage auskommen und es wird den Partei-Zeitungen recht angenehm sein, daß sie jetzt die „Neue Welt" um 3 Mk. billiger beziehen können.

Fischer-Hannover begründet den Antrag 48: Wir sind in einer gut besuchten Versammlung zu dem Entschluß gekommen, diesen Antrag zu stellen, und zwar weil die Beilage Inserate enthält, die sich an solche Leute wenden, die nicht alle werden. So sind z. B. auf das Inserat von Budapest, in dem 360 Artikel für 3 M. angeboten werden, eine ganze Reihe von Parteigenossen hereingefallen. Auch bei uns in Hannover hat sich ein Genosse die Sendung kommen lassen, und als sie ankam, mußte er nicht 3, sondern 6 M. zahlen. Aehnlich ist es mit den Cigarreninseraten. Wenn unser Antrag abgelehnt wird, dann soll die Geschäftsstelle wenigstens eine bessere Auswahl der Inserate treffen.

Die Diskussion über die Anträge 48 und 49 wird eröffnet.

Berard-Hamburg bedauert, daß der Parteitag auch diesmal wieder sich mit einem so überflüssigen Antrag, wie es Nr. 48 sei, zu beschäftigen habe. Denn es sei doch selbstverständlich, daß Parteiblätter Schwindelinserate nicht bringen dürfen. Man habe eine neue Maschine angeschafft, und um für diese Futter zu haben und das Blatt verbilligen zu können, entschloß man sich zur Einführung der Beilage. Diese ist an ein großes Inseratenbureau verpachtet, doch haben wir uns das Recht vorbehalten, alle Inserate zurückzuweisen, die sich nicht mit der Tendenz unserer Blätter vertragen. Das ist auch in umfangreicher Weise geschehen. Man kann aber oft genug nicht sofort feststellen, ob ein Inserat schwindelhaften Inhalt hat. Aehnliches passirt auch unseren Tagesblättern. Ich kann versprechen, daß in Zukunft Inserate wie die bemängelten nicht mehr aufgenommen werden. Was den Antrag 49 betrifft, so könnte es mir recht sein, wenn er angenommen würde, weil dadurch die Inseratenbeilage der „Neuen Welt" sanktionirt wird. Aber es ist fraglich, ob wir sie nächstes Jahr weiter führen können, denn der Pächter hat dieses Jahr sehr schlechte Geschäfte damit gemacht. Wenn wir den jetzigen Bezugspreis beibehalten wollen, müssen wir auch die Inseratenbeilage weiterführen, da wir sonst trotz der Verbilligung der Papierpreise wieder Defizit machen.

Es ist ein Antrag eingegangen, die Anträge 48 und 49 **dem Parteivorstand zur Erwägung** zu überweisen.

Weinschild-Offenbach: Weil man nicht unterscheiden kann, ob ein Inserat schwindelhaften Inhalts ist oder nicht, sind die Offenbacher der Meinung, daß wir beide Anträge ablehnen sollen. Da die „Neue Welt" auch bei den Frauen Interesse erregen soll, wäre es gut, wenn mehr als bisher Artikel über Hauswirthschaft, Krankenpflege, Kindererziehung &c. gebracht würden. Auch ein guter Theil der Bilder, die jetzt kommen, könnte ganz gut wegbleiben. Die Illustrationen der „Neuen Welt" sollen doch eine Art Anschauungsunterricht sein und so würde es sich empfehlen, Abbildungen von Brückenbauten, Maschinen und dergleichen zu bringen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und der Antrag, die Anträge 48 und 49 dem Parteivorstande zur Erwägung zu überweisen, zum Beschluß erhoben.

Sodann wird der Antrag 51 zur Debatte gestellt.

Hanisch-Randow-Greifenhagen bemerkt zur Begründung dieses Antrages, wer praktisch im Buchhandel thätig sei, müsse finden, daß die Parteischriften im Vergleich zu den Publikationen bürgerlicher Verleger viel zu theuer seien. Das sei besonders beim Arbeiter-Notizkalender der Fall, dessen Preis man ganz gut

herabsetzen könne, da ihn der „Vorwärts“ an die Kolporteure für 40 Pf. liefere. Was letztere dann einbüßen, wird ihnen durch größeren Absatz ersetzt. Einzelne Gewerkschaftsverbände geben ähnliche Kalender heraus, die sie für 50 Pfg. verkaufen, sodaß infolge dieser Konkurrenz der Absatz unseres Kalenders immer mehr abnehme. Die Inseratenblätter stören in der Mitte und sollen deshalb an den Schluß des Kalenders geheftet werden.

Es wird beantragt, den Antrag 51 dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Fischer-Berlin: Mehr Unrichtigkeiten wie der Vorredner kann man in weniger Worten eigentlich kaum vorbringen. Der Arbeiter-Notizkalender soll im Vergleich zu ähnlichen Publikationen aus bürgerlichen Verlagen zu theuer sein. So weit ich unterrichtet bin, giebt es keinen bürgerlichen Kalender in ähnlicher Ausstattung unter einer Mark (Sehr richtig!), unserer kostet nur 60 Pf.; die Auflage ist nicht gesunken, sondern, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, von Jahr zu Jahr gestiegen, die Inserate kommen dem Leser auch nicht in die Quere, sondern befinden sich am Schlusse des Kalendertextes. Vor einer Stunde haben wir lange darüber debattirt, wie das Defizit der „Neuen Zeit“ aus der Welt zu schaffen sei, und jetzt berathen wir darüber, wie wir dem Kalender zum Defizit verhelfen können. (Heiterkeit.) Der Antrag würde zur Folge haben, daß wir auf jedes Exemplar 5 Pf. daraufzahlen; unsere Parteilitteratur krankt überhaupt an den billigen Preisen, so daß wir den Kolporteuren nicht so viel bieten können. (Sehr richtig!) Die nothwendige Konsequenz davon ist, daß sie die Verbreitung der Parteilitteratur mehr und mehr einschränken, nur noch das beziehen, was die Genossen bei ihnen direkt bestellen, und sich Artikeln zuwenden, an denen sie mehr verdienen. Wollen Sie eine größere Verbreitung der Parteilitteratur erzielen, so müssen Sie Anträge auf Preiserhöhung stellen, damit die Kolporteure mehr verdienen. (Zustimmung.) Die Kalender verschiedener Gewerkschaften kosten allerdings nur 50 Pf., sie sind aber keine Konkurrenzunternehmungen gegen die Arbeiter-Notizkalender, sondern auf meinen Vorschlag im Anschluß an unseren Kalender herausgegeben. Daß die Gewerkschaften ihren Kalender billiger abgeben können, liegt auf der Hand; für sie sind die Kalender ein Agitationsmittel, das seinen Zweck erfüllt, wenn es in die Massen der Unorganisirten hinausdringt, um für die Organisation Propaganda zu machen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hiemit schließt die Debatte, der Antrag 51 wird abgelehnt.

Die Anträge 53 bis 55 werden gemeinsam berathen, Antrag 53 wird nicht begründet, Antrag 54 begründet

Kimmel-Hamburg: Die künstlerische Ausstattung der diesjährigen Mai-Zeitung hat wohl allgemein enttäuscht. Gerade bei der Mai-Zeitung, die doch in die Massen dringen soll, müssen wir auf die künstlerische Ausstattung den höchsten Werth legen. In Hamburg hat man in diesem Jahre Witze darüber gerissen. Man glaubte, der Löwe habe den Schnupfen bekommen infolge der schlechten Witterung. (Heiterkeit.) Der Verlag sollte sich in Zukunft Mühe geben, nur wirklich künstlerische Ausstattung der Zeitung zu bewirken.

Dikreiter-Ludwigshafen begründet den Antrag 55. In einer Zeit, wo man bestrebt ist, den Arbeitern das Kunstverständniß beizubringen, müssen wir dafür sorgen, daß unsere Erzeugnisse wirklich werthvoll sind. Leider bleiben dieselben aber hinter dem zurück, was sonst als Grundsatz aufgestellt wird, daß nämlich für die Arbeiter gerade das Beste gut genug ist. Unsere Mai- und Märznummern beweisen vielfach das Gegentheil. Die Ausstattung unserer illustrirten Festschriften ist durchaus keine gute. Gewiß kann der Verlag es nicht Allen recht machen, aber wenn er sich Mühe giebt, wird er auch geeignete Künstler finden und so das Kunstverständniß unter den Arbeitern fördern. Ich bitte Sie,

alle diese Anträge dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen, und ich habe den dringenden Wunsch, daß er sie auch wirklich berücksichtigt und nicht bei Seite legt.

Fischer-Berlin: Wenn ich nicht Fischer wäre, würde ich ähnlich geredet haben wie Kimmel. (Heiterkeit.) Ich gebe von vornherein zu, daß die äußere Gestaltung der Mai-Zeitung dieses Jahres dem Bedürfniß der Genossen nicht entsprochen hat und auch dem meinen nicht, aber so dürfen die früheren Mai-, Weihnachts- und März-Zeitungen nicht charakterisirt werden, wie es Dikreiter gethan hat, als ständen sie weit unter dem, was bürgerliche Verlage auf dem gleichen Gebiete leisteten. Unter diesen Publikationen des Verlags Vorwärts sind Leistungen, die sich dem Besten, was die moderne Kunst gibt, getrost an die Seite stellen können. (Sehr richtig!) Nun ist behauptet worden, der Verlag gebe sich nur nicht die rechte Mühe, um Schriftsteller und Künstler heranzuziehen. Nun, ich kann wohl sagen, daß ich manchmal die Rolle Bloch's, dessen hier so liebend gedacht wurde, gespielt, unsere Partei-Schriftsteller um Beiträge gedrängt und ihnen auf den Pelz gestiegen bin. Von den Malern und Zeichnern rede ich garnicht, die Zahl derer, die hierbei für uns in Betracht kommen, ist nicht sehr groß. Variationen desselben Gedankens, den ein Künstler einmal behandelt hat, muß er schon seines Ansehens wegen ablehnen, immer Neues und Besseres soll gefunden werden. Ist etwas Vortreffliches geleistet worden, so sucht man darüber hinauszukommen und dabei geräth man manchmal in die Brüche. Ich bestreite, daß der künstlerische Werth der Zeichnungen gegen früher zurückgegangen sei. In der Kunst sind ja verschiedene Meinungen möglich; die Einen sehen in der Sieges-Allee den Gipfel der Geschmacklosigkeit, die Anderen die Einleitung zu einer neuen Renaissance. (Heiterkeit.) In Berlin gibt es Leute, die in Anton v. Werner einen neuen Tizian sehen, in München wieder solche, die sagen, Werner ist gewiß ein Genie, aber kein Maler, er malt, wie man Stiefel schmiert. (Große Heiterkeit.) Für Diejenigen, die da meinen, daß das letzte Vollbild der Mai-Zeitung eine unkünstlerische Leistung sei, habe ich das Original der Zeichnung mitgebracht. (Das Bild wird ausgestellt.) Sie werden mit mir einig sein, daß hier einer unserer schönsten Gedanken einen künstlerisch vollendeten malerischen Ausdruck gefunden hat, das Sehnen und Ringen der Menschheit nach Erlösung und Freiheit, ihr Vertrauen in die Freiheit, wenn sie dann endlich in den Kerker eintritt und die Ketten löst. (Zustimmung.) Da sollte man nicht so generaliter aburtheilen, wie es hier geschehen ist. Die Einwände Kimmel's dagegen sind bezüglich äußerer Form berechtigt; auch in sozialdemokratischen Parteigeschäften geht es nicht immer so, wie es gehen sollte; hier haben Sie den ersten Probedruck und hier ist das Bild, wie es schließlich gebracht wurde; der Unterschied ist so auffällig, daß ich vor der Frage stand: soll ich die Mai-Zeitung zurückweisen und einen Prozeß wegen Entschädigung gegen die Druckerei anstrengen, die uns eine lange Reihe von Jahren vortrefflich bedient hat. Die Platten hatten sich unerklärlicher Weise gleich bei Beginn des Druckes stark abgenutzt. Die Anstalt, die sie geliefert und die das Beste sonst leistet, erklärt auf unsere Anfrage, sie habe das Beste gethan, was sie thun konnte, aber manchmal sei die Komposition des Metalls derart, daß es keinen starken Druck aushalten könne. Die zweiten Galvanos, die wir sofort bestellten, fielen ebenso aus. Schließlich wurde das Original genommen, das auch verdorben wurde. So litt die Herstellung der diesjährigen Mai-Zeitung unter einer Reihe von Mißhelligkeiten, die Keiner voraussehen und Keiner ändern konnte. Von Ihrer Parteisolidarität erwarte ich, daß Sie alle diese Umstände berücksichtigen und darnach Ihr Urtheil fällen werden. (Beifall.)

Grünwald-Hamburg: Die letzte Nummer der Maifest-Zeitung war unter aller Kritik. Fischer hätte nur das derbe Urtheil in unserer Mitgliederversammlung hören sollen. Die Frauengestalt, die die Freiheit vorstellen soll, sieht ganz so aus wie ein Weib mit langem Bart. (Heiterkeit.) Das „Goldene Kalb“

auf dem Bilde kann man für eine Art Gemse halten. (Heiterkeit.) Künftig werden die Hamburger die Waare erst besehen, bevor sie sie kaufen.

Kiesel-Berlin: Nachdem Freund Fischer selbst erklärt hat, daß er mit der Ausführung der Mai-Zeitung auch nicht einverstanden sei, ist die Sache eigentlich erledigt. An faulen Witzen über das Bild hat es in Berlin auch nicht gefehlt. Die Mittelfigur sieht aus wie ein Pfahl mit einem Kopfe darauf. (Heiterkeit.) In früherer Zeit hat sich Fischer alle erdenkliche Mühe gegeben. Wir hatten wunderbare Zeichnungen zum ersten Mai, die von den Genossen als Modell für lebende Bilder benutzt werden konnten. Die Arbeiter sind auch die alten Bahnen gewöhnt. Die neue Kunst begreifen sie nicht ohne weiteres: sie darf daher nicht sofort in großem Umfange eingeführt werden.

Ein Schlußantrag, den Naith begründet und Ledebour bekämpft, weil er nachweisen wolle, daß die Schuld für das letzte Maibild nicht auf das Konto der modernen Kunst komme, wird angenommen.

Singer: Die Anträge 53, 54 und 55 wollen dasselbe, sie drücken den Wunsch aus, daß die Kunsterzeugnisse unserer Verlage in möglichster Vollendung geliefert werden. Ich schlage vor, in diesem Sinne zu beschließen und so die drei Anträge zu erledigen.

Der Parteitag beschließt dementsprechend. Die weiteren Verhandlungen werden auf Nachmittag vertagt.

Singer verliest das Protokoll der Feststellung des

Wahlergebnisses für den Parteivorstand und die Kontrolleure.

Abgegeben wurden 177 Stimmzettel, von denen 10 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als neun Namen verzeichnet waren. Für den **Parteivorstand** wurden abgegeben: Bebel 176, Singer 175 als Vorsitzende, Gerisch als Kassirer 175, Pfannkuch 177 und Auer 174 als Sekretäre. Außerdem haben erhalten Rosa Luxemburg und Mehring als Vorsitzende je 1 Stimme, H. Braun und R. Fischer als Kassirer je 1 Stimme und Paul Hoffmann 1 Stimme als Sekretär. Als **Kontrolleure** wurden gewählt: Meister mit 162 Stimmen, Kaden 155, Ehrhart 147, Brühne 146, Bock 143, Koenen 139, Zetkin 133, Geck 109 und Pfarr-Berlin 103 Stimmen. Ferner erhielten Stimmen als Kontrolleure v. Vollmar 84, David 72, v. Elm 41, Meist, Hoffmann und P. Müller je 3 Stimmen, Antrick, Ledebour und Zubeil je 2 Stimmen, Molkenbuhr, Segitz, Bohne, Leyendecker und Lindemann je 1 Stimme.

Singer ersucht die Kontrollkommission, sich sofort zu konstituiren und ihrerseits bekannt zu geben, wen sie als Beisitzer für den Parteivorstand wähle, eine Wahl, die auf Grund des Organisationsstatuts vorzunehmen ist.

Eine Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 2½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer theilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituirt und Meister zum Vorsitzenden gewählt hat. Als Beisitzer für den Parteivorstand sind von der Kontrollkommission Eberhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin gewählt.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Zur Berathung kommt zunächst der Antrag 94.

Emmel-Mülhausen begründet den Antrag: Das deutsche Reichs-Preßgesetz ist zwar im Allgemeinen im Elsaß eingeführt, aber die Bestimmung, daß Kautionen für politische Blätter gestellt werden müssen, ist beibehalten. Man will dadurch die Entstehung von Arbeiterblättern hindern. Eine Unterdrückung auf Grund des Diktaturparagraphen ist jetzt nicht mehr möglich. Die Gefahr, auf diese Weise ein Blatt zu ruiniren, ist also beseitigt. Es handelt sich bei unserem Antrage nicht um eine Subvention im gewöhnlichen Sinne, sondern

darum, daß wir einen Ausnahmezustand bekämpfen. Der Kampf gegen Ausnahmebestimmungen darf nicht nur theoretisch geführt werden, sondern hier muß die Partei uns praktisch unterstützen, damit wir den übrigen Preßorganen Elsaß-Lothringens gleichgestellt werden. Es wurde gesagt, daß die Geldstrafen, Prozeßkosten u. s. w. von der Kaution in Abzug gebracht werden. Das ist richtig, aber bisher hat doch die Partei die Genossen, die zu Geldstrafen u. s. w. verurtheilt waren und sie nicht selbst aufbringen konnten, noch nie im Stich gelassen. Auch die Behauptung, aus der Kaution werde sich mit der Zeit eine Subvention entwickeln, kann nicht als stichhaltig gelten. Die unterdrückte „Volks-Zeitung" in Mülhausen, die seiner Zeit dem Diktaturparagraphen zum Opfer fiel, hat einen ganz anständigen Abonnentenstand gehabt. Wenn wir, wie zu hoffen ist, dieselbe Abonnentenzahl erreichen, so können wir wohl existiren. Nun ist es ja für den Parteitag schwierig, über so große Summen zu beschließen. Ich habe deshalb nach Rücksprache mit mehreren Genossen den Antrag so gestellt, daß unser Wunsch dem Parteivorstande zur erneuten Erwägung überwiesen werden möge.

Gerisch: Der Wunsch der Mülhauser Genossen ist an sich sehr begreiflich. Die Gesammtpartei hat aber früher vielfach schon Opfer gebracht, um in Mülhausen ein Blatt aufrecht zu erhalten. Es ist aber nicht gelungen, dort ohne Subvention eine Zeitung zu erhalten. Jetzt bestehen nun in Elsaß-Lothringen zwei Blätter, in Mülhausen und Straßburg, die wahrscheinlich beide subventionirt werden müssen. Es würde sich für die beiden Blätter um 40 000 M. handeln. Wir können nicht so große Summen festlegen, ohne darüber disponiren zu können. Nicht die niedrige Verzinsung, sondern nur die Unmöglichkeit, über diese Summen zu verfügen, zwingt uns, an Sie das Ersuchen zu stellen, den Antrag rundweg abzulehnen.

Der Antrag (94) wird abgelehnt.

Damit ist die Gruppe der auf die Presse bezüglichen Anträge erledigt. Es folgen die Anträge zur **Agitation**.

Antrag 28 wird der Parteileitung zur Kenntnißnahme überwiesen.

Antrag 29 sowie alle übrigen auf die Agitation gegen das Zentrum bezüglichen Anträge werden durch das Referat Bebel's zur Reichstagswahl und die daran anknüpfende Diskussion für erledigt erklärt.

Antrag 30 wird ebenfalls durch die früher gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Antrag 31 wird von Heymann-Breslau zurückgezogen in der Erwartung, daß der Vorstand den Antrag in den Kreis seiner Erwägungen ziehen werde. (Heiterkeit.)

Antrag 56 findet nicht die genügende Unterstützung, ebenso wenig Antrag 67.

Antrag 68 wird durch die anderen Beschlüsse für erledigt erklärt, die Anträge 69, 70 und 71 handeln von einem sozialdemokratischen Handbuch für Reichstagswähler.

Singer: Soweit ich mich erinnere, sind vor jeder Reichstagswahl solche Handbücher erschienen. Es fragt sich nur, ob die nöthige Zeit dazu bleibt, andererseits haben wir in dem Schippel'schen Handbuch geistiges Material. Der Vorstand hat die Frage bereits ventilirt; wenn irgendwie die Möglichkeit vorhanden ist, wird das Handbuch herausgegeben werden. Ich empfehle alle diese Anträge dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Frankfurt a. M. beantragt, die Anträge dem Vorstande und der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. So wird beschlossen.

Antrag 90 wird ohne Debatte abgelehnt.

Damit sind die auf die Agitation bezüglichen Anträge erledigt.

Singer: Wir kommen zur Gruppe derjenigen **Anträge**, die sich auf die **Alkoholfrage** beziehen. Es sind dies die Anträge 40, 41, 88a, 105, 120 und 121. Die Unterstützungsfrage wird gemeinsam gestellt, alle Anträge werden genügend unterstützt. Die **Resolution** 121 ist dahin abgeändert, daß nicht Uebergang zur Tagesordnung beantragt, sondern daß die die Alkoholfrage betreffenden Anträge **für erledigt** erklärt werden. Auf Vorschlag von Singer werden alle diese Anträge von einem Redner begründet.

Wolf-Bochum: München ist vielleicht nicht der geeignete Boden für die Berathung der Alkoholfrage. Aber wir müssen der Frage doch mindestens insoweit näher treten, als wir die Presse veranlassen, ihr mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Wir Alle wissen, welcher Schaden der übermäßige Alkoholgenuß der Arbeiterklasse zufügt und wie schwer es ist, die Arbeiter in den Gegenden, wo der Alkoholismus stark verbreitet ist, aufzuklären. Völlige Abstinenz predigen wir nicht. Die Thatsache, daß der Parteitag im vorigen Jahre den Antrag, den Alkoholismus auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt hat, hat viele Arbeiter, die dem Laster ergeben waren, noch darin bestärkt.

Blos-Leipzig: Damit auch Jemand etwas **dagegen** sagt, will ich trotz der vorgerückten Zeit einige Worte sprechen. Ich glaube nicht, daß der Vorredner hier in München eine Bresche geschossen hat. Dazu waren seine Ausführungen nicht angethan. Ich möchte auf die Konsequenzen aufmerksam machen, die eine Annahme dieser Resolution haben könnte. An sich sehen die Anträge und Resolution ganz harmlos aus. Es scheint so, als wollte man nur die Partei-Redakteure verpflichten, hier und da einen Leitartikel über die Schäden des Alkoholismus zu schreiben. Die wahren Absichten, um die es sich handelt, aber gehen z. B. aus dem „Korrespondent der Abstinenten" hervor, den man uns gütigst unter unsere Papiere befördert hat. Es hat auf mich einen merkwürdigen Eindruck gemacht, daß die Agitation gegen den Alkoholismus plötzlich mit gar so fürchterlichem Eifer betrieben wird, gerade als hätten wir gegenüber dem Kapitalismus und Militarismus nichts Anderes mehr zu thun. Es ist auch historisch noch garnicht erwiesen, daß der Alkoholismus in unserer Zeit zugenommen hätte. (Sehr richtig!) Es ist ja so billig, wenn die Alkoholgegner nach berühmtem Muster jeden Widerspruch als unwissenschaftlich bezeichnen. Es sieht aber auch nicht gerade wissenschaftlich aus, wenn man hier neue Heilige zu schaffen sucht und einzelne Parteigenossen als Vorbild für Ihren Lebenswandel empfiehlt. Es kann uns ganz gleichgültig sein, ob ein Parteigenosse sich des Alkohols enthält oder nicht. Wir wollen es in dieser Sache wie bei der Religion halten und wollen auch den Alkoholgenuß zur Privatsache erklären. (Sehr gut!) Wenn man von vornherein gemeint hat, die Kritik könne nur in schlechten Witzen bestehen, so ist das ein großer Irrthum. Wir Alle sind ja der Meinung, daß der Alkohol, im Uebermaß genossen, Schaden anrichtet. Aber das Uebermaß ist hier ein sehr relativer Begriff. (Sehr richtig!) Man müßte doch eine Grenze bestimmen, bei der die Gefährlichkeit eigentlich beginnt. Es wird auch sehr viel von sogenannten Trinksitten und einem Trinkzwang gesprochen. Etwas Derartiges besteht meines Wissens nur bei dem deutschen Studententhum. Daß unter den klassenbewußten Arbeitern ein Bierkomment existirte, habe ich in meiner dreißigjährigen Parteithätigkeit noch nicht bemerkt. (Sehr richtig!) Der Zusammenhang zwischen dem Alkoholismus und den wirthschaftlichen Verhältnissen ist einleuchtend, und wenn immer darüber gejammert wird, daß die Arbeiter so viel geistige Getränke konsumiren, so beweisen die Haushaltungsbudgets, daß die Arbeiter für den Alkohol verdammt wenig übrig haben. So schlimm wie es dargestellt wird, ist die Sache nicht. Ich mache aber auf die Konsequenzen aufmerksam. Im „Korrespondent der Abstinenten" heißt es in einem Aufsatz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, daß da nur die völlige Abstinenz hilft und daß diese nur durchgeführt werden könne in engster Verbindung mit der Enthaltung vom Alkoholgenuß. Sehen Sie, das wäre schon ein anderer Weg

auf dieser Bahn. Es würde dadurch in die persönliche Freiheit des Einzelnen eingegriffen wie sonst in keiner anderen Partei. Es bedeutete das einen Rückschritt in die Zeiten der Ritterorden des Mittelalters, die Armuth, Keuschheit, Mäßigkeit und den Kampf gegen die Abergläubigen auf ihre Fahne geschrieben hatten. Die Empfehlung von Trinkerasylen und dergleichen wird die Regierungen ermuntern, auf der Bahn reaktionärer Maßnahmen fortzuschreiten. Man bilde sich doch nicht ein, daß sich auf diesem Gebiete durch Zwang etwas erreichen läßt. Das kann man jedem Einzelnen überlassen. Wir dürfen aber auch unsere Redakteure nicht zwingen, gegen ihre Ueberzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. (Sehr wahr!) Denken Sie einmal, daß bei uns im Süden, wenn der Herbst kommt und die Winterfeste stattfinden, wo Alt und Jung heiter ist und wo auch der Aermste sich ein Vergnügen leisten kann, da kommt es natürlich vor, daß auch mal eins über den Durst getrunken wird, aber ein Verbrechen ist das nicht, da kann Alles vergnügt sein, nur der Parteisklave muß nach Hause gehen und eine Fastenpredigt über Alkoholismus schreiben. (Heiterkeit.) Der arme Teufel kann mir leid thun. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Pfannkuch: Genosse Meister lächelt mich so freundlich an, er denkt, daß ich nach meinem Rath beim Fest im Hackerbräukeller, fleißig zu trinken, nicht der richtige Mann für diese Frage sei. Das soll mich aber nicht abhalten, den Antrag 107 in Verhinderung Fischer's zu vertheidigen. Bisher schon hat die Sozialdemokratie durch ihre Wirksamkeit vielfach zur Verbesserung der Sitten im Lande beigetragen. (Sehr richtig!) Ihre öffentliche Thätigkeit wirkt wesentlich auf eine Verminderung der Rohheit und der Rohheitsdelikte ein. Das erkennen auch die Gegner an. In den Gegenden, wo die Sozialdemokraten dominiren, ist ein wesentlicher Rückgang aller Arten von Verbrechen zu verzeichnen. So hat die Sozialdemokratie auch eingewirkt auf die Eindämmung des unsinnigen Genusses alkoholischer Getränke. Blos hat mit Recht hervorgehoben, daß das Bestreben der Alkoholgegner darauf ausgeht, uns die Abstinenzbewegung aufzuhalsen. (Sehr richtig.) Dazu fühlt die deutsche Sozialdemokratie weder Beruf noch Neigung. Die Alkoholfrage ist keine Parteifrage, sondern Privatsache. Wir erkennen an, daß der übermäßige Alkoholgenuß schädlich ist und so wie wir ihn bisher bekämpft haben, wollen wir ihn auch weiter bekämpfen. Es handelt sich um eine hygienische Frage, die auf einen Kongreß von Fachleuten gehört. Die ursprüngliche Schärfe ist der Resolution Fischer dadurch genommen, daß nicht über die Anträge zur Tagesordnung übergegangen, sondern daß sie für erledigt erklärt werden. Mit diesem Entgegenkommen sollten sich die Abstinenten zufrieden geben. (Bravo!)

Eberhard-Forst schließt sich dieser Ansicht an und bedauert, daß manche Abstinenten auf die Partei schimpfen und behaupten, daß sich die Partei mit der Alkoholfrage nicht befassen wolle. Von Niemand wird der übermäßige Alkoholgenuß so bekämpft wie von der Sozialdemokratie. In der Lausitzer Webergegend, wo an den blauen Montagen und Dienstagen vor 5—6 Jahren noch sehr viel Schnaps getrunken wurde, ist jetzt, wo die Arbeitszeit beschränkt ist und die Sozialdemokratie Boden gewonnen hat, der Schnapsgenuß sehr zurück gegangen. In der gestrigen Abstinentenversammlung wurde bereits angeregt, auch die Tabaksfrage auf die Tagesordnung zu setzen. (Hört!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Braun-Nürnberg begründete und Ehrhart-Ludwigshafen bekämpfte, wird angenommen.

Die Abstimmung über die Resolution Fischer (121) erfolgt auf Antrag Keil-Stuttgart abschnittweise. Die Resolution wird in Absatz 1 und 4 mit übergroßer, in Absatz 2 und 3 mit etwas geringerer Mehrheit und schließlich als Ganzes mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Es folgen die sonstigen Resolutionen. Resolution 84 wird zu Gunsten der Resolution 100 (Wehl) zurückgezogen. Weiterhin wird Resolution 85 zu Gunsten der Resolution 128 (Luxemburg) zurückgezogen. Resolution 87 (Erb-Hamburg) wird dem Parteivorstand überwiesen als Material zur Vorbereitung der Vorlage über die Gemeindepolitik, die einem der nächsten Parteitage vorgelegt werden soll. Zur Debatte stehen die genügend unterstützten Resolutionen 96, 100, 116, 125 und 128.

Die Resolution 96 begründet

Paul Hoffmann-Hamburg: Es ist in den letzten Jahren eine Vereinsmeierei entstanden, die der Partei nicht nur Geld, sondern auch Kräfte entzieht; vor Allem gilt das für Skatklubs und Landsmannschaften. Man hat sogar Klubs der Arbeitsscheuen gegründet (Heiterkeit), um den zu suchen, der die Arbeit erfunden hat. Andere Vereine bilden sich zur Bekämpfung des Alkohols, zur Propaganda des Vegetarismus u. dergl. Dem muß mal entgegengetreten werden. Bei uns in Hamburg wurden zur Zeit des Sozialistengesetzes weit höhere Summen aufgebracht als heute, wo die Arbeiter für alle diese Vereine Beiträge leisten. Zu Puritanern will ich die Genossen natürlich nicht machen, sondern sie nur an ihre Parteipflicht erinnern.

Windhoff-Düsseldorf bittet den Antrag abzulehnen, da sonst auch Genossen aus Arbeiter-Gesangvereinen, Turn- und Radfahrervereinen austreten müßten. Diese Vereine schädigen die Bewegung nicht, es wäre sogar zu wünschen, daß in jeder Straße eine kleine Anzahl Vereine sind, denn auch da werden unsere Ideen propagirt.

Metzger-Hamburg erwidert Hoffmann, daß der Klub der Arbeitsscheuen in Hamburg nur ein Ulkverein ist. Er ist in einer Bierlaune von einigen Kaufleuten gegründet worden.

Hoffmann-Hamburg bemerkt, daß es ihm natürlich fernliege, den Klub der Arbeitsscheuen mit Arbeiter-Gesang- und Turnvereinen auf die gleiche Stufe zu stellen.

Hiermit schließt die Debatte. Die Resolution 96 wird abgelehnt.

Zur Begründung der Resolution 100 bemerkt

Frau Wehl-Berlin: Die Forderung der Resolution ist so selbstverständlich, daß ich auf die Begründung verzichten und Sie um einstimmige Annahme bitten kann. (Bravo!)

Die Resolution 100 gelangt einstimmig ohne weitere Debatte zur Annahme.

Die Resolution 116 bgründet

Schmidt-Frankfurt a. M.: Unsere Fraktion hat recht daran gethan, daß sie bei der Berathung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung gegen die fakultative Einführung der Proportionalwahl für die Gewerbegerichte stimmte und die obligatorische Einführung forderte. Es giebt eben in unseren Reihen noch Gegner des Proportional-Wahlsystems. Ich halte es für unzulässig, daß einzelne Genossen gegen die Proportionalwahl eifern. Das muß der Parteitag mißbilligen und gleichzeitig bürgerlichen Angriffen gegenüber das Verhalten der Fraktion billigen. In Frankfurt haben wir das Proportional-Wahlsystem für die Gewerbegerichte eingeführt, wir werden dadurch einige Arbeitnehmer-Sitze verlieren, aber Arbeitgeber-Sitze gewinnen. Stimmen Sie der Resolution zu, damit unsre Gegner nicht sagen können, wir behalten unser Programm in der Tasche.

Pfannkuch: Ich weiß nicht, ob es zweckdienlich ist, das, was schon in unserem Programm ausgesprochen ist, noch einmal in einer Resolution zu fordern. Das halte ich für überflüssig, wir haben unsere Kraft zunächst daran zu setzen, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten und den Gemeinden zu fordern. Später wird man dann die Einführung des Proportional-Wahl-

systems in die Wege leiten können. Wo dies Wahlrecht sich ermöglichen läßt, wird unsere Partei sich dem natürlich nirgends widersetzen. (Sehr richtig!) Auch ich halte mit Schmidt-Frankfurt die Vertretung der Minoritäten für ein völlig berechtigtes Verlangen. Gegen die obligatorische Einführung des Proportional-Wahlsystems bei den Gewerbegerichten wäre selbstverständlich kein Wort zu verlieren gewesen, aber wir brauchen nicht nachgiebig und großherzig bei Seite zu stehen, wo andere Parteien auf Grund des Proportional-Wahlsystems Nutzen haben würden. Wir verlangen das Proportional-Wahlsystem für all' und Jeden, dazu ist aber im Augenblick die Zeit noch nicht gekommen. Ich bitte Sie, die Resolution 116 abzulehnen.

Engler-Freiburg bittet um Annahme der Resolution. Es ist eben nicht bei allen Genossen selbstverständlich, daß sie für die Forderungen unseres Programms eintreten. (Pfannkuch ruft: Das ist sehr schlimm!) In vielen Arbeiterkreisen herrscht noch sehr wenig Verständniß für das Proportional-Wahlsystem. Auf der anderen Seite wird es oft sehr schwer empfunden, daß wir trotz sehr starker Minoritäten keine Vertretung in den Gemeinde-Körperschaften haben. Die Einführung dieses Wahlsystems für die Gemeinden wird den Arbeitern nach und nach vertraut machen mit der Forderung dieses Systems auch für andere Körperschaften.

Krause-Chemnitz: Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß diese Resolution abzulehnen ist. Wenn aus Frankfurt und Süddeutschland betont wird, daß wir das Proportional-Wahlsystem einführen müßten, so geschieht das, weil man dort mehr als anderswo den Standpunkt der Parität eingenommen hat. Es mag dem Antragsteller bei seiner Resolution vorgeschwebt haben, daß man in Berlin das Proportional-Wahlsystem abgelehnt hat, das ist aber nicht maßgebend.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Schöpflin-Leipzig befürwortet, von Eduard Schmid-München bekämpft, wird angenommen.

Die Resolution 116 wird abgelehnt.

Es folgt die Berathung der Resolution 128. (Im zweiten Absatz Zeile 7 sind die Worte „wie ein Mann erheben wird" ersetzt durch „einmüthig zusammenfindet".)

Singer: Die Antragsteller haben es mir nahegelegt, den Parteitag aufzufordern, diese Resolution als Manifestation gegen die zarische Brutalität zur Ehre und Bewunderung unserer russischen Genossen einstimmig ohne Debatte anzunehmen. (Lebhaftes Bravo!) Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, ich konstatire die einstimmige Annahme der Resolution. (Lebhafte Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Berathung des Antrages 125 erklärt **Singer**: Der Antrag trägt im Gegensatz zu unserer sonstigen Gepflogenheit die Unterschriften aller Antragsteller. Das ist deshalb geschehen, damit die Genossen sehen, daß er von den in Berlin domizilirenden Partei-Instanzen sowohl wie von der Kontrollkommission in Uebereinstimmung mit den Berliner Genossen gestellt ist.

Zur Begründung erhält das Wort

Wolderski-Berlin: Ich bitte Sie um Annahme des Antrages; es handelt sich zwar um eine spezielle Berliner Lokalangelegenheit, aber da es ein Parteitag, der zu Erfurt, war, wo der Ausschluß Wildberger's erfolgte, so muß auch die höchste Instanz eines Parteitages diesen Beschluß wieder aufheben, wenn der richtige Zeitpunkt dazu gekommen ist. Ueber 10 Jahre sind nun seit dem Ausschluß verflossen. Wildberger, der außerhalb der Partei gestellt ist, hat sich immer mit ganzem Herzen mit der Partei identifizirt. Im Streit der Meinungen sind damals die Entgleisungen geschehen, der Selbsterhaltungstrieb der Partei machte damals ein rücksichtsloses Vorgehen nötig. Inzwischen hat eine Reihe von Parteigenossen, die nach Erfurt bei Seite traten, wieder Frieden mit der

Partei gemacht. Jetzt sollten wir auch Wildberger's Rückkehr nicht erschweren. Seine Familienangehörigen empfinden es als eine Aechtung, daß er ausgeschlossen ist. Stimmen Sie deshalb unserem Antrage zu. (Lebhafte Zustimmung.)

Schmalfeld-Bremerhafen: Der Antrag weckt bei uns Erinnerungen, die nicht gerade erfreulicher Natur sind. Eben war das Sozialistengesetz gefallen, die Partei formirte sich auf's Neue und sofort setzte eine bedeutende Opposition ein. Da war die Erregung der Partei mehr als natürlich. Hunderte und Aberhunderte von Menschen hatten sich während des Sozialistengesetzes zu Polizeispitzeldiensten hergegeben und für Judaslohn ihre Gefährten verrathen. Da hatte die Partei alle Ursache, auf der Hut zu sein. Da ist es erklärlich, daß die Opposition der sogenannten „Jungen" nicht mit der Ruhe behandelt wurde, wie wir sie heute behandeln würden. Den „Jungen" muß es unter allen Umständen zu gute gerechnet werden, daß sie das Gute für die Partei wollten und daß böse Absichten bei ihnen nicht vorgelegen haben. Für die Partei aber galt es, die Truppen zu sammeln und es durfte keine Störung geduldet werden. Zu ungelegener Zeit erhob die Opposition ungerechtfertigte Angriffe gegen die Partei. Auch wir litten damals an hochgradiger Nervosität, die nicht nur die Jungen, sondern auch andere Parteigenossen, wenn sie Opposition machten, sofort zu spüren bekamen. Auch mir erging es so. Kaum war ich aus Erfurt zurückgekommen, da wurde im Hamburger Partei-Organ die Frage erörtert, ob ich wirklich noch in der Partei bleiben könne. Was das heißt, wird Jeder fühlen, der innig mit der Partei verwachsen ist, mit allen Fasern an ihr hängt, und alles für sie geopfert hat. Ihm kann nichts Schlimmeres passiren, als wenn er infam aus der Partei ausgeschlossen wird. Inzwischen hat sich Manches gemildert. Die Partei der Brüderlichkeit sollte auch die Partei sein, die vergeben und vergessen kann. (Bravo!) Elf Jahre stehen die damals Ausgeschlossenen außerhalb der Partei und das ist eine schwere Strafe gewesen. Deshalb sollten wir nicht blos Wildberger wieder aufnehmen, sondern reine Arbeit liefern und den Beschluß vom 21. Oktober 1891, so weit er sich auf die Jungen bezieht, aufheben. Damit wäre die Bahn auch für die übrigen frei gemacht. (Bravo!) Dieses Beschlusses haben wir uns nicht zu schämen, es ist ein hochherziger Beschluß, der uns Allen zur Ehre gereicht. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird der Antrag Schmalfeld ohne weitere Debatte mit großer Mehrheit angenommen. (Bravo!)

Es folgt die Berathung derjenigen Anträge, die sich auf die **Tagesordnung des nächsten Parteitages** beziehen; die Anträge 77 bis 79 sind bereits durch den in der Alkoholfrage gefaßten Beschluß erledigt, Antrag 80 wird nicht unterstützt, Antrag 107 ist zurückgezogen. Es bleiben noch übrig die genügend unterstützten Anträge 118 und 124. Den Antrag 118 begründet

Schulz-Magdeburg: Die Nothwendigkeit des Antrages ergiebt sich aus dem Schicksal der Resolutionen Molkenbuhr und Lindemann auf diesem Parteitage. Es handelt sich bei den Referaten meist um Fragen, über die die Ansichten nicht geklärt sind. Wer sich informiren will, der kann das nicht, wenn die Resolutionen erst auf dem Parteitage vertheilt werden. Die Resolutionen müssen eher im Wortlaut veröffentlicht werden. Große Arbeit erwächst den Referenten daraus nicht, denn sie haben doch ihre Reflektionen gewöhnlich schon lange vor dem Parteitage fertig. Daß oft die Ansichten erst auf dem Parteitage selbst geklärt werden, trifft nicht ohne Weiteres zu, denn der Referent, da er sein Material durchgearbeitet hat, ist sich doch auch klar über das, was er will. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. Sollten Sie den weitergehenden Antrag 124 an-

nehmen wollen, so bin ich bereit, meinen Antrag zu Gunsten des Antrages 124 zurückzuziehen.

Pfannkuch-Berlin: Wir erkennen den Grundgedanken der Anträge 118 und 124 als berechtigt an. Aber die Annahme dieser Anträge würde nichts Wesentliches an den bestehenden Zuständen ändern können. Die Resolutionen zu den einzelnen Referaten müssen der Parteileitung, dem Parteivorstand und der Kontrollkommission vorher unterbreitet werden. Diese Körperschaften aber können doch nicht zu jeder beliebigen Zeit zusammentreten. Es geht also unter Umständen nicht Alles so glatt, wie sich die Antragsteller es denken. Noch schlimmer als mit dem Antrag 118, dessen Forderungen, so weit möglich, schon jetzt erfüllt werden, steht es mit dem Antrag 124 von Lily Braun. Die Unmöglichkeit dieses Verlangens will ich an einem konkreten Beispiel erklären. Sie haben mit Recht dem ausgezeichneten Referat Molkenbuhr's die höchste Werthschätzung erwiesen und beschlossen, es im Druck erscheinen zu lassen. Molkenbuhr ist neben seiner parlamentarischen Thätigkeit, die ihn außerordentlich in Anspruch nimmt, auch durch seine Agitationsthätigkeit sehr beschäftigt. Es würde ihm gewiß die Zeit gemangelt haben, sein Referat vorher druckfertig auszuarbeiten und uns einzusenden. Wir mußten damit zufrieden sein, daß wir die Resolution mit dem Grundgedanken seines Referats von ihm eingesandt erhielten. Aehnlich wird es auch in anderen Fällen liegen. Wenn die Anträge 118 und 124 der Parteileitung zur Beachtung empfohlen werden, so glaube ich, wird auch den Antragstellern Genüge geschehen sein.

Singer bemerkt, daß Antrag 124 jetzt noch nicht zur Debatte steht. Antrag 118 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Antrag 124 begründet

Frau **Lily Braun**: Den Ausführungen des Genossen Schultz kann ich mich vollständig anschließen; der Verwirklichung meines Antrages stehen keine Schwierigkeiten entgegen. Ich will ja nur, daß Referate, die prinzipielle Fragen betreffen, vorher gedruckt werden, wie es auf wissenschaftlichen Kongressen und bei unserer italienischen Bruderpartei der Fall ist. Alle Referate können natürlich nicht vorher gedruckt sein, aber bei wissenschaftlichen Fragen von prinzipieller Bedeutung ist das wohl möglich. Ich will meinen Antrag dahin abändern, daß ich von der Veröffentlichung des Wortlautes der Referate absehe und mich mit der Veröffentlichung der Grundzüge begnüge.

Pfannkuch: Der Begriff, was eine prinzipielle Frage ist, ist nicht immer festzustellen und organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung gibt es überhaupt nicht. Ich glaube, Sie können sich damit begnügen, den Antrag dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Frankfurt a. M. tritt für den Antrag ein. Die vorherige Veröffentlichung der Grundzüge der Referate werde zu einer Diskussion in der Presse Veranlassung geben und eine Klärung der Ansichten herbeiführen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag 124 in der von der Antragstellerin in ihrer Begründung angeregten abgeänderten Fassung, wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgen die Anträge über

Zeit und Ort des nächsten Parteitages.

Hierzu liegen vor die Anträge 83a (Parteitag des nächsten Jahres in Mitteldeutschland) und 97. Nur der erstere findet die nöthige Unterstützung.

Dr. **Borchardt**-Charlottenburg begründet 83 a. Nachdem der vorige Parteitag in Norddeutschland und der diesmalige in Süddeutschland stattgefunden haben, glauben wir, daß nun Mitteldeutschland an die Reihe kommen muß. (Zustimmung.) Im Besonderen wären wir für Sachsen, vorausgesetzt, daß keine polizeilichen Schwierigkeiten vorhanden, sonst schlagen wir Magdeburg vor.

Ebert-Bremen wendet sich gegen den Antrag. Die Hauptsache sei, daß der vorgeschlagene Ort alle Einrichtungen besitze, um die Geschäfte des Parteitages glatt erledigen zu können.

Seifert-Mannheim tritt für Mannheim ein, wenn nicht diesmal, dann das nächste Mal. (Heiterkeit.)

Singer stellt nunmehr auch die Anträge 72—76, 104, 117, 129 zur Debatte. 72 (Kottbus), 73 (Stettin), 104 (Bielefeld) finden nicht die erforderliche Unterstützung; 74 empfiehlt Bremen, 75 Mannheim, 76 Dresden, 117 Jena und 129 Leipzig.

Leber-Jena: Nach Bremen können wir im nächsten Jahre nicht gehen, nachdem erst der vorjährige Parteitag in Lübeck stattgefunden hat. Was Dresden anlangt, so weiß ich nicht, ob wir dort so ungehindert, wie es nothwendig ist, tagen können. Wir haben nun den Gedanken gefaßt, daß der Parteitag auch einmal in Jena stattfinden könnte. Jena ist nicht mehr das Philisterneſt wie früher (Heiterkeit.) Für Quartier u. s. w. wird genügend gesorgt sein.

Zubeil-Berlin: Wir sind der Meinung, daß wieder einmal das Centrum Deutschlands an die Reihe kommen muß, wohin auch die ärmeren Kreise wegen der weniger langen Eisenbahnfahrt Delegirte entsenden können. Die Bedenken, daß in Dresden polizeiliche Eingriffe zu befürchten seien, kann ich nicht theilen. Die Zeiten haben sich geändert. Bedenken Sie, daß wir früher auch in Bayern keinen Parteitag abhalten konnten. Jetzt würde selbst Mecklenburg uns keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

Ebert-Bremen: Ich bitte Sie dringend, der Einladung der Bremer Genossen Folge zu leisten, wir haben Sie schon mehrmals eingeladen, leider vergebens. Wir haben ja in Bremen heute eine geordnete Parteibewegung, aber doch einen sehr schwierigen Stand. Deswegen ist uns jede Unterstützung unserer Agitation willkommen. Der Beschluß, den nächsten Parteitag in Bremen abzuhalten, würde die Bremer Genossen veranlassen, Alles zu thun, um bei der nächsten Reichstagswahl das Mandat wieder zu erobern, so daß zum Parteitag die rothe Fahne über Bremen weht. Auch die geographische Lage Bremens ist durchaus nicht ungünstig. Bremen hat als der bedeutendste Auswanderungshafen (Große Heiterkeit) vorzügliche Eisenbahnverbindungen. Von Bremen aus werden die Genossen die beste Gelegenheit haben, den internationalen Kongreß in Amsterdam zu besuchen. (Heiterkeit.) Auch polizeiliche Eingriffe haben wir in Bremen nicht zu besorgen.

Sindermann-Dresden tritt für Dresden ein. Vereinsgesetzliche Schwierigkeiten seien nicht zu befürchten, Dresden liege geographisch sehr günstig, so daß es auch aus dem Osten beschickt werden könne. Die Genossen hätten in diesem Jahre die Vorzüge des Münchener Bieres kennen gelernt, sie könnten auch die des Bliemchenkaffees kennen lernen. (Heiterkeit.)

Beyer-Leipzig empfiehlt Leipzig. Im nächsten Jahre seien 40 Jahre seit Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins verflossen, man feiere also in Leipzig eine historische Erinnerung. Leipzig sei gut gelegen, an Lokalen fehle es nicht, die Stadt besitze eine Reihe von Vorzügen. Die Mißstimmung gegen Leipzig sei unberechtigt.

Schöpflin-Leipzig schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und weist namentlich auf die historische Bedeutung von Leipzig hin.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag 83a wird zurückgezogen. Die Wahl erfolgt durch Auszählung. Es entfallen auf Bremen 29, auf Mannheim 17, auf Dresden 101, auf Leipzig 53 und auf Jena 9 Stimmen.

Der nächste Parteitag findet also in Dresden statt. (Beifall.)

Die Geschäfte des Parteitages sind damit erledigt.

Singer: Die Geschäfte des Parteitages sind beendet. Ich bin mir sicher, daß ich aus dem Herzen jedes einzelnen Mitglieds des Parteitages spreche, wenn ich den Münchener Genossen unseren allerwärmsten Dank für ihre Thätigkeit ausspreche, die sie dem Parteitag gegenüber entfaltet haben. (Lebhafte, allseitige Zustimmung.) Nicht nur, daß sie thatkräftig vor und während des Parteitages uns in unseren Arbeiten unterstützt haben, sie haben uns auch noch eine Reihe froher Tage bereitet (Bravo) und uns in so großartiger Weise Gastfreundschaft erwiesen, daß wir alle hocherfreut uns in brüderlicher herzlicher Dankbarkeit für die Münchener Genossen zusammenfinden. Die Tage in München werden unvergessen bleiben, die Münchener Tage werden uns immer in der Erinnerung bleiben als eine Woche ernster Arbeit, aber auch fröhlichen Humors. Die kostbare Mischung von Ernst und Humor, die sich bei den Münchener Genossen findet, hat auch die Verhandlungen unseres Parteitages wesentlich gefördert. Wir können den Münchener Genossen nicht dankbar genug sein. Jeder Einzelne von uns wird wünschen, daß, wenn der Parteitag einmal in die Stadt kommt, in der er wohnt, es den Münchener Delegirten dort ebenso gut gefallen möge, daß sie sich dort ebenso heimisch und wohl fühlen mögen, wie wir uns jetzt in München gefühlt haben.

Ich danke der Kommission, die fleißig für den Parteitag gearbeitet hat, der Kommission für die Prüfung der Mandate und Beschwerden, die ihre Arbeit geleistet hat und sich selbst dadurch zum Theil ausgeschlossen hat von der Theilnahme an den Verhandlungen. Dies Opfer hat sie gebracht im Interesse des Parteitags.

Wenn ich sagte, daß die Münchener Tage in der Partei nicht vergessen werden, so bezieht sich das nicht nur auf den Gegenstand, den ich dabei hervorgehoben habe, es bezieht sich auch auf die Arbeiten, die wir hier geleistet haben. Die Gegner und ihre Presse haben geglaubt, daß in München ein Parteitag stattfinden würde, auf dem die Zerrissenheit, die Spaltung der Partei, den Hoffnungen der Gegner entsprechend, endlich einmal zur That wird. Ich habe nicht die Hoffnung, die Gegner in dieser Beziehung irgendwie belehren zu können. Die Gegner haben die Partei schon so oft auseinander fallen lassen, daß es auf einmal mehr oder weniger nicht ankommt. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wer aber objektiv, ohne sich selbst Illusionen zu machen, die Verhandlungen des Parteitages verfolgt hat, der muß anerkennen, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen prinzipielle Uebereinstimmung bei uns herrscht und daß wir alle uns einig wissen bei derjenigen Thätigkeit, die unsere allererste und ernsteste Aufgabe ist, in der Thätigkeit, die Gesetzgebung so zu gestalten, daß die Arbeiterklasse bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erlangt, in der Thätigkeit, die darauf hinausgeht, politische Zustände in Deutschland zu schaffen, die es ermöglichen, Deutschland einen Kulturstaat zu nennen. Da wissen wir uns Alle einig, und einmüthig kämpft der Eine mit den Anderen, es herrschen in diesen Fragen des praktischen politisch-wirthschaftlichen Kampfes nicht die geringsten Meinungverschiedenheiten. (Lebhafter Beifall.) Das sollten die Gegner endlich einsehen.

Wir haben auf diesem Parteitag, wie auf allen unseren Parteitagen, Arbeiten geleistet, die, wie wir hoffen und glauben dürfen, der Partei zum Vortheil gereichen. Wir haben wichtige Gegenstände verhandelt, wir haben die Arbeiter-Versicherung, die bei den gesetzgebenden Verhandlungen der nächsten Zeit eine Hauptrolle spielen wird, vorbereitet. Die Partei hat hier in München die Grundsätze festgelegt, nach denen wir die Arbeiterversicherung ausgestattet zu sehen wünschen, und es wird Aufgabe aller Genossen sein, diese Grundsätze in der Presse und in Versammlungen zu propagiren, damit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags die nöthige Unterstützung zu Theil wird. Wir haben auf dem wichtigen Gebiete der Gemeindepolitik den Anfang gemacht, allgemein giltige Grundsätze für die Gesammtpartei im Reich festzustellen, und

wenn diese Arbeit auch noch nicht zu Ende geführt ist, so wird das der Sache nicht zum Schaden gereichen. Der Berichterstatter, Genosse Lindemann, dessen gutes und sicheres Referat die Grundlage für die weiteren Arbeiten bilden wird, ist der Erste, der anerkennt, daß eine Frage von solcher Wichtigkeit nicht kurzer Hand erledigt werden kann, namentlich wenn, wie es der Fall ist, Meinungsverschiedenheiten über einzelne Forderungen vorhanden sind.

Wir haben aufs Neue unsere Stellung zu der internationalen Sozialdemokratie bekundet; durch den einstimmig gefaßten Beschluß, zahlreich in Amsterdam zu erscheinen, haben Sie gezeigt, daß die Bruderparteien aller Länder jederzeit auf die deutsche Sozialdemokratie rechnen können. (Zustimmung.) Wir haben vor Allem den Punkt der Tagesordnung, der uns zu allererst in eine energische umfassende Agitation führen wird: die bevorstehenden Reichstagswahlen, in einer Weise erledigt, daß unsere Gegner darüber klar werden müssen, daß der famose Gedanke vom Kartell der sogenannten Zoll-Opposition, von den Nationalliberalen bis hinüber zur Sozialdemokratie, bei keinem einzigen unserer Genossen auch nur einen Anklang von Billigung oder Zustimmung findet. (Zustimmung.) Wir haben in unserem Beschluß erklärt, daß wir unser Ziel nur erreichen können, gestützt auf die eigene Kraft. Wir werden den Kampf führen in der prinzipiellen Weise wie bisher alle unsere Wahlkämpfe geführt worden sind. Wir haben den Genossen im Lande die Richtschnur gegeben, und ich zweifle nicht daran, unsere Beschlüsse werden allerorts und allerseits respektirt werden. Wir gehen einem arbeitsreichen Jahre entgegen, einem Jahre reich an Kämpfen, aber, wie ich überzeugt bin, auch reich an Erfolgen.

Und wenn wir heute zurückblicken auf die Vergangenheit, so dürfen wir uns sagen, daß wir unsere Schuldigkeit gethan haben, 25 Jahre sind bei der nächsten Wahl seit Erlaß des Sozialistengesetzes verflossen, des Gesetzes, das bestimmt war, die Sozialdemokratie zu vernichten. Aber die Sozialdemokratie war es, die dies Gesetz seinem Vater, dem Fürsten Bismarck, zerrissen vor die Füße geworfen hat. Was ist unter dem Sozialistengesetz, was ist nach dem Sozialistengesetz aus der Partei geworden? Die zahlreiche Beschickung unserer Parteitage, die Presse, die Vereine, die Agitation und vor allen Dingen die Wahlen haben deutlich bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands zwar von der Reaktion vorübergehend geschädigt werden kann, daß man ihr allerlei Hindernisse in den Weg legen, daß man ihre Vorkämpfer ins Gefängniß werfen kann, daß aber die befreiende Idee des Sozialismus, die befreiende Thätigkeit der Partei in keiner Weise eingeengt werden kann durch Polizeimaßregeln, mögen sie den Einzelnen noch so schwer treffen. Die 25 Jahre haben den Beweis geliefert, was die deutsche Sozialdemokratie zu leisten im Stande ist. Getrost dürfen wir der Zukunft ins Auge schauen. Mit Sicherheit dürfen wir darauf rechnen, daß auch das nächste Jahr, welches uns vor die Reichstagswahlen und vor eine Reihe anderer Wahlen stellt, nicht nur ein Jahr der Arbeit, sondern auch ein Jahr des Ruhmes, ein Jahr des Sieges sein wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Erfolge werden um so größer sein, je mehr jeder Einzelne von uns sich seiner Pflicht bewußt, Alles aufbietet, diese Erfolge herbeizuführen. Ich brauche von dieser Stelle aus die Genossen nicht an ihre Pflicht zu erinnern. Ich weiß, daß Sie fest entschlossen sind, ihre Pflicht zu erfüllen. Aber angesichts des kommenden Jahres wollen wir dennoch von Neuem geloben, Alles aufzubieten, um bei den nächsten Reichstagswahlen die Macht der Partei zu zeigen, die Partei zu stärken. Wir wollen Alles aufbieten, um innerhalb der heutigen Gesellschaft in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Anzahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nichts mehr machen kann, und daß die Gesetzgebung von sozialdemokratischem Geist erfüllt wird. Und wenn wir auch die Gesetze noch nicht

so gestalten können, wie wir es wünschen, so werden wir doch jedenfalls im Stande sein, sie besser zu gestalten, als unsere Gegner es wollen.

Mit diesen Vorsätzen gehen wir an die Arbeit. Die Banner hoch! Vorwärts zum Kampf! Vorwärts zum Siege! Wie immer, wenn wir auseinander gehen, fassen wir auch heute all' unser Hoffen und Sehnen, alle unsere Wünsche und alle unsere Entschlossenheit zusammen in den Ruf, der als Sturmruf das Reich durchbraust, der einst der Siegesruf sein wird:

Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Versammelten stimmen drei Mal in den Ruf ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise. — Schluß 6 Uhr.

Ergebniß der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 77—94. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

1. 3 (S. 97). **7. 9** (S. 101). **10. 11** (S. 223). **19—22. 25. 26** (S. 246): **32. 38. 42. 50. 52** (S. 255). **56** (S. 272). **58c** (S. 255). **67** (S. 272). **72. 73** (S. 279). **80** (S. 277). **82** (S. 255). **89** (S. 255). **97** (S. 278). **104** (S. 279). Antrag Weinschild (S. 248).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

4. 5 (S. 97). **8** (S. 101). **12—15** (S. 163). **18** (S. 249). **27a** (S. 252). **29. 30** (S. 272). **33. 34. 35. 36** (S. 272). **40. 41. 43** (S. 274). **44. 45. 46** (S. 272). **53—55** (S. 271). **58** (S. 223). **68** (S. 272). **77—79** (S. 274). **81** (S. 255). **83** (S. 97). **86. 88** (S. 223). **88a. 105** (S. 273). **110** (S. 223). **120** (S. 255). **123** (S. 271). **127** (S. 255). **27** (S. 252 durch Uebergang zur Tagesordnung.)

Zurückgezogene Anträge.

2 (S. 97). **16** (S. 147). **17** (S. 246). **31** (S. 272). **60. 62** (S. 180). **64. 65. 66** (S. 170). **83a** (S. 279). **84. 85** (S. 275). **107** (S. 277). **113** (S. 199). Antrag v. Elm betr. „Neue Zeit“ (S. 163).

Abgelehnte Anträge.

6 (S. 163). **23** (S. 250). **47** (S. 267). **51** (S. 269). **57** (S. 180). **58a** (S. 163). **59** (S. 166). **74. 75** (S. 279). **90. 94** (S. 272). **96** (S. 275). **108. 111** (S. 201). **116** (S. 276). **117. 129** (S. 279).

Angenommene Anträge.

61: Ausdehnung der Krankenversicherung auf Hausindustrie (S. 180). **63:** Anwendung des § 616 des bürgerlichen Gesetzbuchs für Staatsbetriebe (S. 180). **76:** Nächster Parteitag in Dresden (S. 279). **91:** Resolution Luxemburg betr. Polnische Sonderorganisation (S. 163). **92:** Ausdehnung der Reichsversicherung (S. 180). **93:** Ausdehnung der Gewerbeordnung (S. 180). **95:** Abänderungsantrag Bebel zu Nr. 91: Resolution Luxemburg (S. 163). **98:** Finanzielle Unterstützung der Parteipresse (S. 163). **99:** Recht der Frauen auf eigene Vertrauenspersonen (S. 255). **100:** Agitation gegen Lebensmittelvertheuerung (S. 275). **101:** Resolution Bebel zu „Reichstagswahl“ (S. 245). **102:** Resolution zum Internationalen Kongreß (Abst. S. 203). **109:** Herausgabe des Molkenbuhr'schen Referats als Broschüre (S. 201). **112. 114. 115:** Abänderungsanträge zur Resolution Molkenbuhr (S. 201). **121:** Resolution Fischer zur Alkoholfrage (S. 274). **122:** Resolution Molkenbuhr zu „Arbeiterversicherung“ (S. 245). **125:** Antrag Schmalfeld betr. Aufhebung des Erfurter Beschlusses gegen „Unabhängige“ (S. 277). **126:** Einsendung von Wahlflugblättern an den „Vorwärts“ (S. 245). **128:** Sympathie-Erklärung für russische Genossen (S. 276). Resolution zur Maifeier S. 164 (Abst. S. 166). Herausgabe der Bebel'schen Reichstagswahl-Rede als Broschüre (S. 245). Gerisch-Arons Aenderung des Organisations-Statuts (S. 249). Antrag Singer zur Resolution über Kommunalpolitik (S. 222).

Der neuen Parteileitung überwiesene Anträge.

24 (S. 252). **28** (S. 272). **37. 39** (S. 256). **48. 49** (S. 268). **58b** (S. 163). **69. 70. 71** (S. 272). **87** (275). **118** (S. 278). **124** (S. 278).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

66a (S. 180). **69. 70. 71** (S. 272). **103** (S. 180).

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Agster, Alfred	Stuttgart	
Antrick, Otto	Berlin	
Arons, Dr. Leo	Berlin	Oberbarnim
Auer, Erhardt	München	Traunstein
Auer, Ignaz	Berlin	
Baader, Ottilie	Berlin	Reuß j. L.
Bader, Paul	München	Marburg-Kirchhain
Baerer, Heinrich	Harburg	17. Hannover
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt-Wernigerode
Basner	Berlin	Berlin IV
Baudert, A.	Apolda	
Bebel, August	Berlin	
Bèrard, R.	Hamburg	
Berger, Lukas	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Bernstein, Eduard	Berlin	
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau und Worms-Heppenheim
Bethge, Franz	Magdeburg	Magdeburg
Beyer, Richard	Leipzig	12. Sachsen
Biewig, Paul	Sebnitz	8. Sachsen
Bildstein, Georg	Cannstatt	2. Württemberg
Birk, Georg	München	Landshut
Birnkammer, Jakob	München	München I u. II
Bittner, Karl	Berlin	Berlin I
Blos, W.	Bruchsal	
Blumhardt, Christian	Bad Boll	7. Württemberg
Bock, Wilhelm	Gotha	Gotha
Böckler, Johann	Fürth	Fürth-Erlangen
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg-Stadt
Bömelburg, Theod.	Hamburg	Dortmund-Hörde
Borchardt, Dr. B.	Charlottenburg	Prenzlau-Angermünde und Teltow-Charlottenburg
Böske	Rixdorf	Teltow-Charlottenburg
Braun, Dr. Adolf	Nürnberg	Nürnberg
Braun, Dr. Heinrich	Berlin	Frankfurt-Lebus
Braun, Johann	Lechhausen	Lechhausen-Aichach
Braun, Lilly	Berlin	Rosenheim
Braun, Otto	Königsberg	Memel-Heydekrug
Braune, Ernst	Radeberg	4. Sachsen
Brey, August	Hannover	9. und 13. Hannover
Brühne, F.	Frankfurt a. M.	
Buchwald, Edmund	Altenburg	Altenburg S.-A.
Bunge, Fritz	Braunschweig	Braunschweig I
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Cramer, B.	Darmstadt	
Dasbach, Jean	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
David, Dr. Eduard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Deinhardt, Gg.	Erlangen	Kulmbach-Forchheim
Demmler, Karl	Geyer	19. Sachsen
Diehl, Georg	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Dieseler, Robert	Berlin	Berlin I
Dikreiter, H. G.	Ludwigshafen	6. pfälzische Wahlkreise
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Eberhard, Conrad	Forst i. L.	Forst-Sorau, Landsberg-Soldin, Guben-Lübben
Eberhardt, Wilhelm	Charlottenburg	
Ebert, Fr.	Bremen	Bremen, 18. Hannover
Eckermanns, Heinr.	Brandenburg	Brandenburg-West-Havelland
Ehrhart, F. J.	Ludwigshafen	
Eichhorn, Emil	Mannheim	9. Baden
Eisner, Kurt	Berlin	
Eitzerodt, Herm.	Krefeld	Krefeld, M.-Gladbach
v. Elm, Adolf	Hamburg	
Emmel, Leopold	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Engler, Wilh.	Freiburg i. Br.	5. Baden
Ernst, Eug.	Berlin	6. Berlin
Ernst, Max	München	Kempten-Immenstadt-Lindau.
Fischer, Edmund	Briesnitz	
Fischer, Gust.	Hannover	8. Hannover
Fischer, Oskar	Leipzig	13. Sachsen
Fischer, Richard	Berlin	
Fleißner, G.	Löbtau	6. Sachsen
Förster, Hermann	Hamburg	
Frank, Dr. Ludwig	Mannheim	6. u. 12. Baden
Freithaler, Wilh.	Berlin	6. Berlin.
Freiwaldt, Georg	Pankow	Nieder-Barnim
Friedberg, Sigm.	Mainz	Bingen-Alzey
Frohme, Karl	Hamburg	
Gebhard, Joh.	Rosenheim	Rosenheim
Geck, Adolf	Offenburg	
Gerig, G.	Halle-Giebichenstein	Halle-Saalkreis
Gerisch, Albin	Berlin	
Geyer, Friedr.	Leipzig	
Giesecke, Herm.	Magdeburg	Magdeburg
Goerke, Otto	Charlottenburg	Königsberg i. d. Neumark
Gogowski, Josef	Posen	Posen
Goldstein, Herm.	Zwickau	7. Sachsen
Götz, Hans	Erlangen	Erlangen
Gräser, Paul	Elberfeld	Essen (Ruhr)
Grauer, Oswald	Lichtenberg	Nieder-Barnim
Gregor, Frau	Görlitz	Görlitz
Greifenberg, Marie	Augsburg	Augsburg-Wertingen
Grenz, Ernst	Leipzig	21. Sachsen
Grunwald, Max	Erfurt	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Gruenwald, Louis	Hamburg	1. Hamburg
Günther, Max	Dessau	1. Anhalt
Haas, Philipp	Mainz	Mainz-Oppenheim
Hackelbusch, R.	Berlin	Ost- und West-Sternberg, 4 Berlin
Hager, B.	Regensburg	Regensburg
v. Haller, Dr.	St. Alban	Bamberg
Hanisch, Alois	Stettin-Grabow	Randow-Greifenhagen
[illegible], Carl	Hamburg	3. Hamburg
Heine, Wolfgang	Berlin	
Heinrich, Otto	Bremen	3. Oldenburg
Hengsbach, Cl.	Köln	Duisburg-Mülheim
Hermann, Wilh.	Würzburg	Würzburg
Heymann, B.	Stuttgart	
Heymann, Oskar	Breslau	Breslau Ost und West
Hoch, Gustav	Hanau	
Hoffmann, Ad.	Berlin	11. Hannover
Hoffmann, August	Beetz	Potsdam-Spandau, Ost-Havelland
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Herford-Halle
Hoffmann, Paul	Hamburg	2. Hamburg
Holl, Peter	Passau	Passau

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Holzapfel, Franz	Dresden	5. Sachsen
Höppner	Cotta	6. Sachsen
Hug, Paul	Bant	1. u. 2. Oldenburg und 1. Hannover
Hugel, Karl	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel, Hof und Kronach-Lichtenfels
Husemann, Fr.	Dortmund	Dortmund-Hörde und Hamm-Soest
Jäger, August	Barmen	Elberfeld-Barmen
Kaden, August	Dresden	
Kähler, Wilhelmina	Dresden	16. Sachsen
Kauer, Jakob	Köln	Köln-Stadt
Kautsky, K.	Berlin	
Keil, Wilhelm	Stuttgart	10. Württemberg
Kiesel, Max	Berlin	Ruppin-Templin und Berlin 6
Kimmel, Ludwig	Hamburg	3. Hamburg
Kittler, Gustav	Heilbronn	3. Württemberg
Klees, Wilh.	Magdeburg	
Knieriem, Konrad	München	München I u. II
Koch, Julius	Wanzleben	Wanzleben
Koenen, Heinrich	Hamburg	
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	10. Baden
Kowald, W.	Stuttgart	Stuttgart
Kraus, Leo	Würzburg	Würzburg
Krause, Robert	Chemnitz	16. Sachsen
Kratzsch, M.	München	Kaufbeuren
Kretzschmar, Hermann	Gersdorf	17. Sachsen
Krohn, August	Constanz	1. Baden
Krolik, Franz	Chemnitz	16. Sachsen
Kubitschek, Michael	Plattling	Deggendorf
Lange, Carl	Berlin	Berlin III
Leber, H.	Jena	2. Weimar
Ledebour, Georg	Berlin	
Leist, Eduard	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Leopoldt, A.	Zeitz	Wittenberg-Schweinitz
Leutert, Paul	Apolda	3. Weimar
Leven, Wilhelm	Gera	Reuß j. L.
Leyendecker, Wilh.	Höchst a. M.	1. Nassau
Lienau, Heinrich	Neumünster	3., 4. und 9. Schleswig-Holstein
Limbertz, Hch.	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Linde, Hermann	Königsberg i. P.	Königsberg i. Pr.
Lindemann, Dr.	Stuttgart	
Lipinski, Richard	Leipzig	Wurzen-Oschatz-Grimma
Luxemburg, Dr. Rosa	Berlin	Posen und Bromberg
Mahlke, Heinrich	Flensburg	2. Schleswig-Holstein, Hadersleben-Sonderburg, 1. Schleswig-Holstein
Mahring, Hermann	Gotha	Gotha
Mannheimer, J.	Ottensen	6. Schleswig-Holstein
Mehring, Dr. Franz	Berlin	12. Sachsen
Meisel, Edmund	Crimmitschau	18. Sachsen
Meist, Carl	Köln	Lennep-Mettmann
Meister, Heinrich	Hannover	
Menzel, August	Kamenz-Spittel	1., 2., 3. Sachsen
Metzger, Wilh.	Hamburg	
Milenz, Richard	Stettin	Stettin
Mittag, O.	Merseburg	Merseburg-Querfurt
Molkenbuhr, Herm.	Hamburg	
Monsch, Georg	Gengenbach	7. Baden
Motteler, Julius	Leipzig	12. Sachsen
Müller, Adolf	Pasing	München
Müller, Hermann	Görlitz	Bunzlau-Lüben und Görlitz-Lauban
Müller, Paul	Hamburg	5. Schleswig-Holstein

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Müller, Ph.	Altona	8. u. 10. Schleswig-Holstein
Mummert, Emil	Berlin	2. Berlin
Mutz, Fritz	Solingen	Solingen
Nelken, Gustav	Schwelm	Hagen-Schwelm
Neumann, Otto	Cottbus	Cottbus-Spremberg
Nitsch, Richard	Magdeburg	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Panzeram, Frau	Berlin	Berlin
Petzold, Hermann	Netzschkau	22. Sachsen
Pfalzgraf	Penzberg	Weilheim (Ob.)
Pfannkuch, Wilh.	Berlin	
Pickelmann, Ludwig	München	Weilheim (Ob.)
Plorin, Hermann	Zeitz	Zeitz-Weißenfels
Pohl, August	Berlin	3. Berlin
Pohland, Wilhelm	Oelsnitz i. V.	23. Sachsen
Poller W.	Kiel	7. Schleswig-Holstein
Portenkirchner, H.	Miesbach	Rosenheim
Pötzsch, Robert	Leipzig	13. Sachsen
Preßmar, Georg	Geislingen	14., 15., 16. u. 17. Württemberg
Raab, Georg	Pfungstadt	Darmstadt-Gr. Gerau
Radl, A.	Nürnberg	Regensburg und Helmbrecht
Raith, Anton	München	München I und II
Rampendahl, Friedr.	Pirmasens	1. und 6. Pfalz
Rau, Andreas	Mühlheim a. M.	Erbach-Bensheim
Rauch, Friedrich	Limmer b. Hannover	10. Hannover
Reißhaus, P.	Erfurt	
Retze, Heinrich	Kaufbeuren	Kaufbeuren
Rink, Karl	Urberach	Offenbach-Dieburg
Röder, Johann	Greiz	Reuß ä. L.
Rollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg-Wertingen
Rosenow, Emil	Berlin	20. Sachsen
Rothe, Dr. med., Fritz	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Rudolph, Albert	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Runkel, Christian	Frankenberg	15. Sachsen
Säckler, Josef	Schweinfurt	Schweinfurt
Schlegel, Louis	Eßlingen	5. Württemberg
Schmalfeldt, H.	Bremerhafen	Bremen und 19. Hannover
Schmid, Eduard	München	München I u. II und Freising
Schmidt, Ludwig	Düsseldorf	Düsseldorf
Schmitt, Franz	Pasing	München I u. II
Schöpflin, Georg	Leipzig	14. Sachsen
Schrader, Christian	Bramsche	4. Hannover
Schubert, Hermann	Berlin	Kalau-Luckau
Schulz, Heinrich	Magdeburg	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schumann, Bruno	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Schwarz, Theodor	Lübeck	Lübeck
Segitz, Martin	Nürnberg	
Seifert, Josef	Mannheim	Mannheim
Seifert, Karl	Kalk	Köln-Land
Sindermann, Karl	Dresden	5. Sachsen
Singer, Paul	Berlin	
Stadthagen. Arthur	Berlin	
Starosson, F.	Rostock	Rostock-Doberan
Stehr, Heinrich	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Stolle, Wilhelm	Gesau	
Straub, Josef	Bamberg	Bamberg
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III
Stücklen, Daniel	Altenburg	Hof
Südekum, Dr. Albert	Dresden	

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Thiel, Karl	Kassel	Kassel-Melsungen
Thiel, Marie	Tempelhof	Teltow-Charlottenburg
Thiele, Adolf	Halle	
Thomas, Hermann	Altona	8. u. 10. Schleswig-Holstein
Timm, Johann	München	Reichenhall-Berchtesgaden
Traczyk, Waldek	Berlin	Arnswalde-Friedeberg und Berlin IV
Ulrich, C.	Offenbach	
Velters, F. A.	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda, Alsfeld-Lauterbach, Wetzlar-Alterkirchen und 8. nassauischer Wahlkreis
Vogt, Karl	Gommern	Jerichow I u. II
Voigt, Wilhelm	Bernburg	Anhalt II
v. Vollmar, Georg	München	
Wehmann, Clara	Leipzig	13. Sachsen
Weinschild, Hermann	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Welker, Georg	Wiesbaden	2. Nassau
Wels, Otto	Berlin	5. Berlin
Wengels, R.	Berlin	
Weyl, Klara	Berlin	Berliner Genossinnen
Wezel, Wilhelm	Tuttlingen	9. Württemberg
Windhoff, Carl	Düsseldorf	Düsseldorf
Winter, Dr. A.	Beuthen	12. Oberschlesien
Witt, Hermann	Dresden	4. Sachsen
Witti, Sebastian	München	Memmingen
Wizorowski, Georg	Staßfurt	Calbe-Aschersleben
Woldersli, Hugo	Berlin	2. Berlin
Wolf, Paul	Bochum	Bochum
Wolf, Wilhelm	Mülheim a. Rhein	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zalesjsky, R.	Berlin	Berlin III
Zetkin, Klara	Stuttgart	
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg
Zinke, Fritz	Berlin	Berlin II
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen-Hersbruck
Zubeil, Fritz	Berlin	
Zucht, Leo	Berlin	Berlin V

Als ausländische Gäste sind anwesend:

Aus Oesterreich:

Seliger, Josef (Teplitz), Dr. Adler (Wien), Deutsche Parteivertretung.

Pernerstorfer, Engelbert, Seitz, Karl, Sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Abgeordnetenhause.

Nemec, Anton (Prag), Tschechische Parteivertretung.

Popp, Adelheid, Schlesinger, Therese, Pohl, Lotte, Oesterr. Frauenorganisation.

Abram, Zelger (Innsbruck), Filzer (Kitzbichl) und Haas, Tiroler Landesorganisation.

Aus Belgien:

Vandervelde, Emil (Brüssel), Parti ouvrier Belge.

Aus England:

Askew, John B. (London), Social-Democratic Federation.

Aus Italien:

Lerda, Giovanni (Genova), Partito Socialista Italiano.

Aus der Schweiz:

Müller, August, und Witt, Ludwig (Zürich), Vertreter der Landesorganisation der deutschen und österrichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz; ersterer auch als Vertreter des deutschen Arbeitervereins „Eintracht" Zürich.

Bericht
über die sozialdemokratische Frauenkonferenz in München
am 13. und 14. September 1902.

Erster Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, die, ebenso wie vor zwei Jahren in Mainz vor dem allgemeinen Parteitag der Sozialdemokratie einberufen worden ist, trat im Kreuzbräu zu München zusammen. Es sind ungefähr 25 Delegirte erschienen, darunter auch eine Anzahl Männer, die von Frauenorganisationen mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt sind. Als Vertreterinnen der österreichischen sozialdemokratischen Frauenbewegung sind erschienen Frau Popp und Frau Schlesinger-Eckstein.

Nachdem Frl. **Baader**-Berlin als Einberuferin die Konferenz für eröffnet erklärt hatte, begrüßte **v. Vollmar** die Erschienenen im Namen der Münchener Sozialdemokratie.

Fräulein **Baader**: Auch ich richte einige Worte des Willkommens an die Anwesenden. Wir sozialdemokratischen Frauen erstreben innerhalb der Partei nichts Besonderes, sondern wollen gerade für die Sozialdemokratie die Frauen als Anhängerinnen werben. Vor zwei Jahren in Mainz wurde überhaupt erst eine planmäßige Agitation unter den Frauen eingeleitet. Seit jener Mainzer Konferenz ist manches Gute geschehen, die Rathschläge, die dort gegeben worden sind, haben gut gewirkt; die gemachten Erfahrungen haben uns aber gezeigt, daß wir nicht still stehen dürfen. Sie haben uns dazu gebracht, jetzt wiederum eine Konferenz einzuberufen. Neue Fragen sind seitdem aufgetaucht, eine wichtige und ernste Arbeit steht uns bevor. Ich begrüße Sie zu dieser Arbeit und hoffe, daß unsere heutigen Beschlüsse wiederum einen Fortschritt bedeuten werden. Rednerin gedenkt darauf des Todes der Genossin Eichhorn-Dresden in einem warmen Nachruf. Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der verstorbenen Genossin von ihren Plätzen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. In das Bureau werden Frau Zetkin als erste Vorsitzende, Fräulein Baader als zweite Vorsitzende und Frau Zietz-Hamburg als Schriftführerin einstimmig gewählt.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden die Genossinnen Greifenberg, Kähler und Panzeram gewählt und die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

1. Thätigkeitsbericht.
2. Wie bilden wir Agitatorinnen aus?
3. Gesetzlicher Schutz der Frauen-, Kinder- und Heimarbeit.
4. Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes.
5. Verschiedenes.

Den Thätigkeitsbericht erstattet als Zentral-Vertrauensperson Fräulein **Baader**: In Mainz war beschlossen, daß die Zentral-Vertrauensperson immer auf der Konferenz gewählt werden solle. Mein Mandat hat zwei Jahre gedauert, da es sich im ersten Jahre, wo das Thätigkeitsfeld der Genossinnen noch beschränkt war, nicht empfahl, eine Konferenz einzuberufen. Eine Umfrage bei den Genossinnen stellte das fest. Die wichtigste Aufgabe im abgelaufenen Zeitraume war, das System der Vertrauenspersonen auszubauen. Es wurde ein Regulativ als Wegweiser für die Thätigkeit der Vertrauenspersonen geschaffen.

Wir haben gute Erfahrungen mit diesem System gehabt. Auf unsere Anregung hin waren im Januar 1901 bereits in 25 Orten weibliche Vertrauenspersonen gewählt, deren Zahl jetzt bereits auf 54 gestiegen ist.

Das Zusammenarbeiten mit den Genossen hat sich im Laufe der zwei Jahre wesentlich gebessert; wenn auch noch nicht überall die Frauen sich des vollen Wohlwollens der Genossen erfreuen. Die Mainzer Konferenz hat in ihrem Regulativ der sozialdemokratischen Frauenbewegung die nothwendige Richtschnur für ihre Thätigkeit gegeben. Ich habe es mir insbesondere angelegen sein lassen, daß Agitationsversammlungen für den Arbeiterinnenschutz abgehalten wurden. Die weiblichen Vertrauenspersonen haben in den einzelnen Staaten und Städten die Agitation in großem Maßstabe betrieben. An vielen Orten, wo bisher die Frauen der Sozialdemokratie noch nicht zugänglich waren, hat unsere Agitation gute Erfolge gehabt. Weiterhin sind gegen den Lebensmittelwucher, wie ihn der neue Zolltarif beabsichtigt, zahlreiche Agitationstouren und Einzelversammlungen veranstaltet worden und es sind die Massenpetitionen gegen den Zollwucher auch von zahllosen Frauen unterschrieben worden. Leider giebt es nun auch noch Länderstriche, deren proletarische Frauen so arm sind, daß sie nicht einmal die Kosten für die Reisen unserer Agitatorinnen aufbringen konnten. In solchen Gegenden habe ich als Zentral-Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands selbst Agitationstouren, deren Kosten unsere Zentralkasse übernommen hat, veranstaltet. So habe ich eine Agitationstour in den armen Gegenden Thüringens, in der Heimath der Spielwaaren- und Griffelindustrie, unternommen, wobei mich die dortigen Genossen in anerkennenswerther Weise unterstützt haben. Auch in Schlesien hat eine Agitationstour stattgefunden. Die Kosten der gesammten geleisteten Agitation wird von unserer Zentralkasse geleistet werden, wir brauchten die allgemeine Kasse der sozialdemokratischen Partei nicht in Anspruch zu nehmen. Vor der Mainzer Konferenz waren wir nicht in der Lage, unsere Agitation auf eigene Kosten zu bewältigen. Für Agitationstouren und andere Versammlungen sind in den letzten zwei Jahren aus unserer Zentralkasse 1705,55 Mk. ausgegeben worden. Auch die schriftliche Agitation ist nicht vernachlässigt worden. Ueber die Fragen des Arbeiterschutzes und des Lebensmittelwuchers sind Flugblätter ausgearbeitet worden. Wir hatten ja zu diesem Zweck auf der Mainzer Konferenz eine besondere Fünfer-Kommission in Berlin gewählt, die inzwischen wieder aufgelöst worden ist. Das Flugblatt über den Arbeiterinnenschutz ist in 100 000, das gegen den Zollwucher in 400 000 Exemplaren verbreitet worden. Die Genossen sind für eine Verbreitung dieses Flugblattes unter den Frauen ihres Bezirkes bereitwilligst eingetreten. In jüngster Zeit ist es ja den westfälischen Genossinnen auch endlich gelungen, öffentliche Volksversammlungen abzuhalten. Ich habe weiter die Broschüre der Frau Fürth über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen in einer Anzahl von Exemplaren angeschafft und sämmtlichen Vertrauenspersonen zugeschickt. Eine Hauptaufgabe der weiblichen Vertrauenspersonen ist es, die Kenntniß des sozialdemokratischen Programms zu fördern. Deshalb habe ich das Programm mit den Erläuterungen von Kautsky und Schoenlank in größerer Anzahl angeschafft und an die Vertrauenspersonen gelangen lassen. Wir müssen von den Grundsätzen und Zielen unserer Partei mindestens ebenso durchdrungen sein wie die christlichen Frauen von der Kenntniß der zehn Gebote. Ich habe ferner den Frauen Rathschläge zu ertheilen versucht über die Ausgestaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Die Frauen sollen mit den Gewerkschaften in Beziehungen treten und die sie berührenden Fragen in gemeinsamen Werkstätten-Versammlungen erörtern und berathen. Alle diese Ziele lassen sich ohne eine feste Organisation der Frauen nicht erreichen. Viele Anfragen sind an mich ergangen betreffs der Bildung von Frauenbildungsvereinen. Ich habe auf diese Frage geantwortet, daß die Genossinnen sich überall nach dem Vereinsgesetz ihrer Länder einrichten müssen. In Preußen und Bayern dürfen die Frauen nicht

Mitglieder politischer Vereine sein. Aber es giebt auch eine große Anzahl von gänzlich unpolitischen Fragen, die die Proletarierfrauen interessiren. Solche unpolitische Fragen können mit Nutzen in den Frauenbildungsvereinen erörtert werden. Eine weitere Aufgabe erwächst uns daraus, daß die Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung nicht überall in den Fabrikbetrieben innegehalten werden. Aus dieser Erfahrung heraus ist in Berlin eine sogenannte Beschwerdekommission geschaffen, die von den Arbeiterinnen Beschwerden entgegennimmt und den Fabrikinspektoren übermittelt.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß außer in Thüringen und Schlesien Agitationstouren im sächsischen Vogtlande, in der Rheinprovinz u. s. w. stattgefunden haben. Versammlungen sind auch in Ostpreußen, Sachsen-Altenburg &c. abgehalten worden. Somit hat im Ganzen die Bewegung unter dem weiblichen Proletariat große Fortschritte gemacht. Uns fehlt es aber immer noch an Rednerinnen und an verschiedenem Anderen. Diejenigen Genossen, in deren Kreisen immer noch ein gewisser Widerwille gegen unsere Bewegung herrscht, werden wohl von ihrem Standpunkt bald zurückkommen. Die Frauenbewegung ist nur ein Theil der allgemeinen Arbeiterbewegung; unsere Agitation muß aber in mancher Beziehung anders geartet sein wie diejenige unter den Männern. Unser Ziel ist, die Massen des weiblichen Proletariats dem Sozialismus zuzuführen! (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag der Vorsitzenden Frau Zetkin wird die Berathung eines Antrages der Genossin Weiß-Düsseldorf:

> Zur besseren Regelung der Organisation und Agitation unter den Frauen ist eine Person anzustellen mit dem Sitz in Berlin

mit der Diskussion über den Thätigkeitsbericht verbunden.

Ebenso folgender Antrag der Kölner Genossinnen:

> Es sind bestimmte Beiträge festzusetzen, die von den einzelnen Vertrauenspersonen an die Zentralvertrauensperson jährlich abzuliefern sind.

Zur Begründung ihres Antrages weist Frau **Weiß**-Düsseldorf darauf hin, daß eine besoldete Beamtin ihre Zeit ausschließlich der Organisation und Agitation widmen könne. Die Bewegung sei so groß, daß der Posten nicht mehr im Nebenamte versehen werden könne. Die Agitationstouren müßten rechtzeitig bekannt gegeben und auf längere Zeit ausgedehnt werden.

Fräulein **Baader** erwidert, daß die Agitationstour in der Rheinprovinz nicht früher angezeigt und nicht länger ausgedehnt werden konnte. Die Arbeit einer Zentralvertrauensperson ist schwer. Auch eine besoldete Beamtin in Berlin kann die Agitation in Düsseldorf nicht persönlich betreiben. (Zustimmung.) Die Bezahlung spielt dabei keine Rolle.

Frau **Wehmann**-Leipzig: Im Einverständniß mit dem Gewerkschaftskartell ist in Leipzig eine Beschwerdekommission eingesetzt worden, die eine segensreiche Thätigkeit entfaltet hat. So ist festgestellt worden, daß Mädchen unter 18 Jahren gegen das Gesetz bei der Vulkanisirung von Gummi mitarbeiten, die im höchsten Maße gesundheitsgefährlich ist. Nach den Vorschriften, die der Bundesrath zum Schutz der Gesundheit der Arbeiterinnen erlassen hat, soll in diesen Fabriken nach 2 Stunden Arbeit immer eine Stunde Pause eintreten. Was geschieht aber? Als eine solche Pause gilt auch die Mittagspause. Die übrigen Pausen werden in der Art eingehalten, daß die Arbeiterinnen zwar den Saal, wo vulkanisirt wird, verlassen, aber nur, um in einem Saale weiter zu arbeiten, in dem mit gesundheitsgefährlichen Benzindämpfen hantirt wird. Die Assistentin des Gewerbeinspektors, Fräulein Sedlmayer, erklärte, daß der Gewerberath nicht einschreiten könne, weil dem Wortlaut des Gesetzes Genüge geschehe. — Fräulein Baader habe ihre Arbeit zu aller Zufriedenheit geleistet. (Lebhafte Zustimmung.) Der Antrag Düsseldorf sei unannehmbar.

Frau **Greifenberg**-Augsburg wendet sich gleichfalls entschieden gegen den Antrag Düsseldorf. Wenn es mit den Agitationstouren gelegentlich nicht ganz

Klappe, so liege die Schuld an der Saumseligkeit mancher Ortsvertrauenspersonen im Schreiben. (Zustimmung.) Eine bezahlte Sekretärin könne diesen Mißstand nicht beseitigen. Der Kölner Antrag sei sehr gut gemeint, aber leider nicht durchführbar. (Bravo!)

Frau Wehl-Berlin: Wir können nicht, wie die bürgerlichen Frauen, unsere Tage, sondern nur unsere Abende und Nachtstunden der Agitationsarbeit zur Verfügung stellen. Eine besoldete Sekretärin kann den Mangel, auf den hingedeutet worden, nicht beseitigen, sie kann doch nicht die Vertrauenspersonen in der Provinz wie Marionetten am Faden halten. (Lebhafte Zustimmung.) Hätten wir genügend Geld, so würde es sich vielmehr empfehlen, daß in allen Städten Frauen besoldet würden, die ihre Arbeitskraft unserer Bewegung zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Fräulein Baader hat ihr Amt ausgezeichnet ausgefüllt; sie hat nicht erklärt: Es geht nicht mehr, ich kann die Arbeit nicht mehr im Nebenamt erledigen. Der Düsseldorfer Antrag ist deshalb überflüssig. (Lebhafter Beifall.)

Frau Kähler-Chemnitz: Der Bericht der Genossin Baader beweist, daß sie ihr schwieriges Amt in einer bewunderungswürdigen Weise ausgefüllt hat. Von auswärts sind durchaus keine Klagen eingegangen. Eine besoldete Person in Berlin würde dem ganzen Lande wenig nützen, sie würde wahrscheinlich nur Vertrauensperson für Berlin werden. (Sehr richtig!) Ich bitte, den Antrag Düsseldorf, den ich für verfrüht halte, abzulehnen.

Frau Weiß-Düsseldorf befürwortet nochmals ihren Antrag, der keineswegs bedeuten solle, daß die Thätigkeit Fräulein Baader's nicht die größte Anerkennung verdiene. Aber eine Frau, deren ausschließliche Thätigkeit der Agitation und der Arbeit für die Frauenbewegung gewidmet sei, könne doch in höherem Maße für rasche Erledigung aller Aufgaben sorgen.

Frau Wackwitz-Dresden erklärt sich im Namen der Dresdener Genossinnen gegen den Antrag Weiß.

Frau Lily Braun-Berlin: Der Düsseldorfer Antrag enthält in keiner Weise eine Aberkennung der großen Verdienste der Genossin Baader. Diesen Eindruck möchte ich nicht aufkommen lassen. Der Antrag hat nur zum Zweck, entweder unsere Zentralvertrauensperson in gewisser Weise für ihre Mühe und Aufopferung zu entschädigen, damit sie nicht anderweitig ihre Zeit zum Broterwerb verwenden muß, oder der Zentralvertrauensperson eine besondere bezahlte Person zur Seite zu stellen. Es handelt sich im Wesentlichen um eine Geldfrage. Es wäre durchaus nicht anmaßend, wenn wir von unserer Parteileitung erwarten, daß sie uns das Geld dafür giebt. Das wäre unser gutes Recht; wir arbeiten doch Alle in der sozialdemokratischen Bewegung. Wie die Partei zwei männliche Sekretäre anstellt, so könnte sie auch eine weibliche Hilfskraft unserer Zentralvertrauensperson zur Seite stellen oder der letzteren eine gewisse Summe als Entschädigung aussetzen. Was unser Verhältniß zu den Genossen anlangt, so thut man den Männern vielfach Unrecht. Wir müssen nur immer aufs Neue beweisen, daß wir keine Sonder-Frauenbewegung wollen, dann werden die Männer uns anerkennen und überall, wo es nöthig ist, unsere Hilfe fordern. (Lebhafter Beifall.)

Frau Zietz-Hamburg: Die Nothwendigkeit, der Vertrauensperson eine bezahlte Hilfskraft beizugeben, hat sich bisher nicht herausgestellt. Die Anstellung einer bezahlten Sekretärin in Berlin würde die Schwierigkeiten der Agitation nicht aus der Welt schaffen. (Sehr richtig!) Diese Schwierigkeiten liegen vielmehr in dem Mangel an Zeit bei den Vertrauenspersonen in den einzelnen Orten. Die Durchführung des Düsseldorfer Antrages würde uns wahrscheinlich schwer enttäuschen. Was wird von dieser Person nicht Alles verlangt! Sie soll der General-Arrangeur der Agitation für ganz Deutschland und die litterarische Zentralstelle für alle agitatorisch thätigen Genossinnen sein. Aber das litterarische Material, das wir brauchen, wird uns schon jetzt von den

Arbeitersekretariaten und den Redaktionen unserer Parteizeitungen aufs Bereitwilligste zur Verfügung gestellt. Gerade das fördert die gemeinsame Arbeit mit den Genossen. Was die Worte der Genossin Braun anlangt, so haben wir doch nirgends den Versuch gemacht, eine besondere Bewegung im Gegensatz zur allgemeinen Bewegung zu machen. Nur mit Rücksicht auf die Arbeitstheilung wünschen wir eine besondere Frauenagitation. Die bezahlte Sekretärin müßte ferner überall dort, wo die Genossinnen mit der Agitation noch nicht recht Bescheid wissen, die Sache ins rechte Gleis bringen. Das wäre ein Uebermaß von Arbeit. Jedenfalls haben aber diejenigen Genossinnen, die nur ab und zu etwas von sich hören lassen, sonst aber praktisch so gut wie garnicht arbeiten, das Vertrauen der übrigen Genossinnen nicht, die könnten wir für eine solche Stelle nicht gebrauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dem Erfolg unserer Agitation bin ich im Allgemeinen zufrieden. Abgesehen von Einzelheiten haben wir auch überall die nöthige Unterstützung der Genossen gefunden. Erstrebenswerth ist die Einrichtung einer besonderen Rubrik für die Frauenbewegung in unseren Parteiblättern, wie sie im „Vorwärts" schon lange besteht. Auch das „Hamburger Echo" haben wir ersucht, eine solche ständige Rubrik einzurichten. Das war nun zwar aus technischen Gründen nicht zu ermöglichen, dagegen hat das Blatt alle von uns eingereichten Arbeiten gern abgedruckt.

Damit schließt die Diskussion über den Thätigkeitsbericht. Der Düsseldorfer Antrag wird gegen 2 Stimmen, der Kölner Antrag gegen 1 Stimme abgelehnt. Der Zentral-Vertrauensperson, Fräulein Baader, wird einstimmig Decharge ertheilt.

Vorsitzende Frau **Zetkin** begrüßt in herzlichen Worten die beiden Vertreterinnen Oesterreichs, worauf Frau **Popp** namens der österreichischen Arbeiterinnenbewegung und der Parteileitung und Frau Dr. **Schlesinger** als Vertreterin des Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen Wiens in längeren Ausführungen danken.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung: Wie bilden wir Agitatorinnen heran?

Frau **Zietz**-Hamburg: Hätten wir einen Nürnberger Trichter, dann wäre die Frage sehr einfach gelöst. (Heiterkeit.) So aber ist der Zuwachs an Frauen gering, die die Grundsätze des Sozialismus in einfacher und klarer Weise öffentlich verbreiten können. Während es sich mit dem Fortfall des Sozialistengesetzes überall regte, treten jetzt wenig neue Agitatorinnen hervor. Die Bewegung hat sich vertieft und es werden jetzt andere Anforderungen als früher an die Agitatorinnen gestellt. Die Mannschaften sind da, aber die Offiziere fehlen. Deshalb ist das vorliegende Thema sehr aktuell. Wo die Vereinsgesetze die Theilnahme von Frauen an sozialdemokratischen Wahlvereinen gestatten, ist die politische Bildung der Frau erleichtert. In Hamburg haben wir nun einen Kreis von Frauen gebildet, mit denen wir das Programm in allen Einzelheiten besprochen und das Knochengerüst von Vorträgen entworfen haben, zu dem die Frauen dann das Fleisch hinzuthun mußten. So haben wir die Schüchternheit der Frauen überwunden und die Freude erlebt, daß jüngst eine Arbeiterin öffentlich einen Vortrag über die indirekten Steuern gehalten hat. So sollte es allenthalben geschehen, dann werden wir weiter kommen. (Bravo.)

Frau **Wehmann**-Leipzig: Wir haben unter Leitung der Genossin Duncker Leseabende gebildet, an denen Frauen Theil nehmen, die sich zu Agitatorinnen ausbilden wollen. Wir haben das Programm durchgenommen, ebenso Engels' Broschüre: „Von der Utopie zur Wissenschaft" und Kautsky's Broschüre über die Handelspolitik. Gemeinschaftlich haben wir dann die Disposition eines Vortrages ausgearbeitet, die Ausführungen wurden dann in einer späteren Sitzung vorgelesen. So ist wenigstens der Anfang gemacht.

Karl v. Oppel-Charlottenburg tritt für Unterstützung der Kleinagitation ein. Hauptgegnerin der Sozialdemokratie sei die Geistlichkeit aller Konfessionen.

Die Gesammtpartei müsse für die Ausbildung tüchtiger Agitatorinnen Geldopfer bringen. Als Gegenstände des Unterrichts für die Agitatorinnen bezeichnet Redner unter Anderem geographischen Unterricht, Gesang und weibliche Handfertigkeiten. Auch die Kenntniß von fremden Sprachen und Dialekten empfiehlt sich. Ebenso müssen die Umgangsformen gepflegt werden. Auch die Kleidung der Agitatorin verdient Beachtung. (Große Heiterkeit.) Die Vorsitzende ersucht den Redner, zur Sache zu kommen.) Dazu kommt der Gebrauch des Du. (Große Heiterkeit.) Sie lachen schon wieder, ohne die Begründung zu hören. (Die Vorsitzende erklärt, daß auch diese Angelegenheit nicht zur Sache gehört.)

Frau **Greifenberg**-Augsburg begrüßt die Anregungen aus Leipzig und Hamburg. In Augsburg sind wir noch nicht so weit. Dort müssen wir die Frauen erst für die Bewegung begeistern. Erst in letzter Zeit kommen die Frauen häufiger in die sozialdemokratischen Versammlungen. Wir suchen mit ihnen in Verkehr zu kommen, und so ist es uns vor Jahresfrist gelungen, einen Frauenbildungsverein zu gründen, der beständig Fortschritte macht. Auch eine Rednerin, Frau Rollwagen, hat sich herangebildet und bereits zwei Vorträge über Lenau und den Werth der Bildung für die Frau gehalten. (Beifall.)

Frau **Kähler**-Chemnitz: Die Agitatorinnen können nicht aus dem Aermel geschüttelt werden. Es macht bei der Sondernatur der Frauen schon außerordentliche Mühe, sie zum öffentlichen Reden zu veranlassen. Die Rathschläge v. Oppel's führen uns nicht weiter. Heute können wir nur empfehlen, daß die Frauen dazu veranlaßt werden, sich in den allgemeinen Versammlungen an der Diskussion zu betheiligen. In Dresden spricht eine ganze Anzahl Genossinnen in den Gewerkschafts- und den politischen Versammlungen. Wir müssen den Frauen rathen, in allen Parteiversammlungen das Wort zu nehmen und sich eingehend mit der Parteiliteratur zu beschäftigen, und ihr Selbstvertrauen wecken.

Paul Müller-Hamburg: Reden, wie die des Herrn v. Oppel, können selbst Offiziere hinausgraulen. (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, was für einen Hut die Agitatorin auf dem Kopf trägt, sondern was in ihrem Kopfe steckt. (Lebhafte Zustimmung.) Redner räth dringend dazu, Agitatorinnen für die Kleinarbeit heranzubilden. In allen größeren Betrieben, wo Frauen und Mädchen beschäftigt werden, sollten Vertrauenspersonen vorhanden sein, die, angeleitet von der Ortsvertrauensperson, Mitglieder für die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaften werben. Besondere Aufmerksamkeit muß der Vorbereitung von Wissen und Bildung durch die Presse geschenkt und der Schundpresse entgegengewirkt werden, die von den Frauen viel zu gern gelesen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Frl. **Baader**-Berlin hält die Theilnahme von Arbeiterinnen an den Werkstubensitzungen der Gewerkschaften für besonders werthvoll. Hier im kleinen Kreise, wo die Verhandlungen gewissermaßen einen familiären Anstrich haben, treten die Frauen leichter aus sich heraus und lernen reden. Wir müssen uns mehr als bisher die Einrichtungen, die schon in unserer Bewegung bestehen, zu Nutze machen. Besonders die Frauenbildungsvereine können in der Heranbildung von Agitatorinnen viel leisten. Unter den Agitatorinnen giebt es neben den Proletarierinnen auch Akademikerinnen, von denen wir wissen, daß sie ganz eins mit der Arbeiterinnenbewegung sind. Ich verweise nur auf die Genossin Zetkin, die doch auch eine akademisch gebildete Dame ist. Die steht uns nicht fern, die ist Fleisch von unserem Fleisch. Es giebt freilich auch akademisch gebildete Damen, die sich sonst um weiter nichts kümmern, die nur, um sich einmal zu zeigen, in einer großen Versammlung einen Vortrag halten. Diese Damen werden von den meisten Arbeiterinnen nicht verstanden. Das sind sogenannte Paradepferde, die wir nicht brauchen können.

Frau **Schlesinger**-Wien: Den Vorschlägen der Frau Zietz stehe ich etwas skeptisch gegenüber. Viel mehr halte ich von den Anregungen der Genossin

Wehmann, Leseabende mit Diskussionen abzuhalten. Freilich muß dabei mit populären Dingen angefangen werden, man muß mit den nächstliegenden Interessen beginnen. In Anwesenheit von Männern können viele Frauen sich schwer entschließen, das Wort zu nehmen, in reinen Frauenversammlungen trauen sich die Arbeiterinnen mehr heraus. Die Agitatorinnen, die aus bürgerlichen Kreisen kommen und nie in einer Fabrik gewesen sind, müssen von den Arbeiterinnen zunächst in aller Bescheidenheit lernen. (Zustimmung.) Ohne Kleinarbeit giebt es keine tüchtige Agitatorin. Wir müssen an einem Tisch mit den Arbeiterinnen sitzen, müssen sie und ihre Interessen im Privatgespräch kennen lernen. Erst wenn wir in ihre Ideenwelt hineingewachsen sind, dann erst können wir ihnen von unseren Ideen auch etwas mittheilen. (Sehr richtig!) Die akademisch gebildete Agitatorin muß wissen, wie viel die Arbeiterin ihr an praktischer Lebensarbeit überlegen ist und wie viel sie von ihr lernen kann. (Beifall.)

Darauf wird die Vormittagssitzung abgebrochen. Die **Mandatsprüfungskommission** tritt während der Mittagspause zur Prüfung der Mandate zusammen.

Vorsitzende Frau **Zetkin** theilt mit, daß eine telegraphische Sympathiekundgebung der Leipziger und Hamburger Genossinnen eingelaufen ist. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung.

Für die Mandatsprüfungs-Kommission berichtet Frau **Kähler-Wandsbeck**, daß außer den beiden österreichischen Delegirten aus Deutschland 20 Delegirte, 16 Frauen und 4 Männer mit ordnungsmäßigen Mandaten erschienen sind.

Nach längerer Diskussion wird der Grundsatz festgelegt, daß die allgemeinen Parteitags-Mandate nicht zugleich auch als Mandate für die Frauenkonferenz angesehen werden können; man müsse den Genossinnen das Recht wahren, durch Delegirte sich vertreten zu lassen, die an der Agitationsarbeit sich praktisch bethätigen, und dürfe es nicht dem Zufall überlassen, als Delegirte Genossen oder Genossinnen anerkennen zu müssen, die garnicht speziell zum Zwecke der Theilnahme an der Frauenkonferenz gewählt worden seien.

Darauf wird die Debatte über **Punkt 2 der Tagesordnung: Wie bilden wir Agitatorinnen heran?** fortgesetzt.

Frau **Lily Braun**: Man hat heute die alte Streitfrage über die Akademikerinnen unter den Agitatorinnen wieder angeschnitten. Meiner Ansicht nach kommt es nicht darauf an, aus welchen Kreisen man hervorgegangen ist, sondern welche Gesinnung man bethätigt und ob man überhaupt mit Allem, was man thut und leistet, für die Partei thätig ist. Von großer Wichtigkeit ist die Werkstubenagitation. Diese wird in Berlin in außerordentlich erfreulicher Weise betrieben. Man hat aber vielfach bürgerliche Frauen, die nicht auf dem Boden unserer Parteianschauung stehen, zu dieser Agitation zugelassen. Das sollte man gerade bei dieser ersten internen Agitation vermeiden. Diese Anschauung enthält keine Animosität gegen die bürgerliche Frauenbewegung, ich erkenne im Gegentheil an, daß die bürgerliche Frauenbewegung Fortschritte macht und uns auf andere Weise vielfach nützen kann. Lieber weniger Werkstuben-Agitation als Acceptirung der bürgerlichen Unterstützung!

Frau **Zietz-Hamburg**: Auf unseren Hamburger Diskussionsabenden handelt es sich vorzugsweise um die Einführung der Genossinnen in die Technik des Vortrages. Ihnen wird das Handwerkszeug in Bezug auf den logischen Aufbau und die Gliederung eines Vortrages gegeben. Als Vorstufe zu diesen Abenden sind die Leseabende zu empfehlen. Mit der Theilnahme bürgerlicher Frauen an den Werkstubensitzungen haben auch wir in Hamburg recht schlechte Erfahrungen gemacht. So rieth eine bürgerliche Dame den jungen Mädchen, die an einer Werkstubensitzung der Schneiderinnen theilnahm, doch lieber Dienstmädchen zu werden. Dazu hatten wir allerdings die Sitzung nicht abgehalten,

Frau **Kähler**-Chemnitz: Ich weiß wohl, daß wir in unserer Bewegung neben den Proletarierinnen auch akademisch gebildete Frauen gebrauchen. Ich scheine mit meinen Ausführungen von heute Vormittag mißverstanden worden zu sein.

Frau **Weyl**-Berlin: Auch in Berlin haben wir Diskussionsabende eingerichtet. Hoffentlich werden sie von Erfolg gekrönt. Die Ausführungen der Genossin Baader über die Akademikerinnen sind von Frau Braun doch wohl falsch verstanden. Gegen die Theilnahme bürgerlicher Frauen an den Werkstubensitzungen haben wir in Berlin stets Front gemacht, wir konnten aber nichts dagegen thun, wenn einzelne Genossinnen bürgerliche Damen — es waren zwei hervorragend in der Bewegung thätige Frauen — mit zu diesen Sitzungen herangezogen haben. Die beiden Damen haben dann, als der Bericht des Vereins Frauenwohl erschien, mit der „regen Werkstättenagitation" ihrerseits Reklame gemacht. Infolge dessen mußten die Genossinnen sich von selbst von diesen Damen zurückziehen; sie haben sich dabei so sehr die Finger verbrannt, daß sie sich in Zukunft wohl hüten werden, noch eine Bürgerliche hinzuzuziehen. Im Uebrigen bietet gerade die Werkstättenagitation die mannigfachste Gelegenheit zur Aneignung sozialpolitischer Kenntnisse.

Paul Müller-Hamburg: Es ist erwünscht, daß die Verhandlungen über diesen Punkt mit einem praktischen Resultat abschließen. Ich würde es deshalb für richtig halten, daß die Konferenz beschließt, daß von der Zentral-Vertrauensperson unter Hinzuziehung weiterer hervorragend in der Frauenbewegung thätiger Genossinnen ein Leitfaden über die praktische Agitation unter den Frauen ausgearbeitet werde. Dieser Leitfaden müßte genaue Auskunft über die bisher in der Frauenbewegung praktisch gemachten Erfahrungen geben.

Hoffmann-Hamburg: Die sogenannten Unterhaltungs- oder Leseabende haben keinen Zweck, wenn die nöthigen Kräfte nicht vorhanden sind. Der Schwerpunkt der Agitation muß in den Kreisen liegen, in denen Frauen und Mädchen beruflich thätig sein müssen. Erst nach der gewerkschaftlichen Organisation kann die politische kommen. Das habe ich an mir selbst erfahren.

Frau **Thiel**-Tempelhof: Im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg fehlt es nicht an Agitatorinnen, sondern an der Kleinarbeit in der Agitation. Damit aber muß der Anfang gemacht werden. Nach und nach werden sich vielleicht auch Genossinnen heranbilden, die Vorträge halten können.

Frau **Zetkin**: Der Schwerpunkt der Agitation liegt in der politischen wie gewerkschaftlichen Kleinarbeit. Auf ihr baut sich unsere ganze Bewegung auf. Durch planmäßiges Vorgehen müssen wir unseren Genossinnen die nöthigen Kenntnisse zur Agitation vermitteln. Es kann aber nicht der Zweck unserer Konferenz sein, ein einziges Allheilmittel für die Agitation ausfindig zu machen. Diejenigen Genossinnen, die von dem glühenden Wunsche erfüllt sind, als Agitatorinnen thätig zu sein, sollten von uns mit den nöthigen Mitteln und dem nothwendigen literarischen Material unterstützt werden. Noch nicht erwähnt ist bisher die Erziehung des Charakters der Agitatorinnen. Es ist eine hohe Aufgabe, den Enterbten das Evangelium des Sozialismus zu verkünden. Die sozialistische Idee muß wie eine Umgestaltung der Gesellschaft, so auch eine Wiedergeburt des ganzen menschlichen Geschlechtes bewirken. Dazu gehört aber, daß unsere Agitatorinnen von aller Selbstsucht und Eigenliebe frei einzig ihrer sozialistischen Mission leben. (Lebhafter Beifall.)

Paul Müller befürwortet seinen oben erwähnten Antrag, der in folgender Form formulirt ist: Die Konferenz beauftragt die Zentral-Vertrauensperson unter Zuhilfenahme praktisch und agitatorisch in der Frauenbewegung thätiger Genossen, in möglichst kürzester Frist einen Leitfaden für die praktische Agitation auf allen Gebieten auszuarbeiten und in geeigneter Form zur Verbreitung zu bringen.

Fräulein **Baader**: Die Anleitung, die der Antrag Müller verlangt, habe ich schon großentheils den Vertrauenspersonen gegeben, z. B. in Bezug auf die

gewerkschaftliche Organisation. Was der Antrag zusammengefaßt wissen will, habe ich schon im Einzelnen gethan.

Paul Müller-Hamburg zieht seinen Antrag zurück.

Karl v. Oppel - Charlottenburg weist auf die Nothwendigkeit bildlicher Darstellungen in der Agitation, z. B. gegen den Zollwucher, hin.

Frau **Zetkin**: Das Resumé dieser Verhandlungen ist, daß wir alle Einrichtungen fördern müssen, die geeignet sind zur Ausbildung von Agitatorinnen je nach den Umständen und den disponiblen Kräften. In den einzuschlagenden Mitteln und Wegen werden natürlich Verschiedenheiten hervortreten. Wir Alle müssen uns mit Eifer und Pflichttreue die Anregungen der Konferenz zu Nutze machen.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung: **„Gesetzlicher Schutz der Frauen-, Kinder- und Heimarbeit".** Dazu liegen folgende Resolutionen vor:

I. (Arbeiterinnenschutz.) In Erwägung, daß die von der Reichsregierung angeordnete Enquete über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen die Nothwendigkeit wirksamer gesetzlicher Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen neuerlich dokumentarisch bestätigt hat; daß jedoch die in letzter Zeit veranlaßte Erhebung des Reichsamts des Innern über eine eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen nichtsdestoweniger eine Verschleppung der dringenden Reformen befürchten läßt, ebenso auch ein durchaus ungenügendes Maß an weiterem gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen: fordert die Konferenz sozialistischer Frauen die schleunige weitere Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes durch Festlegung der Reformen, für welche sich der Parteitag der Sozialdemokratie zu Hannover und die Konferenz sozialistischer Frauen zu Mainz erklärt haben und die in einer Eingabe zur Kenntniß des Reichstages gebracht worden sind.

Was insbesondere die unabweisbare Verkürzung der Arbeitszeit anbetrifft, so fordert sie an erster Stelle: Für alle erwachsenen Arbeiterinnen die Einführung des Achtstundentages, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 bezw. 9 Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann; für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf 4 bezw. 6 Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind.

Die Konferenz sozialistischer Frauen zu München erklärt ferner: daß der existirende Schutz der lohnarbeitenden Schwangeren und Wöchnerinnen weder betreffs der gesetzlichen Schutzfrist noch betreffs der für die Zeit des Erwerbsausfalles gesicherten Fürsorge den zu erhebenden Ansprüchen genügt.

Sie fordert deshalb mindestens: Verbot der Beschäftigung von Frauen 8 Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, 6 Wochen nach der Niederkunft bei Tod- und Fehlgeburten oder im Falle des Ablebens des Kindes. Recht der Schwangeren auf kündigungslose Einstellung der Arbeit 4 Wochen vor der Niederkunft. Verlängerung der Schutzfrist für Schwangere und Wöchnerinnen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgelegten Schutzfrist gestatten. Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch: Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist und in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder. Die Möglichkeit dieser Leistungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluß der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes

Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat. Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnenhauspflege durch die Gemeinde.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken durch: fleißiges und gründliches Studium der in Betracht kommenden Fragen; Sammlung und Veröffentlichung von Thatsachen, welche die Berechtigung dieser Forderungen begründen; aufklärende mündliche und schriftliche Agitation unter den Arbeiterinnen; Betheiligung an der Gewerkschaftsbewegung und am politischen Kampfe des Proletariats.

II. (Beschwerdekommissionen.) Um den Arbeiterinnen die nöthige Kenntniß der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu ihren Gunsten zu vermitteln; um ihnen die größte Möglichkeit zur rückhaltslosen Beschwerdeführung über gesetzwidrige Arbeitsbedingungen und zur Nutzbarmachung der Gewerbeinspektion zu geben; um aus der Klasse des Proletariats weibliche Kräfte für die Gewerbeinspektion zu schulen, erklärt es die Konferenz für wünschenswerth:

1. Daß in allen Industriezentren mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsorganisationen und -Kartellen Beschwerdekommissionen der Genossinnen errichtet bezw. weibliche Mitglieder oder Vertrauenspersonen der gewerkschaftlichen Beschwerdekommissionen ernannt werden.

2. Daß die bestehenden Beschwerdekommissionen und Vertrauenspersonen zur Entgegennahme von Beschwerden der Arbeiterinnen nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas thätig sind und daß das bei ihnen eingegangene, sorgfältig geprüfte Material einer Zentralstelle überwiesen wird, durch welche es der allgemeinen Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz nutzbar gemacht werden muß.

3. Daß die Genossinnen der in Betracht kommenden Zentren Vortragskurse über die gesetzlichen Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen organisiren, so daß die Frauen der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Beschwerde-Kommissionen und Vertrauenspersonen methodisch vorbereitet und geschult werden.

4. Daß die Genossinnen sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Instanzen in's Einvernehmen setzen und gemeinsam mit ihnen der Prüfung und Durchführung der möglichen Maßnahmen nähertreten.

III. (Kinderschutz.) Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf zum Schutz der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabrik ein sozialreformlerisches Pfuschwerk ist, das nicht im Entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesammten Nation: Verbot jeglicher Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirthschaft, bei häuslicher Arbeit und im Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Schuljahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf 4, von 16 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts.

IV. (Heimarbeit.) Die Konferenz tritt in der Frage des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit der Resolution des 4. Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart bei: Da Heimarbeiterelend in hervorragendem Maße Arbeiterinnenelend ist und die Genossinnen seit langem der Frage der Heimarbeit die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet haben, scheint ihre Mitarbeit an dem bevorstehenden Heimarbeiterkongreß besonders wünschenswerth.

Die Konferenz empfiehlt deshalb den Genossinnen, überall rechtzeitig in Verbindung mit den organisirten Arbeitern die nöthigen Schritte zu thun, damit auch sachkundige Genossinnen als Delegirte an dem Kongresse theilnehmen. Die Konferenz spricht ferner die Ansicht aus, daß aller Schwierigkeiten ungeachtet Versuche zur Organisirung der Heimarbeiterinnen gemacht werden müssen. Als nächster Schritt in dieser Richtung erscheint ihr der Zusammenschluß der Heimarbeiterinnen der einzelnen Berufe in besonderen Sektionen, deren Grundlage die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen sind und die den betreffenden Gewerkschaftsverbänden angegliedert werden. Sie empfiehlt deshalb den gewerkschaftlich thätigen Genossinnen, eine gründliche Diskussion der Frage in den Organisationen anzuregen.

Es wird zunächst über die beiden ersten Resolutionen verhandelt.

Frau Zietz-Hamburg: Ueber die Nothwendigkeit der in der Resolution zum Arbeiterinnenschutz gestellten Forderungen sind wir wohl Alle einig. Der Ausbau des Arbeiterinnenschutzes ist dringlicher als die weitere Ausgestaltung des allgemeinen Arbeiterschutzes. Die Arbeiterinnen sind den Ausbeutungsgelüsten der Unternehmer gegenüber weniger widerstandsfähig als die Männer. Die heutigen Forderungen sind nicht neu; sie sind schon auf der Mainzer Konferenz und auf früheren Parteitagen erhoben worden. In der letzten Zeit sind auf dem Gebiete des Arbeiterinnenschutzes so gut wie gar keine Reformen zu Stande gekommen. Auf Seiten der Reichsregierung ist die größte Zaghaftigkeit, um nicht zu sagen Feindseligkeit gegenüber dem Arbeiterinnenschutz zu konstatiren. Um so energischer sind die Scharfmacher, besonders der Zentralverband deutscher Industrieller, an der Arbeit, um auch die geringsten Reformen womöglich wieder rückgängig zu machen. So lange die Frauen nicht mehr als bisher durch das Gesetz geschützt werden, sind sie theilweise geradezu organisationsunfähig. Das gilt z. B. von den Maurer-Handlangerinnen. Eine Frau, deren gesammte Kräfte durch die Lohnarbeit absorbirt werden, ist nicht in der Lage, gewerkschaftlich oder politisch thätig zu sein. Unsere Forderungen bezeichnen das Minimum dessen, was unbedingt verlangt werden muß. Der gesetzliche Arbeiterinnenschutz aber muß ergänzt werden durch die Selbsthilfe, durch die Bethätigung der Frauen in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung. (Beifall.)

Frau **Lily Braun**: Ich vermisse in unserer Resolution, so sehr ich ihr zustimme, doch einige wesentliche Punkte, und zwar die Abschaffung der Ueberstunden- und der Nachtarbeit und die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags. Diese Forderungen sind ja schon früher erhoben, müssen aber, um Mißverständnisse zu vermeiden, jetzt von uns wiederholt werden. Energisch Bedacht genommen werden muß speziell in der Textilindustrie auf die Einführung von maschinellen und technischen Einrichtungen, die die Gesundheit weniger schädigen, als es bisher der Fall ist. Besonders kommt hier die Gefährlichkeit des Bleiweiß für die Frauen und die werdenden Kinder in Betracht; durch Bleiweiß wird sogar die Muttermilch vergiftet. Das Bleiweiß in der Textilindustrie, z. B. in der Spitzenfabrikation, muß durch Zinkweiß ersetzt werden. Von großer Wichtigkeit ist die Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen. Es ist schon vielfach von einer gesonderten Mutterschaftsversicherung gesprochen worden. Es ist eine rein technische Frage, ob hier eine besondere Versicherung eingerichtet wird oder eine solche im Anschluß an die Krankenkassen. Gegen letzteres scheint mir die enorme Ueberlastung der Krankenkassen zu sprechen. Das zu erstrebende Ziel ist eine allgemeine Mutterschaftsversicherung für das gesammte Volk; diese Versicherung muß von dem ganzen Volk getragen werden, vielleicht durch eine progressive Einkommensteuer, und auch dem ganzen Volke zu Gute kommen. Das wäre ein Schritt zu dem Ideal, die Frau ökonomisch selbständig zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Ebert-Bremen: Bei einer solchen Schaffung von Beschwerdekommissionen, die nach der zweiten Resolution in allen Industriezentren mit

zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft eingerichtet werden sollen, dürfen bestehende Einrichtungen, wie z. B. die Arbeitersekretariate, nicht übergangen werden. Sonst würde der praktische Erfolg dieser Beschwerdekommissionen in Frage gestellt werden. Das ist die Bedingung meiner Zustimmung zu dieser Resolution. Von einem besonderen Antrag sehe ich ab, weil ich meine Forderung für selbstverständlich halte.

v. Oppel weist auf die nothwendige kommunale Unterstützung des Arbeiterinnenschutzes hin. Das gelte auch von der Mutterschaftsversicherung.

Frau **Weyl**-Berlin: Ich möchte auf die Lücke in den Schutzbestimmungen für Wöchnerinnen aufmerksam machen. Das Gesetz verbietet den Wöchnerinnen, sofern sie nicht ein ärztliches Attest beibringen können, vor Ablauf von 6 Wochen nach Niederkunft die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Krankenkassen zahlen aber nur 4 Wochen Unterstützung, so müssen die Wöchnerinnen 2 Wochen aus ihrer Tasche leben. Dadurch werden die Frauen früher zur Fabrik getrieben und setzen sie sich durch vorzeitige Anstrengung Unterleibserkrankungen aus. Die Krankenkassen müssen für Unterleibserkrankungen der Frauen enorme Summen ausgeben. Diese Krankheiten hängen vielfach mit der ungenügenden Schutzfrist für Schwangere zusammen. Acht Tage nach der Entbindung wird häufig die Arbeit wieder aufgenommen. Das Wöchnerinnengeld der Krankenkassen muß von vier auf sechs Wochen erhöht werden. Leider kümmern sich die Arbeiterinnen um die Krankenkassen-Organisationen sehr wenig. Eine Beschwerdekommission besteht in Berlin seit 4½ Jahren. Sie ist von uns mit Unterstützung der Gewerkschafts-Kommission gegründet worden. Die Arbeiterinnen kommen mit ihren Beschwerden, die wir dann an die Fabrikinspektion weitergeben, sehr gern zu uns. Leider wird uns in keinem Fall Auskunft gegeben über die Erledigung unserer Beschwerden. Ich möchte zur Diskussion stellen, ob sich nicht eine Zentralisirung des Beschwerde-Kommissionswesens für ganz Deutschland ermöglichen ließe. Dadurch würden wir einen Ueberblick gewinnen und vielleicht hier und da einen Druck auf die Gewerbe-Inspektion ausüben können.

Frau **Wehmann**-Leipzig: Unsere Leipziger Beschwerde-Kommission sorgt in ausgedehnter Weise für die Aufklärung der Arbeiterinnen über ihre Rechte gegenüber den Unternehmern. Die Arbeiterinnen müssen angeleitet werden, selbst höheren Schutz für sich zu verlangen.

Ebert-Bremen: Die Beschwerde-Kommissionen passen nicht für alle Orte. Es ist schwer, geeignete Frauen zu finden, und die Uebernahme dieser Arbeit bedeutet häufig eine überflüssige Belastung.

Frau **Kähler**-Chemnitz sieht in der Errichtung von Beschwerde-Kommissionen eine Hauptarbeit für die Gewerkschaftskartelle und theilt ihre günstigen Erfahrungen mit dieser Einrichtung mit. Die sächsische Assistentin, Frl. Dose, habe sich sehr entgegenkommend verhalten. Die Agitation unter den Arbeiterinnen, die sich bei den Beschwerde-Kommissionen Rath holen, sei sehr wirksam.

Frl. **Baader**-Berlin: Die Resolution giebt nur den Rath, derartige Kommissionen zu errichten und verweist auf die Verständigung mit den Gewerkschaften. Die Befürchtungen Ebert's sind also unbegründet.

Frau **Zietz**-Hamburg: Unsere Mainzer Resolution über den Arbeiterinnenschutz enthält Alles, was Frau Braun in der vorliegenden Resolution vermißt hat. Die vorliegende Resolution nimmt in der Hauptsache Bezug auf diejenigen Materien, mit denen sich der Reichstag in absehbarer Zeit beschäftigen muß. Außerdem wird ausdrücklich auf die Mainzer Resolution hingewiesen. Seit in den kleinen Werkstuben-Versammlungen in Hamburg die Arbeiterinnen zu Mittheilungen veranlaßt werden, kann der Hamburger Inspektor mit einem Male über Mißstände berichten.

Frau **L. Braun** schlägt vor, noch folgende Punkte in die Resolution aufzunehmen: Abschaffung der Ueberstundenarbeit für alle Arbeiterinnen; gesetzliche

Forderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen; Ersatz gesundheitsschädlicher, im Arbeitsprozeß zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente. Auch zu der Frage der Wittwen- und Waisenversorgung sollte man Stellung nehmen und dem Zentrum entgegentreten, das eine gänzlich unzureichende Wittwenversicherung vorgeschlagen hat, um mit diesem jämmerlichen Antrag dem gegen den Zollwucher schreienden Volke den Mund zu stopfen. Für die Frage der Mutterschafts-Versicherung und der Heimarbeit sollten Referenten bestellt sein.

Frau **Zetkin:** Der Gedanke, welcher der Mutterschafts-Versicherung zu Grunde liegt, ist der Gedanke der menschlichen Solidarität in seiner weitesten Form. Die Verwirklichung dieses Prinzips aber steht in so schreiendem Gegensatz zu dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß wir sie auf ihrem Boden nicht erreichen werden. Die heutige Gesellschaft mißachtet den Werth und die Bedeutung des menschlichen Lebens und stellt den todten Besitz darüber. Die mangelnde gesellschaftliche Schätzung des Menschenlebens trifft besonders die Proletarierin als Mutter. Der Gedanke der Mutterschafts-Versicherung kann erst verwirklicht werden, wenn das Recht des lebenden Menschen über den todten Besitz zur Geltung gebracht sein wird, in einer sozialistischen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Welche Gestalt diese Fürsorge dann annehmen wird, können wir heute noch nicht entscheiden. Wir müssen zur Sicherung der Mutter und des Säuglings die bürgerliche Gesellschaft auf dem Wege vorwärts drängen, den sie zögernd und widerwillig, mit den kleinsten und erbärmlichsten Schritten bereits betreten hat. Das ist der Weg der Krankenversicherung. (Lebhafte Zustimmung.) Die Krankenkassen haben bereits erkannt, daß die rechtzeitige Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen für sie eine finanzielle Entlastung bedeutet. Die Mängel des Krankenkassenwesens müssen beseitigt, die Krankenversicherung vereinheitlicht und den Versicherten das weiteste Selbstverwaltungsrecht gegeben werden, dann sind diese Reformen unter finanzieller Mithilfe des Staates möglich. Weiter müssen von den Kommunen Einrichtungen für die Frau als Mutter und für die Säuglingspflege verlangt werden, wie sie in der Resolution gefordert werden. Diese Forderungen sind nicht schematisch für alle Gemeinden zu erheben. Für das Land gelten andere Bedingungen, als für die Stadt. Nicht vom Wohlthätigkeitssport, sondern von den Kommunen verlangen wir Einrichtungen, wie die Säuglingsheime, wo nicht blos Schwangere, Wöchnerinnen und Säuglinge die erforderliche Pflege erhalten, sondern auch Hunderte und Aberhunderte von sogenannten alten Jungfern, die ihr mütterliches Gefühl nicht durch die Pflege eines eigenen Kindes ausfüllen können, das intensivste Weibempfinden, die Mutterempfindung dadurch auszuleben vermögen, daß sie den Kindern Anderer Pflege und Fürsorge zu Theil werden lassen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Braun:** Bisher hat es nur als Kennzeichen der bürgerlichen Frauenbewegung gegolten, daß sie aus Opportunitätsgründen möglichst wenig forderte, um überhaupt etwas zu erreichen. Wir fordern im Gegentheil Alles, weil wir meinen, daß nur dann etwas zu erreichen ist. Auch die Mutterschafts-Versicherung müssen wir von der heutigen Gesellschaft fordern, in deren Interesse sie auch liegt. Denken Sie an die ungünstigen Rekrutenaushebungen. Die bürgerliche Gesellschaft entsetzt sich über die schreckliche Kindersterblichkeit und die Degeneration ganzer Volksschichten.

Frau **Zetkin:** Soweit die Sozialdemokratie Reformbestrebungen aufstellt, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft zu erfüllen sind, hat sie diesen Opportunismus immer besessen. Die Forderung der Mutterschafts-Versicherung ist durchaus nicht so radikal sozialistisch, wie Frau Braun meint. Niemand tritt reger dafür ein als eine Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung, Frau Schiff in Mailand.

Damit schließt die Diskussion.

Die beiden Zusatzanträge der Frau L. Braun (Verbot der Ueberstundenarbeit und Förderung sanitärer Maßnahmen) werden angenommen, ebenso die so veränderte Resolution in ihrem ersten Theile über Arbeiterinnenschutz. Gleichfalls angenommen wird der zweite Theil der Resolution über die Beschwerde-Kommissionen.

Zur Debatte wird dann Theil 3 der Resolution: Kinderschutz, gestellt.

Frau Zietz - Hamburg tritt in warmen Worten für die geforderte Ausdehnung des Kinderschutzes ein. Die Vorlage der Regierung gewähre einen ganz unzureichenden Schutz, er habe nur das eine Gute, daß die gewerbliche Beschäftigung der Kinder vor der Schulzeit verboten ist. Rednerin erörtert die einzelnen Punkte der oben mitgetheilten Resolution und bittet um einstimmige Annahme.

Frau Greifenberg - Augsburg hält einen längeren Schulbesuch für nothwendig. Im Gegensatz zu den Agrariern, die für Verkürzung des Schulbesuchs eintreten, müsse diese Forderung erhoben werden. Um einer Verkümmerung der Kinder vorzubeugen, müsse jede gewerbliche Beschäftigung der Kinder während der Schulzeit verboten werden. Jetzt geschehe die Ausbeutung der Kinder nicht nur durch die Arbeitgeber, sondern leider auch durch die Eltern. Das Einkommen der Eltern müsse so erhöht werden, daß die Kinder zum Lebensunterhalt nicht mit beizutragen brauchen. Die Degenerirung sei schon so weit vorgeschritten, daß die Aushebungsresultate immer schlechter werden. In den thüringischen Spielwaaren-Industriebezirken blieben die Kinder körperlich und geistig zurück. Hier müsse der Staat endlich eingreifen. Von der Gesammtpartei müsse ein gehöriger Druck auf die Regierung ausgeübt werden.

Die Resolution wird hierauf in ihrem dritten Theile einstimmig angenommen.

Es folgt die Besprechung des 4. Theiles der Resolution: Heimarbeit.

Frau Kähler - Chemnitz: Wir können uns sehr wohl den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses über die Heimarbeit anschließen und können alles Uebrige dem demnächstigen besonderen Heimarbeit-Kongreß überlassen. Was die Organisirung der Heimarbeiterinnen anlangt, so darf man nicht der Meinung huldigen, daß besondere Unterstützungskassen für die verschiedenen Sektionen der Heimarbeiterinnen gegründet werden sollten oder könnten. Diese Sektionen müssen im Anschluß an die Gewerkschaften errichtet werden. Der in Berlin gegründete christliche Verein der Heimarbeiterinnen bildet kein geeignetes Mittel, um das Elend dieser Klasse zu mildern.

Frau Popp - Wien: Die Organisation der Heimarbeiterinnen Wiens ist noch sehr jung, sie ist erst im Frühjahr begründet worden. Entstanden ist diese Organisation aus dem früher bestehenden Verein der Näherinnen. Durch Zettelagitation von Thür zu Thür haben wir die Heimarbeiterinnen zu Versammlungen eingeladen. In der ersten Versammlung erschienen 40 Frauen; es wurde gleich hier ein Komitee von Heimarbeiterinnen errichtet. In der zweiten Versammlung kamen schon über 100 Frauen und heute umfaßt unsere Organisation über 240 Frauen. Wir haben bisher bei keiner Art der Organisation so günstige Erfolge erzielt wie bei den Heimarbeiterinnen. Das rührt wohl daher, daß wir sofort bestimmte Kategorien der Unterstützung festgestellt haben: Kranken-, Schwangeren-Unterstützung, Leichengeld u. s. w. Die Arbeiterinnen-Zeitung ist zum Organ der Heimarbeiterinnen-Organisation bestimmt worden. Auch bürgerliche Kreise Wiens haben an eine Organisation dieser Arbeiterinnen gedacht; aber erstens wird es dazu so bald nicht kommen, und zweitens würde eine solche bürgerliche Organisation keinen Zweck haben, weil sie doch die eigentlichen Arbeiterinnen nicht umfassen würde. Es handelt sich ja nicht nur um die Unterstützung, sondern auch um die Aufklärung der Heimarbeiterinnen. Wir suchen diesen Frauen die sie angehenden sozialen Fragen so mundgerecht wie möglich zu machen, wir vermitteln ihnen die Kenntniß von Broschüren u. s. w. Leider verfügen wir in Oesterreich über weit weniger Agitatorinnen als die deutschen

Genossinnen. Um so werthvoller ist es, wenn unter den Heimarbeiterinnen Genossinnen herangebildet werden, die fähig sind, von Haus zu Haus zu gehen und die noch nicht organisirten Heimarbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Wir haben bis jetzt gute Erfolge erzielt. In den nächsten Monaten sollen auch in den verschiedenen Provinzstädten Zweigvereine der Heimarbeiterinnen-Organisation begründet werden. Wahrscheinlich wird auch bei uns mit der Zeit sich eine Theilung in Sektionen ergeben; vorläufig ist für eine solche Scheidung unsere Organisation noch zu jung. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion, die Resolution zur Heimarbeit wird angenommen. Die Versammlung vertagt die Weiterberathung der Tagesordnung auf Sonntag Vormittag 9 Uhr.

Zustimmungskundgebungen sind eingelaufen vom sozialdemokratischen Verein zu Reichenhall und den sozialdemokratischen Frauen der Schweiz und Belgiens. Die letzteren betonen in ihrer Zuschrift, daß sie den Verhandlungen der Konferenz mit großem Interesse folgen. Die belgische Bewegung sei noch neu und unerfahren; sie betrachte die deutschen Genossinnen als ältere Schwestern, deren Beispiel sie folge.

Zweiter Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung nimmt das Wort

Frau **Lily Braun** zu folgender Erklärung: Eine vielleicht etwas ungeschickt abgefaßte Aeußerung von mir ist mißverstanden worden. Ich habe gesagt, daß die allgemeine Zustimmung zu einer Resolution vielfach nicht die genaue Kenntniß der Materie bezeugt, sondern die Unwissenheit der Theilnehmer über den Inhalt der Resolution. Es ist mir dabei nicht entfernt eingefallen, dem letzten Gewerkschafts-Kongreß, der auf einer solchen geistigen Höhe stand wie wohl keiner seiner Vorgänger, den Vorwurf der Unwissenheit machen zu wollen.

Darauf tritt die Konferenz ein in die Berathung des nächsten Punktes der Tagesordnung: „Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes.“

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:

a) Frauenwahlrecht.

In Erwägung, daß die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter durch die Grundsätze und das Programm der Sozialisten bedingt ist und daß ihre Verwirklichung die Möglichkeit schafft für die unbeschränkte Betheiligung der Proletarierinnen am Befreiungskampfe ihrer Klasse;

in weiterer Erwägung jedoch, daß gerade mit Rücksicht auf die soziale Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechts das Klasseninteresse des Proletariats dem Sonderinteresse der Frau vorangestellt werden muß,

erklärt die Konferenz:

Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Forderung kann jedoch nur als ausschlaggebender Punkt des jeweiligen Aktionsprogramms in diesen Kämpfen mit in den Vordergrund gestellt werden, wenn dadurch die Erweiterung und Sicherung des politischen Rechts der Arbeiterklasse nicht gefährdet wird.

b) Vereins- und Versammlungsrecht.

Die Konferenz erhebt nachdrücklich Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung an-

weisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels kühner Interpretationskunststücke das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die Proletarierin aufs Aeußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werkthätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich Zulässiges und Verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohne Gleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz, das auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Textesdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

Das Referat erstattet

Frau **Zetkin**: Wir haben diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, weil bei den letzten Kämpfen um die politische Gleichberechtigung des Proletariats in Belgien, Schweden und auch bei uns in Deutschland das Frauenstimmrecht in einer Weise in den Hintergrund getreten ist, die nicht im Einklang steht mit dem Wesen unserer Bewegung und den praktischen Interessen der Arbeiterklasse. Künftighin wird aber in den Kämpfen des Proletariats um die Erweiterung seiner politischen Rechte das Frauenstimmrecht eine größere Rolle spielen als bisher. Diese Frage wird in den Vordergrund geschoben werden gerade von den reaktionärsten Parteien. In England tritt seit lange ein sehr ansehnlicher Theil der konservativen Partei für das Frauenstimmrecht ein, in Belgien ist ein großer Theil der Klerikalen dafür, und bei uns hat selbst Herr v. Kardorff, der Gründer der Laurahütte, ein Reaktionär von reinstem Wasser, erklärt, daß man sich mit dem Frauenstimmrecht befreunden könne. Die reaktionären Parteien aber suchen höchstens ein verfälschtes Frauenstimmrecht durchzusetzen. Die Sozialdemokratie muß auch dieser Frage gegenüber die äußersten Konsequenzen des demokratischen Prinzips ziehen, sie darf nicht die Hälfte der Staats- und Gemeindebürger von den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften ausschließen. Die deutsche Sozialdemokratie darf sich im Kampfe um die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht von reaktionären Parteien schlagen lassen. Erst das Frauenstimmrecht fordert die Aufklärung und Organisation der Frauen heraus und ermöglicht ihre unbeschränkte Theilnahme am politischen und wirthschaftlichen Klassenkampfe. Wir dürfen nicht auf dem Standpunkt stehen, die Frau sei noch nicht reif für das politische Stimmrecht. Das Stimmrecht ist nicht Zuckerbrot für politische Einsicht und Wohlverhalten, sondern Mittel zur politischen Erziehung und zur politischen Macht der Proletarierinnen. Die Forderung des Frauenstimmrechts muß in der parlamentarischen Aktion und außerparlamentarischen Agitation unserer Partei mit allem Nachdruck vertreten werden, damit wir die Köpfe der Massen revolutioniren und die Frauen darauf vorbereiten, einst von den Stimmzetteln auch den rechten Gebrauch zu machen. Durch die praktische Nothwendigkeit des Kampfes sind wir aber gezwungen, das höhere Interesse des Proletariats den Forderungen des weiblichen Geschlechtes voranzustellen. Politische Fortschritte dürfen nicht deshalb abgelehnt werden, weil sie nicht verknüpft sind mit der Verwirklichung des Frauenstimmrechtes. Weiter verlangen wir ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht auf wirthschaftlichem und politischem Gebiet, ein Recht, das Männer und Frauen mit gleichem Maße mißt. In bürgerlich-sozialreformerischen Kreisen werden auch diese Forderungen bürgerlich verhunzt, indem man nur für das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen auf wirthschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete, nicht auf politischem Gebiete eintritt. Mit einer so reaktionär verzopften Reform können wir uns nicht begnügen. Es giebt ja auslegungs-

kundige Juristen genug, die aus jeder unliebsamen Bethätigung der Frau eine verbotene politische Bethätigung zu machen wissen. Das bischen Vereins- und Versammlungsrecht, das die Frauen in einzelnen Staaten schon jetzt besitzen, muß voll ausgenutzt werden. Vor allen Dingen protestiren wir gegen das zweierlei Recht für Bourgeoisiedamen und Proletarierinnen. Uns muß recht sein, was frauenrechtlerischen Spielereien, reaktionären Flottenparaden und dem Sedanfestrummel mit weiblichen Theilnehmern billig ist. Allen Schichten der weiblichen Bevölkerung muß mit gleichem Maße gemessen werden. Dadurch werden wir unserem Ziel näher kommen, der vollen politischen Gleichberechtigung beider Geschlechter! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frau **Popp**-Wien: Das, was Frau Zetkin gesagt hat, ist auch den österreichischen Genossinnen aus der Seele gesprochen. Auch wir haben keine politischen Rechte. Seit die Christlich-Sozialen am Ruder sind, haben die Frauen auch das bischen Kommunalwahlrecht, wo sie es hatten, verloren. Mit aller Kraft und aller Begeisterung kämpfen auch wir um politische Rechte. Was das Versammlungsrecht anlangt, so wird es in Oesterreich keinem Kommissar einfallen, aus einer politischen Männerversammlung, sei sie nun Vereins- oder öffentliche Versammlung, eine Frau hinauszuweisen oder am Reden zu hindern. Nur Mitglieder politischer Vereine dürfen wir nicht werden. Statt dessen nehmen wir Gastkarten und zahlen so unsere Beiträge. Auch unsere Zeitung verkaufen wir unter den Augen der Regierungsvertreter in den Versammlungen trotz des Kolportageverbots. Fällt mal Eine hinein, so werden die paar Gulden Strafe bezahlt oder die paar Stunden abgesessen. Je mehr Siege unsere Männer erkämpfen, um so eher werden die Frauen ihre Rechte erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Karl v. Oppel tritt für die politische Gleichberechtigung der Frau ein.

Hengsbach-Köln bringt auf Wunsch der Duisburger Genossen einen Fall von Beeinträchtigung des Versammlungsrechtes der Frauen zur Sprache. Jeder politische A-B-C-Schütze weiß, daß die Frauen an öffentlichen politischen Versammlungen ungehindert theilnehmen dürfen. Nur manche Beamte scheinen noch immer nicht über die Gesetze orientirt zu sein, die sie hüten sollen. So wurden die Frauen in Lahr aus einer öffentlichen Versammlung, in der am 10. November v. J. über den Parteitag in Lübeck berichtet werden sollte, von dem überwachenden Polizeibeamten entfernt. Der Bürgermeister und der Landrath erklärten auf Beschwerden übereinstimmend, daß der Beamte sich im Rechte befunden habe. Erst der Regierungspräsident schaffte Remedur. Jeder derartige Uebergriff muß auf's Schärfste zurückgewiesen und bis zur höchsten Instanz Beschwerde erhoben werden. (Bravo!)

Frau **Schlesinger**: Das uneingeschränkte Vertrauen, daß die männlichen Sozialdemokraten uns zur richtigen Zeit das Wahlrecht verschaffen werden, kann ich nicht uneingeschränkt theilen. Wir haben ja in Belgien gesehen, wie sich bewährte Genossen, die das Vertrauen der internationalen Sozialdemokratie genießen, zum Frauen-Wahlrecht verhalten haben, ein Verhalten, das wir als Fernstehende nicht ohne Weiteres verurtheilen wollen, das aber doch zu Bedenken Anlaß giebt. Ich weiß nicht, ob es bei uns anders gehen würde. Wenn ein österreichischer klerikaler Machthaber dem Beispiel der belgischen Klerikalen folgen und die radikalen Parteien durch die Verleihung des Frauen-Stimmrechts in die Enge treiben wollte, so bin ich offen gesagt im Zweifel, ob unsere Genossen da Stand halten werden. Deshalb gefällt mir der letzte Absatz der Resolution nicht. Sie müßte schärfer gefaßt werden. Wir sollten doch nicht selber die Thür aufmachen, durch die man sich retten kann von Verpflichtungen, die hochgehalten werden müssen. (Bravo!)

Frau **L. Braun**: Wir können die Resolution so wie sie ist, mit gutem Gewissen annehmen. Der letzte Absatz drückt ja nur aus, daß die besonderen Fraueninteressen zurückzustehen haben, wenn die allgemeinen Partei-Interessen wichtiger sind. Das ist für uns Alle selbstverständlich, die wir in erster Linie sozialdemo-

kratische Parteigenossen sind. Die beiden Resolutionen sollten durch Akklamation angenommen werden. Ich bedauere nur, daß die Frage des Frauen-Wahlrechts nicht immer wieder in den Vordergrund gerückt wird. Sie muß bei der Frauenagitition eine besondere Rolle spielen. Die Arbeiter brauchen nicht einem Gefühl der Ritterlichkeit zu folgen, sondern handeln im wohlverstandenen eigensten Interesse, wenn sie das Frauen-Stimmrecht fordern. Wenn einmal die Zeit kommt, wo den Frauen wirklich das Wahlrecht wird, würden die Arbeiter es am schärfsten spüren, wenn sie nicht die Ersten wären, die dieses Recht fordern und die Frauen genügend aufklären. (Bravo!)

Frau Zietz-Hamburg: Gerade diejenigen Genossinnen, die in der praktischen Agitation stecken, fühlen fast täglich, wie nothwendig volles Vereins- und Versammlungsrecht für die Arbeiterinnen ist. Die Interpretationskünste der Behörden schaffen da jetzt einen ungeheueren Wirrwarr. Dazu kommt die Buntscheckigkeit des Vereinsrechts in Deutschland. In Preußen haben die Frauen in einer ganzen Reihe von Orten an keiner öffentlichen politischen Versammlung trotz des klaren Wortlautes des Vereinsgesetzes theilnehmen können. So im ganzen Regierungsbezirk Arnsberg. In einer Volksversammlung mit politischem Thema, in der etwa ein halbes Dutzend Frauen anwesend waren, verlangte der überwachende Beamte die Entfernung dieser Frauen. Selbst die bedienende Frau des Wirthes mußte den Saal verlassen. Darnach konnte ich als Rednerin ungehindert meinen Vortrag halten. (Heiterkeit.) Zu der ungeheueren Verwirrung in den Köpfen der überwachenden Beamten hat nun die bekannte Rede des Ministers Freiherrn v. Hammerstein noch sehr viel beigetragen. Diese Rede mit der Forderung eines besonderen „Segmentes" für die Frauen hat die Theilnahme von Frauen an öffentlichen Versammlungen vielfach noch mehr eingeschränkt. Ebenso oder noch schlimmer als in Preußen steht es in anderen Bundesstaaten. In Braunschweig können Frauen auf Grund der bestehenden Bestimmungen an keiner Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, theilnehmen. Und was versteht man dort alles unter öffentlichen Angelegenheiten! Auch hier in Bayern hat man selbst nach der Reform des bayerischen Vereinsgesetzes noch lange in alter Weise fortgewurstelt. Gegen alle Versuche, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen noch weiter einzuschränken, müssen wir mit Nachdruck protestiren. Weiter aber fordern wir ein volles Vereins- und Versammlungsrecht für die Frau, die einen so außerordentlich wichtigen Faktor im Produktionsprozeß bildet. Ich bitte Sie, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Thiel**-Tempelhof führt Beispiele aus dem Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg an, in denen die Entfernung von Frauen aus politischen Versammlungen verlangt oder angeordnet wurde, daß die Frauen sich auf die Galerie begäben. Rednerin selbst durfte zunächst als Delegirte im Saale verbleiben, mußte aber nachher auf der Galerie Platz nehmen. (Heiterkeit.)

Ledebour-Berlin: Die Bedenken der Genossin Schlesinger theile ich nicht. Aus den bisherigen Reden geht hervor, daß alle anwesenden Delegirten, männliche wie weibliche, für die Durchführung des Frauen-Stimmrechts eintreten und daß für uns unter keinen Umständen solche Bedenken gelten, wie sie in Belgien bestanden und zur Kritik Anlaß gegeben haben. Die Ansicht des Genossen Hengsbach, daß die überwachenden Beamten mit den Gesetzen vertraut seien, ist nach meinen Erfahrungen irrig. Wir müssen vielmehr mit der Voraussetzung rechnen, daß die Beamten die Gesetze nicht kennen. Das hängt mit Gründen der höheren Staatsraison zusammen, in deren Interesse es liegt, daß möglichst viel öffentliche Versammlungen aufgelöst werden. Rechtmäßige Gründe zur Auflösung sind aber nur selten zu finden; da ist es denn sehr nützlich, daß der Beamte die Gesetze nicht kennt (Heiterkeit) und auflöst ohne gesetzliche Gründe. Bei uns in Deutschland werden gewöhnliche Leute wegen Gesetzesverletzungen bestraft, auch wenn sie die Gesetze nicht gekannt haben. Das gilt aber nicht für

die Beamten. Diese können die Gesetze straflos verletzen, wenn sie nur in gutem Glauben handeln. (Sehr richtig!) In diesem guten Glauben aber befinden sich deutsche Beamte immer. (Große Heiterkeit.) Spätere Rekriminationen bei den höheren Behörden werden, selbst wenn sie zur Rektifizirung des betreffenden Beamten führen, dem Publikum nie bekannt. Nach meiner Erfahrung sind auch Beamte durch eine solche Rektifizirung noch nie irgendwie geschädigt, sie blühen, gedeihen und nähren sich weiter wie zuvor. (Heiterkeit.) Die Beamten, die in ungesetzlicher Weise auflösen, besorgen aber nur unsere Geschäfte. Die Gesetzesunkenntniß geht ja noch viel höher hinauf. Das ist erklärlich; wenn heute ein Minister ersetzt werden muß, so greift man blindlings in den nächsten Haufen Generale hinein. (Heiterkeit.) Die berühmte Rede des Freiherrn v. Hammerstein hat den preußischen Staat auf diejenige Kulturhöhe erhoben, die bei den alten Juden schon vor 2000 Jahren bestand. (Große Heiterkeit.) Das Hammerstein'sche Segment entspricht genau dem Synagogen-Recht, wo auch die Frauen ihr besonderes „Segment" hatten. (Erneute Heiterkeit.) Die Beamten in Preußen und Sachsen sind so vorzügliche Agitatoren für die Sozialdemokratie, daß wir nur wünschen können, daß an dieser vollständigen Verworrenheit der Gesetze und der Gesetzesauslegung nicht so bald etwas sich ändere. Ein besseres Agitationsmaterial, besonders für die Aufrüttelung der Frauen, können wir gar nicht bekommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frau **Kähler**-Chemnitz: Die gewerkschaftliche und politische Entwickelung wird bei uns in Sachsen sehr erschwert durch das Verbot der Theilnahme von Minderjährigen. Auch liegt es ganz in der Hand des überwachenden Beamten, ob er eine gewerkschaftliche Versammlung für eine politische erklären will oder nicht. Wir müssen unausgesetzt für die Frauenforderungen Propaganda machen, damit auch die obersten Kreise das Demüthigende des jetzigen Zustandes endlich erkennen lernen. (Bravo!)

Die Resolutionen a und b werden einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung: Verschiedenes.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

Die unerhörte Steigerung der Fleischpreise droht den ohnehin geringen Fleischkonsum des Proletariats in einer Weise einzuschränken, welche nicht nur Gesundheit und Kraft des arbeitenden Volkes schwer schädigt, sondern auch die wirthschaftliche Lage vieler kleiner Existenzen untergräbt. Diese allgemeine Noth, hervorgerufen durch die Begünstigungen, welche dem Großgrundbesitz auf Kosten der übrigen Bevölkerung zugewendet werden, macht es allen Frauen, insbesondere allen Proletarierinnen, zur Pflicht, energisch Protest zu erheben gegen Regierungsmaßregeln wie die Viehsperre, welche dem Reichen giebt, was dem Armen genommen wird

Die Frauenkonferenz beschließt:

Dem Münchener Parteitag diese Resolution zu unterbreiten und zu beantragen, daß im ganzen Lande Volksversammlungen einberufen werden, um sich mit dieser Materie zu beschäftigen und gegen eine solche Politik lebhaft zu protestiren.

Die sozialdemokratische Fraktion wird ersucht, bei Eröffnung des Reichstages eine Interpellation über die Fleischnoth und Viehsperre an die Regierung zu richten. Berliner Parteigenossinnen.

Außerdem haben die Görlitzer Parteigenossinnen einen Antrag eingebracht: „die Gleichheit in Zukunft populärer zu gestalten".

Zur Begründung der Resolution nimmt das Wort

Frau **Zetkin**: Die Resolution ist nicht gestellt worden, um der Stellung des Parteitages irgendwie vorzugreifen. Es handelt sich darum, daß die Versammlung der Vertreterinnen der proletarischen Frauen ihre Stimme erhebt und erklärt: Fort mit der Viehsperre, fort mit der ganzen agrarischen Beutepolitik! Ich möchte die Annahme der Resolution empfehlen mit folgendem Zusatz:

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden ersucht, die Abschaffung bezw. die Sistirung des Oktrois auf Fleisch und Fleischwaaren zu beantragen.

Die Resolution wird mit dem Zusatzantrag Zetkin einstimmig angenommen.

Frau **Gregor**-Görlitz befürwortet den Antrag der Görlitzer Genossinnen. Die „Gleichheit" müsse besonders in ihrem letzten Theile einfacher geschrieben und dem Verständniß der proletarischen Frauen mehr als jetzt angepaßt werden.

Frau **Zetkin**: Die „Gleichheit" ist in erster Linie ein Organ zur Schulung der im Kampfe stehenden Genossinnen; sie soll sie theoretisch schulen, ihnen eine Richtschnur für die Praxis der Theorie geben. Aber in jeder Nummer ist ein einfacher, schlichter Artikel enthalten, der zur Agitation unter den Arbeiterinnen bestimmt ist. Gewiß könnte in dieser Hinsicht noch mehr geschehen. Aber dies ist in erster Linie eine Frage Ihrer Mitarbeit. Arbeiten Sie Alle, so viel wie nur möglich, an der „Gleichheit" mit, die Genossinnen werden arbeitend lernen.

Der als Gast anwesende Delegirte **Wolf**-Bochum hebt hervor, daß die „Gleichheit" für die breite Frauenwelt nicht recht geeignet sei. Auch in der Parteipresse würde den Frauen zu wenig geboten.

Frau **Zietz**-Hamburg: Die „Gleichheit" soll ein führendes Organ für die fortgeschritteneren Genossinnen sein. (Sehr richtig!) In ihrem ersten Theil muß sie zu allen Tagesfragen Stellung nehmen. Im zweiten Theil ist die Sprache so populär, so verständlich, daß sie auch von den einfachsten Frauen verstanden werden kann. Zu einem Familienblatt aber kann die „Gleichheit" nicht ausgestaltet werden. (Bravo!)

Der Antrag Görlitz wird hierauf gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Frau **Zietz**-Hamburg beantragt zur Interpretation der Resolution des Mainzer Parteitages bezüglich der Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen folgende Resolution, die dem Münchener Parteitag zur Annahme vorgelegt werden soll:

> „Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß durch das Organisationsstatut, das der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht nicht berührt wird, zur einheitlichen und planmäßigen Betreibung der Agitation unter den proletarischen Frauen eine eigene Vertrauensperson zu wählen."

In Hamburg ist die Meinung vertreten, daß in denjenigen Bundesstaaten, wo wie in Hamburg, Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen, die Frauen Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine werden können, es nicht nothwendig ist, eine besondere weibliche Vertrauensperson zu wählen. Man ist der Ansicht, daß sich die Mainzer Resolution nicht auf die männlichen, sondern auf die weiblichen Vertrauenspersonen bezieht. Aber auch in den Ländern mit freierem Versammlungsrecht fordern wir nicht aus Eigenbrödelei, sondern aus dem Bedürfniß der Agitation heraus eine weibliche Vertrauensperson. Die falsche Interpretation des Mainzer Beschlusses soll durch unsere Resolution beseitigt werden. (Beifall.)

Die Resolution wird nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag von Frau Greifenberg wurde Frl. Baader zur Zentral-Vertrauensperson für Deutschland in Anerkennung ihrer ausgezeichneten Leistungen einstimmig wiedergewählt.

Frau **Popp**-Wien ladet zu der zweiten sozialdemokratischen Frauenkonferenz Oesterreichs, die zu Ostern in Wien stattfindet, Vertreterinnen der deutschen Sozialdemokratie ein, die der herzlichsten Aufnahme gewiß sein dürften. (Beifall.)

Vorsitzende Frau **Zetkin**-Stuttgart: Wir sind am Schlusse unserer Berathungen angekommen. Unsere Arbeit kann nicht gemessen werden an der Arbeitsleistung der großen deutschen Parteitage. Unsere proletarische Frauen-

bewegung ist noch jung und muß durch Erfahrung lernen. So muß auch betreffs der Organisirung und der Vorbereitung der Frauenkonferenzen noch Manches besser werden. Aber die hervorgetretenen Fehler gehören zu denen, von denen Auer einmal sagte: sie seien dazu da, um gemacht zu werden. (Heiterkeit.) Die praktische Erfahrung birgt die zukünftige Besserung in sich. Wir können mit den Ergebnissen der Münchener Konferenz zufrieden sein. Unsere Verhandlungen über die Heranbildung von Agitatorinnen und über die praktische Reformarbeit werden von Bedeutung sein für die Entwickelung der proletarischen Frauenbewegung. Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die Genossinnen nicht genügend auf diese Debatten vorbereitet gewesen seien. Dieser Vorwurf muß zurückgewiesen werden. Allerdings haben nicht alle Genossinnen ihre Rede damit eingeleitet, daß sie auf Grund eingehender Studien sprächen. Trotzdem haben alle Genossinnen mit großer Sachkenntniß gesprochen, die ihrer praktischen Reformthätigkeit entsprang. Sie mußten sich ja kurz fassen wegen der Knappheit der Zeit und konnten es thun, weil es sich nur um innerhalb der Arbeiterbewegung schon seit langem diskutirte Fragen handelte. Wir mußten Stellung nehmen zu den Fragen, die durch die politische Situation in den Vordergrund des nächsten praktischen Tageskampfes geschoben sind. Diese Stellungnahme war besonders nothwendig angesichts des Gethues und Gehabes der bürgerlichen Sozialreformer. Die Frauenkonferenz mußte bekräftigen, daß sie nicht die Ansicht jener bürgerlichen Auchsozialreformer theilt, die mit gleicher Inbrunst dem reaktionären Reichsamt des Innern, das sich mit 12 000 Mark subventioniren ließ, zugethan sind und nebenbei manchmal auch ein wenig den Bruder Arbeiter oder die Schwester Arbeiterin an ihr professorales Herz zu drücken geruhen. Wir mußten Stellung nehmen gegenüber jenen Sozialreformern, die ihr soziales Herz erst dann entdecken, wenn sie in Folge des Waltens jener Schicksalskräfte, die in Herrn von Lukanus verkörpert sind, ihr Ministerportefeuille verloren haben. (Heiterkeit und Beifall.) Wir proletarischen Frauen haben klipp und klar erklärt, was wir fordern. Wir haben uns begnügt mit der Forderung solcher Reformen, die geeignet sind, das Proletariat geistig, sittlich und wirthschaftlich im Klassenkampfe zu kräftigen. Wir haben uns nicht auf solche Reformforderungen eingelassen, die aus der utopistischen Auffassung hervorgehen, als könne man in den Klassenstaat der Gegenwart ein kleines Stückchen des sozialistischen Zukunftsstaates einschmuggeln. Unsere Konferenz hat damit bewiesen, daß sie Fleisch vom Fleische der gesammten deutschen Sozialdemokratie ist. In der proletarischen Frauenbewegung ist der Odem des proletarischen Befreiungskampfes lebendig. Wir dürfen die stolze Ueberzeugung hegen, daß heute am Webstuhl der Zeit nicht nur thätig sind jene objektiv wirkenden Kräfte, die die Vorbedingungen schaffen für die Befreiung alles Lebendigen, sondern auch jene geistigen, lebendigen Kräfte, die eines Tages befähigt sind, die heutige Gesellschaftsordnung abzulösen und zu ersetzen durch eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für Alle. In der Zuversicht, die uns diese Ueberzeugung giebt, wollen wir Alle gestärkt und gekräftigt mit neuem Muth, mit frischer Begeisterung an die Arbeit gehen, die uns in der Zukunft erwartet. Das bekunden wir auf's Neue durch den Ruf: Die proletarische Frauenbewegung, die nur ein Theil der allgemeinen sozialistischen Bewegung ist, die sozialdemokratische, internationale, revolutionäre Bewegung, sie lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein und nehmen die Ausführungen der Rednerin mit stürmischem, anhaltendem Beifall auf.)

Darauf erklärt die Vorsitzende Frau Zetkin die Frauenkonferenz für geschlossen. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Sprech-Register.

Die mit einem * versehenen Zahlen beziehen sich auf die Frauenkonferenz.

Sach-Register.

Bei den mit einem * versehenen Zahlen sind die entsprechenden Anträge zu finden.

Zuschriften und Telegramme:

Altona. Verband der Hafenarbeiter Mitgliedschaft Schauerleute. — Amsterdam. Holländische Arbeiterpartei. — Bad Reichenhall. Genossen. — Berlin. Sozialistische Ungarn. — Bielefeld. Vereine für Sieker und Umgegend. — Bournemoud. Redaktion der russischen sozialdemokratischen Zeitschrift „Schisn Posze". — Brüssel. Intern. Sekretariat. — Budapest. Ungarische Parteileitung. — Dresden. Genossen aus Dr.-Altstadt. — Essen. Genossen. — Erlangen. Freie Turner; Genossen. — Genf. Intern. Freidenkerkongreß. — Göschwitz. Vom Sommerfest des Arbeitervereins Lobeda; Gesangverein „Sängerchor" und Wahlverein Jena. — Griesheim. Gesangverein. — Hamburg. Verbandstag der Zivilmusiker. — Höchst. Genossen. — Kiel. Rottenbrüder im Englischen Garten. — Köln. Genossen von St. Severin. — Kopenhagen. Sozialdemokratie Dänemarks; Arbeiterverein Vorwärts. — Krakau. Polnisch-österreichische Parteileitung. — Kusel-Altenglau. Genossen. — London. Kommunistischer Arbeiterbildungsverein. — Meißen. Gesangverein Liedergruß. — Memmingen. Genossen. — Merzig a. d. Saar. Mehrere Genossen. — Metz. Sozialdem. Partei. — Oranienburg. Genossen aus der Heilstätte Grabowsee. — Paris. Französische Arbeiterpartei; Sozialistische Partei (Generalrath und Interfederales Komité); Deutscher sozialdemokratischer Leseklub. — Pirmasens. Versammlung. — Russische Revolutionäre, Redaktion der „Iskra" und „Sarja". — Sozialdemokratische Partei in Russisch-Polen und Litthauen für die „Liga der russisch-revolutionären Sozialdemokratie", des „Petersburger Komités der russischen Sozialdemokratie und des Nördlichen Arbeiterbundes". — Solingen. Volksverein. — Sonneberg. Versammelte Genossen mit ihren Frauen und erwachsenen Kindern. — St. Wendel. Einige Getreue. — Tegernsee. Genossen. — Villach. Sozialdemokratische Organisation. — Zürich. Russisch-revolutionäre Sozialdemokratie.

Druckfehler-Berichtigung.

S. 131 Zeile 17 von oben muß es heißen: Antrag **98**, nicht 98a.

Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.



